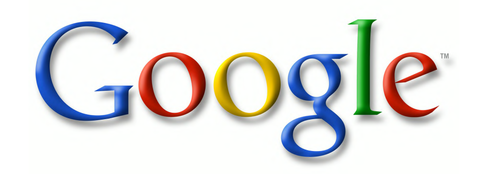


This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

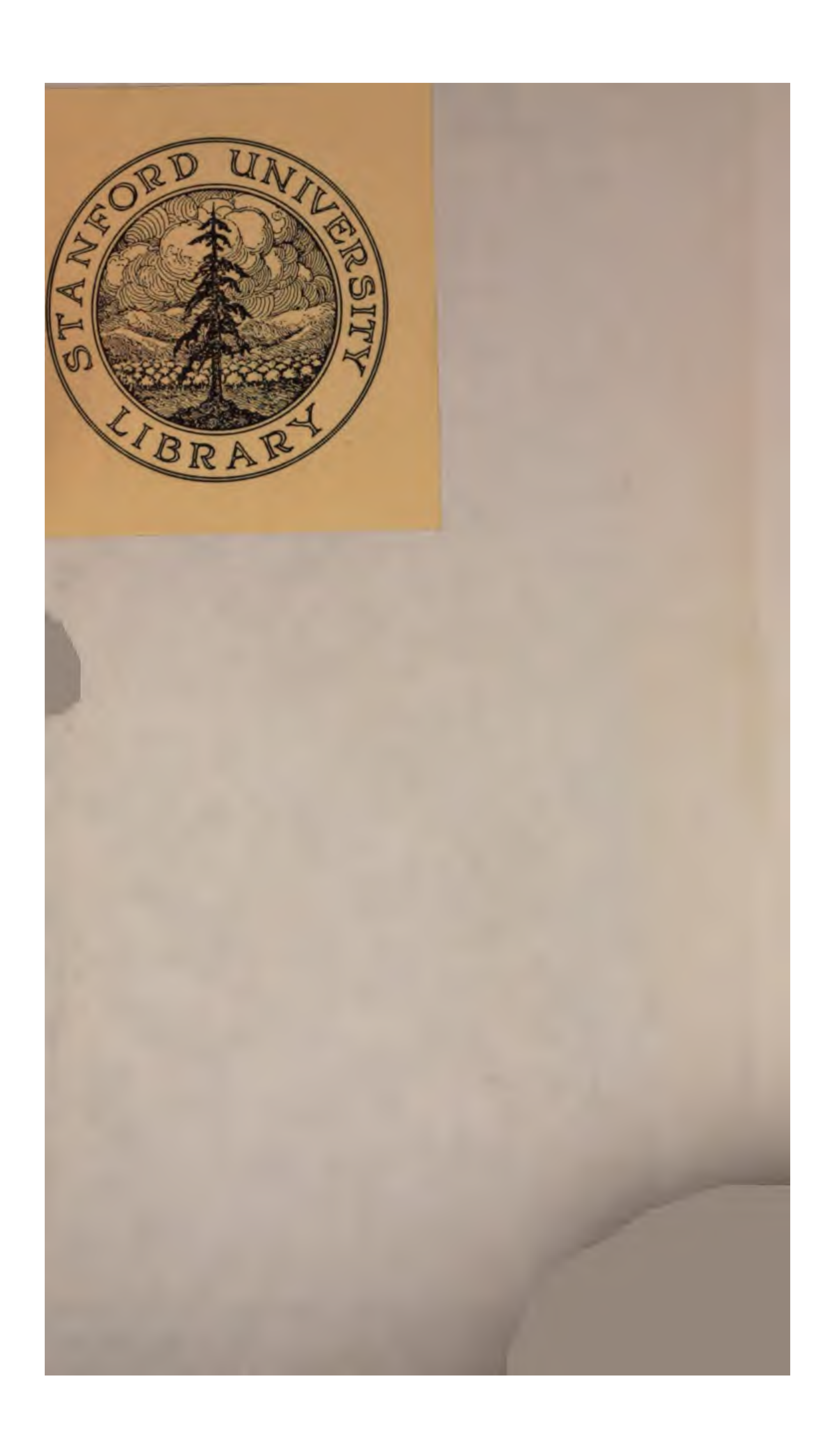
Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.




STANFORD UNIVERSITY
LIBRARY







Archiv

für

österreichische Geschichte.

Herausgegeben

von der

zur Pflege vaterländischer Geschichte aufgestellten Commission

der

kaiserlichen Akademie der Wissenschaften.

477

Dreiundvierzigster Band.



WIEN.

Aus der kaiserlich-königlichen Hof- und Staatsdruckerei.

1870.

STANFORD LIBRARY
OCT 10 1952
STACKS
943.6
A683
V. 43
1870

Inhalt.



I.

ZUR

GESCHICHTE UNGARNS

IM

ZEITALTER FRANZ RÁKÓCZI'S II.

HISTORISCHE STUDIE NACH GEDRUCKTEN UND UNGEDRUCKTEN QUELLEN

VON

DR. F. KRONES

UNIVERSITÄT-SPROFESSOR IN GRÄZ.

ZWEITE ABTHEILUNG.



II. Ungarn nach dem Szathmárer Frieden und der Ausgang der Rákóczi's.

a.) Die Restaurationsepoche nach dem Szathmárer Frieden.

Der Friede war geschlossen, die Conföderation gesprengt; die Mehrheit ihrer Führer hatte sich zu dem Ausgleiche bekannt. Die Zeit der Restauration begann. Die Regierung siegte, aber sie übernahm die doppelt schwierige Arbeit, den Frieden, der nur auf dem Papiere stand, lebensfähig und kräftig zu machen, die Nachwehen des Bürgerkrieges zu verwischen, die Wunden zu heilen, die ihre oder des Gegners Waffe schlug, das was berechtiget war, zu festigen, zu erneuertem, gesicherten Dasein und die Auswüchse der Gesetzlosigkeit wegzutilgen. Aber all dies musste ohne Überstürzung geschehen, mit nachhaltiger und wohlberechneter Kraft in Scene gesetzt werden; man durfte nicht an den Tag legen, man sei als Sieger auch Herr der Sachlage und brauche keine billige Rücksicht walten zu lassen. Zudem war der Thronfolger dem Lande noch fremd und der Szathmárer Friede entbehrte der Sanction, welche der erst zu krönende König ertheilen sollte.

Verlassen wir das Geleise dieser allgemeinen Betrachtungen, um uns den einzelnen Principien und Thatsachen der Restauration zuzuwenden.

Beginnen wir mit der confessionellen Frage. Sie war die heikelste von allen. Die Rákóczische Bewegung, die Beschlüsse von Szécsen (1705) in erster Linie, hatten in den deutschen Vororten des ostungarischen Berglandes dem Protestantismus zur Vorherrschaft verholfen, der Katholicismus in seinen Hauptträgern, den Jesuiten, räumte allgemach das Feld. Die Zurückführung der früheren Zustände

auf Kosten der akatholischen Bekenntnisse liess sich im Principe durch die Restauration rechtfertigen, aber es konnte auch wieder ohne Gewaltacte nicht ablaufen. Denn da die Altbürgerschaft jener Vororte durchaus protestantisch fühlte, so machte die Sache böses Blut, die Regierung ward der Parteileidenschaft bezichtigt und in ihrem Auftreten eine Verletzung des Szathmárer Vertrages erblickt. Allerdings besagte derselbe in dem fraglichen Abschnitte nichts anderes als das feierliche Versprechen der Regierung, die gesetzliche Freiheit der Protestanten aufrecht zu erhalten und ihren gegründeten Forderungen am nächsten Reichstage Raum zu geben — aber der Protestantismus betrachtete das inzwischen Errungene eben als sein gutes Recht und die katholische Restauration als Verletzung desselben. Einem kommenden Reichstage sah er mit allem Misstrauen entgegen und anderseits hielt die Regierung Karls VI. den Klagen der Protestantischen kein geneigtes Ohr entgegen, denn in ihren Reihen hatten die zähesten Anhänger der Conföderation gestritten.

Der katholische Klerus drang auf eine Restauration. Die Szécsényer Beschlüsse hatten an seinen Interessen empfindlich gerüttelt. Eine feindliche Strömung war da ausgegangen, die nun zurückgedämmt werden sollte. Die Beschwerden der Protestanten vom Juli 1708, am Pressburger Landtage laut geworden und nur durch die damalige Seuche vorzeitig unterbrochen, erschienen ihm eben so unberechtigt wie die vorlaufenden Beschlüsse der Rosenberger Synode vom Jahre 1707, in welchen 4 evangelische Diöcesen und zwei Consistorien, eines für die Donau-, das andere für die Theissgegenden geschaffen wurden [1]).

Es lässt sich zwanglos die Behauptung aufstellen, dass der wachsende Parteieifer der katholischen Geistlichkeit für die Sache der Regierung, nicht allein von den Fortschritten letzterer im Kriege, sondern auch von der Furcht vor dem Akatholicismus genährt wurde und dass solche Motive es waren, die den Papst, sonst nichts weniger als dem Regime eines Josephs I. befreundet, — veranlassten, mit der Bulle vom 17. August 1709 den klerikalen Anhängern Rákóczi's den Abfall von dessen Sache zu gebieten.

Das Rundschreiben des Graner Primas vom 3. October sollte die Wirkung des päpstlichen Befehles verstärken [2]).

Joseph I. war jedoch keineswegs gewillt, den Protestanten gerechten Grund zu Klagen zu geben, dadurch, dass er der katholischen

Restauration Thür und Thor erschlösse. Im Gegentheile er wollte Evangelische und Reformirte durch wohlwollende Gesinnung entwaffnen, gewinnen.

So erfloss sein gnädiges Patent vom 12. December 1709. Darin ward im Sinne der Ödenburger und Pressburger Diätalbeschlüsse, von 1683 und 1687, die Verfolgung der Augsburger und helvetischen Confession untersagt, die Besitzergreifung von den ihnen zustehenden Kirchen, Schulen und Pfarren verboten. Im November des nächsten Jahres erfloss eine ähnliche Verordnung. Aber die Praxis in den Massregeln war anders geartet als die Theorie der kaiserlichen Patente.

Der Regent wusste nicht, dass die „Commissionen für kirchliche Angelegenheiten“ (commissiones in negotio religionis) da und dort in einer Weise eingriffen, welche nach dem Dafürhalten der Akatholiken mit dem Worte und Geiste der Patente nicht zusammenstimmte.

So klagten die Protestanten über die verderbliche Wirthschaft der Religionscommission in Schemnitz, ums Jahr 1710. Sie habe die Zahl der protestantischen Priester auf zwei beschränkt; denselben verboten, die umliegenden Dörfer zu besuchen. Die vom Reichstage angeordneten Fasten würden aufs strengste eingeschärft, der Gebrauch der Glocken zum Gottesdienste verboten, die Copulation bei gemischten Ehen sei den katholischen Pfarrern ausschliesslich vorbehalten.

Apostaten des Katholicismus habe man vom Bethause ausgeschlossen, die Kinder aus gemischten Ehen durchaus katholisch gehalten und den Pfarrern die Vergütung aller jener Einkünfte zugesprochen, die den evangelischen Pastoren in der Zwischenzeit zu Theil geworden. — Da und dort geschah das Gleiche nach gleichartigen Grundsätzen [3]).

Der Tod Josephs I. und der Szathmárer Friede änderten die Sachlage nicht unwesentlich. Karls VI. Regierung war eine neue Ära [4]) und die Wiederherstellung der örtlichen Kirchenverhältnisse, wie sie von 1700 — 1705 bestanden, begann zur That zu werden. Allerdings wurden hiebei die confessionellen Satzungen von 1683 und 1687 zum Ausgangspunkte genommen, gerade so wie dies in Josephs I. Patenten der Fall war, aber die Art und Weise der Durchführung kündigte sich weit rücksichtsloser an. Schon oben ward angedeutet,

dass sich der Protestantismus in den deutschen Vororten Oberungarns an der Rákóczischen Bewegung stark betheiligt hatte; die conservative katholische Partei, die im Bunde mit der Regierung den Sieg errungen, beeilte sich nun zu restauriren, und sie konnte allerdings behaupten, nur das wieder herstellen und zurückgewinnen zu wollen, was ihr von den Conföderirten in gewaltsamer Weise war abgedrungen und entfremdet worden. Nicht wenig kam dabei auch die persönliche Stimmung der kaiserlichen Feldherren zur Geltung.

Am lautesten und mit bekannter Rührigkeit vertraten die Jesuiten ihre Ansprüche, überdies galten sie bei Hofe als Märtyrer des jüngst beendigten Bürgerkrieges und gewannen hier nach Josephs I. Tode eine neue Herrschaft.

Die Chronik dieses Ordens aus Hevenessy's Sammlung bietet interessante Details aus der Folgezeit des Szathmárer Friedens. Am meisten charakteristisch erscheinen die Restaurationsvorgänge in dem Vororte der Sároser Gespanschaft, in Eperies[5]). War doch das genannte Comitat, die bezeichnete Stadt, ein Herd der Insurrection gewesen. Allerdings hatte der Zwang der Verhältnisse hiebei viel gethan und eine eigentliche Begeisterung für die Sache der Conföderation war nie recht heimisch geworden.

Beginnen wir mit den einleitenden Ereignissen noch vor dem Szathmárer Frieden.

Den 10. December 1710 ward Eperies kaiserlich. Schon am 1. Jänner des folgenden Jahres fanden sich, auf Einladung des befehligenden Generals Virmont, 2 Jesuiten aus Leutschau in der Stadt ein.

Sie übernehmen den Gottesdienst in der Stadtpfarre. Schon am 5. Jänner muss sich der Magistrat dem Unvermeidlichen fügen. Den Protestanten wird sogleich der Gebrauch der Glocken entzogen. Virmont lässt das kalvinische Bethaus sperren und den Prediger ausweisen. Die Jesuiten weihen schon am 6. Jänner die neugewonnenen Kirchengebäude mit allem Pompe ein und ihr Auftreten erregt, nach der Chronik bezeichnender Äusserung, den Neid der Minoriten und Franziskaner, die sich derart vollkommen in Schatten gestellt sehen.

Das geschah vor Josephs I. Tode und dem Szathmárer Frieden. Mustern wir die nachmaligen Ereignisse.

Im September d. J. 1711 traf Pater Kolb, der vertriebene Superior des Eperieser Jesuitencollegiums, wieder ein, ein Mann, der fest entschlossen war, die früher erlittenen Unbilden im vollen Maasse heimzuzahlen. Den 28. September erschien das Gebot der Kaiserin, die Protestanten auf den Stand der Dinge vor Rákóczi zurückzuversetzen. Die Kapelle der Kalviner solle vernichtet, der protestantische Gottesdienst in der Stadt eingestellt, der akatholische Prediger aus der Stadt in die Vorstadt übersiedelt werden.

Die Lutheraner versuchen Gegenvorstellungen, Bitten — auch Katholiken schreiten ein, nach Angabe der Chronik, aber Pater Kolb, der den Erlass durchzuführen hat, bleibt unbeweglich: „Es wäre zu monströs“ lautet seine Antwort, wenn er, ein Mann, nachgeben sollte bei der Durchführung eines Erlasses, den eine Frau gegeben“.

Damals war commandirender General Löffelholz. Mit richtigem Blicke erkannte er die übeln Folgen einer rücksichtslosen Durchführung jenes Erlasses.

Er widerräth dieselbe. Die Aufregung wächst, als am 17. October die Jesuiten den Pfarrhof beziehen, besonders aber, als zum Schlusse des Jahres (30. December) ein neuer Befehl der Kaiserin die unverzügliche Rückstellung des Collegiengebäudes an die Väter der Gesellschaft Jesu anordnet. Die Lutheraner machen durch Beschädigungen des Collegiumgebäudes ihrem Ärger Luft.

In diesen kritischen Tagen war General Pálffy, der Oberstcommandirende, der Vater des Szathmárer Friedens, eingetroffen; ein heller, vorurtheilsfreier Kopf, durch und durch Katholik, aber vor allem Mann des Rechtes und der Billigkeit, der da wusste, man habe die Gemüther der Andersgläubigen für die neue Sachlage zu gewinnen, nicht sie zu deren Anklägern aufzureizen. Er hatte der Ansicht des Waffengenossen Löffelholz beigepflichtet, aber die Jesuiten erwirkten in Wien ein neues Dekret, das Pálffy vollziehen musste. Aber eben in dem Vollzuge der Anordnung zeigte sich sein feiner Tact.

Den Jesuiten missfiel es überaus, dass Pálffy den Stadtrichter, einen Lutheraner, in seine Kutsche nahm, mit ihm freundlich verkehrte, dass er bei seinen Anordnungen keinen von den, der Mehrheit der Altbürgerschaft verhassten, Jesuiten beizog, dass er den Lutheranern in der Vorstadt Plätze zur Erbauung eines Bethauses, einer Schule und Pfarrkirche anwies und für die Zeit bis zur Vollendungsfrist ihrer eigenen Kirche (1. Juni 1712) die Abhaltung ihres Gottes-

dienstes in der Stadt und zwar in dem hölzernen Bethause der Kalviner, in der Slovakengasse, genehmigte. Die von den Protestanten für den Bau erbetene Hülfe wussten jedoch die Jesuiten, nach Pálffy's Abgange, zu hintertreiben.

Der härteste Schlag für den Protestantismus in Eperies, aber auch für das Gemeindewesen der Stadt leicht verhängnissvoll, war die in den ersten Monaten des Jahres 1712 verfügte Restauration des Magistrates. Es wurde ein katholischer Stadtrichter bestellt, und angeordnet, dass fortan der Magistrat nur zur Hälfte aus Protestanten bestehen dürfe. Die Lutheraner weigerten sich sofort in den neugestalteten Magistrat einzutreten und so gelangten lauter Katholiken zu den Rathsherrnstellen.

Im Zusammenhange mit dieser Verfügung stand der Befehl, wonach in der eigentlichen Stadt nur den Jesuiten das Taufen, Copuliren und Begraben zukäme. Die protestantischen Prediger wurden in die Vorstädte gewiesen und die kalvinische Kapelle entging nicht dem Schicksale der Zerstörung.

Bald aber gewann bei Hofe eine duldsamere Anschauung Oberwasser; Männer vom Schlage Pálffy's fanden Gehör und die eifrige Parteinahme Englands und Hollands für den ungarischen Protestantismus konnte um so weniger zurückgewiesen werden, je mehr politische Rücksichten für eine durchgreifende Pacificirung des Reiches sprachen.

Den 18. Mai 1712 erscheint K. Karl auf dem Pressburger Krönungslandtage und der k. Erlass, der, 11 Tage später, von dort an das Sároser Comitat herablangte, ist der beste Beweis für die neue günstige Wendung in den massgebenden Kreisen.

Es wird darin den Protestanten von Eperies, auf Grundlage des 26. Diätal-Artikels von 1681 und des 11. Punktes der Reichssatzung von 1647, der Bau einer Vorstadtkirche zugestanden, nachdem sie daran der Administrator der Stadtpfarre (P. Kolb) gehindert hatte, und zwar desshalb, weil sie vorher und bis zu den jüngsten Unruhen nicht im Besitze eines solchen Gotteshauses gewesen seien. Dem Comitate wird die Vollziehung dieses Mandates aufgetragen.

Die Jesuitenchronik verzeichnet den Inhalt dieser königlichen Weisung mit begreiflichem Unmuth; besonders musste den Jesuiten das Gebot beschwerlich fallen, wonach den protestantischen Pre-

digern alle jene Genüsse und Bezüge gewahrt blieben, die ihnen der Ödenburger Reichstag von 1681 eingeräumt hatte.

Der königliche Erlass selbst wurde, bezeichnend genug, erst ein halbes Jahr später — den 1. December nämlich, in der Congregation des Comitates verlautbart.

Ermuthigt hiedurch, begehren die Protestanten für ihre Prediger den Einlass in die Stadt, Behausung daselbst, Genuss der Pfarrrechte und Stolagebühren. Der katholisch gewordene Magistrat legt dagegen seinen Protest bei der Gespanschaft ein.

Schon am 2. December hielten die protestantischen Prediger ihren Einzug mit Weib und Kind. Aber den Gottesdienst in der Stadt vermögen die Akatholischen nicht durchzusetzen. Sie wenden sich nach Wien und die Hofkammer erlässt eine Reihe günstiger Weisungen. Die Prädikanten dürfen in der Stadt wohnen, evangelische Zunftglieder sind nicht bemüssigt, bei katholischen Festlichkeiten fürder zu erscheinen und was die Hauptsache, — die Protestanten erlangen freien Zutritt zu den Rathsämtern der Stadt.

Aber Eperies, woselbst die Katholiken zur Herrschaft gelangt, pocht auf seine Autonomie und verweigert, von dem Grafen Ladislaus Szentiványi angeeifert, den Mandaten der Hofkammer den Gehorsam.

Bei Gelegenheit dieser Nachrichten verzeichnet auch die Eperieser Jesuitenchronik eine merkwürdige Geschichte, die auf das sociale Leben in klerikalen Kreisen ein bezeichnendes Streiflicht wirft.

Der protestantische Superintendent Johann Schwarz, über 60 Jahre alt, wünscht sich mit der Kupferschmiedswitwe Dorothea Burkhard zu vermälen, deren Kind er aus der Taufe gehoben hatte. Er wendet sich zur Behebung dieses Hindernisses bei dem Erlauer Ordinariate an den Jesuitensuperior. Dieser erwirkt ihm auch das Gewünschte und bringt so den Superintendenten bei seinen Glaubensgenossen nicht wenig in Verruf. Überdies erlangte er die besondere Licenz, bei seiner Braut 2 Tage und 2 Nächte in der Stadt zuzubringen. Die Jesuiten nannten ihn spöttisch den „Pastor der Fische", da er in einem kleinen Thurme der Vorstadt inmitten eines Fischteiches hauste.

In demselben Jahre, 21. November 1713, übersiedelten die Väter der Gesellschaft Jesu aus dem Pfarrhofe in das ganz ausgebaute Collegium. Es sind ihrer 17 gewesen. Sie erlangen von dem

Magistrate die Erlaubniss, der Sicherheit wegen das Gebäude mit einer Mauer umgeben zu dürfen. Mit bekanntem Eifer bemächtigen sie sich des Unterrichtes und gleich zu Anfang zählen die 6 Gymnasialclassen ihres Collegiums 170 Schüler, unter der Leitung zweier geistlichen und eines weltlichen Professors. Am Tage des Ordensstifters wird das Haustheater mit dem Stücke „Der zurückgekehrte Religionseiferer“ (Zelota reductus) eröffnet. Es sollte diese Tendenzkomödie eine Erwiederung auf das Satyrspiel „Der verurtheilte Faulpelz“ (Pigritius condemnatus) sein, womit die protestantischen Studierenden zur Zeit der grossen Bewegung die abziehenden Jesuiten verspottet hatten. Den Theaterzettel letzteren Stückes fanden noch die Jesuiten vor. Erst bei Gelegenheit dieser Aufführung ward er abgerissen.

Die Jesuiten haben nun festen Boden gefasst und gedenken im Jahre 1714 die katholische Restauration neuerdings in Angriff zu nehmen. Gestützt auf den allgemeinen Grundsatz der Regierung, wonach für die Rechte des Protestantismus die reichstäglichen Satzungen von 1681 und 1687 massgebend seien, erwirken sie bei dem Magistrate die Vertreibung der protestantischen Prediger aus der Stadt, ja sogar die Zerstörung des neugebauten Bethauses in der Vorstadt, da sie ja vor dem Jahre 1704 ein solches nicht besessen hätten.

Als dies jedoch der Wiener Regierung zu Ohren kam, so ermächtigte sie die Eperieser Protestanten eine neue Kirche aufzuführen, zu welchem Baue die Stadt Holz und Steine liefern musste. Eperies sei nämlich ein Articularort, auf welchen die confessionellen Gesetzartikel von 1683 und 1687 Anwendung fänden. Ferner erlangten die Pastoren das Recht, in Zwecken der Seelsorge ihre Glaubensgenossen der innern Stadt besuchen zu dürfen; doch hätten sie nicht das Recht, allhier zu übernachten. Ausserdem sei ihnen die Befugniss des feierlichen Leichenzuges durch die Stadt eingeräumt, wie solche die Protestanten in Kaschau schon früherher besässen.

Ermuthigt dadurch nahm ein protestantischer Prediger das Begräbniss auf dem katholischen Gottesacker eigenmächtig vor. Der Jesuitensuperior als Stadtpfarrer sucht dies zu hindern und bittet den Commandanten um Assistenz, dieser erklärt aber sich in Religionssachen nicht einmischen zu dürfen. Endlich erlangen die Jesuiten bei den Behörden das Alleinbefugniss des feierlichen Leichenbegängnisses.

In der Schwesterstadt von Eperies, in Bartfeld, setzte es in Hinsicht der katholischen Restauration ähnliche Conflicte ab [6]).

Ein königlicher Erlass, vom 29. Mai 1712 ddo. Schloss Pressburg, also gleichzeitig mit dem Mandate, Eperies betreffend, gebot in schärfster Weise dem Comitate, den Unbilden zu steuern, die man jüngster Zeit den Protestanten zugefügt hatte. Man habe ihnen nämlich das einzige noch vor dem Bürgerkriege besessene Gotteshaus mit zugehöriger Pfarre gegen alles Recht entzogen, da sie doch reichsgesetzlich die Befugniss freier Glaubensübung besässen, — überdies ihre Priester und noch dazu einen von ihnen, der sein eigenes Haus in der Stadt besass — aus derselben verbannt.

In Leutschau, dem Vororte der Zips, feierten die Protestanten im Juni des Jahres 1713 den ersten Gottesdienst im neuerbauten Bethause [7]).

Gehen wir zu Kaschau über, dem alten Mittelpunkte des oberungarischen Geschichtslebens.

Die Stadt war Rákóczi treu ergeben, Dank der verkehrten Politik, welche die österreichische Regierung den ungarischen Deutsch-Städten gegenüber seit Jahrhunderten eingeschlagen. Die Bedingungen der Capitulation waren annehmbar; der Stadt wurde Amnestie, Sicherheit der Person und des Gutes, Abzugsfreiheit den Vertheidigern und Auswanderungsrecht den Bürgern verliehen.

Die Jesuiten, welche allhier im Besitze einer Akademie mit Universitätsrange waren, und, wie wir anderorten zum Jahre 1706 sahen, zufolge der Szécsényer Beschlüsse das Loos der Ordensgenossen zu Leutschau, Eperies, Unghvár, Erlau u. s. w. theilen mussten, kehrten nun schleunigst zurück und übernahmen ihre Akademie, die an dem reichen Ehepaare Alexander Keczer und Sofie Sándory freigebige Gönner fand. Die beiden andern Confessionen begannen nun auch einen minder lauten aber erbitterten Kampf gegen die katholische Restauration zu kämpfen [8]).

Den Schluss mögen die Verhältnisse in einer vorwiegend magyarischen Stadt, in Unghvár, bilden. Der Rector der verbannten Jesuiten allda, P. Gabriel Horváth, begab sich, nach der Einnahme von Homonna durch die Kaiserlichen, in diesen Zempliner Ort, und nach Unghvárs Ergebung, in letztere Stadt (Mai 1711). Wie die Jesuitenchronik angibt, zeigte die vorwiegend kalvinische Ungarnbevölkerung wenig Lust zum Katholicismus, die Procession des Jah-

res 1713 wurde von „wenig“ aber „frommen“ Volk begleitet. Die katholische Restauration konnte da nur schwache Wurzeln schlagen. An Thätigkeit liessen es die Ordensbrüder nicht fehlen. Mit Befriedigung wird von dem wunderthätigen Ringe des heil. Xaverius erzählt und des Verdienstes erwähnt, das sich einer der Ihrigen erworben, als er aus dem Hause eines Adeligen das störende Gespenst bannte *).

So eigenthümliche Erscheinungen von Ebbe und Fluth zeigt die Stellung der Confessionen. Es waren dies leidige Folgen unklarer, zwitterhafter Verhältnisse, die Regierung balancirte zwischen den Principien der Duldung und dem Buchstaben älterer gesetzlichen Vorschriften, die von den Ansprüchen des Protestantismus weit überholt waren.

Die Vollzugsorgane der Regierung liessen nicht selten ihrer Willkür freien Zügel. Im Schoosse der municipalen und gespanschaftlichen Gewalt entschied die jeweilige Majorität, und die Mandate der Regierung wurden hier durchgeführt, dort mit gebührender Ehrfurcht „ad acta gelegt“. Und gegen die Durchführungen selbst wieder erhoben sich Beschwerden und Klagen, bald von der einen, bald von der anderen Seite.

Hier grollten die Katholischen über Parteilichkeit für die Ketzer, dort schimpften die Protestanten über die Tyrannei der Papisten. In Wahrheit schossen beide Theile über das rechte Maass ihrer Wünsche und Ansprüche hinaus und der Regierung, die es in ihren Massregeln an Widersprüchen auch nicht fehlen liess, wurde der Weg des Ausgleiches immer dorniger gestaltet.

War ja doch ein geschworner Feind des Szathmárer Friedens jene starke Partei ungarischer Herren, welche, als die Conföderation erlegen, sich schadenfroh die Hände rieb, sie voll Gier nach deren Erbschaft ausstreckte, und grollend wieder zurückzog, als die Regierung, weit grossmüthiger, als die Partei je wähnte, Vergeben und Vergessen aussprach. Was boten diese Altconservativen nicht Alles auf, um in den Jahren 1712—1715 den Inhalt des Szathmárer Friedens mindestens abzuschwächen, da sie dessen reichstägliche Bekräftigung oder Inarticulation nicht hintertreiben konnten.

Unsern Anschauungen durch Unduldsamkeit widersprechend, aber ungleich ehrenwerther erscheinen die Bestrebungen einer zweiten Partei, von dem Kern des katholischen Hochklerus gebildet, die den

Protestantismus ganz auf den Standpunkt vor dem Jahre 1708 zurückversetzt wissen wollte. Sie konnte den Buchstaben früherer Reichssatzungen, aber auch besondere Motive für sich ins Treffen führen: das eine Motiv war das der Restauration alles dessen, was ortsweise dem Protestantismus hatte weichen müssen, das andere die Besorgniss, Schritt für Schritt den Boden zu verlieren Angesichts des Protestantismus, der laut genug seine Forderungen am Reichstage hören liess, und, was ihm kein Unbefangener verargen konnte, — volle Duldung und Berechtigung, im Sinne des Linzer Friedens vom Jahre 1645, anstrebte.

Aber ebenso darf kein Unbefangener in Abrede stellen, dass gerade unter den Protestanten Oberungarns, namentlich des östlichen Berglandes, um das Jahr 1714 eine Partei ihr Haupt zu erheben begann, die, unzufrieden mit der Sachlage, oder richtiger gesprochen, unzufrieden um jeden Preis, die Erneuerung des Bürgerkrieges, die Vernichtung des beiderseits theuer erkauften Szathmárer Friedens in drohende Aussicht stellte. Wenn auch nur örtlich und zunächst auf dem Boden der confessionellen Streitfrage thätig — zeigte sie dennoch in letzter Linie das Anstreben einer politischen Umwälzung. Wir dürfen diese Partei mit dem Beinamen einer patriotisch-nationalen Opposition nicht beehren, denn hinter ihr stand weder die Nation noch der wahre Patriotismus, sondern theils die Verranntheit in die Idee der Losreissung Ungarns vom Gesammtösterreich, welche mit der Conföderation Schiffbruch gelitten, — und das war noch ein achtbares Motiv, das der politischen Schwärmerei, — theils der Groll über persönliche Verluste, die der Eine und Andere im Bürgerkriege erlitten, theils endlich — und leider wirkt dieser Antrieb besonders kräftig — der Wunsch, in den Tagen des neuen Umsturzes eine Rolle zu spielen, Gewinn zu ziehen aus der Anarchie.

Diese Partei glaubte an den zerrütteten Verhältnissen Ungarns einen Bundesgenossen zu besitzen — statt gerade dadurch sich entwaffnet und zur wackern Beihilfe an der Heilung der mitverschuldeten Wunden des Vaterlandes verpflichtet zu fühlen.

Diese Partei — um ein geflügeltes Wort der Neuzeit anzuwenden — hatte nichts gelernt und nichts vergessen und ihr Auge begegnete sich mit den lauernden Blicken der Emigration.

b.) Rákóczi und die Emigration 1711—1717.

Wir besitzen ein genaues Tagebuch über Rákóczi's Fahrten in der Fremde, seit er den Boden Ungarns verliess und das Loos der Verbannung wählte. Es sind dies die genauen Aufzeichnungen seines Hofdieners, Adam Király von Szathmár [10]). Bieten uns letztere die äusserlichen Lebensmomente mit peinlicher Genauigkeit, sozusagen die Schale des Emigrantendaseins, so liefern die Depeschen seiner Agenten im Auslande und die eigenen Correspondenzen des Fürsten das innere Getriebe, den Kern dieser Existenz in der Fremde.

Im Mai — Juli des Jahres 1711 weilte Rákóczi in den galizischen Orten Jaworow, Visoczka und Jaroslo. Hier fanden Zusammenkünfte mit dem russischen Czaren, Conferenzen mit dessen Ministern statt, denen Bercsényi, Vay, Galambos, Gerhard und Alexander Keczer, Rákóczi's Schicksalsgenossen, beiwohnten. Die Schlösser Dolgoruky's und Sziniavszki's beherbergten die zahlreichen Gäste.

Dass Czar Peter, dazumal mit dem Wiener Hofe gespannt, gegen den ungarischen Agitator eine huldvolle Miene annahm und Hoffnungen in ihm nährte, die zu erfüllen Niemandem weniger Ernst war als dem Kaiser aller Reussen, — ist thatsächlich, und auch der päpstliche Nuntius berichtete darüber in seiner vertraulichen Depesche vom 15. Juli 1711, Krakau [11]).

Anfangs September treffen wir Rákóczi in Warschau. Hier findet eine neue Unterredung mit dem Czaren statt. Von Warschau geht die Reise sodann nach Thorn, woselbst Rákóczi den 9. September 1711 eintrifft, um nach einigem Aufenthalte allhier und zu Elbing, vom 11. December 1711 an in Danzig eine lange, nahezu einjährige Rast zu halten.

Noch zur Zeit, als sich Rákóczi auf dem Boden Galiziens befand, hatte er in einem Schreiben an Pálffy (vom 28. Mai, ddo. Zalusa oder Zahržan) in salbungsvoller Weise gegen die dem Stillstande der Waffen zuwiderlaufenden Angriffe auf Rákóczi's Hauptburg, Munkács, Einsprache erhoben.

Vom 20. Juni, zu Visoczka, datirt Rákóczi's Memoriale an die französische Regierung, das Vétesi zu überreichen hatte. Ein ähnliches Actenstück unterbreitete der zweite Agent Rákóczi's, Clement,

der englischen Königin. Rákóczi sucht darin die Gerechtigkeit der eigenen Sache darzuthun und die westeuropäischen Cabinete für dieselbe zu erwärmen.

Zur Zeit als er sich in Danzig aufhielt, vom 11. December 1711 bis zum 9. November des nächsten Jahres, findet sich in seiner diplomatischen Correspondenz allerhand Bedeutsames. Zunächst ist es der Bruch Rákóczi's mit seinem Agenten in Frankreich, Kökényesdi von Vétes. Rákóczi war mit ihm unzufrieden und hegte den Verdacht, Vétesi walte nicht gewissenhaft seines Amtes. Ein gewisser Brenner, einst Secretär des Erzbischofes von Kalocsa, sodann als Anhänger Rákóczi's zum Probste der Zipser Kirche gemacht und seit 1710 als diplomatischer Agent in Königsberg verwendet, ward von dem Fürsten als Ersatzmann für Vétesi ausersehen.

In einem Schreiben Rákóczi's von Danzig, 8. December 1711, an den französischen Minister Torcy wird die Befürchtung ausgesprochen, „dass die Insignien des goldenen Vliesses, welche für ihn angefertigt und jetzt einem Banquier Namens Helissan zu übergeben waren, durch Vétesi unterschlagen worden“ [12]).

Die Schreiben des Agenten Vétesi, ddo. Paris 7. — 23. Jänner und namentlich vom 20. März 1712 sind das Stärkste, was sich Rákóczi als Erwiederung gefallen lassen musste [13]). Mag Vétesi auch von selbstsüchtiger, leidenschaftlicher Gesinnung beseelt gewesen sein, so war er doch ein scharfer Kopf und gebildeter als Mancher andere in Rákóczi's Solde; nicht selten, wie seine früher entwickelten politischen Anschauungen lehren, trifft er den Nagel auf den Kopf und bei dem, was er sagt, gedenkt man unwillkürlich der Worte des Dichters: „Auch aus der schlechtesten Hand kann Wahrheit mächtig noch wirken“ . . . .

Die Schlusscorrespondenz mit Rákóczi vermag uns allerdings für Vétesi nicht einzunehmen, aber ebensowenig für Rákóczi's Handlungsweise zu begeistern; wenn wir auch zugeben, dass er viel vornehmer dachte als sein Botschafter, der in seinen Geldforderungen den blossen Geschäftsmann hervorkehrt, der vor Allem gut bezahlt sein will.

In den erstangeführten Briefen wahrt Vétesi seine Correspondenz vor den Eingriffen Brenners und erklärt die vollste Bereitwilligkeit, persönliche Rechenschaft zu geben über sein Thun und Lassen.

In diesen kurzen Depeschen waltet ein ruhiger, gemessener Ton. Heftig erregt wird er in der Märzepistel. Vétesi erfuhr inzwischen nämlich von dem Memoriale Brenner's an das französische Cabinet, worin nichts Geringeres gefordert wurde, als die Einsperrung Vétesi's in die Bastille. Als Gründe dieser Massregel wurden nachstehende bezeichnet: 1.) wolle Vétesi dem Fürsten Rákóczi seine Diamanten nicht zurückgeben, 2.) wolle er nicht Rechnung legen über die 200.000 Livres, die er allhier auf Abschlag der Subsidien in Empfang genommen habe, 3.) endlich sei Vétesi ein rebellischer Unterthan geworden, den man ausser Stand setzen müsse, Rákóczi zu schaden. Hätte Rákóczi auch in allen diesen Behauptungen Recht gehabt, das was er jetzt gegen seinen bisherigen Gesandten von dem französischen Hofe forderte, war eine der compromittirendsten Tactlosigkeiten, wirbelte vielen Staub auf und machte einen seiner kundigsten Vertrauten zum hasserfüllten Ankläger.

Ludwig XIV. war nicht gelaunt, seinem Schützlinge Rákóczi solch schmutzige Wäsche waschen zu helfen, er lehnte die Forderung ab — wie Vétesi erklärt, desshalb, weil man niemanden ohne rechtskräftige Aburtheilung einkerkern dürfe.

Nun liest Vétesi dem Fürsten über das „impertinente Memoir“ des Mr. Brenner den Text.

Rákóczi habe als gewählter Führer der Conföderation auf das heilige Evangelium den Schwur geleistet, sie zu regieren nach den Gesetzen und Privilegien des Reiches. Diesen Schwur habe er im vorliegenden Falle gröblich verletzt und das Gleiche begangen, was er dem Wiener Hofe so oft vorgeworfen habe. „Die Conföderirten“, schreibt Vétesi, „haben niemals den Gedanken gehabt, sich zu entziehen der Gewalt des Kaisers, um sich unter die Tyrannei irgend Jemands zu bringen“.

„Er habe“, heisst es weiter, „Rákóczi nie als seinen Herrn, sondern als seinen Vorgesetzten anerkannt und sei bloss der Krone und dem gesetzlichen Könige Ungarns unterthan“. Ja selbst für den Fall, dass er gegenüber der Conföderation schuldtragend befunden würde, hätte weder Rákóczi noch sie die Autorität, ihn desshalb zu züchtigen. Der Churfürst von Baiern sei Vétesi's Gebieter, Gebieter über Leben und Tod, er ist es, der Vétesi dem Rákóczi zur Verfügung stellte, um in den geheimen Angelegenheiten des Letzteren verwendet zu werden. . . . .

Den Schluss bildet ein sehr anzügliches Capitel. So lange Vétesi in Frankreich diene, habe er, der König und Minister seien dessen Zeugen so gut wie Rákóczi selbst, von diesem nicht einen einzigen Sous erhalten. Seine in Beschlag genommenen Rechnungen, die durch Empfangscheine in ihrer Giltigkeit erweisbar sind, werden zeigen, dass Rákóczi ihm bis zum 1. October 1710: 12.000 Thaler und von dem besagten Tage bis zum 1. Februar 1712: 8.000 Thaler schulde, die ausserordentlichen Forderungen abgerechnet.

Dieser Aufzählung folgen die Worte:

„Ich bin nicht so übel berathen, alss dass ich mich der Diamanten entäussern würde, die ich in Händen habe, bevor Sie meine Zahlung geregelt haben werden, denn ich weiss, dass Sie nichts anderes suchen, als mich dessen zu berauben, was man mir schuldet und dass Sie sich schmeicheln, Niemand werde Sie nöthigen mir Genugthuung zu geben, wenn ich so unverständig wäre, mich meiner Stütze zu entäussern".

„Sie schulden mir 60.000 Livres ohne das Extraordinarium; zahlen Sie mich und ich stelle Ihnen Ihre Diamanten zurück; aber ich will eher zu Grunde gehen, als mir das entziehen lassen, was ich wohl verdient und auf Kosten meines Lebens mir erworben habe. Die Vorkommnisse zwischen mir und Ihnen sind weder ehrenvoll noch nutzbringend für E. H., sie werden mich veranlassen, Dinge zu enthüllen, die Ihnen keine Freude machen werden. Verpflichten Monseigneur eine Person dadurch, dass Sie ihr Gerechtigkeit widerfahren lassen, Ihnen fürder jene Ehrfurcht zu zollen, die Ihnen gebührt".

Um dieselbe Zeit, als diese ärgerlichen Dinge sich abwickelten, legte Clement, Rákóczi's Agent, dazumal beim Friedenscongresse in Utrecht thätig, den Generalstaaten ein Memorial vor (ddo. Jänner 1712), worin sehr ausführlich die Forderungen Rákóczi's beleuchtet erscheinen und deren Verwirklichung dem Congresse ans Herz gelegt wird. Von besonderem Belange erscheint die Stelle, worin zur Sprache kömmt, wie unzertrennlich die Interessen des protestantischen Glaubens und die des Fürsten Rákóczi seien und dass die Sicherheit der Einen von der der Andern abhinge, sowohl im Königreiche Ungarn als in Siebenbürgen. Dies wird dann des Breitern entwickelt und die grossmüthige Hilfe der Generalstaaten für Ungarn und Siebenbürgen, besonders vom Standpunkte des Glaubens aus, angerufen [14]).

In dem Schreiben Rákóczi's an Clement vom 27. Jänner (Danzig) wird aber vor Allem als der Gegenstand gemeineuropäischen und christlichen Interesses die Freiwerdung Ungarns und die Trennung Siebenbürgens von Letzterem betont, „wenn man der Nothwendigkeit vorbeugen wollte, dass sich die unterdrückten Ungarn immer wieder an den Beistand der Türken halten".

Er betont den unverbrüchlichen Bestand seiner Rechte auf Ungarn und bemerkt über seine Unterhandlungen mit dem Wiener Cabinete, dass letzteres sich bloss über die Zurückstellung seiner Titel und Güter verlauten liess, ohne zugleich eine bestimmte Verweigerung in Hinsicht Siebenbürgens auszusprechen, wie man dies früher gethan.

So scheinen Rákóczi's Hoffnungen mit neuem Winde zu segeln. Sein besser unterrichteter Botschafter war minder sanguinisch. In einem Briefe vom 9. Februar 1712 spricht er die Befürchtung aus, alles deute darauf, Rákóczi würde in dem Utrechter Vertrage unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen; denn die verständigsten Beobachter glaubten, wenn in jenem Frieden der Kaiser als Bundesgenosse von England und Holland geopfert sein werde, so sei man gewillt, ihm zur Entschädigung Ungárn und Siebenbürgen preiszugeben.

Die Weisung Rákóczi's an Clement vom 27. Februar zeigt, wie hastig er bemüht ist, in der Fassung seiner Forderungen an den Congress sein privates Interesse zu verläugnen und den gemeinen Vortheil Ungarns und Siebenbürgens in den Vordergrund zu stellen. Der Kern des Ganzen blieb sich natürlich gleich, wenn es auch jetzt hiess: „man müsse die freie Wahl und die Ungiltigkeit der Ansprüche des Hauses Österreich deduciren und fordern".

Gab sich Clement in Hinsicht der Sache Rákóczi's keiner Selbsttäuschung hin, so war dies auch bei einem zweiten Diplomaten, Jablonski, der Fall, den wir in einem regen Depeschenwechsel mit Clement finden. Er schreibt an diesen (ddo. Berlin 16. Febr. 1712) unter Anderm, indem er der grossen Mühewaltung Clements, seines Herrn Gevatters, lobend gedenkt: „Beklage nur, dass bei dem Allen so wenig Anschein, auf dem eingetretenen Wege zu dem verlangten Zweck zu kommen und scheinet mir der hazard allzugross zu sein, wenn man durch die Alliirten, und noch grösser, wenn man durch Frankreich (rebus sic stantibus) den Vergleich machen will. Rákóczi

erkennt nunmehr, dass der sicherste Weg zu seinem Wohlstand sei ein accommodement mit Austria. Nur wie man dazu kommen möge, ist nicht leicht zu sagen". Und in einer späteren Depesche vom 1. März heisst es: „Ich bin zwar noch der Meinung, dass man mit dem Imperator lieber via amicabili als contentiosa gehen, und lieber selbigen begüten als mehres reizen solle, darum weil wir selbst die Sache auszuführen nicht Kräfte genug und von unsern Freunden nicht Hilffe genug haben. Unterdessen, damit es den Schein nicht habe, etwas versäumt zu haben in einer Sache, für welche selbst mein Blut mir nicht sollte zu lieb sein, so überschicke mit heutiger fahrender Post die historiam diplomaticam und den verlangten Tractat. Gott segne die wohlgemeinte Arbeit. Aber ich wünschte, dass man Prince Eugenium gewinnen konnte etc. etc. und durch ihn Caesarem, wenn gleich Prince Rakoczy offeriren liess, zu des Ersteren Dienst einige Mannschaft stellen zu wollen etc. Man überlege es" [15]).

Rákóczi mochte allerdings fühlen, dass sein Unterhändler Clement Aufklärungen bedürfe, um sich die schwankenden Ansprüche seines Gebieters, zu Behuf einer endgiltigen Vorlage an die Utrechter Friedensconferenz, zusammenzureimen. In seiner Depesche vom 16. März [16]) äussert sich Rákóczi dahin — er habe niemals seinen Ansprüchen auf Siebenbürgen entsagt, sondern nur erklärt, er sei zufrieden mit einer Entschädigung, im Falle die Staaten über dieses Fürstenthum sich einigen und dabei ihre Rechnung finden würden. Mit der Zusicherung des Wiener Hofes, betreffend die Sicherheit seiner Person, könne er sich nicht beruhigen, denn er sehe, dass jener die zu Szathmár gegebenen Versicherungen nicht halte und dass man beschlossen habe, die Nation zu misshandeln, wie man dies einst gethan. Pater Hevenessi, Beichtiger des Cardinals Kollonics, spiele den Apostel in Ungarn.

Wenn diese Andeutungen beweisen, dass Rákóczi auf die Unzufriedenheit Ungarns speculirte, so eröffnen seine Schlusszeilen eine andere Perspective.

„Die Minister des Wiener Hofes", heisst es hier, „können gerechte Befürchtungen vor der Rüstung der Pforte hegen und verwirklicht es sich, dass die Pforte mit dem Hause Österreich bricht, so werden dann die Alliirten weit klarer den Nachtheil ermessen, den sie verschulden, indem sie ihm ungeachtet ihrer Versprechungen die ungarische Nation opfern".

Ein späteres Schreiben vom 11. Juni 1712 deutet an, dass sich Rákóczi mit dem tieferen Studium der polnisch-türkischen Frage beschäftigte [17]).

Die Depesche an Clement vom 12. März erörtert sehr ausführlich und auf historischem Wege die Usurpation Siebenbürgens durch das Haus Österreich.

Natürlich läuft alles darauf hinaus, zu beweisen, dass der Wiener Hof nur gewissenhaft und klug handeln würde, wenn er sich mit Rákóczi über Siebenbürgen einigte [18]).

Am wichtigsten erscheint die Stelle gegen den Schluss hin. Sie lautet:

„Erörtern Sie alles dies, was ich in diesem Schreiben bemerkte, in einer Art, welche die Alliirten überzeugen könne, ich sei nicht der Mittel entblösst, neuerdings mit Erfolg den ungarischen Krieg zu beginnen, aber auch nicht gereizt genug, ihn unternehmen zu wollen, sobald man mich durch einen soliden und berücksichtigungswerthen Ausgleich mit dem Hause Österreich meine Rechnung finden lässt, da ich die Person und alle grossen Eigenschaften des gegenwärtig regierenden Kaisers kenne und vollkommen zu würdigen weiss".

Dies klingt allerdings sehr versöhnlich, aber wie war ein Ausgleich zu hoffen, wenn derselbe auf Grundlage jener Denkschrift getroffen werden sollte, welche der jetzige Botschafter Rákóczi's am französischen Hofe, Abbé Brenner, dem Cabinete von Versailles (14. April) übergab, mit der Forderung, ihre Punkte am Utrechter Congresse vorzubringen [19]). Sie besagt Folgendes:

Rákóczi, dessen Vorfahren Siebenbürgens widerrechtlich beraubt worden seien, verlangt, auf Grundlage der Wahl von 1704, dessen Rückstellung. Der Fürst wird in keiner Weise darauf eingehen dass das Haus Österreich in Siebenbürgen Truppen halten könne und er verlangt die Übergabe der Festungen, der Artillerie, der Archive und überhaupt all dessen, was zu Siebenbürgen gehört, so wie auch der Festungen Arad, Grosswardein und der partes annexae von Siebenbürgen, die seine Vorfahren mit vollem Rechte besassen. Rákóczi verlangt weiter die Rückgabe seiner Güter, die er in Ungarn und Siebenbürgen vor dem Kriege besessen, die Städte Nagy- und Felsőbánya, welche der Wiener Hof der Fürsten-Grossmutter zu entziehen verstand, ferner die Güter der Zrinyi und Frangepani, auf welche er rechtskräftige Ansprüche habe. Dessgleichen verlangt er Entschädi-

gung für den Schatz seines Hauses, dessen sich der Wiener Hof, während des Krieges mit Tökölyi, in Munkács, Regécz und Sárospatak bemächtigte u. s. w.

Er besteht auf Ersatz für die Demolirung der Schlösser Regécz, Ecsed und Sárospatak, welche in den Tagen des Friedens ohne allen Grund stattgefunden habe.

Lesen wir dies Alles, so trauen wir unsern Augen kaum. Begehrte dies Rákóczi an der Spitze eines stattlichen Heeres, wir könnten es allenfalls begreifen, aber es sind die Forderungen Rákóczi's, des Verbannten in Danzig, des Mittellosen, der bald an das Gnadenbrot Frankreichs gewiesen ward, und desshalb schütteln wir den Kopf zu dieser Denkschrift.

Aber Einen Halt musste doch Rákóczi besitzen, um eine solche Sprache führen zu können; allerdings überschätzte er denselben in seiner Einbildung. Es war dies die Hoffnung auf eine neue Schilderhebung in Ungarn. Zwei seiner Depeschen an Clement bieten diesfällige Aufschlüsse.

Am 17. August 1712 schreibt er an seinen Geschäftsträger Clement, ihm sei es klar, dass von dem Hause Österreich eine würdige Begleichung seiner gerechten Ansprüche nicht zu erwarten sei; man wolle ihn zum Äussersten treiben . . .

Die Entscheidungen, heisst es dann weiter, welche der Kaiser an die ungarischen Stände herabgelangen liess und die Nachrichten, welche Clement von solchen erhalten habe, die Rákóczi's Partei verlassen, entfernten ihn immer mehr von einem Particularvergleiche [20]). —

Mit andern Worten, er rechnete auf die Missliebigkeit der kaiserlichen Mandate und die Unzufriedenheit in Ungarn.

Nähere Aufschlüsse bietet die zweite Depesche vom 4. Septb. d. J. Eingeleitet wird sie von der Äusserung, Rákóczi hoffe, dass seine Angelegenheiten einen günstigeren Verlauf nehmen werden.

Berichte über den Stand der Dinge in Ungarn habe ein gewisser Sigmund Géczi nach dem Haag gebracht. Er sei glücklich nach Polen entkommen, als man ihn mit andern verhaften wollte, auf die Anklage hin, dass er und sie mit Rákóczi in brieflichem Verkehre stünden. —

Nun folgt eine Stelle, deren Aufrichtigkeit wir dahin gestellt sein lassen: Niemand könne besser, schreibt Rákóczi, die Falschheit

dieser Anklage erkennen, als er selbst, da er seit dem Vertrage von Károlyi (d. i. dem Szathmárer Frieden) nicht einen einzigen Brief nach Ungarn geschrieben . . . „Ich habe", lautet die bezeichnendste Stelle, „bis auf den gegenwärtigen Augenblick keinen Auftrag den Ungarn gegeben, etwas zu unternehmen oder zu versuchen wider die jetzige Regierung, aber ich will nicht verantwortlich sein für jene Herren und Edelleute, welche die Absicht haben in das Königreich zurückzukehren und denen man die Rückgabe ihrer Besitzungen verweigert hat, in der Voraussicht, dass früher oder später das Elend, das sie erdulden, sie veranlassen werde, die gleiche Partei zu nehmen".

Die 300 Thaler, welche Clement durch Jablonski erhalten werde, solle er wohl sparen, denn für längere Zeit würde Rákóczi ausser Stande sein, ihm anderes Geld zu schicken [21]).

Clement befand sich bis in den October d. J. 1712 zu Utrecht. Ende dieses Monates segelte er nach London, um hier Rákóczi's Sache zu befördern. Die zahlreichen Depeschen an Letzteren zeigen, wie wenig eigentlichen Erfolg diese diplomatischen Mühen erzielten.

Während Clement seinen Aufenthalt in London nahm, veränderte Rákóczi den seinigen. Der Gedanke, das fruchtbringendste Asyl in Frankreich, am Hofe Ludwigs XIV. zu finden, seine Zwecke hier am besten persönlich fördern zu können — bestimmte den Fürsten zur Abreise. Ohnehin war er der Geldmittel für seinen und der Seinigen Unterhalt nahezu entblösst.

Das Schreiben an den König (Danzig 20. April 1712) voll feiner Schmeichelei, worin Rákóczi als dankverpflichteter Schützling seine ganze Lebensthätigkeit mit dem Interesse Frankreichs verwachsen bezeichnet, läuft schliesslich darauf hinaus, Ludwig XIV. möge den Fürsten nicht länger in einer peinlichen, hilflosen Lage belassen, sondern für die Flüssigmachung der versprochenen Geldsummen Sorge tragen [22]).

Weit früher schon (12. Juni 1712) hatten Bercsényi und Paul Letényi Danzig verlassen, um nach Frankreich zu schiffen [23]). Anderseits waren (21. Juli) Rákóczi's Hofmeister Adam Vaj, (26. Juli) Sigmund David, Baranyai, (13. Oct.) Johann Jó und Balthasar Szilvási aus Jaroslav in Danzig eingetroffen. Die Sorgen für die emigrirten Schicksalsgenossen wuchsen.

Einige Wochen vor Rákóczi's Abreise segelten J. Ilosvay, Michael Sibrik, Doctor Lang und d'Absac nach dem Westen ab (25. Oc-

tober). Ihnen folgte am 9. Nov. 1712 der Fürst selbst, in Begleitung von Kisfaludi und des getreuen Mikes.

In der Zeit vom 16.—21. November passirte man Kopenhagen, die Insel Föhr und Helsingör, den 24. Gothenburg, den 30. die Küste Norwegens. Man segelte nach England hinüber und musste am Humber, bei der Stadt Hull, eine längere Quarantaine durchmachen (Ende Dec.).

Anfangs 1713 ging es von der Hafenstadt Yarmouth über den Canal nach Calais hinüber (13. Jänner). Über Dieppe, Sezan, Rouen ging dann die Landreise, deren nächstes Ziel das k. Lustschloss Versailles. Hier angelangt, sonnte sich Rákóczi in der Gunst des grossmüthigen, gastfreien Königs und das genaue Tagebuch seines Dieners, Királyi, lässt uns erkennen, dass sich das Emigrantenleben des Fürsten zunächst um Versailles, Paris, Trianon, Marly, Rambouillet und Passy bewegte.

Hier zu Passy schrieb der Verbannte den 27. April 1713 jene Denkschrift an Ludwig den XIV.[24]), worin er seine ganze Vergangenheit erörtert und die Wohlthaten des Königs preist, die ihm in der Zeit des Unglückes zu Theil wurden. Mit unläugbarem Geschicke sucht er seine Schilderhebung in Ungarn als einen wesentlichen Dienst zu bezeichnen, den er der Sache der Bourbonen, Frankreich und Spanien, erwiesen.

Und das vor Allem habe den Wiener Hof gegen ihn und die Conföderation so erbittert. Sein Wohl und das der Schicksalsgenossen stellt er der grossmüthigen Einsicht Ludwigs XIV. anheim.

In diesem Actenstücke zeichnet er sich noch als „Fürst Franz Rákóczi“ — später wählte er den anspruchslosern Titel eines „Grafen von Sáros“.

Der französische Hof ward so der Sammelplatz einzelner Schicksalsgenossen Rákóczi's, anderseits lief die Emigration, als deren Hauptherd wir Polen kennen, Sturm auf seinen Kammerseckel.

Thatsache ist es, dass sich die Regierung Frankreichs gegen die Beherbergung der Emigranten möglichst wehrte. Bestimmte Zeugnisse lassen den Kern dieser Ungarnflüchtlinge, Bercsényi an der Spitze, 1713 zu Lemberg weilen; während uns eine andere unverwerfliche Quelle den Versuch einer Reise des Einen und des Andern nach Frankreich im Jahre 1712 verbürgt. Jedenfalls löst sich der scheinbare Wider-

spruch durch die Annahme eines abschlägigen Bescheides von Seiten Frankreichs.

So lange Ludwig XIV. lebte, war das Gnadenbrot ausgiebig und minder unangenehm zu essen, denn der König Frankreichs mochte fühlen, er habe an dem Verhängniss seines Schützlinges mitarbeiten geholfen und demnach ihm gegenüber moralische Verpflichtungen, denen seine bekannte Gastfreundlichkeit entgegenkam.

Wir haben urkundliche Andeutungen von den Geldbeträgen, die dem Exfürsten und dessen Genossen zum Unterhalte (1713—1714) angewiesen wurden. Ob ihre Höhe den Erwartungen der Emigrirten entsprach, ist allerdings die Frage und eher zu verneinen[25].

Ein Mann von dem Ehrgefühle und Ehrgeize Rákóczi's musste freilich, trotz aller persönlichen Auszeichnungen, das Gnadenbrot Frankreichs immer bitterschmeckender finden. Der feierliche Glockenklang, womit den 22. Mai 1713 der Utrechter Friede zu Paris eingesegnet wurde, musste schmerzlich durch seine Seele dröhnen; war es doch das Grabgeläute seiner Hoffnungen, die er auf die werkthätige Sympathie der Westmächte für seine Sache gesetzt hatte[26]. Doppelt mochte er sich in ein thätiges Leben auf eigene Faust und eigene Gefahr sehnen, und wahrscheinlich von ihm beeinflusst ist jene anonyme Eingabe an die französische Regierung, wonach man Rákóczi wieder nach Ungarn zurückschaffen solle[27].

Vom Jahre 1714 datirt das Schreiben Rákóczi's an den Cabinetsminister Marquis Torcy, worin er etwas das volle Herz ausschüttet.

„Da der König" — heisst es hier — „bei dem Friedensabschlusse von Rastatt weder für mich noch für meine Kinder etwas thun konnte, so wünsche ich, er habe die Güte, mich zu unterstützen, damit ich selbst für meine Interessen handeln könne, wie ich es eben für passend erachte; das kann nicht geschehen, ohne dass ich verschiedene deutsche Höfe beschicke und mehrere Agenten in meinem Solde dort halte. Für das bessere Gelingen selbst ist es nothwendig, dass die Prinzessin, meine Gattin, eine Reise ins Reich mache, um für meine Interessen die ihres Hauses einzusetzen. Ausser dem Allen werden Sie sich, mein Herr, erinnern, dass, als die nach Polen verbannten ungarischen Herren hieher kommen wollten, um das Mittleid des Königs zu rühren und seine Barmherzigkeit anzuflehen, — Sie dem Abbé Brenner, als er in meinem Auftrage eine Declaration ausge-

arbeitet, geantwortet haben, dass, im Falle sie selbst hieher kämen, man nicht im Stande sein werde, sie zu beschirmen vor dem Abschlusse des Friedens, dass aber der König die Absicht habe, alle Anstrengungen für deren Restabilirung zu machen und wenn ihm dies nicht gelänge, für ihre Erhaltung zu sorgen. — Ich überlasse und werde jederzeit der Grossmuth des Königs es überlassen, die Erhöhung meiner Subsidien zu regeln: und zwar in Würdigung dieser Artikel, aber ich sage Ihnen ganz im Vertrauen, dass, wenn diese Erhöhung nicht bis 100.000 Livres in Viertelraten steigt, meine Lage eine nur äusserst mittelmässige Erleichterung finden wird" [28]).

In der That verzeichnet eine königliche Entschliessung, ddo. Marly 20. Juni 1714, die Summe von 100.000 Livres als Jahresrente des Fürsten [29]).

Die oben besprochenen Depeschen an Clement, vom 12. und 16. März 1712, die anonyme Eingabe von 1713, gleichwie die Erklärungen Rákóczi's an Torcy vom Jahre 1714, deuten die Versuche des Fürsten an, wieder in Action zu treten und die Bewegungen in Ungarn, denen wir 1714 begegnen werden, standen mit diesen Versuchen im Zusammenhange. Nicht umsonst war Polen, und zwar das angrenzende Galizien, ein Hauptquartier der Emigration. Durch sie konnte Rákóczi auf Ungarn wirken.

Aber alle diese Entwürfe blieben bodenlos, chimärisch. Die österreichische Regierung hielt strenge Wacht über die einzelnen Regungen der Unzufriedenheit und die Sache der Conföderation hatte im Heimathlande den Credit verloren.

Zwei Männer, die lange in Diensten Rákóczi's standen und seine geheimsten Entwürfe diplomatisch zu verwirklichen hatten, Vétesi und Clement, verliessen, der eine früher, der andere später, das sinkende Schiff, um anderwärts festen Boden zu finden. Bei Clement gab zunächst der Umstand den Ausschlag, dass es für ihn weiter kein Geschäft und keinen Lebensunterhalt gab, sodann nicht minder die Tactlosigkeit Rákóczi's, der seine Verhaftung, als die eines Überläufers, bei dem französischen Hofe ansprach, aber eben so wenig wie bezüglich Vétesi's durchzusetzen vermochte.

Ihre actenmässig belegten Denkschriften an K. Karl VI. vom J. 1715 sind von ausnehmender Wichtigkeit, denn sie gewähren den besten Einblick in das innere Getriebe der auswärtigen Beziehungen der Conföderation. Wir kennen dieselben bereits. Aber ein zweites

ist's, was uns diese Denkschriften so bedeutsam macht, das Urtheil Vétesi's über das staatsmännische Handeln Rákóczi's und seiner Anhänger; und anderseits der Bericht Clements über die Endpläne Rákóczi's in den Jahren 1713—1714 [30]).

Wenn wir auch festhalten, dass beide Männer ihre Denkschriften an den Kaiser, Rákóczi's Gegner, richteten, so darf uns dies in dem Glauben an die innere Wahrheit der darin verzeichneten diplomatischen Thatsachen nicht beirren, denn wir finden diese vollauf bestätigt durch unverfängliche Zeugnisse gleichwie durch die Ereignisse selbst. Der leidenschaftliche Ton in Vétesi's Memoriale, so wie die ruhige, nüchterne Darstellung bei Clement begegnen sich in demselben Grundgedanken, Rákóczi's Sache sei übelberathen und darum erfolglos gewesen.

Wir müssen Vétesi Recht geben, wenn er schreibt: „Rákóczi handelte wie ein Blinder; ein Blinder von dieser Sorte, ist er fähig der Chef einer Partei zu sein? Er kann es nur sein bei Blinden seines Schlages“ [31]).

Aus dem Memoriale Clements erfahren wir, dass im Jahre 1713 Rákóczi an die Bildung einer Liga gegen den Kaiser dachte. Diese sollte aus dem Herzoge von Savoyen, dem Papste, der Republik von Venedig und der Königin von England bestehen, und im Hintergrunde Frankreich bergen; auch die Pforte hoffte Rákóczi in seine Berechnungen stellen zu dürfen.

Überdies vernachlässigte er nicht die Correspondenz mit dem Czaren und Polen und unterhielt einen brieflichen Verkehr mit Ungarn [32]).

Es gehörte zu den unseligen Übereilungen Rákóczi's, die beiden genannten Männer veranlasst zu haben, ihre Zuflucht bei dem Wiener Hofe zu suchen, gerüstet mit gewichtigen Zeugnissen, aus denen man die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft seiner Pläne entnahm.

Es sollte ihn in dem gleichen Jahre ein noch härterer Schlag treffen. Am 1. September 1715 starb Ludwig XIV., sein Gönner, der allerdings in der letzteren Zeit Rákóczi nicht mehr als Fürsten, sondern nur als „Grafen von Sáros“ und „Höfling“ behandeln zu müssen dachte [33]). Die nachtheiligen Einflüsse dieses Ereignisses wurden durch die guten Beziehungen Rákóczi's zu dem Prinzregenten von Orleans kaum einigermassen aufgewogen [34]). Bald schwand jede

Aussicht, das französische Cabinet in Action gegen Österreich zu bringen.

Der Herzog von St. Simon, dessen Memoiren ungemein Günstiges über Rákóczi's Persönlichkeit enthalten [35]), gibt aus eigener Anschauung folgendes Bild des Verbannten:

„Rákóczi war sehr hoch gewachsen, aber ohne Übermaass, beleibt, aber nicht fett, von muskulösem und proportionirtem Baue, sehr vornehmen, nahezu gebieterischen Blickes, ohne dass irgend welche Härte darin zu gewahren; sein Gesicht war angenehm, aber in der That von tartarischer Bildung. Er war klug, bescheiden, vorsichtig, und obschon nicht glänzenden Geistes, doch in jeder Handlungsweise tüchtig und verständig, überdies sehr höflich, aber, gemäss der Verschiedenheit der einzelnen Personen, mit Auswahl; seine Verkehrsweise mit Jedermann war sehr ungezwungen und, was selten, zugleich würdevoll, ohne dass sich die geringste Eitelkeit und Herbe darin verrieth. Er sprach nicht viel, war aber in Gesellschaft theilnehmend, hatte einen guten Vortrag in der Erzählung des Gesehenen, Erlebten, ohne dass er je von sich selbst gesprochen haben würde. Er war sehr rechtschaffen, wahrhaft, aufrichtig, schlicht, ausserordentlich tapfer und sehr gütig, gottesfürchtig, ohne dass er dies gezeigt oder verheimlicht hätte. Insgeheim gab er viel den Armen und lange Zeit verbrachte er im Gebete.

Sein Haus ward binnen Kurzem sehr bevölkert, und er forderte darin mit aller Strenge Sittenreinheit, in den Ausgaben Wirthschaftlichkeit und Genauigkeit, aber all dies stets mit freundlichem Wesen. Er war ein sehr guter, liebenswürdiger und sanfter Mensch; lernte ihn aber der Mensch näher kennen, so verwunderte man sich darüber, wie er nur irgendwann der Führer eines grossen Anhanges werden und so viel Lärm in der Welt machen konnte“. — St. Simon ist aber nicht immer genau. Er erzählt, dass Ende desselben Jahres Rákóczi nach Grosbois zu den Camaldulensern übersiedelt und hier ein frommbeschauliches, äusserst zurückgezogenes Leben geführt habe, höchstens von einigen Besuchen in Paris oder Fontainebleau unterbrochen. Das genaue Tagebuch Királyi's über seine Dienstzeit bei Rákóczi schliesst mit dem Jahre 1717. Es belehrt uns, dass der Aufenthalt Rákóczi's in einem Landhause unweit der Camaldulenser an dessen häufigem Verkehre mit der grossen Welt in Paris, Clany (?) bei Ver-

sailles, Rambouillet, Sedan u. s. w. nicht hinderte [36]). Dass der stille Siedler in Grosbois, nicht bloss wie sein Brief vom 10. October 1716 an den Cardinal Gualterio entwickeit, theoretisch den Krieg Österreichs mit der Pforte studierte, sondern auch praktisch zu verwerthen gesonnen war, — also nicht aufhörte, Politik zu eigenem Besten zu treiben, — beweisen die Thatsachen der Folgezeit.

Denn schon eine sorgfältige Prüfung des Briefwechsels, den Rákóczi, 1714—1717, mit dem Cardinal Gualterio († 1724 in Rom) unterhielt, macht jedem offenen Auge klar, dass der „Graf von Sáros“, wie sich Rákóczi darin ständig unterzeichnet, mit seiner Vergangenheit nicht gebrochen, dass er der Zukunft zu vertrauen nicht aufgehört habe. Wohl weht durch die Zeilen etwas wie Entsagung, wie stillfromme Ergebung in die Rathschlüsse des Höchsten; in den Briefen der Jahre 1716—1717 scheint Rákóczi die Lebensanschauungen seiner Nachbarn, der Camaldulenser von Grosbois zu theilen· Aber dies füllt sein Herz nicht aus. Mit fieberhafter Hast stürzt er sich auf jede politische Neuigkeit, die seine Hoffnungen oder Besorgnisse anregt, ergeht er sich in politischer Plan- und Projectenmacherei; wie stark bewegt ihn nicht der losbrechende Türkenkrieg, wie gewahrt er in dessen Ergebnissen die wunderbare Vorsehung, deren Finger einen neuen Wirkungskreis, glänzendere Tage verkündigt! Dem Grafen von Sáros war es nicht lange Ernst mit den Worten, die er von Grosbois aus am 8. October 1716 an seinen geistlichen Freund richtete: er fange an sich zu bequemen hier seine Tage zu schliessen, wenn ihn der Herr nicht anders wohin entsende [37]).

Schon den 24. December 1716 schreibt Prinz Eugen von Savoyen — an seinen ehemaligen Waffengefährten Marlborough — es sei Rákóczi mit Instructionen von Paris nach Konstantinopel gegangen und die Führer der Conföderation befänden sich bei der türkischen Armee.

Ersteres war allerdings verfrühtes Gerücht, aber im Jahre 1717 sollte es zur offenkundigen Wahrheit werden [38]).

Zehn Wochen nach dem Besuche Czar Peters in Frankreich, verschwindet Rákóczi aus dem Lande (15. September) [39]). Er hatte den Antrag der Pforte, in ihrem Lande eine Freistatt zu beziehen, bald angenommen.

Ein türkischer Kapidschi-Baschi und Johann Pápay, Rákóczi's ehemaliger Sendbote in Stambul, brachten im Sommer 1717 die förmliche Einladung des Grossherrn.

Den 15. September 1717 verliess Rákóczi Frankreich und schiffte sich den 10. October in Gallipoli aus. Der Welt war dies Alles kein Geheimniss geblieben[40]).

Als daher Rákóczi in der Türkei auftauchte, fand man sich bald in dieser Thatsache zurecht. Die Pforte, damals von einer schweren Niederlage betroffen, aber noch immer kampflustig gegen Österreich, wollte einen Agitator Ungarns für gelegenere Zeiten bereit halten[41]) und das französische Cabinet war froh, Rákóczi's und der Emigration losgeworden zu sein.

So trieb Rákóczi's Geschick in eine neue Bahn. Aber die Tage des Exils in der Türkei waren die herbsten. Düster gestaltet sich hier der Abend seines Lebens, reich an Enttäuschungen, und unser Mitgefühl wächst, je mehr ihrer der Ansiedler von Rodosto inne wird, je mehr er zu Gunsten des Menschen den Politiker und Agitator verläugnen lernt. Allerdings trat diese Erkenntniss spät genug ein.

III. Ungarische Zustände. 1714—1718.

Die gelegenheitlichen Seitenblicke, die wir in der geschichtlichen Betrachtung des Bürgerkrieges bald hierhin bald dorthin lenkten, um die örtlichen Zustände, das Leben und Weben in den Comitaten und Städten zu veranschaulichen, mochten genugsam darthun, dass Ungarn, vor Allem die oberen Gespanschaften, der Ruhe und Sammlung bedurften, dass ihr Wohlstand, ihr Gemeindewesen politischer und confessioneller Art tief zerrüttet war. Es ist hier der beste Ort manches Ergänzende anzubringen, das früher schwierig einzupassen war, und Gleichartiges aus der unmittelbaren Folgezeit daran zu knüpfen.

Gedenken wir zunächst der örtlichen Verhältnisse des ostungarischen Deutschthums. Der Anfang sei mit dem Vororte Kaschau gemacht[42]).

Diese Stadt konnte den Schluss des 17. und das erste Decennium des 18. Jahrhundertes mit vollem Rechte zu ihrer Leidensgeschichte zählen. Seit dem Jahre 1682, wo sie in Tökölyi's Hände fiel und von diesem mit seinen Helfershelfern, den Türken, barer

50.000 Reichsthaler entledigt wurde, wuchsen die Lasten. Da war es der Türkenkrieg, dann wieder der Kampf der Kaiserlichen gegen die Rebellen, der solche Opfer unerlässlich machte. Am schwülsten wurde die Luft mit dem Ausbruche der Rákóczischen Bewegung. Bis zum 20. October 1704 war Kaschau bekanntlich kaiserlich — aber verdrossenen Muthes.

Im Jahre 1702 stand es an der Spitze jener Supplik, die von Kaschau den vier Schwesterorten Leutschau, Eperies, Bartfeld, Zeben, der Stadt Käsmark, den Freiorten Nagybánya und Debreczin an den Kaiser ausging, um die unerschwinglichen Lasten zu ermässigen, zu welchen ein Ehrengeschenk von 2000 Gulden an den König und Thronfolger Joseph sich gesellte. Die Deputation der Kaschauer vom Jahre 1703 setzte die finanziellen Opfer im Einzelnen auseinander. Die Stadt habe seit der Tökölyischen Epoche jährlich im Durchschnitt nahezu 63.000 Reichsthaler aufwenden müssen.

Als die Stadt Rákóczisch geworden, kam sie aus dem Regen unter die Traufe. Musste sie sich manche gewaltsame Änderungen seitens der herrschend gewordenen Partei gefallen lassen, so war dies nicht Alles. Es ging ihr nahe, die Steuer nach Bauernart leisten zu sollen.

Die kupferne Zwangsmünze des Jahres 1705 war ein neues Ärgerniss. 100 Floren von der Kaschauer „Libertinermünze“ wurden ja bloss 10 guten alten Gulden im Werthe gleichgesetzt[43]). Dazu kamen, was die Hauptsache, Giebigkeiten, die so bedeutend waren, dass sich im Jahre 1708 Rákóczi zu deren Milderung, allerdings nur auf dem Papiere, herbeiliess. Nicht minder bedrückte die Stadt die Zumuthung, dass die ansässigen Armalisten das persönliche Aufgebot leisten sollten. Die Belagerung Rabutins, die Befestigungsversuche der Rákóczianer, die schliessliche Cernirung der Stadt durch die Kaiserlichen, all dies hatte die Vorstädte vernichtet, das ganze Weichbild der Stadt geschädigt. Der Handel mit dem übrigen Ungarn, sowie mit Polen, lag ganz darnieder, mit ihm versiegte eine bedeutende Lebensquelle der Stadt. Gern ward sie wieder kaiserlich; aber langsam nur heilten die Wunden und die confessionellen Zerwürfnisse im Schosse der Bürgerschaft tauchten, wie wir sehen werden, neuerdings zum Schaden des Gemeinwohles auf.

Blicken wir nach den drei Schwesterorten in der Sároscher Gespanschaft hinüber. Sie alle waren von den Wechselfällen dreier

Jahrzehende, namentlich aber von den Unbilden des Krieges während der Rákóczischen Epoche hart mitgenommen worden. Auf Bartfeld kam schon oben ziemlich ausführlich die Rede. Die Stadt hatte alles durchgemacht; während der Pest des Jahres 1710 wuchs Gras auf dem Markte und in den Gassen[44]. In Eperies, dem Amtssitze des Comitates, war die altansässige Bürgerschaft von mehr als 1000 Familien auf 167 herabgeschmolzen. Kaiserin-Regentin Eleonore befreite (26. Juni 1711) die durch Krieg und Pest herabgekommene Stadt für 3 Jahre von allen Abgaben[45]. Die kleine Stadt Zeben bezifferte ihre Schäden und Auslagen vom Jahre 1684 bis 1714 auf 188.300 Gulden, wovon auf die Zeit von 1700—1714 nahezu 43.000 Gulden entfallen[46].

Wie hier die Pest im Jahre 1710 gewirthschaftet, sahen wir bereits. Allerorten waren Strassen und Brücken neu herzustellen[47]. Das wichtigste Moment städtischen Erwerbes, der Handel mit Polen, zeigt durchgängigen Verfall.

Wenden wir uns zu der benachbarten Zips. Der Vorort Leutschau hatte alle Wechselfälle des Bürgerkrieges durchgelebt[48]. Käsmark, die zweite Stadt dem Range nach, war gleich zu Anfang des 18. Jahrhunderts in grosse Auslagen gerathen. Theuer kam ihr die endliche Ablösung der Rueberschen Schlossherrschaft zu stehen; Geld musste um jeden Preis aufgetrieben und darum aller verfügbare Grundbesitz zum Pfande werden. Die Stadt, selbst Rákóczisch, dann wieder (s. 1709) kaiserlich geworden, machte all das Übel der letzten Epoche, so auch die böse Pest des Jahres 1710 durch. Bis zum 11. December d. J. zählte man 1285 Leichen auf eine Bevölkerung von beiläufig 5000 Köpfen[49].

Die dreizehn Pfandstädte Polens, damals im Besitze des Erbstarosten Lubomirski, waren nicht besser gefahren. Abgesehen davon, dass die Insurrection Rákóczi's auch den polnischen Antheil der Zips beeinflussen musste, brachte auch die eigenthümliche Parteistellung Lubomirski's, die Sachlage in Polen, endlich Russlands Einmischung die dreizehn Orte in ein arges Gedränge. Die Leiden des kleinen Ortes Riesdorf hat der ehemalige Richter Thomas Fabri aufgezeichnet[50]. In einem der Kriegsjahre musste die ohnehin arme Bürgerschaft 2700 Gulden erlegen. Noth und Seuche verödeten den Ort derart, dass 22 Häuser ganz leer wurden, 40 endlich förmlich zu

Grunde gingen oder verfielen, Äcker ganz mit Wald überwuchert sich zeigten.

Gniesen, am Popper, hat böse Geschicke durchmachen müssen. Wenige Jahre vor der Rákóczischen Bewegung vernichtete ein starker Brand (1696, 9. Mai) 96 Häuser und zur Zeit, wo der Bürgerkrieg im vollen Gange war, kam es noch schlimmer. Die Truppen der polnischen Gegner Lubomirski's steckten (16. Aug. 1706) Gniesen in Brand und er gedieh so furchtbar, dass nur 11 Häuser ihn überdauerten. Den Freund deutschen Culturwesens erfüllt dies mit schmerzlicher Bewegung. Denn Gniesen hielt noch damals deutsche Sprache und Rechtssitte fest.

Ein Stadtrichter jener Tage, J. Laczko, alias Spinner, schrieb im Hinblicke auf die Vergangenheit, um das Jahr 1724 folgendes nieder [51]: „Die Fundatoren von Kniesen sollen meines Guttdenkens nach, und nach alter Leute Erfahrung Deutsche gewesen sein, weilen noch bis 1643 oder umb diese Zeit die Inwohner haben Niederschuech und teutsche Hosen getragen, wie man jetzund in Schlesien undt ander bei unss deutschen benachbarten Landschafften den Gebrauch der Bauersleuth sehen und spüren kann". Finden wir auch in diesen Worten angedeutet, wie sich seit des 17. Jahrhunderts zweiter Hälfte das Gepräge nationaler Tracht geändert, so war doch noch die deutsche Sprache im Schwunge, neben der immer geläufiger werdenden slovakisch-polnischen; und von Interesse ist es zu hören, dass noch im Jahre 1753 gegen den Urheber einer Feuersbrunst vom Gniesner Stadtgerichte nach dem Magdeburger Rechte, als der angestammten Rechtsquelle sämmtlicher Deutschcolonien der Zips, verfahren wurde [52]). Aber noch andere Worte schrieb jener Stadtrichter, deren treffende Einfachheit und schlichte wahre Empfindung jeden Freund deutschen Wesens zu rühren vermag. Er richtet sie um das Jahr 1724 an seine Heimathstadt Gniesen: „Vor etlich Jahren" heisst es da, „wahrstu wie eine schöne und wohlgezogene Jungfrau, jetzt aber bistu wie ein armes Spitalweib, welche um Almosen bittet; dieses haben wir mit unsern Augen gesehen" [53]).

In der That, solch armen Spitalweibern glichen in diesen Tagen die meisten deutschen Freiorte des obern Ungarlandes. Das Elend endloser Bürgerkriege machte ihren Wohlstand welken, brach ihr politisches Selbstgefühl, unterwühlte und zersetzte die deutsche Gesinnung. Schwere Unterlassungssünden, arge Missgriffe liess sich in

dieser Richtung die österreichische Herrschaft zu Schulden kommen; freilich war sie in den meisten Fällen bei den bezüglichen Massregeln von den vollziehenden Gewalten und Persönlichkeiten schlecht bedient. Restaurationen der Magistrate magyarisirten die tonangebende Bürgerschaft; mit der materiellen Noth drängte sich das Slaventhum, äusserst fruchtbar in der Familienbildung, anstellig und genügsam, in den Schoss der Städte. In nicht wenigen derselben war mit dem völligen Ruin des Gewerbes und Handels ein Proletarierthum heimisch geworden, das den würdigen Gehalt vergangenen Lebens bis zur Unkenntlichkeit verwischte. Und doch war bei all dem tiefen Verfalle deutschen Städtewesens, wo irgend nur eine Handvoll günstigen Bodens gerettet blieb, die unvertilgbare Lebenskraft seiner Wurzel zur Bildung neuer Triebe bereit. Deutscher Fleiss, deutsche Sparsamkeit überwanden das schlimmste Geschick und bannten einen allerdings schwachen Abglanz einstigen Wohlstandes an das Weichbild der Freiorte. Auch fernerhin regte sich das gewerbliche, das Handelsleben in ihrem Schosse; die deutsche Sprache herrschte und vermittelte einen fruchtbringenden Verkehr mit dem Auslande. Die deutsche Gesinnung war freilich mächtig erschüttert und verringert. Nicht jeder, der deutsch sprach, fühlte noch deutsch; der Mund des polyglotten Bürgers Oberungarns redete meist deutsch, magyarisch, slavisch und das unvermeidliche Vulgärlatein neben und durcheinander; wie war da an die einheitliche Gesinnung des Herzens zu denken. Und können wir es etwa unverzeihlich finden, dass der oberungarische Deutschbürger immer ausschliesslicher ungarisch dachte und fühlte, dass sein Denken und Fühlen mit den Geschicken seiner engern Heimath eng verwuchs. Eine Geltung im politischen Leben konnte er nur gewinnen, wenn er sich der herrschenden nationalen Strömung hingab und in den Jahrhunderte alten Gefahren, von Bürgerkriegen und Aufständen heraufbeschworen — mochte er sich an den Gedanken gewöhnen, der Himmel sei hoch und der Kaiser — weit.

Doch — verlassen wir das Fahrwasser allgemeiner Betrachtungen, die sich unwillkürlich aufdrängten, um auf den beschränkteren aber festen Boden der Thatsachen zurückzukehren. — Es war oben von der Zähigkeit deutschen Culturlebens die Rede. Für kein Gebiet oberungarischen Berglandes lässt sich dies mit mehr Fug und Recht behaupten, als für die „Gründe“, im Süden der Zipser Ge-

spanschaft; für den Kreis jener, Bergbau- und Metallindustrie übenden, Orte, an deren Spitze altersher Göllnitz und Schmöllnitz standen[54]). Die Gründnerorte hatten den Kelch der Leiden seit dem 16. Jahrhunderte oft zu kosten bekommen. Verlust der Unabhängigkeit durch Verpfändungsexperimente der Krone und materielle Noth reichten einander die Hand, eben so Arbeitsstockung, Kriegsfurie, Misswachs und Seuche. In Schmöllnitz verödeten dazumal an hundert Häuser, die Jahre 1662, 1664, verzeichnen 4000 Leichen Pestkranker. Polnische Berghäuer wurden angesiedelt, um den starken Ausfall deutscher Arbeitskräfte zu ersetzen. Alle Übel gipfelten in der Tökölyischen Epoche.

Schmeckte der Schluss des 17. Jahrhunderts herbe genug, so mundete der Anfang des 18. nicht besser. Eine Urkunde im Thurmknaufe des Marktes Schwedler enthält die Worte: „In der Rákóczischen Rebellion sind wir armen Bergstädte ganz und gar ausgesogen worden und mancher arme Mensch ist um Seines gekommen“.

Seit dem Jahre 1703 waren die Gründner Orte im argen Gedränge, da hiess es: den letzten Groschen heraus. Für Schmöllnitz war z. B. im Jahre 1710 die Zahlung einer Schuld von 460 fl. unmöglich. Die Steuern wurden unerschwinglich und die Arbeit stockte ganz. Im Jahre 1705 erklären die Schmöllnitzer, seit drei Monaten empfängen sie keine Arbeitslöhnung und besässen nur das, was sie mit ihren zwei Händen in der Tiefe der Erde und harten Steinen, in täglicher Lebensgefahr und dazu bei Hunger und Elend (denn die Meisten hätten keinen Bissen Brod), erwerben müssen.

Die Elemente selbst schienen sich verschworen zu haben. Den 28. Juli 1703 gabs ein furchtbares Erdbeben. In Göllnitz sank der hintere Theil der Pfarrkirche sammt dem schönen Thürmchen zusammen, 64 Häuser bekamen Risse, keines blieb unbeschädigt.

Brände verzehrten einzelne Ortschaften.

Von Schwedler, das im Jahre 1709 die Rákóczianer anzündeten, blieben nur 4 Häuser erhalten. Derselbe Ort verlor gleich darauf 1710 durch die Pest drei Viertheile seiner Bewohner. —

Und doch rafften sich wieder die Gründner Orte aus all diesem Elend auf, es glich ihr Leben dem der Ameisen, die da unverdrossen durch einander wimmeln, belastet ziehen und zerren, um den zerstörten Bau wieder mühsam aufzuführen. Der Bund der fünf königlichen Bergstädte: Göllnitz, Schmöllnitz, Stooss, Schwedler,

Einsiedel, zeigt sich bald (1726—1728) durch Einverleibung der beiden Metzenseifen, in der benachbarten Abaujvarer Gespanschaft, erneuert, gefestigt und in den ersehnten Friedensjahren der harte Kampf um ein karges Leben mit aller Rüstigkeit neu aufgenommen.

Lenken wir nun unsere Betrachtung anderweitigen Verhältnissen zu. Das Kapitel der öffentlichen Sicherheit möge hier zur Sprache kommen. Die einzelnen Thatsachen gestatten uns eine ziemlich richtige Abschätzung der politischen Sachlage Ungarns.

Der Krieg war erloschen, aber er trieb allerorten eine schlimme Nachblüthe in dem Räuberunwesen. Seit den grossen Parteikämpfen, die im 16. Jahrhunderte begannen, hat es dem Ungarlande an diesem schlimmen Auswuchse gesellschaftlichen Lebens nie gefehlt. Die Insurrection Rákóczi's war durch Elemente eingeleitet worden, die man kecklich Räuberschaaren nennen darf. Sie gingen grossentheils in der Armee der Confföderation auf und sie namentlich dürften den Anlass zur ständigen Klage über die starken Ausschreitungen der „Tolpatschen" oder „Kuruzzen" gegeben haben. Ein starker Bruchtheil zog das Räuberleben vor. Die Conföderation unterwarf sich im Szathmárer Frieden, ihr Heer löste sich auf, jene Elemente aber waren noch immer vorhanden und in ihnen die alte Neigung zum ungebundenen Leben früherer Tage.

An Gesinnungs- und Geschäftsgenossen mangelte es nicht. Liebe zur Ungebundenheit, Laster und Noth mehrten die Schaaren der „armen Burschen" („szegény legények"), der „Betyáren, der Räuber" (rabló).

Schon in der Rákóczischen Zeit hatte die Conföderation selbst ihre Noth mit solchen Erscheinungen. Im Jahre 1708 (26. Juni) schrieb der Obercommandant des nördlichen Grenzgebietes, Berthóty, an das Sároscher Comitat, im Gebirge gegen Polen bildeten sich gefährliche Räuberbanden und das Comitat habe die Pflicht, dawider ein allgemeines Aufgebot zu erlassen [55]. — Nach dem Szathmárer Frieden bekam die Regierung mit diesem Unwesen gleich die Hände voll zu thun. Graf Johann Pálffy schreibt, den 15. Mai 1712, an die nördlichen Comitate — mit der Aufforderung zum wirksamen Einschreiten gegen die Räuberbanden, die sich in den Gespanschaften Trentschin, Arva, Liptau, Zips und Zemplin, also im westlichen und

östlichen Berglande allerorten drohend zu mehren begännen [56]). Die Gegenmassregeln desselben Jahres, das Aufgebot von Soldaten und Comitatshajduken, erwiesen sich als ungenügend. Im April 1713 sah sich Pálffy daher zu neuen amtlichen Weisungen an die Gespanschaften veranlasst. Insbesondere drohend gestalteten sich die Räuberbanden in der Krajna.

Wider sie ward der Hauptmann Alexander Beniczki mit 2 Compagnien abgeordnet.

Diese Vorgänge reichen die Hand anderen, in denen der Plan eines Umsturzes der bestehenden Verhältnisse, also eine Reaction gegen den Szathmárer Frieden durchschimmert; eine planmässige politische Agitation scheint gleich anfänglich dem Ganzen zu Grunde zu liegen, — und unschwer merkt man, — je näher der Türkenkrieg der Jahre 1716—1717 rückt, — dass die Emigration, vor Allem Rákóczi, zu eigenen und der Pforte Gunsten, einen neuen Brand in der Heimat zu entzünden beflissen sei.

Diese Agitation fand ihren Halt zunächst an den confessionellen Zerwürfnissen und dem hiedurch veranlassten Missvergnügen der Akatholiken. Kein Unbefangener kann läugnen, dass eine starke Partei katholischer Magnaten und der hohe Klerus Ungarns Sturm liefen gegen die kirchlichen Zugeständnisse der Regierung im Szathmárer Frieden, während anderseits die Protestanten noch mehr zu erlangen hofften, als ihnen war eingeräumt worden. Platzten da die Gegensätze so schroff aufeinander, — so fehlte es nicht an Gelegenheit der ungarischen Emigration, aus der Verbitterung des akatholischen Theiles Gewinn zu ziehen. Die Rákóczische Conföderation hatte den Akatholiken in den Szécsényer Beschlüssen unstreitig das Möglichste geboten, in den obern Comitaten vor Allem eine örtliche Vorherrschaft. Darf es uns befremden, wenn die frühern Genossen der Conföderation protestantischen Glaubens, wenn akatholische Heisssporne mit der jüngsten Vergangenheit wieder zu liebäugeln begannen, und wenn sie auch nicht gleich einen Umsturz der Sachlage für möglich hielten, doch die Regierung einzuschüchtern hofften.

Wir müssen lebhaft bedauern, dass die Unduldsamkeit einer starken Katholikenpartei, den Jesuitenorden an der Spitze, dieser keimenden Opposition Waffen in die Hände spielte. — Hören wir darüber den besten Gewährsmann, eine Persönlichkeit voll Geist, mit weitem, vorurtheilsfreiem Blicke, den Prinzen Eugen von Savoyen.

Derselbe schreibt am 3. November 1714 an den neugewählten Palatin Nikolaus Pálffy, seinen Freund und Waffengenossen:

„Auf die Jesuiten, die jetzt anfangen, die kirchliche Ruhe durch ihre Zänkereien neuerdings zu stören, dürfen Euer Excellenz ein gutes Auge werfen; denn auch in Ungarn fehlt es an unbescheidenem und übertriebenem Anhang so wenig als in Frankreich" [57]).

Zur Zeit, als der Präsident des kaiserlichen Hofkriegsrathes diese Zeilen dem warmen Glückwunsche an Pálffy einverleibte, — waren die Symptome einer solchen gestörten Ruhe bereits vorhanden.

Wir entnehmen dies dem kaiserlichen Befehle an die obern Gespanschaften vom 2. September des genannten Jahres. Es ist darin von den „böswilligen Menschen unruhigen Sinnes" die Rede, „die, unter sich geheimen Einverständnisses pflegend, gleichgesinnte Helfershelfer auf ihre Seite schaaren, zum Verderben der verschiedenen Getreuen" .... Deutlicher noch erhellt der Sachverhalt aus dem Palatinalerlasse vom 12. September an die Comitate des Oberlandes.

Urban Czelder und ein gewesener Officier der conföderirten Armee Namens Pongrácz organisirten einen Aufstand gegen den Adel und die Geistlichkeit. Pálffy gebietet, diese gefährlichen Rädelsführer einzufangen, nach Kaschau einzuliefern oder selbst zu justificiren. Zu Ende des gleichen Jahres gelangt ein neuer Erlass herab (20. December, Pressburg), worin die Nothwendigkeit betont wird, noch einige Räubergenossen festzunehmen und dem Gerichte in Kaschau, zur Confrontirung mit Pongrácz, auszuliefern [58]).

Dass, abgesehen von diesen beklagenswerthen Umtrieben, in der That eine Gährung auf dem Boden der kirchlichen Bekenntnisse vorhanden war und die Spitze der Feindseligkeiten in erster Linie den Jesuiten sich entgegenkehrte, — beweist die Aufzeichnung der Jesuitenchronik von Rosenau, in der Gömörer Gespanschaft [59]). Der Ort war vorwiegend protestantisch, die katholische Gemeinde klein; dennoch besass diese eine Kirche, während die Lutheraner von Rosenau zum Gottesdienste in das nahe Dorf Berzete gehen mussten, woselbst sich ein Bethhaus befand. Dies hatte ihnen der Grundherr, Cardinalprimas von Gran, August von Sachsen-Zeiz, eingeräumt, ein Vorgang, der den Schreiber der Jesuitenchronik zum lebhaften Bedauern stimmt und ihm Gelegenheit gibt, den ungleich grössern

Religionseifer der Vorgänger des Primas anzurühmen, die dies ihren Unterthanen nie und nimmer gestatteten.

Wir begreifen, dass bei der schroffen Haltung der Jesuiten in Rosenau, gegenüber den Evangelischen, Drohungen gegen Erstere laut wurden, die, im Zusammenhange mit den überall auftauchenden Unruhen, Besorgnisse schlimmster Art einflössen mussten. Die bezeichnete Chronik enthält darüber folgende Worte zum Jahre 1714:

„Alle drei (Jesuiten, so viel nämlich arbeiteten hier in der Seelsorge) hätten zu Ende des Jahres die Erde, die sie mit apostolischen Mühen urbar machten, mit ihrem Blute gedüngt, wenn nicht frühzeitig die geheime Verschwörung und blutdürstige Wühlerei der Gottlosen entdeckt und gelähmt worden wäre. Es sammelten sich in dieser so bedeutenden Verschwörung allerorten die Reste der Kuruzzen, oder vielmehr die Hefe der Ketzer, unter Zweier (Czelder und Pongrácz) Führung, mit dem Plane, dass jedwede Schaar der Ihrigen an dem bezeichneten Orte, bei Gelegenheit einer Procession oder eines anderweitigen Gottesdienstes, die katholischen Geistlichen zunächst überfallen, sodann die Adeligen und endlich das Volk (von gleichem Bekenntnisse) erschlagen und nach diesem Morde mit der zusammengerafften Beute auswärts entweichen sollten. Dies ging aus den Aussagen der zu Kaschau Gefolterten hervor". —

Der ungarische Landtag, durch die Pest schon zweimal unterbrochen, schloss den 15. Juni des Jahres 1715 seine wichtigen Arbeiten[60]). Das Gesetzbuch, 136 Artikel stark, beweist, dass im Grossen und Ganzen die Regierung und die Stände auf gutem Fusse standen. Für beide Theile war die jüngste Palatinswahl ein entschiedener Treffer.

Im März des verwichenen Jahres starb Paul Eszterházy, der Zeitgenosse der Rákóczischen Bewegung. Den 14. October ward im Landtage Nikolaus Pálffy zum Palatin gewählt; ein bewährter Kriegs- und Staatsmann, mit Herz und Kopf an rechter Stelle. Ungar mit Leib und Seele, hatte er doch Verständniss genug für die Nothwendigkeit des innigen Zusammengehens Ungarns mit Gesammtösterreich und die gleiche Anschauung, die ihn den Szathmárer Frieden als eine rettende That in Angriff nehmen hiess, beseelte ihn auch

weiter, als ihn das Geschick an die Spitze des Ständelebens, zu dem schwierigen Amte eines Vermittlers zwischen dem Lande und der Regierung berief. Hinter ihm stand die Achtung der Nation in ihrer grossen Mehrheit, denn ebensowenig als er fähig war, wahnwitzigen Sonderungsgelüsten und den Ausschreitungen autonomer Comitatswirthschaft das Wort zu reden, — liess er die Verfassungsfreunde fürchten, ein Scherge der Regierung zu werden, mit ihr durch Dick und Dünn zu gehen und seinen Arm gehässigen Staatsstreichen zu leihen. Er war eine harmonisch durchgebildete, durchaus gesunde, praktische Politikernatur, der am besten wusste, dass man in Wien mit Ungarn auf dem besten Fusse bleiben, den Szathmárer Frieden im ganzen Umfange achten wolle.

Schon die Persönlichkeit Karls VI. bot hiefür wesentliche Bürgschaften. Denn er war ein Regent, der, wenngleich mancherlei wechselnden Einflüssen der Umgebung zugänglich, für Recht und Billigkeit ein sicheres Gefühl besass. Seine katholische Strenggläubigkeit hinderte ihn zum Beispiel nicht, in der ungarischen Protestantenfrage den Weg verfassungsmässiger Glaubensduldung einzuschlagen.

Die Unduldsamkeit war auf Seiten des extrem katholischen Ungarnthums, das, über dem peinlichen Streben nach ausschliesslicher Herrschaft, die Forderungen der Billigkeit vergass und dadurch dem Ganzen schadete. Diese Partei konnte ihr Vorgehen wohl damit entschuldigen, dass der Akatholicismus noch mehr anspreche, als ihm zugestanden worden, — aber nicht rechtfertigen, dass sie ihm weniger oder gar nichts davon gönne. Diese Partei machte der Regierung ihre Ausgleichsarbeit schwierig und rief Gefahren ins Leben, die Angesichts eines auswärtigen Krieges nicht unbedenklich waren.

Jedenfalls arbeitete diese Partei den Wünschen der Missvergnügten, den Plänen der Emigration, unbewusst in die Hände. —

Zwei Punkte des Reichsgesetzes vom Jahre 1715 sind für uns von besonderer Wichtigkeit: die Einführung der neuen Steuer (contributio) zur Ermöglichung eines ständigen Heeres (Art. 8) und die Entscheidung der Protestantenfrage (Art. 30, 31). Mit dem ersteren gaben die Ungarn zu, dass die bisherige Grundlage ihres heimathlichen Kriegswesens, die Personalinsurrection, längst von der Zeit und ihren Ereignissen überholt sei. Als Norm für die zweite Angelegenheit wurden die gesetzlichen Zugeständnisse der Reichstage von 1681 (Art. 25, 26) und 1687 (Art. 21) angesetzt[61]. Hiemit

waren die Wünsche der Akatholischen allerdings nicht befriedigt, gern hätten sie auf die weiter gehenden Concessionen des Jahres 1647 (Art. 6—14; 18—19) zurückgegriffen gesehen und wir können es ihnen nicht übel nehmen; aber immerhin boten doch jene Einräumungen eine gesetzliche Bürgschaft ihrer beschränkten confessionellen Freiheit und was man seitens der Regierung da bewilligte, stand im strengen Einklange mit den bezüglichen Punkten des Szathmárer Friedens. Andererseits wurden die Beschlüsse der evangelischen Synode von Rosenberg aus dem Jahre 1707 aufgehoben [62]), denn in der That beweisen sie eine solche Schroffheit, die sich mit der staatlichen Auffassung von den Befugnissen der Evangelischen in Ungarn nicht vertrug, ja gewissermassen einen Widerhall der Szécsényer Entscheidungen abgab. Man sieht, dass bei günstigem Fahrwasser der Lutheranismus an Unduldsamkeit nicht zurückstand. — Am schwersten liess sich aber der XXXI. Art. des Reichsdecretes verwinden. Denn dieser schloss Religionsbeschwerden von den Reichstagen förmlich aus.

Es war hohe Zeit mit den dringlichen Angelegenheiten des Landes aufzuräumen. Denn der Krieg mit den Osmanen stand vor der Thüre. Prinz Eugens Gutachten, vom 29. November 1714, hatte die Kampfbereitschaft Österreichs, sein gutes Recht, mit der Pforte anzubinden, dargethan. Wie man darüber auch denken wolle, eins ist gewiss, die Pforte bereitete den Krieg langer Hand vor, sie wollte Venedig und Österreich, die Verbündeten von Karlowitz, auseinander halten, isoliren, sie rechnete auf eine Schilderhebung zu Gunsten der Rákóczischen Sache und die Emigration harrte mit Ungeduld der Katastrophe [63]).

Im Jahre 1715 bietet die Türkei Alles auf, um Österreich dem Kriege fern zu halten, das Jahr 1716 macht ihn unvermeidlich. Am 13. April wird Österreichs Bündniss mit der Signoria erneuert und den 4. August schlägt Prinz Eugen das Türkenheer bei Peterwardein. 7 Tage nach dem glorreichen Siege schreibt er an den Grafen von Sinzendorf, der Grossvezier sei zu seiner unmenschlichen Grausamkeit (gegen einzelne Kaiserliche, vor Allem gegen den Feldmarschall-Lieutenant Grafen v. Breuner) „durch die drei grossen bei der türkischen Armee befindlichen Prinzen“ (Bercsényi, Forgács und Eszterházy) gebracht worden. Dadurch sollte bei der kaiserlichen Armee Furcht erregt werden. Der Grossvezier habe sie als lan-

des- und sachkundige Männer um jede Kleinigkeit befragt, sein Operationsplan sei ganz nach ihrem Rathe angelegt worden. Dies habe der Palatin zur Gewissheit erhoben; denn von anderer Seite sei ihm der gleiche Operationsplan, ein Werk der Malcontenten, zugekommen. Pálffy habe auch dem Prinzen angezeigt, dass mehrere französische Officiere zur Türkenarmee abgegangen wären, was sich aus deren trefflichem Bataillenfeuer erkennen liess[64]).

Mit welcher Spannung Rákóczi, der Siedler in Grosbois, dem Verlaufe des Krieges, namentlich der Belagerung Temesvárs, folgte, das nach hartnäckiger Gegenwehr am 16. October den Kaiserlichen übergeben ward, mit ihm das letzte Bollwerk der Osmanenherrschaft im Ungarnlande, dafür bietet sein Schreiben (ddo. Grosbois vom 10. October 1716) an den Cardinal Gualterio den besten Beleg. Der Widerstand der Türken in der heftig berannten Feste schwellte wieder die gesunkenen Hoffnungen des Agitators und selbst nachdem sie gefallen, wagte er doch den entscheidenden Schritt, seine Zukunft an den neuen Waffengang der Pforte zu knüpfen[65]).

So war das Jahr 1717 gekommen und die Emigration beobachtete in fieberhafter Spannung die unruhige Bewegung der akatholischen Elemente des neu auflebenden Kuruzzenthums und schürte fleissig. Die Regierung durfte nicht, den Türken im Nacken, solchen Vorgängen gegenüber, die Hände in den Schoss legen.

An demselben Tage, von welchem Eugens Schreiben an den Herzog von Marlborough datirt (Wien 22. Mai 1717)[66]), worin die Hetzereien Rákóczi's und der Emigration zur Sprache kommen, erliess der Kaiser ein Patent an die Gespanschaften[67]). Es verlaute, heisst es darin, dass in mehreren Gegenden Ungarns Helveten und Evangelische unter allerhand Vorwänden zusammenkämen, um besonders zu verdächtigen Stunden Besprechungen zu halten. Insbesondere seien zu Sárospatak die Führer des Helvetismus aus fünf Gespanschaften Oberungarns auf einmal zusammengekommen. Die Regierung verbiete strenge diese geheimen Versammlungen. — Man könnte leicht diese Vorgänge als harmlose Berathungen über ein gemeinsames Einschreiten bei der Regierung, zu Gunsten des unbefriedigten Akatholicismus, zu deuten versucht werden; aber der Zeitpunkt derselben, ihr geheimes Gepräge und anderweitige Thatsachen nöthigen uns zu einer schärferen Beurtheilung.

Bald darauf (1. Juni 1717) erlässt Károlyi die Weisung an die nördlichen Comitate, namentlich das Sároscher, wohl auf der Huth zu sein gegenüber den Umtrieben der Aufruhrstifter: Peter Szilágyi, Sigmund Horváth und Koczka Szőllősi. In jedem Dorfe und Markte sollen die Glocken nach dem Abendgeläute über Nacht verwahrt bleiben, um nicht zum Sturmgeläute missbraucht zu werden. Die Nachtwache sei von ansässigen Hauswirthen, nicht von blossen Knechten zu versehen. Auf die Pässe aller Durchreisenden sei ein scharfes Auge zu halten und bei jedem Zweifel die Einsichtsnahme des Comitatsbeamten in Anspruch zu nehmen. Jeder Widersetzlichkeit habe man mit der strengsten Untersuchung und Strafe zu begegnen.

Tauche irgendwo das „Räubervolk“ (tolvajság) auf und bereite einen Angriff vor, so seien die nachbarlichen Gespanschaften und Befehlshaberposten aufs schleunigste hiervon zu verständigen. Über alle gefährlichen Regungen habe man eiligst zu berichten und die Verbreiter falscher, aufregender Gerüchte zu züchtigen, erprobte Rottenführer und im Falle der Gefahr den Landsturm aufzubieten [68]).

Bald darauf langte ein Rundschreiben des Prinzen Eugen vom 11. Juni an, worin auch er die Comitate warnt, vor den Aufwieglern auf der Huth zu sein, die es mit den Türken hielten [69]).

In dem darauf folgenden Briefe Eugens an Károlyi (15. Juni, Pancsova) [70]) wird auf den Plan des Emigrirten Anton Eszterházy hingewiesen, von Polen aus mit seinen Genossen einen Einfall nach Ungarn zu wagen, und die Überwachung Ostungarns und Siebenbürgens nachdrücklich ans Herz gelegt, denn Bercsényi versuche von Croatien aus, Rákóczi in Siebenbürgen sein Glück.

Letzteres war allerdings ein Anachronismus, denn Rákóczi weilte noch damals auf französischer Erde [71]), aber es ist charakteristisch, dass man diese Rolle den beiden Führern der Emigration schon damals zuwies.

Das kaiserliche Patent, vom 18. Juni 1717 (Laxenburg) [72]), spricht von den bewaffneten Banden, die in mehreren Gespanschaften ihr Unwesen treiben, rauben, plündern, morden, Kirchen und Klöster schänden und das gemeine Volk durch Vorspiegelung besserer Tage an sich locken. — Die Tage des Kuruzzenkrieges schienen zurückkehren zu sollen. Auch im Ruthenenvolke muss es hie und da gegohren haben, denn eine ämtliche Weisung Károlyi's (21. Juni) [73])

an die Sároscher Gespanschaft spricht von den Aufstandsgelüsten einiger „schlechten Ruthenen". Überhaupt muss es aller Orten im östlichen Berglande bewegter zugegangen sein, die Stimmung der Massen sich entzündlich erwiesen haben, denn im Frühherbste desselben Jahres brach ein Aufstand der ärarischen Salzhäuer in Sóbánya (Sároscher Comitat) aus, als eine Commission erschienen war, um die Rückstände einzutreiben. Man läutete die Sturmglocken, rottete sich zusammen, und nur mit Mühe wurde man des Aufruhrs Meister[74]).

Das Rundschreiben Károlyi's vom 22. Juli 1717[75]) athmete grössere Beruhigung über die Gefahren eines neuen Kuruzzenkrieges. Alles sei vorderhand ruhig, aus den Provinzen nichts zu befürchten, doch möge man auf der Huth bleiben. — Die Befürchtung war grösser gewesen als die wirkliche Gefahr.

Die beste Bürgschaft für die Ruhe Ungarns waren die Siege der Armee Österreichs. Am 15. August schlug man das Türkenheer bei Belgrad, den 22. August wehten Eugens Fahnen von den Wällen der berühmten Festung. Bedeutsam ist es, dass ein ehemaliger Rákóczianer, Vékony, Insasse von Belgrad, den Entsatzplan der Türken an den Prinzen von Savoyen verrieth[76]).

Und während dies alles vorging, harte Schläge die Pforte trafen, erscheint Rákóczi, der ruhelose, auf türkischer Erde, und wagt unter schlimmen Zeichen sein letztes verhängnissvolles Spiel.

IV. Der Ausgang der Rákóczi's und Ungarns Zustände von 1718—1738.

Am 15. September des Jahres 1717 verliess Rákóczi, wie wir sahen, sein französisches Asyl in Grosbois, um es mit einem neuen Schauplatze zu vertauschen. Seine Frau blieb in Frankreich zurück; seine beiden Söhne, Joseph und Georg, weilten als Geisseln an dem Hofe von Wien. — Wir begreifen vollkommen, dass dem Agitator das Stillliegen in Frankreich, bei dessen wesentlich geänderten politischen und höfischen Verhältnissen, zur Last geworden, aber beklagen müssen wir den täuschenden Wahn, der in seiner Seele eine gesunde, nüchterne Erkenntniss der Sachlage nicht aufkommen liess und die theuer bezahlten Erfahrungen jüngster Vergangenheit in den Wind schlug, — beklagen die traurige Rolle, die Rákóczi zu spielen sich entschloss. Er war zu wenig hochherzig, zu wenig Patriot, um seinen gekränkten Ehrgeiz dem Frieden des Vater-

landes zu opfern und so erschien er den wahren Freunden und Söhnen Ungarns nicht als Bote der Freiheit, sondern als unheimliches Gespenst, mit dem Bürgerkriege und Türkenjoche im Gefolge [77]).

Drei Wochen später (10. October) landet Rákóczi in Gallipoli, an der Küste des schwarzen Meeres. Der Zeitpunkt war nicht erbaulich, die Schlacht bei Peterwardein war für die Türken verloren, Temesvár, die letzte Stütze ihrer ungarischen Herrschaft, in kaiserlichen Händen, vor Belgrads Mauern das Entsatzheer der Osmanen geschlagen, Stadt und Festung dem Halbmond entrissen. Die Feldzüge von 1716 und 1717 hatten das Verhängniss der Pforte entschieden und schier unbegreiflich ist es, dass gerade jetzt Rákóczi sich entschliessen konnte, in türkischen Sold zu treten. Aber er war eben eitel genug auf den mächtigen Klang seines Namens zu pochen und die Emigration, Bercsényi, Csáky, Forgács, Eszterházy, Vay an der Spitze, wähnte, — noch sei es möglich, halb Ungarn in ein Heerlager der Confőderation zu verwandeln [78]).

Der klägliche Ausgang der Bewegungen von 1714—1717 hätte freilich eines Besseren überführen sollen.

Doch würde man dem politischen Verstande Rákóczi's und der Pforte zu nahe treten, wenn man keine anderweitigen Motive hinter dem Erscheinen Rákóczi's in der Türkei und deren noch immer kriegslustigen Stimmung gelten liesse. Spanien, damals von Alberoni gelenkt, hetzte die Türken zum weiteren Kampfe [79]) und es winkte der Pforte die Aussicht, Österreich müsse aus Niederungarn einen bedeutenden Theil der Armee nach Italien werfen, um den Eroberungsplänen des Madrider Cabinetes zu steuern.

Dies entging dem scharfen Blicke Eugens von Savoyen nicht, desshalb bestand er auf der Nothwendigkeit, den Türkenkrieg vorerst zu endigen, bevor man sich nach Italien wende. — Frankreich, unter dem Prinzregenten von Orleans, war allerdings auf den spanischen Hof nicht gut zu sprechen und zeigte Österreich eine freundliche Miene, aber für ein gemeinbourbonisches Interesse war es keineswegs blind und von den Siegen Österreichs nicht sonderlich erbaut. Frankreichs alte Politik begünstigte den Türken und es ist eben so sicher, dass Rákóczi bei seinem Abgange von dem Pariser Cabinete unterstützt wurde, als es nahe liegt, in Marquis Bonac — eher einen Beobachter, als einen aufrichtigen Friedensvermittler bei der Pforte anzunehmen [80]).

Bald aber sollte sich Rákóczi von dem Fehlschlagen aller seiner Entwürfe überzeugen. Die Aufnahme seitens der Pforte war allerdings vorzüglich. Der Diener Rákóczi's, Mikes, dessen Tagebuch des Emigrantenlebens in der Türkei, u. d. T. von „Briefe aus der Türkei" eine Quelle von hohem Interesse bietet, durch die gesunde Naivetät der Auffassung sowohl, als durch die unumwundene Darstellung des Erlebten — schreibt darüber Folgendes, indem er den Aufenthalt in Frankreich mit dem in der Türkei vergleicht: „Hier steht unser Herr in grossem Ansehen. Man gibt uns Geld genug und zwar so viel, dass sie uns in Frankreich durch alle sechs Jahre nicht so viel gaben, als man uns hier für Eines allein gibt" [81]). Rákóczi's Taggeld für sein Hauswesen belief sich nämlich auf 70 Thaler.

Am 12. December des Jahres 1717 verhandelte er persönlich mit dem Grossvezier Chalil, Anfangs Jänner, 1718, mit dem Sultan selbst, in Adrianopel. Über die Unfähigkeit der Pforte den Krieg weiter zu führen, kam jedoch unser Mikes schnell ins Klare.

Schon in dem zweiten Briefe an seine Schwester ist zu lesen: „Bei Belgrad wurden die Türken geschlagen; das hiesige Volk flüchtet schon nach Asien. Es sieht so aus, als wenn der Deutsche bei Adrianopel stünde und doch sind von dorther noch anderthalb hundert Meilen. Sie sagen zur Genüge, wir seien darum gekommen, um mit ihnen ins Feld zu ziehen, sie aber flüchten nur, die Einen her, die Andern hin. — Ha! liebe Schwester, wie kann man mit solchem Volke einen Krieg unternehmen!"

Gleich darauf heisst es: „Wir wissen noch immer nicht, wesshalb wir hieher gekommen. Ich fürchte aber, unser Feldzug werde in Rauch aufgehen, denn der Türke schliesst gern Frieden, wenn er geschlagen wird." Von dem französischen Hofe sei Alles auf den Abschluss eines Friedens zwischen Türken und „Deutschen" gemünzt. Man werde es schon dahin bringen, dass Siebenbürgen Rákóczi den Rücken zeige. Der spanische Gesandte mache viel Versprechungen, der französische (Bonac) sei wohl nur wegen des Friedens eingetroffen. — Der Zug des neuen Grossveziers (Ibrahim, Kaimakam), eines Fleischersohnes, nach Sofia (6. Juni), bedeute wohl nichts anderes als den Wunsch, dem Orte der Friedensverhandlungen (Passarowitz) näher zu sein [82]).

Vergleichen wir mit den Angaben bei Mikes den Inhalt eines späteren vertraulichen Briefes seines Herrn, so entnehmen wir

daraus nichts als die umständlichere Bekräftigung des dort Gesagten.

Cardinalminister Dubois hatte keine Sympathie für Rákóczi's Sache. Der Sendbote Frankreichs war ihm abgeneigt und der angebliche Plan Rákóczi's, die Friedensvermittlung in die Hände von Russland, Polen und Preussen zu schieben, welche Mächte damals auf gespanntem Fusse mit Österreich standen, scheiterte an dem Zögern Frankreichs, darauf einzugehen.

In den Präliminarien des Passarowitzer Friedens soll die Pforte der Forderung des kaiserlichen Hofes, Rákóczi und seinen Anhang ausgeliefert zu erhalten, — nicht unzugänglich gewesen sein; im Mai und Juni jedoch erklärte sie sich aufs Bündigste dagegen und beharrte auf dieser Weigerung. In der That war es eine Ehrensache der Pforte, die Emigration vor dem Äussersten zu schützen. Doch verpflichtete sie sich in dem Friedensvertrage vom 21. Juli, Rákóczi und seine Genossen an sichern Orten zu interniren [83]).

Mit dem Türkenfrieden von Passarowitz war Rákóczi's politische Rolle ausgespielt, die Besorgniss Eugens von Savoyen, Polen werde wieder das Asyl der Emigration und der Herd ungarischer Bewegungen werden, — zerstreut [84]). Am 16. August musste Rákóczi, im Gefolge von 40 Emigranten, Adrianopel verlassen; 8 Tage später finden wir ihn zu Bujukdere, einen Monat später in Jenikale.

Zum 25. August schreibt Mikes:

Rákóczi habe sich geweigert dem französischen Gesandten Bonac in Bujukdere den ersten Besuch zu machen [85]). Es ist dies ein Punkt, über welchen sich Rákóczi selbst in einem späteren Briefe verbreitet [86]). — Am 15. December war Bercsényi, „mit der ganzen Sippschaft", in Pera eingetroffen.

Wie Mikes (16. Juli 1719 aus Jenikale) schreibt, habe der österreichische Gesandte darauf bestanden, Bercsényi müsse die Frankenstadt von Stambul räumen.

„Da wird es denn auch kein Wunder sein, wenn sie auch uns noch davon jagen" fügt er hinzu. Mitte April 1720 muss Rákóczi endlich nach Rodosto, am Marmorameere, übersiedeln [87]). Die Stadt schildert unser Gewährsmann als angenehm; auch liessen es die Türken an der Monatslöhnung und äusserlichen Achtungsbezeigungen nicht fehlen. Von dem mönchischen Leben seines Herrn entwirft Mikes eine lebendige Schilderung.

Aber die ascetische Oberfläche dieses Lebens barg ein noch immer fieberhaftes Ringen nach politischen Erfolgen. Das französische Ministerium des Auswärtigen bewahrt eine bedeutende Anzahl Rákóczischer Depeschen. Der „Graf von Sárosch", wie sich Rákóczi in dem Schreiben, ddo. Rodosto vom 24. Februar 1722, unterzeichnet, hofft noch immer auf Frankreichs Gönnerschaft.

Freilich fühlt er sich zu der Erklärung genöthigt, vorderhand sei zu seinem Unglück die Pforte von allen Mächten die einzige, die ihm Schutz gewähre gegen jene, die nicht weniger seine Person als die erbliche Anhänglichkeit an ihn verfolgten . . . . .

Das ausführliche Denkschreiben Rákóczi's an den Herzog von Orleans (ddo. 24. Mai 1722) hat den Zweck, das französische Vorurtheil zu bekämpfen, er sei ein leichtsinniger Planmacher. Lieber wolle er, heisst es unter Anderm, sein Leben in der Dunkelheit endigen, in welcher die Vorsehung sein Leben so lange gebannt halte, als Unruhen in seinem Vaterlande erregen, ohne vorher erspriessliche Massregeln in Hinsicht der Grundsätze des Krieges und seines Gewissens zu treffen [88]).

Je weiter wir uns aber in das weitschichtige Schreiben einlassen, desto unangenehmer werden die Eindrücke; wie drehen und winden sich die Gedanken und Worte, um dem französischen Cabinete zu beweisen, Rákóczi sei dessen ergebenster Diener! wie läuft doch Alles auf den Plan hinaus, den Krieg mit dem Kaiser zu eigenem Vortheile in Scene zu setzen.

Mit den Türken sei nichts zu machen; mit ihrer Armee ebensowenig, als mit ihrer staatlichen Verwaltung; ja die türkische Regierung selbst erkenne, die Eroberung Ungarns und Siebenbürgens widerstrebe ihren Interessen. Besser sei es also in anderer Weise von ihrer Freundschaft Nutzen zu ziehen. Rákóczi wünsche nichts sehnlicher, als Frankreichs und Spaniens Höfen das Schauspiel zu bereiten, wie er auf dem ungarischen Kriegstheater, Hand in Hand mit dem moskowitischen Czaren, agire.

Dabei sollten die Türken keine andere Rolle haben, als ihn mit Geld zu versorgen, im Frühjahre ihre Rossschweife auszustecken, und nachdem sie um Adrianopel ihre Gezelte ausgelüftet, sie im Herbste wieder einzurollen, ähnlich dem Jupiter auf Stickereien, der in der Hand den Blitz hält, ohne ihn zu schleudern. — Im Interesse Rákóczi's läge es also, dem Czaren ein Bündniss mit der Pforte ein-

zureden. Der Czar selbst fände beim Kriege in Ungarn vielerlei Vortheile auf seiner Seite. Alle Bewohner würden sich da für ihn erklären. Das Land sei fruchtbar und der Verband mit russischen Gebieten durch die Ukraine und Podolien ungemein gefördert.

Polen könne wegen seiner Uneinigkeit nie ein Wort dreinreden. 10.000 Mann bewirkten in Ungarn mehr als anderorten 80.000; er getraue sich zu behaupten, dass man ohne Schlacht den Kaiser zwingen würde, binnen dreier Feldzüge Frieden zu machen. Denn die Ungarn würden die Kaiserlichen derart beunruhigen, dass sie aus Mangel grösserer Garnisonsstädte gezwungen wären, in den Erblanden Österreichs, Mähren und Böhmen, Winterquartiere zu nehmen. Überdies würden sie ihre Armee theilen und ein Beobachtungsheer gegen den Türken bei Belgrad aufstellen müssen, und dieses würde von den Rasciern (Serben) eingeschlossen, durch Mangel und Krankheit zu Grunde gehen. „Denn die Rascier" heisst es wörtlich, „so ergeben dem Kaiser während des Krieges, den ich führte, sind heute seine Todfeinde geworden; sie haben mir schon oft, seitdem ich hier bin, ihre Dienste angetragen, und erführen sie, dass eine Armee von Moskowitern, deren Glauben sie theilen, im Lande steht, so würden sie jene als einen Messias betrachten, zu ihrer Befreiung gekommen".

Rákóczi findet den Plan unfehlbar, man bedürfe dazu nur einer Hinausschleppung der Verhandlungen des Congresses von Cambrai. Er selbst biete sich zur Negotiation mit dem Czaren und seinen Ministern an. „Denn der Czar und seine Minister lieben die ungarischen Weine" und Fürst Menzikoff habe sich ungemein empfänglich gezeigt für die Anerbietungen, die ihm bei früheren Gelegenheiten Rákóczi mit Ländereien in Ungarn gemacht. 2— 300.000 Thaler von Frankreich und Spanien ausgelegt, würden bei den andern Ministern eine gute Wirkung machen; ja die Czarin selbst würde gelegentliche Geschenke der Galanterie nicht verschmähen. Und das Alles würde schliesslich zum Nutzen Frankreichs und zum Ruhme der Regentschaft des Orleans ausschlagen, den Rákóczi mit den feinsten Schmeicheleien zu bedienen weiss. — In der That, Rákóczi hätte besser gethan, uns in einer Denkschrift von dem Heile zu überzeugen, das er Ungarn, dem „armen Vaterlande", zu bescheeren wünsche, demselben Ungarn, das im Sommer des entscheidenden Jahres 1722 einen neuen bindenden Grundvertrag mit dem Hause Österreich

schloss und inniger als je sein Geschick an die habsburgische Gesammtmonarchie knüpfte [89]).

Den 18. Februar 1723 starb Rákóczi's Gattin zu Paris im 43. Lebensjahre. Eugen von Savoyen gibt ihr das Zeugniss, sie habe in Paris so gut wie zu Wien „den Charakter einer ehrsamen, ruhigen und beliebten Dame behauptet“ und, was dem Prinzen doppelt erfreulich war zu hören, keinen Mangel gelitten. Von der Trauer Rákóczi's um seine vielgeprüfte Frau sind wir nicht näher unterrichtet. Ein inniges Verhältniss konnte nicht stattgefunden haben, wenn man die langen Trennungen der Gatten veranschlägt; die Briefe Rákóczi's aus Rodosto vom Jahre 1723—1726 gehen über den Tod der Lebensgefährtin stillschweigend hinaus. Auch anderen Beobachtern entging schon früher nicht die kühle Haltung des Gatten [90]).

Die beiden Söhne Rákóczi's waren damals zu Wien internirt. Der Kaiser traf bezüglich ihrer nachstehende Massregeln. Der ältere, Joseph, sollte unter dem Namen eines Marchese di St. Carlo, mit 7000 Gulden Einkünften, der jüngere, Georg, als Marchese di St. Elisabeth, mit einem Jahreseinkommen von 6000 Gulden, in dem Königreiche Sicilien versorgt werden. Die „phisiognomischen Beobachtungen“ des Prinzen von Savoyen erblickten in dieser Massregel durchaus keine Bürgschaft für die Dankbarkeit und Loyalität beider jungen Männer. „Ich finde in diesen beiden Menschen“, schreibt er am 4. August 1723 an Pálffy, — „eine verborgene Unruhe der Seele, die sie gar bald auf die bekannten Irrwege ihres Vaters, der sich noch zu Rodosto befindet und mit dem sie immer im Zusammenhange stehen, wieder führen wird. Der einmal in die Gährung gebrachte Ungar ist seines Temperamentes nicht mehr mächtig; ich habe hievon eine Menge Beweise unter dem Militär über die Charaktere dieser Nation während meiner Dienstjahre gesammelt, und die beiden Rákóczi müssten wirklich hievon die erste Ausnahme machen. Mir scheint, der Hang zur Verrätherei setzt sich in dem Geblüte so fest, dass er auf Generationen übergeht. Die Söhne wollen das an ihrem Vater vermeintlich begangene Unrecht rächen und das ohnehin schon erhitzte Geblüt führt sie auf den Punkt ihrer eigenen Vernichtung“ [91]). Wir werden bald Gelegenheit haben, der eigenthümlichen Lebensläufe beider zu gedenken.

Der schwarze Tod, ein regelmässig wiederkehrendes Schreckniss der Türkei, suchte auch im Kreise der Schicksalsgenossen Rá-

kóczi's seine Opfer[92]). Anton Eszterházy starb 1723 an der Pest, bald darauf Franz Horváth, und zwei Jahre später (1725, 6. November) Bercsényi, den sammt Gemahlin Rákóczi zu Rodosto aufgenommen, allhier unter furchtbaren Schmerzen[93]). So hatte der Ruhelose Ruhe gefunden, fern von der Heimath, nachdem alle seine Hoffnungen gescheitert und seine Gattin ihm schon 1723 im Sterben vorangeeilt war. Namentlich dies Ereigniss mochte erschütternd auf Rákóczi wirken. Er selbst behauptete sich inmitten der Gefahr in leidlicher Gesundheit, aber seine Kraft war gebrochen, die Verbannung an der Meeresküste, im äussersten Winkel Europas, wo der rauhe Sturm das Winterleben doppelt einsam und ungastlich gestaltet[94]), drückte ihn schwer. Gerne hätte er Rodosto mit einem anderen Orte Westeuropas vertauscht. Schon in dem Schreiben an eine k. Prinzessin von Frankreich, vom 25. October 1723, worin er seine Erlebnisse in der Pestzeit und die ganze Lebenslage in Rodosto erörtert, kommt er auf diesen Punkt zu sprechen. Er bedürfe eines anderen Asyles und grösserer Einkünfte, die ihm Frankreich schwerlich, wohl aber Spanien gewähren könne.

Werfen wir einen Blick auf die Zustände Ungarns seit dem Frieden von Passarowitz. Er war eine neue Stütze für die Sache der Regierung geworden, denn er gab Ungarn eine Landschaft zurück, deren Bodenbeschaffenheit ein fruchtbares Culturleben versprach, das Temescher Banat, — und brach den letzten Halt türkischer Herrschaft auf dem Boden Ungarns[95]). Über diesem glänzenden Inhalte konnte man des ärgerlichen Umstandes leichter vergessen, dass, gegen den Wortlaut des 41. Artikels der letzten Reichssatzung, kein ungarischer Diplomat den Friedensunterhandlungen war beigezogen worden[96]).

Der Angriff einer Tartarenhorde auf die östlichen Comitate Szathmár, Marmaros und Ugosca vom Jahre 1718 war ein ohnmächtiger Versuch der Pforte geblieben, so gut wie die Hetzereien der Emigrirten[97]). Die Regierung fühlte festeren Boden als je unter den Füssen.

Dies zeigte sich schon 1717 bei Gelegenheit des Pressburger Landtages in der winterlichen Cantonirungs- und in der Contributionsfrage[98]). Der entscheidendste Erfolg ward jedoch im Landtage der Jahre 1722 — 1723 gewonnen, das Verfassungswerk vom Jahre 1687 durch die Geltendmachung der pragmatischen Sanc-

tion gekrönt. Das ungarische „Erbreich" ward auf breiter Grundlage aufgeführt und eine Reihe von Verwaltungsformen geschaffen, die im Zusammenhange mit der Bildung eines stehenden Heeres — den Forderungen neuzeitlichen Staatslebens besser entsprechen sollten [99]).

Allerdings waren die ungarischen Stände ihrerseits bemüht gewesen, in einer ausführlichen Denkschrift die eigenen Interessen sehr nachdrücklich zur Geltung zu bringen und die Erschöpfung des Landes darzuthun [100]). Diese Denkschrift entrollt ein düsteres Bild von der Nothlage des Landes in den meisten Gegenden. Die Regierung schien jedoch nicht in der Lage, Angesichts der damaligen Kriegsbedürfnisse, ihre Forderungen bedeutend herabmindern zu können. Sie drang in diesen und anderen Angelegenheiten durch, denn hinter ihr stand der glänzende Türkensieg und die wachsende Discreditirung der Rákóczischen Sache. Von dem wichtigsten Belange war schon die Gründung der hohen Landesstelle (senatus regius), oder wie sie nachmals hiess, des königlichen Statthaltereirathes (consilium regium locumtenentiale), in dessen Wirkungskreis auch die kirchlichen Landesfragen gehörten [101]), der sie aber nicht zur Befriedigung der Akatholiken versah.

Aber auch an lauten Stimmen der Opposition fehlte es nicht und namentlich auf dem Boden der confessionellen Frage ging es lebhaft wie immer zu.

Unter den ständischen Ausschüssen, welchen die Regelung der verschiedenen Reichsangelegenheiten und Verwaltungsbedürfnisse oblag, — hatte unstreitig die schwierigste Aufgabe der Religionsausschuss. Im März des Jahres 1721 begann er zu Pest, unter Vorsitz des k. Hofrichters Stephan Koháry, seine Berathungen [102]). Aber schon den 10. August desselben Jahres ging die Commission unverrichteter Sache wieder auseinander. Denn die Protestanten griffen in ihren Forderungen immer und immer wieder auf den Linzer und Wiener Frieden (von 1645 und 1608), mindestens auf die k. Resolutionen von 1709 und 1712, zurück; während andererseits der katholische Part die Zugeständnisse der Regierung übertrieben und glaubensschädlich fand [103]) und auf der Entscheidung K. Leopolds I. vom Jahre 1691 beharrte.

Karls Intimat vom 19. August konnte daher vor der Hand nichts Besseres thun, als den früheren Stand der Dinge rechtsgültig machen. Aber die Akatholiken klagten, sie fänden eben kein Recht.

6 Jahre habe man die Religionscommission in ihrer Amtswirksamkeit aufgeschoben, und als sie endlich ums Jahr 1721 begann, seien den Protestanten inzwischen mehr als hundert Kirchen entzogen worden. Sehr gefürchtet und verhasst war der Erlauer Bischof, Graf Erdődy, die eigentliche Seele der Commission. Seine (?) damals zu Tyrnau gedruckte Schrift behandelte den eigentlichen Brennpunkt der confessionellen Frage in einem Sinne, der wenig Glaubensduldung verrieth.

Dieses Werkchen eines eifernden Theologen führte den bezeichnenden Titel: „Untersuchung: ob und wie der Landesfürst, die Obrigkeiten und Grundherren katholischen Glaubens in ihren Gebieten Ketzer zu beherbergen, oder, gegentheiligen Falles, sie durch Strafen oder Verbannung zur Annahme des katholischen Glaubens zu zwingen berufen seien".

Man erzählte von diesem Bischofe, er habe die, bald darauf gegründete, Statthalterei eine vortreffliche Geisel für die Protestanten genannt, und sich gegen das Project einer holländischen Handelscompagnie nur desshalb gesträubt, weil sie aus „Ketzern" bestände [104]).

Der Religionshader gewann neue Nahrung in dem übertriebenen Glaubenseifer der Jesuiten. Im Schoosse der Städte, wo der katholische Magistrat unter ihrem Einflusse stand, ward unablässig gegen die Toleranzedicte der Krone angekämpft. Dass dabei die wahren Errungenschaften im Bereiche des katholischen Glaubens von den Jesuiten blossen Scheinerfolgen nachgesetzt wurden, darf uns nicht Wunder nehmen. Man weiss, wie zu allen Zeiten und unter allen Bekenntnissen, das Proselytenthum mehr in der Macht äusserer Verhältnisse, als in dem Drange innerer Überzeugung zu wurzeln pflegt.

Die Aufzeichnungen der Jesuiten selbst belehren uns am besten, dass der grosse Styl ihrer früheren Erfolge kleinlicherem Gewinne Platz machte [105]). Aber immerhin sammelte sich dieser zu einer erklecklichen Summe, und die strenge Planmässigkeit des Strebens, die kein Mittel verschmähte — ist noch überall erkennbar.

Die Zeit der grossen Kämpfe des Jesuitenordens ist längst vorbei, vorbei auch die letzte, bedeutende Gefahr, die für ihn die Rákóczische Bewegung heraufbeschworen; er hat keinen Kampf mehr zu bestehen, auf Tod und Leben, um jede Handbreit Boden seiner Wirkungssphäre; er kann sich des sichern Besitzes ruhig erfreuen, aber

er lässt nicht müssig die Hände feiern, er behält die allzeit wachsamen Augen offen, um das Erworbene langsam aber sicher zu mehren und gerüstet zu bleiben gegen jeden Angriff. Will er die Lebensformen des katholischen Glaubens beherrschen, so bedarf er gesellschaftlicher Einigungs- und Bindemittel. Denn in der Gesellschaft, in allen Schichten und Ständen, verstand es der Jesuitenorden sich einheimisch zu machen, darin ruhte ein Stück Geheimniss seiner Geltung.

In die Reihe dieser Mittel zählt auch die Emporschraubung des marianischen Cultus; er sollte ein festes Bindemittel religionseifriger Genossenschaften abgeben.

In dieser herausfordernden Absichtlichkeit aller Vorkehrungen des Jesuitismus liegt das Tadelnswerthe, und von gut katholischer Seite ist man dafür nicht blind gewesen. Denn all dies schürte nur den Brand und die unduldsame Verbitterung, keineswegs die Innigkeit des Glaubens, wuchs auf beiden Seiten. Und wenn das Sprüchwort: „All zu scharf macht schartig“ im Allgemeinen giltig ist, so zeigte es sich auch hier in seiner Berechtigung.

Denn es war nicht eben klug, dem Protestantismus Gelegenheit zu bieten, sich verfolgt zu nennen, und der Regierung, gleichwie dem Auslande sein Märtyrerthum zu klagen; sowie es nicht tactvoll war, der Krone die Gelegenheit förmlich in die Hände zu schieben, ausserhalb des Landtages in so wichtigen Fragen zu entscheiden.

Wenden wir uns den bedeutsamen Ereignissen der Jahre 1720 bis 1723 zu. Den Ausgangspunkt mögen die confessionellen Verhältnisse in Kaschau bilden. Dieser Vorort Oberungarns hatte eigenthümliche Wandlungen durchgemacht. Durch nahezu anderthalb Jahrhunderte war hier der Protestantismus eingebürgert. Gegen das Ende des 17. kräftigte sich der Katholicismus zusehends durch günstige Restaurationen des Magistrates, Einflussname der Behörden, so der Commandanten und der Zipser Kammer, endlich — und das muss vor Allem betont werden — durch erfolgreiche Thätigkeit der Jesuitenresidenz. Die Rákóczische Bewegung, mit den Szécsényer Beschlüssen im Gefolge, legte die Axt an die Wurzel katholischer Vorherrschaft; der Sturz der Conföderation machte die Gefahr schwinden und die Lage des Katholicismus günstiger als zuvor. Seine Vorherrschaft an sich konnte der unbefangene Lutheraner oder Kalviner nicht beanständen, denn die Mehrheit der Bevölkerung bekannte sich zu demselben; wohl

aber durfte er Klage darüber führen, dass der katholische Magistrat, — angeeifert durch die Väter der Gesellschaft Jesu, — die Toleranzedicte der Regierung in den Wind schlug und den gottesdienstlichen Bedürfnissen der Akatholiken nicht Statt geben wollte. Es erzeugte dies böse Reibungen, die ums Jahr 1720 gipfelten. Damals wurde nämlich, auf Kosten des k. Postmeisters V. Flachenfeld, eine Marienstatue aufgerichtet und den 6. October durch den Kammeradministrator P. Mednyánszky und den Pfarrer Alex. Mariássy — die feierliche Grundsteinlegung vollzogen. Wir haben oben des charakteristischen Aufschwunges gedacht, den um diese Zeit der katholische Mariencultus nahm [106]). Er war den Protestanten ein Dorn im Auge. Einer von ihnen vergass sich so weit, dass er die Statue durch eine lästernde Aufschrift verunehrte. Der Magistrat von Kaschau verurtheilte ihn zum Tode, — die Regierung verwarf dieses Urtheil und wandelte es in Verbannung um.

Einsichtsvollen Regierungsmännern konnte es nicht entgehen, dass die Verbitterung der Akatholiken durch den Mangel an Billigkeitsgefühl seitens der anderen Glaubenspartei hervorgerufen worden — und dass in dem Benehmen des Magistrates gegen bestimmte k. Weisungen eine Reihe unbefugter Acte autonomer Willkür vorläge, die nur gemeinschädlich wirkten. Von diesem höheren Gesichtspunkte aus hat diese Wirthschaft, im Allgemeinen und mit besonderem Hinblick auf Kaschau, der aufgeklärte Prinz von Savoyen betrachtet [107]).

Das Wesentliche seines Schreibens, vom 14. December 1720, an den Palatin verdient hier wörtlich angeführt zu werden: „Wenn die Sachen einmal schon so weit gekommen sind" — heisst es hier, „dass eine Wiederherstellung der alten Verfassung wohl nicht mehr denkbar ist, so scheint es nicht klug zu sein, das den Strom abwärts gelaufene Wasser mit Gewalt wieder zurückdrängen zu wollen. Man muss in der Regierung der Staaten durch die Politik dem natürlichen Gange der Dinge nachhelfen und nicht durch dieselbe der Natur entgegenarbeiten; dieses ist mein Hauptbeweggrund, warum ich mir die Sache der Protestanten in Ungarn so sehr angelegen sein lasse. Es ist traurig genug, dass man durch die Unduldsamkeit in Religionssachen ganze Länder zu Grunde gerichtet und ihrem natürlichen Herrn entrissen hat; soll denn Ungarn, das Kleinod österreichischer Monarchie, etwa durch die Halsstärrigkeit unberufener Menschen

auch dem Schicksale einer beständigen innerlichen Zerrüttung unterworfen sein? Ich weiss wohl, dass die Herren Jesuiten in *Kaschau* kein Gelübde abgelegt, die Dankbarkeit gegen den Staat und ihren Souverain nicht beiseite zu setzen. Meine Pflicht aber erfordert, dass ich dem Souverain in allen Fällen beiwirke, die Gerechtigkeit zu handhaben und für die Aufrechthaltung der Ruhe in seinen Erbstaaten zu sorgen. Haben die Protestanten in Ungarn in Religionssachen Rechte erlangt, die ihnen der Staat und der Souverain schon einmal zuerkannt hat, so erfordert die Gerechtigkeit, sie dabei zu schützen. *Die Bewohner der Residenz zu Kaschau sind in gewissem Betracht keine gesetzlichen Glieder des Staates; sie erkennen weder die geistlichen noch die weltlichen Gesetze des Landes; sie behaupten eine Exemtion, die weder in den positiven noch in den bürgerlichen Gesetzen gegründet ist; wie kann sich eine solche bloss aus landesherrlicher Gnade in dem Staat befindliche Gesellschaft erlauben, die rechtmässig bestehenden Glieder desselben nicht allein zu verfolgen, sondern unter dem Vorwande der heiligen Religion sich an die Feinde des Vaterlandes anzuschliessen, um dem Geist der Unruhe eine beständige Nahrung zu schaffen.* Euere Excellenz nehmen daher den Bedacht, bei jedem Anlass den Protestanten die ehebaldige Remedur ihrer Beschwerden zu versichern. Dies ist der Wille des Souverains und meine Pflicht denselben zu befolgen. Man hat dem heiligsten Vater bereits die Beweise von dem Benehmen der Jesuiten in Ungarn vorgelegt und man sieht der Verfügung entgegen, dass er den General der Jesuiten zurecht weise, damit der Souverain am Ende nicht gezwungen werde, die bisherige Schonung beiseite und sich über alle Exemtionen, die ohnehin nur die bürgerliche Ruhe stören, gemäss seiner souverainen Rechte hinwegzusetzen“.

In einem späteren Schreiben an Pálffy vom 26. August 1722 eifert Eugen gegen die Anwendung des Ausdruckes „Ketzer“, als eine Benennung, welche „nicht nur den Christen, aus dessen Munde sie kommt, sondern auch selbst die katholische Religionspartei entehrt“. —

Mit Recht hebt er hervor, dass die katholischen Stände durch solche Haltung ihrer Sache selbst den schlimmsten Dienst erweisen, denn der Hof könne „von Vorstellungen, die mit kränkenden Unbil-

den angefüllt sind, wenn sie auch die gerechtesten Beschwerden enthalten, keinen Gebrauch machen, um sich nicht Vorwürfe gegen Ausserachtlassung der Religions- und Reichsfriedensschlüsse zuzuziehen". — Er wünscht schliesslich — der Palatin möge mit dem Primas über diesen Gegenstand Rücksprache pflegen[108].

Der Wiener Hof musste über die schroffe Haltung der übereifrigen Katholikenpartei in der Protestantenfrage immer ärgerlicher werden.

Denn nicht nur versetzte dies dem Ansehen seiner Befehle bedenkliche Stösse, sondern die Befürchtung trat immer näher, Preussen, Holland, England, — damals mit Österreich auf gespanntem Fusse, würden aus der Missstimmung der ungarischen Protestanten politisches Kapital schlagen.

Hatte doch auch noch immer die Emigration ein scharfes Auge für die Sachlage Ungarns. — Endlich war der Reichstag von 1722 bis 1723 zur Reform im grossen Style bestimmt und alle Dissonanzen sollten hier ihre Lösung finden.

Ein k. Mandat vom 1. November 1722 an den Palatin gebot daher die unverzügliche Berathung aller confessionellen und anderweitigen Beschwerden. Die katholische Partei wollte dies um jeden Preis hindern, der Klerus legte förmlichen Protest ein.

Man glaubte in diesen Kreisen, der directen reichstäglichen Behandlung jener „Gravamina" dadurch einen Riegel vorschieben zu können, dass man darauf bestand, jener Ausschuss in Glaubenssachen, der da 1721 erfolglos tagte, solle seine Arbeiten wieder aufnehmen, zu Ende führen und sein Elaborat der Krone unterbreiten. Es war dann Zeit — und vielleicht — Alles gewonnen. Doch diese Taktik blickten die Protestanten durch und sträubten sich gewaltig wider diesen Ausweg. Ihre entschieden abgefasste Erklärung drang im Ministerrathe durch und Karl erliess am 12. Juni 1723 von Laxenburg aus eine scharfe Weisung, worin den Comitaten und Städten Gehorsam eingeschärft wurde gegen die confessionellen Satzungen der Krone und Achtung vor der zu Recht bestehenden Verfassung der akatholischen Glaubensbekenntnisse[109]. Dass Prinz Eugen von Savoyen im Ministerrathe den Ausschlag gab, liegt nahe, und seine Befriedigung über den Erlass Karls spricht laut genug aus dem Schreiben vom 18. Juni an Ungarns Palatin[110]. Aber ebenso deutlich athmet daraus die Besorgniss vor

den neuen Umtrieben der Gegner. „Die Jesuiten wissen", schreibt Eugen, „dass der Kaiser es wegen der Religionsuneinigkeiten nicht zu Gewaltthätigkeiten kommen lässt, folglich verlassen sie sich immer auf die Überlegenheit der katholischen Stände. Der wahre Geist der Duldsamkeit scheint auch seine Entwicklungsperiode zu haben und in dieser mögen die Ungarn etwas zurück sein. Ich wünsche den Jesuiten gewiss alles Gute; denn zur Cultur der Menschen haben sie das Ihrige beigetragen. So lange sie aber in Ungarn, und zwar in dem Zusammenhange wie jetzt, stehen, so lange ist für die Protestanten nichts erspriessliches zu hoffen. Je mehr die Ungarn in der Nationalbildung vorrücken, desto entbehrlicher werden ihnen die Jesuiten und desto näher die Protestanten an dem Ziele ihres Ruhestandes sein". — Verfolgen wir die Sache weiter.

Der hohe Klerus liess sich, wie leicht vorauszusehen war, durch das kaiserliche Gebot nicht einschüchtern, sondern reichte, den Herzog Primas an der Spitze, am 29. Juni, bald nach dem Schlusse des Landtages, bei dem Palatinalstuhle die feierliche Gegenerklärung zu Gunsten der katholischen Vorrechte ein, womit er alle früheren Proteste in dieser Richtung erneuerte[111]). So gerieth die ganze Frage dennoch wieder in das Fahrwasser eines Rechtsstreites. Die Akatholischen mussten also die königliche Entscheidung über das Elaborat der Glaubenscommission abwarten und sich zunächst mit einem Proteste wider die Anfeindungen der, zu ihren Gunsten sprechenden, Reichsgesetze durch die Katholischen begnügen, indem sie erklärten, bei diesen Gesetzen fest beharren zu wollen. — Wie sehr wir auch geneigt sind, in dieser ganzen Frage die Partei der Regierung zu nehmen und dem besten Willen des Wiener Cabinetes gerecht zu werden, so können wir andererseits nicht läugnen, dass die Bischöfe Ungarns von ihrem Standpunkte aus zu jenem Schritte formell berechtigt waren und dass der k. Befehl an die Comitate und Städte in ihren Augen den Rechtsstreit nicht hemmen oder niederschlagen konnte, sondern vielmehr ein neues Stadium desselben herbeiführte. Dieser letzteren Auffassung mussten sich darum auch die Protestanten bequemen.

Wohl aber dürfen wir es den Comitaten und Städten verargen, wenn sie auf eigene Faust das k. Rescript missachteten. Denn wenn es auch kein landtäglich durchgebrachtes Reichsgesetz war, so war es doch ein auf die anerkannten Diätalsatzungen von 1715 ge-

gründeter Befehl, gelegen im Machtkreise der Krone. — Die Comitate und Städte durften dagegen repräsentiren, aber sie waren nicht berechtigt, dem Mandate vom 29. Juni ihren Gehorsam zu verweigern; und noch weniger dem folgenden Rescripte (ddo. Prag 19. October 1723), worin bis zur Beendigung der Arbeiten der Glaubenscommission, mit Hinsicht auf die bestehenden Toleranzgesetze, jede Neuerung und Gewaltthätigkeit verpönt erschien [112]).

Die Vorgänge im Sároser Comitate, und zwar zu Eperies, mögen für das Verhalten der Behörden, Angesichts der k. Weisungen, charakteristische Belege liefern. Wir kennen diese Stadt als einen Ort, wo die confessionelle Frage ungemein lebhaft in Scene ging. Zwischen Protestanten und Jesuiten, letzteren als den massgebenden Organen katholischer Seelsorge, gab es unaufhörlich Späne und Zerwürfnisse. Im Jahre 1717 z. B. entlief ein Jüngling seinen Eltern und flüchtete zu den Jesuiten, welche ihn, angeblich mit Erlaubniss des Vaters, katholisch machten und behielten. Dies erbitterte die Protestanten derart, dass sie ihrer Jugend den Umgang mit Jesuiten fortan verboten. Das Jahr darauf hinderten die Jesuiten den Bau eines steinernen Bethauses, womit die Protestanten das ihnen zugestandene hölzerne vertauschen wollten, indem sie den Behörden die Anschauung beibrachten, die ursprüngliche Erlaubniss zum Baue eines solchen habe sich nur auf das Jahr 1712 bezogen. Mit um so grösserer Schadenfreude mögen daher die Akatholiken den Brand der Eperieser Jesuitenresidenz (1720) begrüsst haben. Einer hämischen Kritik musste sich ebenfalls die von den Jesuiten (1723) mit grossem Jubel gefeierte Bekehrung einer Akatholikin, im Alter von 106 (!) Jahren, unmittelbar vor ihrem Tode, aussetzen.

Im Jahre 1723 trafen die beiden uns bekannten Glaubensmandate der Regierung (ddo. Juni und October, Laxenburg und Prag) ein, — für das Sároser Comitat mit der speciellen Weisung, der Eperieser Magistrat möge den protestantischen Predigern den Zutritt in die Stadt nicht wehren. „Aber“, heisst es in der Jesuitenchronik der Eperieser Residenz — „der wohllöbliche Magistrat widerstand mit unserer Mitwirkung diesem kecken Verlangen der Lutheraner kräftig und glaubenseifrig, indem er erklärte: gleichwie sie bisher niemals im friedlichen Genusse der Glaubensübung innerhalb der Stadt gewesen wären, noch irgend ein Decret Sr. heiligsten Majestät in dieser Richtung zu ihren Gunsten spräche, die beiden letzten vor-

liegenden Mandate jedoch ihrerseits durch falsche Berichte erpresst worden seien, so könne man ihrer Bitte in keinerlei Weise Raum geben" [113]).

Wie in der Sároser Gespanschaft, wie in der Stadt Eperies, so ging es diesfalls auch anderorten zu. Die Klagen der Akatholikengemeinden im Laufe des Jahres 1724 veranlassten ein neues k. Mandat vom 7. August 1725, worin den Comitaten bedeutet wurde, sie mögen die k. Weisungen mit grösserer Strenge in Vollzug setzen, damit den Klägern nicht Anlass gegeben werde, unablässig mit Beschwerden den Ohren des Kaisers zu nahen, wie dies bisher so oft geschehen sei [114]).

Trotz alledem blieb die unerquickliche Sachlage in der Schwebe, sie überdauerte den Tod des Primas (23. August 1725), und der katholische Hofklerus rüstete sich unter der Führung des neuen Kirchenfürsten, Emerich Eszterházy, zu neuen Kämpfen, die am Reichstage der Jahre 1728—1729 vor sich gehen sollten. Inzwischen hatte der neu eingerichtete Statthaltereirath (s. 21. März 1724) die wichtige Aufgabe erhalten, über die Rechte der Kirche und der Stände, die gesammten Interessen der Länder und des Reiches zu wachen. Es war dies zu einer Zeit, wo, dem Zeitgeiste entsprechend, die Wichtigkeit der Hebung des Ackerbaues, Handels und Gewerbes, der bäuerlichen Grundverfassung vor Allem, sich geltend machte, wo die materielle Interessenfrage in ihrer ganzen Wucht an Ungarn herantrat und mit den alten Unterlassungssünden aufzuräumen gebot. In den hitzigen Kämpfen über die Lösung dieser Frage vertrat die Regierung unläugbar den Fortschritt, während die privilegirte Nation, der Grundbesitzerstand, für das Hergebrachte focht und über den Vortheilen des Augenblicks, die ihm sein Privilegium bot, den höheren allgemeinen Gewinn aus den Augen verlieren zu wollen schien.

Es kann unsere Aufgabe nicht sein, die Geschichte des Reichstages zu liefern, der für den 1. März 1728 ausgeschrieben, bis in den Schluss des Novembers (20.) 1729, somit Ein Jahr und sieben Monate währte [115]). Seine ungemein bewegten, oft stürmischen Verhandlungen drehten sich namentlich um zwei Angelpunkte: um die Steuer und die Protestantenfrage [116]). Die Regierung bestand in der ersteren darauf, dass die Contribution, als Grundsteuer, an dem Boden zu haften habe; die Stände wollten sie nur an die Person des

Gutsunterthanen gebunden wissen — und die Krone errang auf diesem Felde auch nur einen halben Erfolg, nämlich eine höhere Contributionssumme; der neue Grundsatz der Besteuerung blieb verworfen. — Bei der Protestantenfrage, welche ein besonderer Stände-Ausschuss zu schlichten hatte, goss die Weigerung des Comitats-Abgeordneten von Thurócz und Borsód, den gewöhnlichen Eid zu leisten, worin die h. Jungfrau und alle Heiligen angerufen werden, — Öl ins Feuer. — Die katholischen Stände nahmen dies als eine Verachtung des Gesetzes übel, wogegen die Protestanten erklärten, sie hegten gegen die h. Jungfrau die grösste Ehrfurcht, aber die Fassung des Eides widerstrebe ihren Glaubensgrundsätzen. — Das verdross manchen eifrigen Katholiken nicht wenig, und Einer von diesen sagte es später rund heraus, dass viele von denen, die mit ihrem protestantischen Gewissen gar so ängstlich thäten, ein paar Jahrzehende früher mit der so verrufenen Eidesformel ohne Bedenken Treue gelobt hatten einem Rákóczi gegen den rechtmässigen König und Landesherrn[117]).

Da der Reichstag den sehnlichst gewünschten Frieden beider Bekenntnisse nicht verwirklicht hatte, so sah sich die Regierung bewogen, mit Rücksicht auf das Elaborat des confessionellen Ausschusses von 1723, den 21. März 1731 eine Cabinetsentscheidung in 9 Punkten zu erlassen, die wie so viele andere weder den Katholischen behagte, noch die Protestanten befriedigte. Die Missstimmung der Letzteren finden wir leichter begreiflich, als den Ärger der Ersteren, denn die Zugeständnisse an Lutheraner und Kalviner waren auf das bescheidenste Mass eingeschränkt. Allerdings dürfen wir den Gegensatz der modernen und der damaligen Anschauung dabei nicht übersehen. Als Grundlage wurden die Bestimmungen der Reichsgesetze von 1681 (25., 26.), 1687 (21.) und das k. Rescript vom 2. April 1691 festgehalten. Die Zahl der Artikularorte, woselbst die akatholische Glaubensübung öffentlich gestattet war, blieb nach dem Ausmasse von 1681 zu Recht bestehen; die Nothwendigkeit eines Pastors sollte jedoch Fall für Fall durch den Ausweis der erforderlichen Seelenzahl erwiesen werden. Diese gesetzlich bevorrechteten Orte ausgenommen, sollten überall die Akatholiken dem katholischen Pfarrer unterstehen, der von ihnen jedoch nur so viel Gebühren erheben dürfe, als von den eigenen Glaubensgenossen. Will ein Grundherr in Glaubensangelegenheiten eine Änderung herbei-

führen, so hat er dies zuvor der Krone anzuzeigen. Die Wahl von Superintendenten steht beiden akatholischen Bekenntnissen zu, doch ist es nothwendig der Regierung anzumelden, wie viel Vorgänger sie hatten und für welche Orte sie selbe wählen wollen. Die protestantischen Seelsorger stehen unter der betreffenden weltlichen Behörde und sind der erzpriesterlichen Visitation unterordnet. Die Eheprocesse gehören vor den bischöflichen Diöcesanstuhl, doch sind die Bischöfe verpflichtet nach den Grundsätzen beider Confessionen zu entscheiden. Die Berufung nimmt an den Primas ihren Weg. Der katholische Apostat — besonders wenn er es zum zweitenmal geworden, ist nach Ermessen der weltlichen Behörden streng zu bestrafen, doch ist der Fall vor dem Strafvollzuge dem Könige zu unterbreiten. Die gemischten Ehen sind gestattet, müssen aber vor dem katholischen Seelsorger geschlossen werden. Die katholischen Festtage haben auch die Akatholiken äusserlich zu halten, die Gewerbsleute mit ihren Zechen an den kirchlichen Umzügen theilzunehmen. Was endlich den Eid der augsburgischen und helvetischen Confessionsglieder betrifft, so haben die Richter, Beamten, Sachwalter, der gesetzlichen Formel gemäss, also mit Anrufung der h. Jungfrau und der Heiligen, zu schwören; die Zeugen hingegen solle man, damit dadurch die Wahrheitsbekräftigung keinen Eintrag erleide, nur nach allgemeiner Formel beeidigen. Übrigens würden die Überschreitungen, die in Glaubenssachen bisher sich ereigneten, diesmal Gnade finden, in der Folge werde aber jeder, welcher dieser Anordnung zuwiderhandeln würde, möge er Katholik oder Nichtkatholik sein, zu Folge der durch den k. Procurator anzustellenden Untersuchung, unverweilt bestraft werden. Sollte sich aber Jemand in Glaubenssachen verletzt fühlen, so solle er der Abhilfe wegen sich an den König wenden, aber nur in eigenem, nicht im Namen seines Glaubensanhanges [118]).

Der zähe Widerstand des hohen Klerus selbst gegen dieses Edict erhellt am besten aus dem Benehmen des Cardinalbischofs von Waizen, Michael Friedrich Althan, einst Statthalters von Neapel. Es kam so weit, dass er zweimal zur Verantwortung nach Wien citirt wurde (ad audiendum verbum regis). Er erschien nicht und so wurden seine Güter durch das Pester Comitat, höheren Auftrages zufolge, mit Beschlag belegt. Der Papst jedoch vermittelte binnen Jahresfrist den Ausgleich [119]).

Die Protestanten waren begreiflicherweise von den bedeutend eingeschränkten Duldungsfreiheiten des oben angeführten Edictes um so weniger erbaut, je mehr sie des Widerstandes gegen dasselbe seitens der Katholischen inne wurden. Besonders drückend erschien der Punkt, welcher die öffentliche Glaubensübung auf die Artikularorte beschränkte. Namentlich im Eisenburger Comitate handelte es sich um nichts weniger als 45 Kirchen, deren Artikularmässigkeit die Katholischen bestritten, und in der That wurden die Protestanten an höchster Stelle sachfällig erklärt; dies trug natürlich nur zur Verbitterung bei [120]). Nicht weniger, ja noch mehr verdriesslich war der sechste Punkt, der den Abfall vom Katholicismus streng verpönte, denn hiedurch war die Lebensader der Proselytenmacherei unterbunden. Wenn die Katholischen, so die Jesuiten vor Allen, Bekehrungen Andersgläubiger eifrigst betrieben, wesshalb sollte dies den Protestanten verwehrt sein. Diese Schlussfolgerung kämpfte somit gegen jenes Verbot an.

Aus einer den besprochenen Ereignissen naheliegenden Zeit ist auf uns eine und die andere sehr bezeichnende Äusserung gekommen, die über den Bekehrungseifer der Väter der Gesellschaft Jesu sattsam Licht verbreitet. In der Hauschronik des Homonna-Unghvárer Jesuitencollegiums (von 1747—1751) z. B. schrieb der damalige Professor der Rhetorik und Poesie, A. Rogács, über diesen heikeln Punkt mit aller Offenheit einer vertraulichen Mittheilung. Ein besonderes Gewicht ward demnach darauf gelegt, das Ansehen bedeutender Stützen des Akatholicismus zu untergraben und andererseits das ehrgeizige Streben nach Ämtern und Würden, die sonst dem Nichtkatholiken verschlossen blieben, für die Convertirung auszubeuten [121]).

Von protestantischer Seite wurden Gegenminen gelegt, über die Glaubenshetze im Auslande weidlich geklagt; so gab es einen unblutigen aber erbitterten Vorpostenkampf zwischen beiden Heerlagern, von denen das katholische begreiflicherweise die Vortheile des ganzen Terrains im Besitze hatte.

Besonders aufregend mussten natürlich Fälle thatsächlichen Einschreitens gegen katholische Apostaten wirken. Das Sároser Comitat gehörte zu jenen, welches zufolge eines Mandates der Hofkanzlei (vom 12. August 1733) [122]), — im Sinne jenes 6. Artikels — bewaffnete Glaubenscommissionen ausrüstete und, mehr aus Willkür als billigem Pflichteifer, durch seine Hajduken zahlreiche Straffällige

in Eperies einkerkern liess, da für den Bauern und Nichtadeligen keine Habeas-corpus-acte bestand.

Es mag die Sache im Berichte der Evangelischen übertrieben worden sein, wie so manches andere Ereigniss aus diesem Bereiche, aber an Acten der Brutalität wird es bei der herrschenden Aufregung nicht gefehlt haben, wenn der adelige Stuhl gegen den Bauer und Bürger einschritt. — Wir erfahren überdies aus protestantischer Quelle, dass man den Übertritt vom griechisch-unirten Bekenntnisse zum protestantischen als Verbrechen der Apostasie ansah und ebenso den Übertritt vom unirten Griechenthum zum nichtunirten oder schismatischen. Man weiss, wie schwierig an sich die Lage der unirten Griechen gegenüber den Katholischen, wie schlecht auf sie der römische Klerus zu sprechen war. Eher vertrug man sich noch mit den Nichtunirten, doch bot man alles auf, um die Union bei ihnen zu fördern oder, was directer Gewinn schien, Bekehrte für den katholischen Glauben aus ihnen zu machen.

Man weiss, welches Gewicht darauf z. B. die Unghvárer Jesuiten legten [123]).

Es wirkte dies im social-politischen Sinne nicht günstig, und wir können die bedenklichen Regungen der ruthenischen Bauernschaft, namentlich im Beregher Comitate in den Jahren 1734—1735, ohne weiters auch damit in Zusammenhang bringen [124]).

Für den Protestantismus in Ungarn trat das Ausland in die Schranken. Die protestantische Schweiz und die Generalstaaten, des ungarischen Akatholicismus alte Gönner, reichten einander hierin die Hand, und der holländische Botschafter, Du Hamel-Bruyninx, ein gewiegter Diplomat, den wir von früher her kennen, überbrachte die Denkschrift beider Staaten zu Gunsten der „bedrückten Glaubensgenossen“ dem Wiener Hofe [125]).

Dieser aber musste schon aus politischen Rücksichten für eine solche Intervention, hinter der auch England, Sachsen und Polen und Preussen standen, empfänglich sein.

Die pragmatische Sanction, — das kostspielige Schosskind Karls VI., — bedurfte ja nach dessen Ansicht der guten Meinung, des freundnachbarlichen Wohlwollens der Westmächte vor Allen.

Widmen wir diesen politischen Beziehungen der Mächte einen kurzen Überblick.

Im Vertrage von Wusterhausen (12. October 1726) mit Preussen, in den Pariser Präliminarien zwischen England, Holland und Frankreich auf der einen, Österreich auf der anderen Seite (vom 31. Mai 1727), — schien das den habsburgischen Interessen drohende Herrenhauser Bündniss der drei Westmächte (19. Sept. 1725) in seinen Wirkungen beseitigt. — Da ward Österreich durch den Vertrag von Sevilla (9. November 1729) zwischen Frankreich, England und demselben Spanien, das kurz zuvor Österreichs Freundschaft gesucht und dessen Stellung den andern Höfen gegenüber so schwierig gemacht hatte, — aufs neue in Sorgen gestürzt. Österreich rüstet gegen Spanien und Merey wird zum Commandanten der italienischen Armee ernannt.

Russland hielt an dem österreichisch-preussischen Bündnisse vom 10. August 1726 fest.

Preussen insbesondere schloss mit Karl VI. die geheime Allianz vom 23. December 1728.

Englands und Preussens Höfe, unter Georg II. (seit 1727) und Friedrich Wilhelm II., geriethen in entschiedene Spannung und die Diplomatie Österreichs, durch Seckendorf geschickt vertreten, hielt den englischen Einfluss ganz nieder. Aber bei dem Wankelmuthe des Königs von Preussen, der feindlichen Haltung Englands und Hollands, musste das Wiener Cabinet stets auf der Hut sein.

Da schienen die Jahre 1730—1731 dem Gedeihen der österreichischen Pläne dauernde Bürgschaften zu bieten. Am 21. August 1730 trug der englische Gesandte Robinson auf ein Bündniss mit Österreich an und im März des folgenden Jahres wurde der Wiener Tractat mit Grossbritannien abgeschlossen, dem am 22. Juli auch Spanien beitrat. Aber drei deutsche Mächte erregten die lebhaftesten Besorgnisse des Kaiserhofes durch ihre feindliche Haltung gegen die pragmatische Sanction und die Anlehnung an Frankreich. Es waren dies Sachsen, Baiern und die Kurpfalz.

August II. von Sachsen-Polen machte sich schon um das Jahr 1729 bei dem Wiener Hofe durch überspannte Forderungen und eine übereifrige Verwendung für die Sache Rákóczi's unbeliebt; er spielte noch den alten Gönner desselben. Bald darauf erfuhr das österreichische Cabinet von den Plänen des Warschauer Hofes, sich eng mit Frankreich zu einigen, von den Absichten auf Böhmen, Mähren,

Ungarn, welches letztere bekanntlich Rákóczi in den Tagen seines Sturzes dem Kronprinzen von Sachsen angetragen.

Zu Ende des Jahres 1730 rückte August II. gegen den preussischen König mit einem Plane heraus, der nichts Geringeres besagte, als die Errichtung eines deutschen Fürstenbundes, von welchem der Kaiser ausgeschlossen sein sollte. Dies war deutlich gesprochen. Friedrich Wilhelm II. wies damals diesen Entwurf mit den pathetischen Worten zurück, von Kaiser und Reich werde ihn nur der Tod lösen. Zu Anfang des Jahres 1733 (1. Februar) starb nun August II. von Sachsen-Polen, und wir begreifen, dass nach solchen Vorgängen Karl VI. wenig geneigt sein konnte, die Candidatur Augusts III., als Churfürsten von Sachsen und Gemahls der älteren Tochter Josephs I., um das polnische Wahlreich zu unterstützen.

Noch weniger war jedoch Österreich der Bewerbung des französischen Schützlings und Exkönigs, Stanislaus Lesczinski, hold.

Das Wiener Cabinet arbeitete anfänglich für den Infanten Emanuel.

Als jedoch der Abgesandte, General Wilczek, die Erfahrung machte, gegen Lesczinski könne eben nur August von Sachsen mit Erfolg auftreten, als Russland für ihn einstand und er selbst in einer dringlichen Botschaft als Preis der Unterstützung, im Einklange mit seinem Heirathsreverse, die pragmatische Sanction vollinhaltlich anzuerkennen sich bereit erklärte, — entschied sich auch Karl VI. für den Sachsen; Russland und Österreich traten auf den Kriegsschauplatz und ein europäischer Krieg war fertig; denn die halben Massregeln des Wiener Cabinetes konnten den Kampf mit Frankreich nicht aufhalten [126]). Das war die grosse Conflagration, auf welche der Einsiedler von Rodosto seine letzten Hoffnungen setzte. Denn auch die Türkei zeigte sich bereit, den günstigen Augenblick der Rache an Österreich zu ergreifen, und der geeignetste Vorkämpfer schien Rákóczi, im Bunde mit den unzufriedenen Elementen Ungarns. —

Wir haben das Leben Rákóczi's an seinem Verbannungsorte bis in das Jahr 1725 verfolgt. Immer einsamer, hoffnungsloser gestaltet sich dasselbe. Aber jede neue Österreich feindliche Strömung im politischen Leben Europas, jede Verstimmung der ungarischen

Parteien gegen die Regierung, weckt die gesunkenen Erwartungen von Neuem.

Immer und immer wieder, trotz aller demüthigenden Erfahrungen, klopft er an der Thür des französischen Cabinetes an. Den 11. Juni d. J. 1726 trat Cardinal Fleury an die Spitze der Geschäfte. Seine Gunst zu gewinnen ist Rákóczi's Bestreben, anderseits möge Frankreich erfahren, dass Rákóczi, von ihm verlassen — schliesslich keinen andern Ausweg habe, als sich die Verwendung des spanischen Hofes bei dem Wiener zu erbitten und sich darum bei Zeiten eines Bessern zu besinnen. Deutlich genug spricht dafür das Schreiben des Verbannten an den Marquis d'O (v. 29. November 1726)[127].

Die schwächste Seite des Cardinals sollte von den Erklärungen Rákóczi's getroffen werden. Er möge einsehen, dass Rákóczi's Sprache ganz in Übereinstimmung sich befände mit den Grundsätzen einer wahrhaft christlichen Politik. Denn man könne das staatliche Interesse nach den Maximen des Evangeliums lenken. Eben so könne man überzeugt sein, er stünde fern allem Unruhestiften, dessen ihn der Wiener Hof verdächtige, und wenn er nach Frankreich zurückkehren wolle, so geschehe das nur, um sein Leben in der theuern Einsamkeit (Grosbois) zu beschliessen, aus der ihn Gott herausriss, bevor man ihn daraus, bei Gelegenheit des Abschlusses der Quadrupelallianz, vertrieben haben würde. Gott wisse, wie viele der ungarischen Flüchtlinge er durch eigene Unterstützung vor der Annahme des Turbans bewahrt, wie viele Ketzer er in seinem Hause bekehrt habe. — Er schliesst das Schreiben mit den salbungsvollen Worten:

„Gott gefällt es nicht, dass ich je den Aufwand eines Tropfens Menschenblutes veranlasse für die Wiederherstellung meines Thrones und die staatliche Befreiung des Volkes, von welchem ich vollkommen überzeugt bin, dass es mich berufen hat; würde er aber im Wege seiner Rathschlüsse gestatten, dass sich der Krieg in Europa entzünde, so glaube ich, dass es meine Pflicht sei, mich zu opfern für seine Befreiung von einer offenkundigen Usurpation, nach dem Beispiele des h. Ladislaus unsers Königes, indem ich stets billige und dem göttlichen Gesetze entsprechende Massregeln nehmen würde.

Hier haben Sie, theuerster Marquis, einen kurzen Abriss meiner Theologie, den ich der Einsicht des Herrn Cardinals unterbreite“.

Es bedarf keiner breitspurigen Erörterung, um aus diesen Zeilen die volle Gewissheit zu schöpfen, dass Rákóczi noch immer bereit war, in die Geschicke Ungarns und Siebenbürgens verhängnissvoll einzugreifen. Cardinal Fleury blieb jedoch unzugänglich und die Ereignisse bequemten sich nicht den lebhaften Wünschen des Verbannten.

Im Juni des Jahres 1727 trat ein bemerkenswerther Zwischenfall in den Kreis seines einförmigen Daseins, — die Ankunft seines jüngern Sohnes Georg, dem es gelungen war, aus Wien zu entkommen und über Frankreich den Weg nach Rodosto zu finden. Der Ältere, Joseph, blieb in Wien zurück. Dem jungen Manne war der Vater fremd geworden. Unser Gewährsmann, Mikes, äussert sich [128]), er habe wahrgenommen, dass der Sohn nicht mit der gleichen herzlichen Freude den Vater begrüsst habe, wie dieser den Sohn. Mit Schmerz habe Rákóczi wahrgenommen, wie schlecht es mit der Bildung des Junkers bestellt sei.

Mikes selbst wunderte sich, dass er noch schreiben könne, allerdings schlecht genug. Am meisten verdross es ihn, dass der junge Rákóczi nicht ungarisch verstand. Aber das wäre nicht seine Schuld, heisst es weiter in dem Briefe des Kämmerers. Denn Deutsche haben ihn erzogen, die ihm nicht einmal das Vaterunser auf magyarisch zu lernen erlaubt hätten. — Das mönchische Gepräge des väterlichen Hauswesens in Rodosto mochte anderseits dem lebenslustigen Jungen auch nicht sonderlich behagen.

Mikes deutet an, dass er die Jagd nach dem andern Geschlechte liebte, für die hier freilich kein Boden war. Länger als bis zum März 1728 hielt es Georg R. in Rodosto nicht aus. Zu Schiffe eilte er wieder nach Paris zurück. Rákóczi selbst hatte aus Rücksicht für die Zukunft des Sohnes, für seine weltmännische Bildung, darauf eingehen müssen.

Je mehr Rákóczi, der Verbannte zu Rodosto, des Zuwartens müde wurde und an dem politischen Himmel, trotz allen Wetterleuchtens, nicht jenes Gewitter aufsteigen sah, das dem Hause Österreich verhängnissvoll werden sollte, — desto lebhafter wurde in ihm das Verlangen, sich, unter möglichst günstigem Vorbehalt, mit dem Wiener Hofe auszusöhnen. Frankreich war nicht die Macht, welche diese Rolle übernehmen konnte und wollte, Russland hatte für den ungarichen Agitator keine Erinnerung mehr: dagegen benahm sich Preus-

sen noch ein wenig freundlich gegen ihn, besonders aber August II. von Sachsen-Polen.

Im Jahre 1729 im September schickte Rákóczi einen französischen Agenten, Namens Vigoureux, an den Berliner und Warschauer Hof[139]).

Er hatte die schriftliche und mündliche Weisung, beide Höfe anzugehen, sie möchten folgende Übereinkunft mit dem Wiener Cabinete in seinem Interesse bewerkstelligen. Rákóczi dürfe sich aus der Türkei entfernen und in Polen ansiedeln. Der Kaiser gestatte ihm den Titel eines Fürsten von Siebenbürgen für Lebzeiten, doch dürfe von ihm der Eid der Treue gegen den Kaiser nicht gefordert werden. Rákóczi wünsche sich in Polen niederzulassen und zu verehelichen.

Er werde dem K. August huldigen. Doch verpflichte er sich zu dem Gelöbniss, gegen den Kaiser niemals wieder feindselige Schritte zu versuchen. Er weigere sich auch nicht, im Falle der polnische König darauf bestünde, einen ehrfurchtsvollen Brief an den Kaiser zu schreiben. Der ältere Sohn Rákóczi's, Joseph, solle vom Kaiser mit den Grafschaften Burgau und Nellenburg ausgestattet werden, deren Einkünfte sich ungefähr auf 200.000 Thaler beliefen.

Die Emigrirten endlich sollten vollständig begnadigt und in den Genuss aller ihrer Güter treten, die ja ohnedies in der Verwandtschaft geblieben seien.

Um auf das Wiener Cabinet einen Druck zu üben, liess Rákóczi die vertrauliche Mittheilung einfliessen, dass, im Falle seinen Anträgen kein Gehör geschenkt würde und er selbst verstorben sei, der Abfall seiner hilflosen Genossen zum Mohamedanismus in Aussicht stünde.

Leicht würden sie dann die Pforte zu einem Kriege gegen Österreich aufhetzen können, was seine höchst bedenklichen Seiten habe, denn — dies theilte Vigoureux mündlich mit, — sie befänden sich ja mit mehreren kaiserlichen Befehlshabern und Oberofficieren im heimlichen Einverständnisse.

K. Friedrich Wilhelm I. von Preussen unterliess es nicht, diese Forderungen Rákóczi's dem österreichischen Botschafter Seckendorf als erspriesslich für die Ruhe Ungarns ans Herz zu legen. Sachsen ging jedoch in dieser Sache durch seinen Botschafter dem Wiener Ministerrathe geradezu an den Leib.

Graf Wackenbarth-Salmur nahm zunächst eine Audienz bei dem wichtigsten Manne im Rathe des Kaisers, dem Prinzen Eugen von Savoyen, und trug ihm die heikle Angelegenheit vor. Die Antwort des gewiegten Staatsmannes legte mit Scharfsinn die Verwerflichkeit der Anträge Rákóczi's bloss. Er, der eben jetzt über die Erregung eines neuen Aufstandes in Ungarn nachsinne, werde sich schwerlich als friedlicherer Nachbar des Kaisers benehmen, wenn ihm gestattet würde, in Polen zu hausen. Und als Eugen mit Karl VI. selbst Rücksprache über die Sache genommen, erklärte er dem sächsischen Residenten geradezu, der Kaiser lehne die Vermittlung des Warschauer Hofes in dem Rákóczischen Handel ein für allemal ab. Mit einem Rebellen werde er nie und nimmer unterhandeln.

Rákóczi solle sich unmittelbar an ihn wenden, aufrichtige Reue über das Vorgefallene bezeugen und bedingungslos die Gnade des Kaisers, seines Herrn, sich erbitten. — Seckendorfs Note an das Wiener Cabinet in der gleichen Angelegenheit wurde von dem Prinzen Eugen in einer Weise beantwortet, die beweist, dass der Wiener Hof den geheimen Plänen Rákóczi's mehr als je misstraute[130]).

Wir kennen nicht den Umfang der Beziehungen Rákóczi's zu der polnischen Thronfrage, welche seit 1730 bereits, im Hinblicke auf den baldigen Tod Augusts II., die Köpfe der europäischen Diplomatie zu erwärmen begann. Sicherlich aber baute er auf das voraussichtliche Zerwürfniss der Hauptmächte und Österreichs bedrängte Lage neue Hoffnungen und Pläne.

Aber diese Pläne und Hoffnungen waren auf Sand gebaut und die herben Enttäuschungen so manchen Jahres nagten an der Lebenskraft des Verbannten. Das Loos, als halber Gefangener fremdes Brod essen zu müssen, ward immer bitterer empfunden. Erzwungene Unthätigkeit hat schon so Manchen vorzeitig zum Greise gemacht, seinen Lebensfaden verkürzt. Auch Rákóczi sollte dies Alles an sich erfahren, als die unerwarteten Ergebnisse der Jahre 1733 — 1734 die Spannkraft seiner Seele für immer gelähmt hatten.

Der Krieg des Kaisers mit Frankreich und Spanien brach im October 1733 los. Schon einen Monat früher schrieb Mikes aus Rodosto: „Wir sehnen uns ungemein nach dem Kriege. Was er uns nützen wird, weiss Gott. Wir aber hoffen und hoffen so lange, so lange wir nicht sterben.“ . . .

„Unser armer Herr (Rákóczi) thut mit der Feder, was er kann. Er schreibt vollauf nach allen Seiten“ [131]) ....

Rákóczi glaubt, da in der That der Kampf eine dem Kaiser ungünstige Wendung nimmt, der Türke werde endlich einmal losbrechen. Aber dieser überlegt es sich und vergebens reizt ihn die Emigration zum Angriffskriege. Da verzweifelt Rákóczi an der Pforte und sendet im October 1734 seinen Schicksalsgenossen Pápai an den Sultan mit der Bitte, man möge ihm gestatten, nach Frankreich zu übersiedeln. Doch der Divan scheut den Vertragsbruch und schlägt die Bitte ab (Jänner 1735) [132]).

Diesen Schlag verwand Rákóczi nimmer.

Es gab noch ein Zweites, das ihn tief berührte. Sein älterer Sohn Joseph nahm eine günstige Gelegenheit wahr und entwich aus Wien nach Venedig. Mitte September berichtet dies der französische Gesandte dem Vater des Flüchtlings.

Mikes schreibt am 12. October 1734 [133]) über diesen Vorfall und fügt die Worte hinzu:

„Wir hörten auch, dass er noch nicht hieher zu kommen gedenkt, sondern nach Rom geht. Unser Herr aber verlangt sehr nach ihm“. — Der Sohn aber zögert, und was ans Ohr des Vaters über seinen Aufenthalt in Rom und Neapel gelangen mochte, musste Rákóczi's letzte Tage verbittern. Doch hätten ihn seine Augen noch einmal gerne gesehen.

Aber die Krankheit hatte ihn seit dem Frühjahre 1735 erfasst und der Tod knickte den 8. April ein vielbewegtes Leben [134]). Zehn Jahre früher (1725, 14. Jänner) war ihm im Tode sein „Leibarzt und Hofrath“, der Nürnberger Dr. Lang von Langenthal, vorangegangen.

Den Tag darauf ward die Leiche eröffnet, das Eingeweide im griechischen Tempel bestattet, der Körper einbalsamirt, das Herz nach Frankreich geschickt.

„Sein Gehirn war gesund,“ schreibt der treue Mikes, „aber er hatte dessen so viel, wie sonst zwei Menschen, hatte er doch auch Verstand für ein Dutzend gehabt“. Die endgültige Bestattung der Leiche geschah am 6. Juli zu Constantinopel. Hier ruhte sie in der Jesuitenkirche an der Seite des Sarges, der die Reste seiner unglücklichen Mutter barg. Die im Ganzen kärgliche Hinterlassenschaft

schildert Mikes am besten; — an Baargeld waren nur einige Goldstücke und 500 Thaler beiläufig vorräthig [135]).

Von besonderem Interesse ist das Testament des Verstorbenen [136]). Schon im Jahre 1732 dachte er an dessen Abfassung; es war begleitet von zwei Schreiben, das eine an den Grossvezier [137]), das andere an den französischen Gesandten gerichtet [138]).

Letzteres empfahl seinen letzten Willen der Gunst und Gnade Frankreichs, desselben Hofes, welcher die Lebenshoffnungen Rákóczi's getäuscht hatte und der Fürsorge zu Gunsten des Verbannten längst müde geworden war.

Das Testament ist französisch niedergeschrieben und verfügt über die Hinterlassenschaft, sowie auch über jene Summen, welche der bourbonische Hof, als ausständige Geldforderungen Rákóczi's an Ludwig XIV. und dessen Erben, den betreffenden Inhabern von Legaten ausbezahlen sollte. — Seines ältern Sohnes, Joseph, wird bei den Legaten nicht gedacht, dem jüngern, Georg, wird dagegen ein besonderes Erbtheil zugewiesen.

Bedacht erscheinen ausserdem die Jesuiten, die Camaldulenser von Grosbois, die Hausgeistlichen Rákóczi's, der Haushofmeister Sibrik, der Kämmerer Mikes, die andern Diener, ebenso die von Rákóczi diplomirten Adeligen. Dem Könige von Frankreich werden alsdann zur Pensionirung dringlichst anempfohlen: Graf Csáky, Baron Zai, Krucsai, der Secretär der Conföderirten, Mariássi, Pápai.

Ein überaus frommer Ton durchweht das ganze Actenstück; aber der etwas geschraubte Ausdruck verleidet uns den Genuss daran. Besser behagt dem Leser die zarte Rücksicht des Erblassers für Alle, die ihm in den Tagen des Exiles treu zur Seite standen, wie überhaupt der Privatcharakter Rákóczi's liebenswürdige Seiten geoffenbart haben muss, die ihm ebenso ergebene Diener als beharrliche Freunde und Gönner erwarben.

Aus allen seinen Briefschaften spricht eine feine Bildung, die bei wenigen seiner Landsleute und unter den Schicksalsgenossen gar nicht zu finden war. Aber das gezwungene Beschönigen eines verzehrenden und unberechtigten Ehrgeizes, anderseits das schmeichlerische Buhlen um fremde Gunst, die Sophistik des Wortes, das immer und immer wieder auf opferfreudige Vaterlandsliebe zurückkommt und mit den thatsächlichen Bestrebungen im grellsten Widerspruche sich befindet, die krampfhaften Anläufe endlich zu hoffnungs-

losen Unternehmungen, dies Alles verschafft uns den leidigen Beweis, dass wir es mit keinem heroischen Charakter zu thun haben.

Der innere Friede, den sittliche Grösse und edle Selbstverläugnung, auch nach den schwersten Lebenskämpfen, allein erzeugen, wohnte nie in Rákóczi's Brust; darum gönnte er ihn auch der schwer geprüften Heimath nicht, dem Lande, das frei und glücklich zu machen er so wenig wie seine Genossen fähig waren [139]).

Noch im Jahre seines Todes brach in Ungarn ein unseliger Aufstand los, dessen Triebfedern sich bis Rodosto verzweigten.

Bevor wir jedoch dieses Ereigniss in Kürze zur Sprache bringen, müssen wir einiger andern örtlichen Erscheinungen im damaligen Völkerleben Ungarns gedenken.

Schon in den Jahren 1722—1730 verzeichnen die Acten des Eperieser Comitatsarchives einzelne Begebnisse, die gewissermassen eine verhängnissvolle Störung des Landfriedens vorhersehen liessen.

Im Sommer des Jahres 1722 sammelten sich Räuber in der Marmarosch und in den Beskiden, unter Führung eines gewissen Risko, zu gefährlichen Banden an und bedrohten namentlich den Gáboltóer Pass [140]).

Nach den Vormerkungen des Unghvárer Gespanschaftsprotokolls verfolgte man steckbrieflich, in den Jahren 1727—1729, ein paar sehr berüchtigte Strolche, einen gewissen Michel Rácz, Christian Baumann, den Juden (!), Jacob Antscherl, den Jacob Paumgartner (Sohn des Wiener Scharfrichters) und Joseph Reinwarth, die offenbar aus dem westlichen Theile der Monarchie nach Ungarn flohen, wo ihr Gewerbe in unzugänglichen Waldöden blühte und gesichert war [141]).

Diese Erscheinungen, die nichts weniger als vereinzelt waren, sind um so bedauerlicher, als damals von verschiedenen Seiten die nationalökonomischen Bedürfnisse Oberungarns in ernstliche Erwägung gezogen wurden und zu ihrer Deckung eben ein langer äusserer und innerer Friedenszustand, eine feste Begründung der öffentlichen Sicherheit nothwendig war. Denn im Frühjahre 1725 z. B. ward in der Sároser Comitatscongregation neben anderweitigen Begehren an die ungarische Statthalterei der Antrag gestellt, die Popper von Palocsa aus schiffbar zu machen. Denn dort gebe es auch Holz genug für Flösse. Dieser Fluss sei ohnehin zu andern Zeiten schiffbar gewesen und es könne auf demselben and weiter dann auf der Weich-

sel Getreide aus den südlichen Comitaten bis Danzig verfrachtet werden [142]).

Die Unghvárer Gespanschaft glaubte um das Jahr 1729 ihre Augen der traurigen Verfassung des ruthenischen Volkswesens nicht länger verschliessen zu dürfen und richtete diesfalls eine Repräsentation an den Landtag, deren Inhalt wir weiter unten wiedergeben [143]).

Ja selbst der Israeliten wurde damals in fürsorglicher Weise gedacht und beispielsweise von der Gesammtheit der Prälaten (!) bei der Eperieser Comitatscongregation die Bitte um Verwendung höhern Orts eingebracht, wornach die drückende Toleranzsteuer, d. i. das hohe Kopfgeld der Juden, aufhören solle, denn aus der Zerstreuung oder Auswanderung der Juden würde den Grundherren Schaden erwachsen [144]). Man sieht daraus, wie man in diesen Kreisen den Israeliten als ein zinsentragendes Kapital ansah.

Die strittigen Nachbarverhältnisse zu Polen suchte man seit 1721 durch eine neue Grenzfriedenscommission zu schlichten.

Alle diese Anläufe zur Lösung wichtiger Landesfragen wurden jedoch von der Strömung kriegerischer Ereignisse gestaut, als deren unmittelbare Vorläufer, im Sommer 1730, verdächtige Werbungen z. B. im Abaujvarer und Beregher Comitate sich anmeldeten. Sie gingen von dem mit Rákóczi befreundeten Polen aus [145]).

Der Ausbruch der polnischen Wirren nach Augusts II. Tode zog schon im Jahre 1734 die polnische Zips, das Gebiet der XIII Städte, in das Bereich des Parteikrieges. Der Lublauer Erbstarost, Fürst Lubomirski, stand auf sächsischer Seite, theilte also die politische Haltung des Wiener Hofes. Die Anhänger Stanislaus Lesczinski's setzten daher alsbald verheerende Einfälle über den Dunajec und Poprad in Scene.

Dazu kam, dass Russland seine Heerhaufen bis Krakau vorschob und einzelne Truppentheile, der Verpflegung wegen, gleichwie als Bundesgenossen Lubomirski's, ins Zipser Nordgebiet einmarschirten.

Es war am 12. März 1734, dass, wie die Pudleiner Piaristenchronik aufzeichnet, „Moschen“ (Moskowiter), Kosaken und Kalmüken zunächst in den oberen 5 Orten der XIII Städte erschienen und im Ganzen bis 2. November d. J. im Quartier lagen. Es waren schlimme Gäste und die guten Bürger beschlich ein Grausen, wenn

sie das unheimliche Kalmükenvolk rohes Fleisch und rohe Fische verschlingen sahen.

Überhaupt lastete der polnische Thronkrieg wie ein Alp auf den Gemüthern der Zipser und als beispielsweise am 23. April 1735 Feuer in Leutschau ausbrach, — ging allgemein die Sage umher, der französische König habe Mordbrenner nach Ungarn gesendet[146]).

Tiefer als die polnischen Wirren griffen jedoch in das ungarische Staatsleben innere Bewegungen, welche durch verkehrte Massregeln angeregt, durch die Emigration und die Pforte geschürt, in den Jahren 1734—1738 eine drohende Gestalt annahmen und ihrer Gefährlichkeit wegen durchaus nicht zu unterschätzen waren.

Der Zündstoff ruhte zunächst in den Verhältnissen des südungarischen Serben- oder Raizenvolkes, der „illyrischen Nation“, — wie man sie später administrativ zu nennen beliebte.

Die Ansiedlung der Serben[147]), besonders seit dem Schlusse des 17. Jahrhundertes, im Banate und dessen Nachbarschaft, war eine in staatswirthschaftlicher und politischer Beziehung bedeutsame und nutzbringende That. Man gewann damit eine Mehrung des ungarischen Volksstandes, eine Hebung der Wehr- und Nährkraft des Landes und eine Nationalität, die, gut und geschickt behandelt, der Regierung zu Dank und Treue sich verpflichtet fühlen musste. Sie hatte auch in den Tagen der jüngstvergangenen Insurrection ihre Ergebenheit werkthätig bewiesen und Rákóczi's Grimm gegen die „Raizen“ wachgerufen.

Um so mehr glaubten auch die Serben auf erkenntliche Gesinnung des Wiener Hofes rechnen zu dürfen.

Aber gerade in dieser Zeit gaben einzelne Massregeln desselben den Anlass zur Unzufriedenheit. Die Hauptmasse der Serben hing treu an dem nicht unirten griechischen Glauben, sie war, wie man schlechtweg sagte, schismatisch. Die Versuche einer kirchlichen Union der Serben mit Rom waren schon seit Jahrhunderten in Scene gesetzt worden.

Das Gleiche geschah von Seiten der österreichischen Regierung. Politisch klug könnten wir den Eifer in dieser Richtung nur dann nennen, wenn man das Serbenvolk durch die Union dem österreichischen Staatsleben thatsächlich inniger einverleibt hätte, wenn Österreich bei den Unionsversuchen einzig und allein von der richtigen Ansicht ausgegangen wäre, den Glaubensverband der illyrischen Na-

tion mit Russland vorsorglich zu lösen, und dieser Wechsel kirchlicher Stellung die Sympathien der Serben für sich gewonnen haben würde.

Dies war aber nicht der Fall und gegen solche Octroyirungen erwies sich das Serbenvolk um so schwieriger, je mehr eine und die andere Massregel administrativer Natur als unbeliebt sich erwies.

Das Wiener Cabinet hätte aus den Tagen der Rákóczischen Insurrection die Erfahrung beherzigen können, dass die autonome kirchliche und administrative Stellung, die die Serbennation in Ungarn genoss, und die kaiserliche Gunst, welche diese Freiheiten (1691, 1706, 1713) verbriefte, ihr höher galten, als all die verlockenden Aufrufe Rákóczi's.

Die „Raizen", unter ihrem Patriarchen Arsen Csernovics und dem Wojwoden Monasterli, waren, wie gesagt, treffliche Bundesgenossen der kaiserlichen Sache. — Karl VI. bestätigte (d. 8. October 1713) die serbischen Privilegien und knüpfte daran die besondere Klausel, „diese Freiheitsbriefe sollen so lange als unverletzlich gelten, so lange die illyrische Nation die Treue gegen den Kaiser und das kaiserliche Haus bewahrt".

Wir begreifen, dass den ungarischen Staatsmännern die Sonderstellung der illyrischen Nation innerhalb Ungarns Grenze nicht erwünscht war, dass der hohe Klerus insbesondere der Union der Serben das Wort redete.

Offenbar bequemte sich also die österreichische Regierung nur diesen Wünschen Ungarns, traf Verfügungen in diesem Geiste, und gewiss nicht zu eigenem Vortheil, wenn sie dem Nachfolger des populären Arsen Csernovics, Diakovics, die Führung des Patriarchentitels versagte und, als der Wojwode Monasterli gestorben war, die Wahl eines neuen verbot.

Der spätere Vorgang, im Jahre 1741, belehrt uns am besten hierüber. — Einem andern Gesichtspunkte verfällt die Thatsache, dass die serbischen Grenzdistricte unter das Commando deutscher Truppenbefehlshaber gestellt wurden.

Hier waren seit dem Passarowitzer Frieden und der verdächtigen Haltung der Pforte politisch-militärische Rücksichten massgebend. Die österreichische Regierung that jedenfalls einen Missgriff, als sie den Ehrgeiz eines serbischen Bischofs zur raschen Durchführung der Union verwerthen wollte.

Als dieser, von ihr zum Belgrader Erzbischofe erhoben und mit dem Patriarchentitel ausgestattet, im Wege einer Nationalsynode die heikle Angelegenheit überstürzen wollte, regte sich, namentlich in der Bácska und in den Grenzbezirken der Máros, heftiger Widerspruch unter den Popen und der Bevölkerung. An einer unzufriedenen Stimmung der Raizen fehlte es gewiss nicht, aber eben so sicher ist es, dass auf diese Stimmung von einer Partei speculirt wurde, welche die Emigration von der Türkei aus für ihre Zwecke zu bearbeiten verstand. Rákóczi hat in dem Schreiben an den Prinzregenten von Frankreich vom Jahre 1722 (24. Mai) erwähnt, die „Rascier", früher geschworne Feinde seiner Sache, hätten ihm nun wiederholt ihre Dienste angetragen und würden eine moskowitische Armee als ihren Messias begrüssen [148]).

Wir dürfen nicht vergessen, dass die ganze Depesche darauf berechnet war, dem kaltsinnigen Pariser Cabinete gegenüber die Aussichten der Emigration möglichst vortheilhaft zu schildern, und kommen der Wahrheit viel näher, wenn wir umgekehrt annehmen, dass man von Rodosto aus dem Schmerzensschrei der Serben entgegenkam und dass die thatsächliche Empörung vom Mai 1735, kurze Zeit nach Rákóczi's Tode, von der Emigration in Scene gesetzt wurde. Dafür spricht die verhältnissmässig geringe Zahl der Aufrührer, und noch mehr die Thatsache, dass vorzugsweise die magyarische Bauernschaft der Comitate Arad, Zarand, Békes und Heves, besonders aber der Biharer Gespanschaft, hiezu von ungarischen Gesinnungsgenossen der Emigration aufgeboten wurde. Neben den serbischen Officieren, Pete Szegedinecz oder „Pero", Sevics, Sterbo und Ranko Tökölyi — spielen die Hauptrolle die Magyaren Johann Sebestyén, Vértesi Johann, Richter von Sz. András, Andreas Pásztor, Stephan Szilásy, Paul Matula, Michael Nyulak. Sie nennen sich ausdrücklich „Rákóczi's Hauptleute", und das Gerücht sprach von französischen und spanischen Officieren in ihren Reihen [149]).

Und so entpuppt sich aus der „Raizenempörung" eigentlich ein neuer ungarischer „Kuruzzenkrieg", der bereits 1734 durch einzelne Vorzeichen sich ankündigt und, was besonders bedeutsam ist, mit besondern Vorgängen in Oberungarn zusammenhängt.

Mitte Februar 1735 erlässt die Statthalterei einen Erlass an die nordöstlichen Comitate, so an das Sároser, Unghvárer, einen Geistlichen auszukundschaften, der sich zu Anfang des Jahres in Unghvár

aufgehalten und einem Schiffer, bei dem er übernachtet, gestanden habe, er sei Ladislaus Bercsényi (Sohn des bekannten Nicolaus). Früher sei er ein paar Wochen bei dem Freiherrn Gombos in Szobráncz, sodann bei einer Witwe und bei Gabriel Orosz zu Gast gewesen.

Wenn wir die Unruhen der nächstfolgenden Jahre, und die Rolle der Familie Gombos in denselben, damit verknüpfen, so können wir über die Rolle des verkappten Bercsényi nicht lange in Zweifel bleiben [150]). — Überdies erfahren wir aus den Andeutungen der Sároser Comitatsacten, dass seit 1734 örtliche Bauernrevolten ernstliche Besorgnisse erweckten. Während es im obern Lande jedoch bei solchen Symptomen aufruhrlustiger Stimmung verblieb, schlug der früher erwähnte Aufstand im Alföld wirklich los, erlag aber in einem einzigen Treffen zwischen Erdöhegy und Kis-Jenö, im Gebiete der Körös, der Übermacht und Disciplin der königlichen Truppen. Strenges Urtheil traf die Schuldigen, sie hatten in tollkühner Weise ein unmögliches Ziel angestrebt [151]).

Es ist uns hier ein Ruhepunkt geboten, und wir benützen denselben, um auf die letzten Sprossen des Hauses Rákóczi und die ungarische Emigration in der Türkei den Blick zurückzulenken.

Wir haben oben eine kurze Andeutung von dem Entweichen Joseph Rákóczi's aus Wien gebracht. Hören wir die gleichzeitigen Berichte über die Schicksale und Entwürfe des jungen Abenteurers. Die Thatsachen ergeben die Berechtigung dieses Namens. In Wien hatte er weit grössere Schulden gemacht als er zu zahlen im Stande war. Sein Hofmeister, den man nach dem Entweichen Rákóczi's zur Haft brachte, um ihm Geständnisse über die Motive dieses Verschwindens abzunöthigen, konnte oder wollte nichts aussagen. In Venedig, wohin sich der Flüchtling begab, fand er seine Rechnung nicht, denn die vorsichtige Signoria gab blutwenig auf die titularen Ansprüche des „Erbprinzen von Siebenbürgen“ und vermied jede Gelegenheit, Unmuth und Verdacht bei ihrem kaiserlichen Bundesgenossen zu erwecken. Der französische und spanische Gesandte in der St. Marcusstadt nahmen sich endlich seiner an und empfahlen ihn dem Infanten Don Carlos, dem ersten bourbonischen Regenten Neapels. Er machte den Weg dahin über Rom, wurde daselbst vom Papste sehr gut aufgenommen, was den Zeitgenossen nicht wenig auffiel und zu ziemlich scharfen Glossen Anlass gab, logirte sich auf

dem spanischen Platze ein, als „Erbprinz von Siebenbürgen,“ und verkehrte mit dem spanischen und französischen Residenten. Von Rom, wo er, nebenbei gesagt, die Zeit benützte, um der Frau eines gefangenen kaiserlichen Officiers den Kopf zu verdrehen und dann ihre Entführung in Scene zu setzen, begab er sich nach Neapel. Hier verkehrte er viel mit dem „Prinzen von Wallis“, dem Stuartischen Kronprätendenten, und mit dem sogenannten „Könige von Marokko,“ einem sehr bedenklichen Menschen [152]).

Von Neapel, wo seiner der Hof bald satt geworden sein soll — verschwand er dann wieder und tauchte, 1735—1736, in der Türkei auf und zwar in Constantinopel, wo er die Bekanntschaft mit dem berüchtigten Renegaten Bonneval machte.

Derselbe, vormals kaiserlicher Feldzeugmeister, intriguirte in den Niederlanden gegen Prinz Eugen oder unmittelbar gegen dessen Stellvertreter Prié, — wurde von diesem verhaftet, sollte gegen Ehrenwort sich nach Mähren interniren, ging jedoch nach dem Haag und suchte Frankreichs Protection. Diese Macht zog aber ihre Hand von ihm ab und jetzt gerieth er auf die Festung Spielberg bei Brünn, kam dann als Häftling nach Wien, entwich nach Venedig, dann in die Türkei und brachte es hier zum Pascha. Der unruhige Kopf schloss sich eng an den Prätendenten Siebenbürgens [153]).

In dem Briefe vom 6. December 1736 schreibt Mikes, der Kämmerer des verstorbenen Rákóczi, aus Rodosto: „Spät, aber doch endlich ist Joseph Rákóczi angekommen. Wir glaubten, Beide (Joseph und Georg) kämen, indess erschien nur der Ältere. Gestern Abends (5. December) stieg er im Gasthause ab, gab mir sein Eintreffen kund und ich ging zu ihm. Auch heute war ich einige Stunden bei ihm, denn er war auf dem Wege nach Constantinopel“.

Die Führung der Emigration nach dem Tode des alten Rákóczi hatte Graf Csáky übernommen. Das Erscheinen Joseph Rákóczi's auf dem Boden der Türkei brachte ihre gesunkenen Hoffnungen zu neuem Steigen. Aber so schnell war die Pforte nicht warm zu machen. Im Jahre 1736 wollte sie von offenen Feindseligkeiten gegen Österreich nichts wissen und entfernte sogar Joseph Rákóczi von Stambul nach Rodosto, um dem Wiener Cabinet kein Ärgerniss zu geben; denn dieses hatte die Rolle des Unterhändlers zwischen der Pforte und Russland übernommen und im Herbste 1736 ein Beobachtungscorps von 30.000 Mann in die Gegend von Peterwardein und an die Morawa entsendet.

Das Wiener Cabinet zeigte sich aber bald durchaus kriegslustig, — die Pforte konnte den überspannten Forderungen Russlands, welchen Österreich secundirte, kein Gehör geben und schon im Sommer 1737 brach ein kaiserliches Heer von 170.000 Mann gegen die Türkei auf. Das war der Augenblick, der Joseph Rákóczi's heisseste Wünsche krönte. Mit beiden Händen griff die Pforte nach der Gelegenheit, seine Prätendentschaft auf den Schild zu heben.

Am 20. September wurde Rákóczi's Sohn und Erbe in der Hauptstadt des Türkenreiches mit wahrhaft orientalischer Pracht empfangen. Der neue kriegerische Grossvezier Jegem Pascha hatte ihn am 13. September in Rodosto mit glänzendem Gefolge besucht, mit ihm sodann am 16. Abends die Reise nach Stambul angetreten. Der prunkvolle Einzug machte viel von sich reden, desgleichen die bedeutenden Geschenke des Grossherrn an seinen Schützling. Ausser glänzend gerüsteten Rossen erhielt Joseph Rákóczi bedeutende Geldgaben. Der Thaim oder die Leibrente, die der Vater genoss, ward auch ihm angewiesen. Er bezog eine stattliche Wohnung und ein Janitscharenoberst befehligte die ihm zugewiesene Leibwache. Am 25. Jänner 1738 war Rákóczi beim Festmahle des Veziers zu Gast. Nachdem der Kaffee gereicht worden, erhoben sich der Vezier und sein Schützling und jener händigte diesem die grossherrliche Bestallungsurkunde ein, worin der Sultan den Joseph Rákóczi als Fürsten von Siebenbürgen anerkannte und ein förmliches Schutz- und Trutzbündniss mit dem Prätendenten abschloss. Nach dem Gastmahle sandte der Grossherr seinem „fürstlichen Verbündeten" ein Ehrengeschenk von 30 Pferden und eine Wiener Kutsche mit sechs Prunkgäulen [154]).

Drei Tage später erlässt der Sohn Rákóczi's von Constantinopel aus ein ausführliches Manifest an die Ungarn. Zunächst kommen die persönlichen Beweggründe zur Sprache, die Unbilden, die sein Haus durch die österreichische Regierung erlitten, das gute Recht seines Vaters und sein eigenes Erbrecht, sodann das Bündniss mit dem türkischen Schutzherrn. Den Haupttrumpf glaubt er damit auszuspielen, dass er darin seines festen Entschlusses gedenkt, sich für die ungarischen Freiheiten aufzuopfern. Er könne das Elend nicht länger gelassen ansehen, das seine geliebte Nation drücke, die Entziehung ihrer angestammten Rechte, die schweren Auflagen und all die Leiden, von denen schon die Manifeste Tökölyi's und Rákóczi's, sei-

nes Vaters, weitläufig Kunde gaben. Eine schlimme Zukunft drohe den Siebenbürgern und Ungarn; dieser sie zu entreissen sei die Aufgabe seines Handelns. Widerwillig nur greife er zu den Waffen und trage keine Schuld an dem zu vergiessenden Blute [155]). — Frankreichs Gönnerschaft ward natürlich angerufen, desgleichen Holland zu gewinnen gesucht.

Der Führer der Emigration, Graf Csáky, war bereits nach Widdin vorausgeeilt. Von hier versuchte man einen Aufruf Rákóczi's (ddo. 30. Jänner) unter die in Serbien cantonirenden Hussaren vom Regimente Dezsöffi zu verbreiten [156]). Sein Inhalt lautete in wörtlicher Übersetzung wie folgt: „Kund und zu wissen sei hiemit allen und jeden auf den Grenzen des Königreiches Servien befindlichen tapfern ungarischen Soldaten, wasgestalt der allergrossmächtigste und unüberwindlichste ottomanische Kaiser, kraft seiner auf das Fürstenthum Siebenbürgen innehabenden wahren Gerechtsamen, schlüssig geworden, die Oberherrschaft über dasselbe dem hinterlassenen ehelichen Sohne des verstorbenen Fürsten Rákóczi auf alle mögliche Weise zuzuwenden. Wer desshalb zur Erreichung dieses Zweckes sich gebrauchen lassen und sein Glück fördern will, kann sich bei dem Bassa zu Widdin anmelden, welcher jedem derselben 40 Reichsthaler auf die Hand zahlen und ihnen ausserdem alle erdenkliche Gnade und Gewogenheit angedeihen lassen wird. Zu obgedachtem Zwecke ist genannter Fürst Rákóczi nebst dem Grafen Csáky hieher nach Widdin gesendet worden“.

Dass Rákóczi damals in Widdin persönlich nicht anwesend war, geht aus den Briefen seines Begleiters Mikes hervor [157]).

Am 5. Februar traf er vielmehr erst in Adrianopel ein, den 19. in Czernavoda, den 5. März in Bukurest, wo ihn der Wojwode Constantin begrüsste. — Die Pforte lebte in dem Wahne, der Name Rákóczi's werde mit einem Schlage Ungarn und Siebenbürgen in Waffen setzen. Das beginnende Missgeschick des kaiserlichen Heeres begünstigte die Erwartungen. Aber anders mochte wohl selbst die Umgebung Joseph Rákóczi's denken.

Am schärfsten lässt sich darüber Mikes, der Kämmerer des verstorbenen Agitators, aus. Er blickte die Sachlage durch, gleichwie das hohle Wesen des Prätendenten; das Leben mit seinem Herrn in der Verbannung hatte ihn herb geprüft, er fühlte sein Herz bänglich schlagen bei dem Gedanken, dass die Landsleute unter der Fahne

des jüngeren Rákóczi kein Glück fänden, und in dieser patriotischen Aufwallung schreibt er den 5. März von Bukurest aus: „Die Pforte glaubt, sobald wir nach Widdin kommen, werde ganz Ungarn und Siebenbürgen zu Pferde steigen und zu uns kommen. Vielleicht käme es so, wenn der alte Herr noch lebte. Aber jetzt — gebe Gott — dass Niemand komme [158])!" — Die Emigranten waren insgesammt von der Persönlichkeit des Prätendenten nicht sehr erbaut und Bonneval, früher mit Rákóczi eng befreundet, er, der seinen Kopf verpfändet haben soll, Siebenbürgen müsse jenem gehören, war mit dem Prätendenten bald zerfallen [159]), da er fürchtete, durch diesen ganz um seinen Einfluss bei der Pforte zu kommen. Kein Segen ruhte auf der Sache des jungen Agitators; selbst die wachsenden Vortheile der Pforte im Kriege riefen nirgends ernstliche Theilnahme wach für ihn, den Schleppträger der Türken.

Es bedurfte nicht einmal des kaiserlichen Achtbriefes vom 29. April 1738, der auf das Haupt des „Rebellen" 10.000 Gulden, im Falle er lebendig, 6000 Gulden, sobald er todt eingebracht würde [160]), als Preis setzte, ebensowenig als der päpstlichen Bannbulle vom September des genannten Jahres, worin Papst Clemens XII. das Bündniss Rákóczi's mit dem Erbfeinde der Christenheit verdammte [161]). Mikes selbst schreibt, vom 9. Juli aus Widdin, über die Leute, die sich dem Unternehmen beigesellten, die vernichtenden Worte: „Gott sei's gedankt, Niemand kam, der was taugt. Die da kamen, sind nur dem Galgen entlaufen" [162]).

Aber Vorsicht erschien der Regierung allerwärts angezeigt, denn unter der Hand arbeitete man an einer Erhebung selbst im oberen Lande. Es war dies nur eine Fortsetzung der Pläne der Emigration, wie selbe schon 1735 durchschimmerten.

Wir haben schon oben der einen und andern Thatsache gedacht und wollen nur noch zur Geschichte des letztern Jahres beifügen, dass beispielsweise im Comitate Unghvár die Burgwehren neu befestigt, dreissig Sicherheitswächter aufgenommen, an den Flussüberfuhren adelige Hüter bestellt und die Gespanschaftsedelleute zum Aufgebote bereit gehalten wurden [163]).

Man hatte ein Auge selbst auf die oberländischen Gebirgs-Ruthenen geworfen und die gedrückte Stimmung dieser verwahrlosten Bevölkerung ausbeuten wollen. Die Lage derselben wird in der Eingabe des Unghvárer Comitates an die Regierung, vom Jahre

1729 [164]), in den grellsten Farben geschildert. Das umherschweifende Ruthenenvolk wohne so zerstreut, dass ein grosser Theil seines Wohngebietes vollständige Wildniss genannt werden dürfe. In diesen Gebirgsöden hausten die Ruthenen bei schlechter Nahrung, der Hungersnoth ausgesetzt. Von den angrenzenden Polen hätten sie nur räuberische Einfälle zu erdulden. Überdies züchtige man sie von polnischer Seite auf das härteste für den Schmuggel, den sie mit dem polnischen Salz nicht aus Böswilligkeit, sondern Noth betrieben; man tödte die Aufgegriffenen oder beraube sie des Hausviehes. Es sei kein Wunder, wenn solchergestalt ruthenische Unterthanen mit ihrer leichten Habe schaarenweise bodenflüchtig würden. — Die Emigration suchte nun auf diese stiefmütterlich bedachten Söhne des Ungarlandes einzuwirken. Es wurden Proclamationen verbreitet, von denen eine zum Beispiel der Basilit Gedeon Pazin der ungarischen Statthalterei zusandte. Der Oberverwalter der Zipser Kammer hatte nämlich diesem gewandten Ruthenengeistlichen den Auftrag gegeben, in dieser Richtung das karpathische Grenzland durchzuforschen [165]).

Im Sommer des Jahres 1738 fand ein Bartfelder Bürger am Jahrmarkte des Ruthenenortes Krasnibrod (Monaster), in der Zempliner Gespanschaft, ein Manifest Joseph Rákóczi's vor, das hierorts Niemand lesen konnte; ein Umstand, den man bei der Verbreitung solcher Actenstücke übersah. Gefährlicher allerdings, als im Ruthenengebiete, musste die Agitation unter der magyarischen Bevölkerung erscheinen. In dieser Richtung äussert sich um diese Zeit (20. Juni 1738) eine Statthalterei-Verordnung. Es sei bekannt, dass in wenigen Reichstheilen, namentlich in den oberländischen, hochverrätherische Verbindungen und verderbliche Genossenschaften beständen, die offenbar das arme Volk zum Aufruhr reizen wollen und die öffentliche Sicherheit mit dem Umsturze bedrohen. Beispielsweise wird auf jenes Manifest hingewiesen, dessen man in Krasnibrod habhaft wurde.

Von magyarischen Edelleuten waren es die Herren Georg und Emerich Gombos vor Allen, die den Aufruhr thatsächlich förderten.

Sie flohen dann nach Polen und wurden als Hochverräther geächtet.

Bedeutsam ist noch ein anderer Umstand. Der Kaiser gestattete im Herbste des Jahres 1737 dem ihm verbündeten russischen Hofe

)0 Freiwillige in Ungarn zu werben. Ungarn war überhaupt ein
:liebter Boden für die Jagd nach Soldaten, so dass z. B. um das
hr 1730 die Statthalterei den Umtrieben preussischer Falschwer-
:r entgegen zu treten für gut befand. Die zu jener Aushebung von
eiwilligen beglaubigten russischen Officiere waren: Oberst Cum-
ng und Oberstlieutenant Stojanow, später auch der Rittmeister
sics. Mit den geworbenen Freiwilligen nahm es aber eine eigen-
ümliche Wendung, wie wir amtlichen Aufzeichnungen aus dem
hre 1739 entnehmen. Es desertirten ihrer nämlich mehr als 60
:lche in dem Unghvárer Comitate, wie auch in den angränzenden
:spanschaften ihr Unwesen trieben, so dass Hajduken und reguläre
fanterie gegen diese Strolche aufgeboten werden mussten [166]).

So gingen all die hochfliegenden Plane der Emigration und der
orte in eitel Rauch auf, denn die nationale Erhebung kam nicht zu
ande. Der enttäuschte Grossvezier schrieb, nach dem Falle von
sova in Türkenhand, den 26. August 1738, an Joseph Rákóczi, —
f Siebenbürgen möge er sich keine Hoffnung machen. Es war dies
r dem Marsche des Grossveziers gegen Temesvár; da war dann
ch nimmer die Rede von den 30—40.000 Mann, die der Türke dem
ätendenten vorher zugesichert hatte. Joseph Rákóczi begrub in der
irkei sein kurzes Glück und seine Gesundheit. Schon am 1. Septem-
r schreibt Mikes, — mit dem Befinden des jungen Fürsten stände
schlecht. Der Brief vom 4. October — lautet noch bedenklicher.
kóczi verheimliche seinen gefährlichen Zustand.

Der unselige junge Mann, der sich im Kreise der Emigration
nedies keinen Freund zu erwerben vermocht, war von wachsender
rcht und peinigendem Misstrauen erfüllt, dass irgend jemand von
ner Umgebung den hohen Preis verdienen wolle, den der Kaiser
f seinen Kopf gesetzt.

Den 6. October bestiegen die Emigranten Csáky, Zay, Illosvay,
pay, Daszky, Pázmány das Schiff, um Rákóczi das Geleite zu geben.
)er Fürst wurde in krankem Zustande in das Schiff gelegt und
illte nicht, dass einer von uns mit ihm im Schiffe sich befände," —
hreibt Mikes.

Den 10. October langte man an Ort und Stelle an. Der Zustand
seph Rákóczi's verschlimmerte sich von Tag zu Tage. Am 7. No-
mber stieg die schlechte Laune des Kranken derart, dass er alle
:nossen von sich entfernte. Am 10. d. M. schied er aus dem Leben

nach einem Aderlasse, den er, gegen den Willen des Arztes, selbst angewandt. Er starb im 38. Lebensjahre, sein Bruder Georg war schon früher verschollen.

Mit treffender Schärfe hat Mikes das Wesen Joseph Rákóczi's gekennzeichnet. „Das ganze Leben und Wirken des Armen in diesem Lande war wie Strohfeuer" lauten seine Worte. Aber auch das Thatenleben des alten Rákóczi war ein rascher Feldbrand, der weit und breit die verheerende Flamme aussendet; — nicht die ruhige, nachhaltige Glut des Herdfeuers, bei welcher er das Glück seines Vaterlandes hätte schmieden können.

In seinem letzten Willen hatte Joseph Rákóczi begehrt, zu Constantinopel, an der Seite des Vaters, bestattet zu werden. Dies erlaubte die Pforte nicht und so setzten die Verbannten seine Leiche in dem griechischen Gotteshause des Städtchens Czernavoda bei.

So schloss der Mannsstamm der Rákóczi!

Die siegreichen Fortschritte der Türken gegen das Jahresende hatten den Grossvezier nochmals bestimmt, sein Glück mit der Emigration zu versuchen. Graf Csáky wurde als Haupt der Verbannten nach Bodon, Zay nach Kotschin, Mikes nach Jassy abgeordnet, um hier Verbindungen mit Ungarn anzubahnen.

Dass sie ohne nachhaltige Wirkung blieben, lehrt die Geschichte. Weder die schlechte Führung des Türkenkrieges, noch der schmachvolle Vertrag von Belgrad waren im Stande, den Szathmárer Frieden und die pragmatische Sanction in Ungarn aus den Angeln zu heben [167]).

Die Tage der Insurrection Rákóczi's hatten so mancher gedeihlichen Erkenntniss Eingang verschafft, manchen irrigen Wahn zerstört, das Bedürfniss nach Frieden und Gesetzlichkeit im Gemüthe der vielgeprüften Zeitgenossen grossgezogen.

Mehr als je gewann die Erfahrung Raum, dass sich persönliche Selbstsucht hinter dem Aushängschilde nationaler Freiheit lauernd barg und dass es schlimm mit der Sache des Vaterlandes bestellt war, wenn sie die Politik und der Eigennutz fremder Mächte ins Schlepptau nahmen.

Anmerkungen.

[1]) Acta et conclusiones Synodi Augustano-Evangelicorum Rosenbergae anno ' celebratae. Cum originali fideliter collata recusaque Solnae 1708. 4⁰, 10 SS. — Ribinyi: Memorab. Aug. confess. P. II. a. a. 1707. Fessler: Gesch. d. U. 48—351. — Speciell gegen die Rosenberger Beschlüsse waren die Artt. XXX. XXXI. des Reichsgesetzes von 1715 gerichtet.

[2]) Vgl. darüber die Beiträge „Zur Geschichte der Insurrection Franz Rá-i's II." I. Abtheilung S. 70.

[3]) Vgl. darüber die Bemerkungen in der handschrr. „Continuatio Historiae matieae de statu Religionis Evangelicae in Hungaria in tres Periodos distincta" r. 1770, Verfasser P. Okolitsányi). Die Fortsetzung schliesst sich an das 1702 an und gliedert den Stoff gleichfalls in drei Perioden, deren erste von —1721; die zweite von 1721—1731; die dritte von 1731 an reicht. Hier wird über ravamina der Evangelischen am Pressburger Tage v. J. 1708; über das k. Pa-v. 12. Dec. 1709 zu Gunsten des status quo ante, im Sinne der Ödenburger Pressburger Zugeständnisse von 1681 und 1687; über das Folgende vom Nov. und dann über die Massregeln der commissio in negotio religionis zu Schem-, v. J. 1710 gesprochen. Sie sind im Texte angeführt.

[4]) Urtheil des Chronisten Cserei von Nagyajta, eines Kalviners, über Karl VI.; von Katona angeführt Hist. crit. XXXIX. 45—49. Er rühmt des Kaisers Regenten- und itleben. „In der That war in diesem Kaiser jedwede Tugend sehr vorhanden. weil er schon von seinem 10. Jahre in Spanien erzogen ward, sog er . . . . . Hass gegen die reformirte Religion ein und richtete sich nach den Rathschlägen Jesuiten".

[5]) Chronik des Eperieser Jesuitencollegiums hdschrr.

[6]) Vgl Hornyánszky: Protest. Jahrbuch für Österreich 1858 S. 28 ff. — atz von P. Justh über die protest. Gemeinde in Bartfeld.

[7]) Leutschauer Chronik — Manuscript.

[8]) „Kaschauer Jahrhunderte" (Kassai századok) — Manuscript.

[9]) Die Manuscripte von Grynäus und Balogh über Unghvár und das dor-Gymnasium.

[10]) Szathmáry Király Ádám Napló Könyve 1711—1717 . . . . Rák. tár I. —397.

[11]) Vgl. „Zur Insurrection Franz Rákóczi's II." I. A. S. 86—87 und Note 219.

[12]) Fiedler: Actenst. II. 615.

[13]) ebda. I. 276 f. Es ist hier auch der passende Ort, einige Worte über den Lebensgang Vétesi's mitzutheilen. Als Hauptmann im kais. Infanterieregimente Bagosy kehrte er 1704 nach Ungarn zurück. Mit Károlyi verwandt und befreundet, erscheint er auch bald als Anhänger Rákóczi's. Letzterer empfahl ihn dem Kurfürsten von Baiern, Maximilian Emanuel. Er ward Oberstlieutenant und Commandirender eines Hussarenregiments und seit 1705 Agent des Fürsten Rákóczi beim französischen Cabinete; 1707 erschien er wieder in Ungarn, soll zu Warschau für die polnische Königswahl Rákóczi's thätig gewesen sein. Dann bekam er wieder in Frankreich zu thun; zeigte sich 1710 in Ungarn, um eine wichtige Mission an den Czarenhof durchzuführen, und ging 1711 wieder nach Frankreich zurück. Da Rákóczi ihn beschuldigte, 200.000 Livres Subsidien unterschlagen zu haben, so erfolgte, wie wir wissen, 1712 der Bruch zwischen Beiden. — Über seine späteren Geschicke s. w. u. Note 30.

[14]) Fiedler: Actst. I. 257.

[15]) ebda. II. 299. Die hier angeführte „historia diplomatica" und der „Tractat" beziehen sich auf ein ausführliches Memoriale, worin die Ansprüche Rákóczi's vor den europäischen Mächten gerechtfertigt werden sollten. Aus solchen Materialien erwuchs nachmals der diplomatische Theil der histoire des revolutions de Hongrie.

[16]) ebda. II. 301.

[17]) II. 363.

[18]) II. 311—312.

[19]) II. 337, vgl. 309—310.

[20]) II. 397.

[21]) II. 403 f.

[22]) II. 491.

[23]) Szathmári's Tagebuch; Rák. tár I. S. 262 f.

[24]) Fiedler: Actst. II. 495.

[25]) ebenda II. 616—620 (aus der Petrovics'schen Regestensammlung).

[26]) Szathmári. Rak. tár I. 272.

[27]) Fiedler: Actst. II. 620.

[28]) ebda. 498—499.

[29]) ebda. 620 Nro. 8.

[30]) Die Denkschrift Vétesi's v. J. 1715 o. T. u. O. b. Fiedler: Act. I. 22 ff; das Memoriale Clements ebda. II. 1—17 (22. Sept. 1715, Wien). Über die weiteren Schicksale beider Diplomaten sei folgendes bemerkt:

Sie wurden amnestirt. Vétesi's bediente man sich zum politischen Aufpasserdienste; er wurde Feldmarschalllieutenant und erhielt 1734 ein neues Infanterieregiment. 1741 brauchte man ihn, um darauf hinzuwirken, dass die englische Flotte im Mittelmeere das Landheer in seinen Operationen unterstütze.

Ein schlimmeres Loos hatte sich Clement bereitet. Auch er suchte die kaiserliche Gnade. Niedrige Motive verleiteten ihn später, den kaiserlichen Hof bei dem Preussenkönige in schamloser Weise zu verdächtigen. Prinz Eugen von Savoyen öffnete dem Könige Friedrich Wilhelm die Augen und Clement büsste seine Umtriebe mit dem Tode von Henkershand. s. Arneth: Pz. Eugen v. S. III.

[31]) Fiedler: Actst. I. 12.

[32]) ebda. II. 13, 15.

[33]) Simonyi Ern. Magyar tört. okmánytár Londoni könyv- és levéltárból (Ung. Geschichts-Urkundensammlung aus den Londoner Bibliotheken und Archiven). 1521—1717. Monum. Hung. histor. V. Bd. 1859, S. 285 Note; aus den Memoiren des Marquis von Dangeau; zur Comm. des Briefwechsels Rákóczi's mit dem Cardinal Gualterio.

[34]) Fiedler: Actst. II. 16.

[35]) Die Hauptquelle für die Lebensgeschichte Rákóczi's am französischen Hofe bilden:

Duc de Saint-Simon: Memoires complets et authentiques sur le siècle de Louis XIV. et la regence. Prec. d'une notice sur l'auteur par E. de la Bédollière. 20 Voll. Paris 1856 gr. 8°, vom X. Bande an. S. Simon liefert mancherlei Detail von Interesse. Vgl. Horváth M. t. IV. 520 ff.

[36]) Szathmári a. a. O. S. 366 ff. Dieser Gewährsmann ist ungemein detaillirt in seinen Angaben und desto verlässlicher. Tag für Tag findet sich verzeichnet.

[37]) Der Briefwechsel Rákóczi's mit dem Cardinal Gualterio, 1714 von Clagny und Marly, 1716—1717 von Grosbois aus unterhalten. Nach den französischen Originalien abgedruckt bei Simonyi (s. o. Note 33) S. 278—299. Einiges Biographische über diesen interessanten Charakter findet sich in der Einleitung 274—277. Philipp Anton Gualterio war 1660 in Italien geboren, kam 1700 als päpstlicher Gesandte nach Paris; wurde 1706 nach Rom zurückberufen, Bischof von Imola und Cardinal. Er war ein tüchtiger Literatur- und Alterthumskenner, zugleich ein warmer Parteimann der Franzosen.

[38]) Eugens Brief an Marlborough v. 24. Dec. 1716. — Polit. Schrr. de Prinzen Eugen v. Savoyen, h. v. Sartori, IV. Abth. S. 121 f.

[39]) Die Hauptquelle für die Geschichte der Rákóczischen Emigration in der Türkei bilden die durch Inhalt und Form gleich anziehenden „Briefe" des Clement Mikes, Kämmerers Rákóczi's, eines treuen Genossen des Verbannten, der auf fremder Erde i. J. 1762 starb, 27 Jahre später als sein Herr. Diese „Briefe aus dem türkischen Reiche" (Törökországi levelek) gab, 1794 aus dem Originale, Stephan Kultsár heraus u. d. T. Mikes Kelemen II. Rákóczi Ferentz Kamarássa, Törökországi levelek. Szombathelyen 1794. 8° 490 SS. Eine neue, genauere und vollständige Ausgabe besorgte Franz Toldy in zwei Bänden. Pest 1861. Ziemlich umfassend hat Katona die wichtigsten Briefstellen in dem XXXVIII. Bande s. hist. critica, in der Form wörtlicher Auszüge, benützt. Die Abfassung dieser „Briefe", welche aus Tagebüchernotizen und anderweitigen Aufzeichnungen erwuchsen, scheint in das Jahr 1761 zu fallen. Was uns die Berichte des Mikes so werthvoll macht, ist ihre Genauigkeit, das treue Gemüth und der gesunde Blick des Verfassers. Nach Mikes (Ausgabe von Toldy) I. S. 3 f. begab sich Rákóczi über Madrid nach der Küste des Mittelmeeres, langte den 10. October in Gallipoli an; den 28. d. M. traf er in Adrianopel ein (S. 8) und wurde hier von dem Grossvezier Chalil Pascha mit allen Auszeichnungen empfangen (S. 17) (12. Dec.).

[40]) Vgl. das gleichzeitige Theatr. Europaeum XXI. Band 274 a . . .

41) *Zinkeisen*: Gesch. des osmanischen Reiches in Europa, 7 Bde. Hamburg 1840—1863 8° V. Bd. 461—556 (515 ff. insbesondere).

42) Kaschauer Stadtarchiv. Leider war mir nur für kurze Zeit ein Einblick vergönnt.

43) *Hundorfer*. Aufzeichnung ebda.

44) *Hornyánszky's* protest. Jahrb. 1858 (s. o. N. 6).

45) Eperieser Comitatsarchiv.

46) *Zebner* Stadtarchiv (Extractus brevis damnorum et expensarum [illegible] in comitatu de Sáros ab anno 1676—1714 incl. connatus).

47) *Eperieser* Comitatsarchiv.

48) *Leutschauer* Chronik hdschrr.

49) Genersich: Geschichte der k. Freistadt Käsmark. I. 545 ff. Über das Ende der Schlossherrschaft und den Ausgleich der Pfandverhältnisse.

50) Wallendorfer Markt- o. Stadt-Protokoll (Auszüge mitgetheilt von meinem Freunde Ridermann).

51) Aufzeichnungen im Gnieser Stadtarchiv (mitg. v. demselben).

52) desgleichen.

53) desgleichen.

54) (Florian Kollnásy) Synoptische Geschichte des oberungarischen Bergbaues [illegible], im Schmöllnitzer Bergkalender III. Jhrg. 1839—1840, Schmöllnitz bei M. Mach.

Die Fortsetzung dieser Aufsätze blieb im Mscrr. hinterlegt, das ich aus Nachlass Ridermanns kennen lernte.

Früher schon erschien von A. Stark: Beiträge zur Geschichte der Bergstadt Göllnitz, Kaschau 1813, 8°.

Eine gedrängte Darstellung der Geschicke der Gründner Orte erschien 1866 im Göllnitzer [illegible] Programme von Dr. K. Schwab, auf archivalischen Studien beruhend.

55) Eperieser Com. Archiv.

56) ebenda.

57) [illegible] Sammlung der polit. Schrr. u. s. w. IV. 41 S. 42.

58) Eperieser Com. Archiv. Ridermann: Russische Umtriebe . . . S. 39—40.

59) [illegible] Franziskanerchronik, hdschrr.

60) Katona XXXVIII Bd. 54 227 (136 Artl.).

61) Ribiny: Mem. Aug. Conf. II. 342 f. Katona XXXVIII. 60—65 Religionsmandat Karls VI. v. 28 April 1714 in der Protestantenangelegenheit. Es bezog sich auf die früheren Verfügungen v. 12 Dec. 1709, 10. Nov. 1710 und 28. September 1711.

Im Wesentlichen nahm man in den Religionsartikeln des Reichsdecretes von [illegible] der XXX. [illegible] auf dem Reichstage Religionsbe[illegible] im Falle er in Glaubens[illegible] seine Beschwerden für sich und in seinem [illegible]

62) [illegible]

[62]) s. o. Note 1.

[63]) Sartori: Polit. Schrr. . . . IV, 47.

[64]) ebenda 253. Vgl. Zinkeisen a. a. O. mit besonderer Rücksicht auf Lamberty's Memoiren IX. 594 f.

[65]) (s. o. Note 37. Simonyi a. a. O. 291—293 S. 292.) „Mais mon Dieu, que ta sagesse se joue des vaines projets des hommes! à qui dois je attribuer l'entreprise ridicule du siège de Temesvar après une victoire aussi éclatante, que les Imperiaux pretendent d'avoir remporté, si non a ta main inconnue, qui les a conduisé non par de mojens (moyens) miraculeuses et surnaturelles, mais par des voyes simples, pour les mieux cacher aux sages de monde et reveler à ceux, qui l'adorent dans la simplicité de leurs coeurs et ne se formant des idées presomptueuses ne sont attentifs qu'à suivre votre volonté".

[66]) Sartori: Polit. Schrr. . . . . IV. 124.

[67]) Eperieser Com. Arch.

[68]) ebda. Dieses Patentes gedenkt auch Karolyi in seiner Selbstbiographie I. S. 113—114.

[69]) Eperieser Comit. Arch.

[70]) Eugens Brief an Karolyi d. 15. Juni, Panscowa. Arneth: Prinz Eugen von Savoyen. III. Bd.

[71]) 18. Aug. Grosbois. Simonyi S. 288.

[72—75]) Eper. Com. Arch.

[76]) Über Belgrads Fall und Vékony's Rolle dabei s. Károlyi's Selbstbiogr. in tört. eml. a. a. O. I. S. 111—112.

[77]) Rákóczi selbst deutet dies in seinem Schreiben an den Herzog von Orleans v. 24. Mai 1722 an. (Fiedler: Actst. II. 517) „car les simples Turcs parlent de la Hongrie comme de leur patrie" . . . .

[78]) Ketteler in s. auctarium zur Ausgabe des Isthvánffi v. J. 1724 (fol. Köln) S. 664 erwähnt das allgemeine Gerücht: „Antonium Eszterhazium, deinde Berceenium iuniorem, Forgacsium, se Turcarum copiis coniunxisse" . . . .

[79]) Sartori: Polit. Schrr. . . . V. S. 6. Wien, 21. Jänner 1718.

[80]) ebenda S. 9 . . . Mikes „Türkenbriefe" z. J. 1717, Bd. I.

[81]) Mikes (Toldy's Ausg.) Bd. I.

[82]) Mikes, Bd. I.

[83]) Über den Passarowitzer Frieden vgl. Sartori: Eugens polit. Schrr. V. 76 f. Zinkeisen V. 564, 567 f. Katona XXXVIII. S. 371—390.

[84]) Sartori: Polit. Schrr. V. 22 . . . .

[85]) Mikes, Bd. I.

[86]) Fiedler: Actstk. II. 534.

[87]) Mikes I. den 22. September gelangte Rákóczi nach Jenikale.

Hier hauste er bis zum 11. August 1719, überschiffte nach Kleinasien; kehrte dann den 9. Oct. nach Jenikale zurück. Hier lebte er wieder bis zum 16. April 1720, schiffte sich dann mit seinen Schicksalsgenossen auf einer Jacht des Sultans ein, landete den 18. April im herakleonischen Hafen und nahm den 24. April seinen Wohnsitz in Rodosto. Die kurze Zusammenstellung dieses Itinerars nach Mikes bei Ráth und Tháły II. Rák. F. eml. S. 324—325.

88) Fiedler: Actst. II. 501—502, 516 . . .

89) ebda. 517—521.

90) Sartori: Polit. Schrr . . . VIII. 13 . . . .

91) ebda. VI. 13—14.

92) Fiedler: Actst. II. 529 . . .

93) Mikes I. Bercsényi's Grabschrift im griechischen Gotteshause zu Rodosto abgedr. bei Ráth und Thály a. a. O. 355—356.

94) Fiedler: Actst. II. 531.

95) Károlyi's Selbstbiog. I. 112.

96) Fessler: Gesch. der U. X. 36 f.

97) Den ausführlichen Bericht über diesen Tartareneinfall z. J. 1718 in Károlyi's Selbstbiographie I. 115 — 117. Die Tartaren brachen über Bistritz, das ist den siebenbürgischen Nösnergau, in Ungarn ein, verheerten Alles bis Számosujvár, zogen sich aber wieder nach dem Bistritzer Lande zurück. Bei einer Abtheilung des Tartarenheeres soll sich auch der Emigrant Graf Anton Eszterházy befunden haben. Ein zweites Tartarenheer schob sich durch die Comitate Szolnok gegen Kövár und Nagybanya vor, gerade als Károlyi den Belgrader Sieg auf seiner Besitzung Nagy-Károly bei Szathmár feierte. Es wandte sich sodann gegen die Ugocsaer Gespanschaft, woselbst ihm der tapfere Lad. Bagosy 3000 Gefangene abjagte. Karolyi folgte den schlimmen Gästen in die Marmarosch und schlug sie hier mit dem aufgebotenen Landsturme. Man erbeutete an 9000 Pferde.

98) Eper. Com. Arch. — vgl. Fessler IX. 34.

99) Über den Pressburger Reichstag v. 1722—1723 s. Katona XXXVIII. Bd. 452—563. Der Landtag war 20. Juni 1722 einberufen, 1723. 29. Juni geschlossen. Das Reichsdecret umfasst 129 Artt. Von der pragmatischen Sanction handeln die beiden ersten. Die Regierung verlangte in ihren Propositionen (Katona 352 — 359) durch den Grafen Franz v. Thierheim die Summe von 2,976,000 fl.

100) Memoriale statuum et ordinum regni Hungariae. Posonii 10. Oct. anno 1717 congregatorum, ad S. M. porrectum.

Sehr detailreich, namentlich in Bezug der bergländischen Comitate im Norden und Osten.

Die Comitate Zips, Beregh, Ugocsa, Marmaros, Kövár und Mittel-Szolnok seien durch Feuer und Schwert verwüstet.

(S. 349) klagte die Sároscher Gespanschaft über die Salzarbeiter zu Sóbánya, die gegen die Befehle des Comitates tumultuirten und Gewaltacte verübten.

101) Von dem Senatus regius handeln die Artikel 70; 97—102; 105; 109; 112—119; 121, 123 des Reichsdekretes von 1723. Für seine Durchbringung arbeiteten unter Andern besonders die drei allgemein geachteten Protestanten: Ráday, Prileszki und Jeszenak. Sie hofften, dass die Räthe der Statthalterei aus allen Landesbekenntnissen in gleicher Anzahl gewählt würden. Vgl. Grellmann: Stat. Aufkl. II. 43 f.

102) A. Károlyi, der in seiner Selbstbiographie I. 122—123 viel von seiner Mühe bei dem schwierigen Reichstagswerke spricht, — er trug ihm aber auch den Geheimrathstitel ein — [illegible] äussert sich an anderer Stelle S. 120 über die Reichscommissionen folgendermassen: „Über diese grosse Arbeit all der Reichscommissio-

nen trug keine Früchte und gestattete keinerlei Erfolg". Über die schlechten Ergebnisse der Religionscommissionen für den Protestantismus s. Grellmann: Stat. Aufkl. II. 38 f.

[103]) Katona XXXIX. 423—425, 17. April 1721: Postulate der Akatholischen; 1721, 10. Aug. Wien: Mandat Karls VI. 426—427. Vgl. Horváth V. 57.

[104]) s. Grellmann: Stat. Aufkl. II. 26 ff. Titel des Erdödyschen (?) Buches: Opusculum Theologicum, in quo quaeritur, an et qualiter possit Princeps, Magistratus, Dominus Catholicus, in ditione sua retinere haereticos, vel contra poenis eos, aut exilio, ad fidem Catholicam amplectendam cogere? Sumtibus Gabrielis Erdödy Episcopi Agriensis editum atque articulari commissioni in negotio religionis oblatum. Tyrnaviae 1721 4°, 87 SS.

Es steht also nur so viel sicher, dass es auf Kosten des Erlauer Bischofs gedruckt wurde und seine Anschauungen der Religionscommission gegenüber vertrat. Man hält vielfach für den eigentlichen Verfasser den gelehrten Jesuiten Samuel Timon, Autor zahlreicher Schriften.

[105]) Anhaltspunkte bieten uns beispielsweise die handschriftlichen Chroniken der Jesuiten-Residenzen und Collegien zu Rosenau, Patak, Unghvár. Man sucht hier vergebens nach grossartigen Entwürfen, weitspurigen Errungenschaften des Ordens; es liegen aber Daten genug vor, die uns andeuten, dass man bei aller Geräuschlosigkeit nicht unthätig war, nach den alten Principien fort zu wirken entschlossen blieb.

[106]) Von dem marianischen Cultus und der marianischen Literatur in ihrem Aufschwunge seit dem 17. Jahrhunderte geben die Literaturanhänge zu Katona's hist. crit. Hung. v. XXXV. Bd. an, ferner der Index alphabet. des Catologus biblioth. Hung. Széchenyanae, der „Merkur f. Ungarn" J. 1787 S. 393 f. — bibliographische Belege. Ferner liefert eine gute Übersicht der marianischen Cultusorte der Jesuit Szentiványi in seiner Dissertatio paralipomenica rerum memorabilium Hung. (Catal. IX. S. 53—55) Tyrnaviae 1699, 4°.

Diese Verhältnisse gewannen im 18. Jahrhunderte nur noch an Ausprägung und allseitiger Geltung.

Der Kalocsaer E. Csáky nannte in seiner Ansprache an Karl VI. Ungarn regnum apostolicum Marianum. s. Katona XXXVIII. Bd. S. 440.

[107]) Sartori: Polit. Schrr . . . . . . V. 102—104. — Die oben geschilderten Ereignisse in Kaschau nach den Kassai századok.

[108]) ebda. 138—139.

[109]) Karls VI. Mandat vom 1. Nov. 1722 b. Katona XXXVIII. 447—448; das Mandat v. 12. Juni 1723, Laxenburg, ebda. 569—571.

[110]) Sartori: Eugens polit. Schrr. VI. 8.

[111]) Die Intercession geschah 29. Juni 1723; Ribinyi: Mem. A. C. S. II. 359; Katona XXXVIII. 571—572. Vgl. Grellmanns stat. Aufkl. II. S. 39.

[112]) Karls VI. Mandat v. 19. Oct. 1723 war nur eine Erneuerung des Mandates v. 10. August 1721. Katona XXXVIII. 575.

[113]) Eperieser Jes. Chronik 1717 f. hdschrr.

[114]) Horváth V. 80. Das urkundliche Material bei Katona XXXVIII. 582—587, 588—589 zusammengestellt. Die Mandate von August und October 1725.

[115]) Der Reichstag von 1728—1729 bei Katona XXXVIII. S. 602—685.

[116]) Die 50 Artikel ebenda 620—685.

[117]) Katona 609 ff. Ribinyi II. 204 ff. Citat aus Kolinovich: Posthuma memoria Josephi Eszterházi. Tyrnaviae 1754, 4° 278 SS. — S. 72: Protestantes arrepta occasione inconditis vociferationibus urgent, mutari iurisiurandi formulam; omitti Deiparae et Sanctorum nomina, etsi per aliquot secula universi Hungari, quin modernorum pariter protestantium maiores, iis retentis, iurare, citra omnem fuerint soliti remorsum conscientiae, iurarint horum non pauci absque dubio ante quatuor et quod excurrit lustra, idque in fidem contra legitimum regem Rakotzii ad Szecsenium .....

[118]) Katona XXXVIII. 691 f. Das Mandat vom 21. März d. Wien (692 — 696) in 9 Punkten. Seine herbe Kritik bei Grellmann: Stat. Aufkl. II. S. 41.

[119]) Ribinyi II. 266. Katona XXXVIII. 697 f. Am ausführlichsten bei Desericius: Historia Episcopatus, Dioecesis et Civitatis Vaciensis una cum rebus synchronis, opus posthumum. Accedit catalogus Episcoporum Vaciensium ad annum usque 1762. Pestini s. a. 270 SS. suppl. 30 SS. Auf ihn beruft sich auch Katona.

[120]) Neueste histor. Nachrichten g. zu Regensburg (polit. Journ.) 1733, I. 17—19.

[121]) Homonna-Unghvárer Jes. Chr. Hdschrr.

[122]) s. die Continuatio historiae diplomat. z. J. 1733 (vgl. o. Note 3).

[123]) Homonna-Unghvárer Jes. Chronik.

[124]) s. w. u.

[125]) Regensburger historische Nachrichten z. J. 1733 a. a. O.

[126]) Über die damalige politische Sachlage insbesondere Arneth: Prinz Eugen von Savoyen III. Bd.

[127]) Fiedler: Actst. II. 543.

[128]) Über den Besuch Georg Rákóczi's s. Mikes: Türk. Briefe I. 206 f. — 222.

[129]) Arneth a. a. O. II. 267 . . . 570. . .

[130]) ebenda.

[131]) Mikes: T. B. I.

[132]) ebda. II. 53, 57.

[133]) Mikes II.

[134]) ebda. II. 62 . . . vgl. Note 139.

[135]) ebda. II. 72.

[136]) Rákóczi's Testament vielfach abgedruckt; zunächst als Anhang seiner Memoiren:

Hist. des revol. d'Hongrie VI. 65—85. fait à Rodosto le 27 d'Octobre, 1732. Daran schliessen sich:

Lettres ecrites sous cachet volant, aux quatre princes executeurs testamentaires le 26 Juin 1735 (86—88), und von Seiten der andern Emigrirten „lettre à monseigneur le Comte de Tolouse" (88—89).

[137]) Schreiben im lat. Original und franz. Übersetzung — ebda. S. 56—59; 59—64.

[138]) ebda. 89—92.

[139]) Rákóczi's Grabschrift in der römisch-katholischen Kirche zu Galata s. Thály und Ráth a. a. O. S. 354—355: „Hic requiescit Franciscus II. Rákóczy, Dei gratia electus Transsylvaniae Princeps, Partium Regni Hungariae Dominus et Siculorum Comes, aetatis suae XII. a matre avulsus, miro diuinae Providentiae ordine per carceres, per exilia et per varia vitae discrimina aductus, hic requiescenti matri per mortem redditus, quietem, quam vivus ignorauit, in Domino reperit. Anno Salutis MDCCXXXV. octaua Aprilis. Aetatis suae LIX.“ — In dem angeführten Werke finden sich auch die Grabschriften Tökölyi's, der Mutter Rákóczi's, sowie der Emigranten: Bercsényi, Anton Eszterházy, Szervaskendi, Zsibrik und Dr. Lang von Langenthal, abgedruckt.

Von diesem lautet das Epitaph wie folgt: „Hic jacet Excellentissimus ac Eruditissimus vir Physices et Medicinae Doctor Jacobus Ambrosius Lang de Langenthal, Norimbergae in Germania natus, ibidemque Laurea Doctorali ornatus; serenissimi Francisci II[di] Rákóczi Sacri Rom. Imperii et Transsylvaniae Principis Medicus et consiliarius aulicus, vir praestantissimus, artis Chimiae et Secretorum Naturae scrutator acuratissimus, Relig. Evang. zelantissimus, erga quosvis Humanissimus, Principi suo et omnibus gratissimus, plurimas transiens regiones multis laboribus fessus, dum patriam ad quietem tendit, hic requievit. Omnium morborum gnarus: Ignoto Sibimet morbo decessit Constantinopoli anno 1725 Die 14. Januarii, aetatis suae 61“.

[140]) Eper. Com. Arch.

[141]) Unghv. Com. Protokoll. Vgl. Bidermann: Russische Umtriebe, S. 6—7.

[142]) Eper. Com. Arch.

[143]) Das Citat s. Note 164.

[144]) Eper. Com. Arch.

[145]) Vgl. Bidermann: Russ. Umtr. S. 6—7.

[146]) Pudleiner Piaristenchronik, hdschrr. Vgl. Bidermann a. a. O. S. 44 — 45 Note 32, 33.

[147]) Über die Ansiedlung der Serben in Ungarn s. Czörnig: Ethnographie der österr. Mon. II. 157—161, III. 125. Beilage XI und XIV, u. Regg. zur Geschichte der Serben.

Bidermann: Russ. Umtr. S. 3 f.; 36 Note 7; 39 Note 18. Vgl. seine Gesch. der österr. Gesammtstaatsidee I. S. 151—154, Note 108.

[148]) Fiedler: Actst. II. 520.

[149]) Katona XXXVIII. S. 734 ff.

Regensburger neueste histor. Nachrichten, 1735 I. 390 f., 1736 I. 94—95. Europ. Staatssecretarius 1735 S. 297 f. — Horváth V. 109 — 112. — N. Papp: az 1735-iki zendülés tört. Kolozsvár 1866. 12°. 212 SS.

[150]) Eper. Com. Archiv.

Vgl. Bidermann: Russ. Umtr. S. 45—46 Note 38.

[151]) Der Europ. Staatssecretarius a. a. O. S. 297 drückt sich darüber folgendermassen aus: „Der ganze Lerm ist vielleicht von der Cron Frankreich angestiftet worden, um dem Kaiser, wie im vorigen Kriege bereits geschehen, allda

was zu schaffen zu machen, wie sich denn unter den rebellischen Schaaren auch Franzosen, ingleichen Polen von des Stanislaus (Lesczynski) Partei, die sich zu Anführern gebrauchen lassen, befunden haben und verschiedene davon gefangen worden sein sollen." — Über die Verurtheilung ausführlich in den Regensburger neuesten Nachrichten 1736 I. Nachtrag 79—80.

[152]) Über Joseph Rákóczi die neuesten historischen Nachrichten a. a. O. 1734 I. 691, 935; 1735 I. 390, 353 (vgl. 94, 255, 295); 1737 I. 118 f. Europ. Staatssecret. 1735 I. S. 589 f., 897—898; 13—24. Thl. v. II. Bd. 323 f.; 609. . .

[153]) Über Bonneval s. Arneth: Prinz Eugen v. Savoyen III. Bd.

[154]) Ueber Josephs Ankunft in Rodosto s. Mikes II. 79 z. 5. Decbr. Regensb. neueste hist. Nachr. 1737 I. 118 — 119; 1738 S. 38 f. Europ. Staatssecret. 1738 (1737) 407 . . . Katona XXXVIII. 770 f.

[155]) Staatssecret. 1738 S. 599—607, d. Constantinopel 28. Jän. (deutsche Uebers.)

[156]) Die Widdiner Proclamation in den n. h. N. 1738 S. 211 . . . (deutsche Uebers.)

[157]) Mikes II. (Febr. 1738.)

[158]) ebds. März.

[159]) Regensburger n. N. S. 377, 10. März; Staatssecret. 1738 S. 289 (199). Der Brief aus Constantinopel vgl. Regensburger neueste Nachr. 423 . . . .

[160]) Regensb. neueste Nachrichten 1738 S. 393—394; Staatssecret. 1738 S. 654—658.

[161]) ebda. S. 1022—1030.

Der kaiserliche Achtbrief gegen Joseph Rákóczi d. Viennae 29. April 1738 b. Katona XXXVIII. 774—778; die päpstliche Bannbulle d. Romae 5. Sept. ebda. 778—782 (nach dem Contin. Fleurianus LXXIV. S. 134 f.).

[162]) Mikes II. u. d. anges. Datum.

[163]) Unghvárer Comit. Prot.

[164]) Bidermann: Die ung. Ruthenen, ihr Wohnungsort, ihr Erwerb und ihre Geschichte, II. S. 74 . . . .

[165]) Bidermann: Russ. Umtr. S. 41 f.

[166]) Sämmtliche Actenstücke im Eperieser Com. Arch. Acta politica.

[167]) Mikes II. S. 89—111 schildert die Zeit vom Eintreffen Joseph Rákóczi's bis zu seinem Tode. Der Rest behandelt die Endschicksale der Emigration.

I. Zur Geschichte der Insurrection Franz Rákóczi's II.

Inhaltsverzeichniss.

II. Ungarn nach dem Szathmárer Frieden und der Ausgang der Rákóczi's.

Inhaltsübersicht.

II.

THUGUT

UND

SEIN POLITISCHES SYSTEM.

URKUNDLICHE BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN POLITIK DES ÖSTERREICHISCHEN KAISERHAUSES WÄHREND DER KRIEGE GEGEN DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION.

VON

ALFRED RITTER v. VIVENOT.



Zweite Abtheilung.

Nr. XXXVI.

Thugut an Cobenzl.

Vienne, ce 25 Janvier 1795.

Le courrier La-Forêt est arrivé le 22. L'Empereur non seulement a pleinement approuvé tout ce qui a été fait par V. E., mais S. M. m'a de plus ordonné expressément, de vous faire connaître sans retard la satisfaction spéciale qu'elle a éprouvée de la conduite que V.E. a tenue dans cette occasion importante, — conduite dans laquelle S. M. a trouvé avec une vraie sensibilité de nouvelles preuves bien convaincantes de la sagesse, de la dextérité et du zèle qui ont toujours caractérisé V. E., et qui vous donnent des droits assurés à l'estime, à la confiance et à la bienveillance particulière de S. M. Le départ du courrier que j'ai à vous envoyer ne sera retardé que le temps absolument nécessaire pour préparer les pièces que je suis dans le cas de vous transmettre; mais comme nous sommes d'accord sur tout, et comme je n'aurai plus à vous présenter que quelques observations sur des objets accessoires, et dont il ne peut désormais résulter aucune difficulté, l'affaire en question peut être regardée comme entièrement terminée de notre côté, et c'est sur ce pied que V. E. peut prévenir qu' il appartient. Cette dépêche sera portée à Varsovie par le capitaine Lanfrey, que S. M. envoye au maréchal de Suworow avec son portrait entouré de diamants, comme un témoignage de son estime pour ce brave et valeureux guerrier. Le capitaine Lanfrey devant passer sur la route de Cracovie à Varsovie par différentes postes Prussiennes, j'ai fait chiffrer ma dépêche pour éviter

toute possibilité d'accident, — circonstance dont V. E. trouvera peut-être à propos de faire sans affectation quelque mention vis-à-vis des ministres de l'Impératrice, pour prévenir tout soupçon que dans ce moment pourrait donner à la perlustration à Pétersbourg une dépêche chiffrée. J'ai reçu aujourd'hui des lettres, dans lesquelles il est prétendu, que les négociations Prussiennes à Bâle prenaient une tournure qui n'offrait guère l'augure d'un résultat satisfaisant; que les Français repoussaient hautement l'intervention Prussienne en faveur de la maison d'Orange, dont la ruine, en ce cas-là, sera visiblement l'effet de sa docilité pour les perfides conseils de Berlin qui l'ont poussée à des démarches pacifiques qui, inspirant à la république une sécurité dangereuse, ont fourni en même temps aux malveillants l'occasion d'exciter dans les esprits une fermentation d'opinions contraires „les unes aux autres“ [1]), laquelle affaiblit tout moyen de défense, et dont probablement la Hollande va être la victime. J'espère de pouvoir par le courrier prochain donner à V. E. des éclaircissements plus positifs sur l'état des négociations à Bâle. Si par hasard leur peu de progrès se confirmait, il est probable, que la Prusse chercherait à faire valoir son rapprochement forcé vers la coalition comme une suite de la déférence pour les désirs de l'Impératrice, ainsi qu'elle en a usé en dernier lieu à l'occasion du retour des vingt mille hommes vers le Rhin, quoiqu'il soit bien constaté, par les preuves que j'en ai communiquées à V. E., que les égards envers l'Impératrice n'étaient entrés pour rien dans cette résolution du Roi.

Nr. XXXVII.

Thugut an Cobenzl.

Zum Rescripte vom 25. Jänner 1795.

Pièce secrète.

V. E. voudra bien faire parvenir à la connaissance de Sa Maj. l'Impératrice la dépêche que Lucchesini a reçue de sa cour et dont voici le contenu:

„Je continue à vous tenir au courant de la suite de ma négociation pour la paix qui, comme vous le savez, me tient fort a coeur.

---

[1]) Nachträglicher Zusatz Thuguts, in der Kanzlei-Abschrift seines Entwurfes.

Je viens de recevoir un courrier du sieur Harnier à son retour de Paris; d'après le rapport qu'il me fait de ses conférences avec le comité du salut public, il en a été reçu d'une manière assez polie. Il paraît que la république Française souhaite autant que moi une paix particulière entre nous; il est cependant impossible de porter un jugement sur les conditions; il faut attendre pour cela les conférences qui auront lieu incessamment avec le sieur Barthélémi, déjà muni des pouvoirs qu'il attendait. La négociation de St. Pétersbourg sur le partage de la Pologne est encore au même point, et j'avoue que je ne m'attendais pas, que l'obstination des Autrichiens aurait auprès de l'Impératrice le succès qu'elle y rencontre. — C'est à quoi se borne ce que je puis vous dire aujourd'hui."

Cette dépêche est du 30 [1]) Janvier.

J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. XXXVIII.

Thugut an Cobenzl.

Vienne, ce 4 Février 1795.

J'ai déjà eu l'honneur de vous prévenir par ma dépêche du 25 du mois passé, que la conduite de V. E. dans l'importante négociation qui avait été confiée à ses lumières et à son zèle a été honorée à tous égards de l'approbation souveraine la plus entière, Sa Majesté ayant jugé, que vous aviez parfaitement réussi à y concilier les intérêts de son service avec les principes de sa déférence pour son auguste alliée, ainsi qu'avec son voeu constant d'affermir l'union indissoluble des deux Empires sur la base inébranlable d'une parfaite identité des sentiments et des intérêts respectifs.

L'Empereur m'ayant ordonné en conséquence de faire expédier les ratifications des trois actes délivrés par V. E. aux ministres de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, je m'empresse, monsieur le comte, de vous les transmettre ci-joint, munies de la signature de Sa Majesté. Vous y remarquerez qu'on n'a pas balancé de se conformer au désir qui vous a été témoigné, de voir substituer aux lettres autographes pour la déclaration secrète une ratification revêtue des formes usitées.

---

[1]) Dieses Datum scheint ein Irrthum in der Expedition; es dürfte 3. oder 13. heissen

Le contenu des actes, tel qu'il a été règlé par V. E. avec les ministres de l'Impératrice, ayant été en sa totalité honoré du suffrage de Sa Majesté, il me reste une seule observation à faire qui est relative à la mention de l'échange de la Bavière contre les Pays-bas, sur laquelle l'on paraît en quelque manière appuyer dans l'acte de notre accession à la convention du 23/12 Janvier 1793.

Sa Majesté sans doute n'a pu que donner des éloges au motif qui paraît avoir déterminé V. E. dans cette occurrence; les deux cours contractantes dans la convention du 23/12 Janvier 1793 ayant semblé regarder l'échange des Pays-bas contre la Bavière comme un avantage important pour Sa Majesté, il convenait en effet de rappeler une stipulation qui renferme l'aveu formel, que du chef des acquisitions faites par les deux cours en vertu de la dite convention du 23/12 Janvier 1793 une compensation considérable était dûe à l'Autriche.

Mais l'Empereur n'ayant pas absolument envisagé l'échange projeté sous le même point de vue, et Sa Majesté s'étant de plus bientôt convaincue de l'impossibilité d'y parvenir sans user de moyens de contrainte, dont la conjoncture et la duplicité des sentiments de la cour de Berlin pouvaient rendre l'emploi très-dangereux, on n'a pas hésité depuis, pour calmer les inquiétudes de la cour de Londres et de l'Électeur Palatin, de leur donner l'assurance formelle, que Sa Majesté, au moins pour le présent, ne s'occupait plus des vues de l'échange qui lui étaient attribuées.

Ces assurances, réitérées à différentes époques, ne sont pas restées inconnues à la Prusse, de sorte qu'on pourrait craindre avec raison, que cette cour, sans cesse à l'affût de prétextes pour nous calomnier, se prévaudrait sans scrupule de l'apparence de l'intérêt attaché de notre part à la mention expresse de l'échange dans notre acte d'accession, pour nous imputer des manoeuvres et intentions secrètes, perfidement contradictoires avec nos déclarations positives à Londres et à Munic.

Heureusement — quoiqu'il soit convenu entre Sa Majesté et Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, de ne pas différer à faire part à Berlin du concert entre les deux cours Impériales concernant la Pologne — il ne semble pas qu'il existe de motif, pour faire entrer dans cette communication le contenu littéral de notre acte d'accession envers la Russie à la convention du 23/12 Janvier 1793: et si

une pareille accession de notre part devenait également nécessaire vis-à-vis de la Prusse, il suffirait probablement de rappeler l'article sept simplement comme preuve des dédommagements qui en vertu de la convention nous compètent, en y ajoutant telles déclarations et explications dont selon les circonstances l'on croira pouvoir faire usage à Londres, à Munic et ailleurs où besoin sera, pour déjouer d'avance les odieux manèges de la malveillance Prussienne.

Sa Majesté veut, qu'en confiant aux ministres de Sa Majesté l'Impératrice les considérations dont je viens d'avoir l'honneur de vous entretenir, V. E. examine et concerte avec eux, d'après leurs avis et conseils, les mesures de précaution à prendre lors de notre accession vis-à-vis de la Prusse à la convention du 23/12 Janvier 1793, afin de prévenir tous les inconvénients que la noire méchanceté du cabinet de Berlin n'est que trop propre à faire craindre.

J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. XXXIX.

Thugut an Cobenzl.

Vienne, ce 4 Février 1794.

Comme les deux cours Impériales sont convenues, que les arrangements concertés entre elles relativement au partage définitif de la Pologne soient incessamment communiqués à Berlin avec invitation à Sa Majesté Prussienne d'y accéder, il est sans doute nécessaire de déterminer la manière dont il conviendra que cette formalité soit remplie.

Les deux cours Impériales étant parfaitement d'accord sur le principe, qu'en deployant d'un côté la fermeté la plus capable d'en imposer à la Prusse, il n'en est pas moins désirable d'éviter, autant que possible, des extrémités qui dans ce moment-ci ne pourraient qu'entrainer de grands inconvénients. Nous nous conformerons sans peine en tout ce qui regarde cet objet à l'avis de notre intime alliée, et par conséquent à tout ce que V. E., après mûr examen et dans le sens de la maxime ci-dessus établie, aura règlé à cet égard avec les ministres de Sa Majesté l'Impératrice de toutes les Russies. Je crois superflu d'observer ici, que l'intention de Sa Majesté est, de n'entrer directement et unilatéralement dans aucune discussion ni pourparler

avec la Prusse sur les affaires Polonaises, jusqu'à ce qu'il n'ait été statué entre les deux cours alliées sur les démarches à faire en commun à Berlin par leurs ministres respectifs.

Nous avons différentes données, tirées d'une source connue à V. E. et bien propres à faire croire, que la résolution de ne pas céder sur les palatinats de Cracovie et de Sendomiers n'est pas à Berlin aussi péremptoirement arrêtée qu'on l'annonce; que le plus ou moins d'inflexibilité qu'on montrera à cet égard dépendra surtout de la tournure que les négociations prendront à Bâle, et du plus ou moins de conviction qu'on aura de l'irrévocable détermination de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, à soutenir au besoin de tout le poids de sa puissance l'exécution du plan qu'elle-même, dans sa sagesse, a conçu et proposé.

Nous regardons donc comme hors de doute, qu'une augmentation des troupes Russes en Pologne, le bruit même de l'envoi de nouveaux corps et des remuements et revirements dans ceux qui déjà y existent ne sauraient manquer de faire une impression décisive à Berlin, surtout si ces mesures sont accompagnées de la déclaration positive de l'intention immuable de l'Impératrice de ne pas se désaisir de Varsovie, ni d'aucun des autres districts appartenants au lot destiné à la Prusse, qu'après que le Roi aura accédé au concert pris entre les deux cours Impériales.

La prépondérance du rôle brillant que la conjoncture décerne à la Russie ne saurait échapper aux yeux les moins clairvoyants. L'Impératrice pouvant disposer de toute la masse de ses forces, sans aucune entrave d'embarras extérieurs, il n'est guère possible qu'en dernier résultat ses volontés ne fassent la loi à la Prusse, quelque puisse y être l'opiniâtre répugnance des perfides conseillers du Roi, et la magnanimité connue des sentiments de l'auguste Cathérine ne permet pas de douter un instant, qu'elle ne fasse tourner avec plaisir l'avantage immense de sa position et des circonstances au profit de l'Autriche, tant en vertu des engagements récemment pris avec Sa Majesté qu'en conséquence du principe avoué et établi par la cour Impériale de Pétersbourg elle-même dans toutes les occasions, qu'en compensation des efforts faits par l'Autriche, en supportant jusqu'ici prèsqu'à elle seule le fardeau de la guerre contre la France, la Russie ferait de son côté, aussi souvent que besoin en serait, servir toute

sa puissance à l'appui des intérêts communs de l'alliance dans le Nord et vers l'Orient.

Si contre toute attente l'événement trompait les calculs de la vraisemblance, notre situation serait sans contredit trèse-mbarrassante: mais ne pouvant en façon quelconque nous départir des palatinats de Cracovie et de Sendomiers, nous trouverions dans les suites, qu'aurait immanquablement tôt ou tard l'obstination de la Prusse, un motif de plus, pour hâter le moment de notre paix avec la France.

Au total, les plus puissantes considérations ne peuvent que faire désirer à Sa Majesté la prompte fin d'une guerre, dans laquelle par la perfidie, avec laquelle la cour de Berlin a trahi les intérêts de tous ses alliés, les malheurs se sont multipliés au point qu'il ne reste désormais que bien peu d'espérance de succès.

L'exemple de tout ce qui s'est passé aussi bien, que la conduite présente de la Prusse, autorisent les plus vives alarmes sur les troubles de toute espèce que doivent faire éclore encore l'ambition et l'avidité effrénée d'une cour qui, inaccessible à tous les principes de loyauté et de bonne foi, se joue sans pudeur de ses serments également et des intérêts de l'humanité. Si l'on y ajoute la possibilité, que la Porte, quoique pour le moment hors de mesure de rien entreprendre, cède à la fin tôt ou tard aux dangereuses suggestions dont elle est sans cesse assiégée, et dont une grande partie est dirigée contre l'Autriche, — si l'on y joint diverses autres circonstances qui fondent nos inquiétudes pour l'avenir, Sa Majesté ne peut pas se dissimuler, que la prudence l'invite à ne pas porter au point le plus extrême l'épuisement déjà trop avancé de sa monarchie, mais de ménager ce qui lui reste encore de forces, de les rappeler et concentrer au sein de ses États, de les y réparer par le repos, ne fût-il même que de peu de durée, afin d'en être d'autant mieux en mesure de faire face aux besoins que le cours ultérieur des choses pourra amener.

De pareilles résolutions deviennent de plus en plus pressées, pour peu que les secours pécuniaires, demandés à l'Angleterre avec tant de justice, soient encore retardés, et surtout si notre intime alliée diffère de venir à notre appui, au moins par les déclarations les plus efficaces de l'intérêt intime que l'Impératrice prend à la poursuite de la guerre contre la France. Peut-être sera-t-il moins essentiel

d'insister sur le plus grand nombre d'hommes que Sa Majesté Impériale employera au soutien de la cause commune; mais il est de toute nécessité, qu'un nombre de troupes quelconque se mette au plus tôt en marche pour joindre les armées alliées, afin de constater la part réelle et la coopération active de la Russie aux efforts contre l'ennemi; c'est le seul moyen de contenir les malveillants, — c'en est le seul de rassurer les esprits et d'arrêter, s'il en est temps encore, les progrès du découragement général si perfidement propagé par la Prusse. Nous savons authentiquement que le bruit répandu en dernier lieu à Berlin de la marche prochaine d'un corps de troupes Russes sur le Rhin y a excité beaucoup de sensation, et nous sommes bien sûrs, que cette marche publiquement annoncée ferait à Berlin également et dans l'Empire, quoique par des raisons différentes, l'impression la plus salutaire. Nous ne pouvons pas trop souvent revenir auprès de notre intime alliée sur ces objets de l'urgence la plus indispensable: au moins n'aurons-nous jamais à nous reprocher d'avoir rien négligé de tout ce qui a dépendu de notre zèle.

J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. XL.

Thugut an Cobenzl.

Vienne, ce 4 Février 1795.

Je suis bien fâché, que les ratifications ne puissent pas être accompagnées des présents que l'usage destine à ceux qui sont intervenus dans les arrangements pris entre les deux cours; mais les bijoux que la circonstance eût exigés ne s'étant pas trouvés prêts en nombre suffisant, la nécessité de ne pas retarder l'envoi des ratifications et celle d'éviter soigneusement tout ce qui aurait pu faire quelque sensation et mettre le public sur la voie de notre secret, ont également exclu la possibilité de s'en pourvoir dans ce même moment. V. E. voudra bien assurer les personnes qui y ont intérêt, que leurs droits ne souffriront point de ce délai, et les divers actes signés entre les deux cours sont par leur objet trop agréables à Sa Majesté, pour qu'elle ne soit disposée à donner des marques de sa satisfaction et de sa munificence à tous ceux qui y ont concouru. Il y a quelque temps que V. E. m'a mandé, qu'on lui avait fait espérer qu'on aurait

payé dans le courant de Janvier les subsides qui nous sont dûs en vertu de l'alliance depuis le commencement de la guerre; dans la supposition qu'on se prépare en effet à réaliser enfin cette promesse, Sa Majesté vous autoriserait, monsieur le comte, à prendre sur ces arrérages les sommes à employer aux présents ordinaires en argent comptant, pour messieurs les plénipotentiaires aussi bien que pour les subalternes. Peut-être même messieurs les plénipotentiaires préfèreraient-ils de recevoir en numéraire la partie du présent qu'on a coutûme de donner en diamants, qui pourrait alors être évaluée à cinq mille ducats, de sorte que la part de chacun des trois ministres qui ont apposé leur signature aux actes serait de neuf mille ducats, et dans ce cas-là Sa Majesté approuverait, que V. E. remît également aux divers subalternes, outre les présents ordinaires en argent comptant, la valeur des bijoux dont on est dans l'usage de les gratifier, après quoi, avec le portrait pour monsieur le comte de Zubow, qui vous serait transmis au plus tôt, il ne resterait plus que le présent que la munificence de Sa Majesté destinera à monsieur le comte de Rasumowsky. Au surplus, un pareil arrangement qui épargnerait les embarras des remises et d'inutiles frais de change nous conviendrait particulièrement par la raison qu'il est à espérer, qu'il servirait de véhicule pour accélérer le payement différé depuis si longtemps de nos subsides, dont la rentrée, si non pour la totalité, au moins pour la plus grande partie, est d'autant plus désirable que je confierai à V. E., que dans la pénurie actuelle de nos finances divers objets, auxquels Sa Majesté avait daigné appliquer ces fonds d'avance, souffrent par ce retard. Sa Majesté s'en remet à vous, monsieur le comte, sur la manière de réaliser l'idée que je viens d'avoir l'honneur de vous exposer; mais si V. E. toutefois, d'après la connaissance des personnes et des localités, la trouvait sujette à des inconvénients, il sera bon qu'elle veuille bien m'en avertir sur le champ, pour que je puisse m'occuper à presser le travail des divers bijoux, ainsi que la remise des sommes nécessaires, à moins que vous n'aimiez mieux tirer sur quelqu'un de nos banquiers de Vienne, avec lequel, étant prévenu à temps, je pourrai m'entendre sur l'acceptation de vos traites, ce qui alors, où l'acte qui concerne les affaires Polonaises doit d'ailleurs être communiqué à Berlin, ne sera plus soumis aux mêmes difficultés qui résultent dans ce moment-ci de la nécessité de ne pas donner lieu à faire soupçonner notre secret. J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. XLI.

Thugut an Cobenzl.

Vienne, 4 Février 1795.

Je viens de recevoir la dépêche de V. E. en date de 12 Janvier; j'y trouve principalement deux remarques à faire: d'abord que l'idée, avancée en quelque sorte par monsieur de Markow vis-à-vis de monsieur de Tauentzien, d'une possibilité d'entrer en compensation sur les palatinats de Cracovie et de Sendomiers, ne saurait guère être admissible sous les conditions quelconques; ce serait renoncer à la Galicie que de laisser Cracovie entre les mains de la cour de Berlin, et nous devons désormais d'autant plus de soins à la tranquille conservation de nos possessions de ce côté-là, qu'elles ne sont d'ailleurs que trop loin d'un état de consistance propre à contrebalancer les immenses acquisitions faites sur la Pologne par les deux autres cours. L'on ne peut aussi qu'avoir de la peine à comprendre l'opinion manifestée par monsieur de Markow sur le peu de moyens efficaces qu'aurait, selon lui, la Russie, pour contraindre la cour de Berlin de ne pas se séparer de la coalition. Nous convenons avec monsieur de Markow, que ce serait sortir des formes ordinaires que de commencer par menacer le Roi d'une attaque hostile dans le cas, où il refuserait de continuer la guerre contre la France; mais il n'en est pas moins vrai, que la Russie a des promesses solennelles et la bonne foi des traités à reclamer, car la convention du 23/12 Janvier 1793 contient en termes exprès l'engagement de la cour de Berlin, de ne pas abandonner la coalition et de ne jamais faire de paix particulière. Il ne peut guère être douteux, qu'une représentation de la part de la Russie, que l'inexécution des obligations contractées par le Roi dans la convention du 23/12 Janvier 1793 en invalidait également la partie des stipulations favorables à la Prusse, — qu'une pareille déclaration fait à temps et avec fermeté n'aurait pu manquer de faire le plus grand effet et aurait probablement arrêté sur le champ ces perfides manigances avec la France qui auront toujours fait un mal irréparable à la coalition, quelque puisse en être encore l'issue. Et de quoi servirait-il donc de faire des traités avec la Prusse, si

même la Russie, au plus haut degré de prospérité et de puissance, manquait de moyens pour les faire observer et pour en maintenir l'accomplissement?

J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. XLII.

Thugut an Cobenzl.

Vienne, le 4 Février 1795.

J'ai l'honneur de transmettre ci-joint à V. E. l'original et une copie de la lettre que Sa Majesté adresse à Sa Majesté Impériale de toutes les Russies.

J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. XLIII.

Beilage.

Der Kaiser an die Kaiserin Catharina v. Russland.

(Entwurf Thuguts.) Vienne, ce 3 Février 1795.

Madame ma soeur! Au milieu des événements fâcheux et des pertes éprouvées dans la poursuite d'une guerre, digne par la justice de ses motifs d'un sort plus heureux, j'ai reçu une consolation chère à mon coeur au moyen de la signature des différents actes de déclaration convenus et échangés par mon ambassadeur le comte de Cobenzl avec les ministres de V. Majesté Impériale. L'accroissement qui doit en revenir à mes États m'est moins précieux que le nouveau degré de force qu'acquièrent par nos derniers engagements les liens indissolubles de la parfaite identité de nos intérêts communs. Je n'ai donc pas hésité d'approuver pleinement et de ratifier en son entier tout ce qui a été fait et stipulé en mon nom; et ce m'est une bien douce satisfaction d'exprimer moi-même à V. Majesté Impériale ma vive reconnaissance de la manière franche et loyale, avec laquelle elle a bien voulu répondre à la confiance illimitée que j'avais placée dans la justice et la magnanimité de ses sentiments. Je me flatte de voir incessamment exécuté dans toute son étendue et dans tous ses points le plan que la haute sagesse de V. Majesté Impériale a tracé pour le bien de la sûreté et du repos des trois cours, jusqu'ici limi-

trophes de la Pologne, et je ne doute pas que la prépondérance de son influence ne fasse bientôt disparaître tous les obstacles que la malveillance de la jalousie et de l'avidité pourrait tenter d'opposer encore au concert pris entre nous. Offrant en attendant avec joie à V. Majesté Impériale mes félicitations bien cordiales de tant d'événements glorieux qui ne cessent d'illustrer les diverses époques de son règne à jamais mémorable, j'aime à lui renouveler ici l'assurance solennelle de la détermination invariable où je suis, non seulement de remplir avec la fidélité la plus scrupuleuse toutes les obligations que j'ai contractées envers elle, mais de saisir avec empressement toutes les occasions de resserrer de plus les noeuds heureux qui nous unissent, en prouvant par mon loyal et constant concours à ses vues, toujours marquées au coin de la grandeur et de la sagesse, les sentiments de la confiance sans bornes, de la plus tendre amitié et de la haute considération qui m'attachent à Votre Majesté Impériale, et avec lesquels je suis à jamais etc.

XLIV.

Thugut an Cobenzl.

Vienne, ce 9 Avril 1797.

Les secours que Sa Majesté ose attendre de l'amitié et de la générosité de son auguste allié sont de deux espèces:

1° En forces effectives. Sa Majesté charge en conséquence Votre Excellence de solliciter vivement le plus prompt envoi du nombre des troupes stipulé dans le traité d'alliance. L'ennemi ayant pénétré dans le coeur des provinces héréditaires et menaçant d'investir la capitale sous peu de jours, il ne peut exister de doute sur le casus foederis, comme d'un autre côté la magnanimité de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies et les justes égards à l'urgence du péril, où se trouve son fidèle allié, fournissent la certitude, que la marche de ce contingent sera accélérée par tous les moyens possibles. Le nombre considérable des troupes Russes dans les nouvelles acquisitions Polonaises, les plus voisines de nos États, donneront toute facilité pour mettre ce secours en mouvement sans aucun retard, et l'apparition de ce corps auxiliaire en Moravie et en Bohème

ranimera le zèle des fidèles sujets de Sa Majesté et servira de point de ralliement aux forces que l'on cherche à rassembler encorè dans ces provinces. — Sa Majesté se flattant avec confiance, que son auguste allié ne bornera pas ses secours à la stricte lettre du traité, mais qu'il n'hésitera point d'y donner toute l'étendue digne de l'élévation de son âme et de la grandeur de sa puissance, l'intention de Sa Majesté est, monsieur le comte, que vous représentiez de la manière la plus instante la nécessité de réunir au plus tôt possible sur les nouvelles frontières de l'Empire de Russie des forces suffisantes pour en tout cas faire suivre de près le premier contingent, stipulé dans l'alliance, par des corps plus nombreux, pour comprimer en même temps la malveillance de la Prusse et pour en imposer aux Français par la certitude des efforts vigoureux que Sa Majesté Impériale de toutes les Russies se propose de faire en faveur de l'Autriche, dans le cas que le gouvernement Français se refuserait à des conditions de paix équitables.

Le prompt rétablissement de la paix étant au total le voeu le plus conforme aux sentiments d'humanité qui animent Sa Majesté et à sa déférence pour la sagesse de l'avis de son auguste allié, l'Empereur espère, que Sa Majesté Impériale de toutes les Russies ne refusera pas de joindre aux mesures militaires à employer en faveur d'un allié fidèle une autre mesure, qui dans la conjoncture ne peut également qu'être de la plus grande utilité: — celle

2° D'intervenir par sa médiation ou ses bons offices dans la conclusion de la paix avec la France.

La médiation ou l'interposition des bons offices n'est nullement incompatible avec la qualité d'allié d'une des puissances belligérantes; elle est plutôt une conséquence naturelle de toute alliance défensive, comme le prouvent les stipulations de presque tous les traités défensifs.

Le désir de la paix est si vif chez la majorité des habitants de la France, qu'il ne reste nul doute que, dès que l'offre de la médiation de la Russie sera connue, le voeu général forcerait la main au Directoire malgré lui, si même on voulait le supposer assez inconsidéré pour provoquer par un refus le ressentiment d'une aussi grande puissance que l'est la Russie.

Quant aux conditions de la paix, Sa Majesté est déterminée d'avance à s'en remettre de tous ses intérêts avec la confiance la plus

illimitée à la justice, à la loyauté et à l'amitié de son auguste allié. Sa déférence pour les conseils de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies n'aura point de bornes, et elle adoptera tous les moyens de conciliation, que l'Empereur son allié jugera lui même dans sa sagesse pouvoir se combiner avec la gloire de Sa Majesté et les intérêts les plus essentiels de l'Autriche.

Mais pour ôter à la perversité du Directoire tout moyen d'éluder l'effet de l'offre de la médiation de la Russie, il sera essentiel de donner une certaine publicité aux démarches y relatives à faire, soit par l'envoi immédiat d'un courrier au Directoire, dont l'arrivée ne demeurera pas inconnue à Paris, soit de toute autre manière que l'on jugera convenable. Sa Majesté désirerait surtout vivement, que monsieur le comte de Rasumowsky fût muni d'instructions et de pouvoirs nécessaires, d'après lesquels il agirait selon les événements que l'étrange situation, où nous nous trouvons, pourrait amener. Vu l'urgence indispensable dont il est d'apporter à nos maux le remède le plus prompt et le plus efficace, et vu d'une autre part la grande distance des lieux, Sa Majesté vous charge, monsieur le comte, de convenir avec le ministère de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies sur les objets contenus dans cette dépêche de tel plan que Votre Excellence, d'après la connaissance exacte qu'elle a de nos intérêts, jugera elle-même le plus conforme au bien du service de Sa Majesté.

J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. XLV.

Thugut an Cobenzl.

(P. S.) Vienne, ce 9 Avril 1797.

Dans ce même moment arrive monsieur le général de Meerveldt; Buonaparte a prétendu qu'il ne saurait s'expliquer positivement sur les bases d'une pacification qu'avec des personnes munies de pleins pouvoirs pour conclure; en attendant l'on est convenu d'un armistice de six jours. L'ennemi est à Bruck; je doute que tout cela puisse conduire encore à un arrangement honorable, et Sa Majesté est décidée à ne pas en admettre d'autre. Je n'ai pas besoin d'observer à Votre Excellence que les circonstances, loin de ralentir nos sollici-

tations pour les divers genres de secours et d'appui à obtenir de notre intime allié, ne doivent que fournir à Votre Excellence un nouveau motif pour redoubler de zèle.

J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. XLVI.

Thugut an Cobenzl.

Vienne, le 9 Avril 1797.

Depuis ma dernière dépêche relative au général Clarke nous avons été un temps considérable sans recevoir des nouvelles positives de ce négociateur Français; enfin, dans les premiers jours du mois passé, après s'être montré un instant à Florence, il a paru à Turin, où il a eu deux entrevues avec le marquis Gherardini (I): l'une et l'autre se sont passées en propositions vagues, en insinuations sur la possibilité d'obtenir pour nous une partie de la Bavière, sans indiquer pour le possesseur actuel des dédommagements autres que ceux que fournirait le système des sécularisations secrètement convenu entre la France et la Prusse. Enfin ces pourparlers se terminèrent par une déclaration de la part du général Clarke que, d'après les dernières instructions du Directoire, il ne saurait entrer dans une discussion plus positive sur les bases d'une pacification, que lorsque nous aurions adopté le principe de la séparation de nos intérêts avec ceux de l'Angleterre.

Les choses en étaient là, lorsque Buonaparte s'avisa d'écrire à monsieur l'archiduc Charles une lettre dont copie ci-joint. Son Altesse royale y fit la réponse, dont j'ai l'honneur de transmettre également ici la copie à Votre Excellence, et quoiqu'il ne fût que trop probable, que la démarche de Buonaparte n'était qu'un nouvel artifice, cependant, pour n'avoir pas à se reprocher d'avoir négligé aucune occasion d'ouvrir la voie à une paix honorable, et pour ôter à l'ennemi tout prétexte de renouveler ses anciennes calomnies sur notre prétendue opiniâtreté à prolonger l'effusion du sang humain, Sa Majesté a jugé à propos d'ordonner aux généraux de Bellegarde et de Merveldt de se ménager un rendez-vous, soit avec Buonaparte, soit avec quelqu'autre général muni de ses pouvoirs, pour demander,

que les conditions que l'on serait intentionné de proposer pour une pacification soient distinctement articulées, pour que compte puisse en être rendu à Sa Majesté. Nous n'avons point encore de nouvelles de la manière dont les messieurs de Bellegarde et de Merveldt ont exécuté leur commission, mais nous ne croyons pas en général devoir en attendre aucun résultat bien essentiel, ni aucune suite bien intéressante.

J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. XLVII.

Thugut an Cobenzl.

Vienne, le 9 Avril 1797.

Le chargé d'affaires de Prusse a reçu il y a quelques jours une dépêche de sa cour dont il m'a remis copie, et que j'ai l'honneur de communiquer ci-joint à Votre Excellence.

Je ne m'étendrai pas sur toutes les réflexions que présente cette démarche de la cour de Berlin, — démarche qui sans doute se trouve dans d'étroits rapports avec ce long enchaînement de tant d'artifices de la politique Prussienne.

Je me bornerai donc à observer ici principalement:

Que l'offre d'une interposition des bons offices du Roi, liée factieusement à la condition de l'intégrité de l'Empire, a été sans doute accélérée dans ce moment par le désir d'éblouir les différents princes et États Germaniques par le prétendu attachement du Roi à l'intégrité de l'Empire, et de prévenir ainsi les impressions défavorables que devait faire la connaissance des vues Prussiennes, communiquées à Pétersbourg, et qui commençaient déjà plus ou moins à transpirer en Allemagne.

Que cependant cette affectation de zèle pour l'intégrité de l'Empire ne peut pas être regardée comme un abandon sincère et réel des projets constatés par les derniers aveux de la Prusse, attendu que, selon les occasions, la cour de Berlin ne ferait certainement aucune scrupule de soutenir tôt ou tard, que la condition de l'intégrité de l'Empire n'emporte au fond que la restitution de tout le territoire de l'Empire envahi par l'ennemi, sans exclure absolument les chan-

gements intérieurs qui auraient été jugés nécessaires dans les possessions respectives des États de l'Empire.

Que la déclaration: que le Roi n'employerait ses bons offices que pour une paix générale, a été mise en avant par diverses raisons, parmi lesquelles l'une de flatter l'Angleterre, et puis par cette feinte démonstration de loyauté et en blâmant l'idée d'une paix séparée, de se mieux rassurer contre la crainte que nous savons qu'on avait conçue à Berlin, que des négociations avec Clarke n'acheminâssent à une pacification dont toute intervention ou influence Prussienne fût écartée.

Quoiqu'il en soit, ne voulant pas nous éloigner des égards et du ménagement analogues à notre position, et conformes aux conseils qu'en plusieurs occasions l'on nous a donnés à ce sujet à Pétersbourg, il a été répondu à l'office du résident de Prusse: que Sa Majesté, sensible à l'ouverture confidentielle que la cour de Berlin venait de lui faire, se plaisait à y trouver une nouvelle preuve de l'amitié du Roi, à laquelle elle mettait toujours un prix infini; que, parfaitement d'accord avec le sentiment de Sa Majesté Prussienne relativement à l'acheminement d'une paix générale, nous allions entrer sans délai en communication avec nos alliés sur l'important objet de l'explication amicale et confidentielle du Roi envers Sa Majesté.

Au reste il est évident, que rien ne saurait être pour nous plus affligeant que d'être réduits à admettre dans notre pacification l'intervention Prussienne, par laquelle la cour de Berlin s'assurerait les moyens les plus puissants d'assouvir sa haine invétérée contre l'Autriche et de réaliser ses vues de cupidité par de nouveaux envahissements. Il est de la loyauté également et de l'intérêt le plus manifeste de la Russie de faire échouer ces projets iniques, et la mesure la plus propre à ce but sera de déclarer le plus tôt possible, tant au gouvernement Français qu'à Berlin, que Sa Majesté Impériale de toutes les Russies s'est déterminée à déférer à l'instance de l'Autriche de vouloir bien interposer sa médiation et ses bons offices pour la paix avec la France. Il est à prévoir, que cette déclaration ralentirait beaucoup l'ardeur plus qu'indiscrète de la Prusse de s'ingérer de négociations, dans lesquelles l'ennemi commun seul peut souhaiter de la voir mêlée, et si en tout cas des circonstances malheureuses ne permettaient point de l'en exclure entièrement, l'on

peut espérer avec confiance, que d'un autre côté la magnanimité de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies et l'influence prépondérante de sa puissance parviendraient encore sans beaucoup de peine à comprimer et déjouer les vues sinistres de la politique de Berlin et à sauver l'Europe des malheurs dont elle est menacée.

J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. XLVIII.

Thugut an Cobenzl.

Vienne, le 9 Avril 1797.

Le voyage actuel de Lucchesini en Italie vient de combler la mesure des infamies dont depuis longtemps il s'est rendu coupable envers l'Autriche: les avis les plus authentiques nous ont appris, qu'il a remis à Buonaparte des mémoires, contenant tout ce qu'il a pu recueillir de notions qu'il s'est flatté pouvoir nous être préjudiciables et utiles à l'ennemi; et nous savons aussi, que c'est Lucchesini qui dans ses longues conférences avec Buonaparte et Clarke a principalement déterminé l'alliance avec la cour de Turin, qui a été signée vers la fin du mois de Février, mais jusqu' ici n'a pas été ratifiée à Paris, parce que le Directoire est probablement peu pressé de se lier les mains par des traités avec la Sardaigne, dans l'état florissant où les affaires de la France paraissent être en Italie. Nous ignorons, si ces faits doivent être attribués à des ordres exprès de Berlin, ou à l'animosité implacable personnelle de Lucchesini contre l'Autriche; mais comme dans tous les cas il paraissait urgent de prévenir ici le retour d'un ministre aussi odieux, Sa Majesté a jugé à propos de faire par le canal de monsieur le prince de Reuss la demande amicale, mais formelle, du rappel de Lucchesini; nous espérons, que cette démarche aura l'effet désiré de nous débarrasser d'un homme si dangereux dans tous les sens, et que la cour de Berlin ne saurait se refuser à la demande de Sa Majesté, sans manquer absolument au système des égards pratiqués entre les cours dans tous les temps, et sans afficher l'approbation la plus révoltante de la détestable conduite de son ministre.

J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. XLIX.

Thugut an Cobenzl.

Vienne, le 9 Avril 1797.

Les circonstances fâcheuses, dans lesquelles nous nous trouvons, excuseront le désordre de mon expédition d'aujourd'hui, comme elles ont été la cause principale du long retard du courrier. Buonaparte ayant eu l'adresse d'attirer à lui les renforts qui lui venaient de France, avant que les nôtres nous eussent joints, depuis la malheureuse affaire du Tagliamento nous n'avons plus eu qu'une suite de revers. L'ennemi est actuellement à huit postes de Vienne; voilà notre situation, et je n'ai pas besoin d'observer à Votre Excellence, qu'elle n'est nullement consolante.

J'ai l'honneur d'être etc.

P. S. Je joins ici à Votre Excellence une lettre autographe de Sa Majesté à Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, ainsi qu'une copie de cette lettre pour son information particulière.

Nr. L.

Franz II. an Paul I.

Lettre autographe de Sa Majesté l'Empereur à l'Empereur de Russie.

(Thuguts Entwurf.) Vienne, le 7 Avril 1797.

Monsieur mon frère! Je ne puis exprimer, combien je suis reconnaissant des communications importantes que Votre Majesté Impériale a bien voulu me faire parvenir depuis peu par le canal de mon ambassadeur le comte de Cobenzl. Il faut qu'on ait entièrement méconnu la justice et la loyauté de Votre Majesté, pour s'être flatté de l'associer à des mystères d'iniquité aussi étranges, et n'avoir pas prévu, qu'après les avoir repoussés avec mépris elle en saurait empêcher l'exécution. La cour de Berlin justifie par ses propres aveux les soupçons que m'ont toujours inspirés ses vues secrètes; mais

elle ne soulève qu'une partie du voile. Décidée à faire tourner à son agrandissement et à la ruine de l'Autriche les calamités de la révolution Française; intéressée à les perpétuer, jusqu'à ce qu'elle ait réussi dans ses desseins, et assez aveuglée par son ambition pour proposer dans le système politique de l'Allemagne une seconde révolution qui achèverait de bouleverser l'Europe, — à quels projets cette cour ne peut-elle pas se porter pour arriver à ses fins, dans un moment surtout où des revers inattendus viennent de placer l'Autriche dans la situation la plus critique?

Je ne puis m'empêcher d'exposer à Votre Majesté cette situation véritablement alarmante, et je vais lui en parler avec tout l'abandon de la confiance et de l'espérance. Il ne s'agit plus d'une guerre sur les frontières de mes États, ni de la perte de quelques provinces éloignées; c'est au sein de ma monarchie que je suis menacé; l'armée Française est à quelques journées de Vienne; mes troupes découragées par les revers de la campagne d'Italie ne suffisent plus pour arrêter l'ennemi; des levées faites à la hâte ne présentent qu'une impuissante barrière, et l'opinion si facile aujourd'hui à égarer met encore des obstacles à mes efforts; dans quelques jours je serai probablement forcé de quitter ma capitale, pour aller rassembler dans les provinces les troupes et les moyens de résistance que pourront encore m'offrir des sujets fidèles; mais ce ne sera point sans amertume et sans anxiété, — exposé, comme je le serai, aux suites fatales que peut entraîner la conjoncture, et livré même à toutes les craintes de voir corrompre par des opinions dangereuses l'antique fidélité de mes sujets.

Dans une situation aussi cruelle il ne me reste que Votre Majesté pour appui; mais heureusement je ne puis pas plus me tromper sur son secours, que je ne puis me tromper sur sa grandeur d'âme et sur sa justice. Lui faire connaître mes dangers, c'est l'y intéresser. Elle trouvera peut-être que le péril est encore plus grand que je ne l'expose; mais quel qu'il soit, ses secours seront efficaces et prompts, s'ils répondent tout à la fois à sa haute prévoyance et à sa grande puissance.

Je ne parle à Votre Majesté ni des traités solennels qui unissent heureusement les deux Empires, ni du zèle constant de mon oncle Joseph pour les intérêts de la Russie qu'il lui fut si facile de m'inspirer, ni de mes premiers liens avec la soeur de Sa Majesté

Impériale Votre auguste épouse; je n'aurai aucun de ces titres de justice et d'amitié à réclamer, que je m'adresserais encore avec la même confiance à Votre Majesté, au prince grand et magnanime à qui il ne pourra échapper, que ma bonne foi et ma fidélité dans mes traités sont la seule cause de mes malheurs actuels, — qui saura les apprécier en homme sensible, les faire cesser en grand souverain, et qui, en me retirant d'un péril inévitable sans son appui, s'élèvera encore à cette grande pensée digne de Votre Majesté Impériale: que son amour de l'ordre et sa fermeté l'appèlent enfin à sauver doublement l'Allemagne, et par la force de ses armes, et par la vertueuse franchise de son grand caractère et des ses principes.

J'ai chargé mon ambassadeur, le comte de Cobenzl, de conférer avec les ministres de Votre Majesté Impériale sur les différents genres de secours que j'espère obtenir d'elle, convaincu d'avance que Votre Majesté Impériale daignera accorder à ses représentations tous les égards que réclament de sa grande âme l'importance vraiment décisive des circonstances et le péril extrême de ma position. Je suis avec une confiance sans bornes et avec la plus haute considération etc.

Nr. LI.

Thugut an Cobenzl[1]).

Vienne, le 30 Avril 1797.

À la suite du triste tableau de notre situation que mes dépêches du 9 avaient présenté à Votre Excellence, j'ai eu l'honneur de vous informer du retour de monsieur de Merveldt avec la déclaration du général Buonaparte: qu'il ne saurait entrer en discussion sur les conditions d'un rapprochement qu'avec des personnes munies de pleins pouvoirs en forme de la part de Sa Majesté.

Comme dans tous les cas il était pour nous de la dernière importance de gagner du temps, et que de plus l'intention de l'Empereur était de prouver à ses peuples, combien étaient mal fondées les calomnies que la clique Française et Prussienne ne cessaient de répandre sur la prétendue opiniâtreté de notre répugnance pour tout

---

[1]) Kanzleiabschrift des eigenhändigen Entwurfes.

accommodement, les conditions en fussent-elles même des plus raisonnables, Sa Majesté a jugé à propos de confier au comte de Merveldt une autorisation en forme requise, pour traiter avec le général et plénipotentiaire Français sur les bases éventuelles d'une pacification; monsieur le marquis de Gallo, ambassadeur d'une cour neutre, mais attaché à l'Empereur par les liens du sang les plus étroits, suivit de près monsieur Merveldt, muni de la part de Sa Majesté des mêmes facultés et pouvoirs.

Les pourparlers entamés avec le général Buonaparte amenèrent successivement deux prolongations du premier armistice. Nous profitâmes de notre mieux de cet intervalle pour augmenter nos moyens de résistance: les debris de l'armée de l'archiduc avec une partie des renforts du Rhin, dirigés par des marches forcées sur Vienne, formèrent bientôt un corps de plus de 30/m. hommes dans un camp retranché à portée de cette capitale; le corps de la bourgeoisie se joignit à la garnison pour la défense de la ville; les habitants des campagnes de l'Autriche s'étaient levés en masse, et douze mille volontaires de Vienne, uniformément armés, marchèrent en bon ordre pour occuper les bois et les défilés et pour harceler l'ennemi pendant sa route; ils étaient conduits par le prince Ferdinand de Würtemberg qui, obligé de quitter Gratz, siége du commandement général de l'Autriche intérieure, a donné à l'Empereur dans ces moments de crise des preuves de zèle et d'attachement, auxquelles Sa Majesté a été très-sensible.

Les archiducs et les archiduchesses avec Madame de France avaient pris la route de Prague, les augustes enfants de Sa Majesté avec madame l'archiduchesse Clémentine celle de Bude; l'Empereur, jouissant du spectacle de l'amour et de la fidélité de ses sujets, restait ici pour encourager et hâter les travaux de toute espèce par sa présence, — déterminé à se rendre par la suite en Hongrie, si les circonstances l'exigeaient, afin d'y presser la réunion de sa nombreuse et vaillante noblesse, s'en mettre à la tête avec l'archiduc palatin et la conduire à la délivrance de la capitale.

En attendant, pendant qu'on prenait ici les mesures les plus vigoureuses pour la sûreté et la défense de Vienne, un corps de 25/m. hommes se formait vers Salzbourg, — des renforts venant du Rhin et sous le commandement du général Hotze, — pour menacer le flanc gauche de l'ennemi. L'on travaillait à organiser sur sa droite

l'insurrection Hongroise dans les comitats les plus voisins. Le colonel Casimir avec un rassemblement considérable de Croates avait repris Fiume et s'était porté jusqu'à Trieste, et les paysans du Tirol, s'étant tous levés en masse, étaient parvenus avec le secours des troupes réglées, et avant d'avoir reçu la nouvelle de l'armistice, à chasser l'ennemi de Bolzano, Trente et Roveredo, en le poursuivant jusqu'à Lienz d'une part, et de l'autre vers le Lac de Garda.

L'ensemble de ces circonstances paraissait ouvrir les yeux à Buonaparte sur les inconvénients de sa propre position, après s'être aventuré si loin dans l'intérieur du pays. Les armistices, auxquels il avait consenti, lui avaient déjà ôté l'avantage de l'impression, qu'aurait pu faire dans les premiers moments sur les habitants d'ici son apparition inattendue sous les murs de Vienne. Des modifications marquantes dans les prétentions Françaises semblaient être la suite de ces réflexions. Les instructions des plénipotentiaires de Sa Majesté ne leur prescrivaient que de chercher à éclaircir par tous les moyens possibles le dernier terme des facilités que la France serait disposée d'apporter à la pacification; mais le général Buonaparte insistant avec force sur l'acceptation ou le rejet absolu de ses propositions, monsieur le marquis de Gallo et le comte de Merveldt, jugeant que les propositions offertes n'étaient pas contraires à la dignité ni aux intérêts de Sa Majesté, et qu'en négligeant de profiter de l'envie que manifestait Buonaparte pour conclure avant l'arrivée du général Clarke, qui accourait de Turin, les demandes de l'ennemi n'en deviendraient que plus déraisonnables, ils crurent pouvoir prendre sur eux de signer les préliminaires sauf ratification.

L'on est convenu de ne donner aux articles arrêtés aucune publicité jusqu'à l'échange des ratifications respectives, et la nature d'une partie de ces articles indique d'elle même la nécessité de cette précaution; mais l'intimité des deux cours Impériales nous permet d'autant moins d'hésiter sur leur communication complète et entière à Pétersbourg, que Sa Majesté est d'ailleurs parfaitement rassurée sur l'usage d'un secret, confié à la loyauté et à l'amitié de son auguste allié.

Votre Excellence reçoit en conséquence ci-joint copie de deux actes, dont la signature a eu lieu au château d'Eckenwalde près Leoben le 18 de ce mois.

En examinant les motifs qui d'une façon ou de l'autre devaient influer sur la résolution de l'Empereur relativement à la ratification des articles conclus par ses plénipotentiaires, Sa Majesté a été péniblement affectée de la nécessité d'une séparation quelconque de sa cause d'avec celle de la Grande Bretagne, non obstant ce qui a été stipulé, concernant les négociations ultérieures pour la paix définitive, dans lesquelles les plénipotentiaires des alliés respectifs seraient invités d'intervenir.

Mais outre que l'urgence irrésistible des circonstances doit justement nous mettre à couvert de tout reproche à cet égard, il s'y joint encore l'évidence, que la conduite que l'Angleterre a tenue envers nous a été elle-même la cause principale de tous nos derniers désastres et de la malheureuse extrémité, où nous nous sommes trouvés réduits.

Je ne m'étendrai pas ici sur ces principes d'égoisme exclusif qui ont toujours caractérisé le cabinet de St. James; sur cette tendance continuelle à tout subordonner aux seuls intérêts de l'Angleterre sans aucun égard pour la convenance de son allié; sur ces négociations entamées tantôt avec la France, tantôt avec la Prusse relativement à des objets étroitement liés avec la cause commune, sans aucun accord préalable avec nous; sur ce refus constant de prendre aucun arrangement concernant les avances pécuniaires à nous fournir sans se réserver la faculté d'en arrêter le payement de mois en mois, afin de nous rendre d'autant plus dépendants du bon plaisir du ministère Britannique.

Mais ce dont jamais aucun prétexte plausible ne pourra justifier le ministère de St. James, c'est que, quoique dans la convention de 1793 qui a servi de base à notre coalition avec la Grande Bretagne, il eût été stipulé en termes exprès: que les deux cours se concerteraient préalablement sur toute opération majeure pouvant interesser la cause commune, cependant non seulement l'évacuation de la Corse et la retraite de l'amiral Jervis de la Méditerranée furent ordonnées, sans que l'on eût daigné même nous en prévenir, mais qu'en même temps la cour de Naples par des exhortations non équivoques, par des conseils bien positivement articulés, fut invitée à nous priver de ses secours en faisant sa paix séparée.

La ruine totale de nos affaires en Italie date de cette époque et n'a été qu'une suite presqu'inévitable de ces malheureux événements. Des victoires signalées de notre part auraient à peine suffi pour

écarter les funestes effets de ces fausses démarches de la cour de Londres, et la fortune s'étant depuis déclarée contre nous, les revers que nous avons essuyés devaient de toute nécessité rendre notre situation très-critique.

Ce qui du reste a comblé la mesure des procédés peu généreux du cabinet de St. James envers son allié, c'est qu'après nous avoir leurré pendant dix-huit mois de l'espérance d'un nouvel emprunt pour notre compte à Londres, — après avoir ensuite amusé notre impatience par des avances, faites de temps en temps avec parcimonie, et toujours peu proportionnées à nos besoins, — après nous avoir enfin donné officiellement la promesse, tant par la voie de monsieur le comte de Starhemberg que par celle de monsieur le chevalier Eden, d'une plus grande exactitude dans les payements pour l'avenir, ces mêmes payements ont été de nouveau suspendus tout à coup depuis trois mois, sans que nos représentations les plus instantes sur l'épuisement total de toutes nos ressources et sur l'impossibilité absolue de continuer à faire face au courant journalier des dépenses de la guerre eussent paru au ministère Britannique mériter la moindre attention.

Lorsqu'après avoir ainsi examiné la question de l'acceptation des préliminaires sous le point de vue de nos relations avec l'Angleterre, l'on vient à considérer les mêmes articles dans leurs rapports avec les intérêts de la monarchie Autrichienne, l'on ne peut sans doute être longtemps à se convaincre, que les conditions provisoirement arrêtées s'éloignent malheureusement beaucoup du principe, adopté de l'origine de la guerre de France entre les deux cours Impériales et la Prusse: que les acquisitions qui pourraient revenir aux trois cours non seulement seraient d'une valeur parfaitement égale, mais proportionnées même à l'ancien équilibre des forces respectives. Or, sans compter la richesse des provinces Belgiques, il est de fait que leur population monte à trois millions pour le moins; la partie du Milanais, dont la cession est exigée par la France, en contient un million, pendant que les possessions Vénitiennes offertes à l'Empereur n'ont tout au plus qu'une population de 2,500.000 âmes, ensorte qu'en y comprenant même celle des acquisitions faites par Sa Majesté au partage final de la Pologne, il n'en est pas moins vrai, qu'à la fin d'une guerre qui a absorbé presque toutes les ressources de la monarchie la puissance de Sa Majesté, pour autant qu'elle repose sur le nombre de ses sujets, se trouvera plutôt affaiblie qu'augmentée.

D'un autre côté la cour de Berlin, pour prix de sa coupable collusion avec l'ennemi, pour prix d'une longue série de perfidies dont a été suivie la courte durée de ses minces efforts, jamais sincères, en faveur de la cause commune, jouira à la paix d'un agrandissement immense, dont sa puissance s'est accrue d'environ un tiers, — agrandissement qu'elle a su se procurer dans les deux derniers partages de la Pologne, et qui n'aura été acheté de sa part par aucun sacrifice.

Nous ne parlons pas ici des acquisitions considérables que la Russie elle-même a faites depuis le commencement de la guerre de France; car dans l'intimité des rapports entre les deux cours Impériales l'Empereur, loin d'être accessible au moindre sentiment de jalousie de l'augmentation de la puissance d'un allié loyal et fidèle, que nous regardons justement comme le plus ferme appui des intérêts communs des deux Empires, applaudira en toute occasion et concourra de bien bon coeur à tout accroissement quelconque des forces de la Russie, dont tous les avantages seront envisagés constamment par Sa Majesté comme tenant de près à la prosperité de sa propre monarchie.

Quoiqu'il en soit, et non obstant que l'état où les choses se trouveraient à la paix, moyennant les arrangements stipulés dans les préliminaires, ne fût guère propre à remplir les espérances que l'Autriche s'était cru fondée à concevoir d'après les concerts, pris au commencement de la guerre entre les principales cours coalisées, Sa Majesté cependant a cru devoir considérer, que la proximité des nouvelles acquisitions qui lui étaient destinées à la place d'autres possessions plus éloignées, ainsi que l'arrondissement qui de leur contiguité résultait pour le reste de la monarchie, pouvaient fournir une sorte de compensation de ce qui manquait du côté de la population et des revenus; que d'ailleurs la conjoncture était pressante; que depuis quelque temps la fortune n'avait cessé de nous être contraire, et qu'ainsi dans un moment, où des circonstances majeures ne permettaient guère à Sa Majesté Impériale de toutes les Russies de nous assister dans une guerre lointaine par des forces proportionnées au voeu de sa générosité, les moyens de parvenir à une paix équitable semblaient ne devoir pas être repoussés.

Mais ce qui particulièrement ne laissait guère de choix à Sa Majesté dans la détermination à prendre, c'était notre détresse du coté des finances, portée au plus haut degré par la suspension du paye-

ient arriéré de plus de 600/m. livres sterlings, sur lequel, d'après es promesses qui nous avaient été faites par l'Angleterre, nous avions dû compter. L'approche de l'ennemi avait fait disparaître tout le numéraire; les différents papiers, dont l'on aurait pu faire ressource, avaient perdu tout prix; le public, agité sans doute par des malveillants, commençait même à refuser les billets de la banque; des mesures violentes ne pouvaient dans le moment qu'accroître le discrédit général, dont le moindre progrès devait entraîner une banqueroute formelle et complète et nous mettre dans l'impuissance de fournir même le prêt à l'armée rassemblée sous les murs et pour la défense de Vienne.

À ces circonstances alarmantes se joignaient encore d'autres considérations dont le poids paraissait devoir fixer la résolution de Sa Majesté. L'acceptation des préliminaires devait avoir pour suite immédiate l'évacuation de toutes les provinces, envahies depuis la malheureuse affaire du Tagliamento, et ramener l'ennemi dans les limites des États de Venise. Sa Majesté obtenait par-là le temps nécessaire pour prendre l'avis et consulter avant tout la sagesse de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, son auguste allié; pendant que d'un autre côté les articles signés étaient d'une telle nature, qu'il était aisé à prévoir, que leur discussion ultérieure et surtout leur exécution fourniraient infailliblement plus d'un prétexte fondé, et dont dans un cas extrême l'on pourrait se prévaloir pour justifier pleinement aux yeux de toute l'Europe une reprise d'armes, dans laquelle, après nous être remis de nos derniers désastres, nous reparaîtrions avec plus d'avantage.

Sa Majesté n'a donc pas cru devoir balancer de faire prévenir le général Buonaparte par monsieur le marquis de Gallo, qu'elle était disposée d'accéder aux préliminaires arrêtés par ses plénipotentiaires, et nous venons de recevoir en conséquence la nouvelle, qu'à la première exhibition des actes de ratification, prêts pour être échangés au temps et lieu convenus, il a été procédé sans difficulté ni retard à l'évacuation stipulée des provinces de Sa Majesté, et que l'armée Française s'est mise en devoir d'exécuter avec la plus grande célérité sa marche rétrograde vers les frontières Vénitiennes.

Du reste, au milieu des événements inattendus que ces derniers moments ont fait naître, ce qui intéresse le plus vivement le coeur de

Sa Majesté, c'est que la conduite qu'elle a cru devoir tenir dans une conjoncture aussi difficile obtienne le suffrage de son auguste allié.

L'Empereur se flatte de cette approbation à laquelle il met tant de prix, en considérant que Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, depuis son glorieux avénement au trône, a paru elle-même reconnaître l'urgence de mettre un terme aux maux qui depuis six ans affligent l'humanité sans espérance raisonnable d'atteindre désormais par la voie des armes le but qu'on s'était proposé; — que dans la nécessité de procurer à l'Autriche des dédommagements quelconques pour tant de sacrifices dans une guerre, entreprise aux exhortations les plus pressantes de ses alliés, et soutenue pendant si longtemps avec constance dans des vues du bien général, les possessions que les préliminaires désignent pour cet effet sont précisement celles que dans les concerts antérieurs entre les deux cours Impériales et notamment dans la convention secrète du $\frac{\text{3 Janvier 1795}}{\text{23 Decembre 1794}}$ l'on avait prévu devoir en tout cas servir à indemniser Sa Majesté; — que, si ce plan arrêté dans les préliminaires, vient à être mis à exécution, il en résultera un resserrement encore plus étroit des liens, une combinaison plus intime des intérêts entre l'Autriche et la Russie, parce que Sa Majesté, débarrassée du soin de défendre des provinces sans cesse menacées et trop éloignées pour être soutenues avec succès, pourra désormais en commun avec son auguste allié concentrer toute son attention sur les deux objets, de tous de la plus haute importance pour les deux Empires, ceux de surveiller et comprimer les projets iniques et les continuels efforts de la turbulence Prussienne également et la malveillance des Turcs, très-disposés à se laisser égarer par des suggestions étrangères; — que, Sa Majesté étant irrévocablement décidée à ne jamais diverger du système de son union indissoluble avec la Russie et à concerter en toute occurrence la marche de sa politique avec les mesures qu'adoptera la sagesse de son intime allié dans tous les cas possibles, et soit que le ciel bénisse les dispositions bienfaisantes des deux souverains et leurs intentions salutaires pour le maintien futur de la tranquillité générale, soit que des circonstances impérieuses et l'opiniâtre méchanceté des malintentionnés les forcent tôt ou tard à recourir à la voie des armes, les deux augustes alliés trouveront toujours dans la masse de leurs forces réunies la plus entière certitude de déjouer complètement, en paix ou en guerre, les vues de tous leurs ennemis.

L'Empereur se flattant qu'il n'est guère possible, que la justesse de ces réflexions soit méconnue, il ne reste à Sa Majesté qu'à réclamer avec instance l'assistance efficace et généreuse de son auguste allié pour faciliter l'effectuation du plan, provisoirement convenu entre les plénipotentiaires respectifs, destiné à servir de base pour le rétablissement de la paix et pour la cessation de l'effusion ultérieure de tant de sang humain.

D'après les déclarations solennelles de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies de remplir scrupuleusement tous les engagements respectifs entre les deux cours, Sa Majesté rejette loin d'elle toute pensée, que son auguste allié, dont la fidélité et le réligieux attachement à ses promesses tiennent une place si distinguée parmi les éminentes vertus qui ornent sa grande âme, pût hésiter de satisfaire à tout ce qui dans la convention secrète du $\frac{\text{3 Janvier 1795}}{\text{23 Decembre 1794}}$ a été prévu et stipulé pour le cas qui vient d'exister actuellement.

Si l'équité et la raison étaient faites pour trouver accès auprès de la cour de Berlin, l'on pourrait présumer que, contente de l'espérance du retour prochain de la paix que ses voeux hypocrites ne cessaient d'appeler, elle s'abstiendrait de toute manoeuvre capable d'entraver l'exécution du plan arrêté dans les préliminaires. Une autre conduite de sa part sera d'autant plus contraire à tout principe de bonne foi et d'autant plus odieuse que, Sa Majesté ayant repoussé généreusement toute offre d'indemnité qui lui a été faite par la France aux dépens de l'Empire, la Prusse n'a évidemment aucun droit ni intérêt à se mêler des affaires d'Italie. D'ailleurs la Prusse a expressément reconnu elle-même dans la convention de Pétersbourg du 23/12 Janvier 1793, que des indemnités étaient dues à l'Autriche, et cet aveu a été fait dans un temps où l'on était loin de prévoir, que ces indemnités ne seraient pour Sa Majesté qu'un dédommagement incomplet de la perte de plusieurs de ses plus riches provinces. Enfin les droits qui de tous les temps ont compété à sa Majesté sur la plus grande partie des possessions Vénitiennes sont incontestables et bien autrement fondés en évidence et en justice que les prétentions quelconques de la cour de Berlin sur les acquisitions, qu'elle s'est fait adjuger en Pologne comme récompense de quelques efforts passagers et simulés en faveur de la cause commune.

Comme toutefois il n'est que trop probable, que ce ne serait qu'avec la plus grande peine que la Prusse se verrait obligée de re-

noncer à l'espérance qu'une paix ruineuse amènerait l'affaiblissement total et la destruction de la maison d'Autriche, il n'est que trop à craindre, que la cour de Berlin, se livrant à sa haine invétérée contre nous, ne tente toutes les voies possibles pour mettre obstacle à l'exécution de l'arrangement stipulé dans les préliminaires, et qu'elle ne cherche même par ses menées perfides et ses intrigues d'associer la Porte à son système d'opposition et, en abusant de l'orgueilleuse ignorance des Turcs, de la porter à des démonstrations ou même à des voies de fait, capables de faire naître de nouveaux embarras et d'entraîner de nouveaux troubles.

Dans ces inquiétudes, qui ne sont que trop justifiées par la perversité connue de nos ennemis, Sa Majesté ne peut être rassurée que par la confiance que lui inspirent la magnanimité et la puissance de son auguste allié; mais il ne saurait échapper aux hautes lumières de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, combien il est important de comprimer dans leurs origines les explosions de la malveillance et de prévenir à temps toute fausse démarche de la part des Turcs ou de la cour de Berlin qui, une fois faite, serait infiniment plus difficile à redresser par la suite. Sa Majesté espère en conséquence que son auguste allié, en déférant à ses instances, voudra bien, sans perte de temps, vu l'urgence de la conjoncture, faire connaître d'avance, tant à Berlin qu'à Constantinople, sa ferme résolution d'accorder son appui le plus efficace à l'Autriche dans le cas de toute mesure hostile qu'on se permettrait contre elle, et de la soutenir par tous les moyens possibles dans sa juste demande d'obtenir une compensation raisonnable des pertes immenses qu'elle a essuyées.

Un autre point qui tient infiniment à coeur à Sa Majesté, c'est, que la marche du corps auxiliaire stipulé dans le traité de l'alliance ne soit pas différée, non obstant les termes de rapprochement où nous nous trouvons avec la France. Cette preuve visible de l'intérêt réel que la cour de Pétersbourg prend à la cause de l'Autriche non seulement en imposera d'une manière plus décisive à la malveillance de la cour de Berlin et des Turcs, mais servira aussi à inspirer plus de modération aux Français dans l'applanissement des difficultés que le cours ultérieur des négociations jusqu'à la pacification définitive pourrait offrir encore. Nous présumons d'ailleurs, que dans l'état actuel des choses l'envoi de ce corps auxiliaire devra rencontrer d'autant moins d'obstacle, qu'il ne s'agira plus même de l'exposer au danger

d'être détruit en combattant dans des climats lointains, mais que sa présence seule en Bohème ou en Moravie où, quant aux subsistances, il sera pourvu de tout ce qui se trouve stipulé dans le traité, suffira probablement pour faciliter et accélérer la conclusion finale d'une paix raisonnable.

La marche et la première apparition des troupes Russes en Allemagne qui seront regardées comme l'avantgarde d'un corps plus considérable, destiné au besoin à l'appui de la bonne cause, donneront en même temps un nouveau poids à l'intervention de la cour impériale de Pétersbourg dans les négociations pour la paix définitive de l'Empire, dans lesquelles l'intervention active de la Russie est à tous égards indispensable, d'autant que la cour de Berlin fera jouer tous les ressorts possibles pour y prendre part, y gagner de l'influence et se procurer par ses coupables manoeuvres et par l'assistance de ses partisans et complices l'occasion de réaliser quelques uns de ses projets de sécularisation et d'envahissement, dont le premier exemple, nécessairement contagieux, ne peut manquer d'entraîner le démembrement et la dissolution entière de l'Empire Germanique, — événement qui ne saurait se concilier ni avec la dignité de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, garante de la paix de Westphalie au moyen de celle de Teschen, ni avec les intérêts les plus essentiels de sa politique.

Sa Majesté désire, monsieur le comte, que vous m'informiez le plus-tôt possible du résultat des représentations pressantes qu'elle vous charge de faire sur ces différents objets, dont Votre Excellence sentira aisément toute l'importance.

J'ai l'honneur d'être etc.

LII.

Thugut an Cobenzl[1]).

Vienne, le 30 Avril 1797.

Postscriptum.

Votre Excellence s'apercevra aisément, qu'il y aurait plusieurs remarques à faire sur le texte des préliminaires signés. Par la pré-

---

[1]) Abschrift des eigenhändigen Entwurfes.

cipitation qu'on y a mise, et les expressions ayant été fixées principalement entre Mr. le marquis de Gallo et le général Buonaparte qui de son côté est plutôt Corse que Français, il s'y est glissé même des impropriétés de langage qu'on tâchera de rectifier s'il est possible.

Du reste nous sommes bien loin d'avoir assez de confiance dans la bonne foi des Français, pour compter avec certitude sur la ratification du directoire, ni pour nous aveugler sur les chicanes qui pourront être élevées encore dans la suite ultérieure d'un arrangement qui par sa nature même n'est nullement d'une exécution aisée; nous regardons même comme très-possible, que le plan actuel soit encore sujet à subir différents changements et modifications; mais au moins semble-t-il, que les préliminaires, tels qu'ils sont, fournissent la base d'une pacification, dans laquelle Sa Majesté obtiendra en Italie une compensation de la perte de ses provinces Belgiques, — tournure dont on devrait sans doute nous savoir bon gré à Pétersbourg, vu que l'acquisition de la Bavière aurait éprouvé infailliblement des obstacles beaucoup plus considérables et aurait excité la Prusse de plus en plus à la poursuite de ses projets d'envahissement en Allemagne; ce qui aurait entraîné de très-grands embarras, auxquels la Russie, d'après ses promesses solennelles, n'aurait pu se dispenser de prendre part.

J'ai l'honneur d'être etc.

Nr. LIII.

Cobenzl an Dietrichstein[1]).

Vienne, le 30 Août 1797.

Le courrier qui vous est expédié aujourd'hui nous procurant une occasion de vous informer avec plus de détail de tout ce qui a rapport à l'état de la négociation pour le rétablissement de la tranquillité générale, je m'acquitte avec empressement de l'ordre que m'en a donné S. E. le baron de Thugut.

Il serait inutile de rappeler ici tout ce que Sa Majesté a fait pour prouver son amour pour la paix. Quelques fussent les progrès

[1]) Diese und die nächstfolgenden Cobenzl'schen Depeschen sämmtlich nach den eigenhändigen Entwürfen.

de Buonaparte, le zèle, la fidélité et l'énergie des peuples Autrichiens, les grands moyens qui en ont résulté, la position hasardée dans laquelle il se trouvait, fournissaient des chances qui pouvaient avoir pour lui les suites les plus funestes. L'Empereur a préféré les voies de la conciliation. Les préliminaires de la paix ont été signés et ratifiés, et, en consentant aux sacrifices les plus douloureux, Sa Majesté s'est contentée d'un dédommagement bien peu proportionné en revenues et en populations aux cessions auxquelles elle donnait les mains. Les ratifications n'étaient pas encore échangées, que les plénipotentiaires Français recommencèrent à faire mention de leur prétention sur toute la rive gauche du Rhin, et qu'en se refusant à la tenue du congrès, ils voulurent procéder au traité définitif sans l'intervention des alliés, formellement stipulée dans les préliminaires. Cette première violation du traité fut suivie, lors de l'échange des ratifications, d'une chicane sur le point de l'étiquette déterminée dans l'article II, d'un subterfuge imaginé pour faire naître des doutes sur un point clairement énoncé et définitivement arrêté.

Les préliminaires, en déterminant la partie de la terre-ferme qui devait nous revenir, fixaient également le sort futur des trois légations, destinées à dédommager la république de Venise de ce qui nous était cédé. Lorsque cette convention fut dressée, la majeure partie des habitants de l'État Vénitien, soumise à son ancien gouvernement, était tellement composée, qu'on pouvait attendre qu'elle s'accommoderait sans répugnance des formes monarchiques qui lui etaient destinées. Mais à peine le traité était-il signé, que les menaces du général en chef des armées Françaises sèment la terreur et provoquent un nouvel ordre de choses; tous les ressorts sont mis en jeu pour opérer une désorganisation complète; le fanatisme révolutionnaire embrâse l'État Vénitien; le peuple dans la capitale comme dans les provinces se soulève contre les autorités, et les États destinés à servir de dédommagement tant à la maison d'Autriche, qu'à la république de Venise, éprouvent un sort entièrement contraire à l'esprit et au sens littéral de l'acte préliminairement arrêté. Ce n'est pas sans doute le voeu du peuple qui a pu prévaloir contre la force militaire dans un pays qui fourmillait de troupes Françaises, et si les généraux républicains se croyaient hors d'état d'y résister, ils n'avaient qu'à nous en laisser le soin; les nôtres se seraient aisément chargés de tout ce qui pouvait assurer l'exécution du traité.

L'Empereur avait reclamé la médiation de la cour impériale de Russie, il mettait la plus grande confiance dans la puissante intervention de son intime allié, il souhaitait ardemment de ne point séparer ses intérêts de ceux de l'Angleterre et d'ôter par-là à l'ennemi commun l'avantage d'avoir meilleur marché de chacune des puissances, en traîtant séparément avec elles. Sa Majesté voulait bien consentir, pour éviter toutes pertes de temps, que les négociateurs respectifs continuent à traiter en Italie de tout ce qu'il y avait à régler relativement au sort futur de cette partie intéressante de l'Europe, et préparant ainsi les matériaux pour le congrès, mais non pas qu'il y soit rien arrêté définitivement, et il a été constamment prescrit à ses plénipotentiaires d'insister irrévocablement sur la tenue des deux congrès comme sur tous les autres points des préliminaires, sans se laisser éblouir par quelques avantages dont les Français faisaient entrevoir la perspective en retour des changements qu'ils voulaient effectuer dans la stipulation qui assure l'intégrité de l'Empire Germanique.

En même temps que contre la teneur du traité les généraux Français démocratisaient la ville de Venise et tous les États Vénitiens, on déclara à Milan par des proclamations et de la manière la plus positive, que la Lombardie serait constituée en république, tandis que ce point est un des articles secrets des préliminaires, qui d'après leur teneur formelle ne devaient s'accomplir que lorsque l'indemnité stipulée pour cette possession Autrichienne aurait été remise à l'Autriche; c'est donc une nouvelle violation de ce qui a été solennellement arrêté. Le gouvernement de Gènes n'a pas tardé d'éprouver le même sort que celui de Venise. La république Française avait reconnu dans ses traités avec les Génois les droits de l'Empire sur les fiefs dont ceux-ci sont en possession; Sa Majesté Impériale n'y a jamais renoncé, et par conséquent ce qui vient de se passer est également une contravention manifeste de l'article des préliminaires qui stipule l'intégrité de l'Empire Germanique.

Le duc de Modène, étroitement lié de parenté et d'amitié avec les princes de la maison d'Autriche, feldmaréchal des armées impériales et royales et prince du St. Empire Romain, contre lesquels la cessation de toute hostilité a été arrêtée par les préliminaires, n'en a pas moins vu son palais à Venise investi par les troupes Françaises dans la nuit du 9 au 10 Juin, et lui-même forcé par un bas officier et un nombre considérable de soldats, et malgré toutes les réclamations du

chargé d'affaires de Sa Majesté Impériale, à délivrer une somme de 200/m. sequins, faisant la plus grande partie de ce qui lui restait en argent, après la menace qui lui a été faite en cas de refus de le transporter en France sur une fregate.

Enfin les Français viennent encore tout récemment d'occuper l'île de Corfou, sans que les conventions préliminaires ayent fait mention de cette possession, ni leur en donnent le moindre droit. Les plénipotentiaires de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique n'ont pas manqué de réclamer auprès du général en chef Français contre toutes ces violations de ce qui avait été arrêté. Des défaites vagues, des excuses sur l'impuissance où se trouvait le général en chef de contenir un peuple qui voulait se régénérer, des sommations de conclure sur-le-champ le traité de paix définitif et en négligeant le mode que prescrivent les préliminaires, — telles sont les seules réponses qu'ils ont pu obtenir.

Quelqu'outrageante que soit une telle conduite à l'égard de l'Empereur, quelque droit que Sa Majesté Impériale aurait d'en manifester son juste ressentiment, elle ne se départ pas du système de modération qu'elle a constamment suivi dans tout le cours de cette négociation.

Les instructions que monsieur le marquis de Gallo (II), monsieur le comte de Merveldt (III) et monsieur le baron de Degelmann (IV), plénipotentiaires de Sa Majesté Impériale, ont emportées d'ici, lors de leur départ pour Udine, se réduisent à redemander le redressement des griefs ci-dessus mentionnés et la suppression et la suspension de toutes les mesures poursuivies par les Français avec tant d'ardeur pour épuiser dans toutes leurs ressources et pour dévaster les diverses provinces adjugées à Sa Majesté par les préliminaires. Il leur est enjoint de déclarer de nouveau au protocole, que Sa Majesté, toujours scrupuleusement attachée à ses promesses, désire et entend que les préliminaires conclus à Leoben le 18 Avril et dûment ratifiés de part et d'autre servent de base inaltérable pour la paix définitive à conclure entre les deux puissances, ne doutant point que la république Française n'adhère avec la même fidélité à ses engagements. Nous demandons le rétablissement de la république de Venise, si non en entier, du moins sous les formes les plus rapprochées que possible de l'ancien régime, sans insister sur le retour des inquisiteurs d'État ni de quelques autres institutions anciennes dont l'abus peut avoir

excité préférablement les plaintes du public. Il est absolument incombinable avec la sûreté future des États de Sa Majesté de laisser subsister presqu'au milieu d'eux un foyer de démocratisme que les Français ont établi à Venise.

Si les plénipotentiaires républicains nous déclarent, que les changements survenus depuis les préliminaires les mettent dans l'impossibilité d'en remplir les stipulations; comme ce sont eux qui ont opéré arbitrairement ces changements, c'est aussi à eux à proposer ce qu'ils croyent pouvoir substituer aux engagements qu'ils avaient contractés envers nous, afin que Sa Majesté puisse examiner dans sa sagesse, s'il est dans son pouvoir d'y donner les mains; -- c'est sur quoi ses plénipotentiaires ont ordre d'insister.

Comme on pouvait supposer, que le désir de Buonaparte de prolonger la dictature qu'il exerce en Italie était une des causes de toutes les entraves qu'il apportait aux difficultés, et que peut-être le directoire, témoin du voeu de la majeure partie de la nation Française pour la fin de la guerre et du peu de moyen qui existe de la continuer, écouterait plus tôt la voix de la raison, de la justice et des convenances mutuelles, Sa Majesté, ne voulant pas avoir à se reprocher d'avoir négligé aucun moyen d'arrêter l'effusion du sang humain, a autorisé monsieur le baron de Thugut d'adresser directement au ministre des relations extérieures en France une lettre portant en substance:

„Que, depuis que l'Empereur a accepté et ratifié les articles préliminaires signés le 18 Avril près de Leoben, Sa Majesté n'a pas varié un seul instant dans la ferme résolution de faire tout ce qui dépendrait d'elle, pour en assurer le plus exact accomplissement et pour accélérer au moyen de la paix définitive l'époque si désirable du parfait rétablissement de l'amitié et de la bonne intelligence entre les deux puissances; que Sa Majesté a recommandé en conséquence à ses plénipotentiaires de la manière la plus expresse, d'insister en vertu des articles IV et V des préliminaires sur la plus prompte assemblée des deux congrès stipulés, l'un pour la confection du traité définitif de Sa Majesté comme roi de Hongrie et de Bohème, et l'autre pour la pacification de l'Empire; Sa Majesté souhaitant de plus, que l'intervalle qui devait en toute nécessité s'écouler encore jusqu'à l'ouverture des négociations pour la paix de l'Autriche, fût mis à profit par les plénipotentiaires respectifs

réunis en Italie, afin de préparer d'avance les matières et pour aviser surtout dans des conférences amicales aux moyens d'applanir les difficultés résultantes des événements arrivés en Italie depuis la convention de Leoben et que Sa Majesté n'a pu voir qu'avec beaucoup de peine, — attendu l'atteinte que ces événements et leurs suites paraissaient porter aux bases fondamentales posées le 18 Avril pour la paix entre les deux puissances; que le refus que les plénipotentiaires de la république ont constamment opposé à l'accomplissement de ce qui avait été stipulé dans l'article IV des préliminaires, concernant l'assemblée d'un congrès, a retardé l'achéminement ultérieur à la pacification; que, jalouse de justifier en toute occasion aux yeux de l'Europe cette réputation de loyauté qu'elle s'est acquise au prix de tant de sacrifices, et bien décidée de ne pas permettre qu'il puisse jamais s'élever la moindre incertitude sur la droiture de ses sentiments, Sa Majesté avait ordonné de déclarer de la manière la plus solennelle, que l'entier rétablissement de l'amitié et de la bonne harmonie avec la France continuait d'être le plus vif et le plus sincère de ses désirs, qu'elle ne négligerait rien de ce qui peut dépendre d'elle pour accélérer la conclusion de la paix définitive, qu'elle est fermement décidée à remplir de son côté avec la fidélité la plus scrupuleuse tout ce qui a été convenu dans les préliminaires, mais qu'elle réclame en même temps de la justice et de la bonne foi de la république Française une égale exactitude dans l'accomplissement des articles conclus le 18 Avril et dûment ratifiés par les deux puissances.

„Qu'afin de prévenir le danger de voir exposé à de nouveaux retards un ouvrage dont les voeux les plus ardents de tant de nations souffrantes, de tant de provinces dévastées réclament le plus prompt achèvement, Sa Majesté se proposait de nommer incessamment des plénipotentiaires pour le congrès, l'Empereur se flattant que la république Française accèderait sans répugnance à l'invitation que Sa Majesté lui faisait de nommer de son côté des plénipotentiaires pour reprendre dans des conférences amicales et terminer promptement et à la satisfaction réciproque les différends qu'on avait vainement tenté de concilier dans les négociations d'Udine.

„Qu'il semblait que la Grande Bretagne ne serait plus dans le cas d'envoyer des plénipotentiaires à ce congrès, ou quelle était déjà occupée à traiter sa pacification dans les négociations ouvertes à

Lille (V), dont Sa Majesté souhaite bien sincèrement que le succès favorable puisse étendre de plus en plus le bonheur d'un repos général sur toutes les contrées de l'Europe; mais que l'union étroite de Sa Majesté avec la Russie et les égards qu'elle doit à son allié l'obligent de prévenir la cour de Pétersbourg de l'état actuel des choses, ainsi que des mesures proposées relativement au congrès, pour que, si Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies le trouve à propos, il puisse y faire intervenir aussi ses plénipotentiaires d'après le droit qui lui en est assuré par l'article IV des préliminaires; que, comme l'on ne pouvait douter de la sincérité des dispositions réciproquement pacifiques, dont les deux gouvernements se sont si souvent renouvelé l'assurance, et comme Sa Majesté ne demande de son côté que la stricte exécution des conventions préliminaires du 18 Avril dûment ratifiés de part et d'autre et avec une satisfaction mutuelle, il n'est pas possible d'imaginer de difficultés ou d'obstacles que la volonté bien prononcée du directoire exécutif et les ordres qu'il voudra bien adresser en conséquence aux plénipotentiaires de la république à Udine ne fassent aisément disparaître".

Cette lettre datée du 31 Juillet a été expédiée par la voie de la mission de Naples. Le baron de Thugut vient d'en recevoir la réponse. Elle est entièrement évasive. En donnant des assurances générales des dispositions du directoire pour le rétablissement de la paix, monsieur de Talleyrand qui a succédé à monsieur de la Croix dans la place de ministre des relations extérieures, ne fait aucune mention de l'exécution des préliminaires, décline la demande du congrès de même que toute intervention étrangère — qu'il regarde comme ne pouvant qu'entraîner des longueurs et faire naître des obstacles contraires au désir commun qu'éprouvent les deux parties de terminer promptement, — et renvoie toute la négociation au général Buonaparte, muni des pleins pouvoirs les plus amples de la république.

Nous apprenons en même temps par la même voie, que le parti de Buonaparte, lié d'une part avec les Jacobins, de l'autre est prépondérant dans le directoire, en sorte qu'on peut le regarder comme l'arbitre de la France, ce qui d'après la conduite qu'il a tenue jusqu'ici dans la négociation n'est pas d'un favorable augure pour son heureux succès.

On doit s'attendre à recevoir incessamment des nouvelles des plénipotentiaires de Sa Majesté l'Empereur dont on vient d'apprendre l'arrivée à Udine. — Monsieur le baron de Thugut vous charge, monsieur le comte, de faire part de tous ces détails au ministère de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies. On ne manquera pas de vous informer également de tout ce qui pourra résulter d'ultérieur et de vous mettre à même d'en donner connaissance à l'intime allié, pour lequel notre auguste maître n'a aucun secret.

LIV.

Cobenzl an Dietrichstein.

Vienne, le 30 Août 1797.

Si, par une suite de son amour pour la paix, l'Empereur veut épuiser tous les moyens d'y parvenir et donner ainsi la plus grande preuve de sa modération, ce n'est pas que les suites de la guerre, si malheureusement elle devait recommencer, soyent plus à redouter pour nous que pour les Français; Sa Majesté reçoit des rapports satisfaisants de ses armées: celle du Rhin qui a le moins souffert, composée de très-bonnes troupes, est dans le meilleur état possible; celle de l'Italie qui a été entièrement complétée et réorganisée au-delà de la moitié, ne cède pas aux troupes du Rhin, et le reste que l'on exerce avec la plus grande assiduité fait chaque jour de nouveaux progrès qui rendront bientôt ces nouvelles troupes équivalentes aux anciennes. — L'insurrection de l'Hongrie, dont une partie a eu l'honneur de manoeuvrer en présence de Sa Majesté Impériale de manière à mériter son approbation, ajoute encore à nos moyens. Malgré la pénurie de nos finances nous ne sommes pas encore dénués de toute ressource; l'attachement des peuples Autrichiens pour leur auguste maître en laisse espérer de considérables que les Français, malgré leurs victoires et leur coutume de ne respecter aucune propriété, auraient de la peine à trouver, et peut-être la reprise des hostilités présenterait-elle la perspective de quelques chances heureuses, mais qui ne feront jamais abandonner à l'Empereur le système pacifique qu'il a embrassé. Il remplira avec exactitude tout ce à quoi il s'est engagé, et si les Français le forçaient à recommencer la guerre, il aurait au moins la consolation de prouver à ses peuples et à l'Europe entière, qu'il n'a rien épargné de ce qui dépendait de lui pour prévenir les maux dont aurait encore à gémir l'humanité souffrante.

Un objet bien essentiel dans ce moment critique est celui de contenir le roi de Prusse de sauver l'Empire Germanique de sa ruine totale et du démembrement médité de concert par la cour de Berlin et les Français. Telle est la tâche glorieuse que Sa Majesté Impériale de toutes les Russies s'est imposée, en promettant solennellement dès son avénement au trône de remplir les engagements subsistants entre les deux cours, — telle est celle qu'elle a complètement remplie par la fermeté victorieuse, avec laquelle elle a repoussé les perfides ouvertures Prussiennes, tendantes à lui faire goûter les odieux complots des articles secrets de la paix de Bâle.

Sa Majesté Impériale et Royale conjure son intime allié de ne pas laisser son ouvrage imparfait. D'après la tendance que nous voyons aux Français de revenir sur l'intégrité de l'Empire, nous pouvons prévoir une réunion à cet égard entre eux et la Prusse. Notre auguste maître est décidé à tout risquer plutôt que de souscrire à un tel ordre de choses. Il ne demande que d'être assuré pour cela de l'appui de la Russie. Sa Majesté ne réclame aucun secours pour la guerre de France, si elle venait à recommencer; mais elle a besoin d'une certitude complète, que son intime allié fera cause commune avec elle dans le cas où la Prusse tenterait de s'agrandir; elle met la plus grande confiance dans l'exactitude, avec laquelle Sa Majesté Impériale de toutes les Russies remplirait ses engagements; mais sur un point qui intéresse si fortement la conservation de sa monarchie elle a besoin, pour prendre sa dernière résolution, de nouvelles assurances que vous êtes chargé, monsieur le comte, de solliciter de la manière la plus instante, comme aussi d'accélérer le plus que possible le rapport que vous adresserez à la cour des réponses que vous recevrez à cet égard.

J'ai l'honneur d'être etc.

LV.

Cobenzl an Dietrichstein.

Vienne, le 30 Août 1797.

Les propos des plénipotentiaires Français, joints à quelques avis que nous recevons de Paris, annoncent le désir de ne nous remettre les forteresses d'Italie qui nous sont assurées par les préliminaires que dans le cas, où nous livrerions aux Français celles situées sur le

Rhin. Un tel projet dévoile évidemment celui de recommencer la guerre, quelque facilité que nous puissions apporter à la paix. À quel titre les Français peuvent-ils demander d'être mis en possession des forteresses du Rhin qui dans aucun cas ne doivent leur appartenir, et nous refuser celles dont la restitution est déjà stipulée? Quel autre usage peuvent-ils en faire que celui de favoriser leurs vues offensives contre nous? L'Empereur est trop attaché à ses devoirs de chef de l'Empire et aux intérêts de ses coétats, pour pouvoir consentir à un arrangement qui le mettrait à la merci des républicains.

J'ai l'honneur d'être etc.

LVI.

Cobenzl an Dietrichstein.

Vienne, le 30 Août 1797.

Postscriptum.

S'il existait encore une ombre de bonne foi dans la conduite de la cour de Berlin, si les engagements et les traités étaient pour elle de quelque valeur, il serait aisé de la convaincre, que même d'après le sens précis des articles secrets de la paix de Bâle elle devrait renoncer à tous ses projets destructifs pour l'Allemagne. Tout ce plan porte sur l'hypothèse, que l'Empereur et l'Empire admettraient la rive gauche pour limite avec la France. Combien de fois le Roi et son ministère n'ont-ils pas représenté à Sa Majesté Impériale de toutes les Russies que, les stipulations de ce traité n'étant que conditionnelles, elles n'auraient pas lieu, dès que l'Empereur et l'Empire n'y donnaient pas les mains? Bien loin de là, l'Empereur a stipulé dans les préliminaires avec la France l'intégrité de l'Empire Germanique, et la république Française a ratifié cette stipulation. Donc le Roi de Prusse, de son propre aveu, est libre de l'engagement hypothétique qu'il avait contracté envers la France et obligé par ses devoirs de prince et coétat de l'Empire de faire cause commune avec son auguste chef pour en empêcher le démembrement. L'évidence de ce raisonnement ne pourra pas échapper aux lumières et à la sagacité de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies non plus que de son ministère, auprès duquel il conviendra d'en faire usage.

J'ai l'honneur d'être etc.

LVII.

Cobenzl an Dietrichstein.

Vienne, le 30 Août 1797.

Postscriptum.

Nous venons de recevoir de nouvelles preuves de la continuation de la mauvaise volonté du sieur Alopeus à notre égard, fruit de son dévouement à la cour de Berlin. Ayant vu le colonel Crawfurd (VI) à l'armée de Condé et son oncle du même nom à Francfort, il a cherché à leur inspirer la plus vive inquiétude sur nos prétendus projets d'agrandissement en Bavière et dans le midi de l'Allemagne. Il a attribué à ce but les préparatifs militaires que nous faisons dans cette partie, les fortifications que l'on construit à Ulm et autres mesures pareilles. Alopeus a engagé les deux Crawfurd à en écrire en Angleterre et a pris sur lui d'éveiller l'attention de la cour de Russie à cet égard.

Il est extraordinaire qu'après que nous avons stipulé l'intégrité de l'Empire avec les Français, que nous y insistons avec la plus grande force, que nous employons tous nos moyens pour la défense de l'Allemagne, on veuille encore nous soupçonner d'en provoquer le démembrement! Les dépêches que vous recevez aujourd'hui, monsieur le comte, font assez connaître la fausseté de ces imputations et vous fournissent les moyens d'en convaincre le ministère de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies. Nous ne demandons pas mieux que de consolider notre ouvrage, en assurant l'intégrité de l'Empire Germanique: nous sommes prêts à tout risquer pour une cause aussi juste et pour un but aussi salutaire; il ne nous faut pour cela qu'une nouvelle promesse de l'appui de la Russie contre la Prusse. La conduite des Français, leurs préparatifs offensifs même ne justifient que trop nos mesures militaires; mais elles ne sont que des précautions et destinées à la défense de l'Allemagne, et non pas à l'envahir. Si nous avions les desseins qu'on nous prête à cet égard, et que nous fussions d'accord avec les Français, nous n'aurions besoin ni d'aussi grands moyens ni de tant de préparatifs pour les exécuter.

On dit aussi qu' Alopeus va faire une nouvelle tournée en Allemagne qu'il commencera par Ratisbonne. Je dois avouer, monsieur

le comte, que les fréquents voyages d'un négociateur que la Prusse fait parler d'après son impulsion au nom de l'Empereur de Russie est toujours pour nous un nouveau sujet d'inquiétude.

J'ai l'honneur d'être etc.

LVIII.

Cobenzl an Dietrichstein.

Vienne, le 30 Août 1797.

Postscriptum.

Il n'échappera pas à votre perspicacité, que les dépêches précédentes sont ostensibles, et que vous pouvez sans difficulté en donner copie au ministère. Vous sentez en même temps, combien il importe à Sa Majesté de savoir, sur quoi elle peut compter de la part de la Russie dans le cas très possible d'une réunion des Français et de la Prusse pour invalider la stipulation des préliminaires sur l'intégrité de l'Empire. Monsieur le baron de Thugut s'en remet à votre zèle et à votre prudence sur les moyens les plus propres à nous procurer une réponse favorable, en évitant tout ce qui pourrait donner de l'humeur dans un moment où nous avons si grand intérêt de ménager la Russie.

J'ai l'honneur d'être etc.

LIX.

Cobenzl an Dietrichstein.

Vienne, le 30 Août 1797.

Postscriptum.

Au moment du départ du présent courrier monsieur le baron de Thugut reçoit un rapport des plénipotentiaires de Sa Majesté l'Empereur à Udine qui porte, que le général Clarke leur a donné à connaître qu'il avait reçu par le directoire une note de la cour de Berlin, et que le directoire avait instruit en conséquence de cette note ses plénipotentiaires de faire des ouvertures à Sa Majesté l'Empereur au nom du Roi de Prusse. Les nôtres ont eu l'air de n'y attacher aucune importance et ont fait entendre au général Clarke, que les données quelconques qui pouvaient en faire l'objet ne sauraient

qu'être étrangères à la négociation actuelle. Ils ont cependant tâché de pénétrer ce dont il pouvait être question. Le général Clarke (VII) a longtemps hésité de s'ouvrir d'avantage, mais enfin il a observé que c'était dommage que la cour de Vienne eût refusé l'offre de ceux des princes d'Empire qui avaient voulu s'en remettre à elle du soin de négocier leur paix; il n'a pas caché qu'il s'agissait d'un plan concernant l'Allemagne; il a annoncé que les ouvertures en question seraient faites par lui dans les conférences, pour lesquelles on n'attendait que l'arrivée de Buonaparte, et nos plénipotentiaires ne s'étant pas désisté du principe, que cet objet ne les regardait en rien et ne faisait nullement partie de leurs instructions, ils ont reçu pour réponse, que cependant la France pouvait toujours dans les négociations faire des propositions avantageuses à l'Empereur.

Il est aisé de prévoir, de quelle nature sont les propositions, auxquelles nous devons nous attendre; elles annoncent la plus étroite intelligence entre la Prusse et la république Française et probablement une détermination prise de leur part de porter les choses à l'extrême, si nous insistons irrévocablement sur l'article des préliminaires qui stipule l'intégrité de l'Empire. Vous voyez par là, monsieur le comte, quelle est l'importance de ce que j'ai été chargé de vous mander dans mon apostille précédente. Les Français commencent déjà à mettre le Roi de Prusse en avant comme un allié, sur lequel ils peuvent compter; il est bien essentiel que nous puissions en dire autant de la Russie, si l'on peut prévenir encore une nouvelle levée de bouclier. Une seule démarche bien prononcée de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies suffirait pour en imposer à la Prusse, pour l'arrêter dans ces pernicieux complots et ramener par là la France à ce qui était déjà solennellement convenu. Nous avons vu l'effet qu'ont produit sur la cour de Berlin les ordres donnés à monsieur de Kallitschef (VIII) en réponse à la confidence de sa convention secrète. Si depuis les perfides conseillers de Frédéric Guillaume ont persuadé à leur monarque agonisant de reprendre ses anciens errements, c'est parce qu'ils ont eu la noirceur de lui faire accroire, que l'intérêt qu'y prenait Sa Majesté Impériale de toutes les Russies était considérablement refroidi, et qu'il ne prévaudrait jamais sur ses sentiments pacifiques.

Au reste, quand même l'intime allié de Sa Majesté croirait dans sa sagesse, que le moment actuel ne serait pas convenable pour une

démarche pareille, nous nous contenterions d'une nouvelle assurance positive dans le cas d'une attaque Prussienne de la stricte exécution des traités; nous n'en travaillerions pas moins à la paix par tous les moyens qui sont en notre pouvoir; mais au moins aurions-nous la certitude de ne pas être à la merci de la réunion de nos ennemis et de ne pas nous voir dans la nécessité de souscrire aveuglément à un nouvel ordre de choses destructif pour l'Europe, et dont la Russie elle-même ne tarderait pas à ressentir les funestes effets.

Je le répète encore: Sa Majesté ne doute nullement de la loyauté, de la fidélité de son intime allié, elle se rappèle avec la plus vive reconnaissance les assurances qu'elle en a reçues à son avènement au trône; mais la circonstance est trop critique et l'Empereur de Russie trop juste, pour ne pas approuver les motifs qui font désirer à notre auguste maître d'être encore une fois rassuré à cet égard. Telles sont, monsieur le comte, les représentations, dont monsieur le baron de Thugut vous charge auprès des ministres de l'Empereur. Vous ne sauriez trop vous hâter de lui en transmettre le résultat.

J'ai l'honneur d'être etc.

LX.

Thugut an Dietrichstein.

Wien, den 30. August 1797[1]).

Aus dem Schreiben des Herrn Grafen von Cobenzl Excellenz vom 16. d. haben Euer Excellenz ersehen, dass in der immer steigenden Gefahr für das Reich unsere Reichsstände, ohne von uns aufgefordert zu sein, auf den Entschluss gekommen sind, den k. russ. Hof, welcher mit der Garantie des Teschner Friedens auch die Unterstützung und Handhabung der auf den westphälischen Frieden gegründeten Reichsverfassung und Reichsintegrität übernommen und sonst in allen Gelegenheiten seinen aufrichtigen Antheil an Erhaltung des Reiches feierlich zu erkennen gegeben hat, nun auch bei den Reichsfriedensunterhandlungen mit Frankreich als wichtigen Garanten der Reichsverfassung förmlich anzurufen.

Da über das, was Euer Excellenz bei diesem Umstand zu beobachten und wie Sie sich zu benehmen hätten, in dem obbemeldeten

---

1) Daisers Entwurf.

Schreiben Alles erschöpft ist, was zu Dero Anleitung an Hand zu geben dienlich schien, so muss ich mich diesfalls hierauf lediglich beziehen und beschränke mich blos, zu Dero weitern Wissenschaft Euer Excellenz zu erwähnen, dass in der Zwischenzeit ein besonderes, so dringlich als ehrfurchtsvolles Schreiben des Herrn Kurfürsten von Mainz an Se. russ. kais. Majestät, wie ich vernehme, dort schon angelangt sein wird.

Der ganze oberrheinische Kreis ist diesem Beispiel einstimmig gefolgt, und soeben erhalten wir die Nachricht, dass auch der fränkische Kreis, ungeachtet sich dort bei der für Preussen bestehenden grossen Partei der drohende preussische Einfluss viel mehr als anderswo äussert, den nämlichen Schluss gefasst, auch schon ein in vertrauensvollen, ehrerbietigsten Ausdrücken verfasstes ähnliches Ansuchungsschreiben an den Kaiser von Russland entworfen habe. In dem schwäbischen Kreise ist man einmüthig zu eben diesem Schritt entschlossen; in dem bayerischen Kreis wird das Nämliche geschehen; desgleichen werden auch einzelne Stände aus den von dem Feind besetzten Kreisen den mächtigen russischen Beistand anflehen.

Mit jedem Tag überzeugen sich die Reichsstände mehr, dass nur durch die thätige Dazwischenkunft des russ. kais. Hofes das deutsche Reich und einzelne Reichsstände von ihrem gänzlichen Untergang noch gerettet werden können. Preussen und Frankreich lassen über ihre Absichten, mit dem Reich nach Willkür zu disponiren, keinen Zweifel mehr übrig. Am Niederrhein bearbeitet man die Unterthanen öffentlich, um sie zu vermögen, dem Reich und der vorigen Regierung den Gehorsam aufzukünden, sich selbst eine Verfassung zu geben oder mit der französischen sich zu vereinigen.

Der Kurfürst von Trier eröffnete neulich dem Grafen von Fugger, dass am Unterrhein bereits 80/m Deutsche auf die durch deutsche Gelehrte nach den französischen Absichten bearbeiteten, sehr verführerischen Proclamationen unterschrieben haben, und es wird sehr besorgt, diese Ansteckung möchte auch sich mehr den Rhein herauf und auch in Schwaben verbreiten, wo an verschiedenen Orten, und besonders unter einem grossen Theil der württembergischen Landstände, die Absichten auf Regierungsreformen, mehr als man glauben will, gerichtet sind. In der Hoffnung, bei einer allgemeinen Verwirrung in dem Reich sichern Gewinn zu machen, ertheilt Preussen allen frechen, französische Grundsätze verbreitenden Schriftstellern

beinahe öffentlichen Schutz und lässt den französischen Unternehmungen ungescheut das Wort sprechen, wie dies Euer Excellenz aus ein Paar Stellen der im Anspachischen geschriebenen Reichs- und Staatszeitung in der Anlage entnehmen können.

Diese Umstände, die erneuerten factischen Vorgänge Preussens gegen die Reichsstände des fränkischen Kreises mit öffentlicher Verachtung der reichsgerichtlichen Verfügungen und die ohne alle nur scheinbare Veranlassung unternommene Besetzung des Bisthums Hildesheim schlagen den Muth der Reichsstände so nieder, dass sie sich gänzlich der französischen und preussischen Willkür blosgestellt erachten, wenn nicht eine allgemein erwünschte imposante Antwort des kaiserlichen russischen Hofes auf ihr Ansuchen den Fortschritten dieser für das Reich gleich feindlichen Mächte Einhalt thut und ihre gegründete Hoffnung auf die Gerechtigkeit ihrer Sache neu belebt. Die Reichsstände gründen ihre Hoffnungen auf die Jedermann einleuchtende Betrachtung, dass die Zerstücklung des deutschen Reiches so wie eine allgemeine Zerrüttung der europäischen Staaten, — oder aber, wenn Preussen hier mit seiner Macht über allen Widerstand des demokratischen Geistes siegen sollte, — doch eine gewiss Russland nicht gleichgiltige Veränderung durch die ungeheure Vergrösserung Preussens und Frankreichs in dem europäischen Staatensystem zur Folge haben müsse. Dann trösten sich die Reichsstände auch damit, dass, nachdem Russland in dem Teschner Frieden die Garantie des westphälischen Friedens, hiemit der ganzen Reichsverfassung, zu übernehmen des allgemeinen Bestens zu sein erachtet hat, diese Garantie sich in dem entscheidenden Zeitpunkte um so nachdrücklicher äussern dürfte, als es dermalen um die Integrität von 3 Kurfürstenthümern und um die Existenz so vieler anderer Reichsstände offenbar zu thun ist. Ob nun schon, wie ich oben bemerkte, wir die Reichsstände zu dem Ansuchen bei Russland nicht aufgefordert haben, so können wir doch in Beherzigung der Lage Deutschlands ihren Beweggründen den Beifall nicht versagen; denn wir müssen ganz natürlich auch gern sehen, dass die Reichsstände ein so ausgezeichnetes, in der Folge wohl zu benutzendes Vertrauen einem Hofe schenken, auf den wir, als unsern nächsten Alliirten, sowohl für uns als für die gemeinsame gute Sache die stärkste Hoffnung zu richten nicht umhin können.

LXI.

Thugut an Dietrichstein.

Vienne, le 4 Octobre 1797[1]).

Vous savez déjà que Sa Majesté a envoyé monsieur le comte de Cobenzl à Udine (IX), muni des instructions et pouvoirs les plus amples, afin de conclure la paix, pour peu que l'exagération des prétentions des Français la rende possible. Dans la première entrevue que ce plénipotentiaire de Sa Majesté a eue avec Buonaparte ce dernier lui a fait entendre, que le gouvernement Français venait de signer une nouvelle convention avec la cour de Berlin, par laquelle la Prusse, au moyen d'agrandissements en Westphalie dont on était convenu pour elle, et au moyen de quelques sécularisations en faveur de la maison d'Orange, promettait des secours effectifs à la France pour le cas de la continuation de la guerre. Nous n'attribuons pas sans doute aux propos souvent hasardés de Buonaparte plus de valeur qu'ils ne méritent: cependant la chose est par elle-même trop importante, pour que les deux cours impériales ne soient très intéressées à l'approfondir. Ce qu'il y a de certain, c'est qu'il n'est point de perfidie que l'on ne doive craindre de la part de la cour de Berlin: il nous est connu d'une manière non douteuse, que non seulement elle applaudit à Paris, mais qu'elle excite même le directoire Français et coopère par ses émissaires à la démocratisation de la rive gauche du Rhin, déjà fort avancée dans les électorats de Trèves et de Cologne, et qui est regardée par la Prusse comme une opération nécessaire pour avoir le droit d'insister sur l'exécution des stipulations secrètes de son traité de Bâle et se faire adjuger l'évêché de Munster en compensation de ses possessions d'outre Rhin qu'elle est charmée de livrer à la France à ce prix-là. En supposant même ce que nous répugnons si fort à croire: que la Russie ne s'affecte que médiocrement du destin de l'Allemagne, et qu'elle soit disposée à renoncer volontairement au rôle glorieux que sa puissance l'avait appelée à jouer dans les grandes affaires de l'Europe, il semble qu'au moins le sort des différentes cours Germaniques, auxquelles Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies se trouve lié par des rapports étroits du sang et de la parenté, doive exciter toute son attention; car si la rive gauche du Rhin est

[1]) Abschrift des eigenhändigen Entwurfes.

une fois démocratisée, l'on espèrerait vainement, que le cours du Rhin arrêterait la contagion et l'empêcherait de se propager dans le reste de l'Allemagne. Loin de là il est à prévoir avec certitude, que surtout les États de Württemberg et de Bade, dont les habitants ne sont déjà que trop gangrenés, en seront les premières victimes, et que les princes de ces deux maisons augmenteront bientôt le nombre des autres princes, dépossédés depuis quelque temps par les effets du funeste bouleversement qui gagne de plus en plus l'Europe, et dont on se répentira amèrement, mais trop tard, de ne pas avoir réprimé les progrès. En communiquant aux ministres de Sa Majesté l'Empereur de Russie l'avis qui nous a été donné d'un nouveau traité de la Prusse avec la France, vous voudrez bien, monsieur le comte, leur représenter la nécessité de vérifier la chose, en demandant une explication aux ministres de Berlin, ce que la Russie est évidemment autorisée à faire. Il sera sans doute inutile d'indiquer la source de cette nouvelle ou de citer Buonaparte, et si vous n'êtes pas bien assuré du secret à cet égard de la part des ministres Russes, il sera à propos de s'abstenir de nommer Buonaparte vis-à-vis d'eux-mêmes, en ne leur donnant nos soupçons sur la conclusion d'un nouveau traité de la Prusse que comme fondés sur différents avis qui nous étaient parvenus. Nous avons appris avec étonnement, que le prince de Condé était pressé par Alopeus et par le prince Gorczakoff de se mettre sans aucun délai en marche pour la Russie; nous sommes certainement charmés de l'asyle que la générosité de la cour de Pétersbourg prépare aux Français émigrés, mais je vous avoue que nous ne saurions comprendre, que son intention puisse être d'engager le prince de Condé et le corps de ses émigrés de quitter l'armée avant la paix et d'aller dans un moment, où la reprise des hostilités n'est rien moins qu'impossible, se retirer loin du théâtre d'une guerre, entreprise principalement pour leurs propres intérêts. Si le parti à tirer du corps peu considérable du prince de Condé n'est pas bien décisif, il n'en est pas moins vrai, que sa retraite précipitée dans ce moment fera naître des idées peu favorables à sa gloire, et qu'on s'en servira surtout pour accréditer en France une opinion très contraire à nos intérêts des véritables sentiments de Sa Majesté Impériale de toutes les Russies, qu'on représentera comme n'hésitant pas à affaiblir notre armée, sans aucun égard à l'incertitude de la paix, loin de marquer quelque disposition pour venir au besoin à no-

tre secours par des corps auxiliaires: la chose paraît en elle-même si extraordinaire, que nous sommes tentés de croire que c'est un tour que prétend nous jouer Alopeus, et que selon son usage il aura peut-être concerté avec la cour de Berlin.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXII.

Thugut an Dietrichstein.

Vienne, le 2 Novembre 1797.

Monsieur le comte de Cobenzl devant vous faire connaître les intentions de Sa Majesté sur tout ce qui concerne le traité signé le 17 Octobre à Campo Formio et les circonstances qui y sont relatives, je me bornerai ici à m'en rapporter au contenu des dépêches que cet ambassadeur vous adresse; je m'empresse d'y ajouter, monsieur le comte, qu'ayant rendu compte à l'Empereur des motifs qui vous font désirer de revenir à Vienne, Sa Majesté a daigné les approuver; il dépendra par conséquent de vous de profiter de la permission que la bonté de l'Empereur vous accorde, dès que, conformément aux instructions de monsieur le comte de Cobenzl, vous vous serez acquitté de la tâche que Sa Majesté par le courrier d'aujourd'hui a jugé à propos de confier à votre zèle.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXIII.

Cobenzl an Dietrichstein.

Vienne, le 2 Novembre 1797.

Son Excellence monsieur le ministre des affaires étrangères n'a pas manqué de mettre sous les yeux de l'Empereur les différents rapports qui lui sont arrivés de votre part des 20, 27, 29 Septembre, 10 et 13 Octobre. Sa Majesté y a trouvé avec plaisir de nouvelles preuves de votre zèle pour son service, ainsi que de la sagacité de votre conduite. Quelque satisfaisant que soit au reste leur contenu, il aurait été bien à désirer, que le même langage eût été tenu par la cour de Russie, les mêmes démarches ordonnées de sa part à Berlin

ans un temps, où elles auraient pu avoir une influence plus directe ur la conclusion de la paix. Vous n'ignorez pas, monsieur le comte, ue la manière dont Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies 'est expliqué lors de mon audience de congé semblait présager que et auguste prince, garant de la constitution Germanique, envisageait l'état actuel de l'Allemagne comme impossible à maintenir et nos préliminaires avec la France exposés à des changements inévitables.

Vous avez vous-même eu occasion de vérifier ses sentiments à cet égard, et encore dans la dépêche que vous avez envoyée par la poste le 10 Octobre, c'est-à-dire trois jours avant le départ de votre courrier, vous avez rendu compte de ce que vous a dit à ce sujet monsieur le prince de Besborodko qui tendait visiblement à un démembrement de l'Allemagne, considéré comme le seul moyen de parvenir à la paix.

Notre auguste maître, par une suite de sa confiance illimitée dans l'amitié de son intime allié, n'a pas voulu différer de lui faire part, sous le sceau du plus profond secret, des conditions de la paix qui vient d'être conclue. Sa Majesté m'a ordonné d'adresser à cet égard le paquet ci-joint à monsieur le prince de Besborodko, contenant la copie du traité et des articles secrets. Je dois vous prier, monsieur le comte, de le remettre le plus tôt possible à ce ministre. Je vous envoie en même temps pour votre information particulière la copie de tout ce que j'ai été chargé de lui transmettre; mais en vous recommandant de n'en donner connaissance à personne de votre chancellerie qu'au seul baron de Seddeler et de n'employer que lui dans tout ce que vous aurez à faire écrire à ce sujet, — l'extrême importance de ne pas laisser ébruiter avant le temps ce à quoi malheureusement on a dû se prêter exigeant qu'on redouble à cet égard de précautions.

Il reste peu de chose à ajouter au contenu de ma lettre à monsieur le prince de Besborodko qui vous informera en détail des résolutions de notre auguste maître et de ce qu'il attend dans ce moment-ci de la Russie. S'il était possible que Paul Ier attachât assez de prix au maintien de l'intégrité du corps Germanique, pour se décider à nous fournir des secours effectifs qui nous misent dans le cas de soutenir la lutte avec quelque espoir fondé de succés, Sa Majesté n'hésiterait pas à revenir sur tout ce qui s'est fait, et dont l'exécu-

tion est si compliquée, quelle n'en fournira que trop de moyens fondés sur la plus stricte justice; mais vous connaissez assez le souverain actuel de l'Empire de Russie, pour apprécier le peu de fond que l'on peut faire sur ses promesses et sur ses opinions toujours versatiles. Dès lors il ne reste plus d'autre parti à prendre que de tâcher de lui faire approuver le plus que possible la malheureuse paix que nous avons été contraints de signer et de l'engager à en soutenir l'exécution par tous les moyens qui dépendent de lui, surtout à bien contenir le Roi de Prusse et à l'empêcher de prétendre à de nouvelles acquisitions sous le prétexte des dédommagements faibles et incomplets que nous sommes obligés de recevoir en Allemagne, parce qu'il a été impossible d'engager Buonaparte à nous les donner en Italie, sur quoi j'avais insisté jusqu'à la dernière extrémité.

Voilà, monsieur le comte, ce qui doit faire l'objet de vos soins les plus assidus dans le moment actuel, et par où vous devez terminer votre mission en Russie, dans laquelle vous avez déjà acquis de nouveaux droits à la bienveillance de Sa Majesté.

Il est aisé à prévoir la sensation que produiront en Empire les articles secrets de notre traité avec la France, lorsqu'on en viendra à l'exécution, le parti que la cour de Berlin cherchera à en tirer contre nous et tous les efforts qu'elle employera pour remplir ses projets d'agrandissement à cette occasion. Quelque sacré que soit l'engagement que la France contracte vis-à-vis de nous par l'article 9 secret du dit traité, il est difficile de compter sur la fidélité avec laquelle elle le remplira. Il n'y a donc que la Russie qui peut y tenir la main, sans avoir besoin pour cela d'autres moyens que de continuer ceux qu'elle vient de mettre en usage à Berlin, et elle y a sans doute autant d'intérêt que nous.

Il ne peut pas lui convenir que l'équilibre soit renversé au point que la puissance Prussienne augmente encore, que celle de l'Autriche diminue, tandis qu'il est si aisé à Paul I[er] de l'empêcher; c'est ce que vous ne pourrez trop représenter au ministère de Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies, en vous efforçant par toutes les voies possibles de le bien convaincre lui-même de cette vérité et en conformant votre langage au contenu de ma lettre à monsieur le prince de Besborodko.

Il est aussi à remarquer, que le mot uniquement qui se trouve dans l'article 20 du traité patent, relativement au congrès de

astadt, en exclut tous les princes de l'Empire qui ne sont pas de la éputation, et par conséquent le Roi de Prusse lui-même qui n'en ait pas partie, ce qui d'ailleurs est conforme aux loix de la constitution Germanique. Il ne sera pas inutile que vous saisissiez, monsieur e comte, une occasion favorable pour en faire l'observation à monsieur le prince de Besborodko.

J'ai l'honneur d'être etc.

LXIV.

Mémoire.

Fait à Vienne, le 22 Novembre 1800 [1]).

Si par des considérations majeures, que peuvent présenter l'état de la monarchie et la situation générale des affaires de l'Europe, Sa Majesté croit devoir se déterminer à ne pas repousser simplement les ouvertures faites par Joseph Buonaparte à Luneville(X), mais d'autoriser le comte de Cobenzl à se prêter à des discussions régulières sur les moyens d'un arrangement entre l'Autriche et la France, il semble que les observations suivantes pourraient servir de matière aux premières instructions dont Sa Majesté daignerait munir son vice-chancelier de cour et d'état, relativement à la marche à tenir dans cette occasion importante.

Le point à régler d'abord avant tous les autres serait l'assurance du plus strict secret sur la négociation à entamer et sur tous les détails qui pourront y avoir trait; les Français eux-mêmes ne sauraient méconnaître le droit que nous avons d'exiger, qu'il soit pris toutes les mesures de précaution, propres à dissiper des inquiétudes qui ne se trouvent que trop justifiées par les exemples du passé. Les actes des articles secrètes des préliminaires de Leoben et de la paix de Campo Formio ont bientôt paru dans toutes les gazettes: la convention militaire du 1 Décembre 1797 a eu le même sort, quoique le secret en eût été garanti par la promesse formelle du premier consul actuel lui même etc.

---

[1]) Abschrift des Thugut'schen Entwurfes.

Il n'est malheureusement que trop vrai, qu'il est à peu près impossible d'imaginer des moyens capables de procurer une sûreté parfaite contre les écarts de la. mauvaise foi; mais comme il ne faut au moins rien négliger de ce qui est faisable, l'on pourrait faire usage d'un moyen, employé en 1756 à l'occasion des négociations négatives à notre rapprochement et alliance avec la France, où avant l'ouverture des conférences un acte a été signé par les plénipotentiaires, contenant, sous la parole la plus sacrée des deux gouvernements, l'engagement le plus solennel pour le cas où la négociation n'aurait pas eu de succès, d'ensévelir dans un silence perpetuel son existence aussi bien que tout ce qui y aurait eu ou y aurait du rapport, chacun des deux gouvernements répondant de la fidélité du petit nombre des individus qu'il n'aurait pu se dispenser de mettre dans le secret, promettant qu'en cas de rupture des conférences tous les papiers qui auraient pu avoir été échangés pendant leur cours seraient loyalement et scrupuleusement restitués de part et d'autre, et que dans aucun temps, soit en paix soit en guerre, il ne sera à l'avenir fait aucune mention d'une négociation qui, si elle ne conduit pas au but qu'on s'était proposé, devait être absolument considérée comme n'ayant jamais eu lieu.

Après que le comte de Cobenzl aurait eu soin de faire rédiger un pareil acte dans la forme et les termes les plus obligatoires, l'on procèderait successivement aux explications plus confidentielles, que le grand objet que l'on a en vue exige nécessairement de part et d'autre.

En suite de la guerre longue et cruelle que se sont faite les deux puissances, et après que jusqu'ici l'on s'est permis d'abuser si souvent de notre loyauté, il est évident, et Joseph Buonaparte en a lui-même fait la remarque, que l'ouvrage aussi délicat qu'important d'une négociation, ne tendant pas à moins qu'à un revirement entier dans le système suivi jusqu'ici, ne saurait être tenté avec quelque espoir de succès qu'en établissant entre les deux gouvernements la conviction parfaite d'une bonne foi mutuelle dans l'occasion présente et d'une disposition sincère à se prêter aux convenances réciproques.

Une des preuves essentielles à demander à cet égard au gouvernement français, c'est qu'il veuille bien entrer dans le juste désir que Sa Majesté a qu'afin d'obvier aux calomnies et aux vociférations des malveillants contre l'Autriche, les deux gouvernements s'en-

tendent confidentiellement entre eux sur la manière d'abord de donner le change à la curiosité des envieux sur la négociation que l'on va entamer, et par la suite sur les formes à employer, pour que notre arrangement avec la France, si tant y a qu'il soit possible d'y parvenir, puisse plus ou moins se concilier avec la lettre de notre traité avec l'Angleterre.

Lord Minto (XI), alarmé de voir le comte de Cobenzl rester à Luneville sans le concours d'un plénipotentiaire britannique, insiste avec force sur le rappel de ce vice-chancelier de cour et d'état; il s'agira donc de trouver avant tout un prétexte qui puisse motiver un plus long séjour du comte de Cobenzl en France.

Il paraît qu'à cet effet le vice-chancelier de cour et d'état de Sa Majesté pourrait présenter un mémoire, dans lequel il renouvèlerait de la façon la plus instante l'admission d'un plénipotentiaire anglais à Luneville, comme absolument nécessaire pour le commencement des négociations, en déclarant qu'en cas de refus plus longtemps continué de l'expédition des passeports requis il avait ordre de quitter lui-même la France et de se retirer à Francfort ou dans quelqu'autre ville voisine, jusqu'à ce que des conférences pussent être ouvertes avec l'intervention d'un plénipotentiaire britannique.

En supposant l'accord secret des deux gouvernements sur cette démarche, celui de France ne peut faire aucune difficulté d'acquiescer en principe à l'admission d'un plénipotentiaire anglais à Luneville. Le gouvernement français est trop fertile en expédients, pour que, malgré cet assentiment apparent, il ne trouve aisément des prétextes et des moyens de retarder par la suite pendant quelque temps encore l'arrivée du négociateur anglais, afin que les deux puissances puissent dans l'intervalle convenir des bases principales de leur arrangement particulier; rien n'empêcherait même que, malgré la présence du plénipotentiaire anglais à Luneville qui pour la forme interviendrait à quelques conférences générales, le grand ouvrage ne fût conduit à sa perfection par la voie d'une négociation séparée et secrète.

Mais; pour empêcher que l'intelligence secrète entre les deux gouvernements ne fût évantée avant le temps, il serait indispensable que tout ministre ou émissaire d'un autre gouvernement quelconque, à l'exception des plénipotentiaires d'Autriche, d'Angleterre et de France, soit exclu de Luneville, jusqu'à ce que les bases principales de l'arrangement entre les deux puissances, autrichienne et française, soient con-

venues. L'on pourrait éconduire ceux des ministres et agents étrangers qui demanderaient d'être admis à Luneville, en alléguant qu'il ne s'agissait pour le moment que de discuter dans des conférences préparatoires les premiers apperçus de la possibilité d'un rapprochement quelconque avec l'Autriche et l'Angleterre; que, dès qu'une fois l'on aurait vu jour à des voies de conciliation, et que par conséquent il serait question de fixer plus particulièrement les objets, toutes les parties intéressées pourraient être invitées à paraître au congrès afin de concourir, en ce qui regarde chacune d'elles plus spécialement, à la confection de la paix générale.

Supposé que la négociation que le comte de Cobenzl entamera, ouvrît en effet le chemin à un arrangement sur les intérêts respectifs des deux gouvernements, Sa Majesté pourrait être dans le cas de désirer que les actes, dans lesquels seront consignées les bases convenues, soient tenus secrets jusqu'au mois de Mars prochain, pour être à cette époque échangés contre d'autres actes, entièrement semblables, mais portant la date du 10 ou 15 Mars.

Cette demande serait motivée par l'expiration du terme de notre traité avec l'Angleterre à la fin du mois de Février. Une telle condescendance ne saurait être préjudiciable à la France à aucun égard, vu que tous ces actes, dès leur confection, seraient revêtus de toutes les formes usitées entre les puissances, et que la stipulation séparée et secrète de leur échange, à une époque fixe, contre d'autres actes exactement semblables à la date près n'en saurait en manière quelconque altérer ni affaiblir la validité.

Au surplus, quoique l'admission de la proposition que l'on vient d'indiquer serait souhaitable par la raison, qu'une date postérieure au commencement de Mars présenterait l'arrangement qu'on aurait conclu avec la France comme n'ayant été signé qu'après l'écoulement du terme de notre traité avec l'Angleterre, elle pourrait cependant, selon la nature de notre accommodement avec la France, et selon le plus ou moins d'accélération de sa conclusion, avoir l'inconvénient que l'évacuation des acquisitions qui seraient stipulées en faveur de l'Autriche pourrait par là être soumise à des retards, vu que cette évacuation ne saurait guère avoir lieu sans donner connaissance de notre transaction avec la France, laquelle on aurait supposé devoir demeurer ignorée du reste de l'Europe jusqu'après le commencement du mois de Mars prochain.

À mesure que le cours de la négociation développera mieux les conditions possibles de notre arrangement avec la France, et que l'on pourra conjecturer avec probabilité de l'époque, où cet arrangement pourrait être consommé, ce sera au vice-chancelier de cour et d'état de peser sur les lieux l'avantage ou l'inconvenance de l'idée exposée ci-dessus et de se diriger en conséquence.

Il est possible que les Français dès l'ouverture de la négociation demandent une promesse de notre part de ne pas renouveler nos engagements avec l'Angleterre, dont la prolongation devrait selon le traité faire le sujet d'une délibération prochaine entre les deux cours. Il est sans doute désavantageux de se lier les mains: cependant, si les Français y insistaient, il paraît qu'il n'y aurait pas grande difficulté de convenir, qu'il ne serait pas question du renouvellement de notre traité avec l'Angleterre, aussi longtemps que la tournure que prendra la négociation avec le gouvernement français nous fournira des motifs d'espérer, qu'elle pourra conduire à la réconciliation des deux puissances sur un pied raisonnable.

De la manière dont Joseph Buonaparte s'est expliqué envers le vice-chancelier de cour et d'état, la conclusion d'un nouvel armistice, tant pour l'Allemagne que pour l'Italie, ne rencontrera plus aucune difficulté, aussitôt que le comte de Cobenzl aura déclaré être autorisé à discuter les conditions possibles d'un arrangement particulier avec la France; et, à tout bien considérer, l'on doit présumer le gouvernement français lui-même d'autant plus disposé à de nouvelles suspensions d'hostilités, qu'indépendamment des obstacles qu'apporteraient probablement à la pacification des revers ou des succès trop marquants de part ou d'autre, il ne pourrait être de l'intérêt du premier consul, aussi peu qu'il le serait du nôtre, d'exposer les armées à se fondre et détruire inutilement par les pertes de tout genre inévitables pendant une campagne d'hiver.

Joseph Buonaparte étant lui-même convenu que, pour rendre possible le rapprochement entre les deux puissances, il est d'une nécessité indispensable de nous inspirer avant tout de la confiance dans la bonne foi du gouvernement français et dans la sincérité de ses dispositions à faciliter le règlement de tous les objets relatifs à sa réconciliation avec l'Autriche, la fixation des conditions pour le nouvel armistice fournira d'abord l'occasion de nous donner une première preuve de ces sentiments.

Le gouvernement français ne devrait donc pas hésiter de consentir en Italie, indépendamment de la retraite immédiate de ses troupes de la Toscane, à évacuer en même temps les trois légations dont l'occupation n'est pour les troupes françaises que d'un bien médiocre avantage, pendant qu'elle nous serait nécessaire pour la communication avec Ancone, pour nous rassurer sur les projets d'envahissement contre Rome et Naples, annoncés hautement en Italie par les généraux français eux-mêmes, et pour servir enfin d'une sorte de compensation pour les ravages si injustement et déloyalement exercés par l'armée française en Toscane, et dont certainement réparation est due à Sa Majesté et au grand duc son auguste frère.

En Allemagne il serait à desirer, que l'armée française se retirât pendant l'armistice derrière le Lech; sous le point de vue militaire, et soit qu'Ingolstadt soit conservé, ou qu'on continue à démolir cette forteresse, il n'en résulterait guère de préjudice pour l'armée française de l'évacuation d'une étendue de pays dont l'occupation ou la reprise dépendra toujours du premier succès des armes; l'on pourrait d'ailleurs stipuler en tout cas, que le territoire évacué resterait neutre pendant la durée de la trève et ne serait occupé par aucune force militaire de part ni d'autre.

Si les Français se refusaient absolument à ces propositions malgré leur convenance et justice évidente, et qu'il fût également impossible de faire admettre les gradations intermédiaires dont ces propositions seraient susceptibles, il faudrait dans tous les cas exiger comme condition sine qua non: qu'en Italie les troupes de Sa Majesté soient sans le moindre delai réintégrées en Toscane, comme elles y étaient avant l'invasion du général Dupont; que du côté du Ferrarois la démarcation fixée par la convention de Verone du 31 Juillet, ainsi que la promesse de ne rien entreprendre contre le midi de l'Italie soient confirmées, et qu'il soit pris les arrangements nécessaires pour assurer à nos troupes du côté d'Ancone et en Toscane des communications entièrement libres avec l'armée de Sa Majesté.

Quant à l'Allemagne, s'il était décidément impossible d'y revenir sur les limites de la convention de Hohenlinden, il serait au moins nécessaire d'insister avec la plus grande force sur la cessation des exactions et réquisitions intolérables dont sont écrasés la Bavière et le pays de Württemberg, appartenants à des princes, auxquels Sa Majesté prend le plus grand intérêt. Il serait à cet effet fait une con-

vention expresse entre les généraux commandants en chef les deux armées avec l'intervention des chargés des pouvoirs de l'Électeur et du Duc, et dans laquelle les prestations, auxquelles les deux pays seraient tenus pendant l'armistice envers l'armée française, seraient déterminées.

Après que le vice-chancelier de cour et d'état de Sa Majesté aura fait adopter par le gouvernement français le principe général de la prolongation ou du rétablissement de l'armistice, il presserait la plus prompte expédition des ordres à envoyer aux généraux français commandants en Allemagne et en Italie, afin que chacun des deux puisse, dans sa partie, faire régler sur les lieux les détails y relatifs avec le général commandant en chef l'armée de Sa Majesté. Pour peu que les Français soient réellement disposés à faire montrer de bonne volonté, il ne devrait pas être difficile au comte de Cobenzl d'obtenir que la modération, l'esprit de conciliation et la condescendance en toute chose raisonnable soient fortement recommandés aux généraux français.

Il conviendrait peut-être de fixer le terme de la nouvelle trêve au 1er Avril, d'autant que, surtout en Allemagne, la saison ne permet guère de.reprendre les hostilités avant cette époque: si l'on préférait un armistice pour un temps indéfini, il faudrait toujours en faire précéder la rupture par une dénonciation de vingt ou vingt-cinq jours, pour avoir le temps de rassembler les troupes, que le besoin de subsistance et le soin de leur conservation obligera de répartir pendant l'hiver sur une étendue de pays plus considérable.

Dans tous les cas, il devrait être convenu d'avance que, supposé que la trêve vînt à cesser, les hostilités recommenceraient le même jour en Allemagne et Italie.

Les points dont ce mémoire a traité jusqu'ici ne sont proprement qu'un préalable, devant servir d'introduction à la négociation sur les projets et les vues mêmes dont Joseph Buonaparte s'est ouvert au vice-chancelier de cour et d'état, et que le plénipotentiaire français croit propres à fonder un arrangement également avantageux aux deux puissances.

L'on ne disconviendra pas, que quelques-unes des idées, proposées par Joseph Buonaparte, sont conformes aux intérêts de Sa Majesté; ses réflexions sur les dangers de l'existence des nouvelles républiques Italiennes, foyers éternels de troubles et de dissension

entre l'Autriche et la France, sont très justes; la proposition de fournir à Sa Majesté en Italie toutes les indemnités qui pourraient lui compéter des acquisitions et diverses compensations que le traité de Campo Formio lui a adjugées en Allemagne, a été par nous-mêmes mise en avant dans les négociations de Selz et n'a cessé depuis d'être regardée par Sa Majesté comme la base la plus convenable de sa paix future: la ligne indiquée par Joseph Buonaparte pour les nouvelles possessions autrichiennes paraît, comme première offre, présenter l'espoir de facilités raisonnables pour le reste de la négociation, d'autant qu'il n'y a guère lieu à douter que la restitution du Modenois et du duché de Massa Carrara n'ait dû y être sousentendue.

Il semble donc que rien ne devrait empêcher de faire déclarer à Joseph Buonaparte que, considérées en général et comme un premier aperçu, ses ouvertures ont paru à Sa Majesté propres à fournir matière à des discussions ultérieures et à un examen régulier; qu'en conséquence Sa Majesté a autorisé son vice-chancelier de cour et d'état de conférer sur ces objets sous le sceau du secret avec le plénipotentiaire du gouvernement français.

Il conviendra alors d'insister à ce que Joseph Buonaparte, après avoir demandé et obtenu l'aveu de son frère le premier consul, expose son plan d'une manière précise et dans toute son étendue. Avant d'avoir connu ce plan dans toutes ses parties il est impossible de rien préjuger sur l'acceptabilité des offres faites à l'Autriche en Italie; car, les acquisitions de l'Autriche devant être la compensation de celles que la France ferait, il est manifeste qu'elles ne sauraient être appréciées que d'après le tableau des vues que la France elle-même se propose.

Quelque séduisants que fussent les avantages que l'on nous présenterait en Italie, ils deviendraient bientôt illusoires, si les prétentions et les projets du gouvernement français étaient tels du côté de l'Allemagne et ailleurs, qu'il fût impossible à Sa Majesté d'y accéder sans blesser tous les égards qu'elle doit à sa gloire, à l'indépendance de sa monarchie et au salut de l'Europe.

L'on ne se dissimule point que les revers que les armes de l'Autriche ont éprouvés dans la guerre ne lui permettent pas de réclamer une stricte égalité dans les avantages que la paix doit procurer aux deux puissances; mais encore faut-il des approximations quelconques; encore faut-il que l'exagération habituelle des vues de la

France soit tempérée par la modération au point de ne pas détruire ouvertement toute sorte d'équilibre et d'ôter au reste de l'Europe tout moyen de résistance dans l'avenir.

L'on observera ici que la prétention du gouvernement français, d'annexer tout le Piémont et la Ligurie à la France, offre déjà un contraste bien remarquable avec la proposition, faite par Joseph Buonaparte: qu'il nous serait fourni un équivalent non seulement de toutes nos pertes en Allemagne, mais aussi de tout ce que la France désirerait de retenir en Italie: puisque toutes les nouvelles acquisitions indiquées à l'Autriche par Joseph Buonaparte suffiraient à peine pour balancer la valeur du Piémont seul et de la Ligurie, dont l'incorporation à la France serait d'ailleurs sujette à d'autres inconvénients presqu'insurmontables.

Au total l'unique moyen de s'entendre et de rapprocher au plus tôt, s'il est possible, les prétentions respectives, c'est que Joseph Buonaparte expose au vice-chancelier de cour et d'état tout l'ensemble des vues du gouvernement français pour la pacification future, y comprenant aussi l'état futur de la Hollande et surtout de la Suisse, et indépendamment des acquisitions que la France est dans l'intention de s'adjuger du côté de l'Allemagne, les diverses autres conditions sur lesquelles elle se propose de baser sa paix avec l'Empire.

La promesse de l'inviolabilité du secret, pour tous les cas, doit lever tout obstacle à une explication détaillée, claire et précise. L'exposition de nos observations et les contreprojets qui s'en ensuivront de la part de l'Autriche allègeront infiniment la négociation et éclairciront bientôt la matière au point de pouvoir juger, si l'arrangement projeté entre les deux puissances est possible.

Le gouvernement français, supposé que ses intentions soient droites, ne peut méconnaitre l'utilité et la convenance de cette méthode qui a été d'ailleurs dans tous les temps la marche usitée de la diplomatie en de pareilles occasions; car la pétulance, si souvent affectée jusqu'ici par les négociateurs français pour précipiter la décision des affaires les plus importantes à boule vue et sans laisser le temps d'approfondir la question, ne serait désormais qu'un piége usé, vu le déplorable exemple des divers gouvernements qui ont été déjà la victime d'un semblable artifice.

Il n'est que trop vrai, comme Joseph Buonaparte en a fait la remarque, qu'un arrangement fondé sur des bases analogues à son

projet nécessiterait, par la suite des rapports plus étroits, des engagements de garantie et autres entre l'Autriche et la France.

Si les ouvertures de Joseph Buonaparte menaient en effet à une réconciliation sincère entre les deux gouvernements, fondée sur un arrangement d'une convenance mutuelle, Sa Majesté sera sans doute disposée aux liaisons que le nouvel ordre des choses exigerait ou inviterait à contracter; et elle y répugnerait moins encore, s'il était possible que la conduite du gouvernement français envers elle lui eût d'avance inspiré quelque confiance dans sa loyauté; mais pour le moment encore il serait sans doute prématuré et impolitique de s'enchaîner par des promesses formelles concernant des engagements futurs dont, dans la supposition du succès de la négociation, les stipulations du traité même indiqueront et détermineront la nature.

Rien n'est plus juste que la surprise du vice-chancelier de cour et d'état sur la différence notable entre le ton insolent des propos du premier consul à Paris et le langage qu'a tenu son frère au plénipotentiaire de Sa Majesté à Luneville. Mais, outre qu'il paraît assez dans le caractère du premier consul de se flatter souvent d'emporter par les brusqueries et les menaces ce qu'il a vainement tenté d'obtenir par les cajoleries et les sophismes, il serait possible encore que, les premières conférences avec Lucchesini l'ayant convaincu qu'il n'avait rien de réel et d'effectif à attendre de l'irrésolution de la Prusse en faveur de sa cause, il fût subitement revenu au système d'éblouir l'Autriche par l'appât de concessions séduisantes, et que les ordres eussent été donnés à Joseph Buonaparte en conséquence.

La supposition la plus favorable pour pouvoir se flatter d'une sorte de bonne foi de la part du premier consul, et à laquelle de certains propos de Joseph Buonaparte paraîtraient donner même quelque vraisemblance, serait que le premier consul s'occupe peut-être du projet de faire une nouvelle révolution dans la constitution en France, et qu'il pensât qu'il fût de son intérêt de s'assurer d'avance par l'offre d'avantages considérables des dispositions de Sa Majesté à contribuer par la reconnaissance de la nouvelle forme du gouvernement et par d'autres moyens d'influence à l'affermissement de son autorité.

La dextérité du comte de Cobenzl parviendra aisément à ramener sans affectation Joseph Buonaparte aux discours tenus sur les inconvénients du peu de stabilité du gouvernement actuel de France,

en lui insinuant que la nomination d'un successeur, dont selon Joseph Buonaparte son frère s'occuperait, ne remédierait point aux vices inhérents de tout gouvernement électif; on pourrait trouver occasion de lui renouveler l'assurance de l'estime particulière que les brillantes qualités du premier consul avaient inspirée à Sa Majesté, ainsi que de ses dispositions favorables à l'égard de toute la famille Buonaparte; l'on ajouterait que, loin que Sa Majesté pût concevoir quelque jalousie de l'affermissement du pouvoir de ceux qui tiennent les rênes des affaires en France, elle le verrait avec plaisir, comme la garantie la plus efficace de la repression des doctrines révolutionnaires et démagogiques, si funestes au repos des peuples, et comme le moyen le plus sûr de faire naître la confiance si nécessaire pour les rapports et les liaisons avec les autres nations etc. Enfin, il sera bon de ne rien négliger pour provoquer des confidences et des explications sur les projets possibles de Buonaparte à cet égard, attendu que de sembables confidences pourraient être regardées en quelque sorte comme la vraie pierre de touche de la sincérité de ses sentiments au sujet du rapprochement projeté avec l'Autriche.

L'on ne donnera pas plus d'étendue à ce mémoire, d'autant que les grands talents du vice-chancelier de cour et d'état et son expérience dans le maniement des affaires les plus importantes n'ont besoin que de l'indication de quelques points généraux et d'une connaissance sommaire des intentions de Sa Majesté.

LXV.

Der Kaiser an Cobenzl.

Vienne, le 24 Novembre 1800 [1]).

Mon cher comte de Cobenzl! J'ai reçu vos rapports du 1 et du 4 de ce mois; votre conduite pendant votre séjour à Paris a obtenu mon entière approbation, et je l'ai trouvée conforme à l'esprit des instructions dont vous avez été muni à votre départ de Vienne.

Vos courriers m'ont depuis apporté aussi vos dépêches du 10 de Luneville et celles du 15, qui ne me sont parvenues que dans la nuit d'avant-hier.

---

[1]) Abschrift des Thugut'schen Entwurfes.

Mon désir constant d'accélérer la fin de la guerre désastreuse qui depuis tant d'années désole l'Europe m'a fait donner une attention particulière à vos rapports du 10, et ce désir, joint à différentes autres circonstances, aurait pu m'engager peut-être à passer par dessus beaucoup de considérations, si, après avoir éprouvé en tant d'occasions anciennes et récentes le peu de loyauté du gouvernement français, il y avait lieu d'en espérer plus de bonne foi dans l'occurrence actuelle.

J'ai fait rédiger à tout événement un mémoire que j'ai ordonné de joindre ici [1]), et qui indique des points de direction et des principes généraux que je désirerais que vous suivissiez dans le cas que la négociation que Joseph Buonaparte a cherché à provoquer par ses ouvertures pût avoir lieu.

Mais ce cas serait subordonné à l'existence d'une probabilité fondée, que le gouvernement français fût de bonne foi, et que l'on pût en attendre une constance dans ses idées, suffisante pour méner à bonne fin un si important ouvrage; vu que dans l'hypothèse contraire, et si les ouvertures de Joseph Buonaparte ne cachaient qu'un piége, notre facilité pourrait jeter ma monarchie non seulement dans les plus grands embarras, mais dans des malheurs irréparables.

Je sais bien qu'il est impossible de se procurer des certitudes en pareille matière, mais dès qu'il ne s'agit que d'une vraisemblance plus ou moins fondée, personne n'est mieux que vous en état d'en porter un jugement. Vous avez eu déjà par le passé différentes occasions d'étudier le caractère du premier consul, et votre séjour à Paris peut vous avoir fourni à cet égard de nouvelles lumières; vous êtes à Luneville en présence du négociateur français, et votre commerce journalier avec lui pourrait toujours vous donner quelques indications sur sa manière de penser et de voir, quelqu' art qu'il mît à les masquer: enfin vos observations sur l'ensemble des choses en France, qui ne saurait ici être connu que très imparfaitement, vous fourniront aussi plus de facilité pour scruter le but des ouvertures qui nous ont été faites.

Je m'en remets donc avec confiance à votre perspicacité et à votre expérience connues de l'usage à faire du mémoire qui vous est transmis: vous vous servirez des remarques y contenues selon les

---

[1]) Siehe S. 157 das Memoire vom 22. November.

circonstances, soit en totalité, si vous croyiez en effet qu'une espérance fondée de la réussite d'une négociation pût en contrebalancer les grands dangers, soit successivement et partiellement, pour mieux pénétrer les véritables intentions du gouvernement français.

Mais je vous recommande dans tous les cas la plus grande circonspection: je crois que vous ferez bien de vous en tenir uniquement à des explications verbales, en évitant tout écrit dont la perfidie et la mauvaise foi pourrait abuser.

Si après mûre réflexion vous pensez qu'il y aurait trop de danger et d'inconvénient de donner suite aux ouvertures de Joseph Buonaparte, vous présenterez une note pour renouveler avec insistance la demande de l'admission d'un plénipotentiaire anglais à Luneville; si la réponse du gouvernement français est négative, vous quitterez Luneville et vous vous retirerez à Francfort, en déclarant que vous y resterez, jusqu'à nouvel ordre de ma part, toujours à portée de vous rendre à l'endroit qui serait désigné pour des conférences communes avec la Grande-Brétagne.

Je n'ai pas besoin d'indiquer à votre dextérité et à votre zèle le soin de donner à vos représentations et déclarations les tournures les plus propres à constater mon intention sincère et invariable de faciliter et accélérer la conclusion de la paix, en convaincant l'Europe que la continuation des malheurs de la guerre ne doit être imputée qu'à l'injustice et à l'opiniâtreté du gouvernement français.

Nr. LXVI.

Thugut an Colloredo (XII).

Ce 22 Janvier 1801.

J'ose proposer à V. E. de soumettre à Sa Majesté le projet ci-joint d'un petit postscripte, que je crois essentiel d'ajouter à l'expédition pour monsieur de Cobenzl. Tâchons, au nom de Dieu, de conserver au moins, autant que les circonstances peuvent le permettre, cette réputation de probité qui a jusqu'ici caractérisé Sa Majesté, qui est d'un prix infini, que la vraie politique ne doit jamais méconnaître, et dont la perte isolerait à l'avenir pour jamais Sa Majesté de tout allié et lui aliènerait la confiance de toutes les cours de l'Europe. Je prie V. E. d'agréer l'hommage de mon respectueux attachement

Thugut.

Nr. LXVII.

Der Kaiser an Cobenzl.

Vienne, ce 31 Janvier 1801[1]).

Mon cher comte de Cobenzl! J'ai vu avec une peine infinie dans vos rapports du 19, que Joseph Buonaparte avait avancé, que le premier consul pourrait bien exiger absolument que je me chargeasse en ma qualité d'Empereur de conclure la paix pour l'Empire, le plénipotentiaire français y ayant même ajouté la menace, que le traité avec l'Autriche ne serait signé que simultanément avec celui de la pacification Germanique.

Je vous ai déjà prévenu dans ma dépêche du 24 de la répugnance extrême, que j'aurais toujours eue pour accéder à une pareille proposition, dans le cas même où l'Empire de son propre mouvement aurait voulu m'autoriser à stipuler en son nom. En effet, après avoir affronté pendant tant d'années tous les dangers d'une guerre désastreuse dans l'unique espoir d'obtenir à l'Allemagne une paix au moins tolérable et de détourner l'exécution, ou de circonscrire au moins l'étendue des funestes projets de démembrement et de sécularisations conçus par le gouvernement français et par la Prusse, rien assurément ne serait plus affligeant pour moi que d'être enfin obligé à prendre sur moi tout l'odieux d'une paix destructive pour l'Empire, de signer moi-même le premier la spoliation de l'État ecclésiastique, dont la majorité m'était restée fidèle, et d'en répartir, pour ainsi dire, la dépouille par mes propres mains aux princes qui ont forfait à leurs devoirs envers la constitution, en abandonnant ma cause.

Indépendamment des reproches et des plaintes amères qui seraient inévitables de la part des opprimés, les prétentions exagérées de ceux qui aspirent à l'envahissement des propriétés de leurs coétats ne me prépareraient pas moins d'embarras. Plusieurs de ces princes tiennent par toutes sortes de rapports à la Russie et à la Prusse et me mettraient par leur rapidité insatiable en collision avec ces deux puissances, lesquelles, déjà très mécontentes du peu

---

[1]) Abschrift des Thugut'schen Entwurfes.

d'influence que les circonstances leur donnent sur la pacification des belligérants, ne travailleront d'ailleurs que trop à calomnier mes intentions et à soulever en Allemagne un mécontentement général contre moi, en faisant envisager le traité, que je serais chargé de conclure à moi seul au nom de l'Empire, comme une transgression des limites de mon autorité constitutionnelle, comme un abus de pouvoir que je me serais permis dans la vue d'améliorer les conditions de la paix particulière de l'Autriche au prix des sacrifices que j'aurais consentis au nom de l'Empire, et dont on soutiendra toujours qu'une partie aurait pu être évitée, si par une transaction isolée je n'avais exclu l'intervention des autres membres du corps Germanique et des puissances qui annoncent vouloir s'intéresser au sort de l'Allemagne.

Ces considérations ne sont pas, il est vrai, de nature à les faire valoir avec fruit auprès des Français, d'autant qu'il est à peu près évident, qu'au fond le véritable but de leur prétention de traiter avec moi seul de la pacification Germanique est probablement d'éviter pour eux-mêmes toute collision, où l'arrangement des affaires de l'Allemagne pourrait les mettre avec la Russie et avec d'autres puissances, et de se prévaloir en même temps de la position excessivement critique de ma propre monarchie, non seulement pour m'imposer les lois les plus dures relativement à ma propre paix particulière, mais en me forçant de souscrire de même aux conditions les plus intolérables pour l'Empire, afin de jouir ensuite des embarras sans nombre et des contestations très sérieuses, auxquelles je me trouverais exposé tant de la part du corps Germanique que de celle de plusieurs autres puissances.

L'importance dont il est d'éviter un pareil piége doit vous fournir un motif puissant pour employer toute votre dextérité à démontrer au plénipotentiaire Français l'impossibilité où je serais, de me charger à moi seul de négocier et de stipuler pour l'Empire.

Le mémoire que j'ai donné ordre de joindre ici expose les différents obstacles que rencontrerait l'exécution d'une pareille idée. D'abord je n'y suis point autorisé par la constitution Germanique: tout ce que j'aurais conclu de ma propre autorité serait nul et de nulle valeur jusqu'à la ratification formelle du corps Germanique, et, dans l'agitation actuelle des esprits et dans la division qui règne entre les différents membres de l'Empire, cette ratification entraînerait des difficultés et des longueurs infinies, de sorte que, loin d'accélérer le

rétablissement de la tranquillité entière du continent, ce que La Forêt (XIII) a dit être le voeu principal du premier consul, ce serait plutôt un moyen sûr d'en perpétuer les troubles et d'en provoquer même de nouveaux.

Il serait d'autant plus étrange, que le premier consul se refusât à l'évidence de ces arguments, après que lui-même en personne en a autrefois reconnu toute la force et l'incontestable validité, tant à Leoben qu'à Campo Formio, où il s'est déclaré convaincu que je ne pouvais rien stipuler à moi seul pour l'Empire. Une demande diamétralement opposée à un principe déjà autrefois convenu et mise en avant dans le moment actuel, loin d'être conforme au voeu si souvent vanté de terminer les maux de la guerre continentale, décèlerait plutôt le dessein prémédité de compliquer les choses de plus en plus et de créer de nouvelles difficultés, pour avoir un prétexte d'opprimer et de dévaster plus longtemps mes États par le séjour des troupes françaises.

Du reste, si je ne puis contre la constitution de l'Empire, l'intérêt manifeste de ma monarchie, me prêter à une proposition aussi inadmissible que celle de transiger à moi seul des conditions de la pacification Germanique, j'employerai légalement tous les moyens en mon pouvoir pour abréger toutes les longueurs et pour en presser et hâter la conclusion. C'est dans cette intention que j'ai donné les ordres à ma chancellerie de l'Empire pour les démarches nécessaires à faire à Ratisbonne et ailleurs, afin que les plénipotentiaires qui doivent intervenir aux conférences se tiennent prêts à s'y prendre à la première réquisition, et si le gouvernement français désire aussi sincèrement que moi de voir le plus tôt possible cette importante affaire conduite à bonne fin, il ne doit pas hésiter de me communiquer confidentiellement le précis des bases et conditions pour la paix Germanique, le premier consul devant être persuadé que, bien loin de vouloir entrâver ses vues en rien de ce qui peut être juste ou raisonnable, je mettrai tout en oeuvre pour y préparer et disposer les esprits et pour applanir les difficultés ou pour y obvier d'avance.

En faisant donc tous les efforts possibles afin d'écarter la tentative insidieuse des Français pour m'engager à stipuler de ma propre autorité au nom de l'Empire, vous ferez usage de toute votre dextérité et de tout votre zèle, pour consommer enfin l'ouvrage de ma pacification particulière, supposé que la signature n'eût pas eu lieu

encore à l'arrivée de ma dépêche d'aujourd'hui. Chaque jour, chaque heure augmente les inconvénients de ma position et ajoute ainsi à mon désir d'en sortir par une paix aux conditions les moins désavantageuses que faire se pourra. D'un autre côté l'on devrait espérer encore, que le gouvernement français apercevra tout l'odieux dont il se couvrirait, si après tant de déclarations solennelles le moment de ma séparation d'avec l'Angleterre serait l'époque de la conclusion de la paix et de la cessation immédiate de toute hostilité, et si, après avoir même obtenu mon consentement aux différents points dont, selon le fameux message du premier consul, devait uniquement dépendre la pacification, l'on voulait dans des propositions, reconnues à Campo Formio par le premier consul lui-même comme excédant les bornes de mon pouvoir, chercher à présent une nouvelle occasion de prolonger l'état d'incertitude qui désole le continent et de retarder le rétablissement de la tranquillité publique qui fait l'objet des voeux de tant de nations.

D'après ce que je viens de dire vous sentirez aisément, que les diverses difficultés nécessaires, qui ont en partie trait aux expressions à employer dans la rédaction du traité, et dont vous faites mention dans vos rapports du 19, ne doivent point arrêter la marche de votre négociation, et que, vous ayant déjà muni des pouvoirs les plus étendus pour stipuler sur mes intérêts les plus importants, je dois d'autant moins hésiter de m'en rapporter uniquement à votre prudence de transiger sur le champ d'objets pareils dans les termes les plus convenables que vous pourrez.

Quant à vos rapports du 22, j'y ai entrevu avec plaisir quelque probabilité, que les Français n'insisteront point invariablement sur l'étrange prétention de traiter à moi seul et de ma propre autorité de la pacification Germanique. J'attendrai avec impatience que vos rapports subséquents confirment mes espérances à cet égard.

Il est essentiel que vous évitiez avec le plus grand soin, autant qu'il vous sera possible, de rien stipuler en mon nom relativement à l'idée de transporter le roi de Sardaigne dans le duché de Parme. La Russie serait très mécontente d'un semblable arrangement. Comme d'ailleurs, dans l'état où en sont les choses, mon intervention ne saurait empêcher que les Français n'imposent au Roi des lois très dures, et qu'il est à prévoir que tout ce que je ferais, quoiqu'avec la meilleure intention possible, serait toujours hautement blâmé à Pé-

tersbourg, le plus prudent pour moi sera de ne m'ingérer en rien de ce qui regarde les affaires de la cour de Sardaigne, d'autant que la Russie a pris sur elle de régler avec le gouvernement français les intérêts de S. M. Sarde, et que d'un autre côté il doit suffire aux Français de ma renonciation pleine et entière à tous mes droits sur les pays en Italie, situés au delà de mes frontières, renonciation en vertu de laquelle le gouvernement français sera libre d'en disposer après la paix, comme bon lui semblera.

Je vous recommande encore une fois de ne négliger aucun des moyens possibles pour faire suspendre toutes les hostilités contre Naples et pour faire comprendre le Roi dans mon traité. J'ai à cet égard des engagements avec Sa Majesté Sicilienne que je serais désolé de ne pouvoir remplir.

LXVIII.

Der Kaiser an Cobenzl.

Vienne, le 31 Janvier 1801 [1]).

Mon cher comte de Cobenzl! En supplément à mes intentions d'aujourd'hui j'ai jugé à propos d'ajouter encore ici que, si malgré tous les efforts de votre zèle pour écarter la demande de me charger de la pacification Germanique, les Français y persistaient irrévocablement, et que la conclusion de la paix de l'Autriche ne tînt plus qu'à la promesse que je ferais: de proposer à l'Empire de m'autoriser à traiter en son nom, mon intention est, que vous ne balanciez point de prendre un pareil engagement plutôt que de différer d'avantage la signature de ma paix particulière, en stipulant, cependant, que les troupes françaises évacueraient mes États immédiatement après la ratification de mon traité, d'autant que leur plus long séjour causerait infailliblement la ruine de mes sujets pendant le temps requis pour les formalités nécessaires, afin de me faire munir par l'Empire des pleins pouvoirs dont j'aurais besoin pour stipuler en son nom. Vous insisteriez en même temps sur une communication franche de la part du gouvernement français des bases et conditions qu'il est dans l'intention de proposer pour la pacification Germanique, afin que je puisse en faire l'usage le plus propre à faciliter et avancer la définition tant désirée d'un ouvrage si important.

---

1) Entwurf Thugut's.

LXIX.

Der Kaiser an Cobenzl.

Vienne, le 4 Février 1801 [1]).

Mon cher comte de Cobenzl! En réfléchissant avec attention à l'état actuel des choses et à la marche des négociations qui doivent enfin terminer cette cruelle guerre, je ne saurais attribuer les lenteurs et tergiversations de nos ennemis qu'à leur intention de traîner ces négociations en longueur, pour entretenir leurs troupes à mes frais, ou à celle de les entraver entièrement, pour se menager la possibilité de recommencer les hostilités et de pousser les choses à la dernière extrémité, dans la vue de m'obliger à me jeter dans leurs bras, afin d'éviter la destruction totale de la monarchie, ou dans l'intention plus pernicieuse encore de la détruire effectivement.

Malheureusement je ne saurais me dissimuler, que je me trouve dans des circonstances si défavorables, qu'il ne leur serait peut-être pas impossible de réaliser un pareil but; mes armées, qui sont aux portes de Vienne, tandis que celles de mes ennemis occupent les meilleures positions, sont désorganisées, dégoûtées et ne veuillent plus se battre; mes finances sont épuisées; les esprits des peuples de différentes provinces de la monarchie, nommément de celles où se trouvent les ennemis, ne sont pas fort bien disposés; je n'ai plus un véritable allié, et suis au contraire entouré de voisins jaloux et envieux qui profiteraient avec plaisir de ma détresse pour s'enrichir de mes dépouilles et travaillent sous main mes ennemis, pour les engager à en amener la possibilité, en me poussant jusque dans mes derniers retranchements.

Dans cet état des choses, je ne puis songer à repousser d'aussi perfides desseins, ni avec mes propres forces par la voie des armes, ni avec celles d'autres puissances que j'y engagerais par la voie de négociation, puisqu'il n'y en a pas une qui ne préfère ses intérêts particuliers à l'intérêt général, et qui n'agisse à cet égard dans le sens contraire de ce que la saine politique leur prescrit.

Il ne me resterait donc d'autre parti à prendre, si effectivement on en venait jusque là, que de me jeter à la dernière extrémité dans

---

1) Abschrift des Thugut'schen Entwurfes.

les bras de mes ennemis pour arrêter non seulement leurs démarches dangereuses et destructives, mais pour trouver en eux un appui imposant contre les intentions perfides de mes voisins et obtenir même par la paix que je concluerais en pareilles circonstances des conditions qui, pour me mettre en état de devenir utile dans l'occasion à ces nouveaux alliés, me maintiendraient au rang et au degré de considération qui m'est dû par ma naissance et par la puissance attachée à ma maison depuis tant de siècles.

En vous disant que je me verrais obligé à la dernière extrémité de me jeter dans les bras de mes ennemis, vous sentez bien que je n'entends par là autre chose que la disposition, dans laquelle je serais alors de profiter des offres que Joseph Buonaparte vous a faites à cet égard vers la fin de l'année passée, et du désir qu'aurait selon ce qu'il vous a dit le premier consul, de ramener le système de 1756.

Mais je ne consentirais jamais à faire une démarche contraire à ma dignité et à mon intérêt politique, en paraissant me livrer à discrétion par une suite de ma détresse. Je ne puis pas espérer que dans la situation actuelle de ma monarchie mes ennemis recherchent beaucoup mon amitié, mais je crois qu'ils ne négligeraient pas une occasion qu'on leur présenterait adroitement, de réaliser l'idée d'un rapprochement qui pourrait cependant leur devenir quelque fois utile.

Mon intention est donc: que vous suiviez avec la plus grande vigilance et votre zèle connu la marche des négociations; que, dès que vous apercevriez que les difficultés que feraient encore naître vos adversaires tendraient réellement à l'intention de détruire totalement ou de révolutionner ma monarchie, ou bien d'en détacher des parties assez considérables, pour que de puissante qu'elle était elle devienne entièrement insignifiante, vous cherchiez, en épiant adroitement le moment, de faire renaître l'idée du retour au système de 1756, et vous y montriez disposé, aussitôt qu'on vous en fournirait une bonne occasion; que vous donniez alors, et dès que vous auriez votre plein apaisement sur la nature d'un pareil traité, — pour qu'il n'en arrive pas comme avec l'Espagne et la Sardaigne, — toute l'impulsion possible à cet important projet et lui fassiez suivre la marche la plus rapide que vous pourrez, en rappelant à Joseph Buonaparte qu'il vous avait dit dans le temps, que moyennant les télé-

graphes ce pouvait n'être que l'affaire de 48 heures; que vous me procuriez dans le traité de paix qui précèderait, et que vous concluiez en de pareilles circonstances, tous les avantages que ce nouvel ordre des choses pourrait vous faire obtenir, et que vous songiez en même temps aux intérêts de mon frère le grand duc de Toscane, de l'archiduc Ferdinand et de l'archiduchesse Béatrix, de la cour de Naples, et en général à tous ceux qui vous avaient été recommandés dans le courant de votre négociation. Il faut surtout éviter soigneusement de rien stipuler qui pourrait me faire prendre part à la guerre qui continuera peut-être encore entre la France et l'Angleterre, ou à celle que les affaires d'Égypte pourraient faire naître avec la Porte.

Vous jugerez vous-même, que l'objet est d'une importance extrême et exige la plus mûre délibération, mais que, vous y autorisant, je vous autorise en même temps à tous les moyens propres à le faire réussir, si vous y trouvez de véritables avantages, et m'en remets avec confiance à tout ce que votre zèle et votre dextérité vous suggèreront à cet égard. Vous serez même convaincu aussi de l'importance qu'il y a à observer religieusement le plus strict secret, surtout ce qui regarde cet objet, et nommément que vous évitiez soigneusement de me compromettre vis-à-vis de l'Angleterre, ni d'aucune autre puissance, afin que la chose reste ensévelie à jamais dans le plus profond oubli, si elle ne se réalise pas, ou ne puisse être connue, si elle se réalise, qu'au moment où il ne serait plus possible d'y mettre le moindre empêchement ou d'y porter aucun changement, à l'effet de quoi je vous prescris ici itérativement toutes les mesures de précaution qui vous avaient déjà été prescrites à cet égard par ma dépêche du 24 Novembre 1800, tout comme je me réfère aussi au mémoire qui y était joint, relativement au même objet.

Nr. LXX.

Der Kaiser an Cobenzl.

Vienne, le 7 Février 1801 [1]).

Mon cher comte de Cobenzl! Ce n'est certainement qu'avec beaucoup de douleur que j'ai appris par votre dernier rapport du

[1]) Abschrift des Thugut'schen Entwurfes.

30 Janvier, avec quelle mauvaise foi mes ennemis abusent de leur supériorité, pour rétracter des engagements déjà formellement pris et m'obliger à des conditions si dures et si inacceptables, que, sans l'impossibilité absolue d'entreprendre la moindre chose qui pût porter remède à un aussi grand mal, rien au monde ne pourrait m'engager à m'y soumettre; mais dans la situation malheureuse, dans laquelle se trouve ma monarchie, je l'exposerais à pure perte à de plus grands maux, si je m'y refusais. Je ne puis donc que vous enjoindre de souscrire à ces conditions, quelques dures qu'elles soient, en déclarant, que je ne fais un aussi grand sacrifice que pour éviter l'effusion ultérieure du sang humain et les suites désastreuses qui pourraient résulter pour l'Europe entière d'une nouvelle lutte que j'entreprendrais.

Les conséquences d'une paix fondée sur de pareilles conditions sont réellement incalculables; celle qui m'afflige le plus, est le peu d'espoir que donne un traité qui laisse tant d'objets à régler après coup, de voir se rétablir — ne fût ce que pour quelques années — ce repos et ce calme si désiré et si nécessaire à l'Europe, et nommément à mes États, pour se remettre du cruel choc qu'ils viennent d'éprouver.

L'indemnisation de mon frère le grand duc en Allemagne et les indemnisations en général ouvriront la porte à des réclamations, protestations et exigeances sans nombre, sur tout si, comme il est apparent, de grandes cours s'en mêlent et veuillent procurer des avantages disproportionnés à leurs protégés. Ce que vous me dites des intentions de la Russie en faveur de l'électeur Palatin et du duc de Württemberg, et ce qu'on peut attendre à cet égard de la Prusse, pour elle-même et pour le landgrave de Hesse, suffirait pour faire craindre les plus grands embarras; il est évident, qu'en ne stipulant des indemnisations que pour les princes séculiers, sans parler des ecclésiastiques, et en les déterminant au sein de l'Allemagne, on a en vue, d'après des arrangements pris d'avance sans doute, le plan de sécularisations générales qui entraînera nécessairement le bouleversement de l'Empire Germanique. Et comment espérer que la chute de ce colosse n'entraînera pas celle d'autres puissances moins considérables? Je ne puis pas me figurer d'ailleurs, qu'on consentira facilement à indemniser mon frère le grand duc, soit par l'archevêché de Salzbourg, qui dans tous les cas n'équivaut pas à beaucoup

près à ce qu'il perd, soit par quelqu'autre grand évêché, ses États n'ayant pas fait partie de l'Allemagne et ne lui donnant dans le fond aucun droit positif à y chercher un dédommagement que tout au plus comme fief d'Empire. C'est à ma charge qu'on indemnise le duc de Modène, en m'obligeant à lui céder le Brisgau; reste à savoir, si en dernier résultat on ne m'imputera pas aussi, de dédommager mon frère le grand duc par la cession d'une partie quelconque de mes États.

L'article concernant les dettes et le remboursement de toutes celles qui ne sont pas garanties par les États respectifs des pays où elles ont été contractées est aussi de la plus grande conséquence pour moi, la plupart de celles, des Pays-Bas nommément, étant de ce nombre: enfin la stipulation qui est une de celles qui me font le plus de peine, parce qu'elle fait le malheur individuel d'une grande partie de mes sujets, est la demeure des troupes ennemies dans mes États jusqu'après la ratification de la paix, et même la ratification de l'Empire, dont on ne saurait prévoir la possibilité d'ici à très long temps.

En vous faisant toutes ces réflexions, je n'entends pas vous engager à revenir sur vos pas sur aucun de ces articles et à donner occasion, en en parlant, à quelque nouvelle proposition, ce qui équivaut à de nouvelles lenteurs et à de nouveaux obstacles; nous n'avons que trop vu pendant toute cette négociation, combien on nous a joués, en nous projectant chaque jour autre chose, nous induisant par là à faire de même, abusant ensuite de notre bonne foi et finissant par de nouvelles exigences qui rendaient nos conditions tous les jours plus mauvaises. Celles d'aujourd'hui sont à cent mille lieues de celles qui nous avaient été faites d'abord; ne courons donc plus le risque de nous voir disputer même celles-là, et sans négocier d'avantage à moins d'une certitude absolue de succès, finissons et soumettons nous à ce qu'exigent les circonstances impérieuses du moment. Il n'y a que le cas, où la tentative de Joseph Buonaparte en faveur du grand duc eût contre toute attente quelque succès, que vous pourriez traiter encore; mais même dans ce cas ne perdez pas de temps à obtenir des conditions un peu plus favorables; que notre véritable et unique but soit toujours de finir. Les doutes que vous méditez qu'on veut faire naître sur les termes de l'armistice de Luneville seraient extrêmement fâcheux par les suites à en prévoir, si

on voulait effectivement en revenir à celui qu'a conclu le général Bellegarde, et qui ne stipulait la cessation des hostilités que pour neuf jours, du 16 au 25; mais comme ce général aura entre temps fait également de nouveaux arrangements, en conséquence de l'autorisation que je lui ai donnée de céder Mantoue, je veux me flatter que ceci ne causera pas de nouveaux embarras, et m'assure que vous n'épargnerez ni peine ni soins pour les éviter.

La ratification de l'Empire exigeant tout plein d'arrangements préparatifs et entre autres celui de faire cesser l'état de guerre pour la ville de Ratisbonne, en la déclarant neutre, vous aurez d'autant plus soin de régler cet objet d'avance, que je l'ai annoncé aux différents prince de l'Empire, en les invitant à envoyer incessamment leurs ministres respectifs à la diète générale de l'Empire, où cette paix doit être ratifiée.

Enfin, je crois faciliter les combinaisons politiques que les circonstances du moment, et nommément ma dépêche chiffrée du 4 vous feront faire, en vous communiquant successivement ce que je ferai vis-à-vis des différentes cours, ou ce qui sera fait envers moi de leur part, en conséquence de quoi je vous joins ici copie d'une lettre que j'écris à l'Empereur de Russie à l'occasion des couches prochaines de l'archiduchesse Palatine, ainsi que d'une autre lettre touchant les affaires de temps que je lui écris, et que je charge mon frère l'archiduc Palatin d'envoyer à l'Empereur par estaffette, afin d'amener, si faire se peut, un rapprochement que sous différents rapports je dois désirer; vous trouverez en même temps les points qui doivent faire parti de la lettre que l'archiduc Palatin écrira à la même occasion à l'Empereur son beau-père, ainsi que l'avis du vice-chancelier d'Empire touchant la pacification de l'Allemagne et ma résolution sur cet objet. Je vous joins encore copie d'une dépêche écrite par mon ministre de cabinet comte Colloredo à mon chargé d'affaires à Berlin sur le même objet, et qui sera, mutatis mutandis, envoyée à mes ministres et résidents aux différentes cours de l'Empire, nommément à celle de Dresde, à la cour Palatine et aux cours de Suède et de Dannemarc dont les souverains ont en même temps la qualité de princes d'Empire.

Nr. LXXI.

Der Kaiser an Cobenzl.

Vienne, le 21 Février 1801 [1]).

Mon cher comte de Cobenzl! Comme il n'y avait plus rien à espérer d'une négociation ultérieure, j'ai appris avec plaisir plutôt qu'avec peine la signature réellement effectuée du traité que vous m'avez envoyé. Dans les malheureuses circonstances, dans lesquelles je me trouve, je ne pouvais désirer qu'une fin qui me mette en état de prendre haleine et de songer à ce qu'il y aura à faire pour l'avenir. Je presse donc de toutes les manières imaginables la ratification de l'Empire, afin que tout soit une bonne fois entièrement terminé.

Vous aurez vu par une des dépêches que vous a remis le conseiller aulique Schraut, que j'ai songé moi-même au bien qui pourrait résulter pour mon service d'un voyage que vous feriez à Paris, soit pour y transférer le siège des conférences ultérieures, soit pour y faire un séjour de quelque temps, dans la vue de surveiller les démarches de Lucchesini et Kallitschef; je ne doute donc pas que vous vous serez rendu à l'invitation de Joseph Buonaparte, si les circonstances sont encore les mêmes et telles que ce voyage vous paraisse réellement utile, m'en remettant du reste entièrement à ce que vous trouverez bon à cet égard, persuadé, comme je le suis, que le parti que vous prendrez sera celui qui conviendra le mieux à mes intérêts.

Il est certain que la marche des négociations devrait être plus prompte et moins embarassée, si vous êtes à même de pouvoir conférer avec le premier consul sans intermédiaire; et comme il est très probable, que tout ce que la France nous proposera relativement aux indemnisations, aura été concerté d'avance avec la Prusse et récemment avec la Russie, il y a un avantage réel à pouvoir se concerter avec les ministres de ces cours et à profiter de leur influence, ou à empêcher qu'elle ne devienne trop conséquente; du reste je préfère, que l'on veuille vous mettre en relation avec eux, comme ce que

---

[1]) Abschrift des Thugut'schen Entwurfes.

Buonaparte vous a dit le fait croire, plutôt que de chercher à vous cacher ce qui se traite et de prendre à votre inscu des arrangements, auxquels vous ne pourriez ensuite plus rien changer.

Puisqu'il n'est pas douteux que la France prendra la part la plus active à l'objet des indemnisations en Allemagne et les dirigera même, quelle que soit la voie que nous choisirions pour terminer cet important objet, il semble préférable, que ce soit conjointement avec la Prusse et la Russie que se règlent à Paris les grands intérêts de l'Allemagne, plutôt que d'en traiter seul à Luneville avec les plénipotentiaires français et de devoir me charger de tout l'odieux d'un arrangement qui n'en serait pas moins celui que ces cours auraient réglé.

Votre séjour à Paris vous fournira l'occasion de faire des combinaisons politiqes qui, présentées systematiquement ici, me mettront à même de juger du plan à suivre pour l'avenir; vous connaissez depuis nombre d'années les grands intérêts de l'Europe et de ma monarchie ainsi que mes relations avec les autres cours; personne ne peut mieux juger que vous par conséquent de ce qui me convient dans la situation actuelle, et personne ne peut mieux me conseiller; je l'attends de votre part, et ce sera un service bien important que vous me rendrez, si, vous trouvant quelque temps à Paris qui est aujourd'hui le foyer de la grande politique, et ayant occasion de conférer avec les ministres de Prusse et de Russie ainsi que celle de suivre de plus près les démarches de l'Angleterre, en entretenant une correspondance suivie avec Starhemberg, vous vous mettrez en état de me fournir des renseignements, propres à diriger mes mesures politiques.

Après avoir épuisé ma monarchie en hommes et en argent de façon à la mettre hors d'état de remplir dans la balance de l'Europe la place qui lui convient, j'ai en même temps perdu successivement toutes mes relations politiques, de sorte que dans l'épuisement dans lequel je me trouve je ne puis pas compter sur un seul véritable allié. L'Angleterre avec laquelle je me tiens encore en mesure, en évitant de donner ombrage à la France, ne saurait m'être en ce moment d'aucune utilité, et la France serait un dangereux ami; cependant il m'en faut, et il sera d'autant plus difficile de se décider sur ce point important, que dans la malheureuse situation, dans laquelle se trouve ma monarchie, mon alliance ne sera pas recherchée

de façon à me laisser le choix; je devrais avoir un appui et un défenseur contre les aggressions, auxquelles je puis tôt ou tard être exposé de la part de mes voisins, et sous ce rapport me rapprocher de la France, si elle était assez de bonne foi pour pouvoir réellement compter sur elle, et surtout si par son influence je pouvais m'attacher à l'une ou à l'autre des cours qui cherchent aujourd'hui à s'attacher à elle. D'un autre côté on tremble de l'idée, d'augmenter, en s'unissant à elle, les ressources politiques de cette France, si redoutable déjà au moment où presque toute l'Europe se réunit contre le seul adversaire signifiant qu'elle a encore à combattre; car qui est ce qui lui resistera, qui est ce qui l'empêchera d'exécuter ses plans de bouleversement général, si elle parvient encore à humilier l'Angleterre, qui seule peut lui imposer? On se perd en conjectures et combinaisons; c'est les événements qui serviront de règle pour l'avenir; il faut donc les suivre avec la plus grande attention et ne pas négliger le moment où on pourrait peut-être en profiter. Entre temps, et nommément jusqu' après le retour des armées françaises au delà du Rhin, il faut tenir une conduite simplement passive, ne se brouiller avec personne, ménager tout le monde, chercher à regagner la confiance perdue et attendre l'époque où on pourra enfin prendre un parti décisif pour l'avenir, — toutes choses que je vous recommande, et que d'ailleurs votre prudence vous suggèrerait.

Au reste, vous pourrez, en vous trouvant sur les lieux, mieux juger qu'il n'est possible de le faire dans l'éloignement de ce que les circonstances exigeront, et je ne saurais que vous répéter ici ce qui vous a déjà été dit dans ma dépêche chiffrée du 4, que, vous ayant autorisé à ce qui en fait l'objet, je vous autorise en même temps aux moyens de réussir qui vous paraîtront les plus convenables à mes intérêts.

Anmerkungen zur 2. Abtheilung.

I. Zu Seite 119.

Moriz Graf v. Gherardini, k. k. ausserordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am sardinischen Hofe. Er spielte eine sehr zweideutige Rolle, wie fast alle Italiener jener Zeit, die im kaiserlichen Dienst bedeutendere Stellungen inne hatten, wie die Manfredini, Colli etc., und es gar nicht der Mühe werth fanden, ihre Sympathien für die franz. Republik zu verbergen.

II. Zu Seite 139.

Marzio Nastrilli, Marquis und späterer Duca di Gallo, war 1753 in Falerno geboren und frühzeitig in die diplomatische Carrière eingetreten. Eine durchaus versatile Natur, brachte er es durch seine Talente in frühen Jahren zum Gesandten, in späteren Zeiten zum neapolitanischen Minister des Äussern und Vicekönig der Insel Sicilien. Seit dem Jahre 1794 Gesandter in Wien, genoss er bei Hof — durch die Kaiserin (eine italienische Princessin) gestützt — einen grossen, für die österreichische Politik sehr ungünstigen Einfluss. Über seine Unterhandlungen in Udine siehe Hüffers „Österreich und Preussen gegenüber der französischen Revolution". Im Jahre 1798 schürte er mit seinen andern Landsleuten zu dem voreiligen Losbruch Neapels. Die cisalpinische Republik sah ihn später als Gesandten; 1805 assistirte er in Mailand der Krönung Buonaparte's zum italienischen König. Nach der Entthronung Ferdinands diente er dem neuen Regime unter Josef Buonaparte und Joachim Murat als Minister des Äussern. Die Restauration brachte ihn wieder unter die Herrschaft seines alten Souveräns, wo er noch verschiedene Schicksale erlebte, bis ihn im Jahre 1820, als er zum letztenmal als Gesandter nach Wien geschickt wurde, Kaiser Franz gar nicht mehr vor sich liess und ihm in Klagenfurt das weitere Betreten des österreichischen Bodens verwehrte. Er starb kurz nach dem Congress von Laibach, der die italienischen Wirren in so eigenthümlicher Weise zum Abschluss brachte.

III. Zu Seite 139.

Graf Merveldt, k. k. G. d. C. und Theresien-Ritter, war im Jahre 1764 geb. und starb als österreichischer Botschafter zu London im Jahre 1815. Er spielte in den Revolutionskriegen, wiederholt mit diplomatischen Missionen betraut, eine wich-

tige Rolle. Über seine politischen Unterhandlungen im Jahre 1797 siehe Hüffers „Österreich und Preussen gegenüber der französischen Revolution“. Thugut beklagt die Übereilung, mit welcher Merveldt in der December-Convention vom Jahre 1797 in Rastadt in seine diplomatischen Gegner drang, die Reichsfestungen zu räumen. Nichtsdestoweniger war Merveldt ein durchwegs ehrenvoller Charakter und lieferte zahlreiche Beweise vorzüglicher Talente, einer gründlichen militärischen Bildung und gediegenen Wissens. Unermüdlich im Studium der Geschichte und Kriegskunde, hatte er sich in jungen Jahren einen bedeutenden Ruf und durch glückliche Familienverbindungen eine hervorragende militärische Stellung erworben. Bedeutende Fähigkeiten konnten ihm selbst seine Gegner nicht streitig machen.

IV. Zu Seite 139.

Über die Betheiligung des österreichischen Gesandten Degelmann an den diplomatischen Verhandlungen im Jahre 1795—1797 siehe des Herausgebers „Herzog Albrecht von Sachsen Teschen“ an geeigneten Orten, und Hüffers „Österreich und Preussen gegenüber der französischen Revolution“.

V. Zu Seite 142.

Der Name „Graf von Lille“ war das Incognito Ludwigs XVIII. während der Tage der Republik und des Kaiserreiches bis 1814. Dieser Name wurde wahrscheinlich mit Anspielung auf die alte Lilie der Bourbonen und nicht auf die Stadt Lille gewählt, die damals durchaus keine bourbonischen Sympathien zur Schau trug.

VI. Zu Seite 146.

Crawfurd war als Oberst englischer Militär-Bevollmächtigter bei der Armee Clerfayts im Jahre 1795. Im Jahre 1796 folgte er im Stabe des Feldmarschalls Wurmser demselben nach Italien. Hermann hat in seiner diplomatischen Correspondenz interessante Berichte über die Zustände der österreichischen Armee aus der Feder dieses Berichterstatters veröffentlicht.

VII. Zu Seite 148.

Heinrich Jacob Wilhelm Clarke, Graf, später Herzog von Feltre, Marschall von Frankreich, war am 17. Okt. 1765 zu Landrecis geboren, im Jahre 1782 Unterlieutenant, 1790 Capitain im 16. Dragoner Regiment. Im Jahre 1792 Oberstlieutenant und General unter Custine, trug er mit seinem Feldherrn beim Umschlag des Glückes das gleiche Schicksal der Gefangenschaft und Entsetzung. Carnot nahm ihn im Jahre 1795 ins Kriegsministerium als Chef des topographischen Bureaus auf. Im Jahre 1796 wurde er zur italienischen Armee als Friedenscommissär geschickt. Über seine Unterhandlungen im österreichischen Hauptquartier siehe Hüffer „Österreich und Preussen gegenüber der französischen Revolution“ und des Herausgebers „Thugut, Clerfayt, Wurmser“ an geeigneten Orten. Clarke wurde vielfach in diplomatischen und militärischen Missionen gebraucht; Buonaparte schätzte seine Talente und erhob ihn als Kaiser im Jahre 1809 zum Herzog. Später fiel er gleich so vielen Andern von Napoleon ab und diente zuletzt noch unter Ludwig XVIII. und Karl X. als Marschall und Kriegsminister. Clarke starb im Jahre 1818.

VIII. Zu Seite 148.

Kallitschef, oder nach russischer Schreibart Kolytscheff, war russischer Geschäftsträger und Vorgänger des Grafen Panin in Berlin und ein entschiedener Gegner Österreichs.

IX. Zu Seite 152.

Über die Unterhandlungen zu Leoben, Udine und den Frieden von Campo Formio siehe Hüffers mehrerwähnte Werke „Österreich und Preussen gegenüber der französischen Revolution" etc. und „Die Politik der deutschen Mächte im Revolutionskriege".

X. Zu Seite 157.

Über die diplomatischen Verhandlungen der Zeit, welche zwischen dem Abschluss des Friedens von Campo Formio und jenes von Luneville liegt, siehe des Herausgebers „Zur Geschichte des Rastadter Congresses".

XI. Zu Seite 159.

Sir Gilbert Elliot, Lord und Graf Minto, aus dem berühmten Geschlecht Elliot, war im April 1751 geboren. In der englischen Armee bekleidete er den Rang eines Capitains. Nach seinen Universitäts-Studien wandte er sich der parlamentarischen Carrière zu. Allgemeines Vertrauen war der Lohn für reiche Talente und staatsmännische Tugenden, welche ihm schon im Jahre 1795 die Ernennung zum Vicekönig in Corsika brachten, eine Stellung, die er jedoch in Folge der eigenen Fehler der englischen Regierung bald wieder verlassen musste. Der König ernannte ihn damals zum Lord und Pair mit dem Titel Baron Minto. Das Jahr 1799 brachte ihn als Gesandten nach Wien, wo es ihm binnen Kurzem gelang, sich das volle Vertrauen Thuguts zu erwerben. Das militärische Missgeschick Österreichs zerriss die enge Verbindung mit England, und Minto kehrte nach dem Krieg nach England zurück, wo er in den grossen überseeischen Staatsgeschäften, zuletzt von 1807—1812 als Gouverneur von Bengalen, Verwendung fand und 1814 in London starb.

XII. Zu Seite 169.

Franz Graf Colloredo Wallsee, Cabinetsminister. Über ihn und seinen grossen Einfluss in den Staatsgeschäften siehe des Herausgebers „Thugut, Clerfayt, Wurmser" und „Zur Geschichte des Rastadter Congresses" an geeigneten Orten.

XIII. Zu Seite 172.

Laforêt, bevollmächtigter französischer Gesandter in Regensburg; nicht zu verwechseln mit dem österreichischen Cabinets-Courrier gleichen Namens, dessen in den vorliegenden Depeschen wiederholt Erwähnung geschieht.

Inhalt der zweiten Abtheilung.

Register der ersten Abtheilung.

S.

T.

V.

W.

Register der zweiten Abtheilung.

Verzeichniss der Druckfehler in der II. Abtheilung.

Seite 109 von Nr. XXXIX Datum statt 94 lies 95.
Seite 111, 4. Zeile lies très embarassante.
Seite 118, 8. Zeile von unten lies Merveldt statt Meerveldt.
Seite 125, Zeile 11. lies de statt des.



III.

ABHANDLUNGEN

ZUR

GESCHICHTE ÖSTERREICHS

UNTER DEN

KAISERN LEOPOLD I., JOSEF I., KARL VI.

I.

ZUM UNGARISCHEN AUSGLEICH

IM JAHRE 1705.

NACH DEN ACTENSTÜCKEN DER DIPLOMATISCHEN CORRESPONDENZ DES GRAFEN WENZEL GALLAS, KAIS. GESANDTEN IN LONDON,

BEARBEITET VON

C. HÖFLER.



Die für die Geschichte Ungarns und seiner Beziehungen zu allen Feinden Österreichs während des spanischen Successionskrieges so ungemein lehrreichen „Aktenstücke zur Geschichte Franz Rakoczy's und seiner Verbindungen mit dem Auslande" von Josef Fiedler (2 Bde. 1855, 1858) sind gerade für das Jahr 1705 weniger reichhaltig. Nur 25 Briefe, von welchen 21 in die Zeit vom Juli bis December fallen, gehören diesem Jahre an. Sie zeigen aber die innige Verbindung Rakoczy's mit Ludwig XIV. und dem ganz dem französischen Interesse ergebenen Churfürsten von Baiern Max II., welchen später der französische König zum Könige von Ungarn erheben wollte, gleichwie Rakoczy König von Polen werden sollte, — natürlich das Eine wie das Andere um an dem Untergange Österreichs sich zu betheiligen. Hier genügt es zu erwähnen, dass unmittelbar auf den am 5. Mai 1705 erfolgten Tod Kaiser Leopolds I. Rakoczy und seine Anhänger sich verbanden, mit dem Kaiser nur im allgemeinen Frieden sich auszugleichen, dafür aber König Ludwig sich bereit erklärte, ihn mit 50.000 Fr. monatlich zu unterstützen und Alles zu thun, was er nur immer für ihn thun könne, (Fiedler I. pag. 281) 19. Mai 1705.

Es muss dieses vorausgeschickt werden, um darnach den Grad der Ehrlichkeit zu bemessen, mit welchem Rakoczy und die Seinigen dem Kaiser Josef I. gegenüber vorgingen, der sich bereit erklärte, auf das schon von seinem Vorgänger und Vater hier angenommene Project einer Mediation von Grossbritannien und den Niederlanden einzugehen und den Frieden mit den Rebellen auf der Basis der Anerkennung der Freiheiten des Königreiches zu unterhandeln.

Ich füge noch hinzu, dass meine Absicht ist, die baierischen Verhältnisse nach den in meinem Besitze befindlichen Briefschaften

Max II. besonders zu besprechen. Hier sei nur erwähnt, dass Kaiser Josef I. gleich bei seinem Regierungsantritte dem englischen Cabinete eröffnen liess, „dass aus intercipirten Münchener Schreiben sich klar gezeiget, dass man baierischer Seiten sich nicht (begnügt) vergnügt die ungarische Rebellion möglichst zu fomentiren, sondern dergleichen auch im Königreich Böheimb durch emissarios anzustiften.“ (19. Mai 1705.)

Dass der erste Band von Karl von Nordens europäischer Geschichte im XVIII. Jahrhunderte (erste Abtheilung 1870) das Jahr 1705 noch nicht bespricht, wohl aber der Verfasser S. XI die Nothwendigkeit hervorhob, die österreichischen Archive für diese Zeit zu benützen, setze ich als bekannt voraus.

Die Absicht dieser Zeilen ist nach den mir zugänglichen diplomatischen Correspondenzen die Ausgleichsversuche zu schildern, welche in der ersten Zeit Kaiser Josefs I. unternommen wurden, die empörten Ungarn zu begütigen und sie zur Niederlegung der Waffen zu vermögen. Jedermann weiss, dass in dem wichtigsten Momente der österreichischen Monarchie, als es galt das alte habsburgische Erbe in Spanien, Italien, Belgien und Indien der Secundogeniturlinie des glorreichen Hauses zuzuwenden und dem masslosen Ehrgeize Ludwigs XIV. Grenzen zu ziehen, die Ungarn, welche ohne das Haus Habsburg wohl noch in osmanischer Knechtschaft sich befänden, sich auf Seite des französischen Königes stellten. Alle Ausgleichsversuche Kaiser Leopolds I. scheiterten zuletzt an dem Umstande, dass Rakoczy, der mit französischem Gelde seine Truppen erhielt, die Gewährleistung des Friedens durch diejenigen Mächte verlangte, von welchen er, wie von Polen, Unterstützung gewann, oder die, wie Schweden, als Erbfeinde des habsburgischen Hauses galten. Das ganze Auftreten der Kaiser Leopold und Josef im französischen Successionskriege war durch die Ungarn gelähmt. Jeden Augenblick musste man fürchten, dass, während die kaiserlichen Völker in Italien, an der obern Donau oder am Rhein kämpften, die Ungarn vor Wien erschienen. Gerade die grösste Gefahr des Krieges, als der Churfürst von Baiern Max Emanuel sich mit einer grossen französischen Armee vereinigte und somit die Donaulinie von den Franzosen nicht blos bedroht wurde, ward von den Ungarn zu einer Demonstration gegen

Wien benützt, und es ist wohl kein Zweifel erlaubt, dass die Absicht des französischen Marschalls Tallard, des baierischen Churfürsten, welcher alles Gefühl eines deutschen Reichsfürsten längst ausgezogen hatte, und der Ungarn war, sich vor Wien ein militärisches Stelldichein zu geben. Rakoczy's Genosse Bercseny hat jedenfalls das Seinige gethan, da er 1704 gegen Wien vordrang.

Nach dem Tode Kaiser Leopolds vermehrte Ludwig XIV. seine Anstrengungen den ungarischen Aufstand zu fördern. Tausend Franzosen kamen den Aufständischen zu Hilfe; sie erlangten eine monatliche Unterstützung von 90.000 Fr. Da waren alle Vorschläge Kaiser Josefs vergeblich. Es kam dazu, dass man auch baierischer Seits den ungarischen Aufstand begünstigte, um dadurch die Besetzung des Landes durch österreichische Truppen abzuwenden. Schon Anfang Juni 1705, also kaum einen Monat nach Kaiser Josefs Thronbesteigung, liess letzterer auf das Andrängen des Herzogs von Savoyen um militärische Unterstützung erklären, die österreichischen, schlesischen und mährischen Erblande seien den barbarischen Insolentien und Devastationen der Ungarn dergestalt exponirt, dass zur Fortsetzung des Krieges gegen die gemeinen Feinde kein Vorschub mehr beigetragen werden könne. Man müsse deshalb die dänischen Hilfstruppen statt nach Italien nach Ungarn dirigiren (Reichskanzlei vom 7. Juni 1705).

Es ist nun zur unparteiischen Würdigung der Verhältnisse nothwendig den Urkunden zu folgen, die den Gang der Ereignisse authentisch beleuchten.

Am 14. Mai theilte Kaiser Josef den ungarischen Ständen die Nachricht vom Tode Kaiser Leopolds und seine eigene Thronbesteigung als unmittelbarer Nachfolger und Erbe in Kraft vaterländischer Gesetze mit und forderte zugleich von ihnen den Eid der Treue. Er versprach das Krönungsdiplom aufrecht zu erhalten, den Reichstag zu berufen, für die Ruhe und Wohlfahrt des Reiches zu sorgen, sich als gütigen Herrscher zu erweisen. (Wien 14. Mai 1705.)

Dass Kaiser Josef am 10. Mai sich an die ungarische Nation gewendet und Amnestie versprochen habe, ist, obwohl sich Horvath darauf beruft, aus den mir vorliegenden Actenstücken nicht ersichtlich. Der Palatin aber setzte den Ständen auseinander, dass er dem Könige den Ruin des Reiches und die Bitte vorgelegt habe, letzterem die Freiheit zu gewähren, worauf Josef geantwortet habe, er hätte sich

in die Regierung seines Vaters nicht eingemischt, wenn aber gegen den Willen des letztern durch diejenigen, denen die Ausführung der Geschäfte zukam, etwa eine Gesetzesverletzung vorgefallen sei, könne man ihm, Kaiser Josef, dieses nicht zuschreiben [1]). Wohl aber werde er den Reichstag einberufen und sein Krönungsdiplom genau halten. Wenn daher, fügte der Palatin bei, auch nur ein Tropfen ungarischen Blutes vorhanden sei, so sollen die Stände zum Frieden die Hand reichen und nicht den offenen Ruin des Vaterlandes wünschen. Wenn aber nicht, so werde er die Waffen ergreifen und dasselbe vom gänzlichen Untergange mit aller Anstrengung zu retten suchen.

Es ist längst Sitte geworden, so oft es zu Kämpfen zwischen dem Hause Habsburg und den Ungarn gekommen ist, wie auf allgemeine Übereinstimmung dem erstern Unrecht, den letztern Recht zu geben. Ich will nicht untersuchen, welchen Antheil an dieser Beurtheilung ungarischer Verhältnisse der confessionelle Standpunkt und die antiösterreichischen Tendenzen haben, in welchen sich trotz aller sonstigen Verschiedenheit deutsche und nicht deutsche Schriftsteller zu begegnen pflegen. Selbst diejenigen, welche es ganz natürlich finden, dass Preussen die Theilung Polens veranlasste und begünstigte und das Übergewicht Russlands beförderte, finden darin eine schreiende Ungerechtigkeit, wenn die habsburgischen Herrscher die Grundsätze westeuropäischer Staaten einem Volke gegenüber geltend zu machen suchten, das eben so unbändig die Freiheit für sich in Anspruch nahm, als es dieselbe anderen Nationalitäten verweigerte; das, selbst eine Anomalie in der Weltgeschichte, die gewaltsamen Zustände des XIII. Jahrhundertes als ein für alle Zeiten geltendes Mass politischer Vollkommenheit erachtete und gleich den Polen die Freiheit mit gesetzlicher Anarchie verwechselte.

Jeder europäische Staat ohne Ausnahme, jeder tüchtige und kraftvolle Herrscher, welcher das Unglück gehabt hätte, Ungarn zu seinen Ländern zu zählen, hätte einen Kampf auf Leben und Tod mit

---

[1]) Der genuine Ausdruck lautet: si quae fors cum aliqua legum regni laesione citra et praeter voluntatem (Leopoldi Imp.) per eos quibus negotia tractare vel exequi incumbebat — das sind „jene Rechts- und Constitutionsverletzungen, welche im Namen Kaiser Leopolds von einigen Räthen ausgingen", wie Horvath diese Stelle gibt.

demselben geführt, um den trotzigen Adel, der das Recht der Empörung für sich in Anspruch nahm, zu bändigen, ihn zu zwingen sich den allgemein gültigen Gesetzen des europäischen Staatenlebens zuzuwenden und seine Kraft, statt sie im periodischen Austoben in Revolutionen zu vergeuden, zur wirklichen Besserung der jammervollen heimathlichen Zustände zu verwenden. Schon im Anfange des XVII. Jahrhundertes war im kaiserlichen Cabinete ernstlich die Frage besprochen worden, ob es nicht besser wäre, dieses Ungarn, das sich fort und fort als Feind Österreichs erwiesen, das deutsche Nachbarland regelmässig geplündert, verheert, zu Grunde gerichtet hatte, seinem Schicksale zu überlassen, mochte dasselbe nun in der Knechtschaft unter den Türken oder in unablässigen inneren Kriegen bestehen. Das merkwürdige Document aus der Periode Rudolfs II. ist seit Langem gedruckt. Ich habe es von keinem neueren Historiker erwähnt gefunden. Man entschied sich damals dafür, Ungarn gegen die Türken zu vertheidigen und für Österreich zu erhalten, da es, wenn es in andere Hände gelange, eine unabwendbare Gefahr für Österreich bringe. Fortwährend wurde aber von den Ungarn mit einer Verblendung, wie sie nur wieder den Polen eigen war, daran gearbeitet, fremde Mächte in ihre eigenen Angelegenheiten hineinzuziehen, vorderhand sich ihrer gegen das Haus Habsburg zu bedienen, unbekümmert welche Rechnung jene selbst für geleistete Dienste später stellen würden. Es war die heillose Politik der osteuropäischen Völker, die seit der Einwanderung der Slaven, Avaren und Bulgaren Sitte geworden war.

Noch ehe Kaiser Leopold gestorben war, am 29. April 1705, wandte sich Paul Szecseny, Erzbischof von Colocza, an den kaiserlichen Hof und rieth zur Nachgiebigkeit, obwohl bereits die Vermittlung englischer und niederländischer Bevollmächtigten angenommen worden war. Nun verlangten aber sowohl Szecseny als Stephan Szirmay, Protonotarius, dass der Kaiser noch weitere Garantien gewähren solle, während sich die Rebellen wie französischen so auch schwedischen Schutzes rühmten. Szirmay rieth übrigens einen Sicherheitstermin für die Mediation und selbst einen Waffenstillstand zu gewähren.

Der Kaiser war jedoch der Ansicht, dass diese Schreiben nichts Neues enthielten, sondern nur die alten scandalosen Vorschläge mit anderen Worten. Es sei daraus nicht die mindeste Neigung zu

einem gütlichen Ausgleiche zu entnehmen. Dennoch gab der Kaiser auch jetzt wieder nach und schrieb am 15. Juni dem Erzbischofe von Colocza, er möge seine Bemühungen zum Frieden fortsetzen und dass er deshalb Deputirte erwarte. Ehe aber diese Antwort abgeschickt wurde, langte ein Bericht über die Unterhandlungen des Secretärs des Palatins mit dem Grafen Bercseny zu Neitra bei dem Kaiser an, woraus dieser ersah, „dass die rebellirenden Häupter nicht nur bei ihren vorigen principiis beharren, sondern auch das Krönungsdiplom ganz ärgerlich interpretiren, sich weigerten den Kaiser pro legitime coronato et regnante rege zu erkennen, ihm die Convocation der Diäta streitig machen und ein interregnum publiciren wollten".

Man konnte sich nicht verhehlen, dass man es mit Leuten zu thun habe, die nur Ausflüchte und Vorwände suchten, und denen gegenüber nur die Gewalt der Waffen allein entscheide. Nichtsdestoweniger gab der Kaiser wieder nach und zwar aus Rücksicht gegen seine Alliirten, damit diese sähen, dass er nicht gesinnt sei „die Sache durch die Waffen allein auszumachen". Er gestattete, dass der englische und holländische Gesandte dem Erzbischofe und dem Rakoczy schrieben. Auf alle Erklärungen und Anerbietungen Kaiser Josefs hatte Bercseny nur die Antwort, das Königreich verlange eine Garantie, dass der König die Rechte des Königreiches nicht verletzen könne, und erblickte er in jeder Beschränkung der masslosen Rechte des ungarischen Adels, der sich Nation und Reich nannte, nur Absolutismus. Diese Sicherheit sollte aber in einer securitate interna bestehen, wobei es natürlich dem Adel frei stand jeden Augenblick, wenn er sich einbildete in seinen Rechten beeinträchtigt zu werden, den Schutz des Auslandes aufzurufen. Bercseny fand ferner, dass Rakoczy nicht der rechte Titel ertheilt worden sei und anderes mehr; Gründe genug, um Schwierigkeiten zu erheben. Der König sei nur bedingt König und könne ohne Zustimmung des Reiches die Regierung gar nicht antreten. Da der König nach Trentschin Succurs geschickt habe, wären von ihm die Feindseligkeiten bereits begonnen. Er verweigerte selbst dem Secretär das Recht, ohne Erlaubniss Rakoczy's eine Staffete an den Palatin abzusenden. Das Schreiben Bercseny's an den Palatin vom 16. Juni liess klar ersehen, dass man froh war sich an Formen hängen zu können, um die Böswilligkeit nicht ganz nackt darzulegen. So konnte es denn wirklich geschehen, dass fremde Gesandte, und zwar noch dazu protestantischer Mächte, die in ihrem

eigenen Bereiche die äusserste Unduldsamkeit in Glaubenssachen sich gestatteten, zwischen dem Könige und seinen Unterthanen als Mittelmacht auftraten. Dem Gesandten in London, welchem dieses alles am 4. Juli mitgetheilt wurde, ward noch besonders am Schlusse, wohl von der Hand des Kaisers selbst, aufgetragen: „und wan der Guarantie halber in dich weiter getrungen werden wolte, zu versichern haben wirst, dass nicht die Natio, sondern nur einige wenige Häubter darauff antragen".

Der Gesandte erhielt von dem Grafen Wratislaw schon am 4. Juli einen bedeutsamen Wink. Man nehme, je länger je mehr, wahr, dass die Ungarn keine wahrhafte Lust zu dem Frieden zeigen, welches alles durch dasjenige, was des Palatins Secretär von ihnen zurückgebracht, mehr als zuviel bekräftigt werde, und ungeachtet der Kaiser die Mediation der zwei Seemächte wirklich angenommen, so könne man sich doch von Seiten der Rebellen eines Gleichen für gewiss nicht versichern. „Was aber bei diesen Umständen am allerverwunderlichsten fallet, ist, dass man merket, dass die beiden Ministri genannter Potentien (sich) nicht mit allem erforderlichen Ernste an die Rebellen setzen und anstatt der scharfen Remonstrationen, welche in einem dergleichen Fall doch nothwendig wären, sich alles Glimpfes bedienen und gleichsam mehr die partes partium als mediatorum agiren". Vierzehn Tage später schrieb derselbe kaiserliche Minister: „Die eine zeitlang alhier gewesenen ungarischen Deputirten sind dorthin wieder abgereist um den Capi der Rebellen neue propositiones zu überbringen; ingleichen haben Ihre kais. Majestät den alhier sich befindenden ungarischen Magnaten zu befehlen für gut befunden, ihrerseits zusammenzutreten, um einige Mittel in Vorschlag zu bringen, wodurch einstens der Ruhestand ihrem Vaterland wiederum könnte verschafft werden. Zu dem Ende denn auch albereit einige Conferentien von ihnen gehalten worden, woraus noch nicht der abgezielte Zweck völlig erhalten, wenigstens unseren Allirten so viel wird gewiesen werden, dass man von Seiten des hiesigen Hofes nichts unterlasset, was zu Beilegung dieser Troublen dienlich sein kann" (18. Juli 1705).

Aus fortwährender Rücksicht gegen die Bundesgenossen wurde selbst wider bessere Einsicht — wir sehen zwar, heisst es am 28. Juli, dass dieses der rechte Weg nicht sei — aufs Neue der Weg der Unterhandlungen eingeschlagen. Man hoffte, die Malcontenten, wie man die-

jenigen nannte, die sich im offenen Aufruhr befanden, würden wenigstens die Erbfolgeordnung nicht in Zweifel ziehen und die Concession des Königs Andreas (das Widerstandsrecht) nicht verlangen. Man wollte sich kaiserlicher Seits mit einem Minimum begnügen, damit nur das gute Einverständniss mit England und den Niederlanden nicht getrübt werde! Wollten die Ungarn drittens den Punkt der Garantie bis auf die Unterhandlungen selbst verschieben, so war der Kaiser bereit ihnen einen Waffenstillstand zu gewähren, obwohl man der Überzeugung war, dass es den Ungarn nur darum zu thun sei Zeit zu gewinnen, um die Ernte hereinzubringen.

Was wohl nirgends in der ganzen Welt stattgefunden hatte, fand jetzt statt, da der kaiserliche General Heister den Rebellen zu lieb abberufen wurde. Nachdem dieses geschehen war, griff Rakoczy die kaiserlichen Truppen an, erlitt aber (bei Pudmeritz) eine Niederlage. Seine Infanterie wurde in die Wälder, die Cavallerie in die Pussten zerstreut, Bagage und Kanonen fielen in die Hände der siegreichen Kaiserlichen. Cette victoire, schrieb der Minister Graf Wratislaw am 15. August 1705 an den Grafen Gallas, change entièrement la face de ces affaires, mais nullement notre intention pour accommoder ces troubles d'une manière fort raisonnable, de quoy vous pouvez assurer ce gouvernement (das englische); car nous comprenons fort bien l'utilité de cette paix laquelle doit avoir sa modalité, sans quoy il est impossible de la conclure, malgré toutes les criailleries importunes de nos mediateurs.

Das kaiserliche Cabinet reichte die Hand zu neuen Unterhandlungen, und wurde von den Ungarn aufs Neue getäuscht. (Nos députez d'Hongrie, schrieb Wratislaw am 5. September, sont partis de nouveau et demanderont des passeports pour nos mediateurs lesquels à notre requisition se veulent rendre au congrés, que les Hongrois feront presentement pour disposer les esprits à une paix génerale!)

Man erwartete am 9. September für die in Wien angekommenen Mediatoren ehestens die Pässe.

Welche Friedensgesinnungen aber auf Rakoczy's Seite herrschten, konnte man aus dem Umstande ersehen, dass er selbst auf dem Convente zu Szecsen schwor die Conföderation zu vertheidigen und in Siebenbürgen einbrach, dieses dem Kaiser zu entreissen. Ich lasse nun den Grafen Wratislaw berichten (23. Sept. 1705).

Notre armée en Hongrie a passé le Danube le 15me avec dessein de poursuivre la marche vers la Tibisque pour faire le detachement en Transilvanie de renforcer nos troupes en ce pays et à Grand Warasdin. Il semble que les rebels feront leur dernier effort et selon les apparences pourroient bien venir à une nouvelle bataille. Quelque mille Raciens doivent joindre notre armée, lesquels (si par l'assistance de Dieu nous battons les premiers) leur couperont la besogne dans ces plaines et cette deroute leur pourroit être plus sensible que les precedentes.

Entre tems nos deputés d'Hongrie nous ont envoyé un courier avec des lettres du 16, par lesquelles ils insistent pour obtenir un armistice et declinent toutes les declarations préliminaires par rapport au droit héréditaire et autres points que Sa M. I. a demandé d'eux.

Dans cette conjoncture où notre armée est, il est impossible de prendre une resolution positive. Mais il faudra déjà attendre le denouement de la dite marche, après quoy on prendra des mesures et nos alliés verront par les effets que la paix d'Hongrie nous tient à coeur, que nous la voulons et souhaittons de bonne foy et que nous negligerons rien de ce qui peut contribuer à rendre nos affaires meilleures contre l'ennemi commun.

Bereits batten die ungarischen Zerwürfnisse einen erhöhten Grad von Wichtigkeit erlangt. Mylord Godolfin hatte dem kaiserlichen Gesandten in London Grafen Wenzel Gallas die Bemerkung gemacht, das kaiserliche Cabinet nehme keine Sache zu Herzen als die ungarische, und dass es im Übrigen sich gänzlich auf die Seemächte verlasse. Man müsse den Krieg in Ungarn um jeden Preis beenden, wenn man Lust habe die spanische Monarchie zu gewinnen (revendiquer). Der Gesandte hatte hievon Mittheilung an den kaiserlichen Cabinets-Präsidenten gemacht, und dieser antwortete nun in ausführlichem Schreiben, nicht ohne sich über die gänzliche Grundlosigkeit dieser Vorwürfe zu beschweren. Unmittelbar nach seiner Thronbesteigung habe der Kaiser im ganzen Königreiche Declarationen verkünden lassen, um die Rebellen einzuladen die Waffen niederzulegen; dass selbst die wiederholten Erklärungen keine Wirkung batten, sondern die Rebellen in ihrer Insolenz beharrten.

Vergeblich habe der Kaiser, um ihnen jeden Anlass zum Misstrauen zu benehmen, erklären lassen, er nehme die Vermittlung der

Seemächte an und werde in alle vernünftigen Auswege eingehen, um zu einem Ausgleiche zu kommen. Alles dieses, was doch von einem Könige komme, über den sie sich nicht zu beklagen hätten, habe gar keinen Eindruck gemacht; im Gegentheile sie haben ihre Verwüstungen und Mordbrennereien fortgesetzt wo sie nur immer konnten. Jetzt aber, wo sich die kaiserliche Armee über die Donau nach dem Centrum der Rebellion in Bewegung gesetzt habe, dort sie zu ersticken, da schrieen die Ungarn nach einem Waffenstillstande; da beklagten sie sich, dass man, anstatt ihnen den Frieden zu geben, nur daran denke, sie zu unterdrücken.

Sie wollten offenbar nur Zeit gewinnen, um in ihre Hände Siebenbürgen, und was der Kaiser noch in Oberungarn besitze, zu bringen. Eben deshalb sei es auch von der äussersten Wichtigkeit, den üblen Folgen dieser Pläne zuvorzukommen. (26. Sept. 1705.)

Man kann nicht sagen, dass die Ungarn keinen Ausgleich wollten. Er war fertig, sobald Kaiser Josef die Bedingungen annahm, die sie stellten; ja noch mehr, sie wünschten selbst einen sehr festen Ausgleich und zu diesem Ende sollte eben das Ausland, England, Holland, Frankreich, der siegreiche Schwedenkönig, wo nicht gar Russland, die Garantie gegen ihren König übernehmen. Es war eine Politik so einfach, so klar, so loyal, dass Horvath noch von dem grossmüthigen Fürsten Rakoczy spricht. War es nicht pharaonische Herzensverhärtung einen derartigen Ausgleich nicht annehmen zu wollen? Er brachte höchstens den Kaiser als Beherrscher der österreichischen Länder in ein noch schlimmeres Schicksal, als er durch die Garantie des Osnabrücker Friedens von Seite Frankreichs und Schwedens als deutscher Kaiser gekommen war!

Welches Resultat konnte man da von den Conferenzen zu Tyrnau erwarten? Wratislaw, welcher Anfangs October 1705 darüber schreibt, macht sich auch kein Hehl daraus; die englischen Mediatoren waren von Tyrnau nach Wien zurückgekehrt, da man daselbst die Ankunft des Mylord duc (Marlborough) erwartete, und hatten die Nachricht über das stolze Auftreten der Ungarn bei dem Congresse gebracht. Man war aber doch kaiserlicher Seits im rechten Fahrwasser angelangt. Der Kaiser erklärte dem Erzbischofe von Colocza, er sei einem Waffenstillstande nicht abgeneigt, die Armee setze aber ihren Marsch nach Siebenbürgen fort (27. Sept.). Fortwährend aber hatte der kaiserliche Hof „mit den Einbildungen und üblen Präventionen“

des englischen Hofes zu kämpfen, wesshalb auch der kaiserliche Gesandte in London besondere Weisungen erhielt und ihm die bezüglichen Correspondenzen regelmässig mitgetheilt wurden. Der kaiserlichen Armee gelang es Grosswardein auf ein Jahr zu verproviantiren und sich den Weg nach Siebenbürgen zu eröffnen. Erst am 23. December erhielt der Kaiser durch den Grafen von Traskowitz umständliche Nachricht, dass die kaiserlichen Truppen am 11. November die Rebellen geschlagen hatten; ein zweiter Sieg folgte nach. Als der Graf in Wien einfuhr, liess er seine Postillone blasen und hatte den Wagen mit 20 den Rebellen abgenommenen Fahnen geschmückt. Bei ihm im Wagen aber sass der Marquis de Bellegarde, der in der Schlacht gefangen genommen war, ein lebender Beweis der Verbindung der Ungarn mit Ludwig XIV. Sie gaben auf dieses eben so den Zug nach Klausenburg wie die Belagerung von Ödenburg auf.

Der Congress von Tyrnau, zu welchem am 22. October Kaiser Josef den Grafen Wratislaw und den Erzbischof von Colocza bestimmte, ward begreiflich durch den Gang der Kriegsereignisse beeinflusst. Als sich die Nachricht verbreitete, die kaiserliche Armee habe die Donau überschritten, befanden sich der Erzbischof und Baron Szirmai in Lebensgefahr. Das Vorrücken der Truppen hatte jedoch zur Folge, dass die Ungarn sich einem Waffenstillstande wieder geneigter erwiesen.

Dem Gesandten in London Grafen Wenzel Gallas wurde am 24. October eröffnet, dass am 26. die Mediatoren sammt 5 kaiserlichen Commissären (Bischof von Osnabrück, Graf Wratislaw, Erzbischof von Colocza, Graf Sigmund Lamberg und Graf Illeshazy) nach Ungarn abgehen sollten. Am 7. November wurde ihm bereits das Protokoll über die Conferenz der englischen Mediatoren Mylord Sunderland und Stepney (vom 3. November) mitgetheilt. Die kaiserlichen Commissäre blieben zu Pressburg, die ungarischen in Tyrnau und die Unterhandlungen zwischen beiden wurden durch die fremden Mediatoren geführt. „Es ist aber auch dabei wahrzunehmen, was Hochmuth die Malcontenten gleich bei Eingang der Traktaten hervorzeigen, den vermuthlich auch die Mediations-Ministri selbst an ihre Principalen hinterbringen und beschreiben“ (7. November 1705).

Am 21. Nov. wurde demselben Gesandten mitgetheilt: „was massen wir auf weitere Vorstellung der Mediation den 14 diess in

denen hungarischen Sachen eine abermalige Zusammenkunft angeordnet und darüber hin gnädigst verwilligt, dass — umb von denen Rebellen eine Antwort herauszubringen, die, umb dass odium dess langsamen Hergangs völlig auff uns zu werffen, sich bis dato passive halten — man diesseits von dem ersten gradu dess Granflusses (als Grenze) abstehe. Dahero Sie Mediatores ihre Proposition herwärts auf die Neutra stellen, gegen Siebenbürgen und der Theiss aber auf Zolnok anders nicht antragen sollen, als wann solcher Ort von unsern Waffen behauptet werde, widrigenfalls wir uns mit Szongrad befriedigen wollten. So viel einsweilen schriftlichen. Mündlichen aber haben wir uns noch weiters herausgelassen und erklärt, dass wir auch entlichen so vest nicht auf der Neutra bestehen, sondern pro ultimato termino den Waagfluss annehmen wollten, doch von diesem ganz und gar nicht abweichen könnten, indeme wann auch die Rebellen auf das uti possidetis antragen wollten, sie dieses mit einigem Fug herüber der Waag von (schon) darumben nicht ausdrücken könnten, weillen das uti possidetis allein von den vesten Plätzen hergenommen werden kann, wir aber auf (an) der Waag Trentschin, Leopoldstadt und Gutta annoch in wirklichem Besitz, hingegen die Rebellen zwischen der March und Waag keinen einzigen vesten Ort inne haben, sondern allein wegen dermaliger Entfernung unserer Armada in Tyrnau Possing und die Schitt als theils offene, theils mit schlechten Mauern umgebene Örter gehen (gehören).

Auss so gehörter von Uns in allem erzeigenden Facilität und Willfährigkeit hat die Mediation sowohl als der hier anwesende Fürst und Duc von Marlborough unsere zum Frieden hegende wahre und aufrichtige Intention hoffentlich der Genüge abgenommen.

Inmittelst seind die zwey holländischen Mediatores von ersagtem Tyrnau hier zurugg angelangt mitbringende, dass die Rebellen sich endlichen verstehen wollen, eine Antwort von sich zu geben, auch ihre postulata von wegen des Friedens schriftlich zu verfassen, dessen Erfolg wir nun gewärtig sind.“

In welcher Art aber diese scheinbare Nachgiebigkeit der Ungarn wirklich stattfand, erhellt aus dem kaiserlichen Schreiben vom 2. December 1705.

„Was sonsten die Hungarische Rebellen mit ihrem gewöhnlichen Hochmuth in der englischen Mediatoren Vollmacht vor Ausstellungen gefunden, zeigt die beikommende Abschrift. Obschon dieses

aber ein sehr schweres und der Königin (von England) Liebden sowohl als unserer höchsten Autorität sehr nahe tretendes Begehren ist, so wollen doch umb Liebe des Friedens uns auch in diesem passu überwinden und zulassen. dass der hier anwesende englische Gesandte eine andere bei Handen habende Vollmacht, darin seinen Gedanken nach nichts auszustellen sein wird, producire.

Weylen über diess diese Tumultuanten noch erfordern und haben wollen, dass jene Erklärung, kraft deren wir die Mediation von England und Holland angenommen, von der hungarischen Kanzlei ausgefertigt und in forma eines Manifestes ad omnes populos und nicht an die Mediations Ministros allein gestellt werde: — alss wollen zu allem Überfluss auch hierunter nachgeben und alle unser geflissen (geflissentlich) zuschiebende Beschwerde aus dem Weg räumen, nur um der ganzen Welt unser zum Frieden aufrichtig hegendes Gemüth zu erkennen zu geben." — Jetzt, meinte der Kaiser, könnten die Ungarn keine Ausflucht mehr, ihre postulata in puncto pacificationis oder ihre Antwort ratione armistitii förmlich einzugeben, vorschützen.

Während nun die Unterhandlungen stattfanden, indem den Ungarn die in Siebenbürgen erlittene Niederlage früher bekannt war als dem Kaiser und sie ebendeshalb denn doch für gut fanden, die Saiten nicht mehr so hoch zu spannen, und dem Gesandten ein neues Schreiben vom 23. December ausgefertigt wurde, langten die Details über den Sieg der Kaiserlichen (bei Zsibo) in Siebenbürgen an. 6000 Feinde waren geblieben, 28 Stücke neben einer grossen Quantität Kriegs- und Mund-Munition wie auch Bagage erobert worden. Der Sieg sichere den Besitz von Siebenbürgen, halte die Türken in Respect, die schon Lust hatten sich in die Händel einzumischen, und lege das ganze zwischen den Bergen und der Theiss gelegene Land in die kaiserliche Gewalt.

Der Gesandte erhielt nichts desto weniger den Auftrag das englische Cabinet von der Friedensliebe des Kaisers und seinem Willen an den Gesetzen festzuhalten in Kenntniss zu setzen, ebenso aber auch den innern Unruhen ein Ende zu machen. 7218 moskowitische Truppen wurden in nächster Zeit dem Kaiser durch Tractat zur Verwendung überlassen.

Doch schloss ungeachtet des Sieges das Jahr 1705 mit dem Bemerken, die Ungarn führen in ihrem vorigen Hochmuthe. Hartnäckig-

keit und bösen Willen fort (29. Dec.). Sie rechneten auf die Concentrirung der kaiserlichen Armee in Italien und wohl auch auf die baierischen Unruhen, in Betreff deren das kaiserliche Cabinet aus dem Haag den Vorwurf hören musste, es sei österreichischer Seits nicht genug geschehen, dieselben gleich in limine zu dämpfen. Die Angelegenheit des Waffenstillstandes zog sich wie eine Krankheit fort, und erst am 8. Mai 1706 unterzeichnete ihn Graf Wratislaw. Dann begann der Kampf aufs Neue und sollten nun ausser den Seemächten auch Schweden, Preussen und Polen den Frieden unterzeichnen, der eine Capitulation des ungarischen Königthums fast auf Gnade und Ungnade in sich schloss, eben deshalb auch nicht zu Stande kam.

Es ist zum Schlusse noch nothwendig die Gesinnungen Rakoczy's aus seinen eigenen ungarischen Briefen darzuthun.

Er versichert am 29. Juli 1705, dass in den Comitaten die Mediation nur unter der Bedingung schwedischer und preussischer Vermittlung angenommen worden sei. Damit das kaiserliche Heer den glücklichen Fortgang nicht störe, habe er den Landtag auf den 1. Sept. ausgeschrieben. Hätten die ungarischen Waffen Glück, so werde die Nation nicht nur den Frieden verwerfen, sondern auch die Frage über das Wahlrecht und Interregnum aufwerfen. Nur weil er den Franzosen nicht traue, schreibt er den 29. Juli, habe er die Friedensunterhandlungen fortgesetzt. Er verlange von Ludwig XIV. mit ihm als Fürsten von Siebenbürgen ein ewiges Schutz- und Trutzbündniss, und 2. keine Friedensverhandlungen einzugehen, ehe nicht Ungarn vom Hause Österreich losgetrennt sei. Komme es früher zum Frieden, müsse der Theil Ungarns, welcher sich bereits von Österreich losgerissen, bei Siebenbürgen unter seiner Souveränität bleiben.

Dieses bedarf keines Commentars. Es ist immer das alte Lied, das sich unter wechselnden Vorwänden auf der andern Seite der Leitha regelmässig in gewissen Perioden erneut.

Dagegen möge man nun aus den authentischen Depeschen die Friedensliebe des kaiserlichen Cabinetes erkennen, das mit einer Ruhe und Geduld, die dem Leser, welcher die schamlosen Unterhandlungen Rakoczy's mit dem Auslande kennt, beinahe unerträglich werden, unterhandelt, einen Punkt nach dem andern aufgibt, immerwährend seine Liebe zum Frieden und Ausgleich wiederholt und betheuert, immerwährend taube Ohren findet, immerwährend Boden

verliert und von seinem Gegner nicht zu lernen scheint, dass jeder Ausgleich dieser Art nicht eine Rechtsfrage in sich schliesst, sondern eine Machtfrage. So wenig die Religionsgespräche im XVI. Jahrhundert die kirchliche Einheit herstellten, sondern nur durch das Hinzutreten persönlicher Antipathieen die confessionelle Spannung vermehrten, so wenig kann da ein Ausgleich in politischer Beziehung statt finden, wo der entschiedene Nichtwille vorhanden ist die Basis des andern als Vereinigungspunkt anzusehen, vielmehr nur die Überzeugung herrscht auf europäische Verwicklungen zu speculiren, um den berechtigten Gegner aus allen seinen Positionen zu drängen.

Das aber war das Verhältniss Ungarns resp. der ungarischen Rebellen zu ihrem rechtmässigen Könige, Kaiser Josef I.

URKUNDLICHE BEILAGEN

(Im k. böhmischen Landesarchive gefertigt).

I.

1705 — 7. Juni.

Reichs-Canzley vom 7. Juny,
praes. d. 30. ditto 1705.

Joseph, von Gottes gnaden Erwöhlter Römischer Kayser, zu allen Zeitten Mehrer dess Reichs.

Hoch und Wohlgebohrner Lieber getreüer: Wir haben auss deiner gehors. relation vom zwölfften negst abgewichenen Monaths sowohl, alss von dem allhier subsistirenden Engelländischen Abgesanden vernohmen, was der Savoysche Minister zu Londen wegen abschickhung der in der Oberen Pfaltz gestandenen dhänischen Völckher nach Italien angesucht hat. Niemand Were lieber, alss Unss, wan diesem begehren also gleich könte statt gegeben werden: die Wir sattsamb erkennen, was Unss und der gemeinen sach an der Rettung dess Herzogs von Savoya auss der antrohenden gefahr, und an gewinnung der Oberhand in Italien gelegen ist. Nachdem aber die hartnäckigkeit und muthwill Unserer Hungarischen Rebellen mehr zu- alss abnimbt, und wofern Ihnen keine mehrere Macht entgegen gestellet wird, nicht allein keine beruhigung alda zuhoffen, sondern auch dise Unsere Österreichischen sambt dennen Schlesischen und Mährischen Erblanden [1]) Ihren barbarischen insolentien und devasta-

[1]) Anton Esterhazy zerstörte nach einem Schreiben Rakoczy's vom 29. Juli 1705 in Mähren 35 Dörfer und Städte. Fiedler I, S. 370.

tionen dergestalt exponirt stehen, dass Wir leicht in den Standt gesetzet werden dörfften, weder dem Herzog von Savoya die geringste hülff geben, noch anderwerths zu forthsezung dess Kriegs gegen die gemeine Feinde einigen Vorschub mehr beytragen zu können. So befinden Wir einer unumbgänglichen nothwendigkeit zu seyn, dise dhänische Völckher nach Hungarn, wohin Sie auch würckhlich beordert seind, hinabzuziehen, umb so mehr alss Wir verhoffen mittelst derselben so viel zu erlangen, dass die Rebellen mehren theills in sich gehen und zum vernunfftmässigen Vergleich, wozu Wir alle mögliche facilitet zugeben geneigt seynd, sich eher bequehmen werden, womit Wir alssdan dem Herzog von Savoya nicht nur mit diesen, sondern auch mehr anderen Völckhern beyspringen und die Superioritet auch alda negst Göttlicher hülff bald wiederumb werden erlangen können. Es kommen unterdessen nicht nur Verschiedene recruten zu Unseren unter dem Prinzen Eugenio stehenden Regimentern, sondern es werden auch die Chur-Pfaltzischen Vier tausend mann nunmehr bey Ihm angelangt oder doch nicht weith mehr von dannen entfernet seyn, mithin dem Feind der orthen eine solche diversion gemacht werden können, dass derselbe seine betrohung gegen dürin vermuthlich wohl einstellen und dem Herzogen lufft zu lassen genöthiget seyn, wenigstens dieser desshalben von seiner bissherigen standthafftigkeit nachzulassen nicht gezwungen seyn wird. Wass der Savoysche Abgesandte von Zertheillung der dhänischen Völckher und dass, wo nicht alle, doch drey- oder vier tausend mann nach Italien beordert werden mögten, solches stehet nicht in Unserer Willkuhr, und ist es so weith von dem, dass die dhänische generalitet die Völckher zertheillen lassen wolle, dass Sie so gahr ein taussend mann in Bayern zu lassen geweigert hat: Wie dan auch der König in Dännemarckh sich noch zur Zeith, ohngeachtet noch bey lebzeitten Unseres Herrn Vatters Mayestät darauff angetragen worden, darzu nicht erkläret hat: Welches du dan gehöriger orthen vorzustellen und Ihnen die erheblichkeit der ursachen, welche Unss von dermahliger absendung gemelter Völckher nach Italien abhalten, bestermassen begreiffen zu machen, anbey aber zu versichern hast, dass sobald die sachen in Hungarn in etwas besseren Stand gesetzet und Wir alle trouppen aldorth nicht absolute vonnöthen haben werden, Wir mit eussersten Kräfften dem Herzog succuriren und auch den alldortigen Krieg auff einen anderen Fues

zu bringen Unsere fürnehmbste sorg lassen werden. Verbleiben dir übrigens mit Kays. gnaden wohlgewogen. Geben in Unserer Statt Wien den siebenden Juny Anno Siebenzehenhundert und fünff: Unserer Reiche des Römischen im Sechszehenden, dess Hungarischen im achtzehenden und dess Böheimbschen im ersten.

Josephus m. p.

Ad mandatum Sacrae Caesareae
Majestatis proprium
C. F. Consbruch.

Dem hoch- und wohlgebohrnen Unserem Reichshoffrath, Cammerern, Abgesanden am Königl. Engelländischen Hoff und dess Reichs Lieben getreuen Johann Wentzel graffen von Gallas.

II.

Copia literarum palatini ad status Hungariae, quibus obitum imperatoris Leopoldi notificat. Nr. 1.

Ilustrissimi, Reverendissimi, Spectabiles ac Magnifici admodum Reverendi nec non Perillustres ac Gratiosi Domini, Amici nobis observandissimi.

Non dubitamus jam innotuisse praetitulatis Dominationibus vestris insperatum Augustissimi quondam Romanorum Imperatoris et Regis pientissimae reminiscentiae Domini Domini nostri clementissimi, die 5ta. praesentis mensis ex hac vita decessum. Quia vero post hunc lugubrem casum modernus Dominus noster clementissimus Augustissimus Josephus primus in Sacri Romani Imperii simul et Hungariae, Bohemiae et caeterorum regnorum ac provinciarum coronis et ditionibus felicissimae memoriae Progenitori Suo statim et immediate successit: Voluimus iisdem Dominationibus vestris vi officii nostri Palatinalis id ipsum eo fine notificare, quatenus erga Summe titulatum modernum Dominum nostrum clementissimum debitam et synceram fidelitatem contestantes ita se in omnibus accomodent, prout vera et illibata fidelitas erga legitime coronatum Regem suum exposcit.

Ad haec, quaenam sit ad extremam ruinam redacta Regni Hungariae sors et status, non ambigimus iisdem Dominationibus vestris constare, cujus medelam ex officio nostro Palatinali ulterius etiam

apud modernum clementissimum Dominum nostrum quaerere volentes demisse repraesentavimus Suae Majestati Caesareae et Regiae ruinatae patriae nostrae miserum statum, humillime supplicando, quatenus libertatem eiusdem patriae nostrae cum manutentione benignissimi Diplomatis Sui Regii clementissime concedere, penes leges regni conservare hocque pacto ultimae ruinae proximam nationem nostram consolari benignissime dignetur.

Quam humillimam supplicationem nostram bene memorata Sua Majestas percipiendo ita se clementissime resolvere dignata est, toti nimirum orbi constare, Suam Majestatem Ss^{mam}. tempore gubernii et imperii felicissimae memoriae desideratissimi Progenitoris Sui in nullum regimen aut gubernium regium se immisisse, et si quae fors cum aliqua legum regni laesione, citra et praeter voluntatem praedefunctae Caesareae et Regiae Majestatis, per eos, quibus negotia tractare vel exequi incumbebat, accidissent, horum nihil Suae Majestati adscribi poterit, cum eorum ab aliis rerum administratio et directio dependebat.

Cum igitur Divino sic disponente Numine totum regimen in Suam Majestatem Caesareo Regiam devolutum esset, oretenus clementissime nobis declaravit, quod secure universis statibus et ordinibus regni notificare et perscribere possimus: Quidquid tempore gloriosae coronationis et inaugurationis Suae praeterita generali regni diaeta Posonii celebrata, mediante benigno diplomate Suo (quod prae manibus nostris extat) benignissime subscripsit et regio sigillo suo roboravit, id totum in omni sui parte sit clementer servatura; ita et generalem regni diaetam (quam alioquin etiam praedefuncta quoque Sua Majestas celebrari curare intendebat) proxima occasione publicari curabit et in eadem diaeta benignum diploma Suum juxta leges constitutionibus regni inseri curabit. De quo nos Caesareo Regio verbo suo clementer assecuravit, ea spe, quod vestrae quoque Dominationes praetitulatae erga hunc tam clementer ad omnes leges observandas se offerentem Regem et clementissimum Dominum suum synceram fidem contestaturae eundemque debito modo veneraturae sint.

Quocirca si vel minima scintilla verae christianitatis, imo boni Hungarici sanguinis inest Dominationibus vestris, condescendant tandem aliquando in se et cordis sibi sumant, ne desiderent patriae tam manifestam ruinam neque sitiant charo nationis nostrae, tam

acerbam sanguinis profusionem, dum, prout praemisimus, cum Domino suo ad observandam omnem legalem justitiam se benigne offerente et obligante agendum habent, admoveant manus ad olivam pacis, conforment se legibus regni et si in aliquo sese laesos esse sentiunt, habita eatenus nobiscum, qui in Suae Majestatis fidelitate persistimus, cointelligentia redeant ad debitam Suae Majestatis fidelitatem, ut in unanimi consensu clementissimum Dominum et paternae propitium Regem nostrum in amorem nostri divincentes, quid leges et justitia dictant et exposcunt, id obtinentes desolatam vel ruinatam patriam nostram in pristinum florentem statum reducere possimus, quibus ut eaedem Dominationes Vestrae sese accomodent, peramanter rogamus et Palatinali authoritate paterne easdem etiam hortamur.

Quod si autem praeter spem nostram ea porro esset Vestrarum Dominationum intentio, ut absque omni causa ulterius etiam patriae desolationem prosequi vellent, coram Deo et toto orbe protestamur, quod contra tales non libertatem, sed extremam ruinam quaerentes a minimo ad maximum insurgendo arma sumere patriamque ab eiusmodi ruina defendere hocque pacto remonstrare cogemur, legalem libertatem tanquam veros patriae filios nos etiam cupere, sed desolationem et extremam ruinam (quam pro certo subsecuturam providemus) pati nolumus; plene itaque confidimus, praetitulatas Dominationes Vestras hisce literis nostris bene perpensis syncerum animum nostrum agnituras et ita se accomodaturas, ut nationis Hungaricae futura etiam posteritas de iisdem Vestris Dominationibus bene olim meminisse possit. Praestulantes itaque Vestrarum Dominationum optatum responsum. animitus cupimus easdem feliciter valere.

Viennae Maji 1705.

III.

Copia patentium litterarum notificatoriarum obitus Leopoldi Caesaris ad status et ordines regni Hungariae. Viennae, 14. Maji 1705. Nr. 2.

Josephus fidelibus Nostris universis et singulis Reverendis, honorabilibus, spectabilibus et magnificis, necnon egregiis et nobilibus, prudentibus item ac circumspectis praefati regni Nostri Hungariae et partium eidem annexarum, statibus et ordinibus salutem et gratiam. Quandoquidem Divinae potentiae ejusque inscrutabili provi-

dentiae, quae in suis dispositionibus non fallitur, sacram olim Romanorum Imperatoriam ac Regiam Majestatem Dominum Leopoldum gloriosissimae reminiscentiae, Genitorem Nostrum desideratissimum, die quinta modo labentis Mensis Maji ex hoc transitorio saeculo ad beatae immortalitatis quietem transferre visum fuit, intermittere noluimus, quin tristem hunc, qui nobis communiter accidit, casum, prout reliquis aliorum regnorum Nostrorum fidelibus subditis Nostris, ita hujus quoque regni Nostri Hungariae statibus et ordinibus dolenter significaremus. Et quia post luctuosum hunc eventum Nos velut immediatus ejusdem quondam Domini et Genitoris Nostri successor et haeres praeter Sacri Romani Imperii et reliquorum Regnorum hujus quoque regni Nostri Hungariae et partium eidem annexarum regimen (vi legum et constitutionum patriarum benignissimique Diplomatis Nostri Regii tempore solemnis coronationis et inaugurationis Nostrae universis statibus et ordinibus clementer elargiti) feliciter auspicati illudque susceperimus et iisdem gubernandis supremas admoverimus manus: Eapropter universos et singulos ejusdem Regni Nostri Hungariae et partium eidem annexarum status et ordines harum serie, Regia Nostra adhortamur clementia, quatenus visis aut intellectis iisdem homagialis obligationis suae memores debita quaevis fidelia obsequia nobis tanquam legitimo Regi et Domino suo clementissimo rite coronato praestare, et haud minori quam reliqua regna et provinciae Nostrae haereditariae devotione sincere demonstrare ac exhibere studeant; securi in eo existentes, quod Nos hocce regnum Nostrum Hungariae Nobis cumprimis charum omnesque ejusdem fideles status et ordines in suis juribus, privilegiis, libertatibus et immunitatibus juxta etiam praeattactum benignum Diploma Nostrum assecuratorium ipsis extradatum, illibate et inviolabiliter conservabimus et conservari faciemus ac nihil eorum, quae ad conservationem, defensionem, procurandam tranquillitatem et emolumentum hujus Regni Nostri Hungariae pertinere animadverterimus, seu in generali diaeta, quam aliunde proxima commodiori occasione celebrare intendimus, seu alias etiam intermittemus: Imo omnem conatum et operam in eo adhibituri, ut in Nobis benignissimum Dominum ac Regem experiri valeant Nosque omnium subditorum Nostrorum optimam de Nobis expectationem si non superare ast certe aequare adnitemur: Gratiae et clementiae Nostrae Cesareo Regiae sinum nemini praeclusum volentes. Datum Viennae 14. Maji 1705.

IV.

Copia literarum ad Sac. Caes. Majestatem ab archiepiscopo Colocensi die 29. Aprilis 1705 exaratarum. Nr. 3.

Augustissime Imperator, Domine et Rex clementissime.

Longior mora, quam a prorogato Schemniciensi tractatu in his partibus suasu Dominorum Mediatorum transegi, anxium me crebro reddidit, ea sola de causa, quod cum Majestas vestra sacratissima diutius nihil mandare dignaretur, metuerim, ne Paterni reducendae in regno pacis conatus per aliquos, quibus pax Hungariae fors cordi non est, in Caesareo Regio animo impediti forent. Verum advenientibus Dominis Deputatis et tam uberrima relatione de iis, quae ad Augustam Aulam egerunt, reddita, quam acceptis tum Majestatis vestrae benigno Mandato, tum Dominorum Mediatorum litteris mirifice exhileratus sum, quod intellexerim nulla nec adversorum et eorum quidem fortium consiliorum vi nec prosperiori quidem belli fortuna. passam esse Majestatem vestram Serenissimam averti ab ea sincera ad reducendam regno pacem propensione, quam prolixe ac benigne tot clementibus ad me datis litteris declarare dignata ab initio fuerat.

Magna sane haec et efficax ac propemodum unica ratio est, qua omnes Hungari, ut et ipsimet Duces in prima ad pacem declaratione continentur ac persistunt, e quorum animis non utique adhuc cuncti inveteratae diffidentiae scrupuli eximi poterant, quae constans Majestatis vestrae Serenissimae in conciliandam patriae tranquilitatem voluntas, quemadmodum facile omnem humanam laudem et gloriam superat, ita longe praestat cuilibet consilio, quod Authoritatem Caesareo Regiam non pacificationis continuatione, sed vindicatione potius fortius prosequendi belli stabiliendam esse existimat. Praeter id enim, quod salubri tumultus compositione sanguinis, quantum ego perpendo, utrinque innocentis largiorem effusionem praeverti. tanto praeclarius sit, quanto eventus belli incertior, accedit et illud, quod haud invictam videam ad desideratae pacis scopum eo celerius perveniendi difficultatem, quo cum sinceritate utrinque jam declarata. diligentior cura ac velocior manus operi huic sancto admovebitur.

Quippe cum considero, et Majestatis Vestrae Serenissimae ab ipso negotiationis principio Regiae dignitati munerique convenientem

resolutionem, cujus summa est, ea complanare Majestatem Vestram etiam cum oppignoratione fidei meae esse paratam, quae juris et legibus sunt, et Hungaros Ducesque eorum non aliud, quam quod avitae, jureque et lege receptae ac Sacro Majestatis Vestrae Diplomate ratihabitae confirmataeque libertatis est, petere, non ingentem restare laborem arbitror, quo hoc celebre ac eximium utrinque optatae pacis opus in effectum redigi possit debeatque.

Caeterum, ubi quod juris quodque legis et Diplomatis est, mentionem facio, tum per me praevideo, tum ex Dominorum Deputatorum relatione nec minus ex utraque tam priori quam posteriori Majestatis Vestrae Serenissimae declaratione, ita hoc intelligi, ut salva sint ea, quae novissimis Sproniensi et Posoniensi diaetis determinata extitere.

E converso, dum huic istarum diaetarum acta in quaestionem sumuntur, imo ita praetereunda esse, ac si nunquam acta esse petuntur, immotum inde ac insuperabilem oboriri obicem quispiam primo quidem intuitu augurari haud immerito queat: verum si punctum de successione in Regia dignitate, de renovanda Regis electione, de restitutione Decreti Andreae Regis in integrum, de Patribus Societatis et de Religione seorsim considerentur, reliqua in viginti quinque (dempto primo et ultimo) qua his ipsis novissimis Diaetis, qua prioribus per has non sublatis, quin potius confirmatis legibus ita conformia et ita legalia reperiuntur, ut omnino non ullo novo tractatu, sed solo executionis effectu indigeant.

Quibus sic positis non aliud nunc jam magis cuncti sibi timere videntur (uti ipsis ad minimam quamvis ansam diffidentia recrudescit) quam quod per utramque Majestatis Vestrae praeliminarem declarationem eo tendant non nulli, ut per tractatum talium declarationum ab evidentibus legibus regni pedetentim abduci, inque novam aliquam rerum formam induci possint.

Etenim inquiunt, cur vel saltem ea directe et clare non resoluta sint, quae ex dictamine etiam illarum novissimarum diaetarum, quas Majestas Vestra Sacratissima integras esse vult, evidentia sunt? Nam et de educendo externo milite articulo octavo ultimae diaetae Soproniensis annuente et ratificante Majestate Vestra Sacratissima determinatum esse ajunt, soloque effectu caruisse.

Et quamquam timorem hujusmodi nulla firma ratione niti, nec Majestati Vestrae ad directius respondendum ab ipsis directam solemni modo agendi occasionem in praesens porrectam esse, ex parte Ma-

jestatis Vestrae uberrime responsum sit: immo quamquam tandem ne ipsimet diffiteri possent utique a parte Majestatis Vestrae Sacratissimae ad tractandum Regii animi indicia et argumenta per utramque, maxime tamen posteriorem benignam declarationem praeberi: denique quamquam non obstantibus Gallico-Bavaricis non contemnendi momenti impedimentis promptitudinem ac sinceritatem suam princeps Ragozi nunc etiam et quidem longe quam unquam fusius testatus sit, adhuc tamen in mora esse videtur, nec dum demonstrata sive pactorum sive paciscendorum securitas. De qua non solum interna sed etiam externa, et hac quidem non in mediatione nuda, sed solemni etiam quarantia consistente ante omnia providenda, siquidem Dominos Mediatores tum alias tum Schemnitii eo tempore rogaverint, quo se ad viginti quinque (quibus procul dubio plura accedent) jam nota puncta provocarunt, immo ab initio per Dominos Deputatos et novissime per literas meas insinuari curaverint, ast nihil adhuc responsi obtinuerint, pernecessarium iis visum est expectare benignam Majestatis Vestrae Sacratissimae eamque expressam hoc in puncto declarationem et resolutionem.

Qua obtenta et ipsimet sperant tam illa, quae viginti quinque punctis contenta in legibus Regni jam conclusa sunt, tutius effectui mandari, quam illa supra separatim attacta, cum aliis proxime annectendis majori fiducia faciliusque et ita quidem complanari posse, ut et Regia Majestas, dignitas atque Authoritas illaesa ac illibata et lex libertasque Regni in tuto esse queant.

Cum ergo ab ista Majestatis Vestrae Serenissimae circa quarantiam benigna declaratione tota totius negotii dependere videatur facilitas, inque ea omnis tam salutaris tamque et Majestati Vestrae Serenissimae non minus honestae ac perutilis et Regno optatae structurae momentum et bassim consistere certum sit, igitur tum ad uberiorem omnium declarationem, tum ad accelerandam desideratae Caesareo Regiae resolutionis promotionem Dominos Deputatos, Episcopum Joannem Visa et Paulum Okolocsani ad Majestatem Vestram Serenissimam Augustamque ejus Aulam expedire mihi peropportunum visum est. Quod superest, dum me in Caesareo Regiam gratiam supplex devoveo, simul humillime supplico, quatenus Majestas Vestra Serenissima pro ea sinceritate et constantia, quam ex tot Regiis et ad me datis missilibus et ad Dominos Deputatos directis, sed et publicis patentibus literis indubio concepi animo, quatenus inquam

Majestas Vestra Serenissima spretis quibusvis speciosis bellum (cujus fortuna nunquam eodem loco et cursu diu consistit) suadentibus consiliis, dignetur clementissime sinum ad admittendam quarantiam quoque aperire adeoque etiam hacce benignitatis ratione, claro utpote Regii animi documento radicitus omnem diffidentiam tollere.

Quod me attinet, malo propter hanc supplicationem humillimam quorumcunque (nam Majestatem Vestram Serenissimam aequo in me judicio semper ferri omnino credo) sinistram subire loquelam, quam Majestatem Vestram Serenissimam ad concedendum sopiendi praesentis motus tale medium demisse non obsecrare, quod nec in Orbe terrarum inusitatum est nec in hoc Regno prorsus novum, nec si plane novum quoque esset, vel a moderna rerum facie, vel a justitiae dictamine abhorrens, nec aliis sane caeteris Majestatis Vestrae perarduis negotiis magis necessarium ac magis fructuosum, immo nec Reges nec Principes, statusque et ordines Majestati Vestrae confoederatos quidquam potius approbare et expetere, hostes contra, et eorum si qui sint fautores, nihil avidius impedire conari crediderim. Datum Agriae die 29. Aprilis 1705.

Sacratissimae Majestatis vestrae

humillimus perpetuoque
fidelis capelanus
Paulus Szecsenii,
archiepiscopus Colocensis.

V.

Copia literarum ad S. C. Majestatem Stephani Szirmay de dato 30. Aprilis 1705. Agria. Nr. 4.

Augustissime Imperator, Domine Domine Mihi Clementissime.

Majestatis Vestrae Sacratissimae jussis me humillime conformare, simul tamen etiam Reverendissimi Archiepiscopi in me ne fors incitandam evitare volens offensam, benignas Majestatis Vestrae Aures iis, quae a ducibus male contentorum responsi loco obtinuimus, onerare nolo, sed me eatenus ad relationem Archiepiscopalium deputatorum provoco.

Communem hic Augustissime Imperator ad bonam pacem animorum inclinationem indubie animadverto, communicata iam per Ra-

koczium cum Comitatensibus instituendi tractatus intentione, credo firmissime eos pacem anhelantes non tantum tractatum non impedituros, quin imo accelerationem eius ultronee adorsuros esse; ast Augustissime Imperator, omnes tantum securitatem securitatem clamitant, et quo magis terminum guarantiae ob novitatem et praeiudicium minus practicabilem declaravi, tanto maiorem suspicionem illis causare adverti.

Legati Anglici Paget ad Augustam Aulam adventum exules Hungari ex Turcia reduces hic minus grate audiunt ex eo, quod occasione Karlovicsianae pacificationis eisdem minus faventem semel declaraverit, suadeo proinde illis per accelerationem tractatus adventum ipsius praeveniendum esse.

A duobus turcicis cursoribus (quos ipsemet vidi) recenter advenientibus spargi audio, bellicum eorum apparatum modernum credibilius adversus Moream quam contra Moscum tendere, interea tamen experientia docet, saepius eosdem promulgationi contrarium practicare.

Legatus gallicus hic universalis pacificationis non ultra biennium protelandae tractatum expectandum esse persuadere nititur, quod ipsum Ego ex ore illius projectari audivi, plurimi etiam de Magno Regis Sueciae patrocinio gloriantur.

Mea exilis (salva Majestate) opinio esset, guarantiae terminum ad interpositionem Excelsae Mediationis indulgeri posse, ne vel ex eo tractatum remorandi praetextuosam ansam sumant, et ut tranquilliori animo tractatus instituendus in optatum deduci quiret finem, ac simul civium sanguini et provinciarum desolationi parceretur, ad minus sub tempore tractatus Majestas Vestra Sacratissima suspensionem armorum resolvere dignaretur: quae tamen mea submissa opinio si minus practicabilis esse judicaretur, veniam humillime imploro, nullo enim alio quam sincero zelo avide desideratae admaturandae pacis fine id facio.

Caeterum ego obtento authentico Excelsae Mediationi deserviente instrumento nihil hic moraturus redibo. His Majestatem Vestram Sacratissimam in orbis christiani solatium diutius felicissime florere animitus vovens persevero

Majestatis Vestrae Sacratissimae

infimus perpetuusque fidelis subditus

Datum Agriae 30. Aprilis 1705. Stephanus Szirmay.

VI.

Copia literarum manualium Caesarearum ad D. archiepiscopum Collocensem. Viennae 15. Junii 1705. Nr. 5.

Reverendissime in Christo Pater. Quemadmodum ambigere haud possum, innotuisse hucusque Fidelitati Vestrae, tam ex literis per Cardinalem a Kollonitsch ad Eandem, et Venerabilem Hungariae clerum datis, quam per Principem Palatinum ad abalienatos Hungaros vi muneris Sui expeditis, item et Patentibus notificatoriis per Regiam Cancellariam Aulicam solito more publicatis tristem ac luctuosum illum mihique non sine acerbo doloris sensu reminiscendum casum, quo Serenissimi ac Potentissimi quondam Principis ac colendissimi Domini Progenitoris Mei Majestas atque Dilectio die quinta nuper elapsi mensis Maji, disponente ita inscrutabili Divinae Providentiae decreto ex transitoria hac vita ad beatam immortalitatem evocata transmigravit.

Praeterea quoque amplius insimul intellexisse Eandem, quanam ratione post devolutam exinde Sacri Romani Imperii Regnorumque ac provinciarum ab altefata pie defuncta Majestate possessarum legitimam in Me successionem prima inter susceptas Regiae administrationis curas Mihi fuerit sincerum, quo erga cumprimis charum Mihi Hungariae Regnum constanter feror, affectum, Paternamque restituendae in id ipsum, quoad citius fieri poterit, omnimodae tranquillitatis intentionem, statim in limine apprehensi Regiminis benigne contestari, quam et Fidelitati Vestrae in eundem sensum his repoto. Constare nimirum Regno et abunde notum esse toti christiano orbi, Me nullas unquam durante vita desideratissimi quondam Domini Parentis Mei in gubernio aut administratione imperii et regnorum partes mihi assumpsisse aut habuisse.

Et si quae fors aliqua legibus regni haud omnino conformia citra et praeter voluntatem mox dictae Suae Majestatis per eos, quibus negotia tractare vel exequi incumbebat, accidissent, culpam his duntaxat adscribendam venire, Mihi vero nil eorum imputari uspiam posse, Qui nil magis cordi sumere gestio, quam ut, quidquid apud coronationem et inaugurationem Meam in praeterita Generali Diaeta Posoniensi per extraditum eosuper Diploma Regni Statibus et Ordinibus

appromisi, Sancte et inviolabiliter observem nec quopiam facto aut pacto eidem contraveniri patiar.

Ita his praemissis, siquidem nullam adversus Me laesarum libertatum aut cujuscunque gravaminis causam obtendere malecontenti jure possint adeoque cessante praetexta hucusque motuum intestinorum causa ipse etiam effectus cessare merito debeat, tollique sublata, ut mox dictum, radice omnis, quae hactenus animos abalienaverat, diffidentia, nec habito Sacri Verbi Regii remedio legali et ordinario alia quacunque demum securitate opus esse aut locum ejusmodi cogitationibus dari posse, Fidelitas vestra ipsamet prudenti et maturo suo Judicio advertet. Proinde ad continentias literarum Ejusdem sub 29. praeteriti mensis Aprilis cum ad beatissimae memoriae Dominum Genitorem Meum, tum ad Me perscriptas, post mutatam nunc ex antefatis totam Regiminis ac rerum Hungaricarum faciem exinanitasque querelarum a malecontentis adductarum rationes, nil aliud responsi loco renunciandum superest, quam Fidelitatem Vestram benigne adhortari, ut egregios ac strenuos, quos hactenus ex mandato toties repetitae piissime defunctae Majestatis Domini Patris Mei componendis Hungariae disturbiis adhibuit conatus, meo quoque Nomine ad idem hocce opus clementer hisce requisita ac instructa pari cum fervore ac zelo indesinenter continuare omnesque eximiae Suae prudentiae, dexteritatis ac fidelis industriae vires eo intendere nihilque intermittere velit, quod reconciliandis malecontentorum Regnicolarum et reducendis ad homagialem devotionem animis, quibus penes justam et legalem, quam sibi certo polliceri possunt, in futurum satisfactionem regiae Meae gratiae atque clementiae sinum promptus offero, quocunque honesto modo conducere queat.

Quodque dum a cognita Fidelitatis Vestrae in Domum Meam devotione necnon insignibus pro Patria et communi bono studiis ad perpetuam nominis Sui laudem meritorumque amplissimorum suo etiam tempore et loco condigna aestimatione abhinc pensandorum monumentum plena cum fiducia expecto atque commendo, Deputatos Ejusdem has penes, ut et ipsi partem provinciae sibi commissam solerter exequantur, ad Fidelitatem Vestram remitto, ac Baroni Szyrmai simul injungo, ut tam in his, quam quae circa captivorum eliberationem a consilio bellico meo eidem tractanda aut exequenda Fidelitatique Vestrae in paribus communicanda concredentur, diligentem quoque sub directione Fidelitatis Vestrae operam suam conferat; cui pro

conclusione gratiam Meam Caesaream ac Regiam benigne ac constanter confirmo. Dabantur Viennae 15. mensis Junii 1705.

Nomine Sacrae Caesareae Regiaeque Majestatis
ad archiepiscopum Colocensem.

VII.

Copia relationis Domini prothonotarii Baronis Szirmai, suae Celsitudini Palatinali scriptae et ex Hungarico in latinum transversae. Nr. 6.

Celsissime Princeps Domine Domine benignissime.

Debita cum demissione accepi medio Domini secretarii Stephani Jeszensky missam gratiosam Celsitudinis Vestrae commissionem, qui nimirum jam pro priori Nittriae accessum habens ad Dominum Comitem Bercheni exhibuerat eidem Celsitudinis Vestrae litteras et priusquam illinc huc ad me penetrasset Dominus Secretarius de Ablegationis merito utcunque iam informaverat Principem idem Dominus Comes, iamque prius a me interrogabat Princeps, quid iudicem, utrum Dominus Secretarius habiturus sit credentiales ad dictum Principem vel solummodo praecise mihi adfert litteras: quia si absque his venit, non exaudietur, prouti quam primum nudius tertius vesperi huc advenit sua Dominatio, heri Domino Archiepiscopo praesentando Celsitudinis Vestrae litteras, simul retulimus, cum quibus venerit ad me Dominus Secretarius, deinde post prandium exeundo ad castrorum locum, a Domino Comite Bercheni intelleximus, priusquam accessum det nobis Princeps, vult scire, penes quid et quid volumus proponere? Responsum hoc fuit nostrum, licet jam Nittriae intellexerit Dominus Comes, nihilominus repetiimus:

1. quod Vestra Celsitudo Sacrae Caesareae Regiaeque olim Majestatis mortem denuntiet;

2. quod legitimus Successor Augustissimus Josephus Rex noster apprehendendo gubernium benigne declaraverit Celsitudini Vestrae et aliis regni columnis, qua propensitate feratur erga gentem nostram, offerendo regni libertates, leges et privilegia, quod non saltem ipsa Serenissima Majestas sancte sit observatura, sed per alios etiam observari factura.

3. Pro consolatione regni et satisfactione legis, quod Celsitudinem Vestram in authoritate Palatinali ad mentem legum stabiliat et

activitatem redintegret. In quo Celsitudo Vestra promptitudinem suam offert et notificat, etiam nationi, obtestando, ne abutantur Clementissimi Domini et coronati Regis sui benignitate, compatiantur patriae desolationi, christiani sanguinis profusioni et praeponderent, negligendo modernam ad obtinendam bonam pacem et regni tranquillitatem a Deo datam occasionem, an non infallibilis finis futurus sit extremitas? Cui causam committere neque est consultum neque salutare. Divina quoque maiestas puniet, dum offulget breviori via armis finem ponere practicabilis et communiter a veris patriae filiis suspirabunde exspectatus modus et occasio, si hoc neglexerint. Credentiales autem, quod sint expeditae, prout ratio status tulit, et ne imputetur, quasi Vestra Celsitudo ex contemptu Personae denegasset titulum, quae intelligendo Dominus Comes Bercheni cum minori exaggeratione, quam Nittriae visus est resentire, quae demum referendo Principi post longum tempus rediit: quod summe resentiat Princeps, regni negotiorum infelicitatem, quod Vestra Celsitudo non animadvertat, quid contineat in se conditionate Posonii depositum Suae Majestatis Serenissimae juramentum.

2do Cum hac oblata Palatinalis mediationis promptitudine non videant aliud, quam quod, quae mediatio antehac iam fuerat, una cum spe guarantiae, ab illa Augusta aula resiliat, et cum tali tractandarum rerum confusione gens eludatur: Palatinus, qui similis pars est et sic laesus est in suis libertatibus, prout, quibuscunque alter verus patriae filius cum toto regno sub priori jugo absque omni securitate ut manere possit regnique negotiorum cursus hactenus sub subscriptione defunctae Majestatis ac per semel resolutam Excelsam mediationem promotus, iam insperata involutione ut eludatur, pati nequit Princeps; quoniam vero competens titulus non sit datus in credentialibus, quem jam extra disputationem Dominus quoque Archiepiscopus ex consensu Augustae aulae dedit, neque etiam a Domino Comite Lamberg occasione tractatus armistitii est denegatus, easdem credentiales acceptare non potest, et per consequens neque convenientem esse videt nostram cum ipso praesentiam. Intra hanc relationem ad objectam nostram quaestionem Dominus Comes Bercheni hoc respondit, Deus avertat, ut excipiant vel Celsitudinis Vestrae cooperationem contemnant, nam et Suae Excellentiae Domini Comitis Nicolai Palffi tanquam Hungari et patriae filii cooperationem gratam habuerunt, imo recognosci feci etiam hoc coram Domino Secretario, quod ab initio ex voluntate

et praescitu ipsorum neque contra Celsitudinem Vestram neque contra alios exceperunt; de verbo ad verbum, quomodo fuerint discursus, omnia ad pennam apponere nequendo uberiorem declarationem a Domino Secretario Celsitudo Vestra rescire poterit, in hoc certe cordolium habere debeo, quod pleno ore ab utraque parte uberrime loqui hoc audire homo potest, quomodo anheletur pax, et in patria exorti ignis extinctio, interim dum rem homo examinat, in quo deficit ad consequendum finem convenientium mediorum non adhibitio, culpam agnoscere nemo vult; praevideo nihil aliud esse, quam immissam poenam Dei, dummodo rescire possim, sua Majestas quid resolvere dignabitur ad meam ratione eliberationis miserorum captivorum per secretarium meum transmissam replicam, hic cum prostitutione, quis fructus mihi est tempus absque labore consumere, perscribsi ante adventum Domini Jeszensky occasione responsoriarum mearum ad suam Excellentiam Dominum Comitem Nicolaum Palffy datarum, huc, si quid lubet suae Majestati, alicui nostrum benigne mandare, sub subscriptione sua dignetur mandare, si temporis dispendium praecavendum est, praeterea et id perscribsi, quamprimum accepero benignum suae Majestatis mandatum, reverti properabo, Comitatibus sonantes Celsitudinis Vestrae litteras, ut mihi liceat, distributive transmittere, ut ex hac etiam ratione non proposui, quia video stilisationem potius majus scandalum, quam fructum causare, pro fundamento ibidem citatum clementissimi Domini et coronati Regis nostri depositum juramentum appositum existens, quod hic pro conditionato et in se pro nullo esse sine tanta dubietate tenent, non credo contrarium tota etiam Christianitas ipsis persuadere possit, nunc congratulantur et cum applausu repetunt a me scribi ex inconvenientia nequeuntibus exagerationibus, per hoc quid intendebat Augusta aula, interim e contra, quod Deus genti moderna occasione in quantum beneficium dederit illam, contra solitam praxim, prouti Diaetaliter conventum fuerit, insertam periodum aliae clausulae etiam reperiuntur in illis litteris, sine quibus rei essentia manere potuisset, apposita modalitate expressa comminatio hic exasperationem potius quam ad bonum aliquod inclinationem generaret, sed si nihilominus tamen Dominus Secretarius quoque hanc considerationem non approbasset, ego solus praesumpsissem rem in suspenso relinquere, quod si pro voto non esset Celsitudinem Vestram demisse deprecor! Est mihi cura Celsitudinis Vestrae dignitatis praeiudicium avertere, si vero Celsitudo Vestra hoc tenore scrip-

tas litteras mandat publicari facere, facile mihi persuadeo, qui dignitati Celsitudinis Vestrae non favent, illi non magna impedimenta opponent, sed ego nullius sim causa, considerationes autem Dominus Secretarius punctuatim annotavit, Celsitudini Vestrae demisse referet. His me gratiis Celsitudinis Vestrae commendans maneo

Celsitudinis Vestrae

Agriae 10. Junii 1705.

Servus humillimus
Stephanus Szirmai.

VIII.

Relatio Stephani Jeszensky, celsissimi principis Palatini secretarii. Nr. 7.

Postquam die 20. proxime praeteriti mensis Maji per suam Celsitudinem Palatinalem idem secretarius hinc Vienna expeditus fuisset, usque ad 30. ejusdem mensis Posonii morari debuit, donec nimirum necessarius salvus conductus a Comite Bercsenio medio Suae Excellentiae Domini Comitis Joannis Palffy transmissus fuerit. Quo accepto eadem die 30. Maji Posonio movit et sequenti die vesperi Nitriam ad Comitem Bercsenium pervenit, ubi statim juxta instructionem sibi datam literas Suae Celsitudinis eidem Domino Comiti exhibuit, summamque missionis suae verbotenus etiam declaravit in hunc sensum. Suam Celsitudinem Palatinalem ex munere officii sui mortem et beatum ex hac luce decessum gloriosae reminiscentiae pientissimi olim Imperatoris Domino quoque significare, post cujus siquidem obitum in Imperatoria et Regnorum Hungariae ac Bohemiae coronis Augustissimus et Clementissimus Dominus Josephus primus statim successerit guberniumque apprehenderit, ad demissam Suae Celsitudinis Palatinalis repraesentationem, Suam Majestatem Sacratissimam benignissime resolvisse, quod universa privilegia et libertates Regni secundum juramentum et Diploma suum Regium tempore gloriosae inaugurationis et coronationis suae praestitum et subscriptum in omnibus punctis sancte observatura ac eum in finem Generalem quoque Regni Diaetam concessura et indictura erit. Quare Principem Palatinum ex officio suo monere ac obtestari, ne Dominus Comes ac reliqui abalienati Hungari benignitate Suae Majestatis Serenissimae, Domini nimirum et coronati Regis sui abutantur, cordi sibi sumant tantam sanguinis Christiani profusionem ac irreparabilem dulcis patriae et gentis desolationem, quae infallibiliter jam subse-

cutura erit, si occasionem hanc oblatae clementissimae resolutionis neglexerint et Regiam benignitatem ad universarum legum observationem se offerentem amplexi non fuerint, referendo se caeterum idem Secretarius ad Dominum Baronem Prothonotarium Szirmay, cui nimirum tam apud Principem Rakoczy, quam Dominum Comitem ac reliquos Hungaros negotia hocce principaliter tractandi a principale suo Principe Palatino Commissionem ferret. Quibus in hunc modum finitis Comes Berchenius perlegit literas a Sua Celsitudine Palatinali eidem missas et incepit sermonem suum. Mortem defunctae Imperatoriae Majestatis se jam pridem intellexisse, interim causam satis advertere nequeat, cur Sua Celsitudo in intimatione sua Imperatoriae et Regnorum Hungariae et Bohemiae coronarum successionem insimul conjungat, corona siquidem Hungariae cum reliquis nullam connexionem habeat et ad res Hungaricas successio Imperatoria et Bohemica nihil faciat.

Quantum vero coronam Hungariae attinet, obeunte Sua Sacratissima Caesarea Regiaque Majestate, qua regnante Hungariae Rege, jam longe aliam rationem exsurgere, et neque Regnum agnoscere, quod Gubernium Hungariae modernus Augustissimus ex lege Regni apprehenderit vel apprehendere potuerit, juramento (quod in Posoniensi Diaeta alias etiam coactiva et violenta contra usum antea nunquam auditum, tanto minus practicatum praestitum fuit) conditionato existente. Cui conditioni priusquam cum libero voto et consensu Regni satisfiat, juramentum in se nullum esse, nam ex vi illius juramenti adhuc de facto Regem ad nullius legis observationem obstrictum esse, talique pacto Regem sine lege Regnum regere debere. Quapropter satis mirari se non posse, quod Augusta Aula hoc idem hactenus non animadverterit, vel si animadvertit, adhuc tamen id ipsum pro medio dandae Regno satisfactionis quasi insipientibus offerat. Ad oblatam Diaetam idem Comes Berchenius in forma quaestionis dixit, quis eandem publicabit? Regia dignitate adhuc nunc conditionata existente, id authoritatis officio Palatinali lex attribueret. Circa mediationem demum Palatinalem discursum continuabat, res Hungariae de facto in illo statu non esse, ut sola authoritas Palatini sufficiat ad redintegranda jura et privilegia Regni, tunc enim, dum lex de intermediatione authoritatis Palatinalis condita fuerat, longe alia ratio status Regni intercesserat, Regnum siquidem eo tum neutiquam praeviderat, quod aliquando Rex universalem libertatem Regno

sit adempturus, verum is status conditae legis eo tum fuerat, dum nativus Rex eligebatur, legibus strictus, ut regnum juxta leges regat et absolutum Dominium non sibi vendicet, et ideo Palatinalis Authoritas Regiae quasi contralor opposita fuerat. Jam vero rem authoritatis Palatini eo redactam esse, ut praeter nudum titulum amplius nihil remanserit, atque ideo ejusmodi intermediationem necessariam esse, mediante qua tam Regnum quam Palatinalis simul dignitas in jura et privilegia sua restituantur et redintegrentur. Hinc apparere ex parte Augustae Aulae intentionem jam eam esse, ut ab excelsa intermediatione potentiarum Reginae Angliae et statuum confoederati Belgii, quam defuncta Majestas Imperatoria acceptaverat, resiliatur, simul ante alia omnia primum resolvendum dandae externae securitatis punctum praescindatur, quae pactandorum securitas nisi praeprimis ante omnia resolvatur, status et ordines regni ad nullum tractatum se immittere posse. Ideo Principem Palatinum penes acceptatam excelsam intermediationem in eo cooperari debere, ut expetita guarantia, quam defuncta Majestas in fundamento jam resolverat, procuretur. Ad rationem demum illam, quod rationabiliter a moderna Majestate guarantia praetendi non possit, respondit Comes, quod Regnum non ideo expetat guarantiam, quia moderna Majestas leges et jura Regni hactenus non laeserit, sed ideo expetit et necessarium habere debet, ne ipsa Majestas vel sui Ministri laedere possint, edoctum enim esse plus quam a semialtero saeculo regnum, quod gloriosi Praedecessores modernae Majestatis Serenissimae, dum sine securitate externa Regni, Regnum gubernare suscepissent, constat omnibus, quanta laesio legum et libertatum Regni successive semper subsecuta fuerit. Quibus sic finitis idem Comes Berchenius quasi cum protestatione ad secretarium dixit, quod supra scripta non in forma resolutionis, verum in forma discursus pro directione recensuerit. Resolutionem dandam ad Principem Rakoczy, relegando postea circa ulteriorem missionem secretarii ad Principem Rakoczy investigavit, an alia sint? Quae denuncientur, et an literas et qua cum competentia scriptas habeat Secretarius, cum ex stylo literarum Principis Palatini Comiti Bercheny scriptarum idem Comes animadvertat, competentem titulum Rakoczio haud datum esse; ad quod Secretarius respondit, quod credentiales habeat ad Dominum prothonotarium Baronem Szyrmay, simul et suam personam Principi sonantes, cum ea competentia, prout ratio temporis et mens Augustae Aulae exposcit, ad quod idem Comes

reposuit, quod si Principis titulus non sit appositus, obicem magnum retardationis negotiorum apud Principem futurum esse, cum praeter id, quod re ipsa de sanguine Principis sit, hactenus et Dominus Archiepiscopus Colocensis et Dominus Comes a Lamberg, commissarii defunctae Majestatis, ex consensu et annuentia Augustae Aulae titulum Principis eidem non denegaverint et Ipsa etiam Excelsa Intermediatio, ac aliae externae Potentiae hunc titulum eidem attribuerint. Quare secretarius licentiam a Comite sibi petiit, ut difficultates hae superarentur, staffetaliter Principali suo, Principi Palatino easdem perscribere, ut superinde responsum obtinere possit, his hoc ordine ab utrimque in praescriptum sensum propositis, siquidem tempus vespertinum prope 12^{mam}. horam fuisset, Berchenius resolutionem super concedenda staffeta in sequentem diem distulit. Qua adveniente, utpote die prima Junii circa horam decimam matutinam secretarium Berchenius ad se admisit et respondit, habere se rationem, quia dependens est, quod absque praescitu Principis Rakoczii staffetam expediendi secretario concedere non possit, verum iter suum Agriam secretarius promoveat, et rem cum Domino Barone Szirmay conferat, ac tandem quod pro publico bono faciendum e re visum fuerit, faciat, in ulteriori discursu idem Comes Berchenius protulit, se supposuisse, quod fors secretarius cum ea denunciatione venturus sit, Augustam Aulam animadvertisse, quod Rex conditionatus existens gubernium regni, siquidem absque voto et consensu regni apprehendere non possit, ideo arma sua tantisper suspensurus et militem e Regno educturus sit, donec illa, quae ad apprehendendum plenum regimen spectant, inter Regem et Regnum complanentur, et ea de causa Princeps quoque Rakoczy audita defunctae Majestatis morte statim militiam inhibuit, ne quidquam hostilis attentet, verum ubique in statu quo maneat, donec ex parte augustissimi intervenerit, quod per succursum Trenchinio submissum nova hostilitas aperte monstrata sit. Post prandium demum ipse Comes Bercheny Agriam versus directe movit, secretarii autem deductionem Domino Joanni Radvanszky commisit, qui Radvanszky ad Montanas civitates domum suam in Radvany divertit et secretarium quoque secum duxit, ideo secretarius nonnisi die 8va. Junii circa horam septimam pomeridianam Agriam pervenire potuit; ubi statim eodem vespere universa negotia cum Domino Barone Szyrmay juxta instructionem sibi datam contulit, literasque tam Principi Rakoczii quam Domino Archiepiscopo Colocensi ac adhorta-

torias ad Transdanubianos Comitatus scriptas, cum inclusis moderni Augustissimi Patentibus, eidem Domino Baroni Szirmay tradidit: Agria demum die 9. et 10. Junii quomodo negotia per eundem Dominum Baronem Szirmay et secretarium tractata sint, siquidem genuina relatio dicti Domini Baronis ad Principem Palatinum rescripta extat, hic loci repetere supervacaneum foret, circa publicationem benignarum Suae Majestatis Serenissimae Patentium dum die undecima Junii in procinctu reducis itineris secretarius fuisset, nunciat Eidem Dominus Baro Szirmay, quod illa die Principem Rakoczy accedere et eundem requirere vellet. Et si fors literae Palatinales ad Comitatus scriptae transmitti non possent, ad minus benignae Suae Majestatis Serenissimae Patentes publicari permittantur. Quod an idem Dominus Baro obtinuerit, secretarius siquidem iter suum suscepit, eidem non constat. Comes Berchenius die 10. Agria movit, quem demum Secretarius die 15. in Arce Szentaviensi reperit, qua occasione intra discursum idem Comes protulit et se denuo declaravit, quod ab initio inchoatarum legationum statim securitas externa proposita et renunciata fuerit et de facto etiam id ipsum agitatur. Sine qua labor omnium Intermediatorum et Cooperatorum inanis est. Obtenta vero guarantiae resolutione absque longiori mora statim ad tractatum condescendent et tam insuperabile impedimentum non videt, quin inter Regiam Majestatem et Regnum accommodatio et compositio ad optatum finem deduci non possit. De intentionibus hoc collimare potuit secretarius, quod si jam compositio successum habere nequiverit, conventum Comitatibus illis, qui sub jurisdictione ipsorum sunt, proxime ad Campum Rakos indicere, Interregnum publicare, et Gubernatorem Regni eligere intendant. Numerosum novum militem, sicut fama est, ad 20. millia conducunt, munitiones in Montanis civitatibus continuo praeparant, arma tam in Regno confici faciunt, quam ex Polonia inducunt, hac aestate totam belli molem ad hanc partem Danubii et vicinas provincias transferre satagentes. Et haec erant, quae ex debito demissae obligationis suae fideliter secretarius referre debuit.

Actum Viennae Austriae 18. mensis Junii 1705.

IX.

Copia literarum responsoriarum Comitis Beresceny Suae Celsitudini scriptarum. Ad relationem secretarii palatinalis.

Celsissime Princeps ac Domine, Domine Mihi gratiosissime!

Humillimorum servitiorum meorum demissam oblationem. Celsitudinis Vestrae gratiosas literas medio Domini Jeszensky demisse accepi, et ex corde doleo, quod solus secum tulerit impedimentum Suae Ablegationis, dum Celsissimus Princeps Suae dignitatis laesionem resensisset, et quidem tanto magis, quod illud ex mente Augustae Aulae esse, Dominus Jeszensky dixisset, quod pro modo tractatus hactenus practicati non scio respective quomodo interpreter. Neque propterea uberiori calamo in hoc Celsitudini Vestrae molestus esse desidero. Quantum erga exiguam meam personam ratione pacis factam adhortationem attinet,, illam licet a Celsitudine Vestra, demissa cum recognitione acceperim, sed constat apud omnes, quod propitio Divino Numine assumptorum armorum neque hactenus fuit, nec de facto est alia meta, unice ad recuperandam sub diversarum pressionum oneroso pondere defatigatae patriae justam causam et primaevam libertatem. Nihilominus tamen fateri debeo, nón possum non mirari in gratiosis Celsitudinis Vestrae literis positam reflexionem, quatenus nimirum dem ad notitiam, si in aliquo offensa fuisset Regni libertas ubi tamen cui debet magis constare, quam Celsitudini Vestrae, dum Vestrae Celsitudini ipsimet bene constet, in quo et in quantum sit laesio facta, vel saltem suae etiam authoritati Palatinali, et praeterea omnium Inclytorum Statuum juribus, prout et legum cursui. Et licet de eiusmodi medullas animi penetrantibus injuriis nimium copiose Inclytum Regnum Celsitudini Vestrae conquestum sit, accomodationem tamen nunquam obtinere potuit. Non video itaque necessariam Patriae et libertatum nostrarum laesionis enumerationem, me nihilominus coram Celsitudine Vestra demisse declaro, quod prouti hactenus bonae pacis adversarius non fueram, ita expost impeditor futurus non sum, dummodo videre possimus, in Patriae bonum dirigendas intentiones. In reliquo dum me ulteriori gratiae et favori Celsitudinis Vestrae demisse commendo, maneo Celsitudinis Vestrae

In arce Senthaviensi die 16. Junii 1705.

humillimus servus
C. S. R. Berescenij.

X.

Copia literarum Caesarearum ad Archiepiscopum Colocensem. Viennae 5. Julii 1705.

P. P.

Ex acclusis videre est, quo cum responso ad postremas fidelitatis Vestrae literas, Deputatos eiusdem remittere decima quinta elapsi nuper mensis Junii constitueram, jamque in procinctu abeundi erant, quando reversus a fidelitate Vestra et Barone Szyrmai, Principis Palatini Secretarius, qui Patentes Notificatorias super obitu piissime defunctae Caesareae Regiaeque Majestatis ac Dilectionis, Domini progenitoris mei colendissimi, per Cancellariam Regiam Hungaricam Aulicam solito more expeditas paterni mei erga Regnum hocce mihi cumprimis charum affectus syncerique pro reducenda in id ipsum tranquillitate studii testes in transdanubianis comitatibus, consilio atque opera fidelitatis Vestrae adjutus publicare in commissis habuerat, insperatum plane et ab omni spe pacificationis alienum quasi nuncium abinde Principali suo hic vero mihi retulit, cujus summa in eundem vix non sensum coincidit, quem speciosis alias desideratae ab adversa parte pacis intentionibus involutum, quo ad substantiam literae fidelitatis Vestrae etiam complecti suo modo videbantur, dictus vero Secretarius tanquam a Comite Barzenio primum dein etiam ex ore fidelitatis Vestrae ac Baronis Szyrmai factam sibi Ragoczy caeterorumque ducum et universorum abalienatorum Hungarorum nomine declarationem scripto quoque per Baronem Szyrmai ad Principem Palatinum quibusdam in passibus confirmatam reportavit. Malecontentos nimirum Hungaros ausos esse legitimam meam in Regno successionem in quaestionem revocare, uti et clausulam Diplomati tempore coronationis meae extradito insertam, qua dubii legum casus si qui super earundem intellectu aut usu exorirentur, Regio ac communi statuum consensu dilucidandi atque decidendi forent eo versus in sinistram interpretationem detorquere, ac si vi ejusdem de confirmatione Regiae dignitatis ac modo suscipiendi Regiminis primo conveniendum esset, conari praeterea posteriorum comitiorum Soproniensium atque Posoniensium constitutiones convellere atque pro nullis habere, quin et de publicando interregno minas injicere haud erubuisse aliaque

plura dictu aeque ac auditu horrenda atque execranda, quae, si a fidelitate Vestra directe huc perscripta fuissent, uti spem sane omnem compositionis uno ictu praescinderent, ita certe mihi indispensabilem totique Christiano orbi abunde probatam imposuissent necessitatem tractatus ipso facto abrumpendi, nec ullam eatenus propositionem quamdiu his principiis insisteretur, ultra exaudiendi, sed extremam eo facto perfidiam mediis ac modis quibusvis a Deo et natura concessis vindicandi potius quam aliquid infra Regiam dignitatem tantoque minus eidem repugnans admittendi.

Commotum etenim ingenue fateor his abominationibus adeo sensi animum meum, ut vix a me ipso obtinere potuerim, quod ab hoc proposito me dimoveri amplius pateretur, nisi sollicita et indefessa mediatorum officia, quibus male contentorum animos fors non omnes enormitatum suarum consortes aut conscios (quippe complures certa et quieta prae incertis et turbidis malle, compertum haberent) ad saniora consilia reducendos se sperare asseveranter appromittebant.

Dandum adhuc aliquid constanter testato hucusque pacis desiderio, professoque semper erga gentem hanc affectui parcendum etiam innoxiae plerumque Christiani sanguinis effusioni, ac concedendum denique mediatoriae Serenissimae Reginae Magnae Britanniae, atque Foederatorum Belgii ordinum interpositioni persuasissent, ultimum illud, quod ex insinuatione Ablegatorum eo super rescribenda fidelitas Vestra pluribus intelligendum habebit.

Caeterum mirari satis nequeo, quid causae subsit, quod praeter omnem expectationem per duos integros jam menses nullas omnino literas a fidelitate Vestra perceperim, quas tamen ab Eadem utpote pacis restituendae praeprimis studiosa inque negotio hocce sibi commisso valde sedula penes frequentem super quibusvis emergentiis informationem tanto magis praestolabar, quominus dubitare poteram, quin tristem et luctuosum piissimae memoriae Domini Parentis mei Majestatis ac Dilectionis e vivis excessum profunde cordi sumens mihi quoque condolentis animi sui signum edere festinaret simulque renunciaret, quam casus hic rebus Hungaricis faciem animorumque mutationem paci, ut sperabatur, favorabiliorem attulerit. Qui plene et benigne in probe nota fidelitatis Vestrae erga Domum meam devotione confidens ad maturationemque eorum, quae ad pacem conducunt, iterum atque iterum commendans, Eandem pro fine gratia mea Caesarea ac Regia indesinenter prosequor. Dabantur Viennae quinta Julii 1705.

XI.

Copia literarum a ministris Angliae et Hollandiae ad Archiepiscopum Collozensem dandarum.

Celsissime Princeps Archiepiscope!

Quod tam diu hic remanserint domini Deputati, Ipsi causam abunde referent nec non ex literis ad Principem Ragoczium nostris (quarum paria hisce accludimus) intelliget Celsitudo Vestra, quo tandem modo res Hungariae tractari possint. In promovendis quibus Sacratissima Sua Majestas paternis inhaerens vestigiis opera Celsitudinis Vestrae et nostra denuo uti dignata est, utque almae pacis negotium continuari potius quam inchoari videatur, a Sua Sacratissima Majestate obtinuimus, ne a Divi Parentis declaratione 20ma. Junii anni praeteriti clementissime data, neque a punctis per Celsitudinem Vestram et nos praedicto Domino Principi caeterisque confoederatis Hungaris nuper exhibitis ullatenus recedatur. Nulli itaque dubitamus, quin hisce fundamentis nixa negotiatio per praeclaram Celsitudinis Vestrae authoritatem et industriam eo deduci possit, ut Mediatio Nostra quantocius solenni more ex parte Hungarorum acceptetur et ad tractatum illico peragatur loco et tempore ad eundem designandis: persuasi enim sumus, si Confoederati Hungari pacem sincere anhelant, ipsos nullam ulterius de Diplomate aut juramento movere disceptationem aut velle aut posse, multo minus jus Regium in dubium revocare, cuius vel minima facta mentione recrudescet vulnus, quod omnino sanari cupimus. Enixe itaque rogamus Celsitudinem Vestram, ut silentio praetereantur imposterum eiusmodi exacerbationes, omissis nempe ex parte Hungarorum tribus prioribus punctis, quae in literis Celsitudinis Vestrae ad pie defunctum Imperatorem die 29na Aprilis datis continentur, Nos reliqua facilius complananda fore speramus.

De via et modo pro paciscendorum securitate per literas ad praefatum Principem satis jam diximus, nec aliud addendum superest, quam ut Celsitudo Vestra ab Hungaris obtineat, ut a solicitandis aliorum Principum et Statuum officiis prorsus abstineant, si ex opera Nostra felicem exitum sibi augurari velint. Interim Celsitudi-

nis Vestrae conatibus prosperos successus apprecamur et reverenter permanemus,

Celsissime Princeps Archiepiscope

Celsitudini Vestrae
ad serviendum paratissimi.

XII.

Copia literarum a ministris Angliae et Hollandiae ad Ragosskium dandarum.

Celsissime Princeps!

Quod menses integros praeterlabi passi simus, antequam ad Celsitudinis Vestrae literas Agriae 26. Aprilis ad Nos datas respondere valuimus, id rerum vicissitudini tribuendum est, et solennitati, qua Sacratissima Sua Majestas Palatinalem operam pro more regni adhibens, universis statibus tam Augustissimi Genitoris obitum, quam suam clementissimam mentem significare rite voluit, minime dubitans, primum affectus Paterni documentum grato animorum sensu exceptum iri. Ex relatione autem Domini Jeszensky voto non respondisse successum, omnia in sequiorem sensum trahi, Diploma pro conditionali et plane nullo haberi, imo in dubium vocari jus Regium, in quo summa rei sita est, Sacratissima Sua Majestas non sine aliqua indignatione intellexit, et Nos quidem dolenter accepimus. Si enim lapis iste ulterius moveatur, vel similes in medium proferantur difficultates, verendum sane, ne optimi Principis ad pacem pronus animus sub ipso regiminis initio a sancto proposito abalienari possit. Rogamus itaque serio atque obtestamur, ut ab ejusmodi exacerbationibus dehinc abstineatur, quo magis ex parte Hungarorum constet, eosdem et sincere tractare et pacificationis aequas rationes inire velle. Cui promovendae Sua Sacratissima Majestas primas regnandi curas sollicite impendit et ad eum finem Serenissimae Reginae Angliae et Praepotentium Foederati Belgii Dominorum Ordinum mediatoriis officiis denuo uti, eodem solenni modo, quo Divus Parens dignata est.

Totius negotii, de quo agitur, momentum in duobus punctis consistere videtur, securitate scilicet interna et externa, quorum alterum spectat ad stabiliendae Inclytae Gentis jura et leges, hoc ad admittendum aliarum Potentiarum fidejussionem. Primum quod attinet, promisit jam Sua Sacratissima Majestas, se leges, privilegia, libertates

et jura Regni omniumque Regnicolarum observare velle secundum juramentum in novissima diaeta Posoniensi depositum, in quo continetur clausula, prouti super eorum intellectu et usu regio ac communi statuum consensu diaetaliter conventum fuerit, cujus tenor minime intelligendus est, quasi omnes leges, libertates, privilegia et jura Regni in dubium trahenda sint, et in dubium tractis diversus aliquis sensus et usus suggeratur, unde nova forma Regiminis timenda foret, sed id saltem ea clausula innui censendum est, quod si qui articuli comperiantur, qui hactenus non satis clari fuerint nec adhuc distincte explicari potuerunt, illi in futuris comitiis regio ac communi statuum consensu diaetaliter elucidentur; constat enim plurimos articulos in memorata Diaeta Posoniensi et eam immediate praecedente Sproniensi (quas totius Regni tot annorum usu receptas ac roboratas nunc nullas esse praetendi nequit), sancitos usque adeo clare expressos esse, ut de iis observandis ex juramento eodem nulla vel dubitandi ansa superesse appareat, et hoc sensu benignas Suae Majestatis Sacratissimae Patentes mediante Palatinali publicatione accipi oportere. Dum sublatis per pacificationem praecipuis gravaminibus caeteri articuli, si quid adhuc dubii remanserit, per futuram Diaetam interpretandi veniant, qua obtenta legali satisfactione sperandum est, Inclytam Gentem eam in verbo Regio fiduciam posituram, ut aliunde securitatem quaerere supervacaneum censere neque in ipso regiminis limine ad conditionem vix Majestati competentem nec similibus in casibus inter Principes usitatam adigere velit Imperatorem, qui inter Regias virtutes nullam sanctiorem aestimat, quam promissis suis stare, et qui (vivente adhuc Patre) erga Nationem Hungaricam tot gratiae et benevolentiae edidit specimina, ut de ejusdem sincera fide vel saltem dubitare piaculum foret. Nos sane persuasi omnino sumus, Sacratissimam Suam Caesaream Majestatem pro ea, qua ad componendos Hungariae motus solicitudine fertur, suam communi studio navaturam operam, postquam de omnibus conventum fuerit, ne circa inviolabilem pactorum executionem et promissorum religiosam fidem dubii aliquid superesse possit. Quapropter Celsitudinem Vestram instanter rogamus, velit pro sua apud Confoederatos authoritate rem eo dirigere, ne benignissimum hoc Sacratissimae Suae Majestatis propositum effectu careat, quin accepta solenniter Serenissimae ac Potentissimae Magnae Britanniae Reginae ac Praepotentium Foederati Belgii Dominorum Ordinum mediatione quantotius ad tractatum

niatur, cui promovendo officia Nostra eodem quo hactenus zelo pendere non desinemus, permanentes interim cum solito honoris ltu

Celsissime Princeps

Celsitudini Vestrae
ad serviendum paratissimi.

XIII.

Reichs-Canzley vom 28. Julii,
praes. d. 20. Aug. 1705.

Joseph von Gottes gnaden Erwehlter Römischer Kayser,
zu allen Zeiten Mehrer des Reichs.

Hoch und Wohlgebohrner Lieber getreuer; Wass seither Unssers Tegen der Hungarischen sachen an dich iüngst abgelassenen Behls der alhier auss Hungarn zuruckgekommene Szirmay angebracht, bey auch des Ertzbischoffen von Colozza Deputirte an die Engelndische und Holländische Abgesandte geschrieben, und Wir durch ese darauff antwortten lasszen, dass findest du sub No. 1., 2. et l°. hiebey. Wir sehen zwar vor, dass diesses der rechte Weeg cht seyn werde, den Ruhestandt in diesen Königreich wider zu erben, und dass der Stillstandt gegentheiliger seith nur zu dem ende f die Bahn gebracht werde, damit Sie einen guten Theil ihrer uthe zu einbringung der Ernde heimbgehen lassen können; umb doch denen, Welche Unsere Bedencken dahin aussdeuten mögten, s ob Wir die sachen in der güte ausszumachen nicht gnug ernst igeten, ihre ungegründete Meinung noch mehr zu benehmen, so iben Wir bewilligt, dass obberührte Engelländische und Hollänsche Abgesandte die sub No. 3. angezogene antwortt denen Ertzscheffiichen Deputirten ertheilen mögten, auch d. Szirmay mit gleier Instruction dahin wider abreissen solle. So wir dir zu deiner rection gnädigst ohnverhalten wollen, und verbleiben dir mit Kayrlicher Gnad wohlgewogen. Geben in Unsser Stadt Wien den acht id zwanzigsten Julii Anno Siebenzehenhundert und fünff, Unserer eiche des Römischen im Sechzehenden, des Hungarischen im achthenden und des Böheimbischen im Ersten.

Joseph m. p.
Maximilian Adam
Graf von Waldtstein m. p.

Ad mandatum Sacrae Caesareae
Majestatis proprium
C. F. Consbruch.

Dem Hoch und Wohlgebohrnen Unserem Reichs-Hoff-Rath, Cammerern, Abgesanden am Königl. Engelländischen Hoff und des Reichs lieben getreuen Johann Wentzel Graffen von Gallasch.

Londen.

XIV.

Ad rescriptum de 28. Julii 1705.

Offert Dominus Baro Szirmay se quamprimum hinc discessurum ad exequendum Mandata Sacratissimae Suae Majestatis Caesareae ipsi commissa ratione eliberandorum et permutandorum Captivorum.

Poterit per illum transmitti copia instrumenti, quo Sacratissima Sua Majestas Mediationem Serenissimae Magnae Britanniae Reginae et Praepotentium Foederati Belgii Dominorum Ordinum Generalium ratam gratamque habet.

Quantum ad guarantiam, cui Malecontenti adhuc dum inhaerent, dabit ille operam, ut punctum hocce usque ad tractatum ipsum differant, ne inde futurus congressus impediatur.

Malecontentos eo deducere omni studio allaborabit, ut declarent se, successionis jus non revocaturos in dubium et a restitutione Decreti Andreae Regis se destituros.

Idem Baro Szirmay sperat se reducem futurum infra spacium hebdomatis, sed interim desiderat sibi fidem dari, intra istud tempus Exercitum Caesareum loco non moturum, qua conditione curabit, ut male contenti etiam castra sua non moveant. Viennae Aust^ae^. 24. Julii 1705.

XV.

Ad rescriptum de 28. Julii 1705.

Copia literarum Joannis Visa et Pauli Ocoluczani ad Ablegatos Angliae et Ordinum Generalium foederati Belgii Mocsonoke 24. Julii 1705.

Excellentissimi Domini, Domini gratiosissimi!

Post discessum quoque Domini Szirmay id praeprimis agimus, Dominum Comitem Berezeni et Dominum Vay simul disponentes, ut alicubi Princeps cum suo exercitu subsisteret, quod iam obtinere ad Vyvarinum cum Domino Szirmay studuimus. Nunc iam tam expectatione Domini Archiepiscopi, quem in vicino Barsiensi Comitatu

imminente nocte quieturum, et vel cras vel perendie (quantumcunque necdum ex toto restituta valetudo permittet) properanter affuturum, ex literis ejusdem hodie cognovimus, quam spe responsi, vel a vestris Excellentiis vel a Domino Szirmay proxime advolaturi, permovere ad subsistendum non desinimus. Equidem non esse de re sua, ut suspendat opportunas operationes, multis ostendere Princeps nititur, praesertim cum ex adverso non modo subsistere Suae Majestatis Sacratissimae arma non advertat, sed potius augeri quoque fama ferat, nobis tamen videre est, vix alia ratione eum iam triduo hic morari, quam quod incessanter asseveremus, firmam spem nos habere, Augustam e converso Aulam a pari subsistentia non futuram alienam; saepe diximus, et nuper scripsimus quoque tantisper cessare videri omnem causam arma Suae Majestatis Sacratissimae, quantumcunque spem melioris fortunae (quae saepius illudit) polliceantur, Hungaris inferendi, quousque tractatum pacis non detractant. Quem per Excellentias Vestras ex parte Suae Majestatis Sacratissimae offerri suaderique, licet insinuavimus, tamen Dominus Archiepiscopus (prouti instructio fert) una nobiscum uberius ac efficacius explicabit, illico quid porro obtinebit ipsemet perscripturus. Nam ut ex incessanti Suae Celsitudinis Archiepiscopalis et Domini Szirmay dispositione, Principem et Comitem caeterosque confoederatos Hungaros ad tractatum iam suo modo ferme resolutos reperisse nos tum ex literis Principis, tum ex ipso Domino Szirmay Vestrae Excellentiae procul dubio advertere potuerunt, certiorationem tamen ejus adhuc restare, per se evidens est, caeterum et interim non aliud majus desiderium nostrum est, quam ut mox a Vestris Excellentiis acciperemus, a Sua Majestate Sacratissima in mandatis datum esse, ut Armada eo, quo nunc est statu, subsisteret, ut ad idem obtinendum fortiores redderemur. Metu enim, imo periculo plenum esse videmus, ne quod iam scripsimus et Dominus Szirmay fusius procul dubio exposuit, ubi propius se contigerint duo adversarii exercitus, magnum causaturi sint bene coeptae negotiationis impedimentum. Datum in castris ad Mocsonock positis die 24. Julii Anno 1705.

Excellentium Vestrarum Servitores paratissimi

Joannes Visa, Episcopus Nestoralbensis,

Paulus Ocoluczani.

XVI.

Ad rescriptum de 28. Julii 1705.

Copia responsi Ablegatorum Angliae et Ordinum Generalium Foederati Belgii ad Visa et Oculucsani literas Viennae 27. Julii 1705.

Reuerendissime et Perillustris Domini Domini.

Ex literis Dominationum Vestrarum Reuerendissimae et Perillustris de decimo nono et vigesimo ab Vyvarino per Dominum Baronem Szirmay huc transmissis: nec non ab aliis de vigesimo quarto et quinto mensis currentis a Mocsonok datis, quas per ejusdem Secretarium hodie accepimus, libenter intelleximus confoederatos Hungaros constanti animo in bonam ac securam pacem et a tractatu neundo non alienos esse. Quoniam vero Dominationes Vestrae metuunt, ne bene coepto negotio ex appropinquatione tantorum utrinque exercituum ingens immineret impedimentum et discrimen, pro Dominationum Vestrarum voto et consilio ex hac parte officia Nostra interposuimus, ut Sacra Caesarea Majestas suum militem pro aliquibus diebus continere dignaretur.

De quo Caerarea Sua Majestas clementissimam suam mentem sequenti modo aperuit, sibi vel maxime de sincera Confoederatorum Hungarorum intentione super pacis instituendum tractatum constare posse, si antecedenter rite declaraverint:

1°. Se nihil de jure successionis moturos, nec illud in dubium vocaturos.

2°. Se a restitutione clausulae Decreti Andreae Regis destituros et

3°. Se quaestionem de puncto guarantiae ad tractatum ipsum remissuros, uti per ultimas literas nostras fusius explicavimus.

Qua praevia facta declaratione Sua Sacra Caesarea Majestas omnia ad tractatum necessaria disponet.

Et ne aliquis armorum conflictus salutari huic operi obstet, Sacra Caesarea Majestas Suis belli ducibus mandabit, ut cessatio omnium hostilitatum ad octiduum ex utraque parte hac conditione stabiliatur.

Ut Confoederatorum trans Vagham receptae copiae intra hunc fluvium et Danubium se continere obstrinctae sint, vicissimque

Sacrae Caesareae Majestatis exercitus ex hac parte Danubii tranquille manebit.

Intra hocce octidui spacium vero Sua Majestas Sacratissima de modo et forma tractandi ulterius proponenda clementissime paterno amore ac perbenigno tranquillitatis restabiliendae studio exaudiet. Si confoederati Hungari in has conditiones, uti speramus, statim consentiant, opportunum credimus lucrandi temporis gratia, et ne quid infausti interim contingat, ut exoptata declaratio per eundem qui ad Nos redibit, cursorem Sacratissimae Caesareae Majestatis belli ducibus in transitu exhibeatur pro notitia, quibus praevie jam injunctum est, ut eo casu ipso facto secundum modum supradictum ab omni hostilitate abstineant.

Haec omnia ipsi Celsissimo Archiepiscopo scripsissemus, si nobis de ejusdem bona valetudine et adventu omnino liqueret, cui interim omnia prospera apprecamur et nos obsequiosissime commendamus, permanentes Reuerendissimae ac Perillustri

Dominationibus Vestris

Subscriptum erat. ad serviendum paratissimi

G. Stepney, J. J. Hamel Bruyninx.

Viennae Austriae die 27. Julii 1705.

XVII.

1705, 15. Sept. (praes. 26. Sept.) Orig.

Sacratissima caesarea regiaque Majestas, domine, domine clementissime!

Non dignetur Majestas vestra sacratissima mirari, quod circa duo jam nota puncta pleniores a me litteras, quales se in benigno responso die 20. mensis Augusti dato perque dominos deputatos ad me misso expectasse intimare dignata est, non acceperit. Cum etenim sub finem praeteriti mensis Julii demisse scriptas ac per eosdem deputatos missas litteras meas Majestatem vestram sacratissimam prius accepisse certe mihi constaret, quam dominorum Mediatorum litterae eadem circa praeliminaria puncta ad dictos deputatos datae, ipsisque jam Viennae existentibus ad me delatae fuissent, et ex illis humilique dictorum deputatorum relatione ac uberiori declaratione abunde intellexisse, quod circa attacta duo puncta in ipso tractatu tale medium

inveniri queat, quo et juri successionis regiae et conservationi jurium, legum, libertatumque et privilegiorum regni prospiciatur, hinc non aliud plenius quid scribendum superesse videbam nisi ab ulterioribus jussis regiis expectandum, praesertim cum et probe scirem dominum principem Ragozy eadem circa puncta per se sine consultatione universorum dominorum confoederatorum non plus responsurum quam quod demisse jam ipse perscripseram et dicti deputati Majestati Vestrae sacratissimae retulerant.

Nec id difiteor fuisse me in illa spe quod, quemadmodum punctum quarantiae ad tractatum remissum est, ita ista duo quoque, de successione nimirum et clausula decreti Andreae regis, solennia puncta pro adinveniendo insinuatae ac utrique parti satisfacere quaerentis complanationis medio Majestas vestra sacratissima ex propensione in pacem reducendam, tum per suas benignas tum per dominorum mediatorum litteras declarata, ad eundem tractatum clementer sit relegatura.

Et licet, tam benignas Majestatis vestrae sacratissimae litteras quam decretum ad dictos deputatos sub idem tempus expeditum considerans, non modo conceptam hanc spem nec dum assecutus esse videar, verum simul ut certam Hungarorum de istis mentem Majestati vestrae sacratissimae per scribam mandari mihi comperiam, tamen dum ex litteris dominorum mediatorum, eodem tenore ad memoratum principem quo ad me et quidem pluribus post diebus scriptis, intelligerem ipsosmet horum praeprimis duorum complanandorum punctorum gratia eo citius ad attactum principem confoederatosque Hungaros advenire velle, quo celerius salvi conductus litterae hinc ipsis subministrabuntur: igitur communi dominorum Syrmay et deputatorum consilio expectandos esse mihi visum est; imo memoratus princeps, dum circa haec puncta eundem cum modo dictis barone Syrmay et deputatis urgere cepissem, sine omni ulteriori deliberatione ad colloquium dictorum dominorum mediatorum, quod offerunt, plenum suum et confoederatorum distulit responsum.

Quae praemissa eandem de complanandis istis praeliminaribus punctis ab initio inchoatae negotiationis conceptam spem confirmant equidem, non desinit attamen e converso metum mihi augere praesens in his partibus rerum constitutio, ne per imminentem Majestatis Vestrae sacratissimae armadam impediatur, utinam non ex toto evanescat.

Exaggerant quippe universi confoederati, quod hic magna multitudo ex omnibus comitatibus magis jam ad Majestatis Vestrae militem a cervicibus, arisque et focis suis repellendum, quam ad consultationem pacis intendendam concurrit, non posse sibi persuaderi nixum a parte Majestatis vestrae propositum esse ut tumultus, quem ante mortem augustissimi domini genitoris sui diuturna omnium malorum patientia et hinc nata, ut ajunt, necessitas erumpere coegerat, placidis pacis mediis consopiatur, cum oculis videant arma Majestatis Vestrae media consultationis ad pacem destinata aperte turbantia, ac non modo capita omnesque reliquos duces, in quibus tamquam praecipuis nobilibus potissima consultationis pars consistit, sed viritim ipsos quoque ad se caraque pignera ac patrium solum defendendum avocantia imminere. Quod quidem eo magis exaggerant, quo certiores facti sunt dictum principem, comitem Perceny et alios, ut primum se nuperrime ad tractatum pacis cum Majestate Vestra sacratissima ineundum declararunt, simul a suasione mea baronisque Syrmay et deputatorum circa universalem armorum subsistentiam facta non fuisse alienos; e converso tametsi hanc eorum ab universali hostilitatum cessatione non alienam mentem relatam Majestas Vestra intellexerit, per eosdem tamen deputatos nihil certi eatenus resolvere, nihilque qua directe mihi mandare dignatam esse, hinc conjecturam apud eosdem prodiisse evidentem, nihil aliud agi quam ut, dum consultationi incumberent, exercitus Majestatis Vestrae sacratissimae progressus faciendo ipsos incautos opprimeret.

Nam quod attinet districtus Danubium, Vagum et Moravam fluvios interjacentis quietem, istius quietis particularitatem non alio spectare explicant, quam ut constituta vicinis provinciis pace ipsi totaque dulcis patria longe lateque cis Vagum difusa Bellonae furiis exagitarentur pacisque tractatus, qui in speciem (ut ajunt) promittitur, penderet ab eventu fortunae.

Supplicare itaque ego cum dominis Syrmay et deputatis ne nunc quidem cesso, quatenus Majestas Vestras (sic) sacratissima de generali armorum subsistentia ad aversionem hujusmodi consequentiarum (quas se Hungari certo praevidere dicunt per hocque causam evitati tractatus consequenterque recusatae pacis a se amovere conantur) benigne resolvere dignetur, cum jam domini deputati (ut referunt) difficultatem ex provisione bloquatatorum locorum et aliqua cincturarum relaxatione obortam ac per dominum principem a

Salmis mihi perscriptam solvi posse demonstraverint, suppeditando illum modum, quo anno praeterito talibus locis durante armistitio, si conclusum fuisset, providendum fuerat. In reliquo me gratiae ac clementiae Majestatis Vestrae sacratissimae devoveo, ulteriora caesarea regia jussa adventumque dominorum mediatorum expectans.

Datum in Szécsény die 15. Septembris 1705.

Majestatis Vestrae sacratissimae

humillimus perpetuusque fidelis
Capellanus
Paulus Szécsény
archiepiscopus Colocensis.

XVIII.

1705, 27. Sept. Viennae — (praes. 30. Sept.) Copia.

Reverendissime in Christo pater!

Probe perpenso tenore litterarum ad me a fidelitate vestra die 15. labentis mensis datarum non una me ratio retinere potuisset, ne post trajectum ab exercitu meo apud Budam Danubium propositis ab eadem induciis assentirer. Movet me tamen innata erga populos a Deo mihi commissos clementia et miseratio, ut nihil magis quam fortunis, sanguini et vitae illorum quantumvis immorigerorum consultum eosque semota vi svavibus, si fieri queat, mediis ad obsequium reductos cupiam, ideoque cum fidelitatis Vestrae tum mediatorum in aula mea commorantium officiis haud gravatim dedi, ut has armorum inducias, ubi adversae parti honestis eas conditionibus inire animus fuerit, declinare me nolle iisdem declaraverim; quin sponte simul eosdem requisivi, ut eo operam suam praesentes apud abalienatorum antesignanos conferant, quod et prompte se diligenterque, statim ac illorum modernam commorationem aut locum, ubi cum illis aut eorum mandatariis sufficienti auctoritate munitis conveniendi facultas erit, resciverint, facturos testati sunt. Praeterquam igitur quod hanc declarationem meam fidelitas vestra ex illis ipsis plenius intelliget, illam etiam eidem benigne hisce significare volui, quo et interea oberrantes ad rectam obsequii semitam dissipatis falsis calumniis et exaggerationibus revocare, aut saltem ad aequas conditiones admittendas illos disponere porro annitatur. Erit id munere et egregio suo zelo dignum et a me

peculiaribus gratiae caesareae regiae, qua in eandem propendeo, demonstrationibus agnoscendum.

Datum in civitate Mea Vienna die 27. Septembris 1705.

XIX.

1705, 10. Oct. Szecseny. Cop.

Augustissime imperator, domine, domine clementissime!

Praetereo enarrare, quam aegre potuerim cum dominis Szirmay et deputatis dominum principem Rakoczy et dominum comitem Bersceny ad usque quintam Octobris in castris ad hoc oppidum positis retinere, quorum ex proposito quidem consultationis circa ineundum pacis tractatum instituendae gratia conventum a campo Rakos in hunc locum transtulerant. Nam dum adhuc Danubium exercitus Majestatis Vestrae sacratissimae saltem transiturus audiretur, concluserant universi, quemadmodum antea perscripsi, ut omissa consultatione pacis ad resistendum properarent. Tantam enim fuisse in primis sessionibus conclamationem illam, egomet cum dominis Szirmay et deputatis comperi, ut vix omni nisu ipse princeps cum dicto comite Berceny continere populum potuerit, et quidem haud continuisset, nisi tum ipsorummet dominorum mediatorum literae, tum relatio deputatorum spem firmam fecisset, fore quod iidem domini mediatores a discessu hominis mei, quem nuper cum literis expediveram, haud ultra duas hebdomadas promissum adventum essent dilaturi.

Quo quidem homine meo hinc discedente vix adhuc septimana elapsa fuit, cum increbuisset fama militem Majestatis Vestrae sacratissimae jam ex hac parte fluvii esse, unde tanto invaluit intensior clamor, imo jam in memet ipsum quoque ac Baronem Szirmay, deputatosque manifestius murmur, quanto propius periculum imminere videbatur. Hinc factum, ut demissa nuper majori parte generalium, capitaneorum, ducumque ad copias quemque suas aegerrime sane ipse princeps cum domino comite Bersceny nonnullaque parte populi in praesens remanserit sola ea (ut dixit) de causa, ut demonstraret tam sincero in pacis negotium ferri, quam grato aeque ac avido dominos mediatores expectaret animo.

Nec interim vero (velut in dubiis rebus mens hominis omnes causas excutit) ociatus populus est. Si quidem jam hoc, jam illud

evenire posse cum principe perpendens, ipso quidem (quod et nuperrime in posterioribus attigi) in ducem belli confirmato ac renovata in casum, quo pax non succederet, confoederatione, eaque etiam in Transilvaniam extensa, cuncta, quae in eandem conservandam facere videbantur, concluserunt.

Tum demum et expectationis pertaesus et a generalibus totoque exercitu sollicitatus jam in procinctu 5. hujus erat, cum homo meus eadem die absque dominis mediatoribus accurrit. Quos non venisse tam ingrato intellexere animo, qui restabant, omnes, ut fateri debeam non alia vice tantas inveteratae diffidentiae ac cujusvis suspicionis exaggerationes me audivisse. Nec velim vero Majestati Vestrae sacratissimae omnium recensione molestus esse, nec facile possum quae qualiave multi pro suo quisque genio abundantique sensu exaggerabant, summa tamen omnium erat, ut demum induciis armisticialibus ex parte Majestatis Vestrae Sacratissimae annui, cum Hungaros per exercitum Majestatis Vestrae sacratissimae circumductos, ac propterea territos perculsosque esse nimium ancipiti spe Majestatem Vestram sacratissimam illi persvadere conantur, qui (ut isti coniiciunt) pro sua, non Majestatis Vestrae, minus regni utilitate turbidas semper esse velint res Hungaricas. Cum ergo ex Majestatis Vestrae sacratissimae clementissimis dominorumque mediatorum literis deprompta aliundeque se offerens ratio tumultuariam exaggerationem mitigare vix posse videretur, ut mora efficacissimum sedandorum affectuum remedium sanaret, in sequens triduum et abitus et rei praesentis deliberatio dilata fuit. Consultatione itaque et deliberatione finita princeps, cui tanquam summo duci cum aliis deputatis senioribus rem pacis tractandae universi et singuli delegarunt, respondit: nimirum sufficientem confoederatis Hungaris causam jam esse aliam (ex quo miles Majestatis Vestrae Sacratissimae se ultra Danubium non continuit) resolutionem capiendi, praesertim cum quavis certum ex divini numinis gratia teneant in illas vastissimorum desertorum circumstantias militiam Majestatis Vestrae devenisse, ubi, si ipsi otiosi spectatores saltem essent, ex sola penuria ac aëris intemperie de eadem absque omni istorum contrapericulo actum esset, ac proinde armistitium ipsis non saltem non utile in praesens, verum in futurum etiam periculosum fore videant, ut tamen et Majestati Vestrae Sacratissimae augustissimaeque aulae, nec minus mediatricibus potentiis quam toti orbi suae in pacem continuae sinceritatis documentum et hac vice dent, pro tractando armi-

stitio (quod nunc unice insinuatum est) idem princeps ex authoritate sibi a populo attributa dominum comitem Bercsény et nonnullos alios ex senatoribus deputavit, quod tempus locumque attinet, videre ut primo quoque tempore, signanter ad diem 27. hujus, in civitate libera ac regia Tyrnaviensi cum dominis commissariis Majestatis Vestrae Sacratissimae dominisque mediatoribus (ubi et ipse cum barone Szirmày deputatisque Deo adjuvante adesse adnitar) concurrere queant. Quod ut felix ac faustum ex alto Deus ipse reddat, devota precor mente, in caesareo regiam clementiam memet, collegasque meos praedictos devovens.

Datum in oppido Szecseny die 10. Octobris 1705.

Majestatis Vestrae Sacratissimae

Humillimus perpetuoque
fidelis subditus et capellanus
Paulus Szecseny archiepiscopus
Colocensis.

XX.

(praes. 1705, 24. Oct.) Cop.

Beilage zum Schreiben des Erzbischofs vom 10. Oct.

Locus ad tractandas cum male-contentis Hungaris inducias et ipsam etiam pacificationem undequaque commodissimus est et reputatur pro Caesareis Posonium. Pro male contentorum commissariis Basinium, quo et ipsi, si ita videretur, praesidium aliquod mediocre imponere possent.

Pro mediatoribus oppidum sancti Georgii, utpote medium inter ambo priora et aequali ab iisdem spatio distans: possetque tam pro securitate quam decore medietas oppidi sancti Georgii Posonium versus caesareo, altera vero medietas Basinium respiciens adversae partis milite, pari utrimque numero, praesidiari, nec non aequalis equitum numerus pro commissariorum ad congressum comitiva adhibendus determinari.

Districtus vero dictorum locorum circumferentia comprehensus ad duo aut saltem unum integrum milliare, ab utroque, sinistro nimirum et dextro, latere itineris seu viae Posonio Basinium ducentis computandum, neutralis declarari deberet et ab omni hostilitate copiarumque, praeterquam antefati praesidii et comitivae, inductione aut illocatione utrimque vacuus et immunis haberi.

Quae itaque circa locum per inclitam mediationem praeliminariter cum alienatorum ducibus complananda viderentur, eo magis, quod in Tyrnaviam antea abhinc aliter non consensum fuerit nisi in supposito, totum terrae Vagum et Moravam interjacentis districtum neutralitatis beneficio gavisurum et ab utriusque partis copiis liberum fore.

Quod si vero ultra Posonium caesareis commissariis quacunque ratione progrediendum esset, tum id aliter fieri nequaquam posset, quam häbita prius et obtenta per D. D. mediatorum operam a male contentorum ducibus denaria securitate tam pro itinere quam reditu et permutatione in ipso loco, comitiva item et praesidio militari, nec non cursorum ad aulam caesaream et supremos armorum aut castrorum caesareorum in Hungaria praefectos et vicissim abinde et illis expediendorum atque remittendorum, litterarumque commercii integerrima et sanctissime stabilita libertate.

XXI.

1705, 22. Oct. Viennae (praes. 24. Oct.). Cop.

Archiepiscopo Colocensi.

Reverendissime in Christo Pater!

Quam primum egregia fidelitatis vestrae cum primis opera indefessoque studio superandis variis sinistrarum suspicionum obstaculis impenso rem eo feliciter denuo reductam esse, ut sollicitis mediatorum officiis adstipulantes alienati Hungari mandatarios suos ad reassumendos propediem armistitii, ipsiusque pacificationis tractatus, locumque congressui per partes ac mediatores communi consensu designandum ablegare velle declaraverint, ex literis ejusdem decima labentis ad me datis perque deputatos rite exhibitis intellexi, gratiosissimam sane occasionem, restituendae nimirum tam ardenter mihi dudum desideratae tranquillitati, atque solatio afflictorum exitiali hoc bello populorum meorum destinatam, nullo, ut ita dicam, momento negligere volens, commissarios quoque meos plenipotentiarios ad tractandum et concludendum mox dictum generale armistitium (tit.) comitem a Vratislau et fidelitatem vestram ea ratione clementer deputavi, ut rebus ob temporis angustias ita ferentibus ipsi ambo statim ad locum con-

gressus personaliter accedant, totiesque fatum armistitium, quo facilior, celerior et tutior ad plenam pacificationem via pateat et sternatur, juxta instructionem simultaneam eo super expeditam et per dictum comitem a Vratislau fidelitati vestrae exhibendam atque communicandam omni meliore modo tractare atque concludere adnitantur, donec hoc peracto, ubi spes propinquior pacis insimul componendae affulserit, reliqui etiam ad ipsam pacem una cum praeattacto comite Vratislau et fidelitate vestra jam resoluti concommissarii itidem et plenipotentiarii mei pariter subsequi, ac demum unitis viribus et consiliis magnum illud opus tractare, promovere et divino favente auxilio absolvere valeant. Fidelitatem proinde vestram pro insigni fervore, quo hactenus reducendae in patriam quieti sedandisque motibus incubuit, benigne obtestatam volo, quatenus hoc quoque tot et tantis hucusque pro servitio meo et patriae bono perpessis fatigiis superaddere, ac his perceptis ad congressum jam memoratum sese rursus accingere, habitaque cum saepius nominato comite Vratislau bona et sincera correspondentia (quam et is vicissim religiose et fideliter colere measque intentiones nunc et deinceps fidelitati vestrae penitus adaperire in mandatis habet) tractatus hos, variis de praeterito turbinibus impeditos, ad felicem tandem finem ceu portum cum praeclara nominis sui fama perducere satagat, id quod plena cum fiducia ab eximio ipsius in rem publicam zelo, perspicaci consilio, agendique non minus dexteritate quam integra rerum et status experientia mihi appromittens, eidem in reliquo gratiam meam caesaream ac regiam constanter confirmo.

Dabam Viennae 22. Octobris 1705.

XXII.

1705, 3. November. Cop.

Protocollum

Über das ienige, was den 3. 9bris 1705 zu Pressburg in einer mit denen Königl. Engl. Ministris Plenipotentiariis Mylord Sunderlandt und Stepney vorgewessen Zusammentrettung wegen des mit denen malcontenten Hungarn zu schliessen vorhabenden Stillstannds der waffen gehandelt worden, und zwar

Primo! nach vorhergangenen gewöhnlichen Curialien und gethaner Sinceration der von seithen des Kays. hoffs gantz aufrichtigen neigung zum frieden und Beylegung des Hungarischen unweesens, auch Beygefügter Dancksagung, das die mediatores sich mit dem Hin- und Herreissen sambt denen Holländischen ministris biss anhero bemühet hetten, beschahe von den Kayserlichen Plenipotentiario graffen Philipp von Sinzendorff die proposition dahin, das weilen auf der löblichen mediation eingewendte officia die sache zu einem congress mit denen mandatariis der malcontenten der gestaltn gedien, das man auf selbten zu forderist einen Stillstandt und dann auch den frieden selbsten tractirn können solle, also hetten Ihre Kays. Mt. so wohl zu ainer als anderer von diesen handlungen dero gevollmechtigte Commissarios, und zwar in Specie zu tractirung des armistitii ihn proponentn sambt dem Ertzbischoffen von Coloza allergnedigst deputirt, wie aus der auf sie bayde lautender vollmacht, weliche zugleich der mediation, umb solche dem gegentheil vorzuzeigen und Copiam darvon zu nehmen, eingehändiget warde, des mehreren zu ersehen seye.

Wornegst obschon von seiten der malcontenten weder vom Stillstandt noch friedn, in was eigentlich dero praetensiones bestehen, zu dato nichts legales vorgekommen, ungeachtet der diss ohrts schon vielfältig gethane aperturn und erklärungen, und dahero billig von ihnen das erste anbringen zu erwarthen stündte, zu deme man auch lieber gesehen hette, wan des Ertzbischoffen als concommissarii anhero Kunfft zuvor erwarthet und mithin alles conjunctim hette tractiret werden mögen, so wollte man doch zu gewinnung der Zeit sich deshalben in keiner formalität aufhallten, sondern weil der hauptpunkt des armistitii vornemblich auf den district des Landes ankombt, welchen ein jeder Theil bey wehrenden Waffen Stillstandt mit seinen Truppen bezihen und geniessen solle, so hette man auch ferners kein Bedencken, zu facilitirung des gantzen werks Ihnen mediatorn zugleich sub A. eine Lineam der für die Kays. militz zu deren Subsistenz und communication mit Siebenbürgen und übrigen plätzen unumbgänglich nöhtig habendn quartier und Landes zu proponiren, nit zweiflend sie mediatores werden selbst erkennen, das diese anforderung als eine bloss zu erhaltung des ienigen, was die kayserlichen waffen in Hungarn und Siebenbürgen noch innen haben, angesehene sach nichts excessives in sich enthalte, einfolglich den gegentheil zu gleichmässigen gedanken zu disponiren suchen.

Worauff nach wieder erstattetn Curialien und neu angebottenen Treu eüffriger mediations officien, auch mittelst eines weitläuffigen discurs angezeigter gegenwärtiger Disposition der malcontenten, welche zwar nichts mehres als friedenswünschungen im munde führeten, anbey iedoch hofförtiger und praesumptuoser als iemahls, ia gleichsamb vorgewister von der Superiorität Ihrer waffen und glücklichen aussgang ihrer anschläge sich erweiseten, und gänntzlich ausser Zweiffel stelleten, dass der Rakozy Siebenbürgen auf die inmittelst vom gantzen Lanndt zu Weissenburg ihme bestättigte wahl unfehlbar behaupten wurde, Sie mediatores zwar versprechen, an ihren remonstrationen und Zusprechen nichts erwinden zu lassen, köntn aber in antecessum wohl versichern, das diese solcher gestaltn proponirten Quartirs linea nit allein simpliciter bey ihnen malcontenteu kein ingress finden werde, sonderen sie unfehlbar, wie vorm Jahr mit der praetension bis an die Ippel beschehen, solche immediate verwerffen, und dem volk andurch alle Hoffnung zum frieden, als ob man selbten dieseits nur zu inpossibilitiren gedächte, zu benehmen suchn dörfftn, womit das ganntze werk in gefahr gerihte von neüen zu zerfallen, da doch nach ihren der malcontenten vorgeben und der mediatoren Beystimmung gute apparentz anscheinete, dermahlen durch allerseits billig und leidentliche conditiones eben sobald den frieden selbst als den Stillstanndt behandelen zu können, wollen also gutmeinendt gerathen haben, mit dem ersten anwurff den bogen nicht zu hoch zu spannen und die noch vorhandene fridfertige gemühter völlig abzuschröcken, sondern glaubeten, dass man besser seiu würde den Perceny und die gegentheilische Mandatarios über diesen Punkt anfänglich durch den Erzbischoffen und dessen Deputirte, dan auch die Holländische Ministros ohne einigen schriftlichen aufsatz, nur mit guter gelegenheit per modum discursus zu sondiren, und nachgehents erst die proposition, wie selbte sich zum besten stellen mag, zu papir zu bringen, in deme allen ansehen nach die malcontenten fest auf dem uti possidetis beharren zu wollen trachten dörfften, meldetn annoberst auch, warumb nit gleich von anfang Ihnen die apertur gegeben worden, inmassen vierzehen Tag Zeit andurch gewonnen werden können.

Hierüber wurde ferners diess Ortss repliciert, das, wie man in substantia Kays. seits kein anders Landt begehrte, alss was vormöge der noch inhabenden plätze von denen Kays. waffen behauptet und

zu deren sicheren communication unter einannder so wohl, alss mit Siebenbürgen unumgänglich erfordert wird, also begreiffe man nicht, das diese proposition zu weit gehe oder ursach zu abbrechung des Tractats geben könne, zu deme seye man auch diess Orthss bereit, wan nur das essentiale der comunication und subsistentz erhalten wird, im übrigen alle mögliche facilitet bey zu tragen. Man stelle auch Ihnen mediatoren anheimb, den ersteren vortrag auf die vorgeschlagene weisse durch den Erzbischoffen und dessen Deputierte, auch holländische mediatores thun und versuchen zu lassen, wie nach und nach eine Zulängliche resolution darüber eingehohlet werden möge.

Es seind aber die mediatores nochmahln auf Ihren ersteren Discurs zurückgefallen mit inständigen ersuchen, weiln man diss ohrts ia selbst nit in abrede stellen könnte, das diese solcher gestalten praetendirte quartiers linea, so lang man nit eine grosse Superioritet über sie gewinnete, worzu es noch kein ansehen hette, unmöglich zu erlangen seyn werde, also mögte man sich nit aufhalten, sonndern Ihnen offenherzig communiciren, was auf eussersten fall noch für facilitet man diess ohrts nach zu sehen gesinnet were, umb das nit wie vorn Jahr das gantze negotium sich in ipso limite wieder zerschlagen, oder doch mehrers Zeit unnöthiger weisse verlohren gehe. Und wollten Sie ihres orths, was man thuen betrauet, mit der an hand gebender weisse und Diskretion so gut, als ob man selbst in loco were, zu menagiren nit ermangelen; über dieses were auch nöthig, Ihnen wenigst in Generalibus die übrige puncta und conditiones armistitii zu eröffenen, auf das Sie mit desto mehren licht von dem gantzen werk urtheilen, und nach beschaffenheit der umbständdte die substantz derselben auszuwürken sich bemühen könnten.

Endtlichen verlangten Sie auch zu wissen, ob man von dem friedn selbst zu tractirn fertig und instruiret war, umb auch solchen fals, wan der gegentheil darauf dringen thete, sie vorbescheiden zu wissen.

Wellches alles dan, umb die mediation von der desseits hegenden Friedens neigung desto vollständiger zu convinciren, man folgents auch eingegangen, und Ihnen auch mediatoren in terminis generalibus die sub B. hir angeschlossene notata, iedoch in keiner forma einer proposition, sondern nur per modum einer nachricht in die Feder dictiret, anbey auch nach vielen contestationen zu verstehen gegeben das, wan ia an der ersten linea hieroben biss an die Gran und Berg-

Stätte der Tractat sich allzuhart stossen oder abbrechen zu wollen scheinen solte, man in talem casum sich bearbeiten wolte, das pro extremo limite den Neutrafluss letzlich anzunehmen eingewilliget werden mögte, damit die mediation iedoch in alle wege und so lanng alss möglich zurückzuhalten hette. Wie aber man diess orhts diesen annderten passum primi gradus, wan es darauf ankombte, zu fassen gemeint seye, ist ex litt. C. zu ersehen, so niemanten noch communiciret worden und allein pro privata notitia hierzu gelegt wird.

Weiter ist zu folge ihres obigen petiti denen obigen mediatoren gleichfalls angedeutet wordn, das die Kays. plenipotentiarii ad tractandam pacem ebenmässig instruiret seyen, und wan dem gegentheil das pacificationsweesen selbst zu handlen mit oder nach dem armistitio ernst und gefällig wäre, so beruhete es nur an deme, das die malcontenten ihre petita schrifftlich der mediation übergeben und sich einmahl declariren theten, in was dan eigentlich solche bestehen thuen, nachdeme man diss orhts nichts authentisches iemahls von Ihnen empfangen und gleichwohlen auf die nur ab auditu durch die ertzbischoffliche Deputierte hiebevor eingereichte funf und zwanzig puncta sich schon vorläuffig sattsamb und, wie man billig hoffen und supponiren kann, zur gnugsamen also genanten legal satisfaction des Königreichss erkläret hat.

Übrigens wurde gemeldet, das man willens were den Ertzbischoffen von Coloza anhero zu laden, umb alle tractanda mit Ihme in conformitet der Kays. instruction beratschlagen und contestiren zu können; die mediatores gaben dagegen zu vernehmen, das, wiewohlen sie nit zweifleten, er allenthalben, wohin es Ihrer Kays. Maytt. befelch und des gemeinen weesens dienst erfordert, sich zu begeben willig were, so würde es ihme doch dermahlen wegen abgang der mittelen sehr beschwerlich fallen, indeme er ihnen sehr beweglich geklaget, wie das unangesehen aller jener bissherigen dem gemeinen weesen zum besten angewenden mühe, arbeit und unkösten seine noch übrige einseits der Donau habende wenige Zehent einkünfften von denen Cameral und Commissariats Beambten ihme völlig entzogen, und er andurch ausser stanndt gesetzet würde, sich länger ex proprio unterhalten, weniger vor seine aigene familia das brodt schaffen zu können, allermassen der Brieff seines provisors D. dess mehreren ausweiset. Diesem nach dan man auch hierüber Sie mediatores versichert, das sothane geklagte gewallthätigkeiten, wofern sie in der

That sich also befindeten, anders nit als ohne vorwissen des Hoffs geschehen seyn müsten. Man wolle nicht unterlassen von denen behörigen instantien die remedur unanständig zu urgiren, und ihn Erzbischoffen nit allein kein unrecht wiederfahren zu lassen, sondern es seyn ihre Kays. Mtt. allergnedigst gesinnet, seine dem Publico leistende gute Dienste vielmehr gebührend zu recompensiren, indessen were einmahl nöthig wenigstens eine unterredung über das ganntze friedens und Stillstanndts negocium mit ihme dahir zu pflegen, und wollte man ihn darzu einladen dergestalten, daz nach der auf die erste proposition von denen malcontenten eingeholte antwort selbter sich anhero bemühen E. und einfinden mögte; mit welcher expedition auch ein expresser nacher Tyrnau abgefertiget worden.

Sonsten ist bey denen sub B. allegirten notatis noch dieses bey zu fügen, das die mediatores dafür halten, der Persceny so wohl als Rakozy werden schwerlich die verlangte Päss vor die Curir, so man zur Kays. armée in Siebenbürgen und von danen zurück zu schicken vor hat, ertheilen, der Rakozy auch fürohin in seinen Pässen sich schwerlich mehr des Titels eines gewöhlten und bestättigten Fürstens von Siebenbürgen enthalten wolln, indeme er in ietzt gedachtes Fürstenthumb von neüen durch eine allgemeine wahl des gantzen Landes beruffen und confirmirt worden were, et hisce discessum anno et die ut supra.

1. Beilage

zum Protokolle. Litt. B.

Ad rescriptum de 7. Novembris 1705.

Posonii in conferentia cum DD. mediatoribus ex parte Angliae Mylord Sunderland et Do. Stepney die 3. Novembris 1705.

Ratione loci adhuc urgendum, ut propius accedant malecontenti Posonium versus ad sublevanda mediationis fatigia.

1. Plenipotentia extradenda pro armistitio.

2. Proponendus primus gradus.

3. Terminus a quo et ad quem determinabitur primus per plenipotentiarios in congressu alter vero ad finem Maij sequentis anni porrigetur.

4. Ratione Szolnok danda explicatio, quod si arma caesarea tempore conclusionis armistitii locum illum non recuperassent, tum ab illo quoque in specie desistetur ac linea proxime inferius per Tybiscum protendetur.

5. Securitate cursorum cameraticorum 2. passuales hinc Tyrnaviam et pro reditu.

6. Item 2. passuales pro cursoribus ad Herville et reditu.

[Passuales pro cursoribus (sic)]

7. Item duas passuales pro cursoribus Viennam et pro reditu.

8. Occlusa fortalitia pro tempore armistitii ad duo milliaria obsidione. Aditus ac reditus ad ipsa pro commeatu aliisque necessariis inferendis liber sit, item et coemptio in vicinis comitatibus.

9. In reliqua fortalitia non occlusa id per se intelligitur.

10. Poterit prolongari armistitium partium placito, nolentes in termino renuncient.

11. Fluviorum in cujusvis partis districtu liber sit usus.

12. Item agri, vini cultura, pascuatio et oeconomia.

13. Quilibet in fidelitate constitutus magnas et nobilis gaudeat et fruatur durante armistitio bonis suis, ut antea fruebatur ante hos tumultus.

14. Commerciorum et quaestuum liber sit cursus penes passuales.

15. Militares personae ex unius in alterius partis districtum sine passualibus non transeant sub poena.

16. Praedones, vagabundi et sine passualibus oberrantes capiantur ac puniantur ut transfugae.

17. Desertores restituantur, nemoque ad desertionem sollicitetur.

18. In sacris et religiosis nihil turbetur.

19. Plenariam deducatur in executionem, quidquid ratione captivorum permutandorum ac eliberandorum conventum est, contra fidem datam satisfactio impendatur.

20. Quae pro Hungaria statuuntur, eadem et pro Transsilvania intelligantur.

2. Beilage

zum Protokolle. Litt. A.

Limites stativorum pro militia caesarea, ut secure cum primis, et quantum ob desolatum in illis partibus regni statum licuerit, ne-

cessariis vivendi mediis haud destituta durante armistitio subsistere possit, hic superius quidem ad fluvium Gran, Levam et montanarum civitatum ambitum usque cum inclusione comitatus Durociensis et Drencsiniensis, inferius vero in transdanubianis aquae partibus ducta ex Parkanio per Neugradum, Vaciam, Hatvan, Gyöngyös, Jazberin, Cseghe, et inde trans Dybiscum per oppidum Sobeslo et Debreczin, Margitham usque Linea extendantur, adeoque quidquid terrarum intra aut post hos terminos versus caesareas ditiones et loca armis adhuc caesareis insessa situm est, dictis pro milite caesareo stativis comprehendatur et applicetur, nec ab hac propositione recedendum erit, nisi fors rerum ac armorum status amplius aliquid exposceret.

3. Beilage

zum Protokolle. Litt. C.

Ad rescriptum de 4. Novemb. 1705.

Alter passus primi gradus.

Quae si obtineri nequirent, hic superius quidem cum inclusione totius comitatus Drencsiniensis Nitria fluvius pro limite habeatur, inferius vero iuxta ripam Danubii respectu Comaronij ulteriorem a dicto fluvio incipiendo ad Barkan, Vacziam, Pesthinum, usque alia stativorum linea (cujus latitudo in terram secundi Danubii sinistram ad medium milliare se extendat), Pesthino autem versus Szollnock, ab inde trans Dybiscum ad oppidum Dhur statuatur, et quidquid deinceps toto Berethy fluminis cursu Margitham usque Magnum Varadinum versus continetur, illa ipsa jam expressa ratione pro spatio et termino stativorum caesareorum comprehendatur. Ulterius demum necessaria communicatio cum copiis caesareis in Transylvania existentibus a Margitha et Peretyo mox nominato in ipsam usque Transylvaniam pro conditione, statu et exigentia armorum caesareorum ibidem permanentium, cum praescitu generalium suae Majestatis sacratissimae in illis partibus militiae praefectorum determinabitur.

4. Beilage
zum Protokolle. Litt. D.

1705, 26. Sept. Budae. Cop.

Copia litterarum domino archiepiscopo Colocensi per provisorem suum scriptarum.

Celsissime ac reverendissime domine, domine mihi colendissime!

Praemissa servitiorum meorum humanissima commendatione, suppono meas pluries humanissime et per varias occasiones transmissas ad benignas manus suae celsitudinis pervenisse, quod autem nullum responsum obtinuerim, facile praesumere possum tempus et occasionem defecisse, et ideo praesentibus iterato benignas manus celsitudinis vestrae perdemisse osculari et eandem humanissime certiorem reddere volui, qualiter ad instigationem malevolorum et superinde falsam et sinistram datam informationem omnes decimas granorum tam in Pilisiensi, Albensi, Vesprimiensi et Szaladiensi comitatibus jam actu acceperint et adhuc accipiunt, quam etiam decimas vini accipere intendunt; interposui me quidem apud dominum generalem Schlik et dominum baronem de Tavonat, ut saltem illas decimas in Vesprimiensi et Szaladiensi comitatibus, a sua dominatione semper in usu et possessione habitas, pro necessaria sustentatione sui et suorum relinquant. Qui domini etiam hoc justum esse affirmarunt, administratio tamen Budensis in contrarium conscriptionem et cum eadem Albensi contrascribae Retl demandavit, ut cum domino Praefecto (qui huc in ista materia ad administrationem sicut et mihi scripsit) conveniat et videat, ut de illis quiete possessis decimis pro parte suae Majestatis medietatem acquirat et executione mediante Albam regalem invehi curet, et taliter suam celsitudinem pro tam arduo servitio suae Majestati sacratissimae et bono publico praestito isti malevoli remunerari intendunt. Deus qua vindex justus suam celsitudinem contra omnium malevolorum iniquam intentionem cum eorundem pessimorum hominum summa prostitutione conservare et in bona sanitate omnes horum temporum sinistras machinationes ad omnium sincerorum solatium supervivere relinquat, quod ut fiat ego quotidie orare non desino.

Quibus me altae gratiae suae recommendans maneo.

Budae 26. Septembris 1705.

XXIII.

Litt. E.

ad rescriptum de 4. Novemb. 1705. Cop.

Copia litterarum a S. E. domino comite de Sinzendorf ad dominum archiepiscopum Colocensem scriptarum.

Decreverunt ministri plenipotentiarii mediatores ex parte reginae Angliae Viennam se conferre, ut adventui ducis de Marlborougk ibidem adsint, credentes unum vel alterum diem elapsurum, usque dum abalienatorum mens recte perspici et ab iis aliquid certioris rehaberi possit. Hinc ego quoque ob hanc pariter aliasque rationes Viennam me recipiam, illibi Excell^{ae}. Vest^{ae}. responsum super hesternis quantocius expectaturus; interea sacrae caesareae regiaeque Majestatis consilii bellici consiliarius et referendarius, dominus a Tiel, iis, quae momentanee occurrere possent, invigilaturus hic manebit, ad quem litteras ad me dandas Ex^{ae}. V^{ae}. dirigere placebit. Spero itaque post acceptum praefatum responsum me hic Posonii in reditu propediem instituendo Ex^{am}. Vestram visurum, et coram animi mei ad quaevis grata paratissimi argumenta expositurum.

Posonii 4. Novembris 1705.

XXIV.

1705, 21. November. Wien. Copia.

Joseph.

Unss seind deine gehorsambste relationes von 3. und 6. hujus wohl behändiget worden, und verhalten dir gnädigist nit, was massen wir auf weitere Vorstöllung der Mediation den 14. dieses in denen hungarischen sachen eine abermahlige zusambekonfft angeordnet und darüberhin gnädigst verwilligt, dass (umb von denen rebellen eine andtwordt herauss zu bringen, die, umb dass odium dess langsammen hergangs völlig auff unss zu werffen, sich dato passive halten) man diesseits von dem ersten gradu dess Granflusses abstehe: dahero sie Mediatores ihre proposition herwerrts auf die Neutra stellen, gegen Sibenbirgen und der Theiss aber auf Zolnocsk anderst nicht antragen sollen, alss wan solcher Orth von Vnssern

waffen behaubtet werde, widrigen falls wir unss mit Sczongrad befriedigen wollten; so viel eins mahlen schrifftlichen. Mündlichen aber haben wir unss noch weitters heraussgelassen und erkläret, dass wir auch entlichen so vest nicht auf der Neutra bestehen, sondern pro ultimato termino den Waagfluss annemben wollten, doch von diesem ganz und gahr nicht abweichen konnten, indeme, wan auch die rebellen auf das uti possidetis antragen wollten, siė dieses mit einigen fueg herüber der Waag von darumben nit aussdeütten konnten, weillen dass uti possidetis allein von denen vessten Pläzen hergenomben werden kan, wir aber auf der Waag Trenchin, Leopold-Stadt und Gutta annoch in wirklichen besiz, hingegen die rebellen zwischen der Marckh und Waag keinen einzigen vessten Orth innenhaben, sonndern allein wegen dermahliger entfehrnung unserer Armada in Tyrnaw, Pössing und die Schitt alss theills offene, theills mit schlechten Mauren umbgegebene Örther gehen. Auss so gehörter von unss in allem erzaigenden facilitet und willfährigkeit hat die Mediation so wohl, alss der hier anwesende fürst und Duc von Malborougk unsere zum Frieden hegende wahre und aufrichtige Intention hofentlich der Genige abgenomben, setzen auch ausser allen zweiffl, sie ins gesambt und sonders der sachen Verhalt in ihrem unverstellten stand, mit benemmung der von uns dato geschöpften unverdienten widrigen mainung, seiner Gehörde hinterbringen werden.

Inmitlst seind die zwey holländische Mediatores von ersagtem Tyrnaw hier zurugg angelangt, mitbringende, dass die rebellen sich endlichen Verstehen wohlen eine Antwortt von sich zu geben, auch ihre postulata von wegen dess Friedens schrifftlichen zu verfassen, dessen erfolg wir nun gewährtig seind.

Wass wir sodan dem hier anwesenden preyssischen Ministro baron Bartholdi auf seine wegen der schon bewusten Traktata hier gethane postulata für eine antwortt und resolution ertheillet, zeiget die abschrifftliche beylagg. Wobey dir gnädigst nit verhalten, dass der von Malborougk in überlegung der sachen befunden, dass unserseits all mögliches gethann und offeriert worden. Beruehet also die sach auf deme, wie sich der preyssische hoff wegen der an obern Rhein sowohl alss in Italien stehende Truppen darüber erklähren werde.

Nicht weniger lassen wir die bey dess Churfürsten zu Pfalz Lbd. durch den grafen von Welss wegen überlassung dero in Engelländischen und Holländischen Sold stehende 4000 Mann Infanterie

nacher Italien angestossene Tractaten fortsetzen, und demnach Seiner Liebden sich gegen ihme grafen Letsthin darzue zwar billich erklährt, dabey aber die ersetzung der recroutten, welches für uns dieser Zeit, da wir in unseren an Volck sehr erschöpfften Erbkönigreich und landen mit unsern selbst aigenen recrouten nicht mehr aufkommen und gefolgen mögen, eine harte Condition ware, aussgedingt, haben wir vnss gegen seine Liebden untern 18. dieses nachfolgender massen erkhlärt, dass wir für dero in Italien zustehen kommenden sothanes Corpo 1000 Mann recrouten nicht zwar in natura, sonndern in Gellt, dem Mann vor 20 Thaler angeschlagen, begieten, darzu wegen dess brods dass super plus, wass selbst Seine Liebden in Italien mehrers alss am Rhein oder an der Maass kosten würde, beytragen, auch sonsten wegen der quartieren, Etappen, logierung und anderes halber die gnedigste Vorsehung (ohne doch vnser aerarium darmit zu beladen) thuen lassen wollten, dass diese Truppen ausser befuegte Ursach zu klagen gesezt würden. Womit Seiner Liebden nach dero zu unss iederzeit bezeigenden willfährigkeit sich hoffentlich begnügen werden. Alldieweylen aber mit allem deme die anzal der für Italien einsmahlen angetragenen 17.000 Mann recrouten wegen der in Bayern bey denen Werbungen sich heruorthuende ohnerwartheten widerspänstigkeit biss auf 20.000 Mann herunter kommen därffe, alss haben wir zu ersezung disses abgangs mit dess Czars Liebden wegen überlassung in pohlnischen Sold und Diensten dermahlen in der Lausnitz stehenden 65.000 Moscowitten angebunden und den Grafen von Strattmann dessenthalben mit den Patkul, des Czars gevollmächtigtten, zu tractieren die Comission, auch Ordere ertheyllt von hier alsobalden sich nacher Dressden zu begeben, umb dieses werkh mithabender Instruction gemäss auf die eventualiter verwilligte annembliche Conditiones aufs schleünigiste zum stande zu bringen, und gleich darauf den abmarch dieser Trouppen nacher Italien vornemmen zu lassen.

Demnach auch auss deiner letzteren relation abzunemben, dass es wegen anticipation dess hollänndischen rati per 100.000 Thaller in Haag ein bessers ansehen gewihne; alss wird unnöthig seyn wegen eines Versicherungsfundi auf Bayern etwass zu melden, sondern hettest von solchem zu abstrahieren, es wäre dan sach, dass die anticipation auf eine andere arth oder weiss nicht wohl konnte gangbahr gemacht oder erhalten werden.

Wass du sonnsten innhollt deinem gehorsambsten schreiben wegen der Lübegischen Coadjutori anfragweiss anregest, darüber hast du dich folgender Gestalten vernemmen zu lassen, dass wir zwar alless wass nur immer zur gühtlichen beylegung dieses stritts dienlich sein möchte anwenden und beytragen würden: anderen Vnterfang aber den in sachen verfassten Sentenz von ob tragend allerhöchsten Richterlichen Ambtswegen publicieren zu lassen nicht umbgehen könnten.

Fahls auch bey uns der König in Schweden auf die erkennung dess neuw erwählten Stanislai in Pohlen antragen sollte, wellches doch dem Vernemmen nach nicht zu vermueten, wollten dir zu deiner Vnterrichtung nit bergen, dass die abfertigung kürzlich in diesen bestehen würde, dass gleichwie er König vnsers Frd. geliebten Herren Brueders des Königs Caroli in Spanien Lbd. pro tali dato noch nicht erkennet, Ursachen er den Herzogen von Anjou alss Königen in Spanien agnosciret hette, eben also und ex identitate rationis unss den Stanislaum zuerkennen kaines weegs zuegemüetet werden könne.

Wass du über dass in deiner gehorsambsten Relation von jenem, wass in der fürgewesten Friedens negotiation vorbeygangen, einfliessen lassest, dass haben wir gnädigst wohl aingenommen. Wir waren zwar einsmahlen entschlossen die dissfahls beschehene passus durch eine schriftliche andung an die General Staaten zu bringen, haben aber auf Vernemmen, dass die französische Commissarii wiederumb abgeschafft worden, darmit der Zeit noch in zu hallten rathsamber befunden. Du aber hast auf alles ein wachsambess Aug zu tragen und inmittelst gleichwohlen gehöriger Orthen glimpflich zu insinuieren, dass wir von dem Vorbey gangenen guete wissenschafft trageten und darob, wie leicht zu erachten, nicht wohl vergniegt sein konnten. Konfftighin aber da dergleichen Maneggio weitterss entdeckht oder fortgetrieben werden sollte, hettest du also gleich und ohne ferneren anstand all ernstliche und nachtrucksambe Vorstellungen dargegen einzuwenden, da wir dan nit zweifflen, du werdest so wohl von dem englischen alss auch anderer wohlgesinndten allyrten Ministris in Haag in dieser so wichtigen Begebenheit und nachdrucklichen emergentien bestens secundiert werden. Schliesszlichen unterlassen nicht dir gnädigst anzufiegen, dass der Duc von Malborougk zwar schon alss gesternn von hinen abgechen wollen, seine Abräss aber

wegen eines ihme zuegestossenen podagraischen Flusses biss auf könfftigen Montag aufschieben möessen. Unter dessen allhier sein ist man beschäfftigt gewesst die Concerti der zuekönfftigen Campagna aufs böst und möglichste abzureden, darvon er dir bey seiner Zurüggkonfft im Haag die nöthige apertur zu thuen nicht ermanglen wird; wornach du dich in ein und anderen zu richten und wass dir oben zur nachricht beygebracht und zum Theyl zu beobachten befohlen worden, dich zu unserem diensten zu gebrauchen, auch respective gehorsambst zu vollziehen haben wirst. Verbleiben etc.

Wienn den 21. 9bris Ao. 1705.

XXV.

Ad rescriptum de 23. Dec. 1705. A.

Ex parte mediationis deputationi Hungariae exhibitum die 14. Decembris 1705.

Quando quidem subortae difficultates quoad locum congressus, instrumenta plenipotentiae dominorum ministrorum et plenipotentiariorum ser^{mae} reginae Angliae, nec non acceptationis mediationis sacrae suae caesareae regiaeque Majestatis sublatae sint, eademque sua Majestas jam rite inclytae mediationi declaraverit sese genti Hungariae ad gravamina sua legalem daturam satisfactionem, juraque, leges ac privilegia regni NB. redintegraturam, nec unquam sibi fuisse mentem ex jure regiae successionis se inferre velle dominatum despoticum sive absolutum, credit consequenter inclyta mediatio ulteriorem determinationem omnium punctorum praeliminarium hinc inde petitorum, nempe successionis haereditariae, legis Andreae et quarantiae, jam ad ipsos tractatus pacis esse remissam, sufficientemque spem et fundamentum futurae pacis genti Hungariae esse datum, ad cujus tractatum sacrae caesareae regiaeque Majestatis ministri accedere sunt prompti, quorum solennes plenipotentiarum tabulas domini mediatores prae manibus habent, ideoque nihil jam amplius superesse quam sub aut sine armistitio ipsos tractatus pacis ingredi ad praeveniendam ulteriorem effusionem sanguinis Christiani et devastationem tantarum plagarum, urbium et pagorum, quae bonos regni Hungariae incolas nonnisi ad miserrimum statum redigere possunt.

Itaque ut quantocius ad opus tam salutare et Christianum pervenire liceat, instat inclyta mediatio, ut domini deputati confoedera-

torum Hungarorum ad propositiones armistitii a parte sacrae suae caesareae regiaeque Majestatis die 16. mensis Novembris praeteriti exhibitas respondere, simulque (si muniti sunt plenipotentia ad tractandum de ipsa pace) tanquam pars laesa sua exhibere velint postulata; si vero sufficienti eum in finem careant authoritate, ut quantocius scribere velint ad confoederatos et sub armis existentes status et ordines tam regni Hungariae quam principatus Transylvaniae, et ad illos qui primarium inter illos locum obtinent, ut ipsos dominos deputatos confoederatorum Hungarorum et Transylvanorum competenti plenipotentia munire velint, vel adjunctis aliis talem deputationem constituere, quae cum plena authoritate de pace tractare possit, ut tandem favente numine divino opus tam salutare et christianum pacis inchoari et ad optatum finem perduci queat.

XXVI.

Aux dépêches du 23 Décembre 1705. B.

Tirnau le 15me. Décembre 1705.

Monsieur!

Les lettres, quil vous a plu de nous écrire le 3me. et le 5me. de ce mois, nous ont été fort bien rendues par le S^{r}. Okoliczani avec touttes les pieces jointes, par lesquelles nous nous sommes trouvés satisfaits à l'egard de votre pleinpouvoir, au sujet de l'acte de la médiation acceptée par l'Empereur et touchant la lettre du comte de Vratislau en original. Quoyque nous n'ayons pas encore reçu de reponse à notre lettre du 8me. de Decembre, nous n'avons pas pu nous empêcher de passer avant avec notre negotiation apres que les deux difficultés de l'acte de la médiation acceptée par l'Empereur et de votre pleinpouvoir avoient eté surmonteez, pour presser la deputation Hongroise de venir au traitté solemnel de paix sans s'arreter plus à aucun preliminaire, qui pourroit peut-être ne servir que de pretexte pour trainer; la continuation de notre journal avec les pieces jointes, et surtout notre derniere reponse donnée à la deputation Hongroise vous fera connoitre comme nous nous y sommes pris, laquelle j'espere que la cour approuvera, et nous nous flattons qu'apres cela la deputation Hongroise ne pourra plus trouver de pretexte ou d'echappade raisonnable pour ne pas entrer dans un traitté solemnel de

paix et pour ne pas établir à cette fin une deputation de Hongrois et Transylvains deüement authorisée et instruite. Ce que nous avons avancé dans cet ecrit touchant le dominatum absolutum et le retablissement des loix, est fondé principalement sur l'endroit de la reponse que le comte de Sinzendorff a donnée à la mediation le 2me. Septembre en ces propres termes: „gratius vero nihil in hoc negotio sacrae caesareae regiaeque Majestati et ex sententia sua ad promovendam pacem utilius accidere posset, quam si ad institutam ab alienatis Hungaris conventionem, uti vocant, campestrem se conferre atque ibidem aequissimam augustissimi mentem, praesertim circa haereditariae successionis jus (quod nullatenus ad arbitrarium dominatum, uti malevolorum perperam facta explicatio detorquere intendit, sed ad normam diaetarum et legum inviolabiliter conservare satagit) Illmis. Dntibus. vestris complaceret efficacibus officiis exponere", et nous regardons cette piece comme trop authentique pour pouvoir être sujette à aucun dedit, quand même la cour ne trouveroit pas bon de nous envoyer la declaration solemnelle sur ce sujet, que nous vous avons demandé dans notre susdite lettre du 8me. de ce mois (quoyqu'en tout cas il seroit bon de l'avoir), outre que plusieurs lettres ecrites sur le même sujet à l'archeveque de Colocza en font foy.

Nous supposons par la connexité des matieres, par l'uniformité et la liaison de la confederation, et parce que le Pce Rakoczi est le chef aussy bien des Transylvains abalienez que des Hongrois, qu'on ne pourra pas entrer en traitté de paix avec les uns sans y entrer aussy avec les autres, ce qui nous semble aussy d'avoir eté toujours l'intention de la cour; et comme les dits Transylvains ne manqueront pas d'y envoyer leurs deputez, nous croyons qu'il n'est pas moins necessaire, que la cour imple songe à temps de joindre aussy un ou deux deputez des fideles Transilvains pour traitter les affaires de ce pais-là, conjointement avec les affaires Commissaires de Sa Majesté imple, et nous jugeons qu'il seroit très utile, que la cour imple voulût joindre encore à la deputation de Transilvanie le referendaire Sr. Keresti, qui est à Vienne, de même comme le Sr. Tiel est joint à la commission imple, à cause que c'est un homme fort entendu, raisonnable et discret.

Il se passera peut-être quelques semaines avant que la confederation Hongroise avec le Pce Rakoczi pourront former la deputation solemnelle qu'ils voudront employer pour traitter la paix, et avant

qu'ils pourront la munir des pleinpouvoirs et des instructions necessaires pour un ouvrage de ce poids. Il faudra peut-être que nous restions pendant tout ce temps-là icy à nous ennuyer, pour ne pas donner l'allarme tant au dehors qu'au dedans du pais comme si la negotiation avoit echoué, mais il faut bien s'en consoler tant qu'on doit et peut encore esperer de reussir, comme il y auroit alors de l'apparence, dont la reponse que nous attendons de la deputation Hongroise à notre dernier écrit nous eclaircira beaucoup.

Nous n'avons rien pu apprendre du comte Berczeni de l'action passée le 16me. d'Octobre aupres de certain passage defendu par un fort et que par là ils ont penetré en Tansilvanie, luy soutenant que les imperiaux y ont perdu 1500 hommes et pris quelques pieces de canon dans le fort, sans que de leur coté ils ayent perdu plus de 247 hommes. Nous sommes avec beaucoup de passion et d'estime

Monsieur

Vos très humbles et très obeissans serviteurs
Comte de Rechteren. J. J. Hamel Bruyninx.

ad XXVI.

ad rescriptum de 23. Decembris 1705. C.

Ce memoire a été rendu à monsieur de Stepney le 16. de decembre 1705 avec un billet, qui disoit de la part du comte de Sinzendorf, que Sa Majesté ne trouvoit aucune difficulté que la Mediation le pût présenter aux deputés des mécontens à Tirnau.

Quando quidem subortae difficultates quoad locum . . . . .

. . . .

(Gleicht der Abschrift „ad rescriptum de 23. Decembris 1705 litt. A“, ausgenommen nur „regiaeque Majestatis die 6. mensis Octobris“ statt „regiaeque Majestatis 16. mensis Novembris“).

XXVII.

Ad rescriptum de 29. Dec. 1705.

Exhibitum mediationi per deputationem Hungaricam die 20. Decembris 1705.

Ex rescripto inclytae mediationis de dato 14. hujus deputationi huic videre licuit, credere inclytam mediationem difficultates, quae

hactenus pacis negotium morabantur, ex eo quod de iis quasi de suis praeliminaribus ex parte augustissimae aulae sileri coeptum sit, mutata negotiorum facie sublatas esse adeo, ut desit dominis mediatoribus facultas quidquam de iis proponendi; augustam quoque aulam rite inclytae mediationi declarasse se genti Hungaricae ad gravamina sua legalem daturam satisfactionem, juraque, leges ac privilegia regni redintegraturam, nec ex jure regiae successionis se inferre dominatum despoticum sive absolutum, ideoque nihil amplius superesse quam sub aut sine armistitio tractatus pacis iniri.

Placebit inclytae mediationi vel ex natura punctorum praeliminarium cognoscere, eadem nostra praeprimis fuisse pro praeliminaribus posita, quae per hoc quod, dum nos favorabilem de iis expectaremus resolutionem, e diametro in adversum pro suis assumere placuerit augustae aulae praeliminaribus jamque de iis silere coeperit, nulla negotii mutatio in nos cadere poterit nec nostrum sufferre propositum, praesertim cum jam silente simpliciter aula nobis silere periculosum foret: expressa enim docent, non expressa nocent.

Duplex enim hic in haereditate et successione respicitur sensus: aliud est de ea simpliciter loqui, declarata successione haeredum domus Austriae, de qua articulus haec nobis mala causantis diaetae Posoniensis suis loqueretur verbis, etenim (salvo tamen de his tractatu) plurimum interest inter regiae dignitatis et Majestatis successionem et inter haereditariam regni proprietatem. Hoc suum explicat, ibi determinatis in primogenitis successoribus regni, consilium et industria vel voluit aut providit; quam successionem, scilicet cum articulo Andreae regis, ad tractatum pacis remittendam inclytam mediationem et dominum quoque archiepiscopum Colocensem svavisse non dubitamus.

Aliud item est de abusive sub generalitate haereditatis introducta dominatione, ita ut non modo per prius, sed et nunc omnes suae sacratissimae Majestatis nomine factae expeditiones in eum dirigi solebant et solent stylum, quasi inclytum hoc regnum Hungariae ad instar reliquarum haereditariarum provinciarum domui Austriacae appropriatarum foret, et consequenter quasi vi exclusionis clausulae articuli Andreae regis decreti obligamen legis non tam amplius ad regem (ut in liberis regnis), quam ad incolas et haereditatis suae subditos referretur. Hinc merito ortum est, ut pro praeliminaribus haereditas et Andreae regis articulus ab Hungaris ponerentur.

Proinde inclytae mediationi perpendere licebit, factis hinc et inde immediate contrariis inter se propositionibus et nulla declaratira suae Majestatis interveniente resolutione, si jam soli silentio credere fas sit, nonne pro suo genio cuilibet parti se quietare licebit? unde exorta diversitate praetermisso nunc praeliminari in ipso limine tractatus ipse sisteret, dum in suam quisque partem silentium interpretaretur.

Neque ergo hic sufficientem spem aut fundamentum pacis praebet silentium neque despotici dominatus abnuentia, quia nec Austriam nec Bohemiam despotice regi, quin suas habere leges proclamatum est, attamen nulla ratione Hungaria iis aut aliis haereditariis provinciis assimilari cupit et ex eo, ne in simili supposito tractatus ineantur, pro praeliminari cautum esse voluit.

Sed neque legalis satisfactionis generica oblatio, hoc enim genericum de generico clementiarum regiarum stylo ubique esse quis nesciat? Hinc est, quod ab exordio armorum nostrorum suspectum videbatur, quod, antequam augustissima aula quaerere voluisset, quid illud omne sit, jam totum illud offerri publicabatur, et etiamnum, dum deputatio haec Hungarica, ut desiderium regnicolarum firmiori spe pacis excitari possit, fundamentales quasdam positiones in forma ingressus tractatus assumendas dominis mediatoribus insinuasset, nihil tamen tam legale augustae aulae videretur, quod sine tractatu resolvi possit. Non redintegratio ergo legum, quae inclytae mediationis memoratur scripto, sed tractatus de legibus menti augustissimae aulae subesse apparet, quod plus est, quam ut sphaera et activitas modernae hujus deputationis Hungaricae se extendere posset, ipsa ratione hujus concursus demonstrante. Ne tamen celeriori optatissimae pacis formati tractatus obicem studio ponere videamur, juxta desiderium inclytae mediationis ad se^{mum} spem transmisimus, ut suo et eo, quo inter tam rigidi aëris rigorem contemnentis Martis cursum fieri poterit, modo inclytis confoederatis regni Hungariae et Transylvaniae statibus talis tractatus pacis promptitudo innotescat et quae ad ejus tractatus formalitatem, locum et modum necessaria fuerint, quantocius perficiant, eaque an sub aut sine armistitio agantur, nobis quam primum riteque tandem inclytae mediationi innotescere possit. Interim Hungarica haec deputatio enixe instat, ut inclyta mediatio omnem suum in id dirigere dignetur conatum, ut praeliminaria haec, quae nota sunt, puncta non silentio, sed expressa

declaratione quo citius exprimantur, ne silentii suspicio opinionibus licentiam, opiniones diffidentiam generarent, neque credendum, quod ejusmodi silentium, generica etiam, ut supra remonstratum est, reductionis legum fulcitum oblatione, ita confoederatos status et ordines Hungariae contentaret, ut exinde reliquam de sinceritate tractatus spem conciperent, nec modice huic deputationi Hungaricae displiceret, dum ad inclytae mediationis desiderium tanto concursu institutus tractatus, de quo spes regnicolarum tanta fuit, jam silentio absolveretur: magis igitur e re fore judicaremus, optaremus svaderemusque insimul non modo de his non sileri, sed et plures positiones, quae legis quae pacis et jam et futura esse omnibus notum est, pro spei fundamento in lucem prodire.

XXVIII.

1705, 23. Decembris, Tyrnaviae. Ad rescriptum de 29. Dec. 1705.

Ex parte mediationis exhibitum deputationi Hungaricae die 23. Decembris 1705.

Nullo modo recordantur domini mediatores dominos confoederatos Hungaros a tempore acceptatae utrinque mediationis ab iis unquam petiisse, ut augustam aulam moverent ad faciendam praeliminarem aliquam declarationem super duo puncta successionis et decreti Andreae regis, imo dominus archiepiscopus Colocensis nomine Hungarorum confoederatorum requisivit dominos mediatores, vellent eo disponere aulam, ut horum duorum punctorum discussio ad ipsos pacis differretur tractatus: et haec est una ex praecipuis rationibus, cur mediatio ab illo tempore semper urserit aulam caesaream, ut omnes praeliminares evitaret difficultates ac ad solennes tractatus pacis accederet, serioque monuerint domini mediatores deputationem Hungaricam, ut postulata sua circa pacem tradere vellent, ne, dum in limine jam solennis tractatus se versari crederent mediatores, ulterioribus circa praeliminaria quaestionibus inaniter laberetur tempus, et ut debite ipsis tractatibus substrata materia omnia ibidem penitus extricari et sincero utrinque animo ad pacem felici conclusione complanari possint.

Etsi enim conspicua deputatio Hungarica petere voluisset ab augusta aula praeliminarem aliquam declarationem, super haec duo

ncta domini mediatores iisdem rationibus, quibus dissvaserunt aulae, am omni conatu dissvasissent deputationi Hungaricae, ne tali praeiinari declarationi ulterius inhaereret, quoniam hoc certe nonnisi moram facere potuisset ipsi pacis tractatui, qui solus ac verus vitur esse modus, quo duo illa puncta simul cum reliquis pro utriusie partis satisfactione complanari et exortae super ea difficultates idicitus tolli queant.

Cum silentio aulae circa saepius jam memorata illa duo puncta ihil aliud judicare voluerunt domini mediatores, quam augustam auım quaestionem super illis punctis, quae praeliminariter nota erant, d tractatus pacis distulisse, eandemque ad repraesentationem domiorum mediatorum contentam fuisse, ut de duobus istis punctis hinc ıde usque ad tractatum ipsum pacis sileretur, ubi de iis demum coneniendum esset.

Hisce rationibus moti sustinent adhuc domini mediatores plane nutatam esse praeliminarium harum quaestionum faciem, nec tale sientium hac in re ullum vel regi vel confoederationi Hungaricae aderre posse praejudicium, et sic ad limen tractatus rem devenisse, cum omnia ea, quae legibus esse fundata sustineri potuerunt, praefata confoederatio suis inserere possit postulatis.

Quando rex declaravit se leges regni reparaturum neque se dominatum absolutum appetere, aliter id sane sensu intelligi non posse existimant domini mediatores, quam Majestatem suam authoritate regia, prouti legibus Hungaricis fundata est, contentam fore, nec consequenter aliter, nisi plane detorto sensu, hic allegari posse Austriae, Bohemiae vel reliquarum haereditariarum provinciarum leges; si vero reperiatur antehac unquam in contrarium actum esse, ad gravamina inde exorta et proponenda in tractatu ipso pacis suam Majestatem legalem et specificam daturam satisfactionem sese obtulit.

Nec ullo modo sequitur ex abolutione clausulae regis Andreae ab omni obligamine regem liberari idque soli populo imponi, sed maneat et haec quaestio ad clavum suspensa, donec in ipso tractatu pacis prorsus definiatur.

Nullo modo ambigendum videtur, quin praedicta oblatione generica praevia solidum sit positum fundamentum futurae pacis et sufcientem de ea spem concipere possit inclyta gens, dum eodem temore specificam legum restaurationem, quarum praetensa contraventio x gravaminibus et postulatis rite mediationi tradendis demum con-

stare poterit, in ipso pacis tractatu obtulit sua caesarea regiaque Majestas, nec inde sequitur nihil tam legale videri suae Majestati, quod absque tractatu resolvi nequeat, vel menti subesse augustae aulae omnibus in controversiam actis legibus quasi novum plane de iis instituere tractatum; sed merito tam pro sua quam inclytae gentis Hungaricae securitate rite et solenni modo tractare intendit sua Majestas aeque ac excelsa mediatio, foretque inusitatum, imo inauditum, quid omni adhibita forma et solennitate agi ex parte augustae aulae et mediationis, eadem deficiente formalitate ex parte confoederationis Hungaricae.

Gratissimum interim fuit dominis mediatoribus percipere ex responso conspicuae deputationis Hungaricae, die 20. Decembris mediationi exhibito, eandem deputationem non detrectare solennem pacis tractatum, sed celsissimo principi Rakoczio desiderium mediationis transmisisse, ut confoederatis regni Hungariae et Transylvaniae statibus promptitudo ad solennes tractatus pacis innotescat, et sua celsitudo cum iis consilium iniret de iis, quae ad celerius optatissimae pacis instituendum tractatum et circa ejusdem formam aliqua requisita statuenda adhuc forent, sphaera et activitate modernae hujus deputationis Hungaricae se eousque non extendente.

Instant itaque enixe domini mediatores, ut domini deputati bonum et salutare hoc opus restituendae quantocius almae pacis per solennem tractatum omni majori studio promovere et adurgere, simulque responsum illis impertiri velint circa armistitium, quod praeter omnem expectationem alto silentio hucusque a deputatione Hungarica praeteritum fuisse apparet, licet ea, quae ad hunc tractatum spectant, in potestate sint conspicuae deputationis et illa materia primam huic congressui praebuerit ansam; persvasi enim sunt domini mediatores favore armistitii faciliorem omnino fore tractatum pacis, cursum et absolutionem, quo Deus faxit ter optimus Maximus. Tyrnaviae die 23. Xbris 1705.

XXIX.

1705, 23. Decem. Wien (praes. 20 Jan. 1705). Orig.

Kaiser Joseph an seinen Abgesandten am englischen Hofe.

Joseph von Gottes gnaden erwählter römischer Kayser zu allen Zeiten Mehrer des Reichs etc.

Hoch und wohlgebohrner, lieber, getreüwer! Auss der sub A. beyligenden Declaration geben wir dir gnädigst des mehreren zu

ersehen, was die Mediation der von denen Malcontenten nacher Tyrnau Abgeordneten Deputation puncto des vorhabenden Armistitii und Friedensgeschäfft, umb selbes einmahl in gang zu bringen, alda übergeben. Wobey forderst zu wissen, dass zwar eben diese Declaration von ersagter Mediation vor einigen tagen, umb zu vernemen, ob solche in vnss annemblichen terminis eingerichtet seye, hieher geschickht, mittler Zeit aber, alss hier darüber consultiert, von denen Mediations-Ministris dieser passus unserer erklärung ohnerwarthet gethan worden; die ursachen, welche Sye hierzue beweget, seind in ihrem an den allhiesigen englischen Abgesandten Stipney erlassenen in Abschrifft hiebeykhommenden schreiben zu ersehen. Wiewohlen wir aber jenes, was de dominatu despotico darinnen gemeldet wird, ersagter Mediation durch unseren Hoffkanzler, Graffen von Sinzendorff, schon unterm 2. Septembris nächsthin innhalt der dir hievon albereit ertheilten Communication mitgeben und erkhlären lassen, der punctus garantiae ingleichen schon vormahlss ad ipsum tractatum vorwisen worden, so wäre unss doch weit lieb- und angenemmer gewest, wan in dieser Schrifft von ein und anderm abstrahiert und daruon, wie auch von der clausula Andreae regis, gar kein meldung gethan, sondern diese Declaration nach der sub C. kommennden formul wäre eingerichtet worden. Alldieweilen dieses aber eine geschehene sach, ist gegen ihme Stepney blosshin so viel gemeldet worden, was massen er sich annoch wohl werde entsinnen, dass der sub C. entworffene auffsaz nur von unss wäre beliebet worden, auf das beschehene nun seye zwar der weitere erfolg zuerwarthen, wir jedoch wurden vast nach begebendem fahl dieser billichen reservation utiliter zu gebrauchen wissen. Wan du ein und andern Aufsaz gegen ein anderen halltest und wohl erwegest, wirst du ohne müehe von selbsten begreifen, was da und dortten in jener von der Mediation übergebenen Declaration nicht formlich eingerukhet worden, du aber wirst dich gegen den englischen Hoff in iisdem terminis, gleich wie man sich hier gegen dem Stepney verhalltet, dissfahlss zu betragen haben. Wehrender Zeit, alss mann beschäfftiget ware dieses Reskript an dich auszuferttigen, wird unss durch einen Expressen die schon von einiger Zeit her von unterschiedlichen Orthen durch ziemblich verlässliche nachricht herberichttete Zeittung wegen dess wider die Rebellen in Sibenbürgen eroberten nahmhafften Sigs, und zum Zeichen dessen eine grosse Anzahl der Fahnen und Standarten

überbracht, woruon wir dir eine ausführliche Relation mit nächsten beyzuschliessen befahlen; hiebey aber in compendio darüber gnädigst so vil andeüten, dass in dieser Actio decisiva der Feinden neben einer zimblichen Anzahl der gefangenen, worunter vil officier, über 6000 auf den Platz geblieben, die übrigen zerstrewet und 28 Stuckh neben einer grossen quantitet Kriegs- und Mund- Munition, wie auch Bagage erobert worden. Diese Victori versicheret unss den besiez von Sibenbürgen, gibet unseren Trouppen die Wintterquartier, kosstet (?) dem Ragozi seine beste miliz, nimbet ihme sein gehabte Authoritet, Credit und Hoffnung, und halltet die Türkhen in Respekt, welche allgemach geschinen zimblichen lust zu haben sich in den Handel zu mischen, und leget endlichen das ganze zwischen denen Bergen und dem Tibisc gelegene Land in unseren Gewallt. Diese Zeittung hast du an gehörigen Orthen mit dem unss darauss zuestehenden grossten Vortheil anzubringen, umb herdurch dem englischen Hoff newen mueth zu machen, dabey aber denselben beständig versicheren, dass wir unsere Waffen, so glücklich alss selbe auch immer sein mächten, nicht anderst alss auch auf die Vesthaltung der Gesacze und auf Rechthaltung dess Königreichss anzuwenden, fürnemblich aber dennen innerlichen Unruhen ein ende zu machen vorhabeten.

Souil nun Italien betrifft, wenden wir inngleichen all mögliche Vorsorge an, umb eines Theyls dess Herzogen von Savoyen Lbd., welcher dermahlen Lusst bekommen, nach eüsserster möglichkeit an die Hand zu gehen, und anderten theyls unsser in Italien stehende vom Feind sehr beängstigte und zimblich in die Fuge getriebene Armée alda zu erhallten. Dass meiste aber kommet auf die schon so lang und söhnlich anbegerte Gellt-Hilff oder anticipation an, welche du schon anbefohlener massen noch jeweyls, ja der Zeit desto hefftiger zu urgieren hast, alss selbe bey so glücklich begebenden Veränderungen sich desto leichter wird auswürckhen und die General Staaten vermuthlich darzu umb so vil ehender bereden lassen.

In was Stand sodann der aliirten waffen in Spanien sich befinden, was glückliche Progress des chatolischen Königs Lbd. täglich, wie verlautten will, auch schon ausser Catalonien machen, dieses wird dem aldasigen Hoff durch dessen Admiral à Drittura albereit hinterbracht und ausführlichen benachrichtiget worden seyn, seczen auch ausser allem Zweiffel, du werdest selbsten von des Königs Lbd.

wirklichen schon nachdruckliche befehlch empfangen haben, die dahin benöthigte Gellt und Volckh-Hilff bey der Königin auffs eüsserste aus zu wirckhen, und dieses ist eben das Haubtwerkh, womit wir deine sorg und Vigilans vor allem auf das nachdrucklichste, und zwar desto mehrer beladen, alss dir und dem alldortigen Hoff nicht kan verborgen sein, was grossen gewallt die feindliche Cronn Frankreich ihro selbsten anthue, umb die in Spanien für Sye zerfallene sachen mit all ersinnlicher application widerumb zu erheben. In dieser Intention und absehen lasset diese Cronn so wohl auss Piedmont alss vom Rhein zallreiche Trouppen nacher Catalonien abmarchieren, schwächet sich an diesen Orthen, umb das sinnkende glückh und Parthey des Herzogs von Anjou in Spanien zu unterstüzen. Wan aber gegen so von allen Orthen annahende feindliche Macht ohnmöglich fallen wird, diesem dem gemeinen Weesen so importanten und durch der aliirten Siegreiche Waffen so glorios alss vortheylhafftig errungenen Fürst in Spanien zu behaubten, wan nicht alsobald und ohne mündesten Zeit-Verluest ein starckher Nervus an Volckh und Gellt dahin verschaffet und übermachett wird; alss hast du der Königin von unsertwegen zu bedenckhen zu geben, ob bey so eyllfertig bedürfftigen, und aber so weit entstehenter Hilff nicht rath- und beylsamb wäre, von dero schon in Portugal und also in der nähe befindlichem Corpo einen Theyl nach ersagtem Catalonien detachieren und übersetzen zu lassen. Mit welchem Vortrag, wie auch was oben wegen Gellt anticipation für unsere armada in Italien gemeldet worden, du desto leichteres gehör finden solltest, weylen niemanden mehrer alss eben beeden See-Potenzen an deme lieget, dass die feindliche Macht durch ihr gellt und Volckh weit von ihren gränizen ab und der Krieg in entfehrnten Landen dardurch unterhallten werde. Wie dan du dieses und was oben dir mehrers aufgetragen worden nach deiner gueten vernunfft und Dexterität eüszersten Fleiszes auszuwürckhen, und unss über den ausschlag der sachen des nächstens zu berichten dir gehorsambst angelegen lassen sein wirst.

Schliesslichen deüten wir dir den richtigen empfang deiner gehorsambsten Relation vom 24. und 27. Novembris, auch ersten dieses an und verbleiben dir dabenebens mit Kayserlichen und Landtfürstlichen Gnaden wohl gewogen.

Geben in unserer Statt Wienn den 23. Decembris im Sibenzehen hundert und funfften, unserer Reiche des Römischen im sechs-

zehenden, des hungarischen im neunzehenden und des beheimbischen im ersten Jahre.

Joseph m. p.

Ad mandatum sacrae caesareae
Majestatis proprium

Ph (. . .) g. v. Sinnzendorff.

Johann Georg Guol (?)

Verzeichniss der Actenstücke.

Inhalt.

IV.

GESCHICHTE

ST. GEROLDS DES FROMMEN

UND SEINER

PROPSTEI IN VORARLBERG.

NACH URKUNDLICHEN UND LITERARISCHEN QUELLEN CHRONOLOGISCH DARGESTELLT

VON

JOHANN BAPT. RUSCH
ZU APPENZELL.

Vorwort.

In unserer Zeit geht der Zug stark auf Schmelzung bisher be-
ndener Besonderheiten hin. Wenn diesen auch durch die Zusam-
nführung der Menschen ihr bisher heimischer Herd nun entzogen
rd, verdienen sie doch, dass man sie dem Gedächtnisse rette.

So wird das Ross unserer Zeit — die Locomotive — auch bald
rch das schöne Vorarlbergerländchen dahin schnauben, und wie es
dem hügeligen Lande sich eine möglichst ebene Bahn bricht, so
ird es auch auf dem reichen Culturgebiete der Bevölkerung bald
ne Ausebnung mit sich bringen, die man Zeitbildung nennt.

Angesichts dieser Zeitgänge soll es vor Allem die heilige Pflicht
es Fortschrittes sein, seine Thätigkeit zu verdoppeln und die tiefen
üge des entfliehenden Lebens zu zeichnen. Wir bieten nun im Fol-
nden eine Arbeit, in der sich das Bild früheren, eigenartigsten
ebens am deutlichsten wiederspiegelt, ein Geschichtsbild, das die
jedem menschlichen Wesen ruhende Doppelseite des religiösen
nd Weltlebens in gleich innig verbündeter Weise umrahmt von herr-
chen Zeugnissen, im Grossen wiederstrahlt: es ist die Geschichte
on St. Gerold.

Geschrieben zu Neujahr 1870.

Übersicht der besonderen Quellen und Literatur, sofern diese in der geschichtlichen Darstellung nicht erwähnt sind.

Lebensbeschreibung des „lieben Herrn Beatus Geroldus" in einem alten Grundbuche vom Jahre 1514. Der Anfang lautet: „Vermerkt die Legendt St. Geroldt. Zu wissen und kundt sey gethan" und das Ende: „anno Incarnationis domini nostri Ihesu Christi VIII^c vnd im LXVI Jare". (Propstei St. Gerold.) S. Gall Morel im Geschichtsfreund III, 34. Er setzt hinzu: „Wahrscheinlich ist dies, wo nicht Bonstettens Urschrift, so doch aus dieser genommen". Die Legende befindet sich auch in dem 1666 von P. Ulrich Fridelli verfassten Grundbuche der Propstei St. Gerold, im Auszuge in den Docum. San. Gerold. II, 25 und 26 abgedruckt.

Legende von St. Gerold, verfasst 1504 von Albrecht von Bonstetten, Decan zu Einsiedeln, abgedruckt in der „Historie vom Leben und Sterben des heil. Einsiedlers und Martyrers St. Meinrads" (von Ulrich Wittweiler, Freiburg 1577 und 1587). S. Gall Morel, Geschichtsfreund III, 34. Mabillon, Zedler, Leu, die Bollandisten — alle haben aus Wittweilers Zeitgeschichte geschöpft.

Auch Henricus Murer, Ord. Carthus., Helvetia sacra (Luzern 1648) enthält die Legende fast wörtlich nach Wittweiler.

Johann Georg Schleh: „Hystorische Relation, oder Eygendtliche Beschreibung der Landtschafft vnderhalb St. Lucis Stayg vnd dem Schallberg beyderseits Rheins biss an den Bodensee. Embs MDCXVI" theilt auf S. 58 die Legende mit und zeigt uns in einem Holzschnitte den heil. Gerold, wie er vor der hohlen Eiche sitzend, den von den Jagdhunden verfolgten Bären schützt. Nach dieser Quelle wurde Gerold von dem Grafen Otto von Jagberg um das Jahr 900 entdeckt.

P. Gabriel Bucelin (Conventual von Weingarten und Prior zu St. Johann in Feldkirch, gest. 1681) erwähnt des heil. Gerold auch in seinem Calendarium Ecclesiasticum Veldkirchense (Veldkirch 1679) S. 40. Daselbst fügt er bei: „Dessen (St. Gerolds) mit seinen beyden Prinzen Bildtnuss, wie er von dem Graffen von Jagberg auff der Jagt empfangen, ist gar schön repräsentieret in einer schön gemalten Landtschafft von Gaspar Monpeer, holländischem Maler, von Ihr Durchl. Herzogen zu Neuburg, Ihr Mayestät Leonorae Theresiae Röm. Kayserin Herr Vatter, hieher verehret".

De S. Geroldo Eremita et B. B. Udalrico et Cunone filiis ejus, O. S. B. in Rhetia (auctore P. Daniele Papebrachio S. J. 1675) in den Bollandisten zum 19. April S. 628.

Geschichtliche Notizen über das obere Walserthal und besonders die Herrschaft Blumeneck in Vorarlberg, von Jos. Bergmann, in Kaltenbäcks österreichischer Zeitschrift 1837, Zahl 101 und 102; ferner im Tiroler Boten 1841, Zahl 101.

Bergmann: Untersuchungen über die freien Walliser oder Walser in Graubünden und Vorarlberg. Mit einigen diese Gebiete betreffenden historischen Erläuterungen und einer trefflichen chromolithographirten Karte vom k. k. Obersten Ritter von Hauslab. In dem Anzeigeblatte zu den Wiener Jahrbüchern 1844, Bd. CV – CVIII; auch in einigen Sonderabdrücken. Im Auszuge angezeigt von Professor Dr. Albert Jäger im Boten von und für Tirol 1845, Juni; und im Archiv für Schweizerische Geschichte. Zürich 1849, Bd. VI. S. 332.

Der heil. Gerold und dessen Verehrung — ein Gebetbüchlein zunächst für die Bewohner des Vorarlbergs — verfasst von P. Friedrich Willam Einsiedeln 1854.

Der Bodensee nebst dem Rheinthale von St. Luziënsteig bis Rheinegg von Schwab. Stuttgart 1856. I, S. 185.

Dr. F. J. Vonbun: Die Sagen Vorarlbergs. Innsbruck 1858; S. 110.

Von demselben: Feldkirch und seine Umgebungen. Innsbruck 1868.

I. Chronologische Geschichte.

„Umb das Jahr 958 florierte Geroldus, der 38. regierende Herzog aus Saxen, also glückseelig, dass er immer nach einer Einöde getrachtet, vnd endtlich mit guter Einwilligung seiner Gemahlin der Welt abgesagt, anstatt den Weltlichen prächtigen Kleideren mit einem rauchen Rock angethan, mit sehr wenigem, armen Haussrath, maassen sein Messer, zwey Löffel, Schuch, Hembt, Cilicium, sambt zwey Schüsselin, so alles annoch theils zu Einsidlen, mehr Theil aber in der Kirchen zu St. Gerold in grossen Ehren auffbehalten werden, bezeugen, ein Eselin beladen, vnd vor sich her mit disen Gedanken getriben, dass wo dasselbige sich beharrlich niderlassen wurde, er dafür halten wolle, dass er zu Ehren Gottes dess Allmächtigen solte alda das Übrige seines Lebens vollziehen.

„Nachdeme er in diser seiner heiligen Meinung einen weiten Weeg überstanden, kame er an einen wilden Berg, ohngefahr von der Clauss ob Bregentz, an welchem Orth dess h. Manns Eselin sich nidergelassen, darauss Geroldus abnemmen wollte, dass nunmehr der Orth, an welchem Gott dem Allmächtigen ihme zu dienen; der Engel Gottes aber erscheint ihme, anzeigendt, dass er sein Eselin weiters fort mahne, an welchem Orth dann es widerumb wurde sich auff die Erden niderlassen, selbiges auss sonderer Anordnung Gottes das Orth wäre, in welchem er solte sein Leben in Gottes Lob verzehren.

„Disem nach zoge Geroldus in göttlichem Eyfer vnd heiligen Gedanken weiters den wilden Bergen zu, und als er an einem noch wilderen Orth, als zuvor, vier Stunden ohngefahr ob der Statt Feldkirch, in dem Wallgew gelegen, bey dem Wasser Lutz, aller Enden mit hochen, wilden Bergen und Töbleren beschlossen, kommen, warffe sich das Eselin zu Boden, auff welchem es also fest beharrete, dass

Geroldus selbiges keines Wegs darvon abtreiben könnte, darauss er leichtlich erkennen möchte, dass diss von Gott dem Allmächtigen der verordnete Platz wäre. Darinnen liesse er sich bey einer holen grossen Eich[1]) nider vnd fing an, von Holtz vnd Stein ein Hüttlin zu bawen, in welchem er Gott mit solchem Eyfer vnd Inbrunst gedient, dass ihme die hh. Engel vilmahlen erschinen, mit ihm gespracht, auch ihn mit Speiss vnd Trank erquicket. In disem Orth verharrte er im Gebett, gottseeligen Beschawungen, Fasten vnd Casteyung seiner selbsten, der Welt vnbekandt, biss er endtlichen von den Jägeren Graffen Ottonis von Jagberg und Montfort[2]) in Hetzung eines Bärens, welcher vmb Hilff St. Gerold zu geloffen, verkundschafftet. Welche, als sie ihrem Herrn, was sie gesehen, zu wüssen gethan, ist er mit sonderen Frewden, sambt seiner Gemahlin Benedicta, Geroldo zugereisst, ihme zu Erbawung eines Clösterlins ein Stück Landt verehrt.

„Mit diser Schankung fienge Geroldus an, ein Clösterlin zu bawen, zu welchem der Bär, so er von den Hunden im Jagen errettet, Holtz, Stein vnd Wasser zu Erkandtnus der Gutthat zugetragen[3]). Hierzwüschen haben seine beyde Söhn Cuno vnd Vlricus ihn erfahren vnd heimbgesucht, welcher selbige dahin beredt, dass sie nach dem Exempel ihres Vatters der Welt abgedanket. Warauff Geroldus ein Waasen von gesagtem verehrten Landt in ein Taschen genommen, sambt seinen Söhnen nacher Einsidlen in vnser lieben Frawen Capell zu ewig vnd eigen übergeben. Demnach hat Geroldus in seine vorige Einöde sich begeben, vnd beyde Söhn den Orden dess heil. Ertzvatters Benedicti angenommen, Cuno Decanus, Vlrich aber Custos erkieset worden. Welche nachdemme sie ein Gottseeliges Leben ein Zeitlang geführt, Geroldo in seinem seeligen Todt beygewohnt, vnd begraben vmb das Jahr 978[4]) in der Kirchen zu St. Gerold, allwo biss in heutigen Tag sein Grab wohl geziert zu sehen ist, welches dieser Zeit, sonderlich denen, so solches verehren, zu Leib vnd Seel verhilfflich.

„Disem nach haben dise zween Söhn das Clösterlin biss zu ihrem seeligen End heiliglich bewohnt, deren beyde Leyber biss auff heutigen Tag in disem Clösterlin ruhen.

„Hat also besagter Massen die Probstey, oder Clösterlin, genannt Fryesen[5]), jetzund bey St. Gerold, seinen Anfang genommen.

„Was aber Otto dem heil. Gerold an Landt vergabet, befindet sich, das war in dem Zirk vnd Gemärckten zwischen den beyden Tobleren, von dess Lutz biss auff das Mühlin Tobel biss zur Frutz, vnd die Ekh fort auff Valentschinen Tobel, vnd weiter wider in die Lutz begriffen vnd vmbfangen würdt. vnd dazwischen gelegen“ [6]).

Adam [7]), ein Edler des Walgau's, hatte gegen K. Otto den Grossen ein Majestätsverbrechen begangen, wesswegen seine walgauischen Güter — es sind Schnifis, Schlies, Meilo [8]), Nüziders und Cise, d. i. das Oberdorf von Bludesch — durch das Schöppengericht confiscirt und zu königlichem Kammergut erklärt wurden. Da Adam zugleich das Leben verwirkt hatte, suchte er zu Ende des Jahres 948 im Kloster Einsiedeln seine letzte Zuflucht. Der bereuende Mann gelobte, den Rest seines Lebens — wenn dieses ihm geschenkt würde — daselbst als Ordensbruder zu beschliessen. K. Otto schenkte aus Ehrfurcht für das Gotteshaus ihm die Todesstrafe und liess ihm d. d. Frankfurt 1. Jänner 949 die eingezogenen Güter zurückerstatten [9]). Es geschah unter der Bedingung, dass sie nach seinem Tode dem Kloster „in perpetuum cum omni jure“ zufallen sollen [10]).

Kaiser Otto I. schenkte d. d. Reichenau 23. Jänner 965 auf Bitte der Kaiserin Adelheid dem Stift Einsiedeln die Insel Ufnau [11]) am Zürchersee und „in Comitatu Adelberti Rhaetia vocato“ den Hof Scana (Schan im Liechtensteinischen) cum ecclesia et omnibus pertinentiis ejus, und in derselben Grafschaft Portum Rivanum (d. i. den Hafen am Wallenstadter See) [12]) mit der Überfahrt, um leichter nach dessen Besitzungen im Walgau und anderorten in Rhätien gelangen zu können [13]).

Alle diese Vergabungen in Comitatu Rhaetiae und namentlich Meilis, Senovio, Sline, Nezudra, Cise bestätigt — patre sic volente — Otto II. junior et senioris coimperator d. d. St. Gallen 14. August 972 [14]).

Kaiser Otto bestätigt am 26. December 975 „interventu Ottonis Ducis Alemannorum“ zu Eristein (im Elsass) die von seinem Vater s. Z. dem Stifte Einsiedeln geschenkten Güter in Rhätien [15]).

Gleichenfalls bestätigt diese Vergabungen Otto III. zu Frankfurt am 24. Januar 992 [16]).

Dann bekräftigt am 5. Januar 1018 Kaiser Heinrich II. gegenüber dem Stifte Einsiedeln unter andern Besitzungen auch „in Comitatu Rhetia: Quadravedes, Meiles, Senovio, Ensline, Nezudra, Cise, Vallis Trusiana, Campesia" [17]). Diese Bekräftigung erneuert am 19. August 1027 Konrad II. der Salier [18]); am 4. Februar 1040 Kaiser Heinrich III. [19]).

„Beneficium Isuani Sclemi in villa Pludassis (Bludesch) Ecclesia cum decima de ipsa valle. Et de Cise (Zitz oder Cis, Oberdorf zu Bludesch) uilla.

„Curtis dominica habet de terra arabili XXXVII iugera . . Silvam in Gaio (Gugais bei Ludesch?) et in Fabrune atque in Frasune" [20]).

Berchtold, Bischof von Zimbona und Weihbischof zu Chur, weiht am 22. April 1313 die Kapelle des heil. Antoninus und fünf Altäre im Kloster Frisen [21]). Otto Freiherr von Schwunden, Conventherr zu Einsiedeln und, urkundlich 1. August 1314, Propst zu Frisen [22]), stirbt im J. 1316 [23]).

Graf Rudolf von (Werdenberg) Sargans gibt dem Johann von Hasenburg, Propst des Gotteshauses zu Frison, mit Rath, Willen und Gunst der ehrbaren Leute zu Zitz, Bludesch und auch von Türringen am 22. Januar 1322 für Gott und aus Liebe zu dem genannten Propst einen Weingarten an dem Berge Zits, den einst Otto von Swanden, Propst zu Frysen, von Frau Herdegninne und ihren Kindern gekauft hatte und gemeine Weide des Grafen und der genannten Leute war. Es geschah zu Sargans. Zeugen waren: Ludwig von Montfort, Ritter; Heinrich, Leutpriester zu Türringen; Ruchi, des Ammanns Sohn von Bludesch, und Egli, sein Bruder; Ebli der Munck; Kun von Zits; Ebli der Meyer von Türringen; Walther Zerf und sein Bruder [24]).

Am 14. Januar 1326 resignirt Johann von Schwanden, Abt zu Einsiedeln, zu Pfeffikon und schlägt seinen Conventbrüdern vor, sie möchten den Propst zu Frisen, Johann Freiherrn von Hasenburg, zu seinem Nachfolger bestimmen, was sie auch thun; jedoch, wie es scheint, etwas später, da noch am 5. Mai desselben Jahres Joh. v. Schwanden als Abt und Joh. v. Hasenburg als Propst urkunden [25]).

„Wir Schwigger vnd Hug die Thumben, gebrüder, vnd Zaffet [26]) vnd Johans die Thumben, vnser Vetteren, kunden allen, die disen brief sehent oder hörent lesen, das wir durch bette des erwürdigen Herrn Abt Konrads des gottshauss zu den Einsidlen, trösten fur vns vnd vnser diener, alle die Bilgrin, die die zarten Mutter Marien zu dem vorgenenten Gottshaus zu den Einsidlen heimesuchent, sie syent Pfaffen oder Leyen, Weib oder Mann, vnd geben inen vff den selbigen Weeg Fride ibr lib vnd ir gut on alle geverde, vnd loben, das stets zu heben (halten ?) by guten truwen. Auch soll man wissen, wäre, das es zu schulden käme, das wir die vorgenannten Bilger wölten oder müssten angrifen, das söud wir dem vorgenanten vnserm gnädigen Herrn abt Conraden von den Einsidlen zu wissen tun eines monats des vorhin ehe das wir deheinen Bilgerin angrifen one alle gevärd. Vnd das dises alles war sy vnd stet blibe, darumb gib ich der vorgenannt Schwigger für minen bruder vnd für min vetter die Thumben die vorgenanten min jnsigel an disen brieff etc. Der geben ist zu Veldkirch, da man zalt von gottes geburte dreyzehenhundert jar, darnach in dem siben vnd dryssigosten Jar, an dem Montag nach vnser Frowen tag ze mitten augsten" [27]).

Hug der Tumb von Neuburg verkauft (zu Feldkirch) dem Abte Konrad von Einsiedeln und dem Gotteshause St. Gerold den halben Kirchensatz von Snüvis, den er von seinem Bruder Schwigger dem Tumbe inne hatte, um 23 Pfund Pfenninge. Schwigger bekräftigt den 29. November 1340 den Verkauf [28]).

Bald darauf — 2. Januar 1343 — verspricht Schwigger Tumb seinem Herrn — dem Abte Konrad von Einsiedeln, — seinen Bruder Hug von der Gemeinschaft der Vogtei Frysen abzuweisen und um den Meierhof Bludesch die Gotteshausleute, die dazu gehören, anzuweisen, dass sie die nächsten fünf Jahre diesen Hof Abt Konrad oder wer für ihn dahin kommt, besetzen lassen; nimmt auch den Abt oder seinen Stellvertreter zu Frysen oder auf dem genannten Hofe zu Bludesch in seinen Schirm [29]).

Im gleichen Jahre — den 28. October — ertheilt Schwigger der Thumbe von Nüwenburg dem Gotteshause einen neuen Schirmbrief: „Ich Schwigger der Tumbe von Nüwenburg kund an disem Briefe, das ich schirmen vnd besorgen soll on alle geuerd das erwürdig Closter Frysun (das man nennet zu Sant Gerold) von der vogtey die ich da besorgen soll vnd si auch inne hab, von mines gnädigen

Herrn Abt Conrad von Einsidlen, mit allen den sachen vnd nutzen, die das vorbenant Closter anhöret. Vnd wer ob das vorbenant Closter von jemant krieg oder not anging, da soll ich vnd alle min frund vnd Herren vnd gesellen vmb bitten das si durch min willen das obgenant Closter on alle geuerd behelfen vnd schirmen sollen, wa ich es mit eren getun mag vnd dem Closter nutzlich vnd erlich sei. Wer ouch, ob min gnädiger Herr Abbt Konrad zu dem Closter zu Frysun wolt reiten oder fahren, oder sin ambtlüt, den sol ich geleit dar vnd dannen geben one alle geuerd. Vnd zu einem offnen vrkund etc." [30]).

Es verkauft Heinrich Bächli, Bürger zu Feldkirch, am 8. November 1355 dem Rudolf von Pont, Propst zu Frisen, und dem Gotteshause daselbst den ihm zugehörigen Theil des Gutes, genannt Diemen-Gut, gelegen in Valetschinen, mit Leuten und Gut u. s. w. um 19 Pfund Pfenninge Konst. Münze. Siegler: Johann Litscher, Stadtammann, Nameus der Stadt Feldkirch [31]).

Am 25. Mai 1356 willigt Abt Heinrich von Einsiedeln ein, dass Schwigger Tumb von Neuburg, Vogt von Frisen, seine Ehewirthin Katharina von Erolzheim um 550 Pfund Heller Heimsteuer auf die Vogtei Frisen anweise [32]).

Agnes Buchli und Rudi ihr Sohn, Bürger zu Feldkirch, verkaufen an Rudolf von Pont, Propst zu Frisen, ein Gut in Vallentschinen, genannt das Obergut des Diemen, sammt der Alp Stern und dritthalb Käsgeld aus dem Gute, das Alli von Nant inne hat, um 20 Pfund Pfenninge.

Dat. zu Feldkirch an Peter und Pauls Abend (28. Juni) 1356.

Siegler: Johans Litscher d. Z. Stadtammann.

Rüdi Buchli mit eigenem Siegel.

Kunrad Gansar, Vogt der Frau Buchli mit eigenem Siegel [33]).

1359 Juni 15. „Burcardus, episcopus suffraganeus Petri episcopi Curiensis, dedicationem ecclesie monasterii in Frisen, Sancti Geroldi et Mar. Magdalene, que incongrue in die S. Dionysii et Soc. Martyrum hucusque celebrabatur, ut devotioni populi satisfieret, cum indulgentiis 40 dierum in dominicum proximum aut festum S. Galli transfert" [34]).

Das zwischen St. Gerold und Plons gelegene Thälchen Vallentschina (urkundlich auch Vallengin) gehörte den Tumb von Neuburg, deren Schloss N. bei Götzis nun — wie so vieles Andere — in Trümmern

liegt. Den 12. Februar 1362 überfiel Graf Rudolf VI. von Montfort zu Feldkirch in der Stube des Claus Beck den Ritter Hugo Tumb v. N., Herrn von Vallentschinen, und nahm ihn gefangen[35]). Der Grund des Zerwürfnisses mag die Zuneigung Hugo's zu den Grafen von Werdenberg gewesen sein, mit denen damals Graf Rudolf in Fehde lag. Aus Unmuth vielleicht hierüber und zugleich aus zerrütteten Vermögensumständen verkaufte Hugo im Frühjahre 1363 (8. April) die Veste Neuburg sammt Zugehör an den Herzog Rudolf IV. von Österreich. Wie entrüstet Graf Rudolf über diesen Schritt geworden — legte er bald an den Tag. Am Freitage vor Jakobi (21. Juli) überfiel er das Thal Vallentschinen und zwang die Einwohner, ihm zu huldigen[36]). Erst im März 1365 jedoch gelang es ihm, das Thal von Hugo gegen eine Kaufsumme zu erwerben, an welche die Stadt Feldkirch 700 Pf. Konst. Münze bezahlte[37]). Nach dem Tode des Grafen (1390) kam Vallentschina erbsweise an seinen Schwestersohn, Grafen Heinsich von Werdenberg-Sargans (gest. 1397).

Rudolf von Pont, Propst zu St. Gerold, und Kluss Dyem, sein eigener Mann, urkunden am 1. März 1371 zu „Pludenz", dass sie alle Ansprüche auf ein Gut, „in dem Buchholz" genannt, aufgeben, sowie auch alle Forderungsrechte, die sie daher an Martin dem Bürser und dessen Erben hatten. Schiedleute in dieser Sache waren Ulrich, der Ammann, in der Lachen, Hartmann von Pratz und Heinrich von Horen, Ammann (zu Rankweil). Der Propst siegelt[38]).

Zehn Tage nach dieser Handlung — am 11. März — starb der Propst zu St. Gerold[39]). Er hatte nach urkundlicher Nachweisung der Propstei seit 1355 mit kurzer Unterbrechung bis zu seinem Tode vorgestanden[40]).

Im J. 1373 war Propst zu Frysen: Peter von Wolhusen, Freiherr. „Dessselben mahl bawt er die Mülin von newem auff mit Stein, Rad, Kener vnd all Bereitschaft. Des anderen Jahrs, da mahlet er die Capell zu St. Antlin (Antlin? Antonin) vnd ziert sie in allerweiss als sie heut ditz tags ist; vnd dass Helmhauss als etz noch stat. Do bessert er auch die Weg detzselben Jars mit Muren vnd mit anderen Sachen, als noch scheinbar ist. Dezselben Jars machet er auch die Reban in den Weingärten, die da verdorben waren. Detzselben Jars machet er auch daz Hauss auf dem Kok vnd den Stadel zu Quadretsch von newem auff, vnd 16 Pfund Pfenn. auch dezselben

Mal gab er vmb ein newe Glocken vnd darnach macht er St. Catharinen Altar, vnd die newen Maur.

„Item Anno Dni. 1376. Do ward der egen. Herr Peter von Wolhusen Abbt zu den Einsidlen; detzselben Jars verglaset er alle die Fenster, die in disem Gottsh. sind, vnd macht auch ditz Buch“ [41]).

Abt Marquard von Grünenberg und Convent von Einsiedeln, sowie auch Peter von Wolhausen, Propst zu Frysen, verleihen am 5. Juli 1373 Johannsen Matt, dem Walliser, die Güter Muntmatsan, Bilwald und Blandenlatsch (zu St. Gerold gelegen) um einen jährlichen Zins von 11 Schilling Pfenning und 8 Pfenning zu einem Erblehen. Von den genannten Gütern sind ausgenommen: die Güter der Annen Tulringinen und ihrer Kinder, welche bei jenen liegen, aber nicht dazu gehören. „Es ist auch sonderlich beredt vmb das Gut Blundenlatsch, wäre das er ald sin erben das lehen verkaufen ald versetzen wolten, so sond si es vorbieten Rudolfen Signen son vnd Klausen Stampher, ald andren Gottshuslüten, darnach dem Probst vnd darnach vnder der Eich als des Gottshuss recht stat wend inen die als vil darvmb geben vnd laussen werden als ander lüt, so sond si inen es gonnen vor mänglichem“ [42]).

Johans, Rudolfs sel. Sohn, Ritters und frühern Vogts zu Bludenz, urkundet, dass er dem Propst zu Frisen, Peter von Wollhusen, die Leibeigenen Annen Mädigen Tochter und Hainzen Ruschins Sohn ab Plan und Annun Kunzlins ab Plans Weib und ihre Kinder mit Leib und Gut um 15 Pfund Konst. Pfenninge abgetreten habe.

Datum an St. Laurentzen Abend (9. August) 1374 [43]).

Wir konnten den Kern des Rechts und das Kulturgepräge bisher in den verschiedenen Übergabs- und Schenkurkunden erblicken; nun begegnen wir den Rechtseinrichtungen selber.

„Hoffrodel zu Sant Gerold.

„Dies seynd die Recht, die das Gottshauss zu Frisen angehören, vnd die auch ein jeglicher Probst zu Frisen haben soll, vnd auch hat gen den Leuthen, die zu dem Gottshauss gehören zu Frisen, er gen ihnen vnd sie gen ihm.

1. „Dess ersten, so ein newer Probst wirdt, so sond ihm die Gottshauss (Leute) schweren Trew vnd Wahrheit, seinen Nutz vnd seinen Frommen, vnd sein Ehr zu fürdren, vnd zu behalten, mit allen Sachen ohn alle Geverde [44]).

2. „Es soll auch ein Probst Gericht haben zu Pludäsch auff dem Hoff an der nechsten Mittwochen nach inngehendem Mertzen, drey Tag nach einander, vnd sond es die Meyger verkünden den Gottshauss Leuthen, die auff den dreyen Höffen sitzend zu Bludäsch, zu Schnufis vnd zu Rankwyl, darumb geschicht das Recht da, dass die Gottshaussleuth in andere Gerichte nit füro gan sond vnd Recht von einander vor einem Probst nemmen sond, ob des Gottshauss Leuth jemand anklagen wolte; das sond sie da leiden vnd thun, oder aber vor dem Kloster zu Frysen vnder der Eyche[45]).

3. „Auch haben die Gottshauss Leuth die Freyheit, dass sie enkeinen nachsuchenden Vogt sond han.

4. „Sie hand auch mehr Freyheit, dass niemand einen Gottshauss Mann noch Gottshauss Leuth pfenden soll, weder suss noch so an Recht, er sey dann rechtlos aussgangen[46]).

5. „Wellicher Gottshauss Mann oder Gottshaussleuth sich auch versaumbte, dass sie nit zu dem Gericht kämen, der ist dem Probst von jedem Tag vmb 3 Schilling Costentzer verfallen, vnd vmb ein überbracht vmb 3 Schilling verfallen[47]).

6. „Vnd alle die Schuldn vnd Fruveln, sie seyen klein oder gross, die gehören einem Probst zu Frisen an vntz an das Blut, das soll man antworten in die Grafschafft[48]).

7. „Aber hat ein Probst die Recht vmb seinen Zins, das sie ihm den richten vnd geben sond von seinen Höffen auf Sant Michelstag an alle Geverde, vnd von anderen seinen güteren soll man ihm aussrichten vnd geben seinen Zins auff Sankt Florins Tag. Schmaltz vnd Käs vnd Korn soll man ihm aussrichten vnd geben vnd gar gewehrt seyn auff St. Martins Tag oder aber zu Belieben mit eines Probstes Willen[49]). Vnd soll das Gewicht vnd Muss bey Pludenzer Waag vnd Gericht aussrichten an Korn vnd an Käsen[50]).

8. „Man soll auch einen Probst aussrichten von Jahrzeiten, was sein Jahrzeitbuch vnd sein Rodell seyt vnd urkundet, so die Jahrzeit gefallen vnd er es auch verdient.

9. „Die Gottshauss Leuth sond auch aussrichten vnd geben bey guten Trewen ohne Geverde den Lämmer Zehenden vor Sant Görgen Tag, sie sond auch geben den Zehenden an Korn von ihren Ackeren, das ihnen Gott gibt, an alle Geverde; aber sond sie geben den Zehenden von Imen, von Erwis, von Bonen, von Reben, von Hanff, von Obs, ohne Geverde, vnd von einem Krautgarten sond sie geben zu

Zehenden zween Pfenning Costantzer Müntz. Sie sond auch geben Kälber vnd Füli Zehenden, vnder dem Weg; sie sond auch geben den Geiss-Zehenden, an Geverd. Diss seynd die Leuth, die zu dem Hoff zu dem Kreutz hörend, alle von Tung, Hoffstatt der Hoff, die sond Bimigell Cunzen Sun vnder der Wartt vnd Scheffent vnd Bütschi vnd Jechken Müllen Hoff im Loch, die sond alle aussrichten den Zehenden von Hunren.

10. „Es soll auch jeglicher der sein sunder Brodt hat, ein Fassnachthun geben, was ob zwölff Jahren ist, soll geben einen Kertzpfenning.

11. „Wer auch sein sunder Brodt hat, der soll einen Tagwan thun, ihr besten in den Weingarten an Geverd vnd die Tagwan zu dem Hauss, was das Hauss nohtdürfftig ist.

12. „Es soll auch niemand weiben auss der Genossami, an eines Probstes Willen; vnd welcher das überfuhre, so soll ihn ein Probst darum straffen; weltind sie aber vmb sein Straff nit geben, so soll ihm sein Vogt beholffen seyn, dass sie darumb gestrafft werden [51]).

13. „Were auch, dass ein Gottshauss Mann sein gut vnd sein Lehen wolte versetzen oder verkauffen, so soll er es drey Sonentag nach einander feyl bieten seinen Nachgeburen den Gottshaussleuthen vor der Kirchen zu Frisen; will es dann niemand kauffen dess Gottshauss Leuth, so soll er es einem Probst bieten; wil es dann der Probst nit kauffen, so soll er es dann dennach hingeben, wem er wil, mit des Probstes Willen, vnschädlich dem Gottshauss zu Frisen; vnd soll es fertigen an eines Probstes Hand [52]).

14. „Welcher Gottshauss Mann stirbt, er hab Weib oder nit, der sonder Brod hat, der soll dem Probst den Fal geben, das best Haupt, das er hat, oder das best Gewand, oder das best Waffen. Wo ein Gottshauss Weib stirbet, so soll der Probst nemmen den Fal das best Gewand oder das best Bette, das er denn wil. Die Gottshauss Leuth sond auch alle Fäl geben, es seyen Frawen oder Mann, als hievor beschaiden ist, vnd jeglichs als fern Erben, als sich ein Ehe gescheiden mag. Welch Gottshauss Mann oder Fraw gut von ihm gibt, vnd sich todt machet, als bald er das thut, so ist dem Gottshauss der Fal gefallen, vnd soll dasselb Mensch damit gefallet han.

15. „Es hat auch ein Probst die Recht, wer ihm alle sein Zins nit gericht hat auff Sant Florins Tag, so soll ein Probst nemmen Ross

oder Rinder vnd soll seinen Schaden damit wenden; findet er das nit, so soll er den Blumen[53]) nemmen allen auff dem Gut, den er da findet, vnd solt ihn behalten auff den zwölfften Tag, vnd aber seinen Schaden damit wenden, ob er dessen keines da findet, so soll ihn der Probst oder sein Ambtman an seiner statt beklagen zu dem Mertzen Gericht vmb seinen Zinss, der ihm da ausslit, vnd ist ihm der Zinss zweyfalt gefallen. Ist er aber nit in dem Land, so soll der Probst die Güter den fürbass besetzen als ihm vnd dem Gottshauss zu Frisen nutzlich ist vmb seinen Zinss; ist er aber in dem Land, vnd verspricht sich nit, so ist dem Probst das Gut ledig vnd loss.

16. „Es mag kein Probst enkeinen Gottshauss Mann noch Frawen nit fürbass versetzen noch verkümmeren, denn vmb seinen Zinss, vnd vmb sein Geläss; noch ein Vogt auch nit fürbass denn vmb sein Vogtrecht.

17. „Wär auch dass der Gottshaussleuth zu Frisen enkeiner Münch oder Nunnen wurdint oder Veldsiech wurdint, wann denn derselbig Mensch gestirbet, so soll ihn das Gottshauss zu Frisen erben allerding, er lass lützel oder vil, an all Widerred.

18. „So mag enkein Gottshauss Mann seins Gottshauss, dess eigen er ist, weder ein Lehenzinss noch Geläss mit seinen Gnossen abschweren, noch keinenweg eberhandlen.

19. „Auch mag kein Vogt des Gottshauss eigen noch Lehen weder versetzen noch verkauffen. So mag auch kein Probst des Gottshauss eigen noch Lehen verkauffen noch verwandlen an seins Abts Willen vnd des Capitels zu den Einsidlen.

20. „So mag auch niemand einen Gottshauss Mann für seinen Probst pfenden, wenn vmb die Zinss vnd Geläss, so er demselben Probst oder seinem Pfleger schuldig ist; so soll sie auch niemand pfenden für ihren Vogt, wenn vmb sein Vogt Steur ob sie zu ihn ausslit.

21. „Es soll auch ein jeglich Probst zu Frisen einen Ehrbaren Priester haben vnd einen ehrbaren Keller[54]), der des Gottshauss eigen sey; möcht er aber den nit haben von den Gottshauss Leuthen, soll er einen andern nemmen, der ihm vnd dem Gottshauss nutzlich sey an Gevärd.

22. „Es soll ein Probst zu Frisen das Gottshauss in Ehren haben mit Messgewand, mit Bucheren, mit Kelchen, mit Decken, als ihm ehrlich sig, vnd dem Gottshauss nutzlich, an Gevärd; vnd soll

das thun mit des Gottshauss Güteren; vnd was des übrigen ist, das soll ein Probst einnemmen vnd damit thun, als ihn seine Ehre beweiset; vnd sond ihn darumb die Leuth nit straffen, wie er mit dem übrigen Gut thut.

23. „Wär auch, dass enkein Mensch sturbe an Leib Erben, die nit Eheliche Kind wären, die soll das Gottshauss erben, es seye denn, dass sie Leib-Erben haben, die in das Gottshauss hörend, es seyen Frawen oder Menn. Wär auch, ob ein Gottshauss Mann oder Weib sturbe an Leib Erben, so soll dise das Gottshauss erben, als ein jeglicher Herr seinen eigen Mann.

24. „Es ist auch des Gottshauss Freyheit vnd Recht, dass enkein Vogt enkein Gottshauss Mann noch Weib nit straffen, noch ubelhandlen soll, an eines Probstes Willen.

25. „Es ist auch des Gottshauss Freyheit und Eigenschafft von der Lutz auff das Müli Tobel auff untz in die Frutz, vnd die Egg auff vns (vntz) in Vallentschiner Tobel, vnd das Tobel nider wider in die Lutz, vnd was die Güter dazwüschen gelegen seynd, die sond alle dem Gottshauss zinsshafft seyn. Vnd soll auch niemand enkein Geschäfft haben mit enkeinen Rechten, denn ein Probst in den Zwingen vnd in dem Bann.

26. „Dise vorgeschribene Recht seynd genommen ab dem Rechten-Buch des Gottshauss zu den Einsidlen.

„Vnd des zu Vrkund, so haben wir Peter von Wolhausen von Gottes Gnaden Abbt des Gottshauss zu den Einsidlen vnser grösser Insigel gehenckt an disen Brieff, der geben war zu der Lichtmess des Jahrs, da man zalt von Gottes Geburt dreyzehen hundert vnd siben vnd sibentzig Jahre“.

„Rechte der Propstei.

„Zwüschen beyden Töblen von der Lutz biss auff das Mulin Tobell in die Frutz, vnd die Egk auff Valentschinen Tobell biss in die Lutz ist ein Herr von Einsiedlen vnd Probst zu St. Gerold natürlicher Grund- vnd Eygenthumb Herr mit aller Freyheit, Eigenschafft, Mann vnd Bann, Weegen vnd Stegen, Wasser vnd Weid, Trib vnd Tratt, Holtz vnd Veld, Flugk vnd Zugkh, Fand vnd Brand, vom Himmel biss in Grund. Forst vnd Wildpan.

„Frysen ist ein frey Gericht vnd Dinghoff. Ein Probst setzt vnd entsetzt den Keller, 12 Richter, einen Schreiber vnd Weibell.

„Alle hierinen gesessne seynd Geroldische Leibeigene Leuth, vnd gehuldte Vnderthanen, mit Frohnen, Zinsen vnd Diensten.

„Ebenmässig auch andere ausserhalb dem Bezirk gesessene Gottshaussleuth.

„Diese alle sollend einem newen erwöhlten Herrn huldigen.

„Alle Vngehorsambe, Fräffel vnd gemeine Buessen (ausser offenlich Malefitz vnd Hochgericht Straffen) gehörend dem Grund Herrn.

„Die Dubia, ob Malefitzisch verhandlet, sollend im Hoff Frysen dissolviert werden.

„Mag die Probstey ein Plockhauss oder Prangelstock haben, die Vngehorsamben vmb Fräffel zu straffen.

„Mag auch in seinem Territorio haben ein Mülin nach seinem Belieben.

„Alsda auch Ihro aller Zehenden zuständig.

„In Todtsfählen der Leibeignen Leuthen beyder Geschlechts hat der Probst den Leibfahl vnd optima, best Haubt vnd Chuemueth oder Wahls-Recht; dessgleichen den Enbfang vnd verlassenschafft der Klosterleuthen, Feldsiechen, vnehlichen Kinder, wo die ohne Leib Erben absterben.

„Mag die Probstey vnd dero Vnderthanen sich der Māss, Ellen, Waag vnd Gewicht zu Bludentz oder Veldkirch gebrauchen, worauss abzunemmen, dass der End Territorium vnd hohe Lands Fürstliche Oberkeit dem Hauss Österreich zuständig, dem Hauss Bluomenegg aber mehr nit dann Malefitzstraffen vnd das Hochgericht, da einer manlooss wird, doch dem Gottshauss an seinen Zinsen, Gülten etc. ohne Schaden.

„Die Gottshaussleuth seynd dem Schirmbvogt schuldig die gewonliche Vogt- vnd Schirmb Schilling, namblichen 7 Pfund 3 Schilling Pfenning. Und von dem Schirmb des Gottshausses vnd ihro wegen auff Martini 29 Pfund Pfenning.

„Der Innhaber Blumenegg soll an seinen Gerichten zween Gottshaussmann haben.

„So ist ein Römisch-Keyser des Gottshauses oberster Schirmbherr, diser hat nachmahlen die von Schweitz substituirt.

„Vnd gebührt einem Prälaten inwendig dess Gottshauss aller Gewalt mit Geleith vnd Freyheit zu geben, zu richten über alle Lechen, Verwandte, Zugethane, Zugeflochne, Achter, über der-

selben Mängel, Fähl, Güter, Krafft der Substitution des hohen Obervogtthumbs vnd hierüber gegebenen Declaration, vnd vermög der Privilegien.

„Die von Schweitz wann sie auff der Vnderthanen vnd Ampt-leuthen Rechnungen beruffen werden als zu einem Beystand, seind sie Casten- Still- oder Stummende Vögt, vnd im Nothfahl, do ihres Schirmbs ein Herr begehrt, auch Schirmbvogt; ausswendig aber über dess Gottshausses Gütter Herrlich- vnd Gerechtigkeiten seynd sie hoch, mittel, vnd nider, in statt der Römisch-Keyserlichen Majestät Schutz- vnd Schirmbvogt“ [55]).

„Gantordnung [56]).

„Erstlichen, wenn einer dem andern ein Schuld schuldig ist, es sey vil oder wenig, vnd dem Weybel einer den Lohn gibt, so ist der Weibel ihm schuldig denselbigen zu pfenden. Vnd dann soll ers vierzehen Tag lassen anstehen, vnd am fünffzehenden Tag mag er ihm Pfand verkauffen, vnd soll vnd mag er ihm vmb das erst Pfand, vnd vmb das ander Pfand so vil Pfand geben, dass es dess Weibels Lohn ertragen möge. Und aber vmb das dritte Pfand soll er ihm Pfand geben, dass es umb die Schuld, sie seye gross oder klein, gute zweyfache Pfand seye. Und wann einer fahrende Pfand hat, so ist er schuldig die fahrende Pfand zu geben, es sey dann, dass die Schuld vmb gelegen Gut zu thun, dann soll er seinen Pfanden nach-fragen. Vnd aber ist es nit vmb gelegen Gut zu thun, so soll er ihm fahrende Pfand geben, vnd soll ihm die besten fahrenden Pfand geben, dass er gute zweyfache Pfand habe. Ob aber einer einem nit die besten Pfand geben wolte, sonder nur die schlechtisten, so mag derselbig ihm auff dieselben Pfand beuten, so vil ihn gut seyn bedunkt.

„Wenn aber einer einem die besten Pfand gibt, so soll es an einem Weibel stahn, wann derselbig erkennen mag, dass es zwey-fache Pfand seye, so soll einer nemmen, vnd sich benugen lassen. Vnd wann einer dem andern fahrende Pfand verrufft hat, es sey vmb vil oder vmb wenig, so soll es stahn, vnd soll derselbig Losung dar-zu haben, biss man Ave Maria leut, oder von einer Tagzeit zur an-deren, vnd nit länger. Wann aber einer dem andern ligende Pfand auf der Gandt verkauffen will, so soll er ihm darzu verkünden, vnd wann es verrufft vnd vergantet ist, so soll es stahn biss an Muten-

tag, vnd alsdann mag er weiter fahren mit Gandtbrieffen, oder wie ihm gelegen ist.

„Item wann einer dem andern ligende oder fahrende Pfand ausstragt oder auff der Gandt verkaufft, vnd zu seinen Handen zeucht, alle die Weyl derselbige dieselbigen Pfand selbs noch innhat, vnd nit weiter verkaufft hat, so soll vnd mag der, so die Pfand gewesen seynd, wieder lösen, wann er ihm sein Hauptgut vnd Schaden gibt; vnd soll derselbig ihm alsdann sein Pfand wider lassen. Wanns er aber nit mehr, sonder verkaufft hette, so soll er nit schuldig seyn wider lösen zu lassen, sonder sollend die Pfand bleiben dem, so die Pfand ab der Gandt kauft hat.

„Item wann einer dem andern Hew vnd Gefutter auff der Gandt gibt, so soll er ihm Steg vnd Weeg darzu geben, dass ers dannen führen vnd ziechen möge; vnd wann ers daselbs etzen wolt, so soll er ihm Dach vnd Gemach darzu geben, damit ers da etzen könne vnd möge.

„Dergleichen wann einer dem andern Hauss, Stadel, oder Gemach auff der Gandt gibt, so soll er ihm auch Steeg vnd Weeg darzu geben, dass er dieselbigen gebrauchen möge nach Nohtdurfft.

„Item wann einer dem andern ein Schuld verbieten oder verhefften will, er sey ein Gottshaussmann oder nit, so soll er dem Weybel ein Tröster geben, ob ers zu vnrecht einnemme, dass ers zu Recht wider kehren wölle; vnd alsdann ist der Weybel schuldig vmb sein Lohn, demselbigen die Schuld, oder anders zu verlegen.

„Item wann ein Weybel einem auff Planggen einen pfänden oder anders thun soll, oder vor der Kirchen, so ist sein Lohn zween Pfenning.

„Wann aber ein Weybel weiter gahn musste, so ist der Lohn, wie hernach volgt: Namblichen an Gassnerberg vier Pfenning. Item an Thuringerberg sechs Pfenning. Item auff Plons vier Pfenning. Item an das Landt 8 Pfenning. Item in Valentschinen sechs Pfenning. Item an Thurtsch acht Pfenning. Item in Serrsen zehen Pfenning. Item in das ober Gericht 4 Kreuzer. Item in Seeberg ein Schilling Pfenning. Item auf Rungel acht Pfenning. Item im Marul vnd auf Plaruren zehen Pfenning. Vnd so offt der Weybel an die obgemelte Orth vnd End gahn musste, so ist der Lohn jedesmal in Mass wie obstaht.

„Vnd ob aber einer ein Weybel weiter brauchen wurde, dann wie obgeschriben steht, vnd sie sich dess Lohns nit vereinigen möchten, so soll es an Hochgedachtem meinem Gnädigen Herren, old an seiner Gnaden Keller vnd Amptleüthen stahn, was der Lohn seye" [57]).

Zehnt-Recht der Propstei.

„Item ze wissen, das der Zehenden am vnderen Turtsch in Sonnentager Kilspel, klein vnd gross, was das ist, es sey Kälber Zehenden, oder ander etc. gehört dem Gottshauss St. Gerold halb, vnnd dem Gottshauss Sonntag das ander tail, vnd haut dem Gottshauss St. Gerold glonen Walther zur Lutz.

„Item der Zehend in Vallentschinen zwüschen dem Walkenbach vnd Grusullen Tobel, gehört halber St. Gerold, das ander halb tail dem Sonntag, vssgnon der Kälber Zehend, gehört gar dem Sonntag.

„Item der Zehend vff Plons ist gar dess Gottshauss St. Gerold, vssgnommen der Kälber Zehend gehört gen Sonntag.

„Item der Zehend auff Plancken gehört gen St. Gerold, mit aller Zugehörd, ussgnon halber Kalber Zehend, gehört dem Sonntag.

„Item der Zehend auff Gaussnerberg, vnder der oberen Strauss für die Matten hinauss, hin ab auff dess Bollen Rein vnder dem Hauss vnd fürhin Thoni Ruchen Höff Rung, der Houff zum Anhorn, was da ist vnder der alten Strauss, Kälber Zehend vnd anderes, Item Bollen Houf vnd Tschavetten vnd Tschusun als dem Gottshauss St. Gerold.

„Item dess Gottshauss Zehenden St. Gerold vnd frey Zehend auff Schgaussner Berg, auch Gapieschen bis an Schnüfiser Kilspel, weisst aus der alt Rodel, aussgnon Kälber Zehenden, gehört gen St. Jacob (Bludesch); das ander als gehört mit St. Johanns (zu Feldk.) zu tailen, nach Aussweis des Rodels" [58]).

Verding der Güter zu St. Gerold.

„Der Hoff, so 6 Kühe Winterig, ist dem Jos. Gandtner auff ein Jahr lang vmb den Drittel verliehen worden mit diesen Conditionen.

„Erstlich solle er diss Guet bawen, in Gestalt vnd Formb, wie es das Gottshauss vor disem gebawen.

„Zum andern, solle er den halben Theil Hampf haben vnd nachdem der Hampf gesamblet, mag er das Landt ganz nutzen.

„Drittens solle er in seinem Costen 4 Fueder Schindlen zum Guet thuen.

„Vierdtens solle er ohne des Gottshauss Costen 16 Tagwen thun.

„Fünftens solle er die Kriesen allein, vnd das ander Obs halb haben.

„Sechstens solle Herr Probst einen Tröschen, wie auch den Pflueg vnd 2 Theil des Saamens hergeben, der dritte Theil Saamens aber, so Herr Probst herleicht, solle, wann die Früchten getröschet, vorher wider erstattet, auch was am Pflueg vnd anderm zerbrochen wird, von ihme guet gemacht werden. Übrigens alles, als Zeunen, Hagen, Tröschen vnd derglichen, wie das Namen hat, solle er Gandtner in seinem Costen verrichten.

„Quadretschen, so 2 Kühe Winterig, ist dem Thyas Bickhel auff ein Jahr lang vmb den Drittel verdingt worden.

„Erstlich soll er das Hampf Ländlin haben.

„Zum andern solle er in seinem Costen 2 Tagwen thun.

„Drittens solle man ihme das Ross ein halben Tag leihen, Baw auf Quadretschen zu führen, vnd ein Stund zu seinem eignen Gut.

„Viertens solle Herr Probst den Pflug, wie auch ein Troscher vnd zwen Theil Saamen hergeben, den dritten Theil aber, so er herleicht, solle, wann man getröschet,, erstattet, dessgleichen, was am Pflueg vnd anderm verbroohen wird, widerumb gut gemacht werden“ [59]).

Den 4. Juni 1378 wird der Hochaltar zu St. Gerold eingeweiht „Michael episcopus Sithiensis, suffraganeus Epi. Cur., dedicationem Majoris altaris, quod ipse in Frisen consecravit, celebrandam statuit, et indulgentias concedit“ [60]).

Nach dem im Jahre 1380 begonnenen Urbar der „Collectae episcopales in decanatu Vallis Trusianae“ bezog der Bischof von Cur jährlich von Frisen 2 Pfd. Heller [61]).

Rudolf VII., Graf von Montfort-Feldkirch, setzt die Steuer der Leute zu Vallentschinen, die zum Gotteshaus zu Friesen gehören und ihm, dem Grafen, so wie seinen Altvordern „vil zites getrewlich getan hant“, am 27. August 1381 auf 20 Pfund Pfenning herab, doch soll diese Gnade erst nach seinem Tode eintreten [62]).

Graf Hans von Werdenberg, Herr zu Sargans, erweist am 3. November 1384 dem Abte von Einsiedeln, Peter von Wolhu-

sen, die Gnade, dass dieser selbst in Zukunft keinen Zoll zu geben habe von Allem, was er „vertigot von Einsidlen ald von Pfeffigkon, ald wannen es dann kombt, das er dann hinuff vertigot gen Sant Gerold gen Frysen, ald von Frysen herab den Einsidlen, ald gen Pfeffigkon, es sye win, korn, käse, Schaf, rinder, ross, ald wie es dann genambt ist.“ Diese Begünstigung aber soll nur dauern auf Lebzeiten des Abts Peter [63]).

Graf Heinrich von Werdenberg, Herr zu Vaduz, bekennt, dass er die Vogtei zu Frysen von Ludwig von Thierstein, Abte zu den Einsiedeln, erhalten habe zu einem rechten Lehen. „Und darumb so haben wir mit guten truwen gelopt vnd des offenlich ze den hailgen gesworen, demselben vnserm Hrn. dem Abt vnd dem Gottzhus ze den Einsidlen von des obgenanten lehens wegen ze warten, ze dienen, vnd ze thun als ein jeglich Mann sinem Hrn. von lehens wegen billich vnd von recht warten, dienen vnd tun soll“. Geschehen am 21. April 1391 [64]).

„In der Braiten, die gen Sant Gerolt gehört (zu Rankweil gelegen), da lit ain stuk, sint VI morgen ze allundrost in der braiten“ — die zinsen dem Domkapitel zu Cur [65]). Diese Braite hiess später (so im Jahre 1460) St. Geroldshof.

Henni von der Löwin verkauft gegen 71 Pfund Pfenning guter Const. M. dem frommen Henni Becken und Ursulen, seiner Hausfrau, seine eigenen Güter in Vallentschinen, nämlich: 1. sein Gut zu der Lud, stossend an Henni Glarner, Henni Täscher und an Walther; 2. seine Rechte an den Wald zur Lud, der stösst an des genannten Henni Becken und an Peter Bickels Gut. Gegeben an „St. Nichlos“ Tag 1395. Siegler: Heinrich von Sant Viner, Landammann in Walgöw [66]).

Hartmann, Graf von Werdenberg-Sargans, Bischof zu Cur, Herr von Blumenegg und Sonnenberg, ertheilt am 11. September 1397 den Wallisern des Thales Vallentschinen, so wie den Wallisern von der Blattengais bis hinüber in den schwarzen Wald, ebenso die Höhe des Berges einwärts bis Gugais und von da in die Ill — ein eigenes Gericht mit einem eigenen Ammann mit zehn „der erbersten und besten“ Beisitzer [67]).

Rudolf von Bürs, genannt Liphurt, entscheidet als Obmann in Betreff der Marken der St. Gerold zugehörigen Alpe Frutz zwi-

schen Hug von Rosenegg, Propst zu St. Gerold, und Hans Mayerschilli von Kalchern (d. i. Klaus), welch' letzterer vermeinte, seine Alpe Gampernutsch erstrecke sich weiter, als später auch dieser Spruch annahm. Der Spruch erfolgte zu Feldkirch 1402 „Donstag vor sant Lenen Tag“ (7. April) im Beisein der Zusätze Andreas von Bürs, Ulrich von Malar; ferner des Konrad Manns (Manz), derzeit Kaplans zu St. Gerold, und Johanns Vesten, derzeit Kellers daselbst[68]).

Am 9. October 1402 wurde an die Stelle des Abtes Ludwig I., Grafen Thierstein auf dem Schlosse Pfeffikon, gewählt Hugo Freiherr von Rosenegg aus dem Thurgau, bisheriger Pfleger des Gotteshauses und Propst zu Frisen.

Hans Beck und Tellda, seine Hausfrau, in Vallentschinen gesessen, geben dem Heinrichen Philippen das Gut Huttla in der Alp Lagutz bei St. Gerold zu kaufen, mit Willen des Propstes von St. Gerold, Burkart von Weissenburg. So geschehen an Agathentag (5. Februar) 1410[69]).

Am 16. October 1418 starb Hugo, Freiherr von Rosenegg, Fürstabt von Einsiedeln, welcher dem Stifte von 1402 an vorgestanden hatte. Als Nachfolger trat ein der Propst zu St. Gerold, Burkard Freiherr von Kreukingen und Weissenburg. Dieser verwaltete auch als Abt die Propstei, wie aus Urkunden der Jahre 1422 und 1430 erhellt.

Unter ihm (1434) übergab Kaiser Sigismund die Kastenvogtei des Mutterklosters Einsiedeln an den Stand Schwyz, die sich dann auch auf die Filiale St. Gerold wie billig bezog.

Wolfhurd von Brandis, Freiherr und Vogt zu St. Gerold, beurkundet, dass ihm als Vogt des Gotteshauses St. Gerold in Vallentschinen die Leute zu Vogtrecht „gend vnd gan sond drissig schaf, der ein jeglichs dry schilling werth sin soll, vnd darzu nuntzig käs, deren ein jeglicher sechs pfenning werth sin soll, alles Costentzer munz gewonlicher Walgöwer wärung, von gelegnen stucken vnd gütern“ — und dazu die Gotteshausleute jährlich eine Summe Geldes. Es sind aber jetzt in Gegenwart und mit Gunst des Abtes Burkart die Vogtleute mit ihm, Wolfhurden, übereingekommen, dass sie und ihre Erben ihm und seinen Nachkommen künftighin jährlich auf Martini 29 Pfund Pfenninge Konstanzer Münze entrichten. Geschehen auf der Feste Pfeffikon den 9. Januar 1419[70]).

Wahrscheinlich auf diesen Vertrag hin wurde Freiherr Wolfhurd den 23. März 1419 zu Einsiedeln von dem neuen Fürstabte mit der Vogtei Friesen betraut[71]).

Graf Rudolf von Werdenberg-Sargans, Dompropst zu Cur, entscheidet zwischen Abt Burkard von Weissenburg zu den Einsiedeln und Heinrich Lutfried, Kommenthur des Johanniter Hauses zu Feldkirch, in Betreff der Zehenden im Glusellen Tobel und Walkenbach, welcher jedem Theil zur Hälfte zugesprochen wird. Dürringen an St. Martins Abend (10. November) 1420[72]).

Wolfhart von Brandis, Freiherr, und nach dem Tode seines gleichnamigen Vaters Herr zu Blumenegg, bestätigt den Wallisern in Vallentschinen „vnder bestimmter bemarkhung, darvnder die Propstei sanct Geroldt, gelegen", — das ihnen von dem Bischofe zu Cur, Hartmann Grafen von Werdenberg, unterm 14. Herbstmonat 1397 verliehene Gerichtsstatut. Er gestattete ihnen anbei, statt zehn Geschworne zwölf zu wählen; ferner statt zehn künftig zwanzig Saunen Weines[73]) jährlich auszuwirthen.

Für das Siegel darf der Ammann jedesmal 2 Schilling Pfenninge nehmen, so oft der Kauf 100 Pfunde oder darüber anbetrifft. Der Herr behält sich aber folgende Straffälle vor: „Wer den anderen mit gewaffneter hand hertfellig[74]) oder blutrünstig machet, ald weler vnder inen frid bricht, ald weler den andern wundet einen wunden die Fridbrech ist, ald weler ainen Markstain heimlich on sines gegensachers wissent setzt ald entsetzt, ald wela in vnzucht[75]) einen stain frevelich erzuckt, er werff in oder nit; vnd wela sich an rechten last überwisen, dieselben schulden, vnzucht vnd frevlinen all vnd dazu all hochschulden vnd grossschulden". Gegeben im Dorfe Dürringen Donnerstag nach St. Katharina (26. November) 1422[76]).

Es verkauft „zu ingändem Merzen" 1425 Heini Harnasch zu Bludesch dem Gotteshause St. Gerold den Weingarten Jordan und einige Wiesen um 34 Pfund Pfenninge. Siegler ist Heinz Siglär, Amtmann der Herrschaft Brandis[77]).

Elisabeth, des alten Klausen Müllesen sel. Wittwe, aus Dürringen, und Hans Mülles, ihr Sohn, verkaufen an die Propstei zu Frysen, „die man jetzt gewonlich nembt zu St. Gerold", gelegen in dem Thale Valentschinen, ihr Gut, Weingarten, Wiesen und Baumgarten — genannt Müllessen-Rufi, gelegen ob Dürringen, um den Preis von 55 Pfund Pfenninge guter Konst. Münze.

Geschehen zu Dürringen an St. Thomas, des hl. Zwölfboten, Abend (20. December) 1430[78]).

Am Freitage nach unsers Herrn Fronleichnamstag (5. Juni) 1439 erlässt Wolfhart von Brandis der ältere, Freiherr, einen Spruchbrief zwischen seinen drei Dörfern Türingen, Zytz und Bludesch einerseits und den Gotteshausleuten von St. Gerold: Stephan von Plan, Klaus unter der Ward, den man nennt Rudolf, und Heinz Wackernell genannt Nicla, deren Schirmvogt er ist, anderseits. Den Streitgegenstand betrafen die Weide und die neuen Häuser, sowie die Hausrauchen (Hausrahinne), welche die genannten Gotteshausleute ohne Willen und Zustimmung der drei Dörfer auf dem Berge (Türingerberg) erbaut hatten[79]).

Es siegelt den 10. Herbstmonat 1447 Gerold von Sax, Frey, Propst zu St. Gerold, zu Bludenz eine Urkunde seines Bruders H. von Sax, welcher gelobt, dem Herzoge Sigmund die Veste Forstegg in Wechselweise gegen eine andere Veste zwischen jetzt und künftigen Martinstag zu geben[80]).

Es sind uns Fragmente eines pergamentenen Jahrzeitbuches der Propstei St. Gerold, dessen Abfassung in die Mitte des 15. Jahrhunderts fällt, erhalten. Dasselbe ist besonders beachtenswerth wegen der vielen Namen der damals im Walserthale lebenden Geschlechter[81]).

Gerold, Freiherr von Hohensax, Propst zu St. Gerold, wird nach dem Hinscheiden des Fürstabtes Franz, Freiherrn von Hohenrechberg (gest. 18. Juli 1452), am 5. August gleichen Jahres zum Abt gewählt.

„Wir Geroldus von Sax von der Hohen-Sax, Fryherr, Abt des Gottshuses zu den Ainsidlen, Ordens St. Benedicti, in Costentzer Bisthumb gelegen, Bekennen offenlich vnd tund kund allermenigklich mit disem brief, das für vns komen ist der edl Wolf von Brandis der älter, Fryherr, hat vns mit Vliss ernstlich gebetten das wir ime die Vogty zu Frisen mit allen vnd jeglichen iren zugehörungen, nutzen, gewonhaiten, fryhaiten, eren vnd rechten, die dann von vns vnd vnserm gotzhus lehen wur, vnd zu lehen herrurte, vnd die er vnd sine vordern von vns vnd vnser vorvarenden vntz her zu lehen gehept hetten gutlich zu lichen geruchten. Solich sin gepett wann vns die zimblich sin bedunkt, hant wir angesehen vnd hant dem vorgenanten Wolfen von Brandis die vorgerurt Vogtey zu Frisen

mit allen iren zugehörden, nutzen, ehaften, gewonhaiten vnd rechten gnediglich gelichen vnd leihen ime auch die in craft ditz briefes, was wir ime von billig vnd von recht daran zu lichen han sollen vnd mögen ongevarlich, doch vns, vnserm Gotzhus an vnseren Zehenden, Zinsen, nutzen, gülten, fryhaiten vnd rechten vnd mengklichem an sinen rechten onschädlich vnd ouch das er vns vnd vnserm gotzhus dauon gehorsam getrülich vnd gewertig, vnsern nutz vnd frommen fürdern, vnsern schaden nach sim vermögen ongevarlich warnen vnd vns tun soll was ain lehenmann sinen lehen-Herren von lehen vnd rechtswegen schuldig vnd pflichtig ist, zu thun, getrewlich vnd vngefarlich, vnd als er dann das liblich zu Gott vnd den Hailigen geschworen hat. Mit vrkund dis briefs, daran wir vnser Abtey Insigel offenlich tunt henken. Der geben ist am nechsten Montag vor St. Martinstag (6. November) nach der geburt Cristi tusend vierhundert vnd in dem zwey vnd funffzigisten Jar" [82]).

Richard von Falkenstein, Propst zu St. Gerold, verleiht am 10. Januar 1454 dem Ulrich Saxer, dessen Geschwistern und Erben den Hof zu Bludesch [83]).

Derselbe bekennt am 4. Weinmonat gl. J., dass er dem Abt Gerold die Propstei St. Gerold und das Amt Eschenz, das er früher von dem Abt erhalten, wieder zurückstelle und aufgebe, wogegen ihm der Abt jährlich auf Martini zu Einsiedeln zwanzig Eimer Wein und der Amtmann in Zürich dreissig Muth Kernen geben u. s. w. [84]).

Nach dem Lebensabtritte Wolfhurds I. von Brandis (gest. 1456) erhielt sein Sohn Wolfhard II. von dem Fürstabt Gerold die Vogtei Friesen zu Lehen. Er stand ihr vor bis zu seinem im Jahre 1481 erfolgten Tod.

Abt Gerold von Sax verleiht dem Ulrich Pfister von Bludenz, in der Eigenschaft eines Vogtes der Kinder des Claus Bergers von Türingen, den zur Propstei St. Gerold gehörigen Hof zu Rankweil. Gegeben Montags vor drei Königenfest (3. Januar) 1457 [85]).

Heinz Stampfer von Vallentschinen verkauft am 23. Februar 1458 „dem guten Herrn und Heiligen St. Gerold und seiner Kilchen und Closter in Vallentschinen gelegen — und Schwarz Hansen Saxer, sin Pfleger und Keller" 1 Pfund Pfenning Zins um 20 Pfund ab seinem Gute Oberwald, gelegen in Vallentschinen auf Planken,

stossend an andere seine Güter, genannt Gaferduren, an das Gut Salom und an Gasseuro. Es siegelt der genannte Pfleger[86]).

Judex Curie Curiensis notum facit, dominum Schwarzhans, claviferum (Keller) et ministrum domus S. Geroldi alias in Frisen nuncupate, contra Jacobum Hartmann egisse, qui curiam nomine „Sant Gerolds Hoff“ infra limites Ecclesie Ranckwil sitam, quam dudum ab abbate Einsidlensi recepisset in feudum, et quam tum abbati libere resignavit, cui adhuc tenebatur certis censibus et expensis, quas judicis et aliorum judicio submisit[87]). Geschehen 22. Februar 1460.

Der Streit zwischen Abt Gerold von Sax und Hans Aichiller, Pfarrer zu Schniffis, wegen der dortigen Pfründe wird beigelegt. Gegeben Montag nach St. Gregor (17. März) 1460[88]).

Matthaei Nithart, praepositi Thuricensis, littere inhibitorie, quae spectant ad bullam Pii II. dat. 18. Dec. 1463 et quibus D. Ortlieb episcopum Curiensem monet, ut a processu contra praepositu-ram S. Geroldi et decimarum exactione abstineat. Dat. die lunae VIII. mensis Octobris Ind. XII. X[89]).

Christian Pfister von Bludesch verkauft am 13. Februar 1465 mit Willen und Gunst Klausen Bergers, zur Zeit Kellers und Amtmanns zu St. Gerold, an Ulrich Irmler, Bürger zu Feldkirch, 1 Pfund Zins. Es geschah von Gnaden und Bevelchnuss Gerolds, Abtes zu Einsiedeln und Verwesers der Propstei St. Gerold[90]).

Ulrich Saxer, Bürger zu Cur, verleiht das Erblehen, das er von Abt Gerold zu Einsiedeln empfangen — nämlich den Hof zu Bludesch — dem Ulrich Sitz zu einem Erblehen. Datum Montag nach St. Gall (21. Oct.) 1465[91]).

Christian Bickel aus Vallentschinen verkauft 1 Pfund 5 Schillinge Zins an Daniel Studer von Sonntag ab seinem Gute, das ledig und los, ausgenommen, dass davon jährlich 8 Krimmen[92]) Schmalz an die Herrschaft Brandis gehen. Geschehen Montags nach Sonntag Invocavit (7. März) 1468[93]).

„Reuerendo in X^{to}. patri ac domino domino Ortlieb epo. Curiensi seu eius in spiritualibus vicario generali Geroldus dei gratia abbas monasterii beate Marie virginis in loco Heremitarum ordinis Sancti Benedicti Constantiensis diocesis Obediencie Reuerencie et honoris debitam exhibitionem. Ad ecclesiam parochialem Sancti Johannis Bap-

tiste in Schnüfis vestre Curiensis diocesis vacantem per obitum dni. Johannis Gundelin presbiteri Curiensis diocesis nouissimi Rectoris eiusdem ecclesie in Schnufis, cuius Jus presentandi ad nos dicti monasterij nomine pleno iure dinoscitur pertinere, honorabilem virum dominum Johannem Wackernell de Dürringen presbiterum prefate Curiensis diocesis paternitati vestre tenore presencium duximus presentandum, Rogantes paternitatem vestram pro et cum eo quatenus hunc dominum Johannem dei intuitu animarumque ipsarum (?) ob respectum de dono altaris et cura animarum eiusdem ecclesie instituere ac inuestire auctoritate vestra ordinaria dignemini adhibitis in premissis sollempnitatibus debitis et consuetis. In cuius rei testimonium dictas presentacionis literas sigilli nostri minoris appensione munitas ipsi sepedicto presentato duximus tradendas. Acta sunt hec in prepositura nostra aput Sanctum Geroldum anno dni. millesimo quadringentesimo septuagesimo die decima quarta mensis Junij Indictione tercia" [94]).

Am 20. Wintermonat 1471 nehmen Dietrich Meyer, Leutpriester zu „Türigen-Bludesch, in Berg und Thal". und die Kirchgenossen „des berührten Kirchspiels Türingen - Bludesch in Berg und Thal" den resignirten Abt Gerold von Einsiedeln, Propst zu St. Gerold, zu einem Schiedsrichter in einem Seelgerätsstreite [95]).

Wilhelm Satzer versetzt, unter Vorbehalt der Auslösung, dem Ulrich Sitz und dessen Erben seine eigene Gerechtigkeit und Lehen, die er von dem in Zytz gelegenen Hof zu Bludesch inne hatte. Dieses Geschäft ging am Mittwoch nach Ostern (5. April) 1480 vor sich [96]).

Am 14. Weinmonat 1480 starb zu St. Gerold der Fürstabt Gerold, Freiherr von Hohensax.

Am 29. October gl. J. erhielt er zum Nachfolger Konrad, Freiherrn von Hohen-Rechberg.

Abt Konrad verleiht am 13. Weinmonat 1481 die Vogtei Frysen dem Bruder des verstorbenen Wolfhard II., Ulrich Freiherrn von Brandis, Herrn zu Blumenegg [97]).

Am 20. August 1486 stirbt Ulrich, Freiherr von Brandis, Herr zu Blumenegg, Schirmvogt von Frisen [98]).

Erst am 7. Heumonat folgenden Jahres verleiht Abt Konrad die Vogtei Friesen Ludwigen, Freiherrn von Brandis, seinen Brüdern und allen Freiherren von Brandis [99]).

Innocentius P. P. VIII. medietatem juris patronatus et praesentationem personae idoneae ad ecclesiam in Snifis alternatis vicibus, i. e. nunc ab abbate Einsidlensi nunc a nobilibus dictis de Thumbe de Nüwenburg usurpandam, confirmat. Dat. III. Non. Maji [100]).

Fast zu gleicher Zeit bestellt Konrad III. den Barnabas von Sax zu Mosax zum Pfleger der Abtei Einsiedeln und begibt sich nach St. Gerold „ — ob venationis commoditates, qua supra sui Ordinis dignitatem afficiebatur et exercebatur —". Er blieb hier bis zu seinem Tode (27. Weinm. 1526).

Vom 4. Christmonat 1494 liegt eine Kundschaft des Heinrich Schnopp, Ammanns im vordern „Walgeuw" vor — dahin gehend, dass den Johannitern zu Feldkirch bis zur Zeit nur 11 und nicht 15 Käse ab dem St. Gerolds Höfli zu Sattains gegeben worden seien [101]).

Der Freiherr und Herr zu Werdenberg — Mathias Kastelwark (Kastellwart) beurkundet am 4. Weinmonat 1496, dass sich Irrung und Späne halten zwischen Konraden von Rechberg, Abte zu Einsiedeln und Verweser der Propstei St. Gerold, seinem lieben Schwager, und Sigmunden Freiherrn von Brandis, seinem lieben Bruder, berührend die freien Walser. Er habe jene veranlasst, den Streit durch den Bürgermeister und Rath zu Konstanz austragen zu lassen, was beiderseits angenommen und versprochen worden, dem Spruche ohne alle Widerrede und Weiterziehung zu stehen [102]).

Bürgermeister und Rath von Konstanz entscheiden dann am 19. August 1497 über die Theilung der Kinder, welche aus einer zwischen freien Walsern oder Walserinen und Gotteshausleuten eingegangenen Ehe entsprossen sind — wie folgt. Da nämlich der genannte Sigmund von Brandis in dem bezeichneten Falle nicht bloss in der Herrschaft Blumenegg, sondern in der Propstei St. Gerold, deren Vogt er war, die Theilung der Kinder verlangte, weigerte sich dessen der Propst mit der Erklärung: „dann gar ein langwihriger vnd loblicher Brauch under ihn allwegen gewesst ist, wo ein frey Walser oder Walserin, wannen her sie kommen, sich mit Gotteshaussleüthen verheurat, vnd bey einander Kind überkommen, so haben die Kind allweg dem Gottshauss zugehört, vnd ist auch darvmb nie kein Theilung geschehen noch Spann gewest, vnd dannach

nit desto minder, seynd die Walser vnd Walserin frey geseyn, wie vor, vnd die Kind der bessren Hand nach geschlagen [103]), dass auch die freyen Walser vnd Walserin lange Zeit vnder einander gebraucht haben vnd das noch brauchen, dann sie seynd so frey, dass sie all hinder das Gottshauss, oder hinder die von Brandis ziechen mögen, vnd sind denen von Brandis weiter nit schuldig, dann ein Werkschilling zu geben, hierumb dieweil vnd solcher Brauch under den Walser lange Zeit her gewesst ist, vnd seit der lieb vnd heilig Herr Sanct Gerold erstorben [104]), das dann sechshundert vnd zwei vnd dreyssig Jahr, an dem Orth nie kein theilung geschehen ist, so vermeinte er bey solchen altem Herkommen zu beleiben, vnd denen von Brandis bey gethaner Klag zu thun nichts schuldig sey". Der Spruch fiel dann im Sinne des Abts [105]).

Abt Konrad von Hohenrechberg übergibt als Propst die Propstei, die er lange innegehabt, dem Barnabas von Sax, Pfleger zu Einsiedeln, und überlässt ihm zu St. Gerold „Vich, Kuh, Wein, Korn, essige Speiss mit sampt dem Hausplunder, wie Sein Gnad das den zu mahl ungefahrlich daselbs hat funden". Der Pfleger dagegen soll ihm jährlich 100 Gulden in zwei Zeitabschnitten, nämlich auf Martini und Johannis Tag leisten. Geschehen zu Wesen, am 29. März 1498 [106]).

Am 29. Februar 1501 geschah folgendes wichtige Kaufgeschäft: Untervogt, Rath und Hans Suderell, Burger und des Raths zu Bludenz, als Lehenherren der Pfründe zu St. Johanns Altar in der Pfarrkirche St. Lorenz zu Bludenz, welche Pfründe Kaspar Gansner gestiftet, verkaufen den freien Zehnten zu Bludesch sammt aller Gerechtigkeit um 440 rheinische Gulden an Barnabas von Sax, Pfleger des Gotteshauses St. Gerold. Von diesem Zehnten gehören jährlich 10 Schilling Pfenning dem Leutpriester zu Türingen zu einem Jahrzeit, item 4 Viertel Opferwein [107]).

Barnabas von Sax, Pfleger des Gotteshauses Einsiedeln und Propst zu St. Gerold, entscheidet am 28. April 1501 einen Streit des Gotteshauses daselbst um die Alpen Frutzen und Schgaseina:

„Des ersten so behalten vnd sprechent wir dem Gotzhus St. Geroldt, dass man soll von yettweder Sennhütten in Frutzen vnd Schgaseina in der obern Hütten vmb St. Jacobs Tag . . vier Mahl nemen, vnd denn von den 4 Mählen soll man machen fünff Teyl, vnd

von den fünff Theylen soll dem Gottshus St. Gerold drey Theyl geben werden vnd die andern zwen Teyl soll nemen, wer Recht darzu hat; darzu soll das Gotzhus ze Frutzen in der Alp zwey Viertheyl Schmaltz vnd zwo Tagoren[108]) Ziger vnd von dem Kessel sechzehen Pfund Schmaltz, vnd ein Kess, vom Anckenkübel ein Viertel Schmaltz aus Schgaseina der obern Hütten gleich als vil, als in Frutzen nicht minder noch mehr, denn wir in Frutzen als das von Alter herkommen vnd Recht ist.

„Weiter soll ein Probst zu St. Gerold sein eigen Sennen han in der obern Hütten Schgaseina.

„Es soll kein Gottshausmann, der Gerechtigkeit hat in den vorgenanten Alpen, seine Recht weder versetzen noch verkaufen, denn den Gottshausleuthen, so im Thal St. Geroldz gesessen vnd wohnen sind . . . Item so sind dis die Margken des vorgenanten Thals, nach dem ich dess Vrkundt durch Leuth vnd Brieff bericht worden bin, vsswert an das Tobel, da die Vallstär durchrinnt; inwert an Klosella Tobel, als von Alter har je und je gehalten ist“[109]).

Beide Freiherren von Brandis — Sigmund und Ludwig —, die uns als Träger der Vogtei Frisen bekannt geworden sind, starben im Jahre 1507. Da ihr Bruder Thüring bereits früher, und Verena, ihre Schwester und Gemahlin des Grafen Alwig von Sulz, 1497 verstorben waren, so fielen im Jahre 1507 die Herrschaften der von Brandis an ihren letzten Bruder, den Dompropst zu Cur, Freiherrn Johann von Brandis, und dessen Vetter Grafen Rudolf von Sulz (Sohn der Verena). Dieser erhielt nun die Herrschaften Vaduz, Schellenberg und Blumenegg mit der Schirmvogtei Frisen. Letztere bleibt bis 1614 im Besitze dieses gräflichen Hauses.

„Wir Konrad von Gottes gnaden abt des würdigen Gottzhus vnser lieben Frawen zu Einsidlen, St. Benedicti Ordens, Costentzer Bisthumbs, Bekennen offenlich vnd tunt kund allermeniglichen mit disem brief, das für vns komen ist der wolgeborne Graf Rudolf von Sulz u. s. w. hat vns mit vlyss gebetten, das wir ime die vogtey zu Frisen mit allen vnd jegklichen iren zugehörden, nutzen, gewonhaiten, fryhaiten, eren vnd rechten, die dann von vns, vnsern vordern von vnsers Gottshuss wegen lehen wern vnd die von dem wolgebornen Fryherrn von Brandis sinem vettern vnd vordern selig vntz her zu lehen gehept hetten, gnediglichen vnd gütiglich zu lihen

gerucheten. Also vf solich bett, so vns zimlich bedunkt hant wir angesehen vnd vermelten Herrn Graf Rudolfen die vorberurte Vogtey zu Frisen mit allen iren zugehörungen, nutzen, ehehafften, guten gewonhaiten vnd gerechtigkaiten gnediglich mit gutem willen gelihen vnd leihen ime auch die mit krafft vnd macht diz briefs, was wir im darvon von billichkait vnd recht danen zu lihen haben getrewlich vnd ongevarlich, doch vns vnd vnserm gottzhus auch sant Gerold, an vnsern gerechtigkeiten, fryheiten, zehenden, nutzen, gülten, gerichten [110]) vnd rechten in allweg onschädlich vnd auch das er vns vnserm ermelten gottshus darumb vnd darvon gehorsam, getrew vnd gewertig sin, vnsern vnd des gottshus nutz vnd frommen zu fürdern vnd vnsern vnd des gottshus schaden getrewlich warnen vnd wenden one alle geuerde, daby ouch alles tun was lehenlüt irem Herrn von lehen vnd rechtswegen schuldig vnd pflichtig sind zu tun, als er dann das zu tun liblich zu Gott vnd den Heiligen geschworen hat. Zu warem vesten vrkund aller obgeschriben ding so hant wir egenannter Konrad Abt vnser Secret Insigel offenlich henckhen (lassen) an disen Brief. Geben auf den Palms Abent (11. April) als man zalt von Christi Geburt tusent vnd fünffhundert vnd acht Jahr" [111]).

Rodel aus dem Jahre 1508.

„Einnemmen in der Gmeind.

„Item 8 Schill. Zehrung Rogationum.

„Item 1 Pfund 8 Schill. 2 Pfenn. Zehrung a festo Annuntiationis usque Pentecosten.

„Item 2 Pfund 13½ Schill. a festo Pentec. usque Barthol. Zehrung.

„Item 1 Pfund 12 Schill. 5 Pfenn. Zehrung a festo Barthol. usque ad dedicat.

„Item 3½ Pfund 9 Schill. 8 Pfenn. Zehrung.

„Item 1 Pfund 4 Schill. Zehrung, als man die Streue schneidt.

„Item 1 Pfund 11 Schill. 9 Pfenn. Zehrung auff einem Gastgericht Luciae.

„Item 1 Pfund 11 Schill. 9 Pfenn. a festo Andreae usque Thomae Zehrung.

„Item 2 Pfund 2 Schill. 5 Pfenn. a festo Thomae usque Purific. Zehrung.

„Item 12½ Schill. Pfenn. vmb Fassnacht Hennen Kilian Amman.

„Item 10½ Schill. Pfenn. vmb Fassnacht Hennen Heinrich Sattleren.

„Item 16 Schill. Pfenn. vmb Fassnachthennen Dietrich von Plon.

„Item 2 Pfund 15 Schill. Zehrung a festo Purific. usque ad Annuntiationis [112]).

„Eingenommen von Fählen.

„Item 1 kleinen schwartzen Mantel von Katharinen Volin.

„Item 1 Ross von Hanss Becken von Ludesch.

„Item 8 rest. 12 Kreutzer von Urban Albin von Rungalin.

„Item 1 Pfulwen von Anlin Jaggen Adam Pfisters Haussfraw.

„Item 1 böss graw Röcklin von Stoffel Cuntzen Tochter.

„Item 1 Kuhe von Hänslin Vincentzen.

„Item 1 Bettlin von der Heinnen von Ludesch.

„Item 1 Bettlin von der Schgächin von Runggalin.

„Aussgaben vmb Brodt.

„Item 1 Schill. Pfenn. auff das Meyen Gericht.

„Item 18 Schill. Pfenn. Exaudi, vnd auff das Gericht.

„Item 13 Schill. Pfenn. quinta post Luciae, auff ein Gastgericht.

„Item 11 Schill. auf das Mertzen Gericht.

„Aussgaben vmb Hering vnd Fisch.

„Item 10 Schill. 10 Pfenn. vmb Hering auff das Mertzen Gericht.

„Aussgaben vmb Fleisch.

„Item 2 Schill. Pfenn. vmb 12 Pfund Rindfleisch } auff das
„Item 3 Schill. Pfenn. vmb 19½ Pf. Kalbfleisch } Meyen Gericht.

„Item 7 Schill. Pfenn. vmb ein Kalb, Luciae auf ein Gastgericht.

„Aussgaben in diversis.

„Item 13 Schill. Pfenn. dem Schreiber vnd den Rechtsprechern an einem Gastgericht, Luciae" [113]).

Hans Metzler, Stadtammann; Hans Steiner, Altstadtammann; Hieronymus Imgraben, Baumeister; Mathias Schmid, Seckelmeister, des Raths; Hans Tschil, Ammann zu Blumenegg, und Michael Lins, Stadtschreiber zu Feldkirch, entscheiden zwischen dem Abt (Konrad von Rechberg) und Georg von Roten, alten Schaffner und Verweser der Propstei St. Gerold, in Betreff des letztern Rechnungen, weil er „vmb eine merkliche Summa hinderstellig worden". Es wird erkannt:

1). Dass die von Georg herrührenden Schulden dem Gotteshause St. Gerold zufallen;

2). Dass Georg dem Abte 64 Pfund Pfenninge ausrichten solle;

3). Voraus und vorab sollen „dem Görg“ folgen alle seine Kleider d. h. „anligend Häs [114]) vnd Gewand, auch alle sein Bücher vnd ein grosser Wutschgen“ [115]). Das Übrige soll im Gotteshause St. Gerold bleiben [116]).

Konrad von Schwalbach, Kommenthur zu Tobel und zu St. Johann in Feldkirch, fertigt am 11. Heumonat 1516 einen Tauschbrief zwischen Diepolt von Hohen-Geroldsegg, Pfleger des Gotteshauses Einsiedeln und Propst zu St. Gerold, und dem Johanniterhause zu Feldkirch, um den diesem Hause gehörigen Zehnten auf Gapinschen und am Thüringerberge gegen den grossen und kleinen Zehnten zu Bludesch, wie denselben bisher die Propstei St. Gerold besessen hat. Dazu bezahlte das Gotteshaus St. Johann dem gemeldeten Propst 46 Pfund Pfenninge Curer Münze und übernahm die mit dem Zehnten zu Bludesch verbundenen Onera, als jährlich 10 Schillinge Pfenninge dem Pfarrherrn zu Türingen zu einem Jahrzeit, 16 Pfenninge Zins St. Jakob zu Bludesch u. s. w [117]).

Am 14. April 1530 kauft Ludwig Blarer von Wartensee, Abt zu Einsiedeln, von Hans Ort Zehnden am Dünserberge bei Schnifis zu Gunsten der Propstei St. Gerold und übernimmt die Verpflichtung, anstatt des Verkäufers dem Heini Uttinger in Uttingen im Zugergebiete jährlich 10 Gulden Zins zu entrichten [118]).

Im Laufe des vierten Jahrzehnts des 16. Jahrhunderts wandten sich die Leute St. Gerolds bittend an ihre Herren um Auflösung des Leibfahls.

„Supplicatio der Gottshaussleuthen St. Gerold an Ihro fürstliche Gnaden zu Einsidlen vnd die Herrn von Schwyz umb Nachlass dess Fahls.

„Hochwürdiger, Gnädiger Herr, auch Ehrsamen, Fürsichtigen, Weisen, günstigen lieben Herren.

„Nachdem vnd sich vor etlichen Jahren, als Euch wol zu wüssen ist, dass Auffruhr vnd etlich Muterig an vil Orthen vnd Enden sich verloffen haben vnd villeicht in disen Landen vnd Herrschafft auch etwas Enböhrung ist geseyn, so vil dass der Landtfürst vnd Graff Rudolff haben ein Edelmann [119]) geschickt in dieses Landt. dass man still sitze vnd ruwig seye, so sie etwas vnzimblich vnd vnbillich Beschwärdt hettent, so wellend sie dasselbig auss Gnaden nachlassen;

so haben sie besonder den Fahl nach gelan, vnd auch etlich Beschwärdt mehr geringeret.

„So seynd jetzt die Gottshaussleuth nie auffrurrig geseyn, vnd hand nit wollen, dass dem Gottshauss ein Schad von ihnen solte zugefügt werden, denn sie haben kein Zuflucht denn daher zu dem Gottshauss, wann ihnen etwas angelegen wäre [120]). Darumb seynd sie jetzund da, vnd bittend Ew. Fürstl. Gn. auch Euwer Ehrsame vnd Fürsichtigkeit etwas Ringerung vnd Gnad ihnen erzeigen, als von des Fahls wegen, dass dem Gottshauss vnd den Gottshaussleuthen möchte grosser Schad darauss entspringen vnd erwachsen, vnd das Ew. Fürstl. Gn. nemme ein zimblich jährlich Gelt an Zinss, das wöllen wir dem Gottshauss auffrichten vnd versicheren mit Brieff vnd Sigel; dann wir besorgen, dass die Gottshaussleuth zergehn werden, wo das nit beschicht, denn sie zühen aus dem Landt, wo sie können, darmit verluren das Gottshauss dieselbigen vnd gewinnen also ein merklichen Abbruch vnd Nachtheil; vnd verbiet man auch, dass niemand seine Kinder vnder die Gottshaussleuth verheury oder vermähli; vnd verbiet man auch, dass niemand keine Güeter den Gottshaussleuthen zu kauffen gebe, damit meynen sy, die Gottshaussleuth sollen zergehn vnd haben von niemand kein Zufahl mehr, als wir eine lange Zeit gehebt haben, damit die Gottsleuth seynd auffgangen von selbem Zufahl.

„Damit haben sich die Walser jetzt geeignet, die vorhin seynd frey geseyn. Wo sich ein Walser oder Walserin verheuret under die Gottshaussleuth, da weren die Kind alle des Gottshauss, die hat man noch bisshar behebt mit Recht vnd Vrtheil, das do hat dreyhundert Gulden kostet [121]); jetzund seynd sie eigen Leuth worden; darvon wir kein Zufahl mehr haben, weder Gottshauss, noch Gottshaussleuth. Vnd dieweil sie sich geweigert haben, vnd die im Brettigöw, zu Malans [122]) vnd Gerins, auch vmb Meygenfeld vnd in Montavon, die allsamen numen gehorsamb seynd noch wöllen seyn, weder mit Tagwen, Fassnachthennen, noch mit Fählen; dann welche in des Landtsfürsten Gericht sitzen, die meynen, sie sigen die Fähl numen schuldig, dieweil es die anderen numen geben, besunder dieweil sie mit ihnen brauchen Wunn vnd Weid mit denen, die auch nit Fähl geben. Vnd wann man die Fähl soll ziehen, so muss man mit Recht vnd mit Noth ziehen, so get dem Gottshauss mehr Kosten darauff, dann ein Fahl werth seyge.

Darbey mag man betrachten, was dem Gottshauss daraus erwachsen möchte, dann der Schad, der dem Gottshauss vor Jahren zugefügt ward, kam allein von der Fählen wegen.

„Vnd wiewohl Ihr wöllen meynen, wann mann die Fähl abliesse, so hät man nutz mehr von den Gottshaussleuthen; so hat man noch den Tagwen vnd die Fassnachthennen vnd die Frevel, vnd auch das Jährlich Gelt, das man jetzt auf wolt richten für die Fähl zu geben. Vnd darumb so land uns nit entgelten, dass wir gehorsamb vnd willigklich haben gethan die Hulde Eweren Gnaden, dann dester ehe die Gottshaussleuth vnd das Gericht bey einanderen bleiben u. s. w.“ [123]).

Mit Vergünstigung Wolf Dietrichs von Ems, Vogtes der Herrschaft Bludenz und Sonnenberg, so wie Ludwig Blarers, Abtes zu Einsiedlen und Propstes zu St. Gerold, wurde durch Oswald Garnutsch, Untervogt zu Bludenz, Rudolf Wolf, Hans Bernhart, Lorenz Frey, Jörg Bipp, Jörg Huser, Stadtschreiber, alle Bürger und des Raths zu Bludenz, und Sigmund Schädler, alt Ammann zu Sonnenberg als Sprecher und Tädinger — ein gütlicher und ewiger Tausch beschlossen zwischen Kalixt Wintergrun, Sebius Durrig, Hans Lorenz und Philipp Galleren als Gewaltträger gemeiner Hofjünger in Montavon an einem — Hieronymus Spachart, Bartholomäus Rudolf und Gabriel von Plov (Plon) als Gewaltträger der Genoss- und Gotteshausleute zu St. Gerold am andern Theile. Der Tauschvertrag enthält: 1. Alle die Hofjünger von Montavon, welche im Blumenegg'schen Kreise sitzen oder künftighin daselbst sich niederlassen, sind, solange sie nicht wieder über die Alfenz in das Montavon ziehen, aller Pflicht, Dienstbarkeit, Steuer u. s. w. gegen die Herrschaft Bludenz und die Hofjünger in Montavon ledig und los; dagegen aber in allem diesem dem Gotteshaus St. Gerold und den Genossen [124]) daselbst pflichtig. Doch vorbehalten — falls sie wieder in das Montavon über die Alfenz, es sei gen Stallär, Aruns [125]) oder selbst in das eigentliche Montavon ziehen, daselbst sitzen und haushalten würden, so treten sie wieder in das frühere Verhältniss zu der Herrschaft Bludenz und zu den Hofjüngern in Montavon. 2. Dagegen sind die Gotteshausleute, welche in Montavon sitzen, oder dahin künftig ziehen, ebenfalls von aller Verpflichtung gegen St. Gerold frei und ledig, ausgenommen jedoch, wenn sie wieder in den Blumenegg'schen

Kreis zurückkehren würden. Gegeben am Donnerstag nach Sanct Gallentag (19. October) 1531 [126]).

Am 26. Hornung 1544 starb Ludwig II. Blaarer von Wartensee, aus St. Gallen, Abt zu Einsiedeln vom 8. August 1526 an. Ihm folgte in dieser Stelle Joachim Eichhorn aus Wyl, erwählt am 27. März d. J. Er erbaute die Propstei St. Gerold von Neuem.

„Zu wissen, dass auf Sonntag vor Martini (9. November) 1544 hat Franz Landtmann, derzeit Vogt zu Vaduz, das Lehen (der Propstei St. Gerold) empfangen in Namen des Grafen Hansen Ludwigen von Sulz, seynd ihme die nachfolgenden Artickel, auch der Hoffrodel und demnach der Eyd fürgehalten, darauff er geschworen.

„Dess ersten soll man kein Gottshauss Mann zu St. Gerold weders thürnen [127]) noch plöcken [128]), der zu vertrösten hat, vnd nit malefitzisch Händel betrifft, so doch einen vertrösten will vnd Tröstung zu geben hat.

„Weiter soll auch dess Gottshauss Eyd vor dess Schirmherren Eyd gahn, wie von Alter her.

„Item mehr soll kein Schirmherr kein Gottshaussmann kein Tagwen buten zu thun, was einer von Buts wegen nit thun will.

„Item mehr, so das Gottshauss ald ein Gottshaussmann auf anderer Gericht gladen vnd dess Schirmherrn noth seyn wurd, so sollen dess Schirmherrn Ambtleuth mit einem, so sie erfordert werden, mitfahren doch in deren Costen, so seinen bedörffen.

„Item mehr, soll man kein Gottshaussmann nöthen an keinem so man vmb kein Vrsachen fachen [129]) will, heissen helffen, es wäre dann Sach, dass man einen fachen solt, der nit vertrösten wolt, ald einen, der Malefitzisch verleumbt wäre, vnd ein Ambtmann nit weiter Hilff haben möcht.

„Item so soll der Schirmherr ditz Gottshauss vnd die Gottshaussleuth lassen beliben bey ihren alten guten Bräuchen, Gerechtigkeiten, Ehafften vnd sie auch darbey Schirm geben, vnd schirmen — darumb man ihm das Schirmgelt gibt.

„Item so soll auch kein Vogt kein Gottshaussman, noch Gottshauss Fraw nüt straffen noch nüt übel handlen soll, ohne eines Probsts Willen.

„Item dass der Graff zween Gottshauss Mann an seinem Gericht hab, die da vernemmen am Gericht, ob etwas Gottshauss halber an gemeltem Gericht gehandlet u. s. w.

„Vnd ist man nit schuldig, dass das Gottshauss in seinem Gericht kein Herrenmann haben soll.

„Item zum andern, so ist er schuldig, das würdig Gottshauss, auch die frommen Gottshaussleuth zu schützen, schirmen, handhaben bey ihren Freyheiten, Gerechtigkeiten, alten guten Gewohnheiten vnd Bräuchen, vnd sie nit darvon trengen, noch nöhten, namblichen das ist ditz alt Herkommen, dass er keinen Gottshauss Mann, wellicher das Recht will vnd mag vertrösten, weder plöcken noch thürnen vnd das Recht von ihme nemmen, vnd bey dem Rechten lassen bleiben".

„Lechen Eyd.

„Ihr werden schweren meinem Gnädigen Herrn Hrn. Joachim von Gottes Gnaden Abbt zu den Einsidlen, seiner Gnaden vnd des Gottshauss Nutz fürderen, seinen Schaden warnen vnd wenden, vnd alles das thun, so ein Lechenmann seinem Lechenherrn schuldig ist zu thun von des Lehen wegen, sonder wo ihr wüssend verschwigne Lechen, ald in künfftig innen wurdend, dieselbigen meinem Gnädigen Herrn, oder seiner Gnaden Ambtleuth anzuzeigen, alles bey guten Trewen, ohne all böss Gefährde; auch dess Gottshauss vnd seine eigen Leuth bey vorgemelten Articklen vnd des Gottshauss Rodels Innhalt beschirmen, handhaben vnd bleiben lassen" [180]).

Im Jahre 1548 wird als Propst zu St. Gerold erwähnt: Rudolf Brunold aus Rapperschwyl.

Am 4. Mai 1550 verleiht Joachim den zur Propstei St. Gerold gehörigen grossen Hof zu Schnifis, nach Absterben des Gerold Wirbel und seines Bruders Ludwig Wirbel, welche denselben inne gehabt, Buschen und Jakob Wirbel, Ludwigs sel. Söhnen, auf Lebenszeit gegen einen jährlichen Zins auf Martinitag von 5 Pfund Pfenning (ein Pfund zu 17 Batzen gerechnet) [181]).

„Nos Joachimus Dei gratia Abbas loci Heremitarum vniversis et singulis praesentes litteras inspecturis, lecturis auditurisque salutem in domino exoptamus sempiternam; Certioresque facimus omnes, quorum nosse fuerit opportunum hisce litteris, quod nimirum ex indultu Pontificis maximi Pauli huius nominis tertii simul ac libero consensu Thomae Reverendissimi epi diocesis Curiensis (hoc tamen ne-

gotium omne instituent) atque impetrante Nobili Achille de Altmanshausen regio Quaestore ac Patrefamilias domus ad Rönsberg inibi animo cooperante consecravimus vtique Sacellum fabre exstructum cum altari contiguum domui praenominatae, ejusdemque nobilis appropriatae, in honorem certe sanctae Mariae Magdalenae, Evangelicae illius poenitentiariae, principaliter, tum B. Barbarae Virginis ac martyris, S^tae^que Crucis necnon B. Oswaldi Patronorum illius Sacelli consecrati, etiam num in reverentiam reliquiarum sanctarum in ipso altari rite reclusarum: B. sc. Mauritii ac Legionis christianissimae Thebaeorum necnon s^tae Eutropiae Virg. et M. Eo porro tempore ac loco praesentibus ac nobis astantibus corporaliter Ven. Dno. Joanne Spūs Praeposito in Frysen ad B. Geroldum, Conventuali loci Heremitarum, Dno. parocho Cumpifani Vito Inda, M. Dno. Laurentio Haberstro, Pastore in Schlins, denique Dno. Joanne Gentzle ac Dno. Thoma Zecher Sacellanis Veldkirchensibus pluribusque aliis tam Nobilibus quam ignobilibus Xtānis aut fidelibus, quos omnes necessitate urgente in testes hujusmodi Pontificii actus concelebrati loco congruenti asciscimus, denique neminem latere volumus, quod dedicatio ejusdem Capellae singulis de caetero annis proxima dominica post sti. Hilarii Epī festum peragatur. Nos vero ex authoritate Apostolica ad tempus in hac parte nobis concessa omnibus vere poenitentibus, confessis et contritis, qui etiam in dedicatione saepius dicti sacelli seu festivitatibus Patronorum praescriptorum illud ipsum sacellum devote visitaverint XL dies de vera indulgentia in forma Ecc̄sae consueta misericorditer in Dno. relaxamus. In quorum omnium ac singulorum fidem testimoniumque praemissorum praesentes litteras fieri nostrique sigilli appensione jussimus et fecimus communiri. Haec vero acta sunt anno a Virgineo partu M. D. L. VII 2do Calend. Novembris, litteris subinde his datis Veldkirchii anno ut supra ddē. proximo XIV° Calend. Decembris“ (31. Oct. 1557)[182]).

Abt Adam von Einsiedeln verleiht Oswalden Garnutsch, Gerichtsschreiber zu St. Gerold, für sich, seine Kinder und Kindeskinder Wieswachs und andere Güter zu Schnifis gegen einen Jahreszins von 2 Pfund, 2 Schilling und 6 Pfenning. Gegeben am Samstag nach St. Ulrichs Tag (9. Juli) 1569[183]).

Im Jahre 1573 wurde unter Abt Adam Her von der Gemeinde zu St. Gerold beschlossen, jährlich am 19. April das Fest des heil. Gerold feierlich zu begehen[184]).

Am Samstage vor Philippi und Jakobi Tag (30. April) 1575 hat Juvenalis Krederer, Vogt zu Vaduz, als bevollmächtigter Lehenträger der Gebrüder Kristoph, Rudolf und Karl Ludwig, Grafen zu Sulz u. s. w. die Vogtei Friesen von dem Fürstabte Adam zu Einsiedeln im Beisein des Ulrich Wittwiler, Dekans, und des Moriz Mösslin, Propsten zu St. Gerold, wiederum zu Lehen empfangen [185]).

Im Jahre 1579 kam das Zerwürfniss zwischen dem Abt Adam und der Regierung zu Schwyz so weit, dass der päpstliche Legat Joh. Franz Bonhomius jenem befahl, dem Sturme auszuweichen und sich nach St. Gerold zurückzuziehen. Adam ernannte hierauf den Dekan Ulrich Wittwyler zum Pfleger des Klosters und wanderte nach St. Gerolds Zelle, wo er sechs Jahre verblieb [186]). Kaum hier angekommen, liess er über den Gebeinen des frommen Stifters ein Mausoleum bauen, das heute noch vorhanden ist [187]).

Kaspar Graf von Ems zur Hohenems pilgerte nach dem „finstern Walde“ Einsiedeln. Hier „singulari pietatis et devotionis zelo ad gloriosissimam Virginem perpetuam, Mariam Dei Genitricem, praecipuam suam Patronam . . . . divinitus inspiratam“ übergibt er dem Stifte die Hälfte des ihm und dem Gotteshause Einsiedeln zuständigen Pfarrsatzes (Jus patronatus) der Pfarrkirche zu Schnifis. Aus Dankbarkeit verspricht ihm der Konvent, diese Schenkung in das Album der Wohlthäter des Stiftes einzutragen und in einem besonderen Jahrtage zu Einsiedeln und zu St. Gerold seiner, so wie der Familie in ewiger Zeit zu gedenken [188]).

Fürstabt Adam verschied am 3. (4.) Mai 1610 in einem Alter von 77 Jahren. Sein Wirkungskreis war die Himmelführung des schlichten Bergvolkes, dessen guter und milder Hirt er war und vor Allem der Mentor der Geistlichkeit aus Nah und Fern [189]).

Als zwischen der Propstei St. Gerold einerseits und den Inhabern der Alp Agthawald, Badmeistern zu Lateres und den Unterthanen zu Rankweil anderseits wegen des Weidganges in der nach St. Gerold gehörigen Alp Frutz Zerwürfnisse und Späne obwalteten, wurde endlich auf Befehl des Erzherzogs Max von Österreich, Herrn von Tirol, von einem dazu beiderseits ernannten Ausschusse ein Spruch gethan: „Erstlich soll der Berenstock oder Berenkopf ain Markh seyn, darnach von demselben Berenstock Schnur rechts der Geräde nach durch das Thal herüber biss in das

Khäpfflin gegen den Wiestin vnd der Khäserin [140]) werts, Madeynregg genandt; volgendts von demselben Khäpflin dem Huersch [141]) oder Grat nach hinumb vnd hinab biss an das Gottshauss Sanct Gerold Alpelin, das vnder Frützelin genandt.

„Es mögen auch die von Sanct Gerold die obangezaigten Blösin, vnder den Thunen oder Khäserin gelegen, raumen, seuberen vnd niderhalten.

„Weitter mögen die von Sanct Gerold einen Throyen [142]) oder Weg machen von des Gottshauss St. Geroldts Frutzelin, bis in desselben Gottshauss Mayensäss, bey den Ainhornen genandt, gelegen, welcher Weg fünff vnd dreysig Werchschuech brait seyn solle". Gegeben im Palaste Hohenems den 21. Februar 1612.

Am 7. Mai 1611 schreibt Augustin Reding von Biberegg, Fürstabt von Einsiedeln, an den Erzherzog Maximilian, Herrn von Tirol, unter Anderm, dass am Grabe des heil. Gerold zu Frisen viele Wunder geschehen [143]).

In den Jahren 1611, 1612 und 1613 wurden zwischen Einsiedeln und dem Grafen Rudolf von Sulz Verhandlungen gepflogen wegen des Ankaufes der Herrschaft Blumenegg. Sie wurde zu 219.711 Gulden 25 Kreuzer angeschlagen. Die Anzahl der Eigen- und Gotteshausleute, so wie der Hintersassen in und ausser der Herrschaft wurden zu 1727 Personen berechnet.

An Schulden hätte Einsiedeln 58.668 Gulden 9 Bzn. 1 Hell. zu übernehmen gehabt [144]).

Augustin, Abt des Gotteshauses Einsiedeln, belehnte am 26. April 1614 den Sigmund Hornstein, J. U. Dr., Stellvertreter des Abts Georg von Weingarten, Herrn von Blumenegg, mit der Vogtei Friesen [145]).

Bevor die Huldigung der Gotteshausleute und der Unterthanen der Herrschaft Blumenegg am übermorgigen Tage zu Bludesch vor sich ging, las, im Beisein des Propstes Joh. Wolfgang Müller, P. Christoph Hartmann folgende Erklärung ab:

„Demnach der Hoch- vnd Ehrw. Herr Hr. Georgius Abbte des würdigen Gottshauss Weingarten die Herrschaft Blumenegg von dem Hoch- und Wolgeb. Hrn. Hrn. Rudolph Grafen zu Sulz u. s. w. kheufflichen an sich khauffen vnd gebracht vnd an jetzo die Huldigung vnd erstellung der Aydtspflichten sowol von den Gottshausleuthen der Probstey St. Geroldt als andern der Herrschafft Leuthen

erfordert würdt, zu dero vollziehung diser Zeit vnd Mahlstatt angesetzt vnd erwünt [146]). Wann dann der Hochw. Fürst vnd Herr Hr. Augustin Abbte des würdigen Gottshaus Einsidlen, Herr vnd Probst zu St. Geroldt die Vogtey Früsen dem Hochw. Herrn Hrn. Georgio Abbte des würdig Gottsh. Weingarten vnd anstatt derselbigen verordneten Lehentragern verlihen, allso bit vnd ermandt der vorgenant Hochw. Fürst vnd Herr Augustin euch Gottshaussleuth zue St. Geroldt, dass ir obgenandtem Hochw. Herrn Hrn. Georgio Abbten des würdigen Gotsh. Weing. das gepürende Huldigung zue thun vnd prestiren vnd alles das jhenig laisten vnd geben wöllen, was wir einem Vogt der Vogtey Friesen vnd Schirmherrn geben vnd schuldig gewest seindt, alles getrewlich vnd vngevarlich, doch dass söllich aydt Iren Fürstl. Gnaden Gottshauss Einsidlen, dessen inkorporirte Probstey St. Geroldt, denselbigen Leibeignen Leuthen an derselbigen Gerichts Herrlichaiten, Forst, Frevel, Buessen, Freyhaiten, Recht vnd Gerechtigkhaiten, alten Herkhommen vnd gepreuchen vnd allem dem jhenigen, so bishero üblich vnd vnüblich gewesen, in kheiner weeg praejudicirlich vnd nachthailig sein solle" [147]).

Nachdem Fürstabt Georg Wegelin von Weingarten die Herrschaft Blumenegg mit allen ihren Rechten am 7. Februar 1613 von dem Grafen Rudolf zu Sulz gekauft hatte und von dem Fürstabte Augustin von Einsiedeln mit der Vogtei Friesen belehnt worden, huldigten die Unterthanen von St. Gerold dem Prälaten von Weingarten als Schirmvogte des Gotteshauses St. Gerold am 28. April 1614.

Bei Gelegenheit dieser Huldigung wurde von Seite des Gotteshauses Weingarten den Bergleuten zu Vallentschinen, Plons, Plancken und auf dem Gassnerberg versprochen, ihnen nach Vermögen verhilflich zu sein zu einer eigenen Pfarrei und einem Pfarrhofe, sowie nicht weniger sie bei ihrer Begräbnissstätte zu St. Gerold „inmassen sie selbe hergebracht" und in allen übrigen verbrieften und unverbrieften Rechten, Gerechtigkeiten u. s. w. zu schirmen.

Von Seite der Unterthanen oder Gotteshausleute zu St. Gerold sind in der Handfeste, die zu Bludesch ausgestellt worden, unterschrieben: Kaspar Breuss, Keller, und Oswald Garnutsch, Gerichtsschreiber zu St. Gerold [148]).

Am 21. März 1620 beauftragte Kaiser Ferdinand II. den Bischof Heinrich von Augsburg, den Abt Bernhart von St. Gallen und den Grafen Haug von Montfort-Tettnang, in den zwischen der Propstei St. Gerold und dem Stifte Weingarten als Herrn von Blumenegg entstandenen Rechtsstreitigkeiten zu Güte oder Recht zu entscheiden.

Der Propst hatte nämlich Klage erhoben über die von Blumenegg'schen Beamten verübte Verletzung der St. Gerold'schen Gerichtsbarkeit, dass sie „in territorio S. Geroldi Civilische Fehler abstraffen, der Probstey seinen Zins in Arrest gelegt, auch eingezogen: Jörgen Christen mit Gefängknuss nachgesetzt, Marchen aufgericht, Pannmeister gesetzt, Mandaten in der Kirchen der Propstey verlesen lassen, dem Probst den Zapffen gespert“ [149]).

Dem am 2. März 1629 verstorbenen Abt Augustin I. Hofmann von Einsiedeln folgte in der Regierung am 9. März gl. Jahres Placidus Reymann aus Einsiedeln. Im folgenden Jahre nahm der neue Prälat die gewöhnliche Huldigung der Unterthanen von St. Gerold entgegen. Gegen diese Unterthanenhandlung legte der Abt von Weingarten Widerspruch ein, da er die Huldigung als ein Recht der Herrschaft Blumenegg ansprach [150]). Hierauf folgte vom Einsiedlischen Abte Wahrung seiner Rechte, so dass er unter Anderm mit der Gegenmassregel der Verweigerung einer vom Abte Franz zu Weingarten erbetenen Investitur (mit der Schirmvogtei Frisen) antwortete [151]).

Marx Jakob, Johann Kaspar, Otto Rudolf, Johann Hyrus und Heinrich Hyrus von Schönau in Schwerstatt und Stein u. s. w., Gebrüder, vergaben „ex affectu et amore, quem erga monasterium Heremitarum singularem gerunt“ diesen Gottesleuten den Kirchensatz (ius patronatus) der Pfarrei Nüziders. Geschehen zu Schwertstadt am 15. Mai 1632 [152]).

In Folge der Vertheilung von Kriegsleistungen kam es zwischen dem Obervogte der Herrschaft Blumenegg und der Propstei St. Gerold, welcher damals P. Christoph Hartmann vorstand, zu Irrungen und Stössen. Dass der Streit bis zu nahen Gewaltthätigkeiten von Seite des Obervogtes geführt hat, beweist folgendes Schreiben des Propstes Hartmann vom 29. Mai 1633, welches er durch P. Meginrad an den Fürstbischof von Cur sandte: „Subita et deproperata haec mea scriptio est, quia subito hodie et improviso

a Weingartensi Praefecto et ceteris Ammannis opprimor, imo dilaceror, fortunisque prope omnibus evacuor, ni citius mihi occurratur. Adeo potestas laica et tenebrarum in me et monasteriolum meum saevit debachaturque . . . Atque dolendum profecto, hos homines in tantam temeritudinem et sevitiam degenerari potuisse, ut etiam Christum in suis tangere non formident" u. s. w. Er bittet den Bischof um schleunige Hilfe [153]). Der Bischof half insoweit, als er gegen den damaligen Ober- oder Landvogt — Johann Rudolf von der Halden zu Haldenegg — den Bann aussprach [154]).

Joseph von Mohr, Fürstbischof von Cur, erkennt, dass der Propst zu St. Gerold vi decimarum aut ex vi contractus de sarcienda medietate tecti Ecclesiae parochialis keineswegs verpflichtet sei, zum Bau oder zur Unterhaltung des Pfarrhofes zu Bludesch Etwas beizutragen. Geschehen im Pfarrhofe daselbst am 6. Januar 1634 [155]).

Es verlangen Bischof Heinrich von Augsburg, Johann Wilibald, Fürstabt von Kempten, Abt Pius von St. Gallen und Graf Haug von Montfort-Tettnang als Beauftragte des Kaisers von dem Abte Franz zu Weingarten Aufschluss über die neuerdings zu St. Gerold vorgenommenen Verhaftungen Seitens Blumenegg'scher Beamten; namentlich darüber, ob dieselben mit Wissen und Willen des Einsiedlischen Abtes geschehen seien. Gegeben zu Füssen am 10. März 1635 [156]).

Im bischöflichen Besuchsberichte vom Jahre 1639 wird bereits schon als ein alter Brauch erwähnt, dass die Pfarreien Schlies und Schnifis „feria 2da Rogationum" einen Bittgang nach St. Gerold halten.

Am 28. April 1643 belehnen Placidus Abt, Dekan und Convent von Einsiedeln den Melchior Omli [157]), Leibeigenen und Gotteshausmann zu St. Gerold, gesessen zu Schnifis, mit dem daselbst gelegenen, der Propstei St. Gerold zuständigen grossen Hof auf Lebenszeit gegen einen Jahreszins von achthalb Pfund Pfenningen [158]).

Im Jahre 1649 wurde ihm unter'm 3. Christmonat „propter merita et fidelia servitia monasterio et Praeposituræ exhibita" dasselbe Lehen bestätigt und ausgedehnt ad unum gradum descendentium [159]).

Im Namen und Auftrage der Gotteshäuser Einsiedlen und Weingarten schliessen Nikolaus von Deuring zu Erkheim, kaiserl. und fürstl. Kempt'scher Rath, Pfalzgraf und Bürgermeister zu Ravensburg, und Johann Rudolf von der Halden zu Haldenegg, alter Landvogt der Herrschaft Blumenegg, einen gütlichen Vergleich [160]) betreffend die obere und niedere Herrlichkeit und auch die Vogtei Friesen, sowohl in den zwei Bergen Plons und Planken, als ausserhalb über die St. Gerold'schen Gotteshausleute. Der Vergleich lautet: 1) überlässt das Gotteshaus Weingarten jenem von Einsiedeln nicht bloss die beiden Berge Plons und Planken, sondern auch Vallentschina und Gassnerberg, von der Mitte des Garseller Tobels bis zur Mitte des Wörlins Tobels (so jetzt des Jennis Tobel heisst) mit allem ihrem Bezirk und Umfang von der Lutz bis auf die Höhe, mit aller hoher und niederer Gerichtsbarkeit [161]), Obrigkeit, Oberherrlichkeit, mit Grund und Boden, Holz und Feld, Gebot und Verbot, Steuern, Abzug, Einzug, Frohnen u. s. w., Mühlen, Schmidrechten, allen Ehehaftinen, Jagdrechten von allem Wild „hoch und nidern, schwarz und roth Wildpreth sambt dem kleinen Weidwärkh, fliegends und stirbends, sambt allem Vogelrecht, Beizen, Bürschen, Fischenzen“ — kurz mit allen Rechten und Herrlichkeiten, wie sie die Herrschaft Blumenegg vor dieser Übergabe besessen, geübt, behauptet und hergebracht hat.

2) Sollen hiemit des Gotteshauses Einsiedeln und der Herrschaft Blumenegg Leute also gegen einander ausgewechselt sein, dass von jetzt an in den obgenannten vier Bergen keine Herrschaftsleute, dagegen in der Herrschaft Blumenegg keine Gotteshausleute mehr sein sollen; und es soll fürderhin des Gotteshauses Märzgericht zu Bludesch aufgehoben sein.

3) In Betreff der Verwaltung des „Malefiz“ ist bedingt worden, dass das Gotteshaus Einsiedeln die Untersuchung, den Angriff und Beifang, auch die peinliche Frage haben solle; wann es aber „Malefizgericht“ anstellen würde, soll zwar der Prozess vor dem St. Gerold'schen Gerichte förmlich geführt, jedoch von der Herrschaft Blumenegg, zumal diese von dem Kaiser und Reich mit dem Blutbann belehnt ist, geleitet und gestabt werden; von dieser soll der St. Gerold'sche Stabhalter oder Richter sammt zugehörigen Gerichtsleuten beeidigt, und der ganze „malefizische“ Prozess auf des Gotteshauses Einsiedeln Kosten geführt werden. Im Übrigen soll die Herrschaft

Blumenegg keine Gewalt haben und die Klage muss im Namen des Gotteshauses Einsiedeln geschehen; auch die eingezogenen Güter fallen jedem Theile von den Seinigen zu; die Begnadigung aber geschieht beiderseits „sambtlichen“ [162]).

4) „Solle keintweder Oberkeit des andern Vnderthanen arrestieren, oder ohne Recht bekümberen, es seye dann, dass einer in Malefitz Sachen erwischt oder Recht versagen wurde“.

5) Der Schnitz in den vier Bergen, wie solcher an die Herrschaft gekommen ist, verbleibt dem Gotteshause Einsiedeln, vorbehalten jedoch die Reichs- und Kreisanlagen sammt der Kammergerichtsunterhaltung nach Betreffniss. Ferner dass die Einwohner in den vier Bergen mit der Beherbergung der Kriegsleute und andern Kriegsbeschwerden, die des Reichs oder Kreises wegen vorfallen möchten, sowie in allen andern gemeinen Land- und Herrschafts-Kriegsnöthen ins gemeine Mitleid nach Betreffniss ihres Theils gezogen, aber nicht mehr denn andere beschwert werden sollen.

6) Sollen zu Erhaltung freien Laufs des Gewilds von beiderseits Gränzen keine „Einspring“ gemacht und das Hagen und Bestecken daselbsten gegen einander gänzlich vermieden werden.

7) Das Gotteshaus Weingarten überlässt dem von Einsiedeln und der Propstei St. Gerold die Fischenzen in der Lutz von Garsellen bis zum Ausgange des Wehrlintobels.

8) Die bisher den Herren zu Blumenegg verliehene Vogtei Friesen sammt der damit verbundenen Schirmvogteisteuer und Rechten ist abgethan und tod: dagegen soll das Einsiedlergotteshaus keinen andern Schirm annehmen.

9) Weingarten verleiht gleichfalls an Einsiedeln die in den vier Bergen etwa enthaltenen Bergwerke.

10) Es begibt sich ebenso des Zehntens von dem nach St. Gerold gehörigen Weingarten, der Zizer genannt, ob der Landstrasse zu Bludesch gelegen, welcher bisher mit der Propstei St. Gerold in gemeinschaftlichem Eigenthumsverhältniss gestanden war.

11) Es spricht als Inhaber Blumeneggs die in dieser Herrschaft gelegenen Häuser und Güter von allen Abgaben und Leistungen auf ewige Zeiten frei und ledig.

12) Es tritt sein Recht zur Errichtung einer neuen Pfarrkirche ab, also dass das Gotteshaus Einsiedeln eine neue Pfarrkirche auf-

bauen und alle die allgemeinen und besonderen Rechte haben möge, die das Gotteshaus Weingarten von dem St. Johannskrankenhause wegen oder auch Einsiedeln hat — jedoch den Pfarrherren und Kirchen zu Ludesch, Türringen und Bludesch bis auf gebührenden Abtrag und geschehene Vergleichung unbeschadet.

13). Beiderseits ist beredet und bewilliget worden, falls der eine oder andere Theil etwas von der Herrschaft oder Propstei St. Gerold veräussern wollte, soll es einer dem andern „tam iure vicinitatis quam affectionis" zuvor antragen und feilbieten, sowie das Zugrecht auf Monatsfrist anerkennen.

14). Es sollen die nunmehr St. Gerold'schen Unterthanen der vier Berge innerhalb ihres Bezirkes mit Brenn- und Bauholz, Weidgang, Trieb und Tratt sich behelfen.

15). Die der Herrschaft Blumenegg auf jenen vier Bergen noch rückständigen Bezüge sind vorbehalten und die Propstei verspricht dazu ihre Beihilfe.

Schliesslich verspricht das Gotteshaus Einsiedeln zum Ersatze so vieler Rechte die Summe von 30.500 Gulden.

Es unterschreiben den Vergleich Plazidus Abt, auch Dekan und Konvent von Einsiedeln, Dominikus Abt, Prior und Konvent von Weingarten, sowie auch Nikolaus von Deuring und Johann Rudolf von der Halden u. s. w. Gegeben den 24. November 1648 [168]).

Folgenden Tages erschienen zu St. Gerold vor dem Propste P. Martin Kachler, P. Kolumban Ochsner, P. Eberhard Ranck und P. Hieronymus Widmer, Mitglieder des Konvents zu Einsiedeln, ferner P. Plazidus Kessering, Prior des Stiftes Weingarten, und Konrad Weltin, zur Zeit Keller und Richter zu St. Gerold; diese Herren begaben sich auf den Platz ob der Propstei-Ringmauer, wo die Unterthanen versammelt waren. Zunächst entband Nikolaus von Deuring im Namen des Gotteshauses Einsiedeln die St. Gerold'schen Leibeigenen, welche in der Herrschaft Blumenegg sesshaft waren, ihres Eides, ihrer Pflicht und der Leibeigenschaft, durch welche sie zu dem Abt von Einsiedeln und der Propstei St. Gerold zu stehen hatten, und übergab sie den Herren von Weingarten.

Das Gleiche im umgekehrten Falle geschah durch Johann Rudolf von der Halden zu Haldenegg in Betreff der Blumen-

egg'schen Unterthanen, die jetzt und künftighin in den vier Bergen Vallentschina, Plons, Plancken und Gassnerberg wohnhaft sind und sein werden. Er entband sie des Eides der Erbhuldigung u. s w. und übergab sie dem Gotteshause Einsiedeln. Darauf ermahnte er sie, Ihren fürstlichen Gnaden dem Abte zu Einsiedeln zu huldigen, was sie auch in dieser Form, die er ihnen vorlas, thaten: „Weilen dann nun anjetzo das fürstlich Gotteshaus Einsiedeln vnd der Hochwürdig Fürst vnd Herr, Herr Plazidus, jetzt reg. Abbt daselbsten, ewer recht natürlich Oberhaupt, Herr vnd Oberkeit ist, als werden ihr sambt vnd sonders Ihr fürstlich Gnaden, anstatt dem Gotteshauss, hinfüro nit allein für ewer aller vnzweifenliche Hoch- und Nidere Oberkeit erkennen, haben vnd halten, sonder selbiger auch in dero Namen einem Probst vnd nachgesetzten Gwalthabern trew, gehorsamb vnd gewärtig seyn, Ihro vnd dero Gottshauss Nutz vnd Frommen in allen müglichen Sachen fürderen, dem Schaden bestens Fleiss fürkommen, auch hierüber ein jeder die Huldigungs Pflicht vnd Eydt, mit Auffhebung ewer drey fordern Schwer Fingeren thun vnd folgende Wort nachsprechen: „„Was mir anjetzt vorgehalten worden ist, vnd ich wohl verstanden habe, deme will ich getrewlich geleben vnd nachkommen, so wahr mir Gott helff vnd alle liebe Heyligen““. Schliesslich wurde auch das Gericht der vier Berge besetzt, die Gerichtsverwalter sammt dem Weibel ernannt und von ihnen folgender Eid geleistet: „Ihr werden schweren einen leiblichen Eydt zu Gott vnd allen Heyligen, dem Hochw. Fürsten und Herren, Hrn. Plazido, Abbten dess fürstl. Gottsh. U. L. F. zu den Einsidlen u. s. w. Meinem Gnädigen Fürsten vnd Herrn, wie auch dem Hoch. Ehrw. Geistlich. Edlen und Hochgelehrten Hrn. P. Martino Kachlern, hochermelts Fürstl. Gotteshauses Konventherrn vnd Probsten bey St. Gerold u. s. w. dero Nachgesetzten vnd Ambtleuthen trew vnd hold zu seyn; Ihro Fürstl. Gnaden wie auch dem Hrn. Probsten vnd ermelten Gottshäusser Nutzen fürderen, vnd Schaden wenden nach bestem Vermügen. Ihr werden auch schweren, in allen Vrthlen, dabey ihr sitzen, zu urtheilen dem Armen als dem Reichen, dem Frömbden als dem Heimbschen, ihr werden auch schweren in allen Räthen vnd Vrthlen, dabey ihr sitzen, solche verschwigen zu halten biss in das Grab, es werde euch dann von dem Richter oder der dessen Gewalt hat, befolchen zu offenbahren: Ihr werden auch schweren, allwo ihr bey vnfridlichen Sachen, oder Palg Händel seyn wurden, gebührende

Tröstung zu machen. Ihr werden auch schweren, alle fräffelbare Sachen Ihro Fürstl. Gnaden. oder dem Hrn. Probsten eheist oder längst am Zeitgericht getreulich anzuzeigen. Ihr werden auch schweren, dass ihr an disen vier Bergen Malefitzische Persohnen, es seyen Ketzer, Mörder, Schelmen, Dieben, Hexen vnd Vnholden, falsche Müntzer oder auch dero, die faltsche Māss vnd Gewicht gebrauchen, oder sonst dergleichen Misshandlungen begiengen. wüssten, vnd in Erfahrung brächten, solche alsbalden anzuzeigen, damit selbige eheist zur Gefangenschafft vnd gebührendem Abstraffen gebracht werden. Ihr werden auch weiter schweren, alles dasjenige zu thun vnd zu verrichten, was ein jeder Gerichtsmann allzeit zu thun schuldig ist vnd darbey nichts ansehen, weder Münsch noch Gaab, weder Gunst noch Forcht, weder Freündtschafft noch Feindschafft, sondern was die liebe Gerechtigkeit mit sich bringet getrewlich vnd ohne alle Gefährde" [164]).

Als die Gemeindsleute von Bludesch die Pfarrkirche zu St. Jakob daselbst neu bauen wollten, erhob sich zwischen ihnen und den Leuten zu Vallentschina, Plons und Planggen Irrung und Span. Jene meinten nämlich, dass diese als alte Kirchgenossen von Bludesch, welche früher stets zum Kirchenbau daselbst geholfen und ihre Begräbnissstätte auch da besitzen, zum neuen Kirchenbau beizutragen verpflichtet seien. Diese dagegen weigerten sich, weil sie die Pfarrkirche zu Bludesch nicht besuchen, sondern jene zu Türingen. Auf Antrag der Äbte von Einsiedeln und Weingarten wurde der Streit durch den Propst zu St. Gerold, P. Martin Kachler, und Johann Rudolf von der Halden-Haldenegg am 15. Wintermonat 1649 dahin verglichen, dass 1. die St. Geroldischen Unterthanen des Pfarrverbandes mit Bludesch gänzlich entlassen werden; 2. der Messner von Bludesch das Rauchkorn an den genannten drei St. Geroldischen Orten, wie er es bisher noch gethan, nicht mehr fordere; 3. dieselben drei Orte die Begräbnissstätte zu Bludesch so lange noch behalten, bis sie eine eigene Pfarrkirche erhalten; 4. dieselben drei Orte für die Auslösung von der Pfarrei zu Bludesch 700 Gulden an baarem Gelde bezahlen sollen und verpflichtet seien, sechs Kirchenfenster glasen und einsetzen zu lassen [165]).

Am 7. Herbstmonat 1651 erlässt Johann VI. Flugi-Aspermont, Fürstbischof von Cur, den Gemeinden Sonntag und Rag-

gal die Verpflichtung, künftighin das Fest des heil. Gerold als Feiertag zu begehen.

Die Propstei kauft von dem Erzherzog Ferdinand Karl am 12. Heumonat 1657 dessen bei Rankweil gelegene Alpe und Maiensasse, nebst der darin gelegenen Waldung, genannt Propstwald, sammt aller und jeder Jagdgerechtigkeit, hoher und niederer Gerichtsbarkeit, so in diesem Bezirk einbegriffen und sich von der Wüste bis an Frutzbach, ferner in die Höhe bis an den Grat des Berges bei 1525 Klafter der Länge und Breite nach erstreckt — um den Betrag von 1200 Gulden [166]).

P. Martin Kachler, Propst, verkauft dem Landammann und Gericht der Herrschaft Sonnenberg alle die Gotteshausleute, welche in der genannten Herrschaft unter und ob der Brücke gesessen und bisher der Propstei mit Steuer und andern Schuldigkeiten verpflichtet gewesen sind — um 750 Gulden Hauptsumme. Der Kauf geschah am 17. Heumonat zu St. Gerold in Beisein des genannten Propstes, der Väter Paul Betschart und Romanus von Uri, dann des Johann Nasal, Landammann der Herrschaft Sonnenberg, des Salomon Salomon, Altlandammann, des Marx Schneider, des Gerichts daselbst, Kaspar Stoss und Joseph Lutz von Nenzingen. Abt und Konvent sprachen ihrerseits die Gutheissung aus am 22. Januar 1661 [167]).

„Federicus Borromaeus Dei et Apostolicae Sedis gratia Patriarcha Alexandrinus ac S. S. Domini N. D. Alexandri P. P. VII. ejusdemque S. Sedis ad Helvetios et Rhaetos etc. cum facultate Legati de Latere Nuntius etc. Possessionem a Reverendissimo Abbate Einsidlensi ejusdemque Venerabili Monasterio imperturbate ab immemorabili tempore hactenus exercitam visitandi et regendi tam in spiritualibus quam in temporalibus Praeposituram S. Geroldi tanquam predicto Monasterio annexam et incorporatam iisdemque gaudentem privilegiis et exemptionibus ac ipsum monasterium, praecipue quod in ea animarum cura non exercetur, declaramus per nuper a Reverendissimo Episcopo Curiense vel ejus Vicario Generali attentatam visitationem et aliquas ab eodem contra Benedictinae Congregationis ordinarios Visitatores jactationes nullatenus praejudicatam aut laesam, sed eam in pristino robore, vigore ac observantia secundum legitime competentia monasterio jura et a summis Pontificibus concessa Privilegia continuandam fore et esse, donec idem Dominus

Episcopus vel ejus successores sufficientibus documentis aliter in Petitorio deduxerint ac probaverint. In quorum etc. Datum Lucernae die 8. Jan. 1661" [168]).

Im Jahre 1663 wurden nach langem Nachsuchen die Gebeine des heil. Gerold in der Gotteshauskirche eingemauert gefunden — „sie haben einen himmlischen Geruch zur Verwunderung der Anwesenden von sich gegeben" [169]). Abt Plazidus, unter welchem die Erhebung der Gebeine geschah, liess den heil. Leib nach Einsiedeln übertragen. Nachdem derselbe theuer eingefasst, mit Gold und kostbaren Steinen reich verziert worden, wanderte er wieder nach seiner alten Ruhestätte zurück und wurde gerade an seinem Festtage in dem genannten Jahre mit grossem Gepränge und unter starkem Zulauf der frommen Bergbewohner in der neuen Propsteikirche beigesetzt. Allsogleich begann der Heilige durch neue Wunderwerke zu leuchten [170]).

Am 5. Wintermonat 1666 verkauft P. Justus Erler, Propst, dem Landammann und beiden Gerichten zu Rankweil und Sulz alle Steuer- und Genossleute, welche in den beiden Gerichten sesshaft, aber verpflichtet sind, jährlich nach St. Gerold Leibsteuer, Tagwen und Fastnachthennen zu verabreichen — um 185 Gulden Reichswährung. Der Kauf ist geschehen zu St. Gerold in Gegenwart des genannten Propstes, der Väter Ulrich Frideli, Eberhard Omlins u. s. w., des Kaspar Weltin, Ammanns zu St. Gerold, Michael Ludescher derzeit Landammanns beider Gerichte, Anton Sonderegger und Landesfähnrich Jakob Sturn. Die fürstäbtliche Genehmigung folgte am 17. Christmonat gl. J. [171]).

Aus dem Jahre 1694 ist uns erhalten ein „Verzeichnuss der Lehen bey vnd vmb St. Gerold".

„Erstlich der grosse Meyerhoff zu Bludesch.

„2. Lehen vmb die Güter Billwald vnd Blandiletsch.

„3. Lehen vmb Wisswachs vnd andere Güter zu Schniffis. Diese Güter seynd samentlich verkaufft worden vmb das Jahr 1676.

„4. Lehen vmb ein Wisen Pluttschan zu Schniffis, ist auch verkaufft.

„5. Lehen vmb den Zehenden zu Nitziders im Wallgew.

„6. Lehen des grossen Hoffs zu Schniffis. Ist 1693 vmb 30 Gulden jährlichen Zinses gelichen worden.

„7. Lehen des grossen Erblehen Hoffs zu Rankweyl zinset järlich der Propstei auff S. Florini Tag 13 lib. den.

„8. Lehen vmb den halben Theil des völligen Zehenden in den 3 Kirchspihlen Bratz, Thalas vnd zum Klösterlin.

„9. Lehen des vierten Theils des Hoffs Schgansewen, samt dem Mad Heuwachs Bofa genannt.

„10. Lehen des Guts Gartung.

„Handlehen der Propstei.

„Der Lehenhoff Schgansen haltet in sich 8 Kuhe Hewwachs.

„Jedes Kuhe Hewland des Hoffs gibt järich auff St. Florin 1 Gld. 17 Kr. 1 H. der Propstey Lehenzinss.

„Es seynd noch andere Handlehen am Gassnerberg.

„Item auff Planggen“ [172]).

Einen nicht unwichtigen Beitrag zur Geschichte des Unterthanengeistes und der bürgerlichen Entwickelung überhaupt bietet folgendes Schriftstück:

„Am 8. May Anno 1695 . . . verreisten Ihr Fürstl. Gnaden, sambt den Hrn. Patribus P. Ambrosio Büntiner Procuratoren zu Bellentz und P. Augustino Federspill, H. Canzleren Carl Dominico Betschart, H. Amman Geörg Fuchs, Weibel Adam Willi als Cammerdiener, und Marchstalleren Franz Kälin, biss nacher Pfeffikon, von dorten nacher St. Gerold, allwo sie den 10. Mey auff den Abend glücklich ankommen. Sobald Ihr Fürstl. Gnaden dero Territorium erreicht, ist das Geschütz zu St. Gerold lossgebrent, Ihr Fürstl. Gnaden mit 12 Schützen beneventiert, under dem Himmel [173]) mit Leuttung der Gloggen, von dem Hrn. Probsten P. Benno Zimmermann, und übrigen allda anwesenden Patribus mit einer kurzen Oration, die der Hr. Probst gethan, und Kindlichen Respect Ehrenbietigst empfangen worden, nachdem sich Ihr Fürstl. Gnaden bedanket, ist sie in die Kirchen gangen und hat den Anwesenden die Benediction geben, under welcher noch einmahl das Geschütz gelöst worden.

„Folgenden Tages nach Mittag haben sich der Ammann und Richter bey Ihr Fürstl. Gnaden anmelden, und in aller Underthanigkeit vmb gnädige Audienz bitten lassen; nachdeme sie solche erhalten, haben selbige Ihr Fürstl. Gnaden folgende drey Puncten proponiert.

„Erstlich befinden sie sich nit wenig beschwert, zumahlen der Herrschaft St. Gerold praejudicierlich zu seyn, dass die Güter nit an demjenigen Orth, wo solche gelegen, von den Besitzern, sonder wo einer den grösseren Theyl seiner Mittlen hat, müssen verschnitzet werden [174]). Vermeinten hiemit, dass der Herrschafft St. Gerold gar vil erspriesslicher, wann ein jeder seine Güter, wo solche gelegen, verschnitzen wurde, lauth dem Kaufbrieff wegen St. Gerold und Blumenegg.

„Zum andern wolle man ihnen zu ungesunden Zeiten die Begräbnuss auff Thüringen und Ludesch verweigern, desswegen sie Ihr Fr. Gn. underthänigst bitten, dass sie durch Ihre hohe Vermittlung ihnen vätterlich dahin verhelffen wolten, damit ihnen der Pass zu der Begräbnuss benandtlichen Blangenberg auf Thüringen, und zu der, für den Gosner Berg, zu dem halben Theyl, auf Ludesch in Blumenegg gelegen, gestattet werde.

„Drittens ware ihre demüthige Bitt, dass man sie wegen dem fronen in Gnaden considerieren und die Frontäg auf einen gewüssen Numerum setzen wolte, dann wegen dieser Beschwerd, die jenige, so Mittel haben, auss der Herrschafft hinweg ziehen, andere aber aussert der Herrschafft Gesessne, sich dahin einzuheurathen abgeschreckt werden, worauss anders nichts, als eine Erarmung der St. Geroldischen Vnderthanen zu vermuthen.

„Über disen Vortrag haben Ihro Fürstl. Gn. in diser Substanz geantwortet, dass sie ganz geneigt in den zweyen ersteren Puncten ihnen alle Vätterliche Assistenz zu leisten und dahin trachten werde, die Sachen dahin so vil möglich einzurichten, das si consoliert und getröst sein mögen.

„Was aber das Fronen belange, habe man sie biss dahin gantz gnädig und milt gehalten, werde auch in das künfftige gegen ihnen alle Discretion brauchen, sie sollen considerieren, wie vil härter andere zu fronen angestrengt werden, und was sonsten sie von der Propstey St. Gerold für grosse freywillige Gnaden wegen dess Gottsdiensts, Begräbnuss etc. geniessen, sollen also billich diss alles mit höchsten Dank erkennen, vnd ihnen nit einbilden, dass Ihr Fürstl. Gn. selbsten des Gottshauss Recht des Fronens halber abzuändern oder auf gewüsse Täg, dann solche ohngewessen [175]), zu stellen den Gewalt hätten. Wohl aber versichern Sie selbige nochmahlen, dass man sie auff ihr underthäniges Wohlverhalten, schul-

dige Treuw und Gehorsambe, mit aller gnäd. Miltigkeiten ansechen werde.

„Umb dise Vätterlich- und gnädige Erklärung haben sie sich in aller Underthänigkeit zu fehrneren Gnadenhulden recommendirt, und sind mit Vergnügen hinweggangen.

„Den 12. Mey (wahre der Auffartstag) haben Ihr Fürst. Gnaden umb 7 Uhren celebriert, darauf der Gottsdienst gehalten worden; nach vollentem Gottsdienst haben sich die St. Geroldische Underthanen 142 Mann stark, mit Under- und Obergewehr, Fahnen, Trummel und Pfeiffen, gehorsamblich eingefunden, sich in dem Hoff praesentiert, in guter Ordnung vmb das Kloster gezogen, und alsdann sich in die Kirchen begeben, allwohin Ihr Fürstl. Gnd. von H. Probsten P. Benno Zimmerman, P. Antonio à Beroldingen, P. Columbano Summerer, P. Sigismundo Gios Pfrundherrn zu Blons, P. Mauritio à Fleckenstein, P. Geroldo Raiman, welche sich diser Zeit sambt dem P. Leontio Brunner, der aber an dem Podagra zu Bett lage, zu St. Gerold befanden, wie auch von P. Ambrosio Püntener und P. Augustino Federspill, welche beyde Ihr Fürstl. Gnaden mit sich auff die Reiss genommen, Item von H. Rentmeister und Landschreiber zu Blumenegg, von Hr. Pfarrherr zu Niziders und übrigen bey sich habenden Abwahrt begleitet, sich verfüget haben, allda hochermelt Ihr Fürstl. Gnaden sambt übrigen Herrn, sich in die hierzu bereitete Sessel niedergesetzt. Hierauff hat der Cantzler mit einer kurtzen Red die Underthanen ihrer obhabenden Pflicht erinneret, den Gruss abgelegt, und sie versicheret, dass Ihr Fürstl. Gn., gleichwie sie sich aller Trew, Underthänigkeit und schuldigen Gehorsambs versehen, also auch gegen ihnen jederzeit alle vätterliche Affection und Vorsorg für dero zeitlich- und ewiges Heyl erzeigen werden u. s. w.

„Nachdeme hat H. Cantzler, nach vorhergegangner Ermahnung wohl auffzumerken, ihnen die Offnung von Puncten zu Puncten abgelesen. Hierauff der Amman, welcher alle Underthanen verzeichnet hatte, einen nach dem andern mit Namen und Geschlecht geruffen, die gegenwärtig waren, mussten mit dem Wörtlein „hier“ antworten, die Abwesende aber wurden verzeichnet, damit solche seiner Zeit zu der Gebühr auch können angehalten werden. Alsdan wurde ihnen nachfollgender Eydt durch Herrn Cantzler abgelesen.

„„Ihr Gottshauss Leuth sollen schweren, alle gemeinlich und
ıder insonderheit dem Hochwürdigen Fürsten und Herrn, Hr. Ra-
hael Abbten des Fürstl. Stüfft- und Gottshauses Einsidlen, und allen
ıinen Nachkommen auch H. Probsten allhier, Ihr Fürstl. Gnaden und
ıro Wurdigen Gottshauss und jemahligen H. Probsten treuw und
horsamb zu seyn, ihr Frommen, Nutz und Ehr zu befürderen, den
haden und Nachtheyl zu wahren und zu wenden, dess Gottshauss
ırrlichkeit und Gerechtigkeit helffen behalten und beheben, ihro
nbtleüthen, und Gerichten gehorsamb und gewärtig zu seyn, und
es dasjenige zu thun, was underthänig gehorsamen Underthanen
thun von sich selbsten gebührt, alles getreüwlich und ohnge-
ırlich.““

„Hierauff die Underthanen ermahnet worden, alle insgesambt
re Schwörfinger auffzuheben und nachfolgende Wort, die H.
ıntzler ihnen vorsprechen werde, nachzusprechen:

„„Was mir da vorgelesen worden, hab ich verstanden das will
ı wahr und steth halten in allen seinen Puncten und Articlen, ge-
iwlich und ohne alle böse Gefährde, so wahr mir Gott helffe und
e seine Heilige.““

„Dise Worte haben sie mit auffgehebten Schwörfingern gantz
twillig ohne einige Weigerung nachgesprochen und das homa-
ım praestiert, also dass Ihr Fürstl. Gn. eine gnädige Satisfaction
d Vergnügen hiervon getragen haben.

„Nach vollendeter Huldigung sind die Underthanen widerumb
den Hoff gezogen, sich in die Ordnung gestelt, und haben ihr
ırstl. Gnaden mit Freudenschützen und zweymahligen Salve ihre
schworne Treuw nachmahlen bestättiget. Disem nach wurde jedem
ı Maass Wein, Brod und Käss gegeben. Darnach ist man zur Taffel
ngen, und wurde erstens zu angefangener Ihr Fürstl. Gnaden Ge-
ndheit, 2. zu dess H. Bischoffs zu Cur, und 3. zu H. Praelaten zu
'eingarten dapffer geschossen.

„Den 13. verbliben ihr Fürstl. Gnaden zu St. Gerold, spatzier-
n nach Mittag nacher Blons, und wurden allda von dem H. Pfarr-
ır und Pfarrgenossen mit aller Ehrenbiethigkeit empfangen mit
ım Creutz, welches Ihr Fürstl. Gnaden geküsst und dem Volk in
ır Kirchen die Benediction geben. Den 14. Mey sind Ihr Fürstl.
ıad. mit ihrem Comitat umb 12 Uhr nach Mittag von St. Gerold,
lwo in der Nacht ein Schnee gefallen, wider abgereist, verbliben

zu Veldkirch übernacht, biss dahin Ihro P. Columbanus und P. Mauritius von St. Gerold sambt H. Hutsch von Veldkirch auffgewartet. Am Abend haben Ihr Fürstl. Gnaden der Statt Pfarrherr und P. Rector complimentiret“ [176]).

Augustin Reding von Biberegg, Fürstabt von Einsiedeln, hielt am 17. Heumonat 1670 ein „Capitulum generale“, in dem verordnet wurde „zu grösserer Ehre des hl. Geroldi, dass man die Horas im Chor zu St. Gerold bette, jedoch dass mans nach Belieben widerumb abendern könne“ [177]).

Am 9. August 1671 nahmen auf Befehl des Fürstabtes Augustin Dekan P. Basilius Stricker, Lazarus Heinrich, Kanzler von Einsiedeln, in Beisein des Propstes P. Wolfgang Weisshaupt, P. Gabriel von Waldkirch, P. Friedrich Helmlin und P. Eberhard Omlin, unter der Linde zu St. Gerold die Huldigung der Unterthanen entgegen.

Als aber der Kanzler diesen die Eides- oder Huldigungsformel vorgelesen und sie aufgefordert hatte, die Schwörfinger aufzuheben und nachzusprechen, ist dies „wider alles Verhoffen schandtlich und spöttlich von statt gangen. Dann wir gesehen, dass ihrer vil auch auss den Richteren, ein oder der ander, noch nachsprechen, noch auffheben wöllen, ohnangesehen sie ernstlich von den Herren ermahnet worden: dessenthalben auch vnser Amman Welti einem Widerspennigen die Halleparten auf den Grind geschlagen, welcher ihme geantwortet, wann andere aufheben, will ich auch auffheben. Auf welches die Herren nit unbillich hoch bestürzt worden, sonderlich auch, dieweilen als nach dem Act die Underthanen mit ihren Rohren ein Frewden- oder Ehrenzeichen zu geben ermahnt worden, nur zween ihre Rohr gelösst, die andern theils weder Pulver, noch Bley gehabt, theils sonsten nit wöllen parieren.“ Der Grund dieser Handlungsweise lag in einem Übereinkommen der Unterthanen, nicht eher zu huldigen, als dass mit den Frohnen eine Milderung geschehe: denn sie hätten über Gebühr und Schuldigkeit Frohndienste zu leisten.

Folgenden Tages (dem des Laurenz) wurde die Mannschaft nach vollendetem Gottesdienste aufgefordert, zurückzubleiben. Dekan, Kanzler und Propst verwiesen ihr die gestrige Auflehnung und verlangten, dass die, welche nicht geschworen, von denen, die es gethan haben, sich sondern sollen. Zur grossen Verwunderung

stellten sich aber Alle auf die Seite derjenigen, die geschworen haben sollten, und nun aufgefordert, dem Kanzler einen Handeid zu leisten, leisteten ihn Alle ohne Ausnahme.

Darauf aber stand N. Weibel auf einen Stuhl und begehrte im Namen der Unterthanen Milderung der Frohndienste, oder Ablösung. Die geistlichen Herren antworteten, man werde die Sache Ihro fürstl. Gnaden mittheilen und weiter sehen, wie die Aufwiegler zu strafen seien.

Fürstabt Augustin ertheilte dem Propste Befehl, die Urheber der Umtriebe nach Gebühr zu bestrafen.

Da bei der folgenden Huldigungshandlung am 6. Januar 1672 nicht weniger als 41 Junggesellen in der Fremde weilten, wurde die Ruhe nicht weiter gestört [178]).

Im gleichen Jahre wurden die drei Altarblätter der Kirche zu St. Gerold angefertigt.

Am 5. Wintermonat desselben Jahres kam Fürstabt Augustin in Begleitung des P. Subprior Bonifaz Tschupp in St. Gerold an. Während seiner Anwesenheit und in seiner Gegenwart wurde ein Versuch gemacht, die Gebeine der beiden Söhne des hl. Gerold, der sel. Kuno und Ulrich, in der Kirche, wo sie begraben liegen, aufzufinden. Der Anfang wurde bei dem Altare des hl. Antonin gemacht, wo der sel. Kuno liegen sollte. Weder in der Mauer, wo man die Gebeine enthalten vermuthete, noch in der Erde wurde Etwas gefunden. Ebenso wenig gelangte man zu einem Ergebniss, als man nach der Abreise des Prälaten bei dem Altare bis zum Grabe des Propstes P. Christoph Hartmann und bis zur Treppe, die unter dem Chorbogen liegt, Alles aufgraben und durchsuchen liess [179]).

Der gleiche Abt belehnt am 21. Christmonat 1686 den David Sonderegger, Jakob Weber, Georg Frick, Georg Breuss und Jakob Heusle von Neuem mit dem zur Propstei St. Gerold gehörigen grossen Erblehenhof zu Rankweil gegen einen jährlichen Zins von 13 Pfd. Pfenning [180]).

Udalricus, Epus. Cur. cum ipsi pro parte incolarum et inhabitatorum loci in Blons et Valletchina, sub eccsa. parochiali S. Stephani in Tyringen expositum esset, quod a praefata eccsa. parochiali adeo remoti sint, ut ob viarum asperitatem et hyemis intemperiem ad eandem accessus saepius si non impossibilis, dificillimus certe sit, et ideo sibi novae parochiae erigendae facultatem

peterent, separat locum Blons a parochiali eccsa. S. Stephani in Tyringen et noviter aedificatam Capellam Immaculate Conceptae Virginis Mariae in Blons cum suo loco usque ad Vallem inter Blons et Planck sitam, germanice Rivitobel nuncupatam parochialem eccsam. erigit, sed cum seqq. clausulis: 1. ut novae parochiae fundatio parocho annuatim reddat ducentos florenos monetae imperialis in fixo; 2. ut provideant incolae ad servanda sarta tecta necessariis; 3. Jus patronatus, quod incolae unanimi consensu monasterio Einsidlensi cesserunt, ad illud spectabit; 4. statuitur, quod parocho debentur circa stolam et alia accidentia; 5. pro recognitione parochiani singulis annis parocho Tyringensi circa festum S. Martini in parata pecunia sex florenos persolvant; et ut quotannis in festo D. Annae ad eccsam. parochialem in Tyringen, uti etiam hactenus consuetum fuit, Processionem solemnem instituant. Ne vero piorum fundatorum memoria penitus intereat, aliique ad similia pietatis officia exstimulentur, parochis omnibus futuris injungitur, ut singulis mensibus unum Sacrum privatum pro iisdem applicent.

Dat. Curiae die vigesima Februarii Anno Dni. 1689. Ind. XII.

Udalricus Episcopus Cur.

L. S.[181]).

Am 2. Christmonat 1738 starb P. Basilius Bickel seines Alters im 49. Jahre. Er war gebürtig aus St. Gerold und frühzeitig in das Stift Einsiedeln eingetreten[182]).

Lorenz Müller, während der Zeit von 50 Jahren Ammann und Schreiber zu St. Gerold, verfasste ein Testament, dessen achter Artikel also lautet: „. . verordne ich für die zwey Berge Plangen und Gassnerberg an ein neue Pfarrei in der Löbl. Probstey St. Gerold aufzurichten 1000 fl. mit folgender Bedingnuss, dass wann beyde Berge auch angelegt wenig oder viel an die Pfarrey zu geben, dasselbe soll angelegt werden, drey vierten Theil nach dem Schnitz, ein achter Theil auf die Communicanten und ein achter Theil auf die Häupter, und wann wider alles Verhoffen, aus was Ursachen es immer geschehe, die Pfarrey innerthalb sechszehen Jahren nicht aufgericht würde, so sollen obgemelte 1000 Gld. sammt allen gefallenen Zinsen der allhiesiegen Spen-Bruderschafft[183]) ewig eigen zugefallen sein, wovon der jährliche Zins den Hausarmen, zu halben Theil den zwei Bergen Blons und Vallentschinen, der andere halb Theil Plangen und Gässnerberg solle gegeben werden“[184]).

Dieses Vermächtniss, aufgesetzt am 5. Heumonat 1735, wurde am 4. April 1739 erneuert und gesetzlich bekräftigt am 10. Brachmonat 1739 durch Christian Jagg, damaligen Schreiber zu St. Gerold.

Bereits schon im Jahre 1743 hatten bei Gelegenheit des bischöflichen Besuchs die Leute der beiden Berge Plancken und Gässnerberg, welche theils nach Türingen, theils nach Ludesch eingepfarret waren, eine Trennung von diesen Kirchen und die Errichtung einer eigenen Pfarrei zu St. Gerold beantragt.

Endlich trat auch am 28. Herbstmonat 1746 zu St. Gerold ein Ausschuss zusammen, um dieses Geschäft zu prüfen. Derselbe bestand aus Christian Batlogg, Provikar und bischöflichen Kommissar, sowie Pfarrer in Bürs, P. Joachim Wilt, Propst zu St. Gerold, und Johann Georg Frickhner, Oberamtmann der Herrschaft Blumenegg, und Engelbert Tschofen, Pfarrer zu Bludenz als Schriftführer. Vor ihm erschienen als Bittsteller Lorenz Burtscher, Gerichtsammann zu St. Gerold, und Gerold Boll, mit Beizug des Franz Borgia Weinzierl, Doctor der Heilkunde; dann als Betheiligte Nazar Ammann, Pfarrer zu Türingen und Kammerer des Drususkapitels, sowie Johann Alphons Baur von Lichtenau, Pfarrer zu Ludesch.

Von den besagten Bittstellern wurden folgende Gründe der beabsichtigten Absonderung angegeben:

1. die $1\frac{1}{2}$—2 Stunden betragende Entfernung von den Pfarreien; wodurch

2. nach den besondern Naturverhältnissen der Kirchgang nicht wenig gehindert werde, ja im Winter zeitweise gänzlich aufhöre. In solchen Fällen müssen Kranke ohne Sterbsakramente, Kinder ohne getauft worden zu sein sterben.

3. Da in der Propsteikirche zu St. Gerold an Sonn- und Festtagen drei, vier bis fünf Messen gehalten werden und sie daselbst auch die Begräbnissstätte haben, so gehen die Leute gemeinlich dahin zur Kirche, so dass sowohl Kinder als Erwachsene oft viele Jahre hindurch die Mutterkirche nicht betreten, und folglich des göttlichen Wortes aus dem Munde ihres Seelsorgers und die Jugend des Religionsunterrichtes entbehren, „mithin zu besorgen, es dörfte mitlerzeit das Glaubensliecht vollständig erlöschen vnd hingegen die

dickhe finsternus in dem wahren Glaubensliecht die überhandt gewinnen."

Zwar bieten die Väter der Propstei „ex motivo mere charitativo" das Jahr hindurch hie und da Gelegenheit für Predigt- und Religionsunterricht; da dies aber ohne Verpflichtung geschieht, kann es auch zu jeder Stunde unterlassen werden.

4. Wird das Vermächtniss Lorenz Müllers erwähnt.

Die betheiligten Theile, als der Oberamtmann von Blumenegg, als Vertreter des Patronus, und die beiden genannten Pfarrer von Türingen und Ludesch erklären, dass sie, gleichwie das Reichsstift Weingarten „intuitu periclitantis animarum salutis" in die Trennung willigen, unter der Bedingung, dass die beiden Pfarrkirchen und ihre Vorstände für den ihnen daraus erwachsenden Schaden hinlängliche Genugthuung erhalten.

Was diese Genugthuung betrifft, einigte man sich nach vielen Hin- und Herreden über folgende Punkte:

a) Dieser Vergleich soll dem Gotteshause Weingarten in seinen Rechten u. s. w. nicht im Geringsten Eintrag thun;

b) den in der Folge getrennten Gassner- und Blankenbergbewohnern bleibt „respectu fabricae Eccsae. aedium parochialium und des dazu gehörigen Viehstalles"[185] die frühere Verpflichtung „intuitu reparationis" u. s. w.;

c) den Pfarrherren zu Ludesch und Türingen sollen alljährlich pro indemnisatione: diesem 8 Gldn., jenem 2 Gldn. 30 Krzr. bezahlt werden;

d) ebenso sollen sich die nun Gesonderten mit den Messnern dortselbst abfinden;

e) dem Pfarrherrn von Ludesch soll der ihm bisher zugestandene Kälber- und Kornzehent am Gassnerberge verbleiben[186].

Am 30. Januar 1747 erlaubt Joseph Benedikt, Freiherr von Rost, Fürstbischof von Cur, nachdem er den Bericht des obgenannten Ausschusses geprüft und die Gründe für eine Trennung hinreichend gefunden hat, den Leuten des Gassner- und Plankenberges die begehrte Lostrennung und die Errichtung der Pfarrei St. Gerold, vorausgesetzt, dass das Reichsstift Weingarten obigen Vergleich gutheisse und das Stift Einsiedeln die mit der Propstei St. Gerold abgesehene Einverleibung der neuen Pfarrei annehme[187].

In einem Schreiben vom 4. August gl. J. erklärt sich Nikolaus, Abt von Einsiedeln, bereit, in die Errichtung der Pfarrei St. Gerold zu willigen, wenn diese Last verbunden würde mit „einiger Ergötzlichkeit, welche von keiner andern Beschaffenheit bestehet, als in einer vollkommenen Vnabhängigkeit vnd Befreyung ab ordinariatu". Es sei hierzu des hochw. Fürstbischofs Gemüth ganz geneigt, so dass es jetzt bloss noch an gütiger Einstimmung des Domkapitels hafte. Er bittet darauf den Domdekan Johann Anton Freiherrn von Federspiel — an den er den Brief richtet, — seinen Wunsch bei der nächsten Sitzung des Domkapitels zu unterstützen [188]).

Am 21. Hornung 1776 lösen Karl Weber und Fidel Lengle, Inhaber des dem Kloster Einsiedeln zuständigen Lehenhofes zu Rankweil, genannt St. Geroldshof, die Rechte des Stiftes gegen 400 Gldn. ab.

Marianus, Abt von Einsiedeln, schreibt am 28. Brachmonat 1778 an den Fürstbischof Dionys von Cur, dass sowohl er als auch das Kapitel des Stiftes bereit seien, die zu errichtende Pfarre der Leute von Plancken und Gassnerberg der Propstei St. Gerold einzuverleiben und die dortige St. Antoniuskapelle zum Baptisterium zu bestimmen auf die Bedingung, dass sowohl das örtliche wie das persönliche Ausnahmsverhältniss, in welchem die Propstei von Rechtswegen steht, dadurch uneingeschränkt verbleibe [189]).

Am 6. Heumonat darauf wiederholen der Ammann Johann Hartmann und der Schreiber Johann Jakob Lorenz von St. Gerold im Namen der Leute von Planken und Gassnerberg bei dem Fürstbischofe zu Cur die dringendste Bitte um endliche Errichtung der Pfarrei St. Gerold [190]).

Am 12. Wintermonat sandte der genannte einsiedlische Abt den Stiftsdekan Beat Kittel nach Cur, dass er die letzten Schwierigkeiten in Betreff der Errichtung der Pfarrei zu St. Gerold beseitige und die Abfassung der Trennungsurkunde veranlasse [191]).

Am 22. Wintermonat versammelten sich dann zu St. Gerold der Ammann Johann Hartmann, Johann Jakob Lorenz, Schreiber daselbst, ferner Johann Hartmann, Christian Türtscher, Franz Jenni, Mathias Müller, Christian Turtscher und Christian Martin vor P. Beat Küt-

tel, Stiftsdekan zu Einsiedeln, und P. Michael Schlagetter, Propst zu St. Gerold, und bedankten sich sehr für die vom Stifte übernommene Seelsorge der beiden obgenannten Berge, und übertrugen im Namen der Leute dieser beiden Berge das Jus patronatus mit der Freiheit für die neue Pfarrei einen Regular- oder Weltpriester als Pfarrer anzustellen, dem Stifte Einsiedeln. Zugleich versprechen sie, dass, falls durch milde Stiftung der Bau einer eigenen Pfarrkirche ermöglicht würde, sie die Handarbeit frohnweise und unentgeltlich verrichten wollen [182]).

„Dionysius ex Comitibus de Rost, Dei et Aplcae. Sedis gratia Episcopus Curiensis etc.

„Universis et singulis praesentes literas inspecturis Salutem in Dno. sempiternam.

„Pro parte dilectorum Nobis in X^to^. Frisensis territorii montium Gassnersis et Plankensis incolarum habitatorumque expositum Nobis fuit, a respectivis parochialibus Ecclesiis suis in Thüringen et Ludesch, viarum longinquitate, plus etiam asperitate furente potissimum hyemis inclementia et nivium praecipitantium periculis ita disjunctos esse, ut nec universe divinis interesse officiis, nec sacramentis refici pro religionis studio, nec excoli quantum necesse esset, doctrina X^tna^. possent; summoque versari in discrimine, ne extremis morientium subsidiis sacerdotisque adsistentis adjutorio priventur; provisum quidem a longissima memoria fuisse a Ven. Praepositura Sangeroldina solo divini honoris studio ducta, quod tamen, utrum sperare perpetuo liceret, omnino incertum haberent; fundationem quorundam piorum concivium suorum liberalitate factam, nondum quidem sufficientem, ad quinque tamen florenorum millium et quingentorum summam auctam habere: quae quidem omnia obtinendae eo securius separationis a Parochiis suis dismembrationisque in spem eos adducerent, qua de causa etiam proque parochiae propriae jure humiliter Nobis supplicarent.

„Nos igitur omnibus iis, quae cedere ad majorem Dei gloriam, fideliumque excitandae, conservandae augendaeque pietati inservire, animarumque succurrere periculis in Dno. videntur, pro nostro officio et pastorali sollicitudine summo studio intenti cumque potissimum ex disquisitionis fel. record. Praedecessoris nostri Josephi Benedicti mandato jam facta actis aliisque Nobis exhibitis de precum veritate constaret, Rectoribus ecclesiarum matricium in Thüringen et Ludesch,

imperialique monasterio Weingartensi tamquam patrono minime invitis, piis petentium desideriis benigne adnuere cupientes, eosdem dioecesanos Nostros a praedictis Parochiis suis auctoritate Nostra ordinaria et delegata separavimus et divisimus et futuris temporibus separatos et divisos esse volumus, parochiam novam novumque ibidem Parochiale beneficium erigentes, constituentes et ordinantes, plenamque et liberam potestatem fontis Baptismalis, Coemeterii et Sepulturae aliorumque Insignium parochialium omnium dantes et concedentes. Ut tamen litibus et dubiis occurratur

I°. Beneficium hoc novum parochiale juxta Normam arbitramenti Borromeani de anno 1665 erectum censeatur, quod in omnibus et nunc quidem, quantum rebus ut sunt constitutis potest, servandum erit.

II°. Cum vero parochialis nova Eccsa. extra Monasterii Sangeroldiani septa aedificari ob insufficientiam modernae fundationis nunc nequeat, Abbas cum consensu sui Capituli Einsidlensis ad subditorum suorum solatium adjacens S. Antonini sacellum pro Baptisterio, Tabernaculo et decenti sacrorum Oleorum repositione benevole offert; quin etiam pro singulari erga Episcopum reverentia ejusdem sacelli, tanquam Ecclesiae parochialis ad usum interim concessae visitationem in ipso tamen actu ordinariae et solius episcopalis visitationis exercendam admittit.

III°. Inviolata per hoc maneat majoris Eccsae. cum reliquo toto Praeposituraе recinctu exemptio eidem alias competens localis aeque ac personalis — salva tamen in parochum Episcopi tanquam delegati summae Sedis, negligente Abbate, auctoritate.

IV°. Interea Praepositus mortuo remoto antecessore Curiae Episcopali se sistere per literas adprobationemque petere ipse tanquam parochus Superior teneatur, sine taxis obtinendam.

V°. Si autem contingat, quod vehementer optatur, ut extra septa Praeposituraе propria erigi et aedificari Ecclesia aliquando possit, tunc eo loco, quo parochia Blonsensis, in omnibus habeatur.

VI°. Beneficium hoc parochiale regulare maneat, ac juxta Borromaeanum Monasterio Einsidlensi incorporatum; jus quoque Patronatus de unanimi incolarum consensu ad idem Monasterium cum pleno jure pertineat.

VII°. Erga Parochos et aedituos in Thüringen et Ludesch ad ea teneantur novi parochiani, de quibus inter se amica-

biliter convenerunt; ipsa vero parochia nullis aliis obligationibus obstricta maneat.

VIII^{vo}. Parocho sive seculari sive regulari ducenti floreni annui persolvantur, quam primum Capitale sex millium florenorum completum fuerit; stolaeque jura ut in Blonsensi parochia salvi sint.

IX°. Quae praeterea ex reditibus annuis fundationis ultra hos ducentos florenos superfuerint, pro reliquis parochiae necessitatibus impendantur, inspiciendorum tamen ratiociniorum jus visitationis generalis tempore penes Episcopum maneat.

„Quae omnia et singula auctoritate nostra ordinaria et a S. Sede Apostolica ex decreto Concilii Tridentini delegata, omni meliori modo, via, jure et forma praesentium tenore de Cathedralis etiam Capituli nostri consensu statuimus, ordinamus, declaramus.

„In quorum fidem praesentes has exarari jussimus manu et sigillo nostro munitas Curiae in residentia nostra Episcopali Pridie Idus Aprilis MDCCLXXIX. Indictione XII.

Dionysius Episcopus Cur.

L. S. Georg Schlechtleutner

Canc.“ [193]).

Auf geschehenes Ansuchen seitens des Propstes von St. Gerold, des P. Mathaeus Ackermann, vom 18. Herbstmonat 1795 verlegt am 26. darauf Karl Rudolf Fürstbischof von Cur die Kirchweihe zu Blons und St. Gerold auf einen und denselben Tag — nämlich auf den dritten Sonntag je im Weinmonat.

Durch den am 25. Hornung 1803 zu Regensburg geschehenen Reichsdeputationshauptschluss kam ausser Fulda, Corvei und der Reichsstadt Dortmund auch das Stift Weingarten sammt seinem Blumenegg, wie auch die Propstei St. Gerold und die Pflegei Bendern an den Erbprinzen Wilhelm Friedrich von Nassau-Oranien, welchem sein Vater Wilhelm V. (gest. 1806) am 29. Brachmonat 1802 seine Ansprüche abgetreten hatte, als ein Theil seiner Entschädigung für die Erbstatthalterschaft Holland [194]). Ein Bevollmächtigter des Prinzen kam am 17. Weinmonat zu St. Gerold an, um im Namen seines Herrn Besitz zu ergreifen. Einsiedeln erhob jedoch Gegenvorstellungen und bewirkte so viel, dass dem Stifte das Herrschaftsgut, die Weinberge, Alpen und alles bisherige Eigenthum unterm 23. März 1804 als Lehen überlassen wurden.

Nach einem Vertrage zu Lindau vom 23. Hornung 1804 kaufte Österreich die Herrschaft Blumenegg mit der Propstei St. Gerold von dem genannten Inhaber[195]). Die Huldigungsfeier vollzog sich unter unbeschreiblicher Freude und ungetheiltem Jubel, sowie der allgemeinsten Theilnahme des Volkes auf dem freundlichen altehrwürdigen Huldigungsplatze bei St. Anna, unfern Thüringen.

Im Pressburger Frieden vom 26. Christmonat 1805 fiel Vorarlberg der Krone Baiern zu. Diese theilte das ehemalige Gericht Sonnenberg, Bludenz, die beiden Herrschaften Blumenegg und St. Gerold nebst Damüls und Tannberg im Jahre 1806 dem neuen Landgerichte Sonnenberg zu[196]).

Das Stift Einsiedeln erhielt von der österreichischen Staatsverwaltung laut Hofkammerbeschlusses aus Wien vom 31. Mai 1839 wieder das Propsteigut St. Gerold um 8277 Gldn. 20 Krz. C. M. gegen Übernahme aller Patronatsrechte und Lasten und mit Vorbehalt des Wiedereinlösungs- oder Heimfallrechtes. Ferner wurde mit Hofkanzleibescheid vom 27. Januar 1842 demselben die Ausübung des Patronatsrechtes über die Pfarreien St. Gerold, Plons, Nüziders und Schnifis, dann über die neue Pfarre Düns Anstellung eines „Vicarii perpetui" und abgesonderte Evidenzhaltung des Vermögens dieser Pfründen gestattet[197]).

II. Statistische Beigaben.

1. Gotteshausleute.

1373. Anna Pulring.

1374. Heinz Rusch.
Anna Kunzlin.

1395. Henni Beck.

1410. Heinrich Philipp.

1429. Telda von Furn.
Heini Weibel.

1443. Jos. von Plun.

1458. Heinz Stampfer.

1464. Heinz Signun.

1485. Heini Bernhart.
Adam von Brul.
Gerold Guntsch.
Claus Bitschi.

1491. Ulrich Koch.
Jos. Garnutsch.

1508. Heinrich Sattler.

1509. Kaspar Berger.
Albrecht Grunn.
Ulrich Vol.

1511. Joseph Weltin.
Simon Bickel.
Jörg Falk.
Michel Eugstler.
Jos. Gyger.

1525. Jos. Heinzet genannt Meyer.

1529. Stephan Vizenz.
Kaspar Matt.
Hieronymus Mall.
Adam Boll.

1542. Ulrich Pfiffer.
Jos. Heim.

1544. Rudolf Tschannet.
Michel Ammann.
Jakob Schwarzmann.

1547. Hieronymus Spachhart.
Jos. Tiutscher auf Damüls.

1549. Hans Rudolf.

1577. Flori Jack.

2. Romanische Flurnamen.

Blandenlätsch, Gut bei St. Gerold (Urk. 1373).
Bofa, Heumad bei St. Gerold.
Closella, Tobel (Urk. 1501).
Frasuna, Frisuna, Frisen, St. Gerold.
Gafiel, Gut zu St. Gerold (Urk. 1494).
Gafudura, Gafadar, Gut zu St. Gerold (Urk. 1458).
Ganun, Gut zu St. Gerold (Urk. 1494).
Gasabeth, dasselbe.
Gasseuro, Gut zu Planken (Urk. 1458).
Grava, Gut zu Blons (Urk. 1443).
Huttla, Gut in der Alpe Lagutz bei St. Gerold (Urk. 1410).
Maletta, Gut.
Montsaren, Gut zu St. Gerold.
Munt, Gut zu Blons.
Muntinätsch, Gut bei St. Gerold (Urk. 1373).
Ninstern, Gut zu St. Gerold (1494).
Painfaisch, Gut zu Blons (Urk. 1443).
Salom, Gut zu Planken (Urk. 1458).
Schgasun, später Schgaseina, Alpe.
Tschamprat,
Tschusun, Höfe bei St. Gerold.
Tschurett,
Vallstur, die (Urk. 1501), Waldbach, der auswärts das Thal Gerold begränzt.

3. Reihenfolge der Pröpste zu St. Gerold.

1314. Otto, Freiherr von Schwanden (Liber heremi, Geichtsfr. I. 152).

1316 starb er (Necrologium Einsidlense).

1322. Johann, Freiherr von Hasenburg (urk. 22. Jänner d. J.). Er blieb Propst bis 1326, da er Abt wurde. Er starb am 22. Jänner 1334.

1355. Rudolf von Pont ist urkundlich Propst zu Frisen 1355 bis 1356, dann zu Fahr 1357—1361, und wieder zu Frisen 1361—1371, wo er am 11. März 1371 gestorben ist.

1373. Peter, Freiherr von Wolhausen wurde in diesem Jahre Propst, 1377 Abt zu Einsiedeln. Er starb 1390, den 13. Jänner.

1402. Hugo, Freiherr von Rosenegg urk. 2. März d. J. Propst, wurde aber im gleichen Jahre Abt zu Einsiedeln. Er starb den 16. Weinmonat 1418.

1415. Burkart von Krenkingen genannt Weissenburg urk. Propst. Obwohl auch er im J. 1418 Abt wurde, behielt er doch die Verwaltung der Propstei bei. 1438, den 21. Christmonat starb er.

1443. Gerold, Freiherr von Sax urkundlich am 23. April d. J. Propst; als solcher wird er noch erwähnt am 6. April 1449; im Jahre 1452 wurde er Fürstabt zu Einsiedeln; er starb zu St. Gerold 1480, den 14. Weinmonat.

1454. Richard, Freiherr von Falkenstein urkundlich Propst am 10. Jänner d. J.; den 4. Weinmonat darauf legte er das Amt nieder.

1480. Konrad, Freiherr von Hohen-Rechberg, Abt von Einsiedeln und zugleich Propst von St. Gerold. Er starb am 27. Weinmonat 1526. Die Propstei übergab er am 23. Mai

1497 dem Barnabas, Freiherrn von Sax, der diese inne hat 1497, 1498 und noch am 28. April 1501.

1508. Georg von Rotten, Propsteiverweser, 31. Juli (Montag nach St. Jakob. Urbar zu Ludesch).

1516. Diepolt, Freiherr von Geroldseck, Pfleger des Gotteshauses Einsiedeln und Propst zu St. Gerold (Blumenegg'sche Urkunde).

1517. Bartholomäus (von) Schrofenstein, Propsteiverweser (bischöfl. Archiv in Cur).

1526. Diepold, Freiherr von Geroldseck, Propsteiverweser 22. Juni.

Er wurde zwinglianisch und fiel mit Zwingli 1531 in der Schlacht zu Kappel. (S. z. B. Chronik der schweizerischen Reformation, von

deren Anfängen bis und mit Anno 1534 im Auftrage der katholischen Orte verfasst von Johann Salat, abgedruckt im „Archiv für die schweizerische Reformationsgeschichte". Solothurn 1868. Erster Band S. 311. Diese nennt ihn „pfleger gsyn zuo Einsidlen, apt von Cappel, comentur von Küssnach", während eine sehr eingehende quellenbegründete Geschichte eines gleichzeitig lebenden zürcherischen Magistraten als Abt zu Cappel den Wolfgang Joner kennt und unsern Diebold als „Administrator zu Einsiedeln" erwähnt. S. handschriftlichen Folianten im appenzellischen Landesarchive S. 59).

1529. Nikolaus, Graf von Sax zu Mosax, Verweser der Propstei 21. Juni (Montag vor Joh. Bapt.).

1542. Ludwig Blarer von Wartensee, seit 1526 Abt, urkundet als Propst am 13. November (Montag nach Martin). Er starb am 29. Jänner 1544.

1544. Joachim Eichhorn, zum Abte gewählt am 27. März 1544, scheint die Propstei mit der Abtei verwaltet zu haben; denn urkundlich kommt er als Propst in demselben Jahre im Wintermonat, dann am 1. Mai 1547 und auch 1549 vor. Er starb am 13. Juni 1569.

1548. P. Rudolf Brunold aus Rapperswyl. Er war auch Propst und Dekan zu Fahr und starb am 20. Christmonat des Jahres 1570.

1551. P. Rudolf Weidmann von Einsiedeln. Er ging ins Jenseits am 17. Juni 1557.

1557. P. Johann Spiritus. Wird erwähnt am 31. October d. J. und am 15. März (Dienstag nach Oculi) 1558. Er schied aus diesem Leben am 28. Christmonat 1570.

1575, April. P. Moriz Möslin. Er war gebürtig aus Osterhofen (Baiern), legte die Ordensgelübde am 4. April 1557 ab und verschied zu Fahr.

1585—1610. Adam Heer, frei abgetretener Abt von Einsiedeln, gestorben 4. Mai 1610.

1610—1614. P. Wolfgang Müller von Zug, gestorben am 20. Jänner 1629.

1614—1637. Christoph Hartmann aus Frauenfeld, der berühmte Jahrbücherschreiber des Stiftes Einsiedeln, gestorben den 12. April 1637.

1637. P. Fridolin Rössler von Waldshut, gestorben den 9. Weinmonat 1660.

1638. P. Justus Ehrler von Schwyz, gestorben am 1. Weinmonat 1670.

1640—1643. P. Wilhelm Sury von Solothurn, gestorben am 9. Hornung 1663.

1644—1660 (urkundlich, muthmasslich aber 1662). P. Martin Kachler, gestorben am 22. Heumonat letztern Jahres.

1666, 17. Christmonat. Der obgenannte Ehrler.

1671, urkundlich am 9. August. Wolfgang Weisshaupt aus Luzern, starb am 31. Weinmonat 1676.

1673—1676. Basilius Stricker aus Uri, urkundlich 1676. Starb am 4. Wintermonat 1684.

1677. P. Othmar Reutti von Rickenbach, gestorben am 3. August 1701.

1678. P. Basil Stricker von Altorf (Uri), gestorben am 4. November 1684.

1681. Der oben genannte Reutti.

1690. P. Karl Lussi von Unterwalden, gestorben am 17. September 1711.

1691. P. Marian Schott von Radolfzell, gestorben am 25. März 1707.

1691. Obiger Reutti.

1695. P. Benno Zimmermann von Einsiedeln, gestorben am 15. Christmonat 1712.

1695. Obiger Reutti.

1701. P. Adelrich Suter von Baden, gestorben am 7. October 1719.

1713—1714. P. Bonav. Schnorff von Baden, gestorben am 9. Hornung 1720.

1714—1721. P. Chrysostomus Stadler von Schwyz, gestorben am 18. Mai 1721.

1721—1724. P. Magnus Hahn von Reichenburg, gestorben am 1. Heumonat 1725.

1725. P. Gall Göldlin von Tiefenau aus Luzern, gestorben den 8. Januar 1734.

1731. P. Ildephons Betschart von Schwyz, gestorben am 9. August 1735.

1732—1738. P. Maurus de Roll von Solothurn, gestorben ı 28. Mai 1763.

1740. P. Eberhard Egger von Eggersried, gestorben am . März 1760.

1741. P. Anton Huber von Tuggen, gestorben am 21. Winmonat 1769.

1742. P. Aegidius Dokourt von Pruntrut, gestorben am . Weinmonat 1743.

1743—1750. P. Joachim Wild von Freiburg im Breisgau, storben am 5. Januar 1752.

1751. P. Xaver Rusconi von Luzern, gestorben am 8. Winmonat 1752.

1752. P. Dionys Müller von St. Gerold, gestorben am . Brachmonat 1766.

1752. Obiger Maurus de Roll.

1763—1767. P. Aemilian Ackermann von Gossau, ge-ırben am 2. August 1769.

1768—1772. P. Gallus de Sailern von Wyl, gestorben am . Weinmonat 1791.

1774. P. Michael Schlageter von Zell im Wiesenthal rossherzogthum Baden), gestorben am 23. Hornung 1786.

1784 den 14. August. Obiger Gallus de Sailern.

1787. P. Ignatius Gerig von Altorf (Uri), gestorben am Heumonat 1818.

1791. P. Mathaeus Ackermann von Rorschach, gestorben ı 5. April 1809.

1839 Wintermonat — 1844 April. P. Augustin Frey von ıri, gest. am 14. Januar 1859.

1844 April — 1846 Sept. P. Beatus Winkler von Hitzrch, gest. am 9. Januar 1849.

1846 Oct. — 1851 August. P. Joh. Bapt. Stöklin von emgarten, gest. am 17. Weinmonat 1859.

1851 August — 1856 15. Juni. P. Gabriel Dossenbach von ıar, gest. am 12. Januar 1865.

1856 15. Juni — 1863 17. Juli. P. Damian Inglin von ›thenthuren.

1863 den 17. Heumonat. P. Pirmin Stehle von Binsdorf.

4. Verzeichniss der Schirmvögte über die Propstei St. Gerold.

1343 Januar 2. Schwigger Tumb von Neuburg.

1391 April 21. Graf Heinrich von Werdenberg-Sargans, Schwestersohn des Grafen Rudolf VII. von Montfort-Feldkirch. (Unter den Ämtern der Abtei Einsiedeln wird in den alten Handschriften des Stiftes aufgezählt: „Der Probstey-Vogt zu St. Gerold soll seyn der Graf von Weissenfahn von Werdenberg, hat dieselbige Vogtey mit anderen mehr darum zu Lehen“.)

1405. Wolfhard I., Freiherr von Brandis, seit 1405 Herr zu Blumenegg, erhielt mit dieser Herrschaft auch die Schirmvogtei zu Frisen. 1419 den 9. Januar bestimmt er als Vogtsteuer jährliche 29 Pfund Pfenninge. Am 23. März 1419 empfängt er von dem neuen Abte Burkard die Vogtei Frisen zu Lehen. In dieser Eigenschaft entscheidet er am 5. Brachmonat 1439; er wurde von dem neuen Abte Gerold belehnt am 6. Wintermonat 1452. Er schied aus dem irdischen Dasein im Jahre 1456; sein Körper wurde in der St. Florinskapelle zu Vaduz beigesetzt. Auf ihn folgte sein Sohn

1456—1481 Wolfhard II. — er besass die Vogtei wahrscheinlich gemeinschaftlich mit seinen Brüdern Sigmund und Ulrich.

1481 den 13. Weinmonat. Ulrich, Freiherr von Brandis, wurde von dem neuem Abte Konrad von Hohen-Rechberg belehnt. Er starb am 20. August 1486.

1487 am 7. Heumonat wurde Ludwig, Freiherr von Brandis, für sich und seine Brüder mit der Vogtei belehnt. Am 11. April

1508 wurde Rudolf, Graf zu Sulz und Herr zu Blumenegg (der Sohn Alwigs und der Verena) belehnt. Er starb 1535. Auf ihn folgte sein einziger Sohn Johann Ludwig, der am 9. Wintermonat 1544 belehnt wurde. Er starb um das Jahr 1556.

1556—1572. Wilhelm (1569 kinderlos gest.) und Alwig, Grafen zu Sulz.

1575 den 30. April werden Christoph, Rudolf und Karl Ludwig, Grafen zu Sulz, Brüder, als Söhne des 1572 verstorbenen Grafen Alwig mit der Vogtei belehnt.

1602—1614. Graf Rudolf von Sulz als alleiniger Herr von Blumenegg (s. Kaiser S. 355). Er ist der letzte Schirmvogt aus den

Grafenhause Sulz, da er am 7. Hornung 1613 unter kaiserlicher Bestätigung am 20. Christmonat gl. J. die Herrschaft Blumenegg um 150000 Gulden und 1000 Gulden Leitkauf an das Stift Weingarten abtrat.

1614 den 26. April wurde Georg Wegelin, Abt von Weingarten, belehnt. Dieser starb am 10. Weinmonat 1627. Auf ihn folgte

1627—1637 Franz Dietrich gleichfalls Abt, der mit der Propstei in grossen Zerwürfnissen lag. Aus diesen löste ihn der Tod am 1. Weinmonat 1637. Dann trat der Abt

Dominikus Laymann (1637—1648) ein, der die Reihe der Schirmvögte schliesst. S. die Anmerkungen 160—163, bez. deren Inhalt in der geschichtlichen Darstellung.

5. Die „Keller" zu St. Gerold.

1402 den 7. April. Johann Vest.

1458 den 23. Februar
1460 den 22. Februar } Schwarzhans Saxer.

1465 den 14. Februar. Klaus Berger.

1481, 1484, 1485 und 1486. Adam von Brül.

1490—1496. Josef Garnutsch.

1496 (St. Florinstag). Hans Wackernell.

1497 den 14. Nov. („Zinstag nach St. Martins Tag") wieder Jos. Garnutsch.

1503 — Januar 1547 urkundet Caspar Matt.

1547 — 3. Juni (Montag nach Ascensio Domini) 1549 siegelt Hieronymus Spachhart.

1574 Juni — 1577 Nov. 11 amtet Martin Voll.

1611 und 1612 erscheint in Urkunden Oswald Garnutsch.

In Urkunden aus 1614 und 11. November 1615 begegnet uns Caspar Breuss.

Am 11. Nov. 1629 und 1648 kommt Konrad Weltin vor. Dieser starb am 29. März 1661 („Confrater S. Jacobi in Bludesch"). Hierauf in einer Urk. am 7. Aug. 1671 Kaspar Weltin, der das Zeitliche am 17. Herbstmonat 1681 segnete.

Auf diesen scheint Lorenz Müller gefolgt zu sein, der etwa 50 Jahre im Amte stand. Er starb 1739. Dann kommen:

Thomas Hartmann, gest. am 1. Weinmonat 1696.

Christian Purtscher, gest. am 27. Hornung 1737.

1746 den 28. Herbstmonat Lorenz Purtscher.

1778 den 6. Heumonat Johann Hartmann. Dieser betreibt die Errichtung einer eigenen Pfarrei.

Anmerkungen.

[1]) Diese stund nach bestimmtester Überlieferung in der Nähe gegen die Lutz hin; nicht wo heute das Propsteigebäude steht.

[2]) „Dieser Graf Otto von Jagdberg soll ein Graf von Montfort gewesen sein. Sicherlich war er nicht aus dem Geschlechte der Grafen von der Fahne. Spätere Unwissenheit hat ihn dazu gemacht, indem zur Zeit des heil. Gerold in diesem Gaue noch kein Montfort gebot. Ich halte diesen Otto für einen Sohn des Herzogs Liutolf von Schwaben († 6. September 957), somit für einen Enkel K. Otto's I. aus dessen erster Ehe mit Etgid († 947) Tochter K. Eduards von England. Wie Herzog Hermann von Schwaben oder richtiger von Alemannien († 948) ausser seiner Herzogswürde noch besondere Gaugrafenämter bekleidete und namentlich den Churwalhengau inne hatte, so war auch dessen Enkel (durch Ita, Herzog Liutolfs Gemahlin), unser Otto erst Comes Rhaetiae, dann vom Jahre 973 Herzog von Alemannien, wurde 976 auch Herzog in Baiern und starb zu Lucca in Italien am 31. October oder 1. November 982". So berichtigt der Vater der vorarlbergischen Geschichtschreibung — unser hochverehrter Freund Dr. Jos. Bergmann in „Beiträge zu einer kritischen Geschichte Vorarlbergs und der angrenzenden Gebiete, besonders in der ältesten und älteren Zeit". Im IV. Bande der Denkschriften der philosophisch-historischen Classe der kais. Akademie der Wissenschaften zu Wien. 1853. S. 87. Im Sonderabdrucke S. 55.

[3]) Das Gleiche erzählt uns auch die Legende des heil. Gallus; das st. gallisch-äbtische Wappen führte daher auch einen aufrecht einhergehenden Bären, der ein Stück Holz trägt.

[4]) Das Jahr 978 setzen auch P. Christoph Hartmann (Annales Heremi f. 89), P. Bucelin, Rhaetia z. J. 978 (Rhaetia Etrusca Romana Gallica Germanica sacra et prophana topochrono-stemmatographica brevi compendio descripta. Augustae Vindelicorum 1666), die Lectionen des Officium S. Geroldi, die Bollandisten.

Nach einer Aussage, welche der Anwalt des Abtes Conrad von Hohen-Rechberg in einem Prozesse im Laufe des Jahres 1497 that, ist St. Gerold 865 gestorben. Von einem Gebrauche der im St. Gerold'schen Bezirke gesessenen Walser redend, sagt er: „solcher Brauch unter den Walser lange Zeit her gewesst ist, vnd seit der lieb heilig Herr Sant Gerold erstorben, das dann sechshundert vnd zwey

vnd dreyssig Jahr". (Docum. St. Gerold. I, 126.) Hiemit stimmt das Urbar von St. Gerold v. J. 1514 ziemlich überein, indem es das Jahr 866 angibt.

5) Ursprünglich hiess dieses Bergthal Frasuna; wird dann in Urkunden von 1343, 1364, 1381 und anderen: Frysen und Friesen genannt, ist wahrscheinlich vom romanischen fraissen, fraxinus abgeleitet; bei Du Cange im Jahre 1246 fracinus et frassinus.

6) Docum. San. Gerold. II, 25 aus dem Urbar 1666, dessen Verfasser P. Ulrich Fridelli ist. Unser Freund P. Justus Landolt z. Z. in Notkersegg bei St. Gallen, der mit wahrem Benediktinerfleiss an urkundlicher Geschichte arbeitet, macht („Ursprung und erste Gestaltung des Stiftes Maria Einsiedeln" etc. Einsiedeln 1845, Note 224) darauf aufmerksam, dass keine sächsische Chronik, noch irgend ein Schriftsteller einen solchen Gerold kenne. Albert von Bonstetten, Dekan zu Einsiedeln in den drei letzten Decennien des XV. und zu Anfang des XVI. Jahrhunderts, sei wahrscheinlich der Erste, der diese Sage in die Lebensbeschreibung des heil. Gerold aufgenommen habe. Von dem frommen Leben Gerolds aber sprechen auch einsiedlische Quellen, so Prapr. Einsidlense: „Rerum pereuntium inanitatem pertaesus, magnum extitit Deo, Angelis et hominibus spectaculum . . . adeo sancte et innocenter vixit, ut angelorum frui non semel aspectu . . . . meruerit". (Ebenda, Note 226.)

Schon sehr frühe Geschichtsquellen melden uns von Vergabungen verschiedener in der Umgegend des spätern Gerolds liegenden Höfe an das Gotteshaus St. Gallen. Vgl. z. B. Urkunden vom 28. März 820, 11. October 820, 7. März 821, 15. Juli 821 in „Urkundenbuch der Abtei Sanct Gallen". Bearbeitet von Hermann Wartmann, Theil I. 700—840. Zürich 1863, Nr. 247, 258, 265, 266, 270. An diesem in vielen Beziehungen wirklich vorzüglichen Werke müssen wir das viele „Unbestimmbare" in der älteren Topographie Vorarlbergs bedauern, ohne jedoch unserem freundlichen Mitarbeiter einige Schuld beimessen zu wollen.

7) S. das hier Erzählte in den Annales Einsidlenses majores im „Geschichtsfreund, Mittheilungen des historischen Vereins der fünf Orte Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug". Einsiedeln 1843. I. Bd., 104.

8) Meilo kann nicht Mels bei Sargans, sondern muss ein Ort im Walgau sein, da die aufgezählten Orte „vici in Valle Drusiana" heissen. Bergmann vermuthet bei Besprechung einer andern Urkunde (M)Eilis in der Pfarrei Frastanz. A. a. O. S. 54, Note 4.

9) „Otto I. pro remedio anime sue et conjugis sue Etgidis bona quedam in Senovio, Slino, Meilo, Nezudra, Cise in valle Trusiana cuidam Adamo, monacho apud Eremitas, restituit, que bona judicio scabinorum „regalitati jure" fiscata fuere". P. Gall Morel, Regesten der Benediktinerabtei Einsiedeln. Chur 1848, Nr. 3. Hartmann II, Nr. 53.

10) Annales majores a. a. O.

11) S. hierüber Landolt a. a. O. S. 119.

12) Neugart Trudp., Codex diplomaticus Alemanniae et Burgundiae transjuranae. St. Blasii 1791. Tom. I. Nr. 756.

13) „Otto magnus Imperator non cessans Monasterio nostro Meginratis Cellae devotionis causa benefacere, ut commodius itinera ad proprietates nostras in Valle Dru-

ac alibi in Rhaetia perficere poterimus, proprium navigium in portu Riuano quod Vualahestada nuncupatur donavit". Annales Einsidl. majores im „Geschichtsd" XIII, 108

14) Neugart Nr. 762. Hartmann 80. Hergott Gen. II, 83. Gall Morel 10.

„In eodem comitatu HRetia, in Valle Drusiana (bestätigt Otto II.) Meilis, ovium, Sline, Nezudra et Cise". Annales Einsidl. maj. a. a. O. S. 112. hudi („Geschichtsfreund" I, 104) versetzt „Meilis" in die Gegend „ob Fraz". Es darf darunter mit Grund das Unterdorf zu Frastenz verstanden werden, on altersher „Einlis" oder „Aylis" genannt wird. S. Note 8.

15) Hartmann 85. Neugart 767. Herg. Gen. 143. Gall Morel 12.

16) Hartmann 98. Neugart 786. Libert. Eins. 2, 18. Gall Morel 19.

17) Hartmann 115.

18) Ebenda 124.

19) Ebenda 130.

20) S. den im 11. Jahrhundert verfassten Einkünften-Rodel des Bisthums Chur Codex diplomaticus. Sammlung der Urkunden zur Geschichte Chur-Rhätiens und Republik Graubünden. Herausgegeben von Th. v. Mohr". Bd. I. Chur 1848—1852, 193. Vgl. hiezu die äusserst verdienstvolle „Geschichte von Churrhätien und der blik Graubünden von Conradin v. Moor". Chur 1869. Frasune ist nach Tschudi r Frysen (St. Gerold); nach der Muthmassung unsers vaterländischen Geschichtsibers Zellweger (schweiz. Geschichtsforscher IV, 198) der Berg Frasun bei erold. Erstere Erklärung ist natürlicher — Frysen war damals gewiss grösstens Wald. S. Note 5.

21) Gall Morel Nr. 184.

22) Liber Heremi, Geschichtsfreund I, 152.

23) Necrolog. Einsidl. Mscpt.

24) Docum. San. Gerold. I, 50.

25) Gall Morel 243, 246. Liber Heremi, Geschichtsfreund I, 151.

26) Hartmann, Annales Eremi 316 setzt Saffridus, d. h. Syfrid oder Sig-, welcher urkundlich in dieser Zeit oft vorkommt.

S. über die Familie Thumb (ein noch heute in Württemberg blühendes hlecht) Bucelini Germ. Stemmatograph. ad finem, wo eine bis zum Jahre 1655 irte Stammtafel gegeben ist; ebenso Bucelin, Rhaetia 407.

27) Docum. San. Gerold. I, 17. Das Original ist nicht mehr vorhanden

28) Gall Morel 291 und 299.

29) Docum. San. Gerold. I, 18.

30) Ebenda.

31) Docum. San. Gerold. I, 52. Das Regest bei P. Gall Morel Nr. 359 ist wer genau.

32) Die Urkunde ist in extenso enthalten in einer Urkundensammlung unseres ndes Franz Joller, eines schweiz. Geschichtsforschers, der unstreitig am meisten orarlbergische Geschichtskunde und Schreibung gearbeitet hat.

33) Docum. San. Gerold. I, 59, 60.

34) Gall Morel 370.

[35]) v. Vanotti, Geschichte der Grafen von Montfort und Werdenberg. Ein Beitrag zur Geschichte Schwabens, der Schweiz und des Vorarlberg. Belle-Vue bei Constanz, 1845. S. 83. Die Zuverlässigkeit der beigegebenen Stammtafeln ist durch die jüngere Forschung eine schwächere geworden.

[36]) Ebenda Note 1.

[37]) Ebenda S. 84. Prugger, Veldkirch, das ist Historische Beschreibung der Loblichen OO. (Ober-Oesterreichischen) vor dem Arlenberg gelegenen Statt Veldkirch u. s. w. Getruckt zu Veldkirch 1685. S. 24.

[38]) Gall Morel 424. Docum. San. Gerold. I, 51.

[39]) v. Mülinen, Helvetia sacra I, 88.

[40]) Gall Morel 359 fgg. Den 4. Februar 1357 urkundet er als Propst von Fahr und scheint von 1355—1361 diese Propstei verwaltet zu haben, aber bereits 21. Januar 1361 erscheint er schon wieder als Propst zu Frisen.

[41]) Auszug aus einem alten Buche in Docum. San. Gerold. I, 162.

[42]) Ebenda 147.

[43]) Docum. San. Gerold. I, 45. Gall Morel 434.

[44]) Es liegt im grundherrschaftlichen Principe, dass bei Eintritt eines neuen Grundherrn die Hofgenossen den Eid der Treue zu leisten hatten. Die Offnung von Appenzell v. J. 1379 sagt in der früher eigenen sinnigen Weise:

„Das die selben von Appentzell von Huntwil vnd ander irem herren als getrww vnd als hold sin sollent als ain man sinen rehten herren billich sin sol.

„Item jm vnd sinem gotzhus sinu reht ze tund vnd da bi lassen ze belibena als von alter bis her sitt vnd gewonlich gewesen ist.

„Item sinen vnd sines gotzhus nutz vnd ffromen ze furderen vnd sinen schaden ze wennden.

„Item sin vnd sines gotzhus reht ze sagenn an allen den stetten, da si des gefraget werdent von den selben jren herren —, als verr si denn daz wussent.

„Item vnd in vnd sin gotzhus getrulich ze schirmen vor aller mängklichem als verr sy mugent an geverd". Jakob Grimm, Weisthümer, Göttingen 1840. Erster Teil S. 191 fg. So lautet auch der „andre Engelberger Hofrodel" aus der Mitte des 14. Jahrh. (ebenda S. 3).

[45]) Analog der alten Volksgedinge fanden gebotene Jahrgerichte statt — gewöhnlich zu Frühling und Herbst. Es sagt das Hofrecht des Klosters Luzern — wie denn dieses in gleichem Verhältnisse zu Murbach, als das unsere zu Einsiedeln stand — „vnd sol sizzen drie Tage an einanderen ze gerichte vmb eigen vnd vmb erbe vnd vmb lüt vnd vmb gut das das gotzhus anhört vnd sind die drie tage ein tag". Mitgetheilt von unserem Freunde, dem Rechtshistoriker Anton Philipp von Segesser, Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern. L. 1850. Erster Band S. 75. Eine reiche Fülle gleicher und ähnlicher Stellen enthalten die Grimm'schen Weisthümer.

Die stössigen Urtheile konnten von dem einen an den andern Hof gezogen werden, ohne dass dieser gerade in einem Superioritätsverhältnisse stehen musste. Das für die schweiz. Rechtsgeschichte Bahn brechende Werk unseres hochverehrten Lehrers Bluntschli (Staats- und Rechtsgeschichte der Stadt und Landschaft Zü-

rich. Z. 1838) theilt mehrere Proben mit (Erster Theil S. 213 fg.). Aus Kap. 97 des Schwabenspiegels geht hervor, dass das Urtheil an die Hand gezogen werden müsse, von welcher der Richter das Gericht hat.

Wie die alte Volksgemeinde, so wurde auch das grundherrliche Jahrgericht unter freiem Himmel, im Schatten eines alten, auch den Christengemüthern noch fast heiligen Baumes geführt. S. das verdienstvolle Werk unsers hochverehrten Kollegen Blumer: „Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Demokratien oder der Kantone Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug und Appenzell". St. Gallen 1850. Erster Band S. 60.

[46]) S. hierüber den besonderen Abschnitt bei Bluntschli a. a. O. S. 218 fgg.

[47]) Schon die Lex Alamannorum verpflichtete die Dingmänner zum Volksgericht: „Si quis autem liber ad ipsum placitum neglexerit venire, vel semetipsum non praesentaverit aut Comiti, aut Centenario, aut Misso Comitis in placito, duodecim solidis sit culpabilis". So Tit. 36. 4; s. Corpus iuris Germanici antiqui v. Ferd. Walter, Berolini 1824, tom. I. p. 210.

Eine interessante, auf dem Ursprunge des Gerichtsbannes beruhende Übung bestand im Hofe Altstädten im heutigen Kanton St. Gallen nach einer Urkunde vom 16. October 1299: „. . . . darumbe so geben wir ihm in der vorgenampten Statt allü dü Giriht, die ain Maier han soll. Also dass er nieman ze Huse noch ze Hove gange noh phende, won das er jeden Mann ze Giriht cwingin soll, damit dass er jme wunne und Waide virbiet". S. Zellweger, Urkunden zur Geschichte des appenzellischen Volkes. Trogen 1831, Nr. 49.

[48]) Gewöhnlich stand dem Grundherrn eine niedrige, dem Vogte eine mittlere und dem Grafen die höchste Strafgerichtsbarkeit zu. Doch sind hier die ersten beiden mit einander vermengt, was bei geistlicher Grundherrschaft wohl sehr frühe schon eingetreten sein mag. So sagt fast in gleicher Ausdehnung die zürcherische Offnung von Embrach o. D.: „Vnnd namlich Ist diss eins Bropsts rechtung, das er hat all Zwing vnnd Benn ouch alle gericht vnd (Bluntschli vermuthet ohne Grund „vmb" — „gericht" mochten κατ' ἐξοχήν die Schuldgerichte sein) freffel, on allein diebstal; vnnd das si das bluot berürt —. Doch was freflen an gebannen firtagen von einer vesper zuo der andern gefallen, das hat ein bropst ze richten, ouch über all fräffel, so Im kilchhoff vnnd vff dem kilchweg beschechen". (Bei Bluntschli a. a. O. S. 216 fg.)

Wenn wir den Kern des ältesten Grundeigenthumsbegriffs kennen, können wir die dem Grundherrn zustehende civile und peinliche Gerichtsbarkeit nur als einen Ausfluss desselben betrachten. Allerdings folgten später auch besondere königliche Privilegien, namentlich an Klöster; desswegen verändert sich aber die geschichtliche Natur des Verhältnisses eben so wenig als durch die heutige staatsrechtliche Doctrin der Ableitung der Gerichtsbarkeit von der Staatsgewalt.

[49]) Die Zinsforderungen des Grundherrn bildeten gewöhnlich den ersten Verhandlungsgegenstand.

[50]) Bei dem möglichst allgemeinen Begriffe der Gerichtsbarkeit ging auch derjenige der Marktpolizei in derselben auf, wie uns eine reiche Menge von Offnungen es klar bezeugt.

51) Um so stärker war der Begriff der Genossame ausgebildet: in den Grundfragen weitester Spielraum, in den persönlichen engste Beschränkung!

52) Die Grundgenossenschaft glich einer Familie und das ursprünglich auf dieser beruhende Vorkaufsrecht der Liegenschaften wurde folgeweise auch auf jene ausgedehnt.

53) S. über die Bedeutung des Wortes „Blumen" J. B. Rusch, Appenzellisches Landbuch v. J. 1409. Zürich 1869. Glossar.

54) Nach normalem Verhältnisse waren die Ämter eines Meiers und Kellers getrennte; doch lagen sie thatsächlich sehr oft in derselben Hand; denn — wie das alte luzernische Hofrecht sagt — „als menger kelehof der ist inglicher als arm das der meger mus Keller und Meger sin".

55) Docum. San. Gerold. II, 3 aus dem Klag-Libell Abt Ulrichs (1585—1600) gegen Karl Ludwig von Sulz (gest. 1617).

Da Kaiser Rudolf II. unter dem Datum 7. November 1591 ein Inhibitorium gegen den Grafen Karl Ludwig von Sulz erliess, dass mit Thätlichkeiten gegen die Propstei St. Gerold innegehalten werden solle, da der Streit via iuris abgethan werde und er die Ernennung von Kommissarien anbietet, so mag obige Darlegung der Rechte der Propstei wohl in das Jahr 1591 gesetzt werden.

56) Siehe über den weiten Begriff dieses Wortes Zöpfl, deutsche Rechtsgeschichte. Stuttgart 1858. S. 879 fg.

57) Docum. San. Gerold. I, 160, 161.

58) Alter Zins- und Zehntenrodel (Perg.) in Docum. San. Gerold. I, 150.

59) Docum. San. Gerold. I, 188, 189.

60) Gall Morel 459.

61) Bergmann a. a. O. 140.

62) Docum. San. Gerold. I, 44.

63) Ebenda I, 19.

64) Ebenda I, 81.

65) Das am 1. Mai 1393 erneuerte Urbar des Domcapitels zu Cur. Siehe Bergmann a. a. O. 149.

66) Docum. San. Gerold. I, 51, 52.

67) Das Statut liegt copirt in einer unserer Urkundensammlungen.

68) Docum. San. Gerold. I, 70.

69) Gall Morel 610.

70) Docum. San. Gerold. I, 43.

71) Er hatte sie bis zu seinem Sterbejahre 1456 inne.

72) Gall Morel 668.

73) Diese Erweiterungen haben vielleicht in einem tieferen Causalnexus zu einander gestanden.

74) Vgl. über dieses Wort Weigand, Wörterbuch der deutschen Synonymen. Mainz 1843, Nr. 900.

75) Dieses Wort hat einen weitern Sinn, s. z. B. J. B. Rusch a. a. O. voce „unzüchtig" und die hier erwähnte Stelle. Es hat aber auch einen weitesten Sinn, wie z. B. hier — wo es dem Worte „Frevel" gleichkommen mag.

[76]) S. Note 67.

[77]) Gall Morel 684.

[78]) Docum. San. Gerold. I, 164.

[79]) S. Note 67.

[80]) Lichnowsky VI. Reg. Nr. 1291. Die Veste Forsteck scheint mehr einer
ichen Politik unterworfen gewesen zu sein; so erlauben seine Herren schon am
anuar 1346 den Appenzellern ob derselben eine Letzi zu bauen (s. Zellweger,
87; unbegreiflicherweise hat bis heute noch kein Geschichtschreiber entdeckt,
hier die Letzi in der Alpe Bollenwies, am Saume des Fählensees, gemeint ist. S.
Rusch „eine Alpenverbesserungsmission und Säntisfahrt im Sommer 1868"); die-
n zogen in einem Spann mit den Bergleuten von Appenzell lange vor der
teren berühmten Siegen gerne den Kürzern; s. Urk. vom 5. Aug. 1356 (Zellw.
340). Den 6. Juli 1405 übergibt die Frau Gräfin Elisabeth von Werdenberg ihr
ss Hohensax den Appenzellern geradezu „zu ihrem offenen Haus" (Zellw. Urk. 176).

Später fiel die Dynastie in arge Schuldverhältnisse; so berichtet ein appen-
sches Rechnungsbuch aus dem Anfange des 16. Jahrh., dass der Freiherr zu
einen Jahreszins im Betrage von 116 Pf. H. 13 Sch. 4 H. entrichte.

[81]) Gall Morel 832. Das Jahrzeitbuch liegt im Archive des Klosters Einsiedlen.

[82]) S. Note 67.

[83]) Gall Morel 863.

[84]) Ebenda 871.

[85]) Ebenda 881.

[86]) Docum. San. Gerold. 148.

[87]) Ebenda 88.

[88]) Gall Morel 897.

[89]) Ebenda 923.

[90]) Kirchenlade Bludesch.

[91]) Gall Morel 932.

[92]) Hat das Wort wohl Verwandtschaft mit dem angels. sëó crume, engl.
, Krume, oder wohl eher mit eh(k)rimman, d. h. mit Krallen oder Zähnen ein-
ten und in dem Sinne, wie altn. sû krumma hohle Hand bedeutet, hier das Mass
einem besonderen Grade der persönlichen Thätigkeit bei der Zubereitung oder
dem Massstabe etwa eines Gliedes bestimmt gewesen sein mag? Es war und
ja eine solche Bezeichnungsweise vielen Völkern eigen, so bei den Griechen
ς, bei den Römern pes, palmi, pollices, digiti. — Eigenthümlich ist es der
en Zeit und heute noch dem vertraulichen Verkehre des Landvolkes, die Erzeug-
 fast durchwegs zu messen, statt zu wägen.

[93]) Kirchenurbar Rötis.

[94]) Original auf Pergament im Generalvikariatsarchive zu Feldkirch. Das
el fehlt.

[95]) Docum. San. Gerold. I, fol. 2.

[96]) Gall Morel 1000. Von weiterer Bedeutung in dieser Beziehung ist eine
vom 20. Heumonat 1481 abgedruckt bei Joller, Zahl 89 in dem (Anm. 138)
führten Werke.

[97]) Gall Morel 1009.

[98]) Kirchenurbar Ludesch.

[99]) Docum. San. Gerold. I, 82.

[100]) Gall Morel 1063. S. hierüber c. 8 dist. 86 des kanonischen Rechtes.

[101]) Ebenda 1087.

[102]) Docum. San. Gerold. I, 125.

[103]) Dieses Freiheitsbild der Walser erscheint uns als die Morgenröthe der später aufbrechenden Zeit allgemein freien bürgerlichen Lebens. Diese leuchtet auch schon in einem Steuerbriefe des Herzogs Sigmund vom 26. Oct. 1453, abgedruckt in der verdienstvollen Franz Joller'schen Urkundensammlung im „Programm des kaiserl. königl. Gymnasiums zu Feldkirch für das Schuljahr 1859". Einsiedeln 1859, S. 19, Nr. 26. Über das Eigenthümliche „der bessern Hand" in der Erbfolge und bürgerlichen Stellung vgl. die treffende kritische Untersuchung unsers Lehrers Zöpfl a. a. O. S. 660 fgg.

[104]) S. Note 4.

[105]) Docum. San. Gerold. I, 124 und 125.

[106]) Ebenda 122.

[107]) Ebenda 102, 103.

[108]) Dieses Wort bedeutet unzweifelhaft das in der Zeit eines Tages hervorzubringende Erzeugniss.

[109]) Gall Morel 1133. Docum. San. Gerold. I, 60, 61.

[110]) Das Wort „Gerichte" kommt in den Vogteibelehnungsurkunden hier zum erstenmale vor.

[111]) S. Note 67.

[112]) Der Jahresbeginn war also auch hier auf das Fest Mariä Verkündigung angesetzt; s. über diesen Brauch Brinkmeier, praktisches Handbuch der historischen Chronologie u. s. w. Leipzig 1843 S. 14 fg.

[113]) Docum. San. Gerold. I, 175.

[114]) S. hierüber das verdienstvolle Werk unseres grossen vaterländischen Gelehrten und freundlichen Correspondenten Dr. Titus Tobler: „Appenzellischer Sprachschatz. Eine Sammlung" etc. Zürich 1837, unter dem Worte „Hâss".

[115]) „Wutschgen" ist das altdeutsche „Wätschger" oder „Watzger", Felleisen, Mantelsack. Schmeller (IV, 203) vergleicht das franz. la vache damit, was denn doch sprachlich sehr kühn ist. Das Wort war früher weit verbreitet (Hans Sachs, der Zürcher Maaler), scheint aber nun allenthalben ausgestorben zu sein. Mir scheint, dass Wätschger ganz dasselbe sei wie Wâtsack, das man in Zürich heute noch hört, d. h. der Sack, in welchem die Wât, d. i. das Gewand auf der Reise mitgetragen wird. Das mittelhochdeutsche Wât (Kleid, Tuch) kommt in allen germanischen Sprachweisen vor.

[116]) Docum. San. Gerold. I, 5.

[117]) Ebenda 104.

[118]) Ebenda 106.

[119]) Graf Rudolf von Sulz (von 1508—1535 Herr von Vaduz und Schellenberg, und seit 1510 Herr zu Blumenegg) wandte sich, als im Bauernkriege 1525 die Bauern zu Vaduz und am Eschnerberge sich erhoben hatten, an den Kaiser, welcher Urban von Landegg nach Vaduz abordnete, dem es gelang, den Auf-

niederzuhalten. Kaiser, „Geschichte des Fürstenthums Liechtenstein. Nebst lerungen aus Cur-Rätiens Vorzeit". Cur 1847, S. 324.

[120]) S. die interessante Schrift über „den Zustand des Wallgäues vor und dem Appenzeller Krieg". Original im Archive zu Bludenz, abgedruckt bei Zeller, Urk. 199.

[121]) Die zu St. Gerold gehörigen Walser sind mithin zwischen 1496—1530 enleute geworden.

[122]) Mallans bei Atzmoos unfern Sargans, wo auch Walser sassen.

[123]) Docum. San. Gerold. I, 213, 214.

[124]) Hier bricht auch die eigenthümliche Seite der Zusammengehörigkeit h Gemeingutsgenossenschaft hervor.

[125]) Jetzt Lorüns.

[126]) Docum. San. Gerold. I, 46—49. In diesem Tauschvertrage wurde auch gesetzt, dass die Genossen von St. Gerold den Hofjüngern in Montavon Pfund Pfenninge Konst. Münze auf Martinstag des nächsten Jahres (1532) heen sollen und zwar als Aufgeld: „Vnd alsdann die Hofjünger und Gottshaush die Theilung mit einandern gehept hond, wo sich ihre Leuth zusamen verhyret Kinder bey einander gebohren vnd überkommen haben, dem Vatter vnd der s (Genossame), darinne er gehört, der zwey Theil der Kinder vnd der Mutter derselben Gnoss, darin sie gehört, der dritt Theil der Kinder nachgeschlagen, irt vnd getheilt worden; vnd da aber söliche Theilung durch bemelten Wechsel, die ihren in Montafun vnd in der Herrschaft Blumenegg sitzen, vnd sich mmen verhyren, todt vnd ab ist, sondern söllen sie bey dem Tusch der Enden ben".

[127]) Thürme wurden sehr gewöhnlich zu Detentionsgefängnissen benutzt, senbrüggen, Alamannisches Strafrecht im deutschen Mittelalter. Schaffhausen). S. 95 a. E.

[128]) Der „Block" diente ebenfalls zur Haft, aber das Einspannen in den k war auch eine prostituirende Schaustellung, bis auf die neueste Zeit allge- gebräuchlich. Hände und Füsse wurden in die Maschine gebracht und gefestigt noch Bulwer, my novel). In unserer Urkunde ist der Block Detentionsmittel, irfer als das blosse Gefängniss. Burkhardt, die Hofrödel von Dinghöfen baseher Gotteshäuser (1860), hat in den Jura curiae dominicalis in Appenwiler den : „Item villicus — debet habere truncum conservatorium vulgo dictum ein Stogk, quo fures tam mares quam feminae ponantur ac etiam conserventur". Der lateihe Name dafür ist auch cippus.

[129]) S. J. B. Rusch a. a. O. unter dem Worte „erlangen".

[130]) Docum. San. Gerold. I, 158, 159.

[131]) Ebenda 98.

[132]) Fehlerhafte Abschrift im Generalvikariatsarchive zu Feldkirch.

[133]) Siehe ehevorige Note.

[134]) Docum. San. Gerold. I, 26.

[135]) Ebenda 159.

[136]) Hartmann 465.

[137]) Die Bollandisten zum 29. April S. 630.

[138]) Originalurkunde vom 15. August 1605 (Perg.) zu Hohenems. S. über diesen edlen Grafen und seine Nachkommen Bergmann, „Landeskunde von Vorarlberg". Innsbruck 1868, S. 108 fg. S. vorzüglich die gründliche Abhandlung unseres Freundes, des schweiz. Geschichtsforschers Franz Joller im „Programm des kais. königl. Gymnasiums in Feldkirch für das Schuljahr 1860, Freiburg im Breisgau 1860, I. Einleitung und die hier berufenen und zugleich abgedruckten Urkunden.

[139]) Konrad Walser, Pfarrer zu Ludesch und Zeitgenosse des Prälaten, bemerkte in seinem Kirchenurbar zum 3. Mai 1610 den Tod desselben mit dem Beisatze: „Erat pater sacerdotum".

[140]) Käserin, d. h. Käsehütte, wo die Käse bereitet werden.

[141]) Wie First den Giebel des Hauses und die Spitze des Ferners bedeutet, so auch Herst, Huersch die obern Abtheilungen des Hauses und gleichzeitig die Abflachungen des Gebirgsrückens.

[142]) Im schweiz. Gebirge (Wallis, Bünden, Berneroberland, Entlibuch) lebt das Wort die (auch der) Dreie. Unter Dreien versteht man zunächst die von dem Vieh in den weichen Boden eingedrückten Vertiefungen, die der ungeübte Wanderer etwa für Fusssteige zu nehmen Gefahr läuft. Dann bedeutet das Wort auch wirklich einen schmalen Fusspfad, theils wie ihn das Vieh zu seinem Stalle austritt, theils einen Gebirgssteig, der nur für Ziegen und Gemsjäger gangbar ist. Hier scheint es in allgemeinerer Bedeutung gebraucht zu sein.

Die Form mit vi gehört nach Tirol, Kärnthen und reicht in den Walgau herein. Das Wort stammt wahrscheinlich wie so viele Ausdrücke in der Alpenwelt aus dem Romanischen, und zwar in letzter Linie vom lateinischen trivium, Pfad überhaupt, provenz. le trieu, churwälsch truig (g leicht für v).

[143]) Docum. San. Gerold. I, 65.

[144]) Ebenda II, 1.

[145]) Ebenda I, 84.

[146]) Das Wort ist eine spätere Form vom ahd. k(g)iwahanan, das schon im 11. Jahrh. in k(g)iwânan zusammengezogen erscheint; es wird gewöhnlich im Sinne von erwähnen gebraucht, hier bedeutet es wohl ernennen.

[147]) Liber document. Blumeneggensis. Mscpt.

[148]) Ebenda.

[149]) Docum. San. Gerold. II, 7.

[150]) Ebenda 8.

[151]) Ebenda.

[152]) Ebenda I, 155.

[153]) Urkunde im bischöfl. Archiv zu Cur.

[154]) Anmerkung des Bludescher Pfarrherrn Wittwer zum J. 1634 im dortigen Kirchenurbar.

[155]) Docum. San. Gerold. I, 120.

[156]) Urkundensammlung der Gesellschaft Jesu zu Feldkirch.

[157]) Stammend von Obwalden (Kanton Unterwalden), wo das Geschlecht heute noch blüht.

[158]) Docum. San. Gerold. I, 96.

[159]) Ebenda.

[160]) Bereits 1592 und 1620 schon kamen Vergleiche in diesem Hoheits-
site zu Stande, ohne jedoch dauernden Frieden in die Personen und Verhältnisse
bringen.

[161]) Siehe den Nachsatz der Note 48.

[162]) Diese Zerstückelung der Gewalt veranschaulicht klar den eigenthüm-
hen Charakterzug früherer Zeit, wonach die einzelnen Hoheitshandlungen kei-
swegs aus dem abstrakten Begriffe der Gewalt flossen, sondern entweder aus der
atsache des Bodenbesitzes oder einzelner besonders verliehener, wohl verbriefter
estimmter Vorrechte.

[163]) Docum. San. Gerold. I, 199—203.

[164]) Docum. S. Gerold. I, 204—207. Dieser feierlichen Übergabs- und Hul-
igungshandlung wohnten nebst den oben erwähnten Theilnehmern bei: Michael
tein zum Rönsberg, des innern Rathes zu Feldkirch und Hans Thuollin
Duelli), Ammann des Gerichts Jagberg als Zeugen. Die Handfeste fasste als kais.
rkundenfertiger Joseph Zürcher von Goldenpöck, wohnhaft zu Türringen.

[165]) Docum. San. Gerold. 10, 11.

[166]) Ebenda 13.

[167]) Ebenda 23, 24.

[168]) Ebenda 18, 19.

[169]) Ebenda 26 und 32.

[170]) Bollandisten zum 19. April S. 630.

[171]) Docum. San. Gerold. 24.

[172]) Ebenda 43, 44.

[173]) Baldachin, der gewöhnlich über dem hochw. Gute getragen, aber oft
ich bei Empfang von Prälaten mitgebraucht wird. So trug eine hohe schweize-
sche Standesregierung im Jahre 1867 dem zur Firmung eintretenden Bischof den
Himmel".

[174]) Bei den ältesten Steuerauflagen galt der Gesichtspunkt der In-
itleidenschaftsziehung. So sagt der appenzellische Steuerrodel a. d. Jahre
535: „Dis Buch ist gemachtt do mann zaltt 1535. jar do Hatt man des selbigen jars
ruckett.

„Item es Haind mien Herren Ain Lantt Aman Vnd ain grosser Ratt· Ange-
ehen Daz die stürer Vnd stür Schriber Und trucker vnd Jetlicher besunder Söl-
nt by jrer thrüw In Ayds Statt Jederman zetruken u. s. w." (Zellweger
rk. 788).

So in diesem Sinne ist auch unser Schnitz, schnitzen gebraucht; es
edeutet recht eigentlich das beschneiden, und hat sich in dieser Bedeutung
ich bis heute forterhalten, freilich mit Beigabe unredlicher Nebenabsicht. S. über
ne weitere Bedeutung Tobler a. a. O. unter dem Worte schnitzig.

Es ist kaum zu verwundern, dass die wenig urtheilsreifen Weizenegger-
erkle (Vorarlberg. Innsbruck 1839. I. Bd. S. 121) auch diesen Punkt irrig oder
och wenigstens vage aufgefasst haben. Sie sagen, und später mit ihnen Zimmer-
ann (Beiträge zur Geschichte Vorarlbergs. Sonderabdruck S. 29): „In älteren
echnungen kommt der Ausdruck Schnitz oder Schnitzgeld vor, wahrscheinlich
on Abschnitt in der Verrechnung einzelner Bezirke" u. s. w.

Das spätere Wort Steuer sieht umgekehrt auf den Zweck der Unterstützung des öffentlichen Wesens, da ahd. diu stiura, stêora, mhd. stiure, stiuwer zunächst Stütze bedeutet.

[175]) Bedeutet: da solche von jeher bestanden; nach Weigand a. a. O. 1446 „dann solche „„mit Ausschluss““ (jedes Zweifels) gewesen“.

[176]) Docum. San. Gerold. S. 44—47.

[177]) Ebenda 28.

[178]) Ebenda 28—31.

[179]) Ebenda 32.

[180]) Ebenda I, 212. Die Urkunde selbst liegt in der Handschriftensammlung der Gesellschaft Jesu zu Feldkirch.

[181]) Ebenda II, 41.

[182]) Über die von ihm verfassten Festspiele aus den Jahren 1715 und 1716 s. des Geschichtsfreundes Bd. 17, S. 114.

[183]) S. J. B. Rusch: „Das Armenwesen im Kanton Appenzell“ in der Zeitschrift für schweiz. Statistik, Jahrg. 1869, Nr. 4—6, Anmerkung 40.

[184]) Urkunde im Generalvikariatsarchive zu Feldkirch.

[185]) Bestand vielleicht hier auch die eigenthümliche Verpflichtung des Leutpriesters, den Eber oder den Stier zu halten für die Gemeinde? Das rein religiöse Gepräge der Stellung des Geistlichen hat sich im Mittelalter öfter verloren und der Seelsorger führte seine Schafe im ausgedehntesten Sinne des Wortes; so legten zur Geschichte der Volkswirthschaft auch vor allen die Geistlichen den Grundstein — was heute in gutem wie üblem Sinne nur zu oft übersehen wird.

[186]) Die Urkunde liegt im Generalvikariatsarchive zu Feldkirch.

[187]) Urk. ebenda.

[188]) Urk. ebenda.

[189]) Urk. ebenda.

[190]) Urk. ebenda.

[191]) Urk. ebenda.

[192]) Abschrift ebenda.

[193]) Urk. ebenda.

[194]) Bergmann, Landeskunde von Vorarlberg S. 97.

[195]) Ebenda.

[196]) Ebenda.

[197]) Ebenda S. 73.

Nachwort.

Mit Genehmigung des Herrn **Rusch** erlaubt der Unterzeichnete sich über St. Gerold's Vaterland hier am Schlusse zu bemerken, dass zu jener Zeit unter dem Namen **Sachsen** in weitestem Sinne und in ältester Zeit das Land vom Nieder-Rhein bis an die Elbe, oder wohl bis an die Oder begriffen war; in den letzten Jahrhunderten seit 1512 und 1521 kennen wir in engerer Bedeutung den nieder- und obersächsischen Kreis, welch letzterer vornehmlich aus den Markgrafschaften Brandenburg und Meissen wie auch thüringischen Landen gebildet wurde.

Die Geschichte kennt in diesen Landen keinen Herzog des Namens **Gerold**. Dieser Name begegnet uns vielmehr in Süddeutschland. Der namhafteste Träger dieses Namens war **Gerolt**[1]), Bruder der Kaiserin Hildegart, welche die Abtei Kempten auf ihrem Eigen stiftete und 783 starb, somit K. Karls des Grossen Schwager, der in den Jahren 786 und 790 als Gaugraf in der späteren fürstenbergischen **Bar** genannt wird und in Kriegen, namentlich im sächsischen, sich ausgezeichnet hatte und in der Vertheidigung der ihm anvertrauten baierischen Ostgrenze in einem Treffen gegen die Avaren in der Gegend von Wels oder Enns am 1. September 799 gefallen war. Er ruht auf der Insel Reichenau.

Nach anderer Angabe soll unser gottseliger Gerold dem Geschlechte der Edlen von **Sax** angehören. Diese theilten sich drei Jahrhunderte später in zwei Linien, von denen die eine sich von **Mosax** (Misocco) in Graubünden, die andere von **Hohensax** schrieb, deren Burgtrümmer im Bezirke von Sargans zu sehen sind.

---

1) **Neugart**, Cod. diplom. Alemanniae. St. Blas. 1791. Nr. XCVII (cf. LIII, Note a.), CVIII.

Sollte aber des Einsiedlers Aufenthalt in so unbedeutender Entfernung, wie die von Hohensax nach St. Gerold ist, gar lange unbekannt und unentdeckt geblieben sein?

Kurz, die Heimat, die früheren Lebensverhältnisse und Schicksale St. Gerold's sind völlig unbekannt, eben so die Ursachen, welche ihn bewogen seine Familie zu verlassen und, wie es scheint in fernem Lande, in der Waldeinsamkeit von Frasun seinen Aufenthalt zu suchen. War es der unbezwingliche Trieb zu beschaulichem Leben oder galt es vielleicht eine Schuld zu sühnen?

Über Frasuna zu Anmerk. 5 und Anmerk. 20. — Nach Herrn Dr. Steub's „Drei Sommer in Tirol. München 1846, S. 102" war Frasuna der ursprüngliche Name der Gegend, wo jetzt das Kloster steht. Nun finden wir später auch Fryson (1443), Frysen und endlich Friesen. In der Endsilbe — un steckt eine alte Dativform. Wir geben statt vieler nur einen Beleg in Trisune, s. v. Mohr's Cod. diplom Raetiae Bd. I. S. 216 in der Urkunde vom 6. Mai 1209, ferner Ulricus de Trisuns im J. 1273 (das. I. 399) und Uolrich v. Trisun im J. 1299 (Bd. II. 155), dann im J. 1316 Johann v. Trisun (II. 240), und Trisen das Dorf im heutigen Fürstenthum Liechtenstein im J. 1347 (das. II. S. 400).

An Friesland kann wohl nicht gedacht werden, der Name ist vielmehr dem Romanischen entnommen, in Graubünden fraissen, die Esche, ital. frassino, vom lat. fraxinus. Man vergleiche die Namen Frassen, Fräschen als Alpe und Frassen, Bergkopf über Nüziders, wie auch Fraschen im Innersten des Silberthales auf der Karte von Vorarlberg von Blasius Hueber vom J. 1783.

Hinter dem zu St. Gerold gehörigen Pfarrdorfe Blons ist schon oberwalserthalisches Tobel, Eschentobel und gemeiniglich Eschtobel genannt, welches im Winter wegen seiner Lawinen sehr gefährlich ist; hieher gehören noch Meschach (1427 im Aeschach) im Gebirgsverstecke hinter Götzis, wohl auch der Eschnerberg im Liechtensteinischen.

Dr. Jos. v. Bergmann.

V.

BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER STADT LEMBERG.

VON

Carl Wilhelm Rasp,

MAGISTRATS-SECRETÄR, CUSTOS DES STADTARCHIVS.



Das heutige Lemberg (Lwów), die Hauptstadt der im Jahre 1772 von Österreich übernommenen Landestheile Polens, ist das Product freiwilliger Einigung der Deutschen mit den Polen.

Das altrusinische Lwow mit der Kirche Christi Himmelfahrt (Woznesenje) war eine Ortschaft nordöstlich des heutigen Lemberg, jenseits des Bergrückens auf einem Hügel, dessen Gestalt noch jetzt die ehemalige Befestigungsweise erkennen lässt, daher vermuthet werden kann, auf dem Hügel sei das befestigte Fürstenschloss sammt der Kirche gestanden, und in der nächsten Umgebung habe sich die Ortschaft ausgebreitet, welche sammt dem Schlosse um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts von den Mongolen zerstört wurde, deren Zug Herburt und Gibbon beschreiben [1]).

Zubrzycki erzählt nach Karamsin: der Tartarenführer Burundey habe den rusinischen Fürsten Daniel gezwungen, die Schleifung der Festungswerke Lwows zu befehlen [2]). Es ist wahrscheinlicher, dass die Tartaren oder Mongolen, welche damals in Lwow waren, nachdem sie bereits beinahe ganz Asien und weit festere Plätze erobert hatten, als Lwow gewesen sein konnte, die geringe Mühe der Demolirung der Festungswerke nicht erst dem Besiegten übertragen haben, um selbst die Befolgung des Auftrages zu überwachen. Doch

---

[1]) Johann Herburt de Fulsztyn, Senator Regni Poloniae 1571: Chronica historiae Polonicae, Dantzig 1609. pag. 151. — Gibbon: history of the decline and fall of the Roman Empire, 64. Capitel.

[2]) Dyonis Zubrzycki: a) Rys do historyi narodu ruskiego. Lwów 1837. pag. 44. — b) Kronika miasta Lwowa. Lwów 1844. pag. 6.

Die Kronika Wołynska ist für die Geschichte Lembergs von grosser Wichtigkeit. Lwow vor Daniel war ein wenig bedeutender Ort, erst als Daniel — genöthigt durch seine Kämpfe mit Rościsław Fürsten von Kiow, in Lwow seine Burg erbaute, wurde Lwow von Bedeutung.

liess es der Chan bei diesem einen Merkmale seines Sieges nicht bewenden, er forderte Huldigung und Tribut, wozu Fürst Daniel und seine Nachfolger sich verstehen mussten [3]).

Die Mongolen und ihre Kriegführung verbreiteten Schrecken, allein ihr Marsch gönnte noch Zeit zu Massregeln und Vorbereitungen. Fürst Daniel konnte nicht an Widerstand denken, den Zug weder aufhalten noch zurückwerfen, er musste den Sturm über das Land dahin brausen lassen, so viel als möglich von seinen Schätzen in das Gebirge retten (die Höhlen bei Bubniszcze — Bolechow — sind die Denkmale) und versuchen, durch Unterwerfung die Forderungen des Chan herabzustimmen, ohne hiebei die Hoffnung auf Befreiung aufzugeben. Jedenfalls lastete das Joch der Mongolen weder so lange Zeit, noch in solcher Härte auf den Rusinen, wie es die Moskowiten leiden mussten, was auf den Charakter der Völker jenen Einfluss hatte, der noch heute beide von einander unterscheidet [4]).

Um sich aus dieser Demüthigung emporzurichten und so viel möglich die frühere Unabhängigkeit wieder zu erlangen, machte Fürst Daniel verschiedene Versuche. Vor Allem war er bemüht, neuen Verwicklungen mit Lithauen auszuweichen, von Polen war nach dem damaligen Stande der Dinge ohnehin nichts zu besorgen, die Zwistigkeiten mit beiden konnten vertagt werden. Die griechischen Kaiser dachten nur dann ernsthaft an die Union der morgenländischen mit der lateinischen Kirche, wenn die Bedrängniss des Reichs durch die Türken stieg; nach diesem Beispiele nahm auch Fürst Daniel die von seinem Vater dem Fürsten Roman stolz zurück-

---

[3]) Kasimir Stadnicki: Synowie Gedymina. Lwow 1853. II. Band, Seite 7, Note 18.

[4]) Gibbon 64. Capitel: „Die Einäscherung der alten und neuen Hauptstadt ist nur ein vorübergehender Ruin, weniger unglücklich, als der tiefe und vielleicht unauslöschliche Eindruck, den die Dienstbarkeit von zweihundert Jahren dem Charakter der Russen eingeprägt hat". Das Senium der beiden Hauptstädte (Moskau und Kiow) ist nur nach der Zeit der Annahme des Christenthumes zu verstehen, und spricht dann für Kiow. — Ungeachtet der Tributpflicht haben die Rusinenstaaten eine Selbstständigkeit selbst während dieser Zeit bewahrt, wie sie Moskau erst nach Jahrhunderten erlangte. — Andere versuchen historisch nachzuweisen, dass die Moskowiten keine Slaven, daher auch keine Russen, sondern mongolischer Abkunft sind. Es scheint, dass hier Regierungsgebräuche zu weit abgeleitet werden.

gewiesene Verhandlung mit Rom wieder auf, erlangte dadurch eine Standeserhöhung — den Königstitel — und die Befriedigung, dass ihn ein päpstlicher Legat (Oppizzoni) im Jahre 1246 zu Drohiczyn krönte; es gelang ihm, die früheren freundlichen Beziehungen zu dem ungarischen Königshause zu erneuern [5]), und durch diese Vermittlung kam die Verehelichung seines ältesten Sohnes Roman mit der Erzherzogin Gertrude von Österreich, und später seines dritten Sohnes Leo mit der ungarischen Königstochter Constantia zu Stande. Im Jahre 1262 konnte Daniel mit Lithauen wegen Łowicz und im Jahre 1263 mit Polen wegen Sandomir Krieg beginnen. König Daniel starb im Jahre 1264. Sein Nachfolger Fürst Leo verlegte seine Residenz nach Lwow, erbaute am Gipfel des südwestlich vom alten Lwow liegenden Berges eine Burg, und an dessen südlichem Abhange ein zweites ebenfalls befestigtes Schloss mit einer Kapelle [6]) (St. Johann des Täufers) für den Gottesdienst seiner Gemahlin, die lateinischen Ritus war; Dominikaner-Mönche (peregrinantes) — man sagt, sie wären aus Kiow vertrieben worden — waren die ersten Priester dieses Ritus im Lande.

Um dieses untere Schloss aufwärts und entlang dem Fusse des Berges [7]) entstand das neue rusinische Lwow mit der Kirche St. Nicolaus [8]), als dessen Erbauer Fürst Leo gemeiniglich gehalten wird. Das alte Lwow wurde ein Theil des neuen, nach dem Kirchspiele benannt, dessen Name in Zniesienie geändert — heute ein Dorf ausserhalb der Steuerlinie Lembergs, abgetheilt in die alte auf dem oben erwähnten Hügel, und in die neue Ansiedlung zu beiden Seiten der nach Żołkiew führenden Strasse.

---

[5]) Fürst Daniel war vier Jahre alt, als sein Vater im Treffen bei Zawichost im J. 1205 blieb, und auf Bitten seiner Mutter übernahm König Andreas von Ungarn die Vormundschaft. — Chodyniecki: historya miasta Lwowa. Lwow 1829, pag. 12. — Zubrzycki: historya narodu ruskiego. Lwow 1837, p. 41, 43, 59. — Kazimir Stadnicki: synowie Gedymina. Lwow 1853, II. Band p. 2.

[6]) Karol Widmann: Kosciołek sw. Jana Chrysciciela we Lwowie. Lwow 1869. Dieser Kapelle verleiht Johannes (vom Wappen Śreniawa) Capitaneus Russiae im Jahre 1371 das Dorf Hodowice. Archiv des lat. Metrop.-Domkapitels loc. 12. n. 2.

[7]) Die heutige Sieniawczyzna, und die Hauptstrasse der Żołkiewer Vorstadt, zur polnischen Zeit: droga wołynska genannt.

[8]) Das vom Fürsten Leo dieser Kirche ertheilte Privilegium datirt vom 8. October 6800, d. i. vom 10. October 1292. (Stadtarchiv V. Abth. Liber privilegiorum I. Band N. 71, pag. 313.)

Rusinische Geschichtschreiber behaupten: Kasimir der Grosse habe in der ersten Woche nach Ostern des Jahres 1340 den ersten Kriegszug von Krakau aus hieher unternommen, Lwow durch Überrumpelung erobert, das Schloss verbrannt und den Reichsschatz nach Krakau weggeführt, gleich nach der Erntezeit den kriegerischen Besuch wiederholt und hierauf sofort vom Lande bleibenden Besitz genommen, und nur in Folge dieses sehr zufälligen Gelingens wäre das Land an Polen gebracht worden; gleichwohl wird eingestanden, dass die hierländigen Ereignisse von der Zeit des Todes des Fürsten Leo vom Jahre 1301 bis zum Jahre 1340 nicht genau bekannt wären[9]).

Andere hingegen betrachten diese Unternehmungen König Kasimirs nicht als Krieg, sondern als eine mit Militärmacht unterstützte Geltendmachung des Erbrechts, welches Polen auf dieses Land hatte.

Die Bedingungen, unter welchen der privatrechtliche Titel des Erbrechtes im Völkerrechte zulässig ist, sind hier nicht vorhanden, daher müssen die Ansprüche Polens auf diese Länder auf die Erbschaftsansprüche der Dynastie und ihres ersten Repräsentanten — nämlich des Königs Kasimir zurückgeführt werden, und diese kamen hier zum Durchbruche. Die historischen Forschungen der letzten fünfzig Jahre haben den eigentlichen Hergang der Dinge so ziemlich geklärt.

König Daniel hinterliess vier Söhne. Der Älteste, Roman, entsagte seinem Stande, seinem Weibe, und der Herrschaft über die ihm nach seiner Zurückkunft aus Österreich-Ungarn von seinem Vetter, dem Fürsten Mendog (Mindowe) von Lithauen, abgetretenen Landschaften Nowogrodek, Słonim und Wołkowisko; von ihm geschieht in der Geschichte keine weitere Erwähnung.

Der zweite Sohn Swarno verehelichte sich mit der Tochter des Fürsten Mendog, der Schwester des Fürsten Woyszełko, welcher dem Throne entsagte, Mönch wurde und seinem Schwager Swarno für wichtige Kriegsdienste sein Land überliess. Swarno starb nach kurzer Herrschaft kinderlos. Der lithauische Theil seiner Länder kam auf den Lithauer Fürsten Troyden, die rusinischen Lande auf den dritten Sohn Daniels, den Fürsten Leo, welcher somit die Landschaften Sanok, Przemyśl, Lwow, Bełz, Chełm, den westlichen Theil von Podlachien mit Drohiczyn und das Fürstenthum Halicz be-

---

[9]) Zubrzycki: Rys do historyi narodu ruskiego. 1837. pag. 47.

sass [10]); den Fürsten Woyszełko liess Leo beim Gastmale (przy pijatycze — im trunkenen Zustande, was sich auf Beide bezieht) niederhauen.

Der vierte Sohn Mścisław musste sich lange mit den Landschaften Łuck und Dubno begnügen, bis ihm sein Oheim Johann Włodimir, Sohn des Wasiłko, der ein Bruder König Daniels war, im Jahre 1289 das Fürstenthum Włodimir (Lodomerien) verschrieb. — Mścisław hatte nur einen Sohn, Daniel, von welchem nichts, über seine Länder nur so viel bekannt ist, dass auch diese an den Fürsten Leo gekommen, daher die Linie des vierten Sohnes Mścisław mit diesem Daniel ausgestorben.

Fürst Leo von Halicz und Czerwono Ruś [11]) hatte nur einen Sohn, Georg, und dieser nur zwei Söhne, welche ihm, und zwar Andreas in Halicz, Włodimir und Czerwono Ruś — und Leo in Łuck folgten.

Dieser Leo von Łuck hatte nur ein einziges Kind, eine Tochter, welche mit Lubart, Sohn des Grossfürsten Gedymin von Lithauen, vermählt war, dessen Tochter Anna (Aldona) die erste Gemahlin des Königs Kasimir des Grossen von Polen gewesen.

Fürst Andreas, der Enkel Leo's, hatte nur zwei Kinder, nämlich den Sohn Georg, welcher abwechselnd in Lwow und in Włodimir Hof hielt, in den Jahren 1325 und 1335 regierte, und in diesem oder dem nächstfolgenden Jahre kinderlos starb, und die Tochter Maria, welche mit Troyden Herzog von Massovien zu Czersk (Dux Czirnensis), einem Piasten, vermählt war; aus dieser Ehe entspross Herzog Bolesław von Massovien, welcher sich im Jahre 1331 zu

---

[10]) Kasimir Stadnicki: Synowie Gedymina, II. Band p. 2. — Zubrzycki: rys do historyi narodu ruskiego, pag. 44, 45.

[11]) Czerwono Ruś habe seinen Namen von Czerwien, einer ehemaligen Burg (grod) in der Landschaft Chełm — nach andern Angaben in der Gegend des heutigen Stanislau. K. Stadnicki: Synowie Gedymina, I. Band pag. 43. — Chodyniecki: Kronika miasta Lwowa, pag. 5.

Aus diesem Worte Czerwien habe sich Czerwono d. i. Roth gebildet, weil Czerw, ein Wurm, die polnische Cochenille bedeute. Die Bedeutungen der Worte Czerw, Czerwiec, Czerwien können im Lexicon Linde's I. Band pag. 367 nachgelesen werden. Die irgendwo angegebene Notiz, dass die Slaven die vier Weltgegenden nach Farben benannten: Weiss Nord, Schwarz Süd, Grün Ost, Roth West, hat Wahrscheinlichkeit für sich, dass Czerwono Ruś Westrussen bedeute. In der Bibel Zacharias 6. findet sich Ähnliches.

Płock mit Maria, einer Tochter des Grossfürsten Gedymin von Lithauen, verehelichte, somit waren die Piasten, der König Kasimir und der Herzog Bolesław, mit den Söhnen Gedymins Schwäger [12]).

Mit dem Fürsten Georg, dem Sohne des Andreas und Urenkel Leo's, erlosch der Mannsstamm in Halicz und Czerwono Ruś der Nachkommenschaft des heiligen Włodimir. Diese Länder waren damals den Tartaren tributpflichtig und der Chan schickte aus seiner Familie einen Statthalter (Car) hieher, wornach das tributäre Land in eine tartarische Provinz verwandelt worden wäre. Allein dieser Tartarenfürst wurde durch Gift aus dem Wege geschafft, und seinen in gleicher Würde anher gesandten Nachfolger traf dasselbe Los. Hieraus erkannte der Chan, dass dieses von seiner Residenz weit entfernte Land seiner Peitsche entwachsen, — und er bewilligte das Ansuchen des über die Frage der Fürsten- oder Regentenwahl unter sich einigen rusinischen Adels: einen Christen, und zwar einen Lateiner, nämlich den Herzog Bolesław von Massovien, Sohn der Maria, der Urenkelin des Fürsten Leo, als Landesfürsten [13]).

Alle Chroniken sind darüber einig, dass Bolesław leichten Blutes, und nebstdem bestrebt war den lateinischen Ritus im Lande einzuführen und zu verbreiten. In seinen Liebschaften und in confessionellen Angelegenheiten mochte Bolesław zu weit gegangen sein, wodurch er Hass erzeugte, der ihm dasselbe Schicksal der beiden Tartaren-Statthalter bereitete. Am 25. März 1340, dem Festtage Mariä Verkündigung lateinischer Zeitrechnung, zerstörte heftig wirkendes Gift seinen Leib [14]): nicht volle vier Wochen später stand König Kasimir von Polen mit einer Armee vor Lwow, das sich — durch Hunger gezwungen — durch Kapitulation ergab [15]).

---

[12]) Kasimir Stadnicki: Synowie Gedymina, I. Band p. 40 und II. Band, und Chodyniecki: historya miasta Lwowa.

[13]) Zubrzycki: Rys do historyi narodu ruskiego, Lwow 1837, p. 47 wünscht fünfhundert Jahre später anstatt eines Polen lieber einen Moskowiten oder einen Ungarn, und hält diese Wahl für illegal. — Encyklopedya powszechna warszawska, 1864, hält die Maria, Mutter Bolesławs, für eine Tochter des Fürsten Leo, dessen Urenkelin sie vielmehr war.

[14]) Am 16. April 1340 war Ostersonntag, und in der ersten Woche nach Ostern war König Kasimir vor Lwow.

[15]) Kasimir Stadnicki: Synowie Gedymina, I. Band pag. 39. Herburt de Fulsztyn: chronica historiae polonicae, Dantzig 1619, pag. 218. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 219. Nr. 36.

Die Schnelligkeit der aufeinander folgenden Ereignisse bewei-
st, dass der Kriegszug des Königs längere Zeit vorher beschlossen,
rbereitet war, wenngleich die Vorbereitungen zur Zeit des Auf-
uchs noch nicht völlig beendiget waren. Die Armee hatte einen
arsch von fünfzig Meilen, hievon mehr als die Hälfte ausserhalb
r Reichsgränzen zu machen, und konnte in Zeit von vier Wochen
der schlagfertig, noch zur Stelle sein, wenn nicht schon früher
e Einleitungen hiezu geordnet gewesen wären. Die militärische Un-
rstützung des Herzogs und seiner Pläne — ursprünglich und wahr-
heinlich mit Zustimmung der Maria, der Mutter Bolesławs, welche
st im Jahre 1341 starb, vom Könige beschlossen — wurde durch
n plötzlichen Tod des Herzogs nicht blos beschleuniget, sondern
r Zweck der Unternehmung gänzlich geändert.

Einigen Aufschluss über die Kapitulation Lwows gibt das Schrei-
n, welches der rusinische Statthalter Demetrius Dedko, Provisor
l Capitaneus Russiae, aus Lamburga ohne Datum, nach den Ver-
ltnissen zu schliessen im Sommer des Jahres 1340, an die Stadt
horen erlassen hat[16]; er nennt den Krieg „discordia diabolica
ggestione seminata", was übrigens von jedem Kriege gesagt wer-
n kann, und erlässt eine Einladung zum Besuche des Landes an
e Kaufleute und an Alle, die in die rusinischen Landschaften kom-
en wollen, weil „wir" (es sind hier die rusinischen Barone ge-
eint) mit Herrn Kasimir Könige von Polen einen Vergleich einge-
ngen, und bereits Friede hergestellt ist.

Demetrius Dedko war aber auch Diplomat, er fand weder in
m Vergleiche, noch in seiner an die Stadt Thoren gesendeten Ein-
dung ein Hinderniss, den Tartar-Chan von der Eroberung Lwows
Kenntniss zu setzen, und ihn zur Behauptung tartarischer Ober-
rrlichkeit aufzustacheln. Der Erfolg hievon war, dass die Tartaren
mals gegen Polen zogen, allein vom Könige zurückgeschlagen
rden[17].

[16]) Voigt: Codex diplomat. prussicus III. Band Seite 83. Kasimir Stad-
cki: Synowie Gedymina, II. Band Seite 15. „inter Dominum Casimirum et nos
scordiae inivimus unionem".

[17]) Stadnicki: Synowie Gedymina, II. Band Seite 15, citirt die Chronik des
nymus archidiac. Gneznensis: „quidam pessimus Baro Dedko nomine, Castrum
emyśl habens, cum quodam Daniele de Ostrow etiam aliis nobilibus imperatori
tarorum intimarunt asserentes regem Casimirum Russiam invasisse et occupasse,

Die polnische Wehrverfassung, wie sie aus dem Reichsgesetze vom Jahre 1433 zu entnehmen [18]), bestand als ungeschriebenes Gesetz schon zur Zeit König Kasimir des Grossen. Hiernach hatte Polen, ebenso wie die andern westeuropäischen Staaten jener Zeit, kein stehendes Heer. Die Erwerbung der rusinischen Lande für die Krone Polen, auch wenn sie im ursprünglichen Programme der Unternehmung Kasimirs enthalten war, war aus leichtbegreiflichen Gründen dem Reichsparliamente nicht voraus zur Zustimmung mitgetheilt worden; sie schien im Beginne blos eine Angelegenheit der Dynastie, mochten nun die Erbansprüche des Herzogs, oder seiner zwei Brüder oder des Königs zur Begründung des Unternehmens vorgeschoben werden. — Für dynastische Angelegenheiten und zu Eroberungskriegen liess sich das allgemeine Aufgebot (pospolite ruszenie) nicht berufen, ebensowenig, als in einem constitutionellen Lande heutiger Zeit der Landsturm hiezu verwendet werden würde. Hiernach war das Bedürfniss vorhanden, das aus Unterthanen der königlichen Güter (dworskich) und aus Freiwilligen bestehende polnische Heer mit einer Fremdenlegion zu vermehren.

Nach der Lage Krakau's, von wo die polnische Armee auszog, ist es erklärbar, dass diese Fremdenlegion aus Deutschen bestand.

Bartholomaeus Zimorowicz, Lemberger Bürgermeister um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts, ein Pole, schreibt hierüber: „Diese Deutschen sind ruhmsüchtig, durch die Gewogenheit des Königs, gleichsam wie durch eine Kriegstrompete angeeifert, entsprachen stets den Wünschen Kasimirs; im Kriege tapfer, im Frieden betriebsam, allenthalben getreu, provocirten sie die Freigebigkeit des Königs, und dieser führte sie, obschon sie noch nicht Veteranen, jedoch aus Rücksicht ihrer militärischen Verdienste, in fruchtbare Gegenden, zeichnete sie durch Gestattung ihrer heimathlichen Gesetze und durch Privilegien aus, machte aus Meistern des Krieges Meister der Bürger (ex magistris militum magistros civium constituit), so dass Lemberg die Colonie Kasimirs heissen sollte“ [19]).

---

tributaque per Ruthenos Tartaris dari consueta prohibuisse, ad quorum delationem imperator Tartarorum maximum exercitum versus Russiam destinavit etc.“

[18]) Volumina legum, I. Band. Stadtarchiv I. Abth. Nr. 137. III. Abth. B. Nr. 2, pag. 289.

[19]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 259. Codex archivialis civitatis Leopoliensis. König Kasimir mochte die Deutschen aus der Vertheidigung Kra-

Wenn weiter darnach geforscht wird, welchem Stamme diese Deutschen angehörten, und was dies überhaupt für Leute waren, die ihr Vaterland verliessen und sich der polnischen Führung ergaben, so können bis jetzt nur die im Lemberger Stadtarchive in Bruchstücken vorhandenen Schriften Aufschluss geben; sie beginnen im J. 1352 — ein Fragment Consularbücher vom J. 1382—1389, Kassenbücher vom J. 1403—1429 [20]).

Den in diesen Aufzeichnungen vorkommenden Eigennamen ist meistens die Nationalität beigesetzt: polonus, rutenus, rewsse, ungarus, bohemus, armenus, judaeus, tartarus, graecus. Den deutschen Namen fehlt dieser Beisatz, daher gefolgert werden kann, dass diejenigen, welche diese Aufzeichnungen geschrieben haben, selbst Deutsche gewesen seien [21]).

Bei Vielen ist statt des Zunamens das Gewerbe oder der Ort der Heimath beigesetzt, als Schmied, Schlosser, Glaser, Schwertfeger, Wachspresser, Maurer, Zimmermann, Fleischer etc. Glatz, Gleiwitz, Brieg, Neisse, Freudenthal, Glogau, Fürstenwalde, Freistadt, Teschen, Troppau, Jägerndorf, Ratibor, Meyssen, Hofstadt etc.; auch finden sich Namen bereits damals adeliger Geschlechter, als vom Löe, Zedlitz von Guben, Wydenbrug, Saydlitz etc.

Hiernach hatte also der Adel und der Gewerbsstand Schlesiens, Sachsens, und des nördlichen Mähren an diesem Kriegszuge Polens theilgenommen.

---

kau's zur Zeit Leszek des Schwarzen kennen. Encyklopedya powszechna warszawska 1864. 18. Bd. S. 226. Joannes Herburt de Fulsztyn, Senator Regni 1571, schrieb in seiner zu Danzig im J. 1619 gedrukten Chronica historiae polonicae: „teutones sunt frugales et diligentiores in re paranda ac tuenda quam Poloni et lautius habitant".

[20]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 2. — II. Abth. Nr. 1018. — III. Abth. A. Nr. 1, 2. — V. Abth. fragmenta officii consularis 1382.

[21]) Derlei deutsche Namen sind: Altgrosch, Arnsberg, Bach, Baumheber, Bessling, Bolz, Bormann, Botner, Bottenstein, Brenner, Berner, Bretschneider, Breytschuh, Bruckner, Buchholz, Dürrkegel, Edeling, Ederer, Engelbrecht, Ernst, Eyssenbüttel, Findesblumen, Fochs, Fogelgesang, Foycht, Frölich, Fromwerk, Fruhoff, Fulmer, Gentz, Gleynhaupt, Guttler, Gobel, Grünwalt, Grutzenbart, Gutjahr, Halbpfaffe, Halbkop, Halbritter, Hecht, Holzschuh, Hommel, Horn, Kammer, Kerewider, Klein, Klemme, Klettendorf, Klopper, Klug, Kiseling, König, Kosner, Kreutzeborg, Lauge, Landmann, Langenau, Laubner, Leisetrit, Lichtenhan, Libschitz, Loymann, Mayer, Maulichtekatze, Mergenburg, Mornsteyn, Morgenstern, Neumeister, Platner, Peterling, Radstock, Ripper,

Hüllmanns Geschichte des byzantinischen Handels [22]) erwähnt, dass noch zur rusinischen Zeit der schwäbische Bund von Regensburg aus durch diese Gegenden nach den Ländern am schwarzen Meere Handelsunternehmungen gegründet habe. Diese Angabe wird durch das Diplom König Kasimirs vom J. 1352 bekräftiget [23]). Der König bestätiget die dem deutschen Richter Berchtold zu Lamburg von Leo Dux Russie verliehenen (nicht näher bezeichneten und bis jetzt nicht bekannten) Privilegien. Die Deutschen mussten sich also noch vor oder zur Zeit des Fürsten Leo im dreizehnten Jahrhunderte hier zahlreich angesiedelt haben, weil sie einen eigenen Richter hatten, und ihre Ansiedlung einen von Lwow verschiedenen eigenen deutschen Namen führte, welcher übrigens auch in dem obenerwähnten Schreiben des Demetrius Dedko vorkommt. Dieser Name Lamburg wurde von den Deutschen auch auf Lwow übertragen, während der Name Lwow — polnisch oder ruthenisch — auch Lamburg mitbegreift.

Die Fremdenlegion König Kasimirs fand somit bei ihrer Anherkunft hier Landsleute, welche sich dann Beide zum Zwecke staatsbürgerlicher Existenz mitsammen politisch vereinigten, ohne in dieser Vereinigung andere Nationalitäten auszuschliessen, daher sie ihre eigene Nationalität weder als Bedingung, noch als Zweck der vereinten Thätigkeit hinstellten.

Dieselbe staatsbürgerliche Vereinigung begreift somit sämmtliche Bewohner der Ortschaft Lwow und der Ansiedlung Lamburg, und ihr wurde vom Könige Kasimir ddo. Sandomir feria sexta infra octavas pentecostes (17. Juni) A. D. 1356 das Magdeburger Recht, Exemtion von der Gerichtsbarkeit der Woyewoden, Kastellane, Starosten, und als Stadtgebiet ein Areale von siebzig fränkischen Lan verliehen [24]).

Rotermel, Rosenlecher, Ruland, Schiler, Schlickenfeil, Schönbüehl, Schönwelder, Schirmer, Scholderbeyn, Schornbrand, Steynkeller, Steynhauser, Stecher, Scholz, Somer, Somersteyn, Steyner, Störenfrede, Spatz, Steiger, Siebenwirt, Temel, Tischer, Titze, Trautfreulen, Unferricht, Umlauf, Waller, Wenig, Wilpreter, Wendenstein, Worst, Wollenweber, Zeidenfaden, Zinreich, Zepner, Zornberg etc.

[22]) Karl Hüllmann: Geschichte des byzant. Handels. Frankfurt an der Oder 1808. und die spätern Auflagen dieses Werkes.

[23]) Archiv des Lemberger lat. Metrop. Domkapitels locutamento 14. Vol. 2. pag. 11. ddo. Lamburga infra octavas assumpcionis Beatae Virginis Marie A. D. 1352.

[24]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 1. „toti civitati et omnibus habitantibus et commorantibus in ea tribuimus jus magdeburgicum". Alle Mühe, welche sich Zubr-

Die Privilegien, welche die Könige der Stadt verliehen haben, ie die andern Pergamenturkunden, welche in den Archiven aufıhrt, dort harmlos schlummern, sind jede ein Stück Zeitgeschichte, Ergebniss einer oftmals langwierigen, zeitweise auch mit den eiligten durchgeführten Vorverhandlung, die durch die reifliche ıthung der Räthe der Krone abgeschlossen wurde.

Schon der Umstand, dass das Privilegium nicht in Lwow oder ıburg, sondern in Sandomir ausgestellt ist, beweiset, dass das om vom J. 1356, von welchem sich die eigentliche Bedeutung Stadt datirt, einen ähnlichen Ursprung habe. Weil sich darin ı der Passus findet, welcher die Confessions-Verschiedenheit annnt, so wird auch darin die Kapitulation vom J. 1340 berücktigt, wenngleich noch weiter gegangen wird, indem das ruthení: Recht und ruthenische Gewohnheiten aufgehoben werden noventes omnia jura ruthenicalia et consuetudines ruthenicales ersas, quae ipsum jus teutonicorum perturbare seu impedire ıneverunt").

Die Jahre 1340—1349 waren für König Kasimir eine Reihe fortrender Erfolge im Felde und in der Politik. Die Fürstenhäuser Lithauer und Rusinen waren mitsammen durch wiederholte Hein verbunden, und die Söhne Gedymins glaubten ein näheres und keres Recht auf die Erbschaft der rusinischen Länder zu haben, der Sohn der Urenkelin Leo's ungeachtet der Wahl des rusiniın Adels, und als König Kasimir, der Schwiegersohn Gedymins. in die siegreichen Erfolge Kasimirs imponirten den Lithauern: Waffenstillstand auf zwei Jahre wurde abgeschlossen, welcher ıch in Wirklichkeit sieben Jahre dauerte.

Wo Geltendmachung wirklicher oder vermeintlicher Rechte — erseits Vorwurf der Feigheit und eigene Sicherheit im Spiele

---

i in seiner Kronika miasta Lwowa gab, um zu beweisen, dass das Diplom vom 356 nie existirt habe, fingirt sei, ist vergeblich gewesen. Weder Kasimir der chte noch sein Kanzler und die andern Kronräthe hätten im J. 1460 ein Diı im Transumpte ausfertigen lassen, wenn das Original unverfälscht nicht vorgen wäre; die Vermuthung spricht dafür, dass diese der Stadt Lemberg wich- Urkunde bei dem Brande der Stadt und des Rathhauses im J. 1571 mit verat sei, denn in mehreren Stellen des damaligen Kassebuches kommen Klagen ber vor, dass die Privilegien der Stadt verbrannt seien (przywileje spalone 1571. tarchiv III. Abth. A. Nr. 14, pag. 740, 742, 745).

sind, ist es vergeblich von Mässigung und Genügsamkeit zu reden. Weder damals noch jetzt hat die christliche Religion ihren heilsamen Einfluss auf die Gemüther und Handlungen der Herrscher und ihrer Rathgeber ausüben können.

Kasimir hatte auch nach Landschaften gegriffen, wegen deren in früheren Zeiten Ruthenen und Lithauer einander bekriegt hatten, und welche Lubart als seinen Antheil betrachtete. Die Söhne Gedymins hatten indessen die Abneigung des polnischen Adels gegen diese kriegerischen Unternehmungen des Königs, die Besorgnisse über die Erweiterung der königlichen Macht und die Schmälerung adeliger Vorrechte erkundet, und hierauf eigene Hoffnungen gebaut; sie bekriegten also den Schwager mit abwechselnden Erfolgen[25]) und in zeitweiligen Unterbrechungen — und in diese Zeitereignisse fällt der königliche Erlass, welcher Lwow das deutsche Recht verleiht, es zur Stadt erklärt und dieselbe dotirt, daher die Dienste und Treue der Fremdenlegion belohnt, dieselbe durch Verleihung einer neuen Heimath an das Land selbst fesselt, der Regierung einen Waffenplatz, Ruhe- und Anhaltspunkt zu weiteren Unternehmungen mit möglichst geringen Kosten verschafft und sichert.

Diese wichtigen politischen und strategischen Zwecke und Erfolge haben das Meiste dazu beigetragen, dem Könige den Beinamen des Grossen in der Geschichte zu erringen, und die Erwerbung dieser Länder der Krone Polens bleibend zu ermöglichen, ohne deren Besitz sich der polnische Staat nicht hätte entwickeln können. — Das gegenseitige Vertrauen der Fremdenlegion und des Königs zu einander rechtfertigt in seinen Folgen das Dasein einer deutschen Colonie, und ohne dieses Vertrauen würde sich König Kasimir nie entschlossen haben, einigen deutschen Soldaten oder Kaufleuten eine so einflussreiche Ausnahmsstellung im Staate einzuräumen. Was sollte den Bewohnern Lwows, ohne Deutsche, das deutsche Recht nützen, welches sie weder kannten, noch verstanden, noch zu gebrauchen wussten? Folglich musste die Regierung erkannt haben, dass die hierorts anwesenden Deutschen Einsicht, Kraft und Fähigkeit besitzen, ihren heimathlichen Gesetzen auch im fremden Lande Wirksamkeit zu verschaffen, und dem Platze seine bürgerliche, gewerbliche und kommerzielle, militärische und politische Bedeutung

---

[25]) Stadnicki: synowie Gedymina I. und II. Bd.

zu erringen, damit hieraus ihnen und dem Reiche bleibender Nutzen erwachse.

Schon vor Erlangung dieses Privilegiums vom J. 1356 führte Lamburg ein eigenes Wappen: Stadtmauer mit drei Thürmen, mit offenem Thore, in welchem ein nach rechts schreitender Löwe. Keines der Diplome Kasimirs erwähnt des Wappens, daher die Berechtigung noch auf die Zeit der ruthenischen Fürsten zurückgeht[26]). König Sigmund I. erwähnt des Stadtwappens im Diplome vom Jahre 1526[27]), wodurch die Stadt berechtiget wird, mit rothem Wachs zu siegeln. Papst Sixtus V. bestätigt im Jahre 1586 das Stadtwappen, ändert den schreitenden in einen springenden Löwen, welcher drei silberne Berge — über deren mittlerem ein goldener Stern — in der rechten Pranke hält; das Diplom erklärt die biblische Bedeutung dieser Symbole[28]).

Kaiser Joseph II. hat in dem der Stadt am 6. November 1789 ertheilten Privilegium das Stadtwappen mit diesen päpstlichen Änderungen beibehalten[29]).

Die lateinische Bezeichnung „Leopolis", anstatt des in allen älteren Urkunden vorkommenden Lamburga, findet sich in Urkunden vom Jahre 1415; sie kann ebensogut auf den Fürsten Leo, als auf den Löwen im Stadtwappen bezogen werden. Die polnische Provinz Czerwono-Ruś — Rothreussen, lateinisch und im Königstitel „Russia" genannt, wovon Lwow, Lamburga oder Leopolis die Hauptstadt — erscheint auf den Majestätssiegeln der Könige und den Staatssiegeln der Grosskanzler mit dem springenden Löwen im Wappen.

Im Jahre 1368 verleiht König Kasimir der Grosse der Stadt einhundert fränkische Lan, ohne dass in dieser Urkunde[30]) der früheren Verleihung vom Jahre 1356 erwähnt wird. König Kasimir starb den 5. November 1370[31]).

---

[26]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 82. Notar Martin von Landsberg, Altarist bei St. Maria Schnee. Diese Notariatsurkunde vom 3. August 1416 enthält die erste Beschreibung des Stadtsiegels (Wappens).

[27]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 436.

[28]) Ebenda Nr. 644.

[29]) Ebenda Nr. 843.

[30]) Ebenda Nr. 5.

[31]) Encyklopedya powszechna warszawska 1864, 18. Bd.

Sein Nachfolger Ludwig, König von Ungarn und Polen, ein Schwestersohn des Königs Kasimir, war mehr Ungar als Pole, und stellte sich die Frage: ob die rusinischen Lande zu Ungarn oder zu Polen einzuverleiben wären; deren Lösung verursachte Verzögerung in der Besetzung der Statthalterschaft. Endlich setzt ein Diplom vom October 1372 [32]) die Stadt in Kenntniss, dass der König seinen Vetter den Herzog Ladislaus von Oppeln und Wielun „ad gubernandum" anhersende [33]). In seinem Gefolge kamen Ungarn und Deutsche ins Land, diese wurden an seinem Hofe beschäftiget, die Ungarn als Kastellane bestellt. Die zeitraubende Vorverhandlung mit dem Herzog, welcher, wie es scheint, auch ungerne hieher ging, verschob seine Anherkunft bis zum December 1372. Noch auf der Reise erliess der Herzog (9. December 1372) das Diplom dd. Staszow feria quinta post festum sancti Nicolai, wodurch der Stadt Lempurg einhundert fränkische Lan verliehen werden [34]). Auch hier wird der früheren Verleihungen vom Jahre 1356 und 1368 nicht erwähnt.

Die Stylisirung dieses Diplomes verleitet zu der auch von Zubrzycki [35]) ausgesprochenen Ansicht, dass der Herzog der Souverain des Landes war [36]). Für diese Meinung sprechen noch folgende Umstände:

Alle vom Herzoge hierlandes erlassenen Diplome oder Verfügungen werden nur in seinem Namen ausgefertigt: „Nos Ladislaus Dei Gracia Dux Opoliensis, Welunensis et Russiae, Dominus et hae-

---

[32]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 7. Diese Urkunde findet ein Seitenstück in dem kaiserlichen Patente vom 29. August 1832, wodurch Erzherzog Ferdinand von Este, commandirender General von Ungarn, zum Civil- und Militär-General-Gouverneur in Galizien ernannt wurde.

[33]) Herzog Ladislaus war der Sohn Bolesławs II. und der Eufemia, Tochter des Königs Karl Robert von Ungarn, daher ein Schwestersohn König Ludwigs (Naruszewicz VII. Bd.), welcher ihm auch die Regierung in Polen nach dem Tode der Königin Elisabeth übergeben hatte, allein diese Verfügung zurücknahm, weil die Magnaten dagegen protestirten. Herburth: Chronica pag. 244.

[34]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 8.

[35]) Zubrzycki: Kronika miasta Lwowa.

[36]) Welches besondere Übereinkommen zwischen dem Könige und dem Herzoge bestanden habe, oder die demselben ad gubernandum ertheilte Instruction, ist bisher nicht erforscht worden.

res". Die Siegel dieser Urkunden tragen die nämliche Umschrift, und stellen den Herzog bedeckten Hauptes — ein Filzhut mit breiten aufgestülpten Krämpen — auf dem Throne sitzend, mit dem Schwerte in der rechten Hand dar; in keinem dieser Diplome wird der höheren Autorität des Königs erwähnt; während der ganzen Zeit, als der Herzog hier war, ist keine Verfügung des Königs hierlandes vorgekommen; der Herzog hatte seinen eigenen Hofstaat, Hofmarschall, Kanzler, Schatzmeister etc.; und nachdem er im Jahre 1379 seine hierländige Würde zurücklegt und resignirt, entbindet er die Einwohner des ihm geleisteten Eides der Treue und des Gehorsams, welchen sie von nun an dem Könige Ludwig schuldig seien [37]). Der Herzog begab sich von hier nach Schlesien, und König Ludwig entschädigt ihn für seine Resignation mit den polnischen Landschaften Dobrzyn und Gniewkowo.

Das Diplom vom 9. December 1372 erweiset sich als gleichlautend mit dem Diplome König Kasimirs vom Jahre 1368. Die Änderungen betreffen nur die Titulatur im Eingange, und die Gegenwärtigen am Schlusse, es ist sonach die Bestätigung des Diplomes vom J. 1368 durch den neuen Landesherrn.

Eine weitere Gebietsverleihung erfolgte im Jahre 1415, wo der König Władysław Jagiełło der Stadt ihre nächste Umgebung (extremitates, residuitates, obszary) verliehen. Hierüber sind von einem und demselben Tage zwei Urkunden vorhanden [38]), welche sich von einander nur dadurch unterscheiden, dass in der einen des Waldes Krzywylas als in der Schenkung mitbegriffen erwähnt, in der andern aber von diesem Walde nichts gesagt wird [39]).

Schon vor Ausfertigung dieser Diplome hatten die Lemberger sich auf diesen Gründen anzusiedeln begonnen. Die Bürger Zimmermann und Hanel oder Handl haben im Jahre 1413 die jetzigen Ort-

---

[37]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 14. Die von Kasimir Stadnicki: synowie Gedymina II. Bd. S. 79, 80 gegebene Darstellung der Regentschaft des Herzogs hat zu viel Färbung der Ansichten der Gegenwart; auffallend aber bleibt es, dass der Herzog noch im J. 1386 Landgüter, die nicht sein Privateigenthum waren, z. B. Dunajow, verkauft. Archiv des lat. Erzbischofs.

[38]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 80, 81.

[39]) Krzywylas d. i. Krummwald, so benannt von einer am Waldrande gestandenen krummen Linde. Stadtarchiv I. Abth. Nr. 11. II. Abth. fasc. 217.

schaften Hołosko (Ołowsko) gegründet[40]. Klopper im Jahre 1419 gründete den Klopperhof, das heutige Dorf Kleparow[41]; Stecher und Sommerstein im Jahre 1423 das heutige Dorf Zamarsztynow[42]; Schmiedfeld, auch Smedfeld genannt, die Ansiedlung Rokitnya (Rokitno), jene Gegend schon in älterer Zeit benannt nach den dortigen Sandweiden[43], im Jahre 1424; Paul Goldberg im Jahre 1425 den Goltperghof, das heutige Dorf Kułparkow[44]; der Magistrat im Jahre 1444 das Dorf Brzuchowice, benannt nach der Wassertiefe des dortigen Baches[45].

Das Dorf Biłohorszcz wird als Hutweide Bełohowicz in der ersten Verleihung vom Jahre 1356 bezeichnet; über seine Gründung ist kein besonderes Document vorhanden[46].

Das heutige Dörfchen Persenkowka liegt ebenso wie Biłohorszcz im Stadtgebiete der ersten Verleihung; einige Grundstücke waren im Complexe anfänglich dem Bürger Kosner gegen emphyteutischen Zins und mit der Verpflichtung überlassen, die Gränzen des Stadtgebietes in jener Gegend gegen Eingriffe der Nachbarn zu überwachen; nach dem Erlöschen dieser Familie übernahm der Bürger Stanisław Dombrowski, dann Andere, im Jahre 1687 aber der Kaufmann Jakob Persing die Besitzung, welche Kosnarowka, dann aber Persenkowka genannt wurde. Nach Ablauf der Zeit der Emphyteusis wurde die Ansiedlung, aus finanziellen Gründen einem Dorfe gleich gehalten, verpachtet; der Umstand, dass die Gründe freies Stadtgebiet seien, absichtlich nicht beachtet, den Ansiedlern ohne ihre Zustimmung und

---

40) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 77.

41) Ebenda Nr. 93.

42) Ebenda Nr. 111.

43) Ebenda Nr. 113, 182, 203.

44) Ebenda Nr. 123.

45) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 186. II. Abth. Nr. 106.

46) Zubrzycki: Kronika miasta Lwowa, schreibt Bilchowicz. — Dr. Izydor Szaraniewicz: Rys wewnętrznych stosunków Galicyi, Lwow 1869, p. 101, schreibt Bolchowicz — beides unrichtige Lesearten, die vielleicht nicht dem Documente vom J. 1356 entnommen sind. Zubrzycki: Kronika pag. 108 schreibt, dass die Stadt öfter Ansiedlungen in Biłohorszcz gründete, weil die bereits Bestandenen von den Tartaren zerstört wurden; das im J. 1844 citirte Buch des Stadtarchives Nr. 1166, welches die Wahlen, Bürgerrechtsverleihungen und Stadtrechnungen vom J. 1418 bis 1459 enthalten haben soll, war im J. 1860 nicht mehr vorhanden. — Besitzer von Grundstücken in Biłohorszcz und dort ansässig, haben im J. 1463 das Bürgerrecht der Stadt erlangt. Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 2, pag. 69.

gegen ihren Widerspruch Frohndienste auferlegt, welche erst durch die allgemeine Grundentlastung im Jahre 1854 abgelöst wurden [47]).

Noch entfernter von der Stadt, südöstlich von Persenkowka, war der Maierhof Kreblówka. Laurenz Krebl, Bräuer, und sein Sohn Georg Krebl, Bürgermeister, nach welchen die von ihnen gegründete Ansiedlung benannt war, verkauften sie im Jahre 1411 an Włodko von Charbinowice, der sie mit dem nahen Dorfe Oświca vereinigte [48]), und bald darauf beide an Johann Pierawa, dem der König Władysław im Jahre 1407 das Dorf Zubrza geschenkt hatte [49]). In dieser Weise kam ein Theil des Stadtgebietes, nämlich die Gründe des Maierhofes Kreblówka, in den Besitz adeliger Personen, und war für die Stadt verloren, weil es mit Zubrza vereinigt blieb. Der Vorgang diente dazu, dass die Stadt von nun an die Integrität ihres Gebietes überwachte. — Im J. 1507 kaufte die Stadt ein Viertel, im J. 1508 die Hälfte, im Jahre 1509 das übrige Viertel der Güter Zubrza und Sichow (grösstentheils Einöden, vastitates), meistens mit dem vom Lemberger Canonicus Krowicki geborgten Gelde; hiedurch kamen die Gründe der Kreblówka wieder in den Besitz der Stadt, jedoch nicht als freies Stadtgebiet; allein weder vom Maierhofe Kreblówka, noch vom Dorfe Oświca war mehr eine Spur vorhanden, die Tartaren hatten Alles verwüstet. An diesen Stellen steht heute ein Wald, von dem ein Revier Oświca heisst [50]).

Die Wiederholungen der Gebietsverleihungen an die Stadt hatten zweierlei Veranlassungen.

Wie aus der Urkunde vom Jahre 1356 zu entnehmen, hatte die Regierung die Absicht [51]) Lemberg zu einem Waffenplatz zu machen, welcher den öftern feindlichen Einfällen Widerstand leisten sollte. Diese Bestimmung beweist einestheils, dass die Regierung auf die

---

[47]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 42. Die Stadt gewann anstatt des geringen emphyteutischen Grundzinses den ungleich höhern Pachtschilling, und zuletzt noch die Grundentlastungs-Obligationen.

[48]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 38, 64, 71, 72.

[49]) Ebenda Nr. 61, 65, 66.

[50]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 268, 269, 270.

[51]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 1. „quod pia consideracione zeloque Regie Majestatis providere advertentes disturbia et incommoda quam plurima quibus civitas nostra Lwow perplexa noscitur ab hostibus quibuslibet importunis“.

Treue, die Tapferkeit und den kriegerischen Geist der Stadtbewohner auch für die Hinkunft rechnete, und bedingte anderseits die Befestigung der Stadt. Die Wichtigkeit der dadurch der Stadt auferlegten Pflichten und die Grösse der damit verbundenen Kosten liess sich jedoch erst nach den Ereignissen, nach den politischen Verhältnissen des Reichs und der Art der Kriegführung ermessen. In den beiden Diplomen vom Jahre 1415[52]) ist ausdrücklich gesagt: dass der Stadt durch die Verleihung der Obszary die Mittel geboten werden, die zu ihrer Befestigung nöthigen Kräfte aufzubringen; desshalb wurden auch die Obszary-Gründe als Stadtgebiet betrachtet, von diesem nicht abgegränzt, die Ansiedler suburbani (Vorstädter) genannt; der Jurisdiction nach gehörten sie nach dem Magdeburger Rechte zur Stadt (Magistrat), und lange Zeit hatten sie keine andere Verpflichtung, als Arbeiten zur Befestigung der Stadt (szarwarki) zu leisten; für andere Dienste wurden sie besonders entlohnt.

Dieser Begriff „szarwarki“ wurde allmählig erweitert, um die Arbeiten der Ansiedler auch zu andern Zwecken verwenden zu können.

Der Magistrat hatte angefangen diese Ansiedlungen (suburbii) als Dörfer (coloniae), und die Ansiedler (oppidani seu suburbani) als Unterthanen (subditi) zu behandeln. Die Rathsherren fühlten sich als Grundherrschaften, als Edelleute; der Geist des deutschen Stadtrechts kam in einseitige Anwendung, begann zu erlöschen; die Civil- und Criminaljustizpflege wurde strenge gehandhabt, jedoch die politischen Rechte der Mitbewohner des Stadtgebietes verkannt, vergessen, nach Vermögensbesitz und Religionsbekenntniss verkehrt, die Arbeiten der Ansiedler auf die Zeit nach Tagen eingetheilt, diese Arbeitstage als Gutserträgniss angesehen, und bei Verpachtung der Ansiedlung dem Pächter zugesichert (labores szarwarki in labores praediales commutare)[53]).

---

[52]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 80, 81. „Quomodo cupientes civitatem nostram Leopoliensem alias Lemburgensem uberioribus commodis et populi multitudine habundari, murorumque structuris et edificiis decorare, ac condicionem ipsius facere meliorem, ut sub felici nostro regimine utilia se senciat recepisse incrementa, attribuimus, donamus etc. in evum .... illo tamen addito specialiter et expresso, quod cives predicti civitatem Leopoliensem predictam structura murorum et edificiis tenebuntur instaurare et commoda reipublicae continuo adaugere“.

[53]) Nach dem Sachsenrechte hat jedes Bürgerhaus auch Bierbrau- und Schankrecht. Die Verordnung des k. k. Landes-Guberniums vom 26. October 1793

Bei nicht verpachteten Ansiedlungen wurden die Arbeiten der Ansiedler nach den jeweiligen Bestimmungen der Stadtökonomie (Lonheria) verwendet; gleichwohl wurden alle Erträgnisse von sämmtlichen Obszary-Gründen gemäss des Diplomes vom Jahre 1415 zur Vertheidigung und Befestigung der Stadt verwendet, daher nach der damaligen Eintheilung der städtischen Verwaltung für jene Abtheilung der Stadtkasse verrechnet, welche die königliche Kasse (regalis, królewska) hiess, aus welcher derlei Ausgaben bestritten wurden, zum Unterschiede von der Stadtkasse (civilis, miejska), wohin Accise, Markt-, Pflaster-, Standgeld, Bürgerrechtstaxen, Miethzinse von städtischen Gewölben und Häusern einflossen.

Es bestanden somit dreierlei Arten Szarwarki, nämlich Arbeiten zur Erhaltung der öffentlichen Wege, Arbeiten bei den Festungswerken, wann und so viel nöthig, endlich Arbeiten für die Lonheria oder den Gutspächter nach Tagen eingetheilt.

Die Ansiedler beschwerten sich hierüber bei dem Könige. Władysław IV. delegirte zur Untersuchung und Beilegung dieser Beschwerden den Reichskanzler Mathias Pstrokoński, Bischof von Przemyśl, und in Diplomform auf Pergament — als ob den Ansiedlern Privilegien ertheilt würden — wurde in den Jahren 1634 und 1635 für jede Ansiedlung [54]) das Maximum der Leistungen dieser Vorstädter,

Z. 8677 hingegen erklärt das Recht Bier zu brauen und auszuschänken für ein Concretal-Recht der Stadtgemeinde. Hier offenbare Verwirrung mit dem Branntwein-Erzeugungs- und Ausschanksrecht, welches erst im J. 1537 der Stadt verliehen worden.

[54]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 93, 95, 111, 113, 123, 129, 734, 736, 739, 742, 743. Nur Biłohorszcz wollte sich seinem neuen Privilegium nicht fügen. Die Bewohner verweigerten jede Arbeitleistung. Sie werden überhaupt nicht mehr Ansiedler oder Vorstädter (coloni, suburbani), sondern Bauern und Unterthanen (chłopy, poddani) genannt. Der Magistrat beschloss Zwangsmassregeln, liess Vieh pfänden und es von gedungenen Wächtern, dann von den städtischen Förstern bewachen, weiden. Die Ansiedler flüchteten in die Wälder und entlegene Sümpfe, andere wurden verhaftet, nach Lemberg abgeführt, und im Rathhaus-Saale einige Wochen gefänglich angehalten, verpflegt; am 28. Juni 1636 wurde der Rath Bielecki nach Wilna an den König gesandt, um das weitere Verfahren gegen die ungehorsamen Ansiedler durchzuführen. Am 12. Juli 1636 war das Ergebniss dieser Sendung hier schon bekannt. In den Akten ist hierüber weder die Eingabe des Magistrats, noch die hierauf erlassene Resolution vorhanden; nur aus dem Kassebuch (Stadtarchiv III. Abth. A. 32, S. 65 u. f.) wird entnommen, dass an diesem Tage eine Abthei-

wie sie in den Diplomen noch genannt werden, bestimmt, und zwar:

für Kułparkow eine Mark (48 grosz) und eine Kłoda Hafer jährlich[55]),

für Klein Hołosko ein Tag,

für Biłohorszcz, Brzuchowice, Gross Hołosko und Kleparow zwei Tage monatlich, und ebensoviel für Zamarsztynow als Prädial-Arbeit zur Lonherie.

Die in dieser Weise eingeführten Frohndienste (pańsczyzna), Robot, wurde im Jahre 1786 auf Anordnung Kaiser Josephs II. von dem k. k. Hofrathe Wenzl von Margelick abermals regulirt, und erst nach den traurigen Erfahrungen des Jahres 1846 auf Grund des kaiserlichen Patents vom 7. September 1848 endlich im Jahre 1854 gänzlich abgelöset[56]).

Die dem Lande aufgebürdeten und der Stadt Lemberg zukommenden Ablösungssummen betragen

		fl.	kr.
für	Kułparkow (Persenkowka)	2140 fl.	40 kr.
„	Biłohorszcz	4800 „	15 „
„	Kleparow	6134 „	65 „
„	Gr. Hołosko	5785 „	60 „
„	Klein Hołosko	3094 „	45 „
„	Brzuchowice	4305 „	25 „
„	Zamarsztynow	4085 „	5 „
	Zusammen .	30.345 fl.	55 kr.[57]).

lung Kosaken, denen die Stadt nebst Executionskosten sechzig scharfe Patronen ausfolgte, nach Biłohorszcz gesendet wurde, um die Rebellen zu bewältigen, und auf diese Art wurden Frohndienste und Leibeigenschaft auf dem freien Stadtgebiete eingeführt.

[55]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 470. III. Abth. A. Nr. 223, S. 455. Eine Kłoda Korn wog 384 Wiener Pfund. Der Korec wurde erst im achtzehnten Jahrhundert von Warschau hierlandes eingeführt. — Dieses Ausmass der Robot wurde jedoch — unbekannt in welcher Form, zu welcher Zeit und Veranlassung — erhöht; denn z. B. wurden im Inventar vom 15. Sept. 1773 die Robotleistungen von Kleparow mit 669 Zug-, 340 Fuss- und 65 Aushilfstagen (jugales, pedestres et auxiliares) angegeben (Stadtarchiv III. Abth. A. 42.); von Gross Hołosko mit 1128 Zug- und 774 Fusstagen, die Zugtage per 12, die Fusstage zu sechs Groschen gerechnet, nebstdem Hühner und Eier.

[56]) Pillers Gesetzsammlung 1786 p. 3, 88. — Prov. Gesetzsammlung vom J. 1846. Kais. Patente vom 5. Jannar 1781, 1. September 1781, 16. Juni 1786 und 13. April 1846.

[57]) Magistrats-Verordnung an die Stadtkasse vom 5. August 1857 Z. 21762.

Seit etwa einhundert Jahren ist die Stadt von den Arbeiten und osten der Befestigung befreit. Schon die zu den Zeiten Sigunds III., Władysławs IV. und Johanns III. von italienischen und deut:hen Ingenieuren entworfenen Pläne zur Vervollständigung der Be:stigung Lembergs sind wegen der grossen Kosten und zu gros:r Ausdehnung der Aussenwerke nur in einem sehr geringen Theile usgeführt worden, obgleich König Johann III. in dem Rescripte om 30. Juni 1682 die Expropriation beinahe in derselben Weise nordnet, wie solche Geschäfte heute durchgeführt werden [58]. Die ;roberung Lembergs durch die Schweden unter Karl XII. im Jahre 704 hat die Unzulänglichkeit der Befestigung dargelegt, ohne die löglichkeit einer Verbesserung in Aussicht zu stellen; daher sind päter die Festungswerke mehr der Ordnung des status quo als des ;weckes willen nothdürftig erhalten worden. Die k. k. Regierung at im Jahre 1777 die Abtragung der baufällig gewordenen Stadthore und deren Thürme — allmählig aber die Beseitigung und Plairung der Wälle, Mauern und Basteien angeordnet; in den Jahren 849 und 1850 wurden neuerliche Befestigungen mit sehr grossen osten hergestellt, die nach wenig Jahren wieder als unzulänglich der entbehrlich erkannt wurden, daher auch der Festungsrayon wie:r aufgehoben wurde [59].

Von den alten Stadtmauern sind noch jetzt einige in Verbindung it andern Gebäuden gebrachte Stellen vorhanden bei Nr. 376 Stadt, 36 und 739 1/4.

Von den zur Zeit Władysławs IV. und Johanns III. angelegten ussenwerken finden sich noch Spuren in den Höfen 456 1/4, 91, 100 id 520 4/4.

An die Stelle der Ausgaben für Stadtbefestigung sind andere fentliche Bedürfnisse getreten, deren Kosten den Ertrag der Obtary-Güter sammt den Procenten der Grundentlastungs-Obligationen eit übersteigen.

Während vor vierhundert Jahren eine zweimalige Reinigung er Stadt jährlich — vor Ostern und vor Michaeli (Stadtarchiv I. Abth. A. Nr. 2 pag. 156) — für hinlänglich erkannt wurde, und

---

[58]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 282, fasc. 476.

[59]) Verordnung des k. k. Reichs-Kriegsministeriums vom 26. December 1868, bth. 8, Nr. 4221.

noch im Jahre 1764 eine besonders delegirte königliche Commission zu entscheiden hatte, wer zur Ausführung des Mistes und Unraths in den öffentlichen Strassen und Plätzen verpflichtet sei, ist eine tägliche Stadtreinigung jetzt keine Frage mehr. Die in den Wachtstuben des Rathhauses bereit gehaltenen drei Laternen mussten einer öffentlichen Strassenbeleuchtung weichen, Feuerwehr und öffentliche Spaziergänge sind der Vergangenheit unbekannt gewesen, und kein Stadtbudget aus den vorhergehenden Jahrhunderten hätte solche Kosten übernehmen können [60]).

Die Versuche des Magistrats im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert, die Szarwarki auch auf die Ansiedlungen in der Halitscher Vorstadt auszudehnen, wurden nach hartnäckigem Widerstand der Betheiligten von der Regierung zurückgewiesen [61]).

Eine zweite Veranlassung zu Wiederholungen der Stadtgebietsverleihungen lag auch in folgenden Zeitereignissen:

Lemberg wurde schon zur Zeit Königs Kasimir des Grossen als die Hauptstadt des Landes betrachtet. Hiezu haben schon die rusinischen Fürsten, welche ihre Residenz hieher verlegten, den Anfang gemacht, und die sich hier ansässig machenden Deutschen haben zur Emporhebung der Stadt beigetragen, wobei die geographische Lage, die damaligen Verhältnisse des Welthandels und die politischen Ereignisse günstig waren.

Noch in der Mitte des Continents, auf dem Wege des Westens nach Osten, ohne beschwerliche Gebirge, Flüsse, unwirthbare Steppen passiren zu müssen, etablirte sich Lemberg als Handelsstation für den Transito — ein Sammelplatz der Kaufleute und ihrer Waaren [62]). Europa kannte damals weder Amerika noch die Umschiffung Afrika's, die Seewege von Genua und Venedig genügten nicht oder waren

---

[60]) Stadtbudget für 1869: Stadtreinigung 16105 fl. — Beleuchtung 48624 fl. — Strassen und Pflaster 99465 fl. — Öffentl. Spaziergänge 3792 fl. — Feuerwehr 30568 fl.

[61]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 400. Die damalige Halitscher Vorstadt enthielt damals das erste, vierte und einen Theil des zweiten Viertels; im J. 1607 waren 798 Wohnhäuser und Gehöfte (dworki), hievon 86 in adeligem, 26 im Besitze geistlicher Körperschaften.

[62]) Die Napoleonische Continental-Sperre, welche anderwärts so verderblich war, brachte Lemberg und Brody ungewöhnliche Vortheile, welche nach dem Falle dieses Systems ebenso schnell aufhörten.

zeitweise gestört, der Handel war angewiesen, die seit den Kreuzzügen erweiterten Verbindungen zu benützen; Religionszwang, Staatsumwälzungen und andere politische Ereignisse veranlassten Griechen, Armenier, Perser, Tartaren, Italiener. Franzosen, Briten und Deutsche theils zum Besuche, theils zur Ansiedlung[63]). Der Gewerbfleiss der Bewohner fand nicht nur durch sich selbst seinen Lohn, sondern auch Aufmunterung in der Munificenz der Regierung und im Auslande[64]).

Die Stadt erwies sich dieser Begünstigungen werth, ihrer eigenen Stellung und Wichtigkeit bewusst, indem sie vorerst eine geordnete politische und ökonomische Verwaltung mit Benützung der ihr zugestandenen Autonomie entwickelte; in confessionellen Angelegenheiten befliss sie sich einer schon im Diplome vom Jahre 1356 ausgesprochenen Toleranz, welche hundertfünfzig Jahre später nicht mehr möglich schien[65]). Die Stadt sorgte für gute Justizpflege, daher das Stadtgericht zum Gerichtshofe der ganzen Provinz bestimmt wurde[66]), nebstdem errichtete sie eine öffentliche Schule im Jahre 1382[67]) und ein Spital für Kranke und Sieche, welche beide Anstalten noch heute bestehen[68]).

---

[63]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 1, 3, 10, 28, 73, 161, 162. V. Abth. fragm. officii consularis A. D. 1382. — In Lemberg waren im Jahre 1376 drei griechische Kirchen: St. Nicolai, St. Georg und St. Maria obdormitionis, eine armenische, und sechs lateinische: St. Maria Schnee, St. Katharina im untern Schlosse, in demselben Jahre vom Herzog von Oppeln gestiftet, Sanctissimi Corporis Christi (Dominikaner), St. Johann, St. Spiritus und die Minoriten (Franciskaner) Klosterkirche.

[64]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 17, 68, 69, 140, 159. Diplome des Fürsten etdemr von Luck v. J. 1379, der Hospodare der Moldau Mircze, Stefan, Wlad und Alexander v. J. 1409, 1410, 1434, 1456.

[65]) Der Grundsatz des Magdeburger Rechtes: fides in pacem Sti. Petri ecclesiae Christi konnte auf diejenigen, welche an den Frieden der christlichen Kirche nicht glaubten, nicht ausgedehnt werden, daher Nichtchristen, Ungläubige blos auf Duldung Anspruch machen konnten; doch finden sich Juden als Zollpächter, als Besitzer unbeweglicher Güter, als Zeugen vor Gericht in Angelegenheiten der Christen.

[66]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 180.

[67]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 44. III. Abth. A. Nr. 259.

[68]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 283. Von dem in der Urkunde vom J. 1407 (I. Abth. Nr. 60) erwähnten Spitale nächst der Kirche St. Maria Schnee ist sonst nirgends eine Erwähnung.

Lwow oder Lamburg musste schon zur Zeit König Kasimirs politische Bedeutung erlangt haben, als sich dieser Monarch entschloss, daselbst ein lateinisches Erzbisthum zu errichten, wenngleich der Papst, damals in Avignon, vor Ertheilung seiner Zustimmung die Auskunft verlangte, was dieses Lamburga für ein Ort oder Dorf (locus seu villa) sei[69].

Damals war Lamburg bereits der Sitz des Statthalters der Provinz (Capitaneus Generalis Russiae); zu seiner Unterkunft und für die Kanzleien wurde in nordwestlicher Ecke der Stadt ein neues Schloss gebaut; dieses war zwar in die Stadtbefestigung eingeschlossen, von der Stadt aber durch Graben und Mauer getrennt und durch ein Thor mit der Stadt verbunden; nach Aussen hatte es keinen eigenen Ausgang; einen solchen suchten die Starosten zwar öfter zu erlangen, allein die hierüber angeordneten königlichen Commissionen haben nach vorgenommener Localuntersuchung und in Berücksichtigung des Widerspruches der Stadt, dem Wunsche der Starosten nicht entsprochen[70].

Diese königlichen Beamten, so wie sie aus den verschiedenen Urkunden eruirt wurden, waren:

I. Capitanei Russiae[71]:

Abraham im Jahre 1352[72].

Otto de Pilcze (Pilecius, Pilecki) im Jahre 1365—1370[73].

Johannes (gentis Śreniawa) im Jahre 1371[74].

---

[69]) Theiner: vetera monumenta Poloniae I. pag. 615, 719. Päpstliche Bullen Urbans V. v. J. 1363 und Gregors XI. v. J. 1369.

[70]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 217. Später begnügten sich die Starosten mit der Wohnung im untern Schlosse nicht und nahmen sich Quartiere in der Stadt; Nicolaus Herburt de Fulsztyn (1585) wohnte am Ringplatze im Hause des Georg Gutteter (heute Nr. 235 Stadt).

[71]) Demetrius Dedko, Capitaneus Russiae im J. 1340, war nicht im polnischen Dienste.

[72]) Archiv des lat. Metrop. Domkapitels, Loc. 14. Nr. 2, p. 11.

[73]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 4—6.

[74]) Archiv des lat. Metrop. Domkapitels, Loc. 12, Nr. 2. — Es scheint dies Kmita zu sein, welcher nach Anherkunft des Herzogs von Oppeln dann Starost von Sieradz im J. 1374 gewesen. Niesiecki: herbarz polski.

Ladislaus Herzog von Oppeln[75]) im Jahre 1372.

Wiktor im Jahre 1375[76]).

Jesko Radlo im Jahre 1377[77]).

Andreaszko im Jahre 1378[78]).

Johannes de Oderberg oder Odrowonsch im Jahre 80[79]).

Emerich Webek, totius Russiae Capitaneus im Jahre 1384, 85.

Andreas, totius Regni Russiae Capitaneus im Jahre 1386[80]).

Johannes de Tarnow, Palatinus Sandomiriensis et Capitaus Russiae im Jahre 1387[81]).

Gniewosz de Dalewice, Capitaneus Russiae im Jahre 193[82]).

Johannes de Tarnow, Palatinus Sandomiriensis et Capitaus Russiae im Jahre 1395—1400[83]).

Florianus de Korythnica, suppincerna Sandomiriensis et ipitaneus Lemburgensis[84]) im Jahre 1407.

Florianus de Korythnica, Castellanus Wislicensis et Caaneus Lemburgensis im Jahre 1407—1411[85]).

Iwo de Obychow, Castellanus Szremensis et Capitaneus mburgensis im Jahre 1411[86]).

---

75) Der Herzog muss hier eingereihet werden, weil er „ad gubernandum" ier gesendet wurde und in den ersten Jahren seines Hierseins kein Capitaneus annt wird.

76) Archiv des Lemb. lat. Erzbischofs Nr. 1. Alexander Stadnicki: ziemia wska p. 59.

77) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 10, 11.

78) Ebenda Nr. 12, 13.

79) Ebenda Nr. 19. Diese Familie existirt heute unter dem Namen Sedlnicki Mähren und Schlesien. Niesiecki: herbarz polski, Leipzig bei Breitkopf 1839, Bd. S. 24.

80) Wiktor, Andreaszko und Emerich Webek waren Ungarn, Andreaszko irscheinlich ein Ahnherr der heutigen Grafen Andrássy. Archiv des lat. Metrop. ikapitels und des Lemberger Dominikaner-Convents.

81) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 8, 29 a. b.

82) Ebenda Nr. 38.

83) Ebenda Nr. 39, 47, 48.

84) Ebenda Nr. 61, 64, 65.

85) Ebenda Nr. 70, 71, 72.

86) Ebenda Nr. 73.

Iwo de Obychow, Castellanus Szremensis et Capitaneus Russiae generalis im Jahre 1412—1419[87]).

Spytko de Tarnow, Capitaneus Russiae generalis im Jahre 1422[88]).

Peter Włodkowicz de Charbinowice, Capitaneus Russiae generalis im Jahre 1423[89]).

Johannes Manżyk de Dombrowa, Supremus Pincerna mensae regalis et Capitaneus Russiae im Jahre 1430[90]).

Vincenz de Szamotuli, Castellanus Myedzyrzycensis, Capitaneus terrae Russiae generalis im Jahre 1434—1437[91]).

Peter Odrowonsch de Sprowa, Palatinus et Capitaneus Russiae im Jahre 1442[92]).

Andreas Odrowonsch de Sprowa, Palatinus et Capitaneus Russiae im Jahre 1454—1465[93]).

II. Castellanus Leopoliensis.

Ladislaus, Castellanus Lemburgensis 1384.

Syenko de Syenno im Jahre 1445[94]).

III. Palatinus (Wojewoda) Lemburgensis[95]).

Błociszewski im Jahre 1370[96]).

---

[87]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 75, 84, 85, 86, 88. Er war einer der drei Gesandten, welche nach dem Tode der Königin Hedwig im J. 1400 bei dem Grafen Wilhelm von Cilly um die Hand der Anna, Schwester der Barbara, Gemahlin des Königs Sigmund von Ungarn und Enkelin des Königs Kasimir des Grossen, für den König Władysław Jagiełło warben. Herburt de Fulsztyn: Chronica historiae Polonicae, Dantzig 1609, pag. 269.

[88]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 91, 112.

[89]) Ebenda Nr. 73; er war früher Starost in Treblow, heute Tremblowa.

[90]) Ebenda Nr. 134.

[91]) Ebenda Nr. 137, 142, 148, 149, 150.

[92]) Ebenda Nr. 166, 167.

[93]) Ebenda Nr. 204 und andere.

[94]) Das Geschlecht der Sienienski von Gołogory, woraus im J. 1577 Johannes lat. Erzbischof von Lemberg war, ist erloschen. Der Kastellan Ladislaus kommt vor in der Urkunde Archiv. Metrop. Capit. Leopol. Locutam. 4. vol. 1.

[95]) Der Palatinus oder Wojewoda der Ortschaft war dem Palatinus der Provinz untergeordnet, sein unmittelbarer Vorgesetzte war der Starost (Capitaneus), eine Würde oder Amt, das in dem Bezirkshauptmann der Gegenwart wieder zum Vorschein kommt.

[96]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 6. Diese Urkunde ist in ruthenischer Schrift.

Paszko (Paul) de Oderberg, palatinus parvi Castri Lemgensis im Jahre 1387 [97].

Mancyna de Konin im Jahre 1394, 1396 [98].

Johannes Nos im Jahre 1405 [99].

Budko Zawisza im Jahre 1409 [100].

Kunath de Tuliglowy im Jahre 1424 [101].

Przecław de Leszec, auch Leshecz, im Jahre 1435 [102].

IV. Burgrabia Lemburgensis [103].

Zbrośko im Jahre 1405 [104].

Albert de Sulimow im Jahre 1421 [105].

Diesen Herren jener Zeit fehlte es nicht an Bewusstsein ihrer ıcht und Würde, und es kann ihnen kaum verargt werden, wenn : noch ein Übergewicht zulegten, und darauf bestanden, am Orte ·es ordentlichen Wohnsitzes auch ihre eigene — wenn gleich übergene — Jurisdiction auszuüben, daher einen eigenen Bezirk zu ben, in welchem das Magdeburger Recht, die Jurisdiction des ıdtmagistrats keine Anwendung hatte.

Je mehr das deutsche Recht, die Stadt, das Bürgerthum, seine rbindungen und Folgerungen sich entwickelten, desto grösser und :hhaltiger schien die Störung, welche dadurch die Macht der Staten und ihrer Unterbeamten — die durch sie repräsentirte Authoit des Königs erlitt, welche zu schützen und aufrecht zu erhalten gen die Eingriffe des Bürgerthums und der deutschen Fremden — :hthierländer — sie sich verpflichtet fühlten. Es waren Nationalität,

---

[97]) Stadtarchiv V. Abth. fragm. officii consularis pag. 104, Nr. 492.

[98]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 38. Archiv des lat. Metrop. Domkapitels Loc. 12. 2. Alexander Stadnicki: ziemia Lwowska p. 24 erwähnt des Woyewoden Michael nbacki, allein die dort bezogene Urkunde des Stadtarchivs (I. Abth. Nr. 36) weiset ·h, dass Lambacki Eigenthümer des Dorfes Malechow war, jedoch kein Amt beidete. Tarnowski war damals Starost und Mancyna Woyewode von Lemberg.

[99]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 54.

[100]) Ebenda Nr. 67.

[101]) Ebenda Nr. 111.

[102]) Ebenda Nr. 144, 151.

[103]) Die Burggrafen sind zuerst im Schlosse zu Krakau als praefecti vigin im J. 1390 bestellt worden. Herburt: chronica pag. 266.

[104]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 54.

[105]) Ebenda Nr. 103.

Patriotismus und Kastengeist im Spiele; die Begriffe hierüber sind seit fünfhundert Jahren noch nicht geordnet, Recht vom Vorurtheile nicht geschieden, und konnten es zu jener Zeit umsoweniger sein. Die Starostei zog daher die nächste Umgebung wenigstens des oberen Schlosses, auch wenn sie Stadtgebiet war, zum Schlossbezirke ein, ohne dabei die Stadt um ihre Zustimmung zu befragen, oder sich um ihre Privilegien zu kümmern. Durch diese — etwa aus höheren Staatsrücksichten getroffene — Verfügung wurde die Stadt in ihrer Steuerkraft, Einkünften und Gewerbsverhältnissen empfindlich berührt, weil die im Schlossbezirke ansässigen Gewerbsleute zu den in Zünften geordneten Gewerben der Stadt in keinem Verbande waren und an dieselbe keinerlei Abgaben entrichteten.

Solche Einverleibung eines Theiles des Stadtgebietes zum Schlossbezirke musste schon innerhalb der zwölf Jahre von 1356 bis 1368 stattgefunden haben, und derselbe Vorgang musste nach jeder königlichen Verleihung, welche das Stadtgebiet erweiterte, wiederholt worden sein, was aus dem Wortlaute der betreffenden Urkunden hervorgeht.

Im Diplome der zweiten Verleihung vom Jahre 1368 [106]) steht: „Consideratis nonnullis defectibus civitatis nostrae Lemburgensis ut merito tenemur de remedio providere oportuno" — d. i. die Regierung findet sich mit Recht verpflichtet, einigen in Betracht gezogenen Gebrechen der Stadt abzuhelfen. — Wenn nun im neuen Diplome keine andere Abhilfe getroffen wird, als dass der Stadt, welcher im Jahre 1356 bereits siebzig Lan verliehen worden, einhundert Lan verliehen werden, ohne jener ersten Verleihung zu erwähnen, so können jene Gebrechen nur in der Verringerung der siebzig Lan des Stadtgebietes bestanden haben, und dieselbe Verringerung musste durch die Organe der Regierung verübt worden sein, welche dem Könige gegenüber ihre guten Gründe dafür geltend machten, sonst würde das Diplom ihre Verpflichtung zur Abhilfeleistung nicht einbekannt haben.

Ein anderer Grund zu dieser zweiten Verleihung kann auch im Folgenden gefunden werden. Die Lithauer unter Lubart hatten im Jahre 1366 Lemberg eingenommen, sie hatten wenige Jahre zuvor Halicz zerstört, und mochten nach damaligem Gebrauche mit Lemberg

---

106) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 5.

feindselig arg verfahren haben[107]). Das Diplom vom Jahre 1368 erwähnt dieses Ereignisses[108]).

Hatten die Bewohner der Stadt schon durch die eigenmächtige Einbeziehung eines Theiles des Stadtgebietes seitens des Starosten die Überzeugung erlangt, dass die Regierungsbeamten die der Stadt vom Könige verliehenen Privilegien nicht respectirten, dass also der Besitz der Stadt ungesichert sei, so machten sie durch die Invasion der Lithauer noch härtere Erfahrungen, die auch das Privatvermögen und den lateinischen Cultus betroffen haben mussten, weil das Document die Lithauer als dessen Feinde darstellt. Es galt demnach die Stiftung Kasimirs vom Jahre 1356 aufrecht zu erhalten, was durch die zweite Verleihung erreicht werden sollte. Hiernach waren die lateinische Pfarrkirche St. Maria Schnee, die Bewohner der Stadt insgesammt für die durch die Invasion erlittenen Verluste zu entschädigen, ohne dabei den Theil der Bevölkerung zu reitzen, welcher sich zur griechischen Kirche (die Ruthenen) bekannte.

Das Document vom Jahre 1368 erkennt nun die von der Gräfin Anna (von Cilly) der Kirche St. Maria Schnee geschenkte Mühle als Eigenthum der Kirche an, und bestimmt ihr einen ganzen Lan von den der Stadt verliehenen hundert; hievon werden zehn Lan auf ewige Zeiten steuerfrei erklärt, neun zur gemeinschaftlichen Hutweide für das Vieh und die Pferde nicht nur der Stadtbewohner, sondern auch der im Schlossbezirke wohnenden Ruthenen, und für die übrigen 89 Lan die Steuerfreiheit auf zwanzig Jahre zugestanden, von welchen dann an Zins und Zehend zusammengenommen nicht mehr als zwölf Prager Groschen jährlich zu entrichten kommen[109]).

---

107) Stadnicki: Synowie Gedymina I. und II. Band.

108) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 5. „ipsa civitas Lemburgensis in terra Russia constituta per insultus Lythuanorum ortodoxae fidei inimicorum proh dolor fore noscitur aggravata et preventa“.

109) In jener Zeit kommen hier polnische, ruthenische und Prager Groschen im Verkehre vor. — Der Werth derselben richtete sich nach dem Curswerthe des ungarischen (Kremnitzer) Dukaten. — Czacki: o litewskich i polskich prawach. Stupnicki: o monetach halickiej Rusi. Joseph Graf Auersperg: Balbin liber Curialis, Cap. VI. Brünn 1816. 3. Band. S. 51—81. König Johann (Luxemburg) von Böhmen verordnete im J. 1327, dass eine Mark 64 Prager Groschen gelten solle, und im J. 1460 galt der Kremnitzer Dukaten 40 Groschen.

Durch diese Bestimmungen hat das Diplom die Stadt, die lat. Pfarrkirche und die Ruthenen berücksichtiget; es war die zweite Verleihung keine blosse Dotations-Aufbesserung von 70 auf 100 Lan, denn jene siebzig waren schon nicht ganz vorhanden, und ohne diese Verleihung war die Stiftung der Stadt vom J. 1356 in Gefahr ihrem gänzlichen Verfalle entgegen zu gehen.

Vier Jahre nach dieser zweiten Verleihung erfolgte die dritte durch den neuen Landesherrn, den Herzog von Oppeln. Es ist wahrscheinlich, dass während dieser Zeit und solange der Herzog hier war, welcher das Diplom vom J. 1368 im J. 1372 bestätigte [110]), das Stadtgebiet unversehrt geblieben, allein innerhalb der acht Jahre, die zwischen der Resignation des Herzogs (13. Jänner 1379) [111]) und der Ankunft der Königin Hedwig (8. März 1387) verflossen, mussten von den damals bestellten Starosten neuerdings arge Schmälerungen des Stadtgebietes verübt worden sein.

In den Diplomen vom J. 1368 und 1372 wird der im Diplome vom J. 1356 erwähnten Hutweide Bełohorszcz nicht gedacht, was nach der Örtlichkeit beweiset, dass die zweite Verleihung nicht die Westseite betroffen, sondern es ist von der Nord- und Ostseite die Rede, weil diese beiden Urkunden das neuhinzugekommene Stadtgebiet in der Art beschreiben: incipiendo a fronte murorum civitatis et a monte, qui dicitur Stefani mons, sursum ac deorsum ex utraque parte fluvii Polthwa et abinde per circuitum prefate civitatis Lemburgensis usque ad molendinum Ecclesie parochialis sancte Marie Virginis gloriose, d. i. dies- und jenseits des Stefansberges an beiden Ufern des Peltew bis zu der der Marienkirche gehörigen Mühle. Der Peltew, welcher längs der Westseite der Stadtmauer fliesst, obschon er zu jener Zeit auch ein zweites Bett hatte, welches noch westlicher sich befand, wendete sich dann nach Osten, nördlich des Schlossberges, und Zniesienie liegt dann diesseits am rechten Ufer des Peltew.

Der Stefansberg ist aber jener Bergrücken [112]) (wo heutzutage der Kaiserwald), welcher sich nach Osten bis gegen Krzywczyce

---

[110]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 5, 8.

[111]) Ebenda Nr. 14.

[112]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 468. Stanislai Anserini inventarium omnium laneorum A. D. 1608.

erstreckte, und da fehlt noch heute das ganze Deorsum und im Sursum finden sich Enclaven der benachbarten gutsherrschaftlichen Gründe, wie solche dort, wo in früher Zeit Abgränzungen stattgefunden, wie z. B. Zubrza, Sichow, Zimnawoda, Winniki, Kozielniki, Rzęsna und Sokolniki[113]), niemals hätten Platz greifen können. Dieses Deorsum des Stadtgebietes vom J. 1368 und 1372 sind die Gründe der Dörfer und Gutsherrschaften Zniesienie und Krzywczyce.

Es ist bereits oben bemerkt worden, dass Zniesienie eigentlich das altrusinische Lwow, ein Kirchspiel des neurusinischen, folglich zur Zeit der ersten Verleihung vom J. 1356 noch ein Theil Lwows gewesen. Die Starosten nahmen nun dieses Deorsum, und dadurch gehörte Zniesienie nicht mehr zur Stadt, und das Kirchspiel wurde ein Dorf, ein Starosteigut. Ein ähnliches Bewandtniss hat es mit den Gründen des später angelegten Dorfes Krzywczyce, von denen viele in der Halitscher (jetzt Broder) Vorstadt sich befanden, wie selbe dann zu einer eigenen Juridik consignirt wurden. Zniesienie und Krzywczyce erscheinen später als zur Lemberger Starostei gehörige Güter[114]).

Durch die von der k. k. Regierung eingeführten Änderungen in der politischen Verwaltung wurden die Starosten entbehrlich; die Beamten der k. k. Kreisämter, vom Staate besoldet, hatten keinen Anspruch auf die Güter der Starostei, welche die Regierung als Staatseigenthum behandelte; durch die Verträge vom 15. August 1775[115]) wurde Zniesienie um 8000 fl., Krzywczyce um 10.200 fl. rheinisch, d. i. Conv. Münze zum Unterschiede der polnischen Gulden, an den Grafen Vincenz Potocki verkauft. — Nach diesem Verkaufe blieb in Lemberg noch der nach den neuerlichen Gränzen dieser beiden Dörfer dahin nicht einbezogene Schlossbezirk, auch Starostei-Juridik genannt, und die beiden Schlösser.

Das untere Schloss (castrum inferius) wurde als Eigenthum des Landes betrachtet, und vom Kaiser Joseph II. den im J. 1782 errichteten galizischen Landständen geschenkt, und diese haben mit Bewil-

---

[113]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 106, 123, 125, 184, 269, 874.

[114]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 503. Lustratio capitaneatus Leopoliensis A. D. 1503. Lemberger Schlossakten, feria 3. post festum OO. Sanctorum A. D. 1647.

[115]) K. k. Landtafel.

ligung oder auf Befehl der k. k. Regierung die baufälligen Gebäude und den Grund des alten Schlosses um den erhobenen Schätzungswerth von 8528 fl. C. M. an die Stadt verkauft[116]). Die Gebäude wurden abgetragen, der Grund planirt, als Marktplatz benützt, und im J. 1837 an den Grafen Stanislaus Skarbek zum Bau des neuen Theaters überlassen[117]).

Das obere Schloss sammt dem Schlossberg und der Starostei-Juridik, d. i. Rechte zum Bezug von jährlichen Zinsungen, auch Monatgeld genannt, wurde im J. 1786 vom Kaiser Joseph II. der Stadt geschenkt[118]).

Diese Abgaben wurden bei der allgemeinen Grundentlastung abgelöset im J. 1854.

Das baufällige Gebäude des obern Schlosses wurde grösstentheils abgetragen, das Materiale an einzelne Bürger überlassen, welche dasselbe zum Bau neuer Häuser verwendeten; namentlich ist im Hause Nr. 98⁴/₄ ein guter Theil des Materiales vom obern Schlosse, von welchem jetzt wenig Mauerwerk als Ruinen vorhanden.

Der Schlossberg war öde, sandig, jeder Regenguss schwemmte Sand auf die Strassen herab. Im J. 1835 begann die Stadt den Schlossberg als Wald zu bepflanzen; die vom Theaterbau — dem ehemaligen Grunde des untern Schlosses — ausgehobene Erde wurde auf den Schlossberg geführt, abgelagert, die durch die Steinbrüche entstandenen Gruben ausgefüllt, und in dieser Weise ein Park geschaffen, welcher durch den im J. 1845 beendigten Bau eines Kaffeehauses[119]) ein Erholungsort des Publikums geworden ist. Den im J. 1806 von einer Gesellschaft (Israeliten) gestellten Antrag, den Schlossberg um 6000 fl. zu kaufen, hat die Stadt abgelehnt, weil der Zweck des Unternehmens nicht angegeben wurde; auch hat der Magistrat das Ansuchen eines Industriellen im J. 1841, am obern Theile des Schlossberges Windmühlen nach holländischer Art herzustellen, nicht bewilligt.

---

[116]) Vertrag vom 4. August 1802. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 559. Stadtgrundbuch Lib. Dom. 32. p. 157.

[117]) Vertrag vom 7. December 1837, Stadtarchiv II. Abth. fasc. 413.

[118]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 420. Hofdecret vom 9. October 1786 Z. 27799.

[119]) Die Kosten der Bepflanzung waren während mehrerer Jahre eine stehende Ausgabe. Der Bau des Kaffeehauses kostete über 22.000 Gulden, der jährliche Pachtzins übersteigt nicht 100 Gulden.

Für die Behauptung, dass auch an der zweiten Verleihung vom J. 1368 Schmälerungen des Stadtgebietes von den Starosten eigenmächtig verübt worden sind, sprechen noch folgende Vorgänge.

Es kann wohl keinem Zweifel unterliegen, dass die Landschaften Ruś vom Könige Kasimir dem Grossen für die Krone Polens erworben worden sind [120]).

Sein Nachfolger König Ludwig von Ungarn und Polen hatte verschiedene Verfügungen getroffen, welche Ruś als ungarische Provinz behandelten, indem Ungarn als Kastellane und Starosten hier bestellt wurden. Nach dem Tode des Königs (am 11. September 1382 zu Stuhlweissenburg) begannen einige dieser Starosten die ihnen anvertrauten Burgen (grody) sammt dem dazu gehörigen Lande an die lithauischen Fürsten zu verhandeln. Die Erwerbungen König Kasimirs des Grossen gingen dadurch wieder verloren [121]). Die Regierung, hievon in Kenntniss, hielt es für die höchste Zeit, diesen Verlusten Einhalt zu thun. Allein die Regierung musste sich selbst vorerst befestigt haben, was erst nach der Krönung der Königin Hedwig und nach ihrer Vermählung mit dem lithauischen Fürsten Władysław Jagiełło als erreicht angesehen wurde. König Władysław eilte nach Lithauen, um mit seinen Verwandten wenigstens Frieden herzustellen; der Königin Hedwig als der legitimen Nachfolgerin aber wurde die Aufgabe, diese Provinz für die Krone Polens selbst in Besitz zu nehmen. Von den Vorbereitungen zur Reise der Königin von Krakau nach Lemberg hatte Herzog Ladislaus von Oppeln, damals in Czenstochow, Wissenschaft, und er erliess von dort aus am 6. Februar 1387 [122])

---

[120]) Vertrag des Königs mit den lithauischen Fürsten. Kasimir Stadnicki: synowie Gedymina. II. Bd. S. 29.

[121]) Herburt: Chronica historiae polonicae, Dantzig 1609. XII. Buch S. 248. „Ungari, qui Russiae plerasque prefecturas obtinebant, Kremenec, Olesko, Horodło, Lopatyn et Sniatyn arces cum territoriis suis Lubarto, Lucensium Duci, magna vi auri et argenti ab eo accepta prodidere, atque ex eo tempore Lituani Volinensem terram sibi usurpare coeperunt". — Kasimir Stadnicki: synowie Gedymina. I. Bd. S. 84. — Stephan Katona: Epitome chronolog. rerum hungaricarum. II. Bd. pag. 129. — Władysław, d. i. Jagiello, mit den Fürsten Lubart, Kiejstut, Witoud und Georg von Bełz stand im J. 1374 im Feldzuge König Ludwigs gegen Bełz feindlich Polen gegenüber; dieser Krieg wurde durch die Unterwerfung Georgs von Bełz geschlichtet. (Herburt.)

[122]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 23. Diese Originalurkunde wurde im J. 1789 vom k. k. Landes-Gouverneur Grafen Gaisruck an das k. k. Haus-, Hof- und Staats-

an die Stadt und Landschaft Lemburg die Aufforderung: die Königin Hedwig nicht anzuerkennen, sondern der Königin Elisabeth, Witwe des Königs Ludwig, und ihrer ältern Tochter Maria treu zu bleiben.

Es lässt sich heute nicht erforschen, ob dieses Schreiben nicht etwa zu spät anher gekommen, oder ob die Befolgung der Rathschläge des Herzogs der Stadt überhaupt möglich war, allein nach den weitern Ereignissen lässt sich auch die damalige Sachlage erkennen, dass nämlich die Verwicklungen, welche sich aus der Nichtanerkennung der Königin Hedwig für die Stadt ergeben konnten, den Bewohnern und ihren Vertretern unklar und sogar unlieb waren. Es mussten sich noch Viele am Leben befinden, welche an den Kriegszügen des Königs Kasimir theilgenommen hatten, Zeugen des persönlichen Wohlwollens des Königs für die Stadt waren, und die der Stadt von der Regierung ertheilten Zugeständnisse zu schätzen wussten, und sie waren demnach mehr der Sache, für welche sie freiwillig mit Gut und Blut eingestanden, als einem ungarischen Gouvernement zugethan. Jedenfalls hatte das herzogliche Schreiben zwischen der Stadt und dem Hofe Misstrauen gesäet, welches bewirkte, dass die Königin nicht directe nach Lemberg sich begab, sondern in dem drei Meilen hievon entfernten Grodek anhielt; anderseits wurde die Stadt ermuthiget, ihre Beschwerden an die Regierung zu berathen und möglichst vorzubringen.

Am Freitage der zweiten Fastenwoche (1. März 1387)[123]) erliess von Grodek die Königin an die Stadt die Aufforderung, durch eine Deputation im königlichen Hoflager zu erscheinen. Den Deputirten wurde sowohl von der Königin, als auch in einem zweiten Documente von acht in ihrem Gefolge befindlichen Magnaten sicheres Geleite zugesichert[124]).

Die städtische Deputation begab sich nun nach Grodek. Über ihre dortige Aufnahme, Audienz, oder die mit ihr gepflogenen Verhandlungen ist zwar keine schriftliche Aufzeichnung vorhanden, allein im Stadtarchive[125]) befindet sich eine um acht Tage später aus

archiv eingesendet, aus welchem eine vidimirte Abschrift im J. 1864 dem Stadtarchive zugekommen ist.

[123]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 24.

[124]) Ebenda Nr. 25.

[125]) Ebenda Nr. 26.

Lemberg datirte, mit dem Siegel der Königin Hedwig versehene und in ihrem Namen erlassene Pergament-Urkunde, aus deren Wortlaut zu ersehen ist, dass die Grodeker Verhandlung zur Befriedigung des Hofes und der Stadt ausgefallen; das Document ist der getreue Spiegel dieser Verhandlungen, der königliche Bescheid auf die von der Stadtdeputation vorgebrachten Bitten und Beschwerden. Es kommen darin die Worte vor: „Si civitati in suis metis et limitibus aliquid violenter abstractum sit, illa taliter ablata restituere volumus, que tamen in nostris manibus obtinemus“, d. i. wenn der Stadt an ihrem Gebiete etwas gewaltsam entrissen worden sei, so wollen Wir solches zurückstellen, insofern es sich in Unserm Besitze befindet.

Hieraus ist zu ersehen, dass die städtischen Deputirten am Hoflager zu Grodek sich wegen eigenmächtiger Entziehung eines Theiles des Stadtgebietes gegen den Starosten beschwert haben mussten, ansonsten die Zurückstellung dessen, was sich hievon im Besitze der Regierung befände, nicht hätte zugesagt werden können, auch wäre sonst diese ganze Stelle des Diploms für damals und für jetzt unverständlich [126]).

König Władysław hat bei seiner ersten Anwesenheit in Lemberg — im Herbste des Jahres 1387 — am 18. October 1387 [127]) das von seiner Gemahlin, der Königin Hedwig, am 8. März 1387 ertheilte Diplom im Transumpte erneuert; — allein die Erfüllung des Versprechens der Zurückstellung der gewaltsam entrissenen Theile des Stadtgebietes liess auf sich warten; es mochten Schwierigkeiten obwalten, welche die beiden königlichen Majestäten gegen die damalige Aristokratie und Bureaukratie zu überwinden nicht im Stande waren.

Abermalige Klagen der Stadt gegen den Starosten in Betreff der Verletzung des Stadtgebietes hatten im Jahre 1413 nur den Erfolg, dass der König den Richter Hanko von Lubomla zur Berichtigung der Gränzen delegirte; allein diese am 24. Mai 1413 in Gegenwart des Starosten, des Woyewoden und der Bürgermeister der Stadt gepflogene Gerichtsverhandlung beschränkte sich auf die Ab-

---

[126]) Stadnicki: synowie Gedymina II. Bd. S. 127 hält diese Stelle der Urkunde für nonsens und die Berichtigung des Wortes retinemus in obtinemus, wie im Originale steht, kläre die Sache einigermassen.

[127]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 26 B.

gränzung des Starosteibezirks von dem Weingarten des Bürgers Johann Trautfreulen [128]).

Die Angelegenheit der Gebietsverletzung mochte die Stadt öfters in Anregung gebracht haben, bis sich endlich ein günstiger Zeitpunkt fand, in welchem sich der König auf dringende Bitten der Stadt entschloss [129]) die sogenannten „Obszary, residuitates, extremitates ultra dimensuracionem et usque ad terminos omnium laneorum" der Stadt zu schenken. Diese termini omnium laneorum waren damals die Gründe der benachbarten Güter Sokolniki, Zubrza, Sichow, Kozielniki, Winniki, Zimnawoda, Borek, Grzenda, Rzęsna, Zboiska und Malechow. — Sknilow (Krzny*ł*ow) wurde erst im Jahre 1437 von Johann Bierawa Zubrski [130]), Rzęsna polska im Jahre 1433 vom damaligen lateinischen Erzbischof gegründet [131]).

Durch diese Schenkung des Königs vom Jahre 1415 sind die Klagen der Stadt gegen die Starostei wegen Verletzung des Stadtgebietes, d. i. wegen des Gebietes sursum et deorsum Stefani montis gänzlich beigelegt, daher sie auch später nicht mehr vorkommen.

Nach dieser Schenkung vom Jahre 1415 hatte das Stadtgebiet — nach heutigem Ausmass — beiläufig folgendes Areale:

1. der Stadt und Vorstädte, wie selbe jetzt zum Stadtgrundbuche gehören	5502	Wr.	Joch	[132])
2. Persenkowka und Ku*ł*parkow . . .	709	„	„	[133])
3. Bi*ł*ohorszcz	1558	„	„	[134])
4. Kleparow	842	„	„	
5. Gross- und Klein-Ho*ł*osko . . .	1937	„	„	
Fürtrag .	10.548	Wr.	Joch.	

128) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 76.

129) Ebenda Nr. 80, 81. „ad instantes peticiones providorum consulum, incolarum ac tocius communitatis civitatis Leopoliensis".

130) Ebenda Nr. 151.

131) Stadtarchiv II. Abth. Nr. 162.

132) Hievon muss jedoch das Areale des untern Schlosses, und des Schlossbezirks, welcher im J. 1786 der Stadt geschenkt wurde, in Abzug kommen.

133) Ku*ł*parkow ist Obszary-Grund, Persenkowka und Bi*ł*ohorszcz Stadtgebiet der ersten Verleihung.

134) Man müsste hier erforschen können, wie viel hievon an Rzęsna gekommen.

	Übertrag	10.548 Wr. Joch
6. Zamarsztynow mit Wolica und Porzyce	. . . .	769 „ „
7. Brzuchowice	. . . .	2665 „ „
8. Rokitnya (Rokitno)	. . . . . .	2951 „ „
	Zusammen .	17.332 Wr. Joch [135]).

›mit wird durch das Areale der Obszary-Güter das Areale der ·ünde der Dörfer Zniesienie und Krzywczyce, welche nur 2205 Wie-r Joch mitsammen enthalten, reichlich aufgewogen [136]).

Allein das Stadtgebiet, wozu hier auch die Obszary-Gründe ge-chnet werden, war auch später Schmälerungen ausgesetzt. Hiezu b die Dotation des Lemberger lateinischen Erzbischofs die erste ranlassung.

Nach dem Wortlaute des Privilegiums vom Jahre 1356 konnte :h die Stadt die ihr verliehenen siebzig Lan selbst ausmessen. Die-ıigen, welchen dieses Geschäft übertragen worden, haben gewiss n Nutzen eines Waldbesitzes für die Stadt zu schätzen verstanden, her sie nicht blos Äcker, Wiesen und Hutweiden, sondern auch ald dem Stadtgebiete zugemessen haben, was ohne Anstände ge-hehen konnte [137]).

Im Allgemeinen war zwar der Wald Concretaleigenthum der adt, allein dessen Benützung nach Erforderniss des Hausbedarfes Brennholz war den Stadtbewohnern unverwehrt; sie hatten also s Holzungsrecht, und zwar auch in den Waldungen der könig-:hen Starosteigüter selbst noch zu jener Zeit, als sich die Stadt im

[135]) Als Areale der Hauptstadt des Landes; das Stadtgebiet von Sambor hat i3, Drohobycz und Trembowla jedes 4800, Grodek 7684, Jaworow 9380, Dolina 867 Wiener Joch.

[136]) Das inventarium omnium laneorum Anserini ist blos hinsichtlich der ientirung der Lage, der Örtlichkeit von Werth; in Betreff des Areales aber tre-Unrichtigkeiten und Unklarheit hervor, indem es die Obszary-Gründe zu der ersten ·leihung vom J. 1356 rechnet, worüber schon zur Zeit König Alexanders Unge-sheit war, weil die Documente, die hierüber Aufschluss geben konnten, im Ar-ve aufbewahrt wurden, wozu der Zutritt nicht gestattet war.

[137]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 193. Am 19. September 1413 erlässt der gistrat eine Aufforderung zur Ausrodung des Waldes unter Zusicherung sechs-riger Abgabenfreiheit. Dieser Wald erstreckte sich von der Gegend des heutigen k. Invalidenhauses gegen die Vorstadt murowany most, Sonnengasse; — daher h noch Wald blieb, der nicht zum Ausroden bestimmt gewesen.

Besitze der Wälder der Obszary-Gründe und der Dörfer Zubrza und Sichow befand. Den Starosten aber war die Benützung der städtischen Waldungen verboten [138]).

Wenn nun das Holzungsrecht jedem Stadtbewohner zugestanden war, so konnte es dem lateinischen Stadtpfarrer nicht vorenthalten sein, und es ist sogar wahrscheinlich, dass ihm ein eigener Theil Waldes eingeräumt gewesen. Die langjährigen Zwistigkeiten der Stadt mit dem Stadtpfarrer Johannes (Ruteni, dem Sohne des Ruthenen) haben zu mehreren Documenten jener Zeit Veranlassung gegeben [139]). Diese Documente betreffen eigentlich den Zehend, und der Pfarrer beachtete die Entscheidung der weltlichen Behörde, auch des Königs nicht. Auf Ansuchen der Bürgermeister der Stadt intervenirte der damalige lateinische Bischof Mathias von Przemyśl in so weit, dass er in einem besonderen Documente [140]) den 7. Mai 1407 der lateinischen Geistlichkeit der Provinz den Rath gab, mit Rücksicht auf die zahlreichen Bewohner griechischen Ritus den Zehend lieber ganz aufzugeben und sich anstatt dessen mit den Messalien (meszne) zu begnügen. Allein dieser Rath war vergeblich, der Pfarrer blieb bei seinen Beschwerden: er habe anstatt des Zehends kaum den Dreissigsten erhalten, nebstdem gebühren ihm die Messalien mit 25 Mark jährlich, während die Stadt nur vierthalb Mark gegeben habe. Die Stadt musste sich endlich zu einem Vergleiche verstehen [141]), der die Messalien zwar in geringerem Betrage festsetzte, aber die Zehendleistung nicht blos von allen Feldfrüchten, sondern auch von den Gartenfrüchten und Teichen, und im Jahre 1412 auch von allem Hausgeflügel (columbatio) den Stadtbewohnern auferlegte [142]) und wornach die Kirchenbruderschaft die Kirchenbeleuchtung beizustellen hatte.

---

[138]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 99. Rescript des Königs Sigmund August vom 19. Mai 1553. — Dieselben Holzungsrechte werden auch durch andere Urkunden ausser Zweifel gestellt, namentlich aus dem Jahre 1447 (Archiv des Lemb. latein. Erzbischofs XII. Malczyce).

[139]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 42. 43, 46, 48, 55. 56, 58, 59, 60.

[140]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 57. Der Bischof hatte der Stadt 235 Mark geliehen, welche sie nach dem Tode des Bischofs im J. 1420 an den König entrichtete. Ebenda Nr. 96.

[141]) Ebenda Nr. 63.

[142]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 143. Dieser Gebrauch besteht in der Landschaft Lemberg noch heute. Die columbatio wird um die Zeit St. Nicolai an den Pfarrer entrichtet.

In allen diesen sehr umständlichen Urkunden ist vom Walde oder Holzungsrechte, das dem Pfarrer in den städtischen Waldungen zugestanden worden, keine Erwähnung, woraus der Beweis hervorgeht, dass das Holzungsrecht oder der Wald kein Gegenstand eines Streites gewesen, weil der Pfarrer im ungestörten Besitze desselben sich befunden.

Durch die Errichtung des Lemberger lateinischen Erzbisthums, oder durch die Übertragung des erzbischöflichen Sitzes von Halicz nach Lemberg, wurden die Besitzverhältnisse, die Temporalien der Stadtpfarre sehr berührt.

Es handelte sich um die Dotation des Erzbisthums, um eine Wohnung für den Erzbischof und um den Bau der Kathedrale.

Die Dotation des Erzbischofes war lange Zeit mit der Dotation des Metropolitan-Domkapitels vereiniget. Diese erste Dotation bestimmte der Herzog Ladislaus von Oppeln, Dux Russiae; sie bestand in der Stadt Rohatyn, den Schlössern Olesko und Tustan sammt den dazu gehörigen Ortschaften, in einem Hause am Stadtringe in Lemberg, in dem Zehend vom königlichen Zolle in Lemberg, und dem Zehend von den Salzcocturen zu Drohobycz und Zydaczow[143]).

Diese Dotation unterlag grossen Veränderungen, deren Beschreibung ausserhalb der Gränzen dieser Beiträge liegt.

Die Erzbischöfe von Halicz mochten in der Stadt Halicz zwar ihren ordentlichen Wohnsitz haben, allein noch vor der Errichtung des Lemberger Erzbisthums wohnten sie — wenigstens zeitweise — in Lemberg[144]). Wegen des Besitzes eines Hauses in der Stadt Lem-

[143]) So war die dos ecclesiae Haliciensis nach der Bulle des Papstes Bonifacius IX. vom J. 1385 (Stadtarch. I. Abth. Nr. 21). Rohatyn wird dort Rohagin genannt, Tustan wird nicht Tustanowice (bei Sambor), sondern eher Touste, Bezirk Grzymałow, die Coctur von Drohobycz jene von Stebnik, die von Zydaczow jene von Bolechow, Dolina oder Kałusz gewesen sein. — Diese Dotation wurde laut der in den Archiven des lat. Erzbischofs und des Metrop.-Domkapitels vorkommenden Urkunden vom Könige Władysław Jagiełło verändert, indem dem Erzbisthume die Ortschaften Rzassna (Rzęsna ruska, — denn Rzęsna polska wurde erst im J. 1433 vom Erzbischofe gegründet), Porzyce, Dunajow, Raxyn, Potoczany in der Landschaft Lemberg, Konkolniki, Zagorze, Jabłonow, Chochoniow und Dediatyn in der Landschaft Halicz, jedem Canonicus aber 48 Mark aus dem Lemberger Zolle verliehen werden.

[144]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 21, 22, 23, 39, 45, 46, 51 vom J. 1380 bis 1411. Die Ausfertigungen der Notariats-Urkunden lauten: actum Lamburgae, in stuba lignea habitatione Reverendissimi Archiepiscopi Haliciensis — auch: in refectorio claustri fratrum minoris ordinis.

berg war die Stadt mit dem Erzbischofe Bernard in grosse Verwicklungen gerathen, in welche Kozlaroga (Capricornu) Pfarrer von Halitsch mitverflochten war. Der eigentliche Hergang der Sache lässt sich ungeachtet der Weitläufigkeit der noch vorhandenen Originalurkunden nicht ergründen, weil der Erzbischof im Jahre 1385 zur Nachtzeit sich aus Lemberg heimlich entfernte und seitdem verschollen ist[145]). Die erzbischöfliche Residenz war in Halitsch, einer offenen Stadt, sehr unsicher, daher die Erzbischöfe den Wohnsitz in Lemberg vorzogen.

Der Bau der lateinischen Kathedralkirche wurde der Tradition zufolge schon vom Könige Kasimir dem Grossen im J. 1363 begonnen[146]); nach langen und öftern Unterbrechungen erst im J. 1494 vollendet[147]). Bis zu dieser Zeit war die Stadtpfarrkirche St. Maria ad nives die wirkliche Kathedrale. Eine erzbischöfliche Verfügung entzog ihr den Titel „ecclesia parochialis“ und vereinigte ihre Dotation mit der Dotation des Erzbisthums. Etwaigen Beschwerden dagegen wurde dadurch begegnet, dass der Erzbischof die Angelegenheit am Kirchen-Concilium zu Basel zur Sprache bringen liess, (schon an das Concil zu Constanz hatte im J. 1417 die Stadt eine Petition überreicht, deren Inhalt nicht bekannt ist)[148]). Das Concil zu Basel bestätigte am 9. December 1430 die Verfügungen des Erzbischofs. Die Dotation der Stadtpfarrkirche jener Zeit bestand in der Mühle, welche die Gräfin Anna von Cilly, zweite Gemahlin des Königs Kasimir des Grossen, schenkte, einem Lan Grundes, welchen das Diplom vom J. 1368 bestimmte, und den oben erwähnten Einkünften vom Zehend und den Messalien[149]).

---

[145]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 21, 30, 31. „silenter ac furtive noctis temporibus evanuit“. König Władysław verlieh am 15. März 1431 dem Erzbischof das Haus am Stadtringe in Lemberg, quae fuit olim Bartholdi theleonatoris legitime ad nos devolutam, quam etiam tenuit illustris frater noster Switrigal.

[146]) Archiv des lat. Metrop.-Domkapitels und Zubrzycki: Kronika miasta Lwowa. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 275.

[147]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 2, S. 620.

[148]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 3, S. 166.

[149]) Nach dem Kircheninventar wurde die Kirche von den im Heere Königs Kasimir des Grossen dienenden Deutschen erbaut; nach Befestigung der Stadt blieb sie ausserhalb der Werke, daher wurde sie öfters zerstört, und von den Stadtbewohnern im J. 1537 mit Beiträgen des Starosten Stanislaus von Chodecz hergestellt, welcher dort ein Haus gebaut hatte und dieses Haus mit der Kirche sammt der Um-

Hatte nun der Stadtpfarrer das Holzungsrecht in den städtischen Waldungen, so gehörte dieses Recht zur Dotation der Pfarre, und wurde mit der Dotation des Erzbisthums vereiniget, und sind die pfarrlichen Functionen auf die Metropolitan-Geistlichkeit übertragen worden, so war kein Grund, das der Pfarre gebührende Holzungsrecht dem Erzbisthum zu beanständen, ja sogar es — nach den damaligen Verhältnissen der Zeit — zu erweitern. Wenn nun im Archive des lat. Metropolitan-Domkapitels eine Urkunde aus dem Jahre 1464 vorhanden ist, in welcher gesagt wird, dass König Kasimir (der Jagellone) im J. 1464 auf den Antrag des Starosten Andreas Odrowąż de Sprowa einen dem lateinischen Erzbisthume gehörigen, nahe am obern Schlosse gelegenen Wald und Feld zum Starosteibezirke einbezog, und das Erzbisthum hiefür durch Verleihung des Krongutes Kahujow entschädigte [150]), so kann als sicher angenommen werden, dass in diesem Walde und Felde ehemaliges Stadtgebiet mit enthalten war.

Im Jahre 1433 gründete der Erzbischof das Dorf Rzęsna polska, es war zu St. Maria Schnee in Lemberg eingepfarrt. Die Stadt behauptete, dass zu dem neuen Dorfe auch städtische Gründe von Białohorszcz der ersten Verleihung widerrechtlich einbezogen wurden. Nach mehrjähriger aussergerichtlichen Verhandlung begann die Stadt einen Civilprocess gegen den Erzbischof. Die Klage wurde wegen

---

gegend in den Schlossbezirk einbeziehen wollte, was jedoch König Sigmund I. über die Beschwerde der Stadt nicht gestattete. Die pfarrlichen Functionen waren den Vikären der Kathedralkirche (Collegium Vicariorum) übertragen. — Im J. 1772 hat der Erzbischof Sierakowski diese Kirche zur Collegiatkirche erhoben; allein nach vierzehnjährigem Bestande hat die k. k. Regierung die Collegiatstiftung aufgehoben, das Stiftungsvermögen theils für den Religionsfond, theils an Wohlthätigkeitsinstitute im Lande vertheilt, die Pfarre wiederhergestellt, ihr Besitzstand aber kann erst seit dem J. 1869 als geordnet betrachtet werden. (Stadtarchiv I. Abth. Nr. 2, 5. 8, 479 und II. Abth. fasc. 3.)

[150]) Die Urkunde vom J. 1464 sagt im Eingange: König Władysław Jagiełło habe aus Pietät wegen seiner Erfolge in Podolien dem Erzbisthum ein Feld und Wald, nahe an der Stadt gelegen, geschenkt, „ohne dass hierüber damals eine Urkunde ausgefertigt worden wäre". Dieser letzte Beisatz lässt die Schenkung selbst bezweifeln, und diese Angabe als in der Absicht geschrieben erscheinen, damit keine Ansprüche auf dieses Gebiet Seitens der Stadt auferweckt würden. Die Verwicklungen wegen Podolien begannen erst vierzig Jahre nach der Errichtung des Erzbisthums. — Kahujow hat nach heutigem Ausmass 774 Wiener Joch.

Formalitätsgebrechen zurückgestellt, und die Stadt musste im J. 1442 drei Mark Strafe zahlen. Die Wiederaufnahme dieses Processes im J. 1460 hatte ganz denselben Erfolg, daher die Stadt keine weitern Versuche im Civilrechtswege machte, allein die Angelegenheit im folgenden Jahrhunderte wieder zur Sprache brachte, und durch Vermittlung des Bischofs von Kamieniec wurde im gütlichen Vergleiche im J. 1548 der Gränzstreit beigelegt, und die Gränzen zwischen Rzęsna und Biłohorszcz berichtiget[151]).

Es war der Stadt allerdings schwer ihren Grundbesitz gegen die Nachbarn zu behaupten, was die vielen und langjährigen Gränzstreitigkeiten mit Semp, Hynek und Lesniowski gegen Zimnawoda, mit den Erzbischöfen gegen Rzęsna, mit Podolecki gegen Winniki beweisen[152]). Am Reichstage zu Piotrkow im J. 1526 ermächtigte König Sigmund I. die Stadt, das Spitalsgut Malechow — wegen der Schwierigkeiten des Schutzes im Besitze — zu verkaufen. Es scheint, dass dieses Diplom der wirksamste Schutz des Eigenthumes war, denn die Stadt machte von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch.

Die in diesem Diplome an die Gränznachbarn und Starosten von Lemberg enthaltene Mahnung war fünfzig Jahre später veraltet und vergessen. Nicolaus Herburt de Fulsztyn liess um das J. 1576 einen Theil der städtischen Waldung Krzywylas ausroden, die im J. 1424 vom Lemberger Bürger Nicolaus Smedfeld gegründete Ansiedlung Rokitnya mit neuen Zubauten vergrössern und zur Starostei einbeziehen[153]). Im Jahre 1578 überreichte die Stadt gegen denselben Starosten eine achtzehn Thatsachen betreffende Beschwerde an den König Stefan[154]). In der hierüber vom Reichs-Vicekanzler Johann

---

[151]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 162. III. Abth. A. Nr. 8, pag. 821.

[152]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 123, 162, 269. Die Franciskaner als Besitzer des Dorfes Kozielniki haben von dem Stadtgebiete Gründe, die den Brüdern Schmiedfeld gehörten, eigenmächtig mit den Dorfgründen vereinigt. Auf die Klage der Stadt wurde vom Könige eine Commission delegirt (der Woyewode Peter Odrowąż und der Landrichter Johann Golambek), und diese entschieden: dass diese Gründe zwar bei Kozielniki verbleiben, die Franciskaner aber an die Brüder Schmiedfeld 25 Mark zahlen sollen. Lemberg 1. October 1443. Ebenda fasc. 268.

[153]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 113, 182, 186, 203. III. Abth. A. Nr. 223, pag. 178.

[154]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 217, Nr. 21.

de Bielino Borukowski, Probst von Płock und Łęczyce und Dechant von Warschau (nachherigen Bischof von Przemyśl), unterfertigten Entscheidung vom J. 1580 [155]) werden siebzehn Beschwerdepunkte gegen den Starosten und zu Gunsten der Stadt entschieden, der siebente Beschwerdepunkt, Rokytnia und den Krzywylas betreffend, mit Stillschweigen übergangen. Wiederholte Beschwerden hierüber und die Berufung auf den Erlass des Königs Władysław III. vom 22. Juli 1444 [156]), dass die Starosten von Lemberg die Stadt im Besitze der Obszary-Gründe schützen sollten, und selbst Witz und Satyre hatten keinen Erfolg [157]).

Die Erfahrungen, welche die Stadt in ihren Verhältnissen zu den Organen der Regierung in Betreff der Erhaltung des Gemeindevermögens und der durch Privilegien zugesicherten Rechte in sehr früher Zeit gemacht hatte, waren nach heutiger Anschauung nicht geeignet, die Stadtbewohner für die Regierung zu gewinnen. Allein die Stadt, und eigentlich diejenigen, denen die Administration und Leitung der städtischen Angelegenheiten anvertraut war, mochten die allgemeine Lage der Städte in Ländern, die uns heute als Vorbilder einer um Jahrhunderte vorgeschrittenen Cultur und Rechtszustandes gepriesen werden, kennen; sie mochten wissen, unter welchen schweren Duldungen, Mühen und Anstrengungen jene Städte ihre Municipalrechte errungen, und sich aus den Drangsalen der Hörigkeit und Willkühr zur Entwicklung staatsbürgerlicher Existenz emporarbeiten mussten [158]); sie hatten während eines Zeitraumes von etwa vierzehn Jahren die Schicksale einer ungarischen Dependenz erfahren, und hieraus den Vortheil erlangt Vergleiche zu machen, und hieraus konnten sie an ihren eigenen Verhältnissen erproben, dass es hier jener Duldungen, Kosten, Mühen und Anstrengungen nicht bedurfte, denn die Krone Polens übergab ihnen freiwillig die Municipalrechte bereits fertig, lebensfähig, und innerhalb der weiten Gränzen des Magdeburger Rechts lag die politische Ent-

---

155) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 217, Nr. 25. Piotrkow in conventu generali A. D. 1580. Sabbatho ante festum Epiphaniae Domini.

156) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 184.

157) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 217. Lucubratio mirabilis pro instructione Capitanei Leopoliensis contra cives Leopolienses.

158) Henry Hallam: Geschichte des Zustandes im Mittelalter.

wicklung des Individuums und der Gesammtheit selbst in ihrer eigenen Hand; sie erkannten. dass es nur von ihrer Einsicht, Fleiss, Thätigkeit und Bürgertreue abhieng, das weiter Nothwendige zu erreichen, und das Erreichte zu vermehren; sie vergassen auch nicht ihres Bedürfnisses eines mächtigen Schutzes gegen auswärtige Feinde und berücksichtigten die internationalen Verhältnisse der Länder ihrer Zeit.

Unter dem Eindrucke dieser Erfahrungen hat die Stadt die Rathschläge ihres ehemaligen Fürsten, des Herzogs von Oppeln, nicht befolgt, sich nicht für Elisabeth oder Maria von Ungarn, sondern für die Königin Hedwig von Polen und ihren Gemahl, den König und Grossfürsten Władysław Jagiełło, erklärt, welcher als König der Stadt mit königlichem Wohlwollen entgegenkam, indem er das der Stadt ertheilte Privilegium vom 8. März 1387 am 18. October 1387 bestätigte. Des Königs eigene Persönlichkeit muss Vertrauen erweckend gewesen sein, weil die Stadt eine Deputation im nächstfolgenden Jahre an den König nach Lublin gesendet hat, mit der Bitte, Stadt und Landschaft Lemberg der Krone Polens einzuverleiben, was in dem Documente vom 30. September 1388 [159]) der König gelobt.

Allein diese deutliche und aufrichtige Erklärung des Königs: „dass er Stadt und Landschaft Lemberg keinem der Fürsten (Herzoge) oder sonst irgend einem Andern auf welche Weise immer verleihen werde, sondern für sich, für die Königin Hedwig und deren Kinder, für die Krone Polens zu ewigen Zeiten behalten wolle", war der Stadt noch nicht befriedigend genug, denn ihr einziges Streben war blos dahin gerichtet, hinreichende Versicherung zu erlangen, dass Stadt und Landschaft Lemberg nicht mehr ein besonderes Fürstenthum, sondern ein integrirender Theil des Königreiches Polen sei und von demselben niemals abgetrennt werde.

Als nun der König im nächstfolgenden Jahre selbst in Lemberg war, brachte die Stadt diese Angelegenheit wieder vor, und erlangte

[159]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 28. „quod circa terras nostras in unione volentes omnino conservare, promittimus tenore presencium et spondemus, quod districtum ac terram, nec non civitatem nostram Lemburgensem nulli ducum aut cuipiam hominum dabimus aut quomodolicet conferemus, sed eundem districtum ac civitatem Leopoliensem pro nobis ac inclyta Principe Domina Hedwige, Regina Polonie consorte nostra carissima, nec non liberis nostris et Corona Regni nostri Polonie tenebimus, habebimus et habere volumus temporibus perpetuis et in evum".

vom Könige ein anderes [160]) Diplom (vom 30. September 1389), worin die von der damaligen Bürgerschaft, deren Stock, Stamm, Mehrzahl und Vorsteher Deutsche gewesen, begehrte unbedingte Vereinigung mit Polen feierlich ausgesprochen und am Schlusse der Wortlaut des Diplomes vom 30. September 1388 wiederholt wird.

Welche Wichtigkeit die Stadt auf diese Diplome legte, leuchtet dadurch ein, dass sie noch im J. 1578 vom Könige Stefan die Erneuerung des Diplomes vom J. 1389 erbat, und erwirkte [161]). Als Seitenstück dieser königlichen Erklärungen findet sich das von der Stadt am 6. October 1425 ausgestellte Document [162]), worin sie feierlich gelobet, nicht blos dem Könige Władysław, sondern nach seinem Ableben auch seinem Sohne und seiner Tochter Hedwig unverbrüchliche Treue zu bewahren.

Diese gegenseitigen Erklärungen waren wahrscheinlich die Grundlagen der Verhandlungen des Reichstages zu Krakau im Jahre 1432 und 1433, deren Ergebniss das Diplom vom 9. Jänner 1433, wornach die ganze Provinz Ruś mit der Krone Polens vereinigt, ihr einverleibt wurde [163]).

Die Dauerhaftigkeit menschlicher Einrichtungen, daher auch fürstlicher oder königlicher Versicherungen, ist auch Veränderungen unterworfen, von Verhältnissen abhängig.

Nach dem Wortlaute obiger Diplome [164]) war auch die Verpfändung der Stadt oder der Landschaft untersagt. Allein die Bedürfnisse der Krone sind zeitweise plötzlich dringend, unvorhergesehen, gross, die Mittel zur Bestreitung nicht vorhanden, aussergewöhnliche Auswege müssen aufgesucht und ohne weitere andere Wahl betreten werden, — das Rechtsgefühl noch so rechtlich gesinnter Fürsten

---

[160]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 30. „quorum contemplacione dictam civitatem nostram Lembergensem ipsiusque cives et incolas corone Regni nostri Polonie unimus, aggregamus, perpetuis temporibus adjungentes, eandemque civitatem nostram Lemburgensem, ipsius cives et incolas sub protectione nostra et Corone Regni nostri predicti volumus jugiter respirare, promittimus insuper et spondemus quod" — wie oben Note 159 weiter.

[161]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 30 a.

[162]) Ebenda Nr. 120.

[163]) Ebenda Nr. 137 mit dem königlichen Majestäts-Siegel, und in Volumina legum.

[164]) nulli cuipiam hominum dabimus aut quomodolicet conferemus.

muss Handlungen der Regierung als Massregeln genehmigen, die nur durch den Zweck gerechtfertigt werden können.

In solcher Verlegenheit verpfändete Herzog Ladislaus von Oppeln die Landschaft Dobrzyn an den deutschen Orden. Zur Einlösung hat auch die Stadt Lemberg beigetragen [165]).

Podolien wurde von der Krone an den Woyewoden Spitho von Melsztyn (Tarnowski) verpfändet und mit schweren Opfern wieder eingelöset [166]). — Stadt und Landschaft Lemberg mit der Woyewodschaft Ruś traf ein ähnliches Geschick, indem es im Jahre 1456 dem WoyewodenAndreas Odrowąż für eine bisher nicht erforschte Summe in Pfand gegeben wurde. Sein Vater Peter Odrowąż hatte dieselbe Würde: Palatinus Russiae, Capitaneus Leopoliensis, durch sechzehn Jahre bekleidet und wahrscheinlich ein bedeutendes Vermögen erworben, daher der Sohn in denselben Würden das erforderliche Staatsanlehen übernehmen konnte. Zwei Umstände kommen in dieser Angelegenheit als wichtig in Betracht, dass nämlich das Factum der Verpfändung — obschon es am Reichstag zu Korczyn beschlossen worden, dem Lande selbst Geheimniss blieb, hauptsächlich aber, dass der König Kasimir, der Jagellone, wegen seiner Gerechtigkeit und Milde persönlich allgemein geliebt und geehrt war [167]).

Mitwisser dieses Geheimnisses waren in der Provinz, nebst dem Woyewoden Odrowąż, Johann Sienienski (von Gołogury, später Kastellan von Halitsch) und der Lemberger lateinische Erzbischof Gregor von Sanok [168]), und an diese drei waren die eingesammelten Steuergelder abzuführen.

---

[165]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 1, S. 48, Jahr 1404.

[166]) Kasimir Stadnicki: synowie Gedymina I. und II. Bd.

[167]) Nach seinem im J. 1492 erfolgten Ableben finden sich Notizen in den Büchern des Stadtarchives: Abth. III. A. Nr. 2 pag. 602. „Kazimirus Rex, jam senio confectus et venerabili canicie et honesta calvicie decoratus, vir prudentissimus et justus". Abth. III. A. Nr. 224 pag. 480: „benignus erat in pauperes, nec valde austerus in hostes, plures enim vicit pietate quam cladio".

[168]) Er erlangte die königliche Bestätigung für den Besitz der Güter Stawczany und Bartatow, und erwarb durch Käufe die Güter Połuchow, Poduszow Siemikowce, Rzęsna, Rekszyn, Bybło, Kozłow, Czarnuszowice, Malczyce małe, Meducha und Obroszyn, nach heutigem Ausmass ein Gesammtareale von 28.187 Wiener Joch. — Jakob Skrobiszewski: vitae Archiepiscoporum, schreibt: „multas villas pro mensa archiepiscopi aere proprio coemit". Kromer: „in quo archiepiscopatu prima illa cura fuit augere bona ecclesiae". Dr. Izydor Szaraniewicz: Rys wewnętrznych stosunkow Galicyi. Lwow 1869, pag 9.

Über das Geschäft der Verpfändung gewährt die im Stadtarchive vorhandene Urkunde [169]) insofern einigen Aufschluss, als sie zeigt, wie die Stadt Lemberg ins Mitleid gezogen wurde, ohne dass sie von der Verpfändung etwas wahrnehme, und wie die Einleitung getroffen war, dass der Woyewode wieder zu seinem Gelde komme. Die Stadt hatte zu diesem Staatsanlehen einhundert Mark polnisch beigetragen, welche ihr der Woyewode zu ersetzen versprach; zur Deckung der Stadt wurde ihr das Dorf Lleszky (Łaszki krolewskie) verschrieben. Diese Form des Staatsanlehens fand dem Lande gegenüber keine Anwendung, und es mussten Bedrückungen vorkommen, die Stadt und Landschaft gleich hart empfanden; allein es brauchte acht Jahre, bis sich der Adel der Provinz und die Stadt hierüber am 13. December 1464 verständigten und ein Bündniss gegen den Woyewoden abschlossen [170]), worin beide Theile, dem Könige Treue und Gehorsam wahrend, einander in den vieljährigen Bedrückungen mit Rath und That, Blut und Gut (collis et bonis nostris), Tag und Nacht zum Schutze und zur Vertheidigung ihrer Rechte beizustehen gelobten. 65 Edelleute (nach den Namen zu urtheilen 31 Ruthenen und 34 Polen), unter denen der Landesunterkämmerer (Georg Strumiło v. Dymoszyn), der Pannerherr (Jan Swinka z Pomorzan), die beiden Truchsesse (Jan Jacimirski und Johann Chodorowski) und der Landrichter (Peter Branicki) waren, sind durch Anhängung ihres Familien-Wappensiegels dem Bündnisse beigetreten. Die Stadt hat ein ähnliches Document ausgestellt und eine Abschrift in den Akten des Bürgermeisteramtes eingelegt [171]), worin die Bürgermeister, der Stadtrichter, die Schöppen und die Zunftmeister dem Adel dieselben Versprechungen der Hilfeleistung geben. Zu wirklichen Thätlichkeiten ist es jedoch nicht gekommen, denn im Beginne des Jahres 1465 starb der Woyewode Andreas Odrowąż, die früher stattgefundenen Verhandlungen kamen jetzt erst zur Öffent-

---

[169]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 219. „Nos Andreas de Sprowa Palatinus etc. quomodo vigorem prefectoriatus alias obermanstwa super exactionibus civitatibus et oppidis in terris Russie impositis per Collectores cumulandis et Domino Gregorio Archiepiscopo, Nobisque et Generoso Joanni de Senno de manibus collectorum percipiendis“ etc.

[170]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 254. Das Document ist bekannt unter dem Namen Konfederacya ruska.

[171]) Acta officii consularis Tom. I. pag. 90.

lichkeit, und König Kasimir eilte aus diesem Anlasse selbst nach Lemberg; im Monat Februar 1465 wurde die Sache in Güte beigelegt, der Stadt wurde ihr Antheil am Staatsanlehen von den Steuern in Abzug gebracht, die Provinz tilgte den noch vorhandenen Rest durch Ochsenlieferung [172]) freiwillig, und die ganze Angelegenheit wurde vergessen. — Der König blieb beim Volke so beliebt, dass, als die Stadt im Jahre 1470 in Erfahrung brachte, der König sei in financieller Verlegenheit, hier eine Subscription eröffnet wurde, welche binnen wenig Tagen und bei dem damaligen hohen Werthe des Geldes 66 Schock Groschen, 13 Mark und 66 Goldgulden einbrachte, die dem Könige als freiwilliges Geschenk der Stadt übersendet wurden [173]), und dem königlichen Kämmerer, der im Jahre 1471 zuerst die freudige Nachricht nach Lemberg brachte, dass der älteste Sohn des Königs zum Könige von Böhmen gewählt worden sei, wurden neun Gulden verehrt [174]).

Überhaupt muss bemerkt werden, dass die Stadt die Treue dem Könige, Achtung und Gehorsam den Gesetzen als die Grundlage ihrer bürgerlichen Existenz betrachtete. — Hiernach wurden auch die Verhältnisse zur Krone geordnet, was sich aus den nachfolgenden, der Stadt ertheilten Rechten und Vorrechten oder Privilegien beurtheilen lässt.

In Betreff der Dotation der Stadt mit dem städtischen Gebiete ist ausser dem, was bereits gesagt worden, vorläufig nichts zu bemerken. Allein die Regierung hatte bald begriffen, dass es mit der

---

[172]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 2, pag. 110. „Anno Domini 1465. defuncto Andrea Odrowąż Palatino et Capitaneo terre Russie generali, qui civitatem et terram Leopoliensem contra privilegia civitatis et terre serviciencia (de quibus terra ignoravit) non paucis annis in obligacionem habuit Tum pro die kathedre Sancti Petri, qua electio consularis fieri solet, Regia Majestas hic feliciter ageret et cum subsidio terre, boves dantis, civitatem et terram redimit."

[173]) III. Abth. A. Nr. 2. pag. 230.

[174]) Ebenda pag. 247.

Die Utraquisten hatten im J. 1483 in Prag einen Aufruhr erregt, den Bürgermeister und einige Rathsherren getödet; einer der Rathsherren (Oczasek) flüchtete sich in den Königshof, die Aufrührer verlangten dessen Auslieferung, und weil diese nicht erfolgte, spannte einer derselben den Bogen nach dem am Fenster sitzenden Könige und rief: Lasset uns diesen hergelaufenen Polaken umbringen. Balbin: Liber Curialis Cap. VI. Joseph Graf Auersperg: Gerichtshöfe Böhmens, Brünn 1816, 3. Bd. Seite 19.

alleinigen Dotation und dem Gebrauche des deutschen Rechtes nicht genug sei, dass die Stadt in commercieller und gewerblicher Beziehung einer Freiheit der Entwicklung bürgerlicher, commercieller und gewerblicher Thätigkeit bedürfe, welche auf das Gebiet der Stadt allein nicht beschränkt werden könne, sondern auch zum Wohle nicht blos der Stadt, zum Vortheile der Regierung über das Land und selbst über dessen Gränzen hinaus erweitert werden müsse. — Es mögen daher die wichtigeren dieser königlichen Erlässe in chronologischer Ordnung hier angegeben werden.

1. König Kasimir der Grosse bestätigt die Beschlüsse des Stadtrathes und der Geschwornen, welche zur Aufrechthaltung der öffentlichen und Privatsicherheit dienten [175]). 28. December 1360.

2. König Ludwig (10. October 1372) gewährt der Stadt freien Handel in Ungarn und Polen, jedoch gegen Entrichtung der Zölle [176]).

3. Herzog Ladislaus von Oppeln vereinigt die Civil- und Criminal-Justizpflege mit dem (politischen) Magistrate und behält sich zwei Drittel der Gerichtseinkünfte (Taxen und Confiscate) bevor. 7. November 1378 [177]).

4. König Ludwig bestätigt im Allgemeinen alle früheren Privilegien der Stadt. Diosgewr 9. Mai 1379 [178]).

5. Königin Elisabeth befiehlt, dass die Armenier in ihren vom Könige Kasimir erlangten Privilegien geschützt werden sollen. Eperies 23. August 1379 [179]).

Denselben Befehl wiederholt König Ludwig. Diosgewr 1. August 1380 [180]).

---

[175]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 3. Vom Könige Władysław im J. 1422 bestätiget. Ebenda Nr. 108. Plebiscita oder wilkirze genannt.

[176]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 7.

[177]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 14. Gleichen Inhalts sind die Diplome König Władysławs v. J. 1388 und 1389, I. Abth. Nr. 27. Die Gerichtstaxen festgesetzt im J. 1414: von jeder Mark einen Groschen, jedes Urtheil 10 Groschen, Intabulation des Kaufvertrages einer Realität 20 Groschen. Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 3, pag. 15—184.

[178]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 15.

[179]) Ebenda Nr. 16.

[180]) Ebenda Nr. 18, wird vom Könige Władysław im J. 1402, und vom Könige Kasimir im J. 1462 erneuert. Stadtarchiv I. Abth. Nr. 50.

6. König Ludwig verordnet, dass die nach der Tartarei reisenden und von dort zurückkehrenden Kaufleute ihren Weg über Lemberg zu nehmen haben und hier ihre Waaren während vierzehn Tagen zum Verkaufe ausstellen sollen — ohne Datum — wahrscheinlich um das Jahr 1381 [181]).

7. Königin Hedwig bestätigt im Allgemeinen alle früheren Privilegien der Stadt. Lemberg 8. März 1387 [182]).

8. Die Diplome König Władysławs vom J. 1388 und 1389 wegen Einverleibung der Stadt mit den Ländern der Krone Polen sind bereits oben angeführt.

9. König Władysław bezeuget, dass durch Vermittlung der Prälaten und der Barone zwischen der Stadt und dem Stadtpfarrer ein Vergleich wegen des Zehents und der Messalien zu Stande gekommen sei. (11. October 1410) [183]).

10. Erkennt die Armenier in Lemberg als bürgerrechtsfähig. (4. April 1415) [184]).

11. Verleiht der Stadt das Privilegium zur Haltung einer öffentlichen Wage (Wagerecht, pensatorium). 27. April 1414 [185]).

12. Verleiht der Stadt die Obszary-Gründe. 18. September 1415 [186]).

13. Bestätigt den Empfang von 235 und 39 Mark, welche die Stadt dem unlängst verstorbenen Bischofe Mathias von Przemyśl schuldig war. 15. März 1420 [187]).

---

[181]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 20. Damit übereinstimmend ist der Erlass des Königs Władysław vom J. 1390, I. Abth. Nr. 34.

[182]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 26, vom Könige Władysław im J. 1387 und im J. 1424 bestätiget.

[183]) Es ist jedoch oben bereits bemerkt worden, dass dieser Vergleich nicht beachtet, sondern dass diese Angelegenheit durch Vermittlung des Cardinals Angelus erst im J. 1407 gänzlich beigelegt wurde. Stadtarchiv I. Abtheilung Nr. 48, 58.

[184]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 78.

[185]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 79; vide Note 339 (v. J. 1542. Privilegium Königs Sigmund I.).

[186]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 80, 81. Transumpte vom Könige Sigmund August v. J. 1555 und 1556.

[187]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 96.

14. Befiehlt, dass die in dem Stadtgebiete unbewegliches Gut besitzenden Adeligen hievon die städtischen Abgaben leisten sollen. 17. März 1420[188]).

15. Verleiht der Stadt die Bäder gegen Entrichtung einer Abgabe von 20 Schock Groschen jährlich an die Krone. 19. März 1422[189]).

16. Verleiht dem Dollmetsch Janusz einen öden Grund bei Brzuchowice (8. März 1424) und das erbliche Recht zum Tuchhandel. 23. Mai 1425[190]).

17. Befreit die Stadt von der Vorspannsleistung, welche sie nur ihm und der Königin zu leisten habe. 9. November 1425[191]).

18. Verfügt, dass der Ertrag der Zölle in Lemberg zur Bestreitung der Kosten der Stadtbefestigung zu verwenden sei. 9. November 1425[192]).

19. Verordnet, dass die Starosten, Burggrafen, Zöllner, ihre Beamten und deren Vertreter sich nicht unterstehen sollen von den Lemberger Bürgern Zölle einzuheben oder zu verlangen. 5. Februar 1426[193]).

20. Verordnet, dass die Lemberger Handelsleute, welche Ochsen nach Breslau oder andern Orten treiben, keinerlei Plackereien ausgesetzt sein sollen. 14. Mai 1427[194]).

21. König Władysław III. verordnet, dass die reisenden Kaufleute, welche Lemberg umgehen oder ausweichen wollen, verhaftet und dafür bestraft werden. Krakau 7. October 1435[195]).

22. Bestätigt im Allgemeinen alle Privilegien der Stadt Lemberg. Piotrkow 16. December 1438[196]).

23. Erkennt die Auslagen, welche die Stadt für die dem türkischen Gesandten des Sultans Amurat von der Regierung dargebrachten Geschenke an Zobel- und derlei Pelzwerk, Seiden- und Tuchwaaren

188) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 97.

189) Ebenda Nr. 107.

190) Ebenda Nr. 113, 119.

191) Ebenda Nr. 121, erneuert am 25. März 1426 (Nr. 127) mit dem Beisatze, dass die Vorspann, auch für den Wagen mit Küchengeräthe, jedenfalls nur bis zur nächsten Station zu geben sei.

192) Stadtarchiv I. Abth. Nr 122.

193) Ebenda Nr. 125.

194) Ebenda Nr. 130.

195) Ebenda Nr. 146.

196) Ebenda Nr. 155.

gemacht hatte, mit 95 Mark und 25 Schock polnischer Währung als richtig an, und verordnet den Ersatz dieses Geldes an die Stadt aus dem Lemberger Zollertrage. Krakau 25. Februar 1440 [197]).

24. Schenkt das dem Juden Wolczko, früheren Lemberger Zollpächter, gehörige Haus in Lemberg dem Johann v. Sieno, Unterkämmerer von Przemyśl. ddo. Hugoth 29. April 1441 [198]).

25. Befreit die Stadt von der Entrichtung des Zolles von Fischen. ddo. Ofen 16. Juni 1441 [199]).

26. Bewilligt dem Magistrate, auch arme Kramstände (zum Unterschiede der Kaufgewölbe) zu gestatten, und Dollmetsche zu bestellen. ddo. Ofen 16. Juni 1441 [200]).

27. Verordnet, dass alle in Lemberg sich aufhaltenden fremden Kaufleute nach dem Magdeburger Rechte der Gerichtsbarkeit des Magistrats unterstehen. ddo. Ofen 16. Juli 1444 [201]).

28. Verordnet, dass der Magistrat die Stadtschule zu erhalten, dagegen das Recht habe, den Lehrer zu bestellen. ddo. Ofen 16. Juli 1444 [202]).

29. Bestätigt dem Lemberger Bürger Nicolaus Smedfeld den Besitz einer Wiese (Dąbek), die er von dem Ruthenen Matwyi laut der vom Lemberger Woyewoden Mancyna de Konin ausgestellten Urkunde durch Kauf erworben hatte. ddo. Ofen 17. Juli 1444 [203]).

30. Verordnet, dass die Entscheidungen des Stadtgerichts von den königlichen Behörden zu respectiren, und dass das Stadtgericht zugleich der Gerichtshof der Provinz in allen Criminalfällen sei. ddo. Ofen 17. Juli 1444 [204]).

---

[197]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 156.

[198]) Ebenda Nr. 161. Dieser Zollpächter, wie aus andern Urkunden jener Zeit hervorgeht, war auch Besitzer von Landgütern und wurde in Civilstreitigkeiten zwischen Christen zur Zeugenschaft vor Gericht zugelassen.

[199]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 162.

[200]) Ebenda Nr. 163.

König Sigmund verordnet, dass nur der Magistrat das Recht habe in Lemberg Dollmetsche und Mäckler zu bestellen. Wilno 1. Febr. 1542. Stadtarchiv I. Nr. 498.

[201]) Ebenda Nr. 180.

[202]) Ebenda Nr. 181. Pabst Eugen IV. ddo. Rom 15. October 1446 bestätigt diese Schulstiftung. Ebenda Nr. 193.

[203]) Ebenda Nr. 182. Diese Wiese lag nach andern spätern Urkunden am Walde Krzywylas, und Smedfeld gründete dort eine Ansiedlung Rokitnya.

[204]) Ebenda Nr. 183.

31. Verordnet, dass adelige und geistliche Personen, wenn sie
)ewegliches Gut im Stadtgebiete erben, solches binnen Jahresfrist
:h Gebrauch des Magdeburger Rechts veräussern müssen. ddo.
en 18. Juli 1444[205]).

32. Verordnet, dass die Stadt ihre Privilegien Niemandem als
r dem Könige vorzuzeigen verpflichtet sei. ddo. Ofen 21. Juli
44[206]).

33. Bewilligt die Gründung der Ansiedlung Brzuchowice. ddo.
en 23. Juli 1444[207]).

34. Gestattet, dass die Kaufleute, Bäcker, Fleischer und Schu-
r, welche Zinse zahlen, bei ihren Gebräuchen verbleiben können.
o. Ofen 23. Juli 1444[208]).

35. König Kasimir II. (der Jagellone) bestimmt jährlich
ei Mark aus dem Lemberger Zollertrage für die Kosten der Befesti-
ng der Stadt. ddo. Piotrkow 29. August 1447[209]).

36. Verbietet den reisenden Kaufleuten Lemberg zu umgehen,
d dem Adel Weg-Mauthstationen zu errichten. ddo.Lublin 28. Juni
50[210]).

37. Bestätigt das Statut König Kasimirs des Grossen, betreffend
: hierländigen Juden. ddo. Krakau 25. August 1450[211]).

38. Bestätigt dem Lemberger Bürger Nikolaus Smedfeld die
ündung der Ansiedlung Rokitnya. ddo. Krakau 8. August 1453[212]).

39. Ertheilt einigen Armeniern das Bürgerrecht der Stadt Lem-
rg. ddo. Piotrkow 22. Mai 1455[213]).

---

[205]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 184.

[206]) Ebenda Nr. 185. Vom Könige Sigmund I. Krakau 1546 bestätigt. Stadt-
chiv I. Abth. Nr. 515.

[207]) Ebenda Nr. 186. Eine gleiche Bewilligung ertheilt König Alexander zu
ilno im Mai 1503, was beweiset, dass die frühere Ansiedlung zerstört worden.
)enda Nr. 360.

[208]) Ebenda Nr. 187.

[209]) Ebenda Nr. 195.

[210]) Ebenda Nr. 199.

[211]) Ebenda Nr. 200.

[212]) Ebenda Nr. 203.

[213]) Ebenda Nr. 209.

40. Bestätigt im Allgemeinen die Freiheiten der Geistlichkeit, des Adels, der Städte und der Bewohner. ddo. Piótrkow 27. Juni 1455[214]).

41. Schlichtet den Zwist zwischen den Städten Lemberg und Kamieniec in Betreff des Waaren-Niederlagsrechtes. ddo. Piotrkow 17. Jänner 1456[215]).

42. Verordnet, dass die Geistlichkeit und die Adeligen auf ihren Gütern den reisenden Lemberger Handelsleuten keine Hindernisse bereiten. ddo. Piotrkow 15. September 1456[216]).

43. Bestimmt, dass die Prälaten, Würdenträger und Adeligen der Provinzen Ruś und Podolien wegen ihrer gegenseitigen Streitigkeiten nicht vor dem Reichstag belangt werden, sondern derlei Angelegenheiten vor den Gerichten der Provinz auszutragen haben. ddo. Piotrkow 18. December 1457[217]).

44. Weiset die Beschwerden des Johann und Peter Banczek wegen Unbilden (injuriarum) gegen den Magistrat der Stadt Lemberg als ungegründet zurück. ddo. Piotrkow 1. Mai 1458[218]).

45. Schreibt aus Anlass des Krieges gegen Preussen eine allgemeine Steuer (Czysza genannt) auf ein Jahr aus. ddo. Piotrkow 19. December 1459[219]).

46. Entscheidet die Beschwerden der Städte Halicz, Kolomea und Stryi wegen der Anstände, die ihren nach Bełz, Przemyśl und Jaroslau reisenden Kaufleuten in Lemberg gemacht werden, dahin, dass diese Kaufleute die in Lemberg nicht verkauften Waaren frei ausführen können. ddo. Lemberg 5. April 1460[220]).

47. Veröffentlicht, dass die Steuer „czysza" nur zur Bezahlung der Soldaten bestimmt und nur für ein Jahr zu entrichten sei. ddo. Lemberg 7. April 1460[221]).

---

214) Stadtarchiv I. Abht. Nr. 210.

215) Ebenda Nr. 213.

216) Ebenda Nr. 219.

217) Ebenda Nr. 227.

218) Ebenda Nr. 230.

219) Ebenda Nr. 232. Diese Steuer wurde bleibend, und später „Schoss" genannt.

220) Ebenda Nr. 235.

221) Ebenda Nr. 237. Siehe Nr. 219.

48. Bestätigt die den Lemberger Armeniern von seinen königli-
en Vorfahren ertheilten Privilegien. ddo. Sandomir 27. Mai 1461 [222]).

49. Verordnet dass, wenn, wie der Lemberger Zollpächter Chri-
ph de Sancto Romulo — ein Genueser — behauptet, die Jahrmärkte
Tyśmienica, Rohatyn, Gołogury, Trembowla und Jasłowiec dem
mberger Zolle Eintrag thun, diesfalls die nöthigen Vorkehrungen
d allenfalls Abberufungen getroffen werden müssen. ddo. Krakau
. Juni 1461 [223]).

50. Verständigt, dass wegen Kriegsereignissen den Bewohnern
n Kamieniec, die mit ihren Waaren nach Lithauen reisen, gestattet
rden sei, Lemberg umgehen und sich über Łuck und Olesko
hin begeben zu können. ddo. Krakau 26. Jänner 1462 [224]).

51. Bestätigt die den Armeniern vom Könige Władysław II.
heilten Handelsbefugnisse. ddo. Piotrkow 23. November 1462 [225]).

52. Verordnet dem Lemberger Zollpächter Christoph de Sancto
mulo, von den Krakauer Kaufleuten in Lemberg keinen Zoll abzu-
langen, ddo. Piotrkow 3. December 1462 und wiederholt dieses
rbot am 15. December 1462 [226]).

53. Gewährt den Bewohnern aus Kaffa freies Geleite, gegen
trichtung des Zolles von ihren Waaren und eines Guldens per
pf. ddo. Grodno 3. Jänner 1466 [227]).

54. Befreit den Geistlichen an der ruthenischen St. Nikolai-
che zu Lemberg und seine Nachfolger von jeder Zahlung und
enstleistung an das Schloss. ddo. Krakau 14. Juni 1471 [228]).

55. Verbietet wiederholt den reisenden Kaufleuten Lemberg
umgehen, unter Androhung ihrer Bestrafung. ddo. Krakau 27. Juni
71 [229]).

[222]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 241. Schon im J. 1416 waren in Lemberg Armenier, welche sämmtlich städtische Abgaben zahlten, ansässig. Stadtarchiv Abth. A. Nr. 3 pag. 134. Im J. 1869 sind deren im Ganzen kaum 50 Personen jedlen Alters und Geschlechts, und hievon mehr als die Hälfte geistlichen Standes.

[223]) Ebenda Nr. 242.

[224]) Ebenda Nr. 245.

[225]) Ebenda Nr. 247. Auch im Transumpte vom Könige Sigmund I. v. J. 1519, 411.

[226]) Ebenda Nr. 248, 249.

[227]) Ebenda Nr. 264.

[228]) Ebenda Nr. 288.

[229]) Ebenda Nr. 289.

56. Ertheilt der Stadt Lemberg das Recht zu zwei Jahrmärkten: am Tage St. Agnes und zum heil. Dreieinigkeitsfeste. ddo. Krakau 30. Mai 1472[230]).

57. Bewilligt dem Magistrate, die Salinen von Drohobycz zu pachten und Salz auch im Kleinen zu verkaufen. ddo. Lublin 29. April 1473[231]).

58. Befreit die Stadt auf acht Jahre von allen Steuern, damit sie die Stadtmauern und die Befestigung vollenden könne, ddo. Piotrkow 21. August 1476[232]).

59. und erweitert diese Befreiung auf die nächsten sieben Jahre, ddo. Piotrkow 9. Juli 1479[233]), und am 29. October 1479, ddo. Korczyn, nach Ablauf dieser Zeit noch auf ein Jahr.

60. Bewilligt die Confiscation der Waaren der Lemberg umgehenden Kaufleute, ddo. Lublin 16. Februar 1484[234]), was auch auf die im Lande herumziehenden Armenier und Juden ausgedehnt wird.

61. Bewilligt die Steuerbefreiung nach Ablauf der bereits bewilligten Zeit noch auf sechs Jahre. ddo. Lublin 18. Februar 1484[235]).

62. Entscheidet den Streit zwischen Lemberg und dem von den Brüdern Chodecz gegründeten Komarno, dessen Bewohnern blos der Handel nach Polen, jedoch nicht nach den Provinzen Ruś und Podolien gestattet wird. Lublin 18. Februar 1484[236]).

63. Verordnet auf die Klage der Lemberger, dass ihr Vieh auf dem Triebe hieher unterwegs unter dem Vorwande angehalten werde, als ob es gestohlen sei, dass die Lemberger ihr Vieh mit Brandzeichen versehen sollten. Lublin 19. Februar 1484[237]).

64. Befreit von dem Zolle in Cięzkowice. Krakau 16. Mai 1485[238]).

---

[230]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 291.

[231]) Ebenda Nr. 297. Im J. 1421 zahlte jede Fuhre Salz 20 Groschen Akzise, und ebensoviel jeder Salzhändler zweimal im Jahre. Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 3, pag. 286. Im J. 1640 wurden von jeder Fuhre Salz 300 Stück Tołpki in natura Akzise abgenommen. St. Archiv III. Abth. A. Nr. 229, pag. 114.

[232]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 301.

[233]) Ebenda Nr. 302, 303.

[234]) Ebenda Nr. 310, 311.

[235]) Ebenda Nr. 312.

[236]) Ebenda Nr. 313.

[237]) Ebenda Nr. 314.

[238]) Ebenda Nr. 318.

65. Dotirt die St. Katharina-Capelle im unteren Schlosse. ddo. Lemberg 12. August 1485[239]).

66. Verordnet auf die Klage der Stadt, dass Adelige und andere Leute, die nicht dazu berechtigt sind, Tuchwaaren im Kleinen verkaufen, dass gegen solche Unbefugte mit Confiscation der Waaren vorzugehen sei. Lemberg 25. October 1485[240]).

67. Bezeuget, dass, ungeachtet der Befreiung der Stadt von Steuern, dennoch während dieser Freiheit zweimal für den Staat die Steuer eingehoben werden musste, daher nach Ablauf der Steuerfreiheit der Stadt auch zwei Einhebungen nachgesehen und im voraus quittirt würden, Piotrkow 29. Jänner 1487[241]), und gestattet, dass die damals fällige Steuer Czysza zur Ausbesserung der Stadtmauern verwendet werde.

68. Johann Albrecht, zweiter Sohn des Königs, genehmigt als dessen Bevollmächtigter einen Vergleich, welchen die Stadt mit den Lemberger Juden hinsichtlich der öffentlichen Lasten abgeschlossen hat. Bełz 14. März 1488[242]).

69. König Kasimir bewilligt der Elisabeth, gebornen Poduszyc, Witwe des Georg Strumiło von Dimoczyn, Kastellan von Lemberg, welche einen Altar in der Lemberger lateinischen Kathedralkirche gestiftet hatte, behufs ihres Unterhalts den Ankauf von Landgütern. Korczyn 9. October 1488[243]).

70. Bewilligt der Stadt, die zur Verwaltung des Vermögens des heil. Geistspitals berechtigt ist, die Güter Luczany, Mohiliszcze und Bolszowcze, welche Johann Chodorowski im Jahre 1457 dem Spitale geschenkt hatte, gegen Malechow zu vertauschen. Krakau 16. April 1489[244]).

71. Bewilligt die Verwendung einer einjährigen Steuer zur Vollendung der städtischen Festungswerke. Krakau 17. April 1489[245]).

---

239) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 319.

240) Ebenda Nr. 323.

241) Ebenda Nr. 325, 326.

242) Ebenda Nr. 328.

243) Ebenda Nr. 330. König Johann Albrecht, ddo. Krakau 30. Mai 1494, genehmigt den Akt, womit dieselbe Witwe die von ihr in Lemberg angekauften Realitäten der Kathedralkirche schenkt. Ebenda Nr. 337.

244) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 331.

245) Ebenda Nr. 332.

72. und ertheilt dieselbe Bewilligung auch in Piotrkow am 7. December 1490[246]).

73. König Johann Albrecht ertheilt die nämliche Bewilligung auf vier Jahre und befreit die Stadt von der Vorspannsleistung, von der Kriegsausrüstung und von den Hauszinsen. Piotrkow 8. Februar 1493[247]).

74. Bestätiget im Allgemeinen alle Privilegien der Stadt und Landschaft. Piotrkow 14. Februar 1493[248]).

75. Genehmigt den Reichstagsbeschluss der Einhebung einer Steuer — den vierten Theil von allen Zinsungen, und von jedem Lan einen Ferton. Piotrkow 27. Februar 1493[249]).

76. Bewilligt den durch Feuersbrunst beschädigten Lembergern Steuerfreiheit, einigen auf fünfzehn, andern auf zehn Jahre. Korczyn 25. September 1494[250]).

77. Bewilligt der Stadt die von dem Bürger Hermann Padawal errichtete Wachspresse, und verordnet, dass bei Strafe der Confiscation alles Wachs der Provinzen Ruś und Podolien nur in Lemberg verkauft werde. Piotrkow 16. April 1496[251]).

78. Erlässt den Lembergern die Beistellung und Ausrüstung der militärischen Rüstwagen. Sandomir 18. October 1496[252]).

79. Überlässt dem Magistrate alle Einkünfte der Wage, und wenn Kaffa, Kilia und Białogrod wieder unter christliche Bothmässigkeit kämen, habe die Stadt zwanzig Mark jährlich an den Staatsschatz zu zahlen, dafür aber wäre vom Wachs keine Abgabe zu entrichten. Lemberg 17. Juni 1497[253]).

---

246) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 333.

247) Ebenda Nr. 334.

248) Ebenda Nr. 335.

249) Ebenda Nr. 336. Ferton, Viertung, der vierte Theil einer Mark.

250) Ebenda Nr. 338.

251) Ebenda Nr. 341. Vom Könige Sigmund I. im J. 1512 republicirt. Ebenda Nr. 397. Padawal mochte blos Verbesserung in der Maschine oder dem Werkzeuge eingeführt haben, denn im J. 1461 kommt der cerefrixor, auch cerepressor, als bei der Stadt bedienstet vor. Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 2, pag. 50.

252) Ebenda Nr. 342.

253) Ebenda Nr. 343.

80. Entscheidet den Zwist zwischen Auctus Paniewski, Starosten von Zydaczow, und der Stadt Lemberg wegen Abnahme der Zölle von den Lemberger Kaufleuten in den zwischen Lemberg und Zydaczow liegenden Ortschaften und verbietet die Einbebung dieser Zölle. Lemberg 19. Juni 1497[254]).

81. Bezeuget, dass aus besonderer königlicher Gnade Lemberg von dem neu eingeführten Zolle befreit werde. Lemberg 20. Juni 1497[255]).

82. Bezeuget ferner, dass aus Rücksicht der Standhaftigkeit, Treue und Aufrichtigkeit der Stadt ihr alle ihre Privilegien bestätiget werden. Lemberg 21. Juni 1497[256]).

83. Verbietet auf die Klage der Stadt den in den Vorstädten wohnenden Ruthenen, Armeniern und Juden den Betrieb des Handels daselbst, weil dies mit dem Niederlagsrecht der Stadt unverträglich sei, Lemberg 8. December 1497[257]), und selbst die Vermittlung des Domdechants Johann Krowicki zu dem Zwecke, um die auf den zur Dechantei St. Johann allmählig eingeführten Jahrmärkte beizubehalten, war fruchtlos.

84. Entscheidet den Streit des Magistrats mit den Eheleuten Peter und Ursula Zwartowskie in Betreff des Vorwerks Hołowsko zu Gunsten der Eheleute. Lemberg 8. December 1497[258]).

85. Ertheilt dem Woyewoden der Moldau Stefan, sowie seinen Unterthanen und deren Waaren Geleitsbriefe zu sicherer Hin- und Herfahrt nach Lemberg. Krakau 5. Jänner 1499[259]).

86. Befreit die Lemberger aus Rücksicht der von Türken und Tartaren im Lande angerichteten Verwüstungen von allen Zöllen,

---

254) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 344.

255) Ebenda Nr. 345.

256) Ebenda Nr. 346.

257) Ebenda Nr. 348, 349. — Gegen diese königliche Entscheidung haben die Vorstände der Städte und Märkte Sambor, Żydaczow, Stryi, Grodek, Wisznia, Mościska, Bobrka, Halicz, Rohatyn, Busk, Dunajow und Gołogóry am 2. Jänner 1498 gemeinschaftlichen Protest in die Lemberger Bürgermeisterakten eingelegt. Stadtarchiv V. Abth. I. Bd. pag. 782, Nr. 2264.

258) Ebenda Nr. 350.

259) Ebenda Nr. 352.

Mauth-, Brücken- und derlei Abgaben im ganzen Königreiche Polen auf fünfzehn Jahre. Krakau 16. August 1499[260]).

87. Verpachtet den Zoll an die Stadträthe um 340 Mark auf ein Jahr, wovon sie die Hälfte für sich verwenden können. Krakau 11. September 1499[261]).

88. König Alexander — ddo. Krakau am Dienstage in der Charwoche (22. März) 1502 — bewilligt auf die Klage der Bürger die Pfändung aller Waaren, welche von den Juden und Armeniern in den Ortschaften und Dörfern zum Verkaufe herumgeführt werden[262]).

89. Bestätigt alle Privilegien der Stadt. ddo. Krakau am Gründonnerstag (24. März) 1502[263]).

90. Verordnet auf die Klage der Lemberger, dass während zwei Jahren die fremden Kaufleute in Lemberg nur von Lemberger Kaufleuten Waaren kaufen dürfen. Wilna 10. Mai 1503[264]).

91. Verordnet zu veröffentlichen: dass der Lemberger St. Agnes-Jahrmarkt wegen Verwüstung und Entvölkerung des Landes durch die Tartaren und Türken für das nächste Jahr nicht abgehalten werden könne. Wilno 10. Mai 1503[265]).

92. Bringt den Steuereinnehmern, welche, ungeachtet der Befreiung der Stadt von der Steuerentrichtung, die Bewohner beunruhigen, die ihr ertheilte königliche Gnade in Erinnerung, Piotrkow, 14. März 1504[266]), und bewilligt die Befreiung der Stadt von allen Abgaben auf sechs Jahre. Lublin 22. Februar 1506[267]).

---

[260]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 353. König Alexander ddo. Radom 1505 ertheilt dieselbe Befreiung auf ewige Zeiten, und stellt in dieser Beziehung die Stadt Lemberg der Stadt Krakau gleich. Ebenda Nr. 370.

[261]) Ebenda Nr. 355. Dieselbe Pachtung ist wiederholt am 12. November 1500 um 350 Mark. Ebenda Nr. 356.

[262]) Ebenda Nr. 357.

[263]) Ebenda Nr. 358.

[264]) Ebenda Nr. 359. Wird im Erlasse von Sandomir 14. December 1503 wiederholt (ebenda Nr. 365) unter Androhung der Confiscation. der Erlös der Confiscate ist zur Stadtbefestigung zu verwenden.

[265]) Ebenda Nr. 361.

[266]) Ebenda Nr. 368.

[267]) Ebenda Nr. 371. Bewilligt neue sechs Jahre Abgabenfreiheit. Krakau Aschermittwoch 1507. Stadtarchiv I. Abth. Nr. 373.

93. Bewilligt die Stadtmauth mit sechs Groschen von jedem hinausfahrenden beladenen Wagen. Der Ertrag ist zur Erhaltung der Strassen und Brücken zu verwenden. Lublin 24. Februar 1506 [268]).

94. König Sigmund I. bestätigt alle von seinen königlichen Vorfahren den Armeniern ertheilten Privilegien. Piotrkow 12. April 1509 [269]).

95. Verbietet auf die Klage der Stadt gegen den Kronmarschall und Starosten von Lemberg, Stanislaus von Chodecz, alle Wirths- oder Schankhäuser im Schlossbezirke, wo übrigens von den Handwerkern blos zwei Schneider, zwei Schuster, zwei Schmiede und Gerber sich ansiedeln und ihr Gewerbe betreiben dürfen. Lemberg 13. November 1509 [270]).

96. Bewilligt dem Notar Michael den Rückkauf der verpfändeten Bäckermühle; nachdem jedoch nicht zu ermitteln war, um welche Schuldsumme die Mühle verpfändet war, habe der Notar den Schätzungswerth pr. fünfzig Mark an die jetzigen Besitzer zu zahlen. Lemberg 13. November 1509 [271]).

97. Bestätigt die ihm vom Magistrate vorgelegten Statuten der Kürschnerzunft. Lemberg 13. November 1509 [272]).

98. Verbietet auf die Klage der Stadt dem Peter Hodrcowski, Erbherrn von Zboiska, die Abnahme eines Weggeldes von Fuhrwerken. Lemberg 13. November 1509 [273]).

99. Bestätigt das dem Kastellan von Krakau im Jahre 1444 verliehene Privilegium zur Abnahme eines Zolles in Sniatyn, hebt jedoch den Zoll in Kolomea, der dem Starosten von Sniatyn Michael Buczacki im Jahre 1444 bewilligt war, auf. Lemberg 13. November 1509 [274]).

---

268) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 372.

269) Ebenda Nr. 385.

270) Ebenda Nr. 387.

271) Ebenda Nr. 389, 400, 414, 437. Michael wurde vom Oddzwierny (Thorwart) zum Stadtnotar gewählt.

272) Ebenda Nr. 388.

273) Ebenda Nr. 390, 425. In dem königlichen Erlasse vom J. 1523 (425) wird das Weggeld von den Kaufleuten, jedoch nicht von den Landfuhren der Bauern gestattet.

274) Ebenda Nr. 391.

100. Ertheilt der Stadt Szczerzec, welcher durch die Tartaren ihre alten Privilegien vernichtet worden, das Magdeburger Recht und die Dotation. Lemberg 13. November 1509 [275]).

101. Bewilligt behufs der Erzielung wohlfeilern Fleisches freien Fleischverkauf an jedem Samstage; von dieser Concession sind jedoch die Juden, Saracenen und Tartaren ausgeschlossen. Lemberg 13. November 1509 [276]).

102. Regulirt den Gerichtshof der Armenier in Lemberg. Piotrkow 15. Jänner 1510, Krakau 1518 [277]).

103. Befreit die von einer grossen Feuersbrunst heimgesuchte Stadt Lemberg auf acht Jahre von allen Abgaben. Sandomir 8. Mai 1511 [278]).

104. Bewilligt, dass die Stelle eines deutschen Predigers mit den Mansionarien der St. Katharina Kapelle im untern Schlosse zu vereinigen sei, und dem Magistrate das Präsentationsrecht zugestanden werde, in der Weise, dass die Präsentation vorerst dem Könige vorgelegt würde. Krakau 8. Mai 1515 [279]).

105. Lässt den Civilcodex des armenischen Rechts promulgiren. Piotrkow 5. März 1519 [280]).

106. Erlässt Bestimmungen betreffend die Kaufleute und Krämer. Piotrkow 14. März 1519 [281]).

107. Bestätigt einen Beschluss des Stadtgerichts vom Jahre 1413, wodurch der Familie des Bürgers Martin Hanel der Besitz der Ansiedlung Hołowsko gesichert wird. Krakau 13. Juni 1521 [282]).

---

[275]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 222, pag. 107.

[276]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 393.

[277]) Ebenda Nr. 395, 408, 409.

[278]) Ebenda Nr. 396.

[279]) Ebenda Nr. 403. Wenn der Magistrat aus Besorgniss der Verbreitung der in Deutschland eingerissenen Irrlehre keinen deutschen Prediger präsentiren wollte, so könne sie ihr Präsentationsrecht für den Mansionar directe, ohne sich vermittelnd an den König zu wenden, durch Vorlage an den Erzbischof ausüben. Krakau 22. März 1548. Stadtarchiv I. Abth. Nr. 532.

[280]) Ebenda Nr. 412 a, 422.

[281]) Ebenda Nr. 412 b.

[282]) Ebenda Nr. 415.

108. Bestätigt die Anträge der vom Könige zur Untersuchung r Beschwerden der Ruthenen in der Stadt gegen den Magistrat be- llten Commission. Krakau 28. Juni 1521 [283]).

109. Verurtheilt einige Rathsherren auf die Klagen der Bürger gen übler Gebarung mit dem Stadtgemeindevermögen zum Per- nalarreste. Krakau 4. Juli 1521 [284]).

110. Lässt die Wegmauthstationen einiger Privatgutsbesitzer n Lemberg nach Podolien und der Bukowina und das Bezugs- ht derselben untersuchen und reguliren. Piotrkow 20. December 21 [285]).

111. Verbietet den Juden den Hausierhandel, Piotrkow 20. De- nber 1521 [286]), und den Handel mit Wachs, Ochsen und rohen uten, 23. December 1521.

112. Befreit die Stadt von der Tranksteuer (Zapfengeld, czo- we) und vom Schoss (kontribution) auf ein Jahr. Krakau 16. April 23 [287]).

113. Verleiht dem Magistrate die Hälfte des Zapfengeldes (me- tatem ternariorum). Krakau 16. April 1523 [288]).

114. Bewilligt alle Monate einen Tag zum Markte mit Leder in r Vorstadt. Lemberg 19. October 1524 [289]).

115. Verleiht den von der Stadt im Jahre 1509 angekauften rfern Zubrza und Sichow das Magdeburger Recht, daher diese rfer auch verpflichtet werden die Steuer „Schoss" zu zahlen. trkow 17. Februar 1525 [290]).

116. Bewilligt, zur Aufrechthaltung der Reinlichkeit in der adt, von jedem sich dahin vor dem Feinde flüchtenden Fuhr-

---

[283]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 416. Die Ruthenen durften ausserhalb der rus- hen Gasse weder Tuchhandel noch Gewerbe und Handwerke betreiben; das Patronats- ht der in Lemberg bestandenen ruthenischen Kirchen mit Ausnahme der Stadtkirche l St. Georg wurde dem Magistrate übertragen. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 219, Nr. 36.

[284]) Ebenda I. Abth. Nr. 417.

[285]) Ebenda Nr. 418.

[286]) Ebenda Nr. 419, 420.

[287]) Ebenda Nr. 423.

[288]) Ebenda Nr. 424.

[289]) Ebenda Nr. 428.

[290]) Ebenda Nr. 429.

werke die Abnahme eines halben Groschens. Piotrkow 17. Februar 1525[291]).

117. Befreit die Lemberger Handwerke von der Oberaufsicht der Oberältesten in Krakau, und erlässt eine Zunftordnung. Krakau 13. September 1525[292]).

118. Verordnet, dass die Adeligen, welche Häuser im städtischen Gebiete haben, daselbst keine Gerichtsbarkeit ausüben dürfen, dass die Pächter und Bewohner dieser Häuser die städtischen Lasten mittragen und überhaupt der Jurisdiction des Magistrats unterstehen sollen. Lemberg 25. October 1525[293]).

119. Verordnet, dass bei den jährlichen Magistratswahlen über die Verwaltung des abgelaufenen Jahres vor den Rathsherren, vor vier Scheppen und vor sechs Mitgliedern der Bürgerschaft Rechnung zu legen, hierüber aber das Geheimniss zu wahren sei. Piotrkow 27. Jänner 1526[294]).

120. Gestattet, dass der Magistrat als Verwalter des Spitals-Vermögens das Spitalsgut Malechow, welches gegen die Eingriffe der Nachbarn schwer zu schützen, gegen unbewegliches im Stadtgebiete liegendes Gut vertauschen oder gänzlich verkaufen dürfe, in welchem Falle der Erlös als Darlehen gegen Sicherheit auf im Stadtgebiete liegenden Realitäten gegeben werden soll. Piotrkow 27. Jänner 1526[295]).

121. Entscheidet den Zwist zwischen der Stadt und dem Starosten Stanislaus Chodecz in Betreff der Entrichtung der Stadtmauth von Fuhren mit Häringen und Fischen, und erlaubt, dass die Lemberger Fische in Busk kaufen und, ohne hievon Mauth und Marktgeld zu entrichten, nach Lemberg bringen und hier verkaufen können. Krakau 3. April 1527[296]).

122. Erlaubt der Stadt mit ihrem Wappensiegel mit rothem Wachs zu siegeln. Piotrkow 6. Jänner 1526[297]).

---

291) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 430.

292) Ebenda Nr. 432. Die von den Lemberger Zünften freigesprochenen Lehrlinge, d. i. Gesellen, wurden in Krakau nicht als Gesellen anerkannt und mussten sich dort wiederholt um die Freisprechung bewerben. S. Note 159.

293) Ebenda Nr. 433.

294) Ebenda Nr. 434.

295) Ebenda Nr. 435.

296) Ebenda Nr. 438.

297) Ebenda Nr. 437.

123. Erklärt in Entscheidung des Streites der Stadt mit den
ıden, die in den Vorstädten wohnen, in Betreff des Handels, dass
e von den Juden producirten Handelsbewilligungen ungiltig seien,
doch in Anbetracht des vorhandenen Waarenvorrathes werde ihnen
ährend der Zeit von zwei Jahren der Ausverkauf, in Hinkunft aber
os der Handel mit den ihnen erlaubten Artikeln gestattet. Krakau
April 1527 [298]).

124. Bewilligt der Stadt ein Viertel des Ertrages der Trank-
euer zur Ausbesserung der Festungswerke. Krakau 8. April
527 [299]).

125. Verordnet auf die Klage der Lemberger über den Sta-
sten und die Bürger von Kamieniec, welche die Kaufleute aus der
ürkei und der Wallachei nach Lithauen und Moskau mit Umgehung
əmbergs instruiren, dass dieser Missbrauch abzustellen, das Nie-
ırlagsrecht der Stadt Lemberg zu wahren und gegen die Übertreter
it Pfändung ihrer Waaren vorzugehen sei. Krakau 11. April Grün-
ınnerstag 1527 [300]).

126. Verbietet aus Anlass der Feuersbrunst den Vorbau der
ıubengänge vor den Häusern. Krakau 19. Juli 1527 [301]).

127. Ertheilt aus Anlass derselben Feuersbrunst der Stadt
ne zwanzigjährige allgemeine Steuerfreiheit, welche auch den
eischern bewilligt wird. Krakau 19. Juli 1527 [302]).

128. Bewilligt die Übertragung des St. Trinitatis Jahrmarktes
ıf den Tag St. Margaretha, und befreit die Jahrmarktgäste von der
auth. Krakau 9. April 1530 [303]).

129. Überträgt die Entscheidung des Streites zwischen den
əwohnern von Zamarsztynow und dem Lemberger Bürger Martin
:höngreger wegen Viehweiden dem Starosten Otto von Chodecz.
rakau 8. October 1530 [304]).

---

[298]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 439.

[299]) Ebenda Nr. 440.

[300]) Ebenda Nr. 441.

[301]) Ebenda Nr. 442.

[302]) Ebenda Nr. 443, 444.

[303]) Ebenda Nr. 450. Bestätigt die beiden Jahrmärkte Lembergs am St. Agnes-
d St. Margarethtage. Krakau 1540. Ebenda Nr. 490.

[304]) Ebenda Nr. 452. Es ist hier nicht zu entnehmen, warum von dem Mag-
burger Recht abgegangen wurde. S. Note 346.

130. Bezeuget, dass der Grieche Andreas Karko Kandella ein Factor des türkischen Kaisers, und als solcher zum Handel berechtigt sei, dass dieser jedoch jetzt diese Befugniss missbrauche, indem er für den Woyewoden der Moldau Geschäfte betreibe, welcher ein Feind Polens ist, daher ihm in Hinkunft seine Handelsgeschäfte verboten werden. Krakau 20. Februar 1532[305]).

131. Erlaubt dem Lemberger Landesunterrichter Johann Dzieduszycki (subjudex) den Bezug eines Brückengeldes auf der Doliner Salzstrasse zu Dzieduszyce und Młyniszcze. Krakau 19. Februar 1532[306]).

132. Bestätigt den Erlass des Königs Alexander vom J. 1506. wornach die Lemberger in Lublin vom Zolle befreit sind. Krakau 31. Juli 1532[307]).

133. Entscheidet die Klage des Woyewoden von Krakau Andreas von Tęczyn, Starosten von Bełz, Chełm, Ratno und Krasnostaw, dass sich die Lemberger, welche nach Krakau reisen, einen neuen Weg über Lubaczow gefunden hätten, damit sie den Zöllen in Bełz, Chełm und Hrubieszow auswichen, indem den Lembergern jeder ihnen beliebige Weg erlaubt wird; im Falle sie jedoch vom Lubliner Jahrmarkte nach Warschau, Preussen, Posen, Breslau ziehen oder nach Lemberg zurückkehren, hätten sie Hrubieszow und Bełz zu passiren, nicht aber Lubaczow — und die vom Könige Alexander den Lembergern ertheilte Zollfreiheit werde an den Zollämtern zu Bełz, Chełm und Hrubieszow auf die Zeit des Vertrages der Zollpachtung des Andreas von Tenczyn suspendirt. Krakau 1. August 1532[308]).

134. Verordnet den Ertrag der Tranksteuer in Lemberg zur Vollendung der Befestigung zu verwenden. Krakau 2. August 1532[309]).

---

[305]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 453.

[306]) Ebenda Nr. 454.

[307]) Ebenda Nr. 455.

[308]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 456. Diese Abgabenbefreiung wurde auf Bitten der Stadt und über Verwendung des Königs Sigmund August, der im Jahre 1542 Eigenthümer der Güter Chełm, Bełz und Hrubieszow gewesen, durch das Diplom König Siegmunds I. ddo. Krakau 13. October 1542 (Stadtarchiv I. Abth. Nr. 499) wieder bewilligt.

[309]) Ebenda Nr. 457, II. Abth. fasc. 190.

135. Gestattet der Stadt, für jeden Ochsen zwei Denar Brückengeld einzuheben. Krakau 31. Juli 1532 [310]).

136. Verweiset die Klage der Krakauer gegen die Lemberger wegen Beobachtung des der Stadt Lemberg zustehenden Niederlagsrechts an die künftige Entscheidung des Reichstags. Krakau 5. April 1533 [311]).

137. Genehmigt die freiwillige Erklärung der Stadt Lemberg, dass die Lemberger Kaufleute die Mauth in Kołomea während der Zeit der Pachtung der Mauth durch den Lemberger Starosten Otto von Chodecz zahlen werden, ansonsten aber die Lemberger von der Mauthentrichtung befreit sind. Krakau 10. Juni 1533 [312]).

138. Verbietet auf die Klage der Stadt dem Starosten Otto v. Chodecz die Abnahme der Mauth für Fuhren mit gesalzenen Fischen in Lemberg, und erlaubt nur die Abnahme des Marktgeldes, so wie zur Zeit seines Bruders Stanisław v. Chodecz. Wilno 29. Jänner 1534 [313]).

139. Verständigt den Magistrat, dass Albert von Pilzno, Baccalaureus des kanonischen Rechts, dem lateinischen Erzbischofe zum Mansionar bei St. Katharina und deutschen Prediger präsentirt werde, weil wegen der dogmatischen Neuerungen in Deutschland es schwierig sei, von dort einen geeigneten Candidaten zu berufen. Wilno 20. Juni 1535 [314]).

140. Bewilligt der Stadt auf sechs Jahre den Bezug der Tranksteuer behufs der Herstellung der Festungswerke. Krakau 2. October 1535 [315]).

141. Erneuert die Verordnung zur Einhaltung der Waarensendungen behufs der Niederlagsrechte der Städte Lemberg, Krakau und Lublin. Krakau 2. October 1535 [316]).

---

[310]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 458.

[311]) Ebenda Nr. 459.

[312]) Ebenda Nr. 460. Diese Pachtung endigte mit dem Leben des Starosten im Jahre 1537. Daher der Mauthfreibrief für Lemberg mit dem Diplome vom 5. September 1537 auf Bitten der Stadt erneuert (Nr. 478) und die Beschwerde des Kronfeldherrn Nicolaus Sieniawski gegen die Stadt Lemberg abgewiesen wird. Krakau 1540. Stadtarchiv I. Abth. Nr. 492.

[313]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 148.

[314]) Ebenda II. Abth. fasc. 2.

[315]) Ebenda fasc. 190.

[316]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 465.

142. Verordnet, dass bei Appellationen gegen Urtheile des Stadtgerichts auch die Rotuli actorum dem obersten Reichsgerichte einzusenden seien und die Partei die Kosten zu zahlen habe. Krakau 2. October 1535 [317]).

143. Entscheidet, dass nicht das Starostei-, sondern das Stadtgericht in Streitigkeiten der fremden Kaufleute zu Lemberg competent sei. Krakau 2. October 1535 [318]).

144. Delegirt, zur Entscheidung des Zwistes zwischen der Stadt und dem Starosten Stanislaus Odrowąż de Sprowa über das Verfahren bei der Wahl eines Ersatzmannes eines in Mitte des Jahres verstorbenen Rathsherrn, den lateinischen Erzbischof Bernard, den Kastellan von Krakau Andreas von Tęczyn, und dessen Bruder Johann von Tęczyn, Woyewoden von Bełz, und falls sich diese hierüber nicht einigen könnten, wäre die Sache dem Könige vorzulegen. Krakau 4. October 1535 [319]).

145. Vertagt die Entscheidung des Streites zwischen den Städten Lublin und Lemberg in Betreff der Kaufleute aus der Türkei und Wallachei, befiehlt diese Kaufleute selbst nicht anzuhalten, wohl aber können ihre Waaren in der städtischen Niederlage deponirt werden. Krakau 27. Februar 1537 [320]).

146. Eine ähnliche Entscheidung erfolgt über den Streit der Städte Krakau und Lemberg. Krakau 2. März 1537 [321]).

147. Verordnet: der Starost Nicolaus Odnowski und der Landrichter Paul Tarło hätten dahin zu wirken, dass die Stadt die an Andreas Pełka verpfändete Soltysey von Kulparkow wieder einlöse. Krakau 26. April 1537 [322]).

---

[317]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 469 und Transumpt König Sigmund Augusts vom November 1561.

[318]) Ebenda Nr. 470.

[319]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 169. Hierüber erfloss die königliche Entscheidung ddo. Wilno 2. Juli 1541. Stadtarchiv I. Abth. Nr. 496.

[320]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 473. Lublin ist später von diesem Processe freiwillig zurückgetreten und König Sigmund hat die seitens Lembergs erklärte Annahme des Recesses bestätigt. Krakau, December 1544. Stadtarchiv I. Abth. Nr. 509.

[321]) Ebenda Nr. 474. Was jedoch diesen Process betrifft, so wird die königliche Entscheidung auf zehn Jahre weiter vertagt, die beiden Städte mögen sich mit einander im gütlichen Wege vergleichen. Krakau 22. Jänner 1545 I, 510.

[322]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 184. Die Stadt ermächtigte den Stanislaus Broniewski diese Soltysei von Andreas Pełka, Landrichter zu Halicz, einzulösen, und

148. Entscheidet die Klagen der Stadt wider den Starosten Nicolaus Odnowski wegen Einhebung des Weidegeldes von den, Lemberger Kaufleuten gehörigen Ochsen zu Bartatow und wegen anderer Plackereien in Lemberg. Lemberg 23. August 1537 [323]).

149. Verlangt einen Platz zur Aufstellung der Kanonen nächst der Franciskanerkirche, welcher der Stadt nach Erbauung eines Arsenals zurückgestellt werden wird. Lemberg 5. September 1537 [324]).

150. Entscheidet auf die Klage der Stadt, dass ein nächst der Sct. Maria-Kirche in der Vorstadt gelegenes Haus, welches die Stadt dem Starosten Odnowski zu bauen gestattete, nicht zum Schlossbezirke, sondern zum Stadtgebiete gehöre. Lemberg 5. September 1537 [325]).

151. Bestätigt die Erectionsurkunde für die ruthenische Kirche St. Theodor. Lemberg 11. September 1537 [326]).

152. Verordnet, dass weder an Wochen- noch an Jahrmärkten auswärtige Töpfer ihre Waaren zum Nachtheile der Lemberger Töpfer nach Lemberg führen oder dort verkaufen dürfen. Lemberg 12. September 1537 [327]).

153. Ertheilt der Stadt das ausschliessliche Recht zur Erzeugung und zum Ausschank gebrannter geistiger Flüssigkeiten nicht blos im Stadtgebiet, sondern auch im Schlossbezirke und auf den Gründen der St. Johannes-Dechantei, daher Niemand ohne ausdrückliche Bewilligung des Magistrats daselbst Branntwein erzeugen, verkaufen oder ausschänken darf. Lemberg 12. September 1537 [328]).

154. Bestimmt die Function, welche der Starost bei den Magistratswahlen auszuüben habe. Krakau 4. April 1538 [329]).

---

hiedurch kam dieser Gutsantheil in adeligen Besitz (Entscheidung des Reichsgerichts vom J. 1547, fasc. 184). Heutzutage ist die Lemberger evangelische Gemeinde der Eigenthümer dieses Gutsantheils.

[323]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 476.

[324]) Ebenda Nr. 477.

[325]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 217.

[326]) Lemberger Schlossakten. Relat. Tom. 84, p. 1299. Stadtarchiv V. Abth. Liber Privilegiorum I. Bd. p. 292.

[327]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 481.

[328]) Ebenda Nr. 482.

[329]) Ebenda Nr. 484.

155. Bestimmt den vierteljährigen Ertrag der Steuer „Schoss" für die Reparatur der Festungswerke. Krakau 5. April 1538[330]).

156. Suspendirt wegen dringender Bedürfnisse des Reiches die den Städten wegen Feuerschaden zugestandene Befreiung, gewährt der Stadt Lemberg aber dennoch die Tranksteuer behufs deren Verwendung für die Befestigung. Krakau 1. März 1539[331]).

157. Bestätigt die Verleihung des Marktgeldes, welches König Johann Albert der Stadt ertheilt hatte, weil sie die Hauptstadt der Provinz ist. Krakau 1. März 1539[332]).

158. Bewilligt dem Chirurgen Johann Fritz, die Bäckermühle von den damaligen Pächtern, den zwei Kindern des Notars Michael, einzulösen. Krakau 9. März 1540[333]).

159. Bestätigt alle Vereine, Brüder- und Genossenschaften und Zünfte der Handwerker in Lemberg und deren Statuten (contubernia, fraternitates, cechy), obschon dieselben in anderen Städten des Reiches aufgehoben worden sind. Krakau 27. Februar 1540[334]).

160. Bestätigt alle Privilegien der Stadt Lemberg, insbesondere aber wiederholt die Verleihungen des Brückengeldes und des Marktgeldes. Krakau 3. März 1540[335]).

161. Ertheilt der Stadt das Privilegium zur Errichtung einer Bleiche. Krakau 8. März 1540[336]).

162. Verbietet die Stadtthore zur Nachtzeit zu öffnen, ausgenommen im dringendsten Falle zum Nutzen des Reiches. Wilno 30. Juni 1541[337]).

163. Verordnet, dass die armenischen und ruthenischen Geistlichen in Lemberg nach altem Herkommen die Steuern gleich den Lemberger Bürgern zahlen, hingegen auch zu den städtischen Ämtern

---

330) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 1061, pag. 135.

331) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 486.

332) Ebenda Nr. 487.

333) Ebenda Nr. 488.

334) Ebenda Nr. 489.

335) Ebenda Nr. 491. Es bestand somit ein Marktgeld an den Starosten und ein zweites an die Stadt.

336) Ebenda Nr. 493.

337) Ebenda Nr. 497.

und Bedienstungen zugelassen werden sollen. Krakau 12. October 1542 [338]).

164. Verleiht der Stadt das Privilegium zur Errichtung einer Stadtwage und Tuchwalke (waga i postrzygalnie, Tuchschererei, officinam ponderariam, vulgo pensam et tonstrinam pannariam, pannos tondendi). Krakau 16. October 1542 [339]).

165. Verleiht der Stadt die Mühle Zimnawoda, eigentlich das Recht des Bezugs des Mahldrittelmasses. Krakau 19. October 1542 [340]).

166. Die Stadt habe jedoch die Schuld, um welche diese Mühle an den Edlen Stanislaus Hynek verpfändet war, an dessen Witwe und deren Kinder zu zahlen. Krakau 16. März 1543 [341]).

167. Bestätigt den Stadträthen das Eigenthumsrecht auf die Dörfer Zubrza und Sichow. Krakau 9. April 1543 [342]).

168. Bestätigt alle Privilegien der Stadt, ihre Rechte, Verträge, Rechtsurkunden, Schenkungen u. dgl. Urkunden. Krakau 9. April 1543 [343]).

169. Erlässt der Stadt die Tranksteuer auf ein Jahr. Krakau 8. Juli 1543 [344]).

170. Verleiht der Stadt das Recht auf den Bezug des Mahldrittelmasses von der Bäckermühle. Krakau 12. December 1543 [345]).

171. Verordnet, dass die Bürger, Stadtbewohner, Vorstädtler und Einwohner der zur Stadt gehörigen Dörfer nicht der Jurisdiction der Woyewoden, Kastellane, Starosten, Schloss- und Landrichter, sondern nach dem Magdeburger Rechte der Jurisdiction des Magi-

---

[338]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 500. Die ruthenischen Stadtpfarrer, von denen einige Handwerke, andere Fischhandel trieben, wurden in den Vierziger-Ausschuss gewählt. Die neuere Zeit wählte nach dem Grundsatze der Gleichberechtigung Geistliche zu Mitgliedern des Stadtgemeinderathes.

[339]) Ebenda Nr. 501 und s. Note 185, wo König Władysław im J. 1414 das Privilegium pensatorii der Stadt bereits verliehen hatte.

[340]) Ebenda Nr. 502. Diese Mühle stand an demselben Flecke, wo heut zu Tage das Haus Nr. 431 2/4 steht. I. Abth. Nr. 522.

[341]) Ebenda Nr. 504. Die Stadt wurde hiedurch in mehrjährige Processe verwickelt. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 153.

[342]) I. Abth. Nr. 505.

[343]) Ebenda Nr. 506.

[344]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 190.

[345]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 508, s. oben Nr. 158.

strates, dieser aber dem Könige unterstehe. Krakau 28. Jänner 1545 [346]).

172. Verleiht der Stadt das Patronatsrecht auf einen der bestehenden Kapläne (mansionarii) der St. Katharina-Kapelle im unteren Schlosse. Krakau 22. Jänner 1545 [347]).

173. Verordnet dem Albert Starzechowski, Kastellan von Bełz, Starost von Drohobycz und Steuereinnehmer der Provinz, von Wein und anderen nach Lemberg eingeführten Getränken keine Abgabe zu erheben. Krakau 15. Juli 1545 [348]).

174. Weiset zurück die Beschwerden der Bewohner des Schlossbezirkes gegen den Magistrat, welcher daselbst weder Gewerbe, noch Handel, noch Schankhäuser dulde auf Grundlage der der Stadt ertheilten Privilegien. Krakau 31. Mai 1546 [349]).

175. Verleiht dem Magistrate das Präsentationsrecht auf die Würde des Probstes des heiligen Geist-Spitals. Krakau 21. September 1546 [350]).

176. Bestätigt die vom Lemberger Landgerichte in den Jahren 1462 und 1485 vorgenommene Gränzberichtigung zwischen Lemberg und Zimnawoda. Krakau 4. December 1546 [351]).

177. Bewilligt den Lemberger Rathsherren den Bau einer Mühle am Peltew, den Bezug der Einkünfte hievon und den Bau einer Wohnung für den Müller. Krakau 16. Februar 1547 [352]).

178. Ändert die vom Könige Kasimir dem Grossen im Jahre 1356 und 1368 der Stadt ertheilten Dotationsprivilegien dahin ab, dass die der Stadt zu Gunsten des königlichen Schatzes auferlegten Grundzinse unentgeltlich aufgehoben, erlassen werden, nachdem sie ohnehin niemals gezahlt worden sind, dass ferner die in Lemberg

---

[346]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 511. Im Jahre 1559 kommen Fälle vor, wo das Stadtgericht auch in dem Starostendorfe Krzywczyce die Gerichtsbarkeit unbeanständet ausgeübt hat. Stadtarchiv V. Abth. Inducta judicii civilis Tom. I.

[347]) I. Abth. Nr. 512 und Transumpt König Sigmund Augusts vom J. 1548.

[348]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 190.

[349]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 514.

[350]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 516. Bestätigt vom Könige Sigmund August im J. 1548 im Transumpte; der lat. Erzbischof Peter Starzechowski gab seine Zustimmung 20. October 1546. Ebenda Nr. 518.

[351]) Ebenda Nr. 5 7.

[352]) Ebenda Nr. 519. młyn radziecki, molendinum dominorum consulum.

domicilirenden Armenier, Ruthenen, Sarazenen, Juden und Tartaren der Magistratsgerichtsbarkeit unterstehen, endlich dass die zum Stadtgebiete gehörigen Gründe, mögen sie von wem immer gekauft oder geerbt werden, stets bei dem Stadtgebiete verbleiben. Krakau 28. März 1547[353]).

179. Verordnet in Folge der Klagen der Lemberger Tuchhändler über Gewerbsstörungen, dass Niemand, als nur die befugten Tuchhändler, Tuchwaaren stück- oder ellenweise verkaufen dürfen, bei sonstiger Confiscation der Waare. Krakau 7. April 1547[354]).

180. Bewilligt der Stadt das ausschliessliche Recht zur Aufstellung der Verkaufshütten auf den Gässen und Plätzen der Stadt zur Jahrmarktszeit, und den Bezug der Miethzinse hiefür. Krakau 18. April 1547[355]).

181. Bestätigt den Vergleich, welchen die Stadt mit dem Kronfeldherrn Nicolaus Sieniawski, Starosten von Kolomea und Halicz, in Betreff der Wegmauth zu Halicz in Krakau abgeschlossen hatte. Krakau 18. April 1547[356]).

182. Verleiht der Stadt das ausschliessliche Recht Bäder in der Stadt zu halten, namentlich das Bad nächst dem Franciskaner-Kloster. Die Einkünfte hievon sind zu den Festungswerken zu verwenden. Krakau 4. Mai 1547[357]).

---

[353]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 520. Von diesem Documente wurde, um sich bei der k. k. österr. Regierung auszuweisen, im J. 1777 unter König Stanislaus August eine Abschrift aus den Kronmatrikeln erfolgt. — Das Privilegium vom J. 1547 hat jedoch den besonderen Gerichtshof der Armenier nach dem Statut vom J. 1519 (Stadtarchiv I. Abth. Nr. 412) nicht berührt.

[354]) Ebenda Nr. 521.

[355]) Ebenda Nr. 523.

[356]) Ebenda Nr. 526.

[357]) Ebenda Nr. 527. Schon König Władysław hatte im J. 1422 der Stadt ein solches Privilegium ertheilt; von den Badeinkünften hatte sich der König den jährlichen Zins von 20 Schock Groschen vorbehalten (Stadtarchiv I. Abth. Nr. 107), daher wurde dieses Bad auch zeitweise das königliche genannt. — Die Schulkinder und die Armen hatten jeden Montag das Bad frei, unentgeltlich, die ersten in Folge der Stiftung des Canonicus Krowicki, der jene Summe, welche die Stadt im Jahre 1507 zum Ankaufe der Güter Zubrza und Sichow von ihm ausgeliehen hatte, diesem Zwecke widmete. Die ganze Badeanstalt sammt dem alten Schulhaus und der Befugniss, im Stadtwalle eine Pforte zu eröffnen, hat die Stadt im Jahre 1608 an die Jesuiten um 3000 Gulden verkauft und dafür ein anderes Bad nächst dem Halitscher

183. Verweigert das Ansuchen des ruthenischen Geistlichen an der Kirche Błahowieszczenie, eine besondere Commission zur Untersuchung seiner Beschwerden gegen die Stadt in Betreff des Grundbesitzes dieser Kirche zu delegiren, weil die Stadt nicht vor einer besonderen Commission, sondern vor dem Könige belangt werden müsse. Krakau 2. September 1547 [358]).

184. Erlaubt der Stadt, das königliche Dorf Sknilow von dem Besitzer Johann Wiszniowski um den eingelegten Preis abzulösen, daher der Stadt auch das Besitz- und Nutzungsrecht des Dorfes zugestanden wird. Krakau 5. September 1547 [359]).

185. Erlässt der Stadt die von ihr jährlich an den Starosten oder an das Schloss mit zwanzig Mark zu leistende Zahlung, magna vigilatura genannt. Piotrkow 7. September 1547 [360]).

Die vorstehenden Auszüge machen auf Vollständigkeit keinen Anspruch, theils weil manche Documente als hier nicht zur Sache gehörig weggelassen, andere aber unter Einwirkung verschiedener Zeitumstände aus dem Archive abhanden gekommen, entlehnt und nicht mehr zurückgelangt sind. So z. B.

Thore erbaut, welches die Stadt im Wege der Verpachtung benützte, im J. 1753 um 162 fp., im J. 1760 um 240 fp. jährlich. Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 22 und Nr. 359. Ein zweites Bad war den Armeniern in der Zolkiewer Vorstadt bewilligt.

[358]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 528. Der Geistliche brachte hierauf unverweilt seine Klage vor den König, und die Entscheidung vom 6. September 1547 spricht das Eigenthum der Kirche dem Geistlichen und seinen Nachfolgern zu, weil die Erwerbungsurkunde des Kirchengrundes in den Akten des Bürgermeisteramtes eingetragen war; in Betreff des an die Kirche anstossenden Gartengrundes aber wurde der Kläger abgewiesen, weil die Frau des Geistlichen die Erwerbungsurkunde in den Lemberger Schlossakten, und nicht in jenen des Bürgermeisteramtes eintragen liess. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 7.

[359]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 529.

[360]) Ebenda Nr. 530. Wielka Straża, magna vigilatura. Die Stadt hat nach dieser Schenkung diese Abgabe beibehalten, d. i. für sich selbst eingehoben durch zwei hiezu bestellte Geschworne. Ein jedes zur Jurisdiction des Magistrats gehörige Haus, jeder Gewerbs- und Inmann hatte nach Verhältniss der Steuer „Schoss“ für die magna vigilatura erstens zu zahlen, und zweitens einen oder mehrere Mann zur Stadtbewachung zu stellen; wer 18 grosz Schoss zahlte, hatte zur magna vigilatura 2 grosz, wer 36, hatte 4 grosz, jeder Handwerker 1 ½, die Inleute (komorniki) 1 grosz zu zahlen. Gezahlt musste immer werden; die Stellung der Mannschaft aber wurde nur nach Bedarf gefordert. Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 22.

a. Sind die Privilegien vom Jahre 1356 und 1368 nicht mehr in originali, sondern nur in Transumpten vorhanden. Zubrzycki in seiner Chronik sucht daher vergeblich nachzuweisen, als ob das Privilegium vom Jahre 1356 niemals existirt habe, eine Fiction sei. Eine am 13. März 1726 [361]) geschriebene Bemerkung lässt vermuthen, dass jenes Document damals noch vorhanden gewesen, allein das goldene Buch, welches etwa 100 Jahre früher geschrieben wurde [362]), enthält die Abschrift nur nach dem Transumpte vom Jahre 1460. Gleichwohl wurde das Transumpt privilegium Casimiri Magni genannt.

b. Auch wird eines Privilegiums König Władysławs vom Jahre 1389 gedacht de molendinis locatis et locandis, welches jetzt auch in Abschrift nicht existirt.

c. Der Bischof von Kamieniec, sein Bruder Spytko, und der Starost Stanislaus Chodecz haben im Jahre 1505 zwei städtische Privilegien super fortalitium — eines vom Grossfürsten Sigmund (Korybut) von Lithauen, das andere vom Könige Władysław — aus dem Archive gegen Rückstellung, um hievon am Reichstage zu Lublin Gebrauch zu machen, erhoben. Beide Documente sind nicht mehr zurückgelangt [363]).

d. Die meisten Urkunden, welche das städtische Spital St. Stanislaus betreffen, aus den Jahren 1510, 1513, 1518, 1527 und 1541 sind im Archive nicht vorhanden, ihr Inhalt nur aus anderen Akten zu entnehmen [364]).

e. Die Urkunden vom Jahre 1457 und 1489, betreffend die Schenkung der Dörfer Łuczany, Mohiliszcze und Bołszow des Johann Chodorowski an das heil. Geist-Spital und den Tausch dieser Güter für Malechow, sammt einer dritten Urkunde vom Jahre 1503, worin gewisse Differenzen der beiden früheren Urkunden behoben werden, sind trotz des Reverses eines k. k. Fiskal-

---

[361]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 220, Nr. 21.

[362]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 229, p. 3.

[363]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 224, p. 466, 483. Eine päpstliche Urkunde, [fü]r welche die Stadt 36 Gulden in Gold im J. 1491 gezahlt hat, ist schon längst nicht [m]ehr vorhanden. Ebenda p. 479. Dux Sigismundus Korybuth war im J. 1414 in Lemb[e]rg. Stadtarchiv III. Abth. A. 1. p. 352.

[364]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 18.

amtsbeamten vom Jahre 1830 im Jahre 1866 nicht mehr aufzufinden [365]).

f. Auch ist von einem Pergamentbuche die Rede [366]), in welchem folio 317 ein Decret König Johanns III. vom Jahre 1686, betreffend jura ordinum et nationum, eingetragen; ein solches Buch ist jetzt nicht vorhanden.

Nebstdem fehlen noch andere Urkunden und sogar Kassabücher älterer Zeit, aus welchen mehr oder weniger interessante Aufschlüsse über Ereignisse entnommen werden könnten, worüber sonst keine anderen schriftlichen Aufzeichnungen vorhanden sind; allein ungeachtet aller dieser Mängel und deren Ursachen dürften die obigen Auszüge hinreichen, um die Verhältnisse der Stadt zum Könige, zur Regierung, zum Reiche erkennen zu lassen, welche jederzeit die königliche Stiftung Kasimirs des Grossen mit Sorgfalt gepflegt und nach den jedesmaligen Umständen begünstigt haben. Hieran wurde während des Verlaufes von Jahrhunderten nichts geändert. Anderseits bewies bei jeder Gelegenheit die Stadt ihre Treue; Unglücksfälle, welche das Reich, die Nation, das Königshaus und die Stadt betroffen, dienten nur dazu, um die Verbindung inniger zu gestalten, die politische Wichtigkeit der Stadt zu heben, während doch ihre materiellen Verhältnisse im Sinken begriffen waren, weil mittlerweile der Welthandel andere Beschäftigung gefunden und andere Verkehrswege, die nicht über Lemberg führten, eingeschlagen hatte. Übrigens waren auch die politischen Zustände der östlichen Länder der Entwicklung friedlicher Beschäftigung ungünstig geworden.

König Johann Kasimir zählt im Diplome vom Jahre 1661 [367]) im Allgemeinen die Leiden und Leistungen der Stadt in jenen Jahren, als sie von den Kosaken und Moskowitern im Jahre 1648 und 1655 [368]) belagert und im Jahre 1661 von den Ungarn bedroht war,

---

[365]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 283.

[366]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 219, Nr. 73.

[367]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 800. Das Diplom trägt die eigenhändige Unterschrift des Königs mit dem grossen Reichssiegel, das Datum aber ist nicht ausgefüllt. Das Transumpt König Michaels vom 30. October 1671 ergänzt diesen Defect mit dem Datum 30. Mai 1661.

[368]) Kaiser Ferdinand III. König von Ungarn hatte auf den Wunsch de polnischen Hofes die Vermittlung des Streites zwischen den Kosaken und der Krone übernommen, an den Kosaken-Hetman Bogdan Chmielnicki den Peter Parcevich,

auf, rühmt ihre Treue, Ausdauer, Muth, und dass die Stadt die Verpflegung und Besoldung der königlichen Truppen bestritten habe, daher Lemberg — die Zierde und das Bollwerk des ganzen Reiches — in allen Rechten und Freiheiten den Hauptstädten Krakau und Wilno gleichgestellt, ihr das Recht verliehen wird, durch zwei vom Magistrate zu wählende Abgeordnete an den Reichstagen zu erscheinen, wo dieselben in der Kammer der Landboten zu sitzen, mitzustimmen, die Beschlüsse mitzuunterfertigen und den König durch Handkuss zu begrüssen berechtigt werden[369]; den Bürgern und Einwohnern römischen, armenischen und griechischen Ritus, ihren ehelichen Nachkommen ehrlicher Beschäftigung wird der Adel, d. i. der Ritterstand, und das Recht zum Erwerbe und Besitze der Landgüter verliehen[370].

Erzbischof von Martianopolis, nach der Ukraine gesendet, und dieser schreibt, bei seiner Rückkehr von dort in Lemberg angekommen, aus dem Dominikaner-Kloster an den Magistrat, dass ihn, den Vermittler, die Kosaken insultirt und so vollständig ausgeplündert haben, dass ihm weder ein Hemd noch Sacktuch geblieben. Stadtarchiv IV. Abth. P. 4.

[369]) Sola Leopolis ornamentum, munimentumque primarium totius Regni . . . , omnes cives et incolas romani, armenici et graeci ritus, eorum legitimos posteros et liberos ex successura serie nasciturος, omnes et singulos virtutibus praestantes atque vitam modo honestiori ducentes ad jura libertatis ac titulos nobilitatis adaequavimus perpetuis temporibus, vigore cujus adaequationis et ad jura praerogativa equestris ordinis admissionis memorati cives electioni Serenissimorum Regum Poloniae per duos ex Magistratu consulari ad id electos et designatos interesse ibidemque subscribere, in conventibus Regni generalibus et particularibus locum inter nuntios habere, Regem per osculum manus salutare, bona terrestria contractu licito emere, acquirere et oneribus reipublicae salvis possidere.

[370]) Der Lemberger Bürger Georg Fulmer war schon im Jahre 1409 Eigenthümer des Landgutes Mikłaszow (Stadtarchiv III. Abth. A. 1. p. 67), der Kaufmann Barnabas Negrono im J. 1467 Eigenthümer von Pikułowice (I. Abth. Nr. 269), Anton Hornik im J. 1513 Eigenthümer des Dorfes Iwankow (Acta Consul. II. p. 142). Zwei Deputirte der Stadt haben der Sitzung des Reichstages am 24. August 1492 bei der Wahl Johann Albrechts zum Könige beigewohnt; sie waren wahrscheinlich blos mit Petitionen in städtischen Angelegenheiten dahin gesendet. Die kaiserlichen Patente vom J. 1775, 1782, das Stadtprivilegium vom 6. November 1789 bewilligen, wie das kaiserliche Patent vom J. 1817, der Stadt zwei Deputirte für den Landtag, und diese wurden vom Magistrate und dem Bürgerausschusse in einer gemeinschaftlichen Sitzung aus ihrer Mitte gewählt. Das kaiserliche Patent vom 26. Februar 1861 bewilligt der Stadt vier Deputirte, zu deren Wahl etwa 7000 Bewohner stimmberechtigt sind.

Wenngleich der sonst lobenswerthe esprit de corps im Verkehre des Adels mit der Stadt, besonders der Magnaten und Senatoren sich nie verläugnet, so war doch von Hass und Feindseligkeit des Adels gegen den Bürger, wie derlei in anderen westlichen Ländern in jener Zeit vorgekommen, hier niemals die Rede. Übergriffe und Erpressungen, deren sich einzelne Starosten und Woyewoden zu Schulden kommen liessen, waren immerhin nur Ausnahmen; Einhebung der Weg- und Brückenmauth von den hievon privilegienmässig befreiten Lemberger Bürgern athmen nicht den Geist des Hasses, führten auch nicht zu Fehden, sondern wurden durch Klagen bei der Krone oder im ordentlichen Civilrechtswege entschieden[371]. Hauptsächlich hat das durch die Bedrückungen des Woyewoden Andreas Odrowąż im Jahre 1464 hervorgerufene Bündniss des Adels der Provinz mit der Stadt (konfederacya ruska) beigetragen, beide mit einander zu befreunden, und nicht blos haben sich Adelige mit Töchtern Lemberger Bürger verehelicht[372], sondern auch die zur Erwerbung des Bürgerrechtes nöthigen Bedingnisse erfüllt und dasselbe erlangt[373].

Die Bedingungen zur Erlangung des Bürgerrechtes der Stadt waren nach den Zeitverhältnissen verschieden. Anfänglich war Tauglichkeit zum Kriegsdienste das Haupterforderniss — und ein, wenngleich nur zufällig sich ergebender, körperlicher Defect hatte den Verlust des Bürgerrechtes durch nothwendige Resignation zur Folge. Nach Errichtung der Gewerbsbruderschaften und Zünfte[374] wurden

---

[371]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 270 bis 283.

[372]) Zubrzycki: Kronika miasta Lwowa p. 132.

[373]) Solche Bürger adeliger Herkunft kommen seit dem J. 1526 vor: Stanislaus Hubicki Vice-Zupparius Grodecensis, Johann und Adam Byelawski, Martin Brzemienski, Bernard und Andreas Ostrowski, Jakob Kosinski, Albert und Gregor Białobrzeski, Bernard Żukowski, Johann Tarnowiecki, Christoph Starzechowski, Albert Zaleski, Jakob Jarzecki, Lorenz Morawinski, Adam Victor Trąbka, Jakob Lisowski, Albert Żabokrzycki, Jacko Rosputynski, Peter Suchorabski, Martin Rzodkowski, Stanislaus Wilski, Bartholomäus Gadowski, Mathias Trojan, Paul Janiszowski, Stanislaus Psarski, Johann Ostoja Zalewski u. a. — Ehrenbürgerrechte waren damals unbekannt.

[374]) Die Zünfte erscheinen hier zu Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts; erst im J. 1462 findet sich die Wahl der Zunftvorsteher zum erstenmale in den Magistratswahlbüchern eingetragen: Schmiede, Seiler, Krämer, Gärber, Bäcker, Kürschner, Riemer, Sattler, Fleischer, Schuster, Tischler, Bräuer, Schneider, Töpfer. Nach Errichtung des Institutes des Bürgerausschusses im J. 1577, damals „Vierzig Männer" ge-

h Stellvertreter zu den Kriegsdiensten, die sich immer nur auf Vertheidigung der Stadt beschränkten, zugelassen, daher ausmsweise das Bürgerrecht auch an Frauen verliehen wurde[375]). eliche Abkunft, christliches Religionsbekenntniss eines der drei ıs (römisch, griechisch und armenisch), Moralität, nachgewiesen ch Anempfehlung irgend einer bekannten hohen Persönlichkeit[376]) r der fremden Heimathsbehörde des Bürgerrechtswerbers und ıstdem zweier Lemberger Bürger, Besitz unbeweglichen Gutes in Stadt im Werthe von 300 fp. waren jederzeit unerlässlich; die gabe von Waffen an das Zeughaus oder das Relutum hiefür änte sich nach den jeweiligen Bedürfnissen. Italienern und Griechen rde das Gelöbniss abgenommen, sich binnen Jahresfrist conventer zu verehelichen, für dessen Erfüllung musste Caution oder gschaft geleistet werden, auch wurden Fristerstreckungen beligt, der Bürgereid aber musste jedenfalls geschworen werden, l nur zur Zeit des Interregnums wurde die Eidesleistung bis nach olgter Krönung des Königs verschoben.

Es kommt nur ein einziger Fall vor, wo ein Adeliger desshalb, s er adelig sei, auf sein Bürgerrecht verzichtete, und diese Errung musste er in Gegenwart des Vicestarosten und anderer zwei liger Zeugen im Rathhause geben[377]). Andere Adelige haben ıeschadet ihres Adels städtische Bedienstungen mit und ohne Bürrecht übernommen[378]), auch sind einzelne Lemberger Bürger h vor der Zeit des Privilegiums König Johann Kasimirs adelig vorden[379]).

ıt, wurden die Kaufleute von den Handwerkern in der Art getrennt, dass 20 aus Kaufleuten von den Handwerkern, und 20 aus den Handwerkern von den Kaufen in den Ausschuss der Vierzig gewählt wurden. Stadtarchiv III. Abth. A. 2, pag. 48.

[375]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 3, p. 102.

[376]) Z. B. ex recommendatione Ducissae Szyngajło de Olesko, oder des Starosten · eines Kronwürdenträgers. Ausnahmsweise haben Eigenthümer unbeweglicher Reaen in den Vorstädten und selbst in Biłohorszcz das Bürgerrecht erlangt. Stadtiiv III. Abth. A. 2. p. 69.

[377]) Johann Saidlitz im J. 1578. Stadtarchiv III. Abth. A. 13. p. 62.

[378]) Sobański, Strzałkowski, Mościcki, Schmelingk, vom Loe, Wydenbrugg, litz, Pandolfi, Ubaldini della Rippa, diese zwei aus Florenz, Stuart, Gordon, Maruke aus Schottland.

[379]) Szembek, Worcel, Aichinger (aus Nürnberg), Pełka, und Ende des Jahrhunderts Johann Sohn des Daniel Badyni, welcher zu den Patriciern der

Nachdem die Stadt reichsunmittelbar war, so war es auch natürlich, dass sie unmittelbare Verbindungen mit dem königlichen Hofe, mit der Reichskanzlei und mit dem Reichstage haben musste; alle hiezu gehörigen Persönlichkeiten waren ihr von Wichtigkeit. Es wurden daher häufig Deputationen an das königliche Hoflager, an den Reichskanzler und an den Reichstag gesendet. Die betreffenden Angelegenheiten sind öfters nicht mehr zu eruiren, aber die Kosten der Sendung solcher Deputationen sind in den Stadtrechnungen eingetragen [380]).

Die Stadt wurde in älteren Zeiten öfters von den Königen und den Prinzen des königlichen Hauses besucht, und zum längeren Aufenthalte gewählt [381]). Jeder solche Besuch war für die Stadt ein höchst wichtiges, freudiges Ereigniss. Festlichkeiten und Geschenke, die den königlichen Herrschaften überreicht wurden, sprachen die öffentliche Stimmung aus. Diese Geschenke bestanden meistens in Kleidungsstoffen, Pelzwerk, Geschmeide, Pretiosen, Silbergeschirre meistens ausländischen Fabrikats, Webestoffen aus den Niederlanden, Silberarbeiten aus Augsburg und Nürnberg [382]). Küche und Keller der hohen Herrschaften wurde nicht vergessen [383]).

Stadt gezählt wurde, dessen Sohn mehrere Jahre das Amt des Lonherus bekleidete. — Sie waren so wie die Papara griechischer Herkunft.

[380]) Stadtarchiv III. Abth. A. 1. Vom J. 1403 angefangen: exposita reyzarum in negotiis civitatis ad Dominum Regem in Cracoviam, in Niepołomice, Lublin, Dobrostan, Wilno, oder wo sonst der König verweilte. Später wurden derlei Delegationen polnisch wyprawy, lateinisch expeditiones genannt, welche Bezeichnung auch den Kriegsrüstungen beigelegt wurde: expeditio contra Moschos, Tartaros, Valachos, Turciam, Prussacos, wyprawa moskiewska, turecka, — do sejmu, do koronacyi, do trybunału (lubelskiego).

[381]) Alle Jagellonen, auch die der schwedischen Linie, waren oft und gerne in Lemberg, ebenso Stefan Bathory, dem neuere Genealogen seine sächsische Abkunft vindiciren. Kaiser Joseph II. erfreute die Stadt zweimal mit seiner Anwesenheit; Kaiser Franz im J. 1817 und 1823; Se. Majestät Kaiser Franz Joseph I. im J. 1851 und 1855; der im J. 1868 angekündigte Kaiserbesuch ist aus bisher noch nicht völlig bekannten Veranlassungen unterblieben.

[382]) Vergoldete Silbertrinkbecher verschiedener Grösse, silberne Kannen — bis vier Garnec enthaltend, goldene mit Edelsteinen besetzte Spangen, silberne Credenzen (Tazen) waren gebräuchlich.

[383]) Hechte, Hausen, Karpfen, Schleien und Weissfische sowohl frisch als auch marinirt, von Gewürzen erstaunlich viel Pfeffer, ganze Kisten mit Pomeranzen und Citronen, — ungarische, griechische, spanische und französische Weine, Bier aus Lemberg und Przemyśl.

Ähnliche Festlichkeiten fanden statt zu Ehren der ersten Ankunft neuer Starosten und Woyewoden, Ereignisse in deren Familien [384]), bei Installirungen der lateinischen Erzbischöfe [385]), bei dem Besuche der Woyewoden von andern Provinzen des Reiches [386]); gleiche Höflichkeiten erfuhren die durchreisenden Gesandten der Krone nach der Türkei, Tartarei und Wallachei, und dieser Länder nach dem königlichen Hoflager [387]).

Es gab in Lemberg damals keine Einkehrhäuser, Café's, Theater, Resourcen, Clubbs und öffentlichen Spaziergänge, und keine Kasernen. Die Schankhäuser waren im Verrufe, und die Geselligkeit musste sich im häuslichen Familienkreise Platz machen. Das Haus Gazlerowska — heute Nr. 228 Stadt (Freiherrn Doliniański) — war Eigenthum der Stadt und verpachtet. Der Pächter hatte alle Zimmer im ersten Stock als Absteigequartier für die Magnaten, und Stallung auf zehn Pferde bereit zu halten [388]). Bei Unzulänglichkeit dieser Bereitschaft wurden die Gäste von den Bürgern in ihren Wohnungen aufgenommen, und die Stadtkasse vergütete

---

[384]) Es wurden Kundschafter ausgesendet, um den Tag der Ankunft zu erfahren, Wächter bestellt; der Einzug selbst erfolgte unter dem Geläute der Kirchenglocken, Musik vom Rathhausthurme, in prima exceptione ein Mahl. Zur Feier der Hochzeit des Starosten schickte die Stadt 24 garnec Alicante; — als im J. 1565 dem Starosten Peter Barzi von Błozew ein Sohn geboren und dieser vom päpstlichen Legaten Franciscus in der Kathedralkirche auf die Namen „Peter Franz" getauft wurde, waren auch die Rathsherren geladen und überreichten als Taufgeschenk einen Silberpokal drei Mark acht Loth schwer. Die Pferde des Legaten wurden auf Stadtkosten erhalten. Als derselbe Starost, zum Gesandten Polens für Rom und Mailand ernannt, Lemberg verliess, verehrte ihm die Stadt 30 Dukaten. — Als im J. 1615 Stanislaus Koniecpolski, Starost von Wielun, sich mit der Tochter des Kronfeldherrn Żołkiewski verehelichte, waren auch die Rathsherren zur Hochzeit geladen.

[385]) Besonders feierlich waren die Installirungen der Erzbischöfe Wantropka (Strzelecki) Szlomowski, Sulikowski, Zamojski, Prochnicki, und gewiss auch des Tarnowski, doch ist das Kassebuch vom J. 1634 jetzt nicht mehr vorhanden.

[386]) Die Woyewoden von Podolien, Lublin, Volhynien, Kiow, Belz, Sandomir, die Kastellane von Krakau, Woynicz. Posen etc.

[387]) Filipowski, Martin Zborowski, Brzeski, — die Namen der ausländischen Gesandten sind nicht angegeben, sondern nur der Charakter, czausz oder orator. Die tartarischen Gesandten verzehrten hier meistens Reis, Hühner, viele Zwiebel, Pfeffer, süssen Anisbranntwein, Rosinen und Weissbrod.

[388]) Stadtarchiv III. Abth. A. 10. p. 485.

die Kosten der Bewirthung nach der vorgelegten, der Censur des Bürgerausschusses unterliegenden Rechnung.

Die Bürger Lembergs standen nicht nur in der Provinz, sondern in Polen, wie in Lithauen und im Auslande in Ansehen; ihre Geschäftsverbindungen mit Deutschland und den Fürstenthümern verbreiteten den Ruf ihrer Solidität, wovon die Wirkungen in ihrer eigenenen politischen Stellung im Lande nicht ausblieben. Die Gastfreundschaft der Stadt entfaltete sich bei Besuchen aus Danzig, Wilno, Krakau, Drohobycz, Lublin etc., auch in Privatangelegenheiten der Bürger, und in Angelegenheiten der Stadt[389]) im Rathhaussaale, dessen Fussboden mit persischen Teppichen bedeckt, die Fensterscheiben von venetianischem Glas, an den Wänden die im Jahre 1567 angekauften Landkarten und die Bildnisse der Könige, Feldherren und Staatsmänner des Reiches; die Stadt hatte eigenes Tafelgeschirr von Zinn, silberne Kannen, Pokale und Löffel[390]), und Tischzeug. Alle derlei Tractationen und Geschenke hatten ihre Zwecke, mehr oder weniger entfernt das Interesse der Stadt. Die damaligen Leiter ihrer Angelegenheiten bewiesen hierin Sorgfalt, Takt und Kenntniss der Verhältnisse. Sie beschränkten sich nicht darauf nur Rechtsgelehrte an den Hof zu senden, und sie mit möglichst ausgedehnten Vollmachten zu versehen, sondern im Februar 1568

---

[389]) Stadtarchiv III. Abth. A. 10. p. 72. 330, 336. 402. 485. Die Bürger aus Krosne, welche zur Hochzeit des Lemberger Bürgers Hans Scholz gekommen waren, wurden auf Kosten der Stadt bewirthet. – Bei Bestimmung der Gränzen gegen Lesienice bewirthete Jakob Scholz in seinem Garten am Freitag den 28. Mai 1610 die königlichen Commissäre, worunter der Erzbischof Zamojski. Das Menu bestand in fünf Hechten, vier Schleien, Karpfen, Karaissen, einem Aal, flämischen Häringen, Krebsen, Äpfeln, Pomeranzen, Nüssen, ein Quart Malvasier zu den Speisen, 7¼ garnec jungen Wein, 5½ garnec Malvasier, ein Achtel Bier; das ganze Mahl sammt Koch und Bedienung kostete 30 fp. 4 grosz (III. A. 21. p. 152). — Am 31. Mai 1625 war ein Mahl aus ähnlichem Anlasse, das Menu: Schleien, Karpfen, Hechte, zwei Gänse, acht Paar Hendl, zwei Kalbsköpfe, ein halbes Kalb, Kalbsfüsse, drei Leber, drei Lungenbraten, zwei Rindsbraten, zwei Viertel Kuttelfleck, vier Kapaune, ein Hase, zwei Spanuferkl, Spargel, grüne Erbsen, Sauerkraut, gelbe Rüben, Rettich, vier Stritzel, Käse, Backwerk und Torten. Die ganzen Kosten waren 112 fp., d. i. etwa 48 Dukaten. III. Abth. A. 25. pag. 179.

[390]) Es war nicht möglich zu erforschen, wohin diese Gegenstände gekommen sind. Im J. 1838 kamen einige der Bildnisse, worunter jenes der Königin Hedwig, wieder zum Vorschein, es war im Magistratsexpeditamt und wurde am 2. November 1848 ein Raub der Flammen.

wurden in Angelegenheiten der Stadt Frauen, die Ehegattinnen der Rathsherren Nicolaus Gelazinus und Stanislaus Scholz, nach Knyszyn in den königl. Hof gesendet[391]). Im J. 1582 schickte die Stadt eine Deputation nach Warschau, um dem Könige Stefan die Glückwünsche der Stadt „zu den Siegen Polens über den Feind der mitternächtlichen Länder zum ewigen Ruhme des Königs und des Reiches und zur Erlangung des Friedens“ zu überbringen[392]).

Solche Deputationen, weniger zahlreich und minder kostspielig, wiederholten sich öfter, feierlicher aber waren sie bei Vermählungen und Krönungen der König. Die Stadt wurde hievon verständigt, oder eingeladen, und demzufolge erschien die Stadtdeputation mit Geschenken, und aus dieser üblichen Höflichkeit erwuchs eine Verpflichtung für die Stadt[393]).

Die Aufmerksamkeit der Stadt beschränkte sich nicht auf die königliche Braut, sondern wurde auch auf den Reichskanzler, dessen Personale, Referendare, Assessoren, Schreiber, Expeditamt, Schreiber oder Sekretäre der Würdenträger ausgedehnt, und der Werth des Geschenkes richtete sich je nach Rang, Stellung und Einfluss,

---

[391]) Stadtarchiv III. Abth. A. 14. pag. 336.

[392]) Dem Könige wurde eine silberne Credenz (Taze) mit eingravirtem Stadtwappen, 5 Mark 13 Loth schwer, dem Grosskanzler ein vergoldeter silberner Pokal Nürnberger Arbeit, 4 Mark 13 Loth schwer, mit Deckel Lemberger Arbeit, dem Reichsprimas, Vicekanzler, Kronmarschall, anderen Würdenträgern, Gönnern und Freunden der Stadt Weine verehrt. Die Deputirten waren zwei Rathsherren, Albert Pedianus und Valentin Wilczek, der Scabinus Georg Sponer und der Syndicus Paul Szczerbicz; sie erhielten zwei Diener, denen neue Kleider angeschafft wurden, einen eigenen Reisewagen, Lebensmittel, Wein, Essig, Aquavit, Kerzen, Schmeer, Handtücher, Bürsten und verschiedene andere Reiserequisiten. Vor ihrer Abreise wohnten sie einer h. Messe in der Bernardiner-Kirche bei, die damalige Reiseroute ging über Magierow, Rawa, Krasnobrod, Szczebrzeszyn, Lublin, Kolbiel, Okrzej, Zelechow, Garwolin, Grochow. Die Reise dauerte vier Tage, der Aufenthalt in Warschau acht Wochen. Stadtarchiv III. Abth. A. 16.

[393]) König Sigmund erliess auf Bitten der Stadt ihr das Geschenk zur Krönung der Königin Elisabeth und bestimmte dasselbe zur Ausbesserung der Festungswerke im J. 1547. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 282 Nr. 3. — König Sigmund III. ddo. Krakau 9. September 1605 zu seiner Vermählung mit der Erzherzogin Constantia für den 30. October 1605. — König Michael ddo. Warschau 20. Jänner 1670 zu seiner Vermählung mit der Erzherzogin Eleonora am nächsten Faschingssonntag zu Czenstochow. — König Johann III. ddo. Jaworow 25. Juni 1694 zur Vermählung seiner Tochter Theresia Maria mit dem Churfürsten von Bayern für den 15. August 1694. Stadtarchiv IV. Abth. Briefe.

besonders in petitorischen Angelegenheiten der Stadt, in welchen Fällen für Erwirkung der Audienz bei dem Könige dessen Unterkammerherrn, bei dem Reichskanzler dessen Sekretär, nebstdem aber dem Marschall der Landboten, dessen Kammerdiener, dem Pater, welcher das Rescript dem Könige zur Unterschrift vorlegte, einem anderen Pater, welcher das Siegel des Grosskanzlers hielt, und mehreren anderen Personen am Hofe und in der Kanzlei jedem einzeln Barbeträge verabreicht wurden, so dass die Kosten solcher Deputationen oftmals mehrere tausend Gulden betrugen [394]). Derlei Geschenke wurden in städtischen Angelegenheiten gegeben [395]). Solche Auslagen waren die Veranlassung zur Einhebung der Taxen und Stempelgebühren, und Tractationen der Commissäre erscheinen heutzutage in der Form der Diäten und Reisekosten.

In Betreff der Verwaltung des städtischen Vermögens wird gefunden, dass im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert mit möglichster Sparsamkeit und bei geringen Einkünften vorgegangen wurde.

Damals waren die grössten Einkommensquellen der Stadt: der Standzins von den reichen und armen Krämern (Kramständen, denn Kaufgewölbe oder Läden bestanden noch nicht), die Mieth- und Pachtzinse von städtischen Gründen [396]) und den zwei städtischen

---

[394]) In den Kassebüchern sind die Motive eingetragen, z. B. propter defensionem ab injuriis nobilitatis, propter patrocinia, oder ut alacrior fiat in negotiis civitatis, declarandae imprimis benevolentiae causa etc. Die Auslagen für Deputationen haben im Jahre 1646 3940 fp., im Jahre 1649 1586 fp., im Jahre 1652 1532 fp., im Jahre 1669 3366 fp., im Jahre 1670 11600 fp., im Jahre 1679 7072 fp. betragen.

[395]) Exactori contributionum civitatem gravari volenti de voluntate totius plebis donatum ad redimendam pacem (Makowiecki, Gorecki, Raszko). In ähnlicher Weise befreiten die Provisoren der städtischen Spitäler die Spitals-Grundcensiten von der Militärbequartierung durch Geschenke an den Rittmeister. — Die Rathsherren hatten das Motto: manus manum lavat auf ihrer Fahne.

[396]) Unter den Grundzins zahlenden Besitzern kommen im Jahre 1416 auch die Dominikaner in der Stadt vor: Dominus Matronus prior Monasterii Corporis Christi Sabbatho ante Luciae solvit duas sexagenas ex parte census terreni, quem ad S^{m}. Martinum tenebatur (Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 224 pag 463), und die Judenschaft für den Friedhof mit einem halben Schock Groschen jährlich im Jahre 1480 (Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 224, pag. 485 und Nr. 2, pag. 403); im Jahre 1779 wurden noch jährlich 33 fl. 20 kr. rheinisch Grundzins entrichtet (III. Abth. A. Nr. 361), dessen Ablösung unbekannt.

Häusern, der Miethzins für den Rathhauskeller war den Rathsherren zugestanden, die Zinse von den Salz- und Ölhändlern, von den Schustern und Bäckern, der Wasserzins von den Bräuern theils für den Bezug des Wassers aus den städtischen Wasserleitungen, theils weil von der Ansicht ausgegangen wurde, dass alle auf dem Stadtgebiete vorhandenen Quellen und Bäche Eigenthum der Stadt seien, ferner die Gerichtseinkünfte; von den Ansiedlungen oder Dörfern kommen nur die Erträgnisse von Goldperg (Kulparkow) und Biłohorszcz vor. An Besoldungen oder Löhnungen erscheinen nur die unter dem Namen ordinary begriffenen wochentlichen Auslagen, nämlich für den Stadtfuhrmann, zwei Pförtner an den Stadtthoren, drei Trompeter (Wächter auf dem Rathhausthurme), den Magister Canalium (heutzutage Rohrmeister), den Wachspresser (cerae pressor), Büchsenmacher, Zeugwart (pixidiarius, puszkarz)[397], Uhrmacher und vier Rathsdiener (familiares)[398].

Die damalige Armuth der Stadt spricht sich am deutlichsten dadurch aus, dass man noch im Jahre 1467 nur zweimal im Jahre — vor Ostern und vor Michaeli — die Stadt auf öffentliche Kosten reinigen und den Kehricht, Mist und Unrath ausführen liess[399]; die Befestigung der Stadt, der Bau des Rathhauses und die Mitbetheiligung am Bau der lateinischen Kathedrale verzehrten alle Einkünfte, und schon im Jahre 1406 musste zu einer directen Communalauflage gegriffen werden, die ein Arbitrium (wilkirz, plebiscit) der Stadtgemeinde ihr selbst auferlegte[400].

---

[397]) Im Jahre 1426 bezog der Büchsenmacher 18 Mark polnisch jährlich, ihm war später das Arsenal, die Pulvererzeugung und die Kanonengiesserei übertragen. Der Puszkarz Daniel hatte 4 städtische Kanonen um 450 fp. bei Juden versetzt, welche im December 1597 um 300 fp. eingelöset wurden, 150 fp. waren Wucherzins. Stadtarchiv III. Abth. Nr. 19, p. 160.

[398]) Stadtarchiv III. Abth. 2. p. 50. Später wurde ein Thorwärter im Rathhause (odzwierny), Nachtwächter, Haiduken (haydones) und eine Sicherheitswache bestellt, die cepaki genannt wurden, weil sie mit Dreschflegeln, die mit Eisen beschlagen, (cepy) bewaffnet gewesen. Die Unbeholfenheit dieser Leute verursachte der Stadt öftere Auslagen für zu leistende Schmerzengelder und Entschädigungen.

[399]) Stadtarchiv III. Abth. A. 2. p. 156. Im Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts war bereits eine wochentliche Säuberung des Ringplatzes, des Rathhauses und der öffentlichen Plätze üblich.

[400]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 224, pag. 462. Der über 10 bis 30 Schock besass, zahlte von jeder Mark zwei Groschen, unter zehn Schock einen halben Groschen.

Allein die Zunahme der Bevölkerung, der Gewerbfleiss, der Handel und die königlichen Privilegien vermehrten die Einkünfte des städtischen Aerars, wozu der Bau der Festungswerke, indem er den Bewohnern das Gefühl der Sicherheit verstärkte, beitrug. Daher wurde schon gegen Ende des fünfzehnten Jahrhunderts die Stadtreinigung wöchentlich vorgenommen, die Besoldung des seit den ältesten Zeiten bestellten Stadtnotars erhöht, während die Behauptung des Niederlagsrechtes und anderer Vorrechte wiederkehrende Auslagen verursachten.

Eine Zusammenstellung der städtischen Einnahmen oder Ausgaben aus verschiedenen Jahren früherer Zeit gibt nach der Höhe der Ziffer, insoweit sich dieselbe aus den Büchern selbst entnehmen lässt, das deutliche Bild des Vermögens und der Verhältnisse der Stadt, wenn auch nicht vollständig auch in der Verwaltungsweise.

Die ganze Einnahme hat im Jahre 1422 betragen 61 Schock, 5 Kłoda Korn, 2 Kłoda Weitzen[401]).

Mit Inbegriff der Communal- und öffentlichen Staatsauflagen haben die Ausgaben betragen

im Jahre 1519	1078	fp.	5	gr.
„ „ 1521	958	„	2	„
„ „ 1522	1446	„	22	„
„ „ 1523	1396	„	22	„
„ „ 1525	2566	„	14	„
„ „ 1527	1415	„	19	„
„ „ 1528	975	„	9	„
„ „ 1529	984	„	5	„

Vom ganzen Hause 20 Groschen, vom halben 10, über 30 Mark pr. Mark zwei Groschen. Das Arbitrium wurde im Jahre 1408 und 1417 erneuert (pag. 465). Man hatte hier damals noch keinen Alicante, der Reichskanzler wurde mit Bier und Meth empfangen (p. 464), und der König hatte im Jahre 1403 der Stadt zwanzig Mark aus dem Zollertrage als Geschenk angewiesen. Stadtarchiv III. Abth. A. 1. p. 8. Die Reichskleinodien wurden zeitweise im Rathhause im Archive aufbewahrt, wo auch öfters Private vom Lande ihre Barfonds deponirten. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 249.

401) Bei Übernahme des Amtes der neugewählten Bürgermeister findet sich der Kassarest aus dem Vorjahre 1421 zum erstenmale in Empfang gestellt. Stadtarchiv II. Abth. A. 2. pag. 290.

im Jahre 1540	1957	fp.	3	gr.
„ „ 1542	2090	„	12	„
„ „ 1543	2729	„	11	„
„ „ 1544	1145	„	18	„
„ „ 1545	2193	„	3	„
„ „ 1557	3280	„	10	„
„ „ 1558	3649	„	24	„
„ „ 1559	2581	„	29	„
„ „ 1560	3832	„	19	„
„ „ 1561	4207	„	17	„
„ „ 1562	4129	„	20	„
„ „ 1563	4241	„	23	„
„ „ 1564	3452	„	16	„
„ „ 1565	5034	„	11	„
„ „ 1568	4554	„	15	„
„ „ 1569	4072	„	8	„
„ „ 1570	5122	„	14	„
„ „ 1571	6019	„	4	„
„ „ 1572	4481	„	7	„
„ „ 1573	7264	„	28	„
„ „ 1574	7704	„	16	„
„ „ 1575	7101	„	18	„
„ „ 1576	7478	„	2	„
„ „ 1577	8447	„	25	„
„ „ 1578	6064	„	3	„
„ „ 1579	6811	„	7	„
„ „ 1580	7174	„	19	„
„ „ 1581	6169	„	2	„
„ „ 1582	12.942	„	11	„
„ „ 1583	5194	„	3	„
„ „ 1584	6472	„	10	„
„ „ 1585	7518	„	16	„
„ „ 1586	7235	„	21	„
„ „ 1587	9552	„	6	„
„ „ 1588	7029	„	22	„
„ „ 1589	7371	„	18	„
„ „ 1599	8602	„	15	„
„ „ 1600	10.243	„	3	„

im Jahre 1627 . . . . 24.021 fp. 13 gr.[403])
" " 1628 . . . . 34.522 ".

Änderungen in der Administration bewirkten Theilungen oder Absonderung einzelner Zweige der Verwaltung, namentlich der eigentlichen Stadtwirthschaft mit der Cassa civilis — der Verwaltung der städtischen Güter (lonheria) mit der Cassa regalis; der

---

[402]) In Betreff der Münzen und deren Werthes belehren die Werke: Czacki „o litewskich i polskich prawach"; Stupnicki „o monetach halickiej Rusi" — für den polnischen Gulden ist der ungarische Dukaten (Kremnitzer) der Massstab — daher auch seine Bezeichnung złota (Gold); der Werth war gleich. Alle Umstände, welche auf den Werth des Geldes wirken, bestimmen den Curs. Die Guldenrechnung hat die Rechnung nach Schock Groschen und Mark verdrängt. Der Dukaten hat sich durch alle Zeiten erhalten; in den Jahren 1550 bis 1565 galt der Dukaten 52, auch 53 Groschen; dreissig Groschen wurden immer auf einen Gulden gerechnet; im Jahre 1571—1575 stieg der Dukaten auf 54, im Jahre 1583—1589 auf 56, in den Jahren 1609—1620 auf 70 Groschen, zur Zeit des Königs Michael hatte der Dukaten den Werth von 12 fp., und zur Zeit des Königs Johann III. 13 fp., in den Jahren 1750 und seither 18 fp., welche, zu 15 kr. C. M. gerechnet, den Dukaten mit 4 fl 30 kr. C. M. bestimmen. Bei Liquidirung der Stiftungs- und Fondskapitalien haben die k. k. Ämter „ohne Rücksicht auf die Zeit der Errichtung der Stiftung oder der Contrahirung der Schuld" den polnischen Gulden zu 15 kr. gerechnet, und diese später auf Wiener Währung, dann auf 6 kr. Conventionsmünze reducirt, wodurch die Stiftungen und Fonde unendlich gelitten haben. Die Calamitäten der Kriege und Staatsfinanzen Österreichs haben die Stiftungen des Landes weniger durch die Anordnung der Regierung, als vielmehr durch die Unwissenheit und Rücksichtslosigkeit der Rechnungsdurchführung empfunden und leiden noch darunter. Statt 100 fp. vom Jahre 1608, welche die Jesuiten für das ihnen überlassene alte Schulhaus an die Stadt jährlich zu zahlen hatten, empfängt die Stadt vom lat. Domkapitel (das in Folge einer späteren, zwischen den Jesuiten, dem Domkapitel und der Stadt abgeschlossenen Transaction ein Haus mit der Verbindlichkeit zur Zahlung jener 100 fp. übernommen) jetzt noch jährlich 10 fl. 50 kr. österr. Währung, während jene 100 fp. vom Jahre 1608 beinahe 43 Dukaten gleichkommen; — im Gegensatze dessen wird bemerkt, dass die Stadt für die Schlosskapelle St. Katharina jährlich 2 Stein, d. i. sechzig Pfund polnisch Gewicht Wachs zu geben hatte, — die Kapelle wurde aufgehoben, die dortige Geistlichkeit, fünf Mansionare mit Inbegriff des deutschen Predigers, besteht längst nicht mehr — allein die Stadt musste diese Leistung mit dem Erlage von 607 fl. C. M. bar ablösen. (Stadtarchiv II. Abth. fasc. 2.) Um übrigens den Münzwerth des 14. und 15. Jahrhunderts mit der Gegenwart gleichzustellen, muss nach Heinrich Hallam der damalige Werth mit 24 multiplicirt werden (Geschichte des Mittelalters I. Band 2. Capitel). Dieser Multiplicator wird allmälig geringer, ist aber selbst im 16. Jahrhundert noch bedeutend genug, wenn wir lesen, dass die Besoldung des Schulrectors vierteljährig 4 fp. betragen, dass die Elle Meissner Tuch 12, Leydner 41, böhmisches Tuch ebenfalls 12 Groschen, eine Kłoda Weizen 45 Groschen gekostet habe; um so bedeutender erscheinen dagegen die Ausgaben für Weine.

Kasse der städtischen Wasserleitungen (aquae ductus, wodociągi), welcher später auch die Erhaltung der Strassen zugewiesen wurde, und der Kasse der städtischen Arsenale, Zeughäuser, Waffen u. dgl.

Diese getheilten Rechnungen machen die Übersicht der städtischen Finanzen nach einzelnen Jahren schwierig, indem jede besondere Abtheilung auch ihre besonderen Einnahmsquellen, Obliegenheiten und Schulden hatte, daher Verwicklungen vorkommen, welche für gegenwärtig es nicht mehr gestatten, zu erklären, warum diese oder jene Ausgabe bald in der einen, bald in der andern Rechnung erscheint.

In Betreff der Obszary-Gründe wird hier nachgetragen:

a) In Bezug auf Hołosko. Der Bürger Nicolaus Zimmermann hatte noch vor der Verleihung dieser Obszary-Gründe an die Stadt im Jahre 1415, nämlich im Jahre 1401, von Nicolaus und Stefan Karagbey (beide dem Namen nach tartarischer Abstammung) von jedem einen Lan Grund gekauft. Seine Tochter Katharina cedirte diese Gründe vor Gericht ihrem Ehemanne Johann dem Dollmetsch im Jahre 1413; zwei Jahre später erfolgte die Verleihung der Obszary-Gründe, welche in Bezug auf diese Grundstücke blos die Wirkung hatte, dass dieselben zur Jurisdiction des Magistrates der Stadt nach dem Magdeburger Recht einverleibt wurden und Privateigenthum der Familien blieben, daher bestätigte auf die Bitte des Johann Dollmetsch (Tłumacz) König Władysław im Jahre 1424 die Cession der Katharina Zimmermann [403]). Später kamen diese Gründe in Besitz der Eheleute Peter und Ursula Zwartowskie (im Jahre 1500) [404]) und wurden, nachdem sie noch im Besitze verschiedener anderer Eigenthümer gewesen waren, am 31. Juli 1779 vom Capitän Witowski von der Stadt eingelöst [405]).

b) Mit keinem der Bürger, welche auf den Obszary-Gründen Ansiedlungen gründeten, hatte die Stadt einen so klare Bestimmungen enthaltenden Vertrag abgeschlossen, als mit Paul Goldperg bezüglich Kulparkow (Goldperghof) im Jahre 1425 [406]). Goldperg übernahm die Gründe zur Urbarmachung (ad exstirpandum) gegen

403) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 103.

404) Stadtarchiv III. Abth. Nr. 224 p. 482.

405) Stadtarchiv III. Abth. Nr. 361 p. 68.

406) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 184, und siehe Note 322.

sechzehnjährige Steuerfreiheit und dann jährlich eine Mark Grundzins. Gregor und Anna Goldberg, Erben des Paul, verkauften ihre Besitzung an den Schöppen (ławnik, scabinus) Johann Weiss (auch Weisshannes genannt) im Jahre 1483 und der Magistrat bestätigte den Kauf im Jahre 1486. Derselbe Besitz kam dann durch Heirath an den Bürger Mathias Mikulka, dessen Tochter Euphrosine an Andreas Pełka, Landrichter von Halicz und Sohn des Lemberger Bürgers Lucas Pełka, scabinus Leopoliensis, verehelicht war. Die Rathsherren sahen nun einen Theil des Stadtgebietes in adeligem Besitz, und auf ihre Klage delegirte König Sigmund I. im Jahre 1537 den Starosten Odnowski und den Landrichter Paul Tarło zur Vermittlung, dass die Stadt, wenn sie diese Besitzung etwa verpfändet hätte, die Schuld erlegen, und wenn kein Pfandrecht vorhanden sei oder die Schuldsumme sich nicht erheben liesse, den Schätzungswerth zu zahlen habe. — Der Schätzungswerth wurde mit 110 Mark ermittelt; die Stadt hatte kein Geld und ermächtigte den Stanislaus Broniowski de Obrazow, der adelig und in Diensten (familiaris) des Peter Kmita Grafen von Wiśnicz war, zum Erlage des Geldes und zum Besitze jener Gründe der Eheleute Pełka zu Kułparkow auf Lebenszeit, und in dieser Weise wurde der Process durch den am 7. April 1547 abgeschlossenen Vergleich beigelegt, wobei jedoch die Rathsherren erklärten, dass Broniowski in Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt keinen Zins zu zahlen und erst nach seinem Tode von seinen Erben jene Gründe um 110 Mark einzulösen seien[407]). Die Stadt verpfändete bald darauf, nach dem Ableben des Broniowski, Kułparkow an den Bürger Stanislaus Scholz, und lösete es um 1000 fp. im Jahre 1567 wieder ein[408]). Der aus London gebürtige, in Lemberg sich sesshaft machende John Wight und sein Sohn Anton errichteten dort einen Ziegelofen, welcher für die Stadt sehr einträglich wurde; König Władysław IV. bestimmte, dass der jeweilige Oberbürgermeister von Lemberg (Proconsul) in Kułparkow seine Sommerwohnung mit Garten und Wirthschaftsgründen haben solle[409]). Jedenfalls sind in dem Besitze und in den diesfälligen Akten Ver-

[407]) Stadtarchiv V. Abth. 8. Band pag. 913. — Stadtgrundbuch D. T. 14 pag. 139.

[408]) Stadtarchiv III. Abth. A. 16 pag. 782.

[409]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 184, Nr. 42. ddo. Warschau 31. Jänner 1640.

wicklungen, denen es allein zugeschrieben werden muss, dass ein Theil des Gutes Kułparkow — von dem Eigenthume der Stadt entfallen — in adeligem Besitze verblieb und heutzutage durch Erbschaft als Legat Eigenthum der Lemberger evangelischen Gemeinde geworden ist.

c) Die Gründe Kosnarówka, heutzutage Persenkowka genannt, waren an den Bürgermeister Andreas Dombrowski (genannt Sambor) verpfändet und wurden von seinen Erben im Jahre 1615 um 3600 fp. eingelöset[410]).

d) Zamarsztynow hatte die Stadt an den Bürger Sebald Worcel verpfändet, welcher dasselbe im Jahre 1567 an den Kronfeldherrn Nicolaus Sieniawski um 5500 fp. weiter verpfändete[411]). Hierauf wurden 600 fp. gezahlt; sein Sohn Hieronymus Adam Sieniawski, Starost von Lemberg, verlangte vergeblich die Zahlung des Restes; endlich riss ihm die Geduld und er beauftragte den Adalbert Białoskórski, Stolnik (Truchsess) der Landschaft, Zamarsztynow ohneweiters zu sequestriren — im Jahre 1604[412]); und hierauf überbrachte eine städtische Deputation dem Starosten, welcher damals in Brzezan sich aufhielt, die Summe von 2000 fp., und dieser erliess den Rest der Schuld pr. 2900 fp. und beauftragte den Stolnik die Sequestration des Dorfes sogleich aufzulassen[413]). Zur Aufbringung des zu dieser Zahlung nöthigen Geldes verpfändete die Stadt drei Viertel des Dorfes an die Bürgerswitwe Schembek, geborne Worcel, und diese verpfändete dasselbe weiter an den Sohn des Woyewoden von Lublin. Als der Magistrat hievon Kenntniss erhielt, wurden Frau Schembek und ihr Schwager Hans Meer genöthigt,

---

[410]) Stadtarchiv III. Abth. A. 21, pag. 768; dann 23, pag. 9. Persenkowka und der städtische Antheil Kułparkow wird heutzutage als ein einziges Pachtobject behandelt.

[411]) Stadtarchiv III. Abth. A. 14. p. 584.

[412]) Diese Massregel des Starosten erinnert an die in neueren Verträgen vorkommende Bedingung, dass die Stadt sich alle Mittel im gerichtlichen und politischen Wege zu ergreifen vorbehält, damit die eingegangenen Verpflichtungen zugehalten werden, während dem Mitcontrahenten gegen die Stadt blos der Civilrechtsweg gewahrt wird.

[413]) Stadtarchiv III. Abth. A. 19 pag. 679; 20 pag. 9. Der Enkel des Hieronymus Adam, Namens Nicolaus Hieronymus, Kronfeldherr und Starost von Lemberg, starb am 14. December 1683 zu Lublau in der Zips an den in der Schlacht bei Wien erhaltenen Wunden. (Stadtarchiv III. Abth. A. 162. Wybory 1684.)

sich eine Retrocession vom Sohne des Woyewoden zu verschaffen. und als sie diese erlangt hatten, wurde ihnen ihre Forderung im Jahre 1615 von der Stadt mit 3700 fp. ausgezahlt, der Magistrat hatte jedoch hiezu 1700 fp. vom Canonicus Łojecki ausgeliehen[414].

e) Die Güter Zubrza und Sichow (vastitates) hatten die Rathsherren, und zwar von den Eheleuten Jop und Petronella Sokolnicki ein Viertel Zubrza und die Hälfte von Sichow im Jahre 1507 um 200 Mark, ebensoviel im Jahre 1509 von Johann Jacymirski um denselben Preis und die Hälfte von Zubrza im Jahre 1508 von Dersław Wilczek um 420 Mark angekauft. Der lateinische Domdechant Johann Krowicki borgte der Stadt zu diesem Ankaufe 300 Mark gegen Übernahme der Verpflichtung[415], hievon jährlich zehn Mark, und zwar fünf Mark an den Altaristen einer der Seitenkapellen der Kathedralkirche für eine heilige Messe, und fünf Mark an den Pächter des Stadtbades zu zahlen, damit der Schulmeister und alle Schulkinder und sechs Vikäre an jedem Dienstage unentgeltlich baden können. Der Erzbischof Bernardin Wilczek bestätigte am 31. Jänner 1508 diese Stiftung. Später wurde der Montag anstatt des Dienstags nicht blos für die Schulkinder, sondern auch für die Armen zum Freibaden bestimmt[416].

Im Jahre 1512 überliessen die Rathsherren dem Bürger und nachherigen Bürgermeister Martin Wasserbrot für ein Darlehen von 200 fp. Zubrza und Sichow in obligatorischen Besitz[417]. Dieser

---

[414]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 21. pag. 996, 1004, 1008. Siehe Note 442.

[415]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 375, 376. II. Abth. fasc. 269.

[416]) Heutzutage sind die Badeanstalten in Lemberg Privateigenthum. Von sieben derselben bezog die Stadt im Jahre 1869 an Zins zusammen genommen 64 fl. österr. Währung. — Von Freibädern für Arme oder für Schulkinder ist hiebei keine Rede. (Stadtbudget, Rubrik 4.) — Im Jahre 1821 errichtete das k. k. Militär eine Militärschwimmschule, die Kosten wurden durch Subscription gedeckt. Die Stadt überliess hiezu den Grund gegen Entrichtung eines Laudemiums von 24 kr. C. M. Der hiezu angelegte Teich wurde mit der Zeit verschlammt, und gegen Zusicherung der Erstattung der Kosten verfügte die Stadt die Reinigung. Allein die Kosten erwiesen sich später als sehr hoch (13.000 fl. C. M.), das Militärärar wollte nicht so viel zahlen, und gegen Verzichtleistung auf diese Forderung bewilligte das k. k. Militärcommando: dass jährlich zehn von der Stadt hiezu gewählte junge Leute den Unterricht im Schwimmen unentgeltlich erhalten. Die Akten dieser im Jahre 1843 gepflogenen Verhandlung sind im Jahre 1848 zwar verbrannt, allein der unentgeltliche Schwimmunterricht wird ertheilt. (Stadtarchiv II. Abth. fasc. 585.)

[417]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 399.

Umstand mag hauptsächlich Veranlassung gegeben haben, dass die im Amte nachfolgenden Rathsherren diese Güter zwar als Eigenthum der Stadt, den Nutzgenuss der Güter als ihrem Amte anklebend betrachteten; sie nannten sich auch haeredes bonorum Zubrza et Sichow, was nicht hinderte, alle Lasten und Ausgaben für Reparaturen und Herstellungen auf die Gemeindekasse zu überweisen[418]. Die oftmaligen Beschwerden der Gemeinde hierüber hatten jedoch erst Erfolg, als die k. k. Regierung den Magistrat und dessen Beamtenstatus systemisirte, die Güter, welche die Rathsherren in partem salarii benützten, für den Stadtfond einzog, und den Stadtbeamten Besoldungen hieraus beziehen liess[419].

f) In derselben Eigenschaft als Grund- und Erbherren von Zubrza kauften im Jahre 1593 um 2500 fp. die Rathsherren die Hälfte des Gutes Zimnawoda von Georg Leśniowski[420], allein auffallend bleibt es, dass in den Stadtkassebüchern weder hievon, noch von den Erträgnissen der angekauften Gutshälfte eine Erwähnung vorkommt, daher hier noch zu eruiren wäre, was die Rathsherren damit weiter begonnen haben.

g) König Sigmund I. hatte im Jahre 1547 die Stadt ermächtiget, das königliche Gut Skniłow, an Johann Wiszniowski verpfändet, um dieselbe Pfandsumme einzulösen und zu besitzen; eine gleiche Ermächtigung ertheilte ihr König Sigmund August im Jahre 1550[421], die königlichen Güter Kozice, Jemelnia und Jaromirka von der Witwe des Christof Gnojenski einzulösen. Hievon machte die Stadt keinen Gebrauch, wahrscheinlich weil die Vermögensverhältnisse derlei Unternehmungen nicht gestatteten. Der damalige Zinsfuss war 7 bis 8, auch zeitweise 10 Percent, und die gerichtliche Execution auf bürgerliche Realitäten war weder schleppend noch gelinde. Dem Schuldenmachen war die Stadtverwaltung überhaupt abgeneigt, und nur in Fällen der Noth oder des Anstandes wegen, welcher zur Ausgabe zwang, wurden Schulden bei

---

418) Stadtarchiv III. Abth. A. 224, pag. 488. Taediosum esset scribere expensas omnes, quae fiebant ad Zubrza ex aerario civitatis, unde patet civilem propriam esse.

419) Hofdecret vom 9. October 1786 Z. 1980. Gub. Z. 27799.

420) Acta terrestria Leopoliensia. Tom. 34. pag. 1313. Jahr 1594. — Stadtarchiv III. Abth. A. 16. pag. 455.

421) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 550.

Privaten contrahirt, oder lieber Fondsgelder, auf welchen wiederkehrende Verpflichtungen lasteten, angegriffen, und Seitens der Stadt diese Verpflichtungen übernommen und geleistet, insolange wenigstens als sich die Generation oder das Publikum oder die dabei Betheiligten hieran errinnerten[422]). Wenn die gewöhnlichen Einkünfte der Stadt zur Bestreitung ausserordentlicher Ausgaben nicht hinreichten, so wurden alle Bürger und Bewohner der Stadt christlicher Religion zu einer Versammlung berufen, welche nach Nationen (christlichen Religionsbekenntnissen, des Ritus) Deputirte wählte; nach Errichtung des Bürgerausschusses im Jahre 1577 wählte auch dieser seine Deputirten, ebenso wie die Schöppen (scabini) und die Rathsherren (consules). Jeder dieser Deputirten wurde ad actum beeidiget. Der Beschluss wurde consultum, arbitrium ex omnibus

---

[422]) Im Jahre 1597 hatte die Stadt folgende Schulden:

dem Collegio Vicariorum	200 fp.
der Stiftung des Martin Kurowski	300 „
dem heil. Geist-Spital (Krzeczowski)	400 „
demselben (Maliczkowski)	50 „
dem Rathsherren-Kapellenfond	150 „
dem Constantin Korniakt	1000 „
(er erliess der Stadt die Schuld später, bestimmte jedoch das Geld zum Bau einer Bastei)	
dem heil. Geist-Spital	200 „
demselben	300 „
den Erben des Stancel Scholz	345 „
dem Spitale (Mielecki)	150 „
dem Paul Kampian	1000 „
demselben	1000 „
dem Herrn Mieszkowski	2000 „
dem Juden Nachmann	2100 „
dem Herrn Strzemeski	1000 „
dem St. Stanislaus-Spital	100 „
Zusammen	10.295 fp.

Vom Jahre 1595 angefangen wurden über die Schulden (Passiva) der Stadt eigene Vormerkungen unter dem Namen „Schuldbuch" geführt. Der Canonicus Martin Kurowski hatte im Jahre 1542 300 fp. dazu bestimmt, dass von den 8-percent. Interessen arme Schulkinder bekleidet würden. Aus den städtischen Rechnungen kann nachgewiesen werden, dass die Stadtkasse, welche dieses Kapital als Schuld übernommen hatte, zu diesem Zwecke alljährlich unter Angabe des Namens des Stifters öfters auch grössere Ausgaben als 24 fp. durch die Zeit von beinahe 200 Jahren bestritten hat.

ordinibus et nationibus civitatis genannt, und war verbindlich für Alle. Die Deputirten hatten die Pflicht, die Mittel ausfindig zu machen, wodurch der Abgang in den städtischen Einkünften gedeckt werden könne. Auf Grundlage solcher Consulta oder Arbitria wurden die auf die Stadt von der Regierung repartirten Beiträge im Jahre 1404 zur Rückeinlösung der Landschaft Dobrzyn, im Jahre 1414 40 Mark zum Kriege gegen den deutschen Orden[423], im Jahre 1426 zur ersten Expedition gegen die Türken Kriegsbeiträge aufgebracht; im Jahre 1406 wurde eine directe Gemeindesteuer von Realitäten und Gewerben beschlossen[424]. Im Jahre 1524 wurde durch ein solches Consultum oder Arbitrium das schon längst bestandene Zapfengeld (czopowe — lat. ternarios) vom Bier erhöht und auch auf den Weinschank ausgedehnt[425]. Diese Abgabe bestand im Jahre 1549[426]) mit dem Tarife:

von jedem Gebräu Bier 6 Groschen von jedem halben Gebräu Meth 4 Groschen	canalium seu aquae
von jedem Gebräu Bier 5 Groschen von jedem halben Gebräu Meth 8 Denar	medietas ternariorum.

Von jeder Ausfuhr Bieres aus dem Keller pr. Fuhrmann und 2 Pferde ein Groschen ductura. Dieselbe Abgabe für die Getränke bestand fortan. — Im Jahre 1578 wurde die Tranksteuer (ducillaris contributio) in Folge Reichstagsbeschlusses (Uniwersał) vorläufig auf die Dauer von zwei Jahren eingeführt. Zu diesem Behufe wurden alle Bier- und Methbräuer in das Rathhaus berufen, jeder musste schwören, dass er kein Gebräu beginnen werde, ohne vorher vom Steuereinnehmer die eine und vom städtischen Lonherus die andere Quittung gelöset zu haben. — Es wurde ein städtischer Diener bestellt und beeidet, welcher die Bräuhäuser täglich zu visitiren hatte (braxatoria visitet, operasque collustret et connotet). Jeden Samstag Nachmittag mussten alle Bräuer im Rathhause zusammenkommen, dort in Gegenwart des Einnehmers, des Untereinnehmers

---

[423]) Stadtarchiv III. Abth. A. 1—3. pag. 42, 433.

[424]) Stadtarchiv III. Abth. A. 1. pag. 462.

[425]) Stadtarchiv III. Abth. A. 224. pag. 492. Omnes quemcumque potum propinantes tenebuntur ternarios et partes aquae a cerevisia et muscatella malmatico vino et ternarios in eorum communem pixidem in divisionem ponere.

[426]) Stadtarchiv III. Abth. A. 11. pag. 1.

(succollector), zweier vom Magistrate delegirten Personen und des oben erwähnten Dieners alle erhaltenen Quittungen vorlegen, welche mit den Registern verglichen, richtig gestellt, wochentlich verzeichnet und aufbewahrt wurden[427]).

Die Auflage betrug von jedem Gebräu Bier 2 fp., vom Meth 3 fl. 22 Groschen. — Der erste Steuereinnehmer war Prokop Raszko, Landrichter von Halicz, er bestellte den Bürger Stanislaus Smiessek zum Succollector. Die Steuerperiode begann 3. September 1578.

Im ersten Jahre (2. September 1579) wurden . . 5657 fl. $24\frac{2}{3}$ gr.
im zweiten Jahre (1580) wurden . . . . 4774 fl. 20 gr.
im dritten Jahre (1581) wurden . . . . 5278 fl. 28 gr.
eingenommen[428]).

Im vierten Jahre, endigend am 2. September 1582, war Einnehmer Balthasar Leśniowski von Zimnawoda, sein Succollector Augustin Gajecki; die Einnahme von 2562 Gebräuen Bier und 440 Gebräuen Meth hat 6766 fl. 20 gr. betragen. Im fünften Jahre, bis 12. Februar 1583, waren dieselben Einnehmer, dann folgten Georg Grozowski, Vicestarost von Opoczno, und Georg Sponer, Bürger, als Succollector, die Einnahme war 7082 fl. 28 gr.[429]).

Die Steuereinnehmer hatten nicht blos die Tranksteuer, sondern alle landesfürstlichen oder Staatssteuern einzuheben. — Steuerpflichtig waren nicht blos die Haus- und Grundbesitzer[430]) und die

[427]) Diese Zusammenkünfte im Rathhause wurden mit der Zeit für den Magistrat lästig, der sich hierüber beschwerte, und König Johann Kasimir beschied am 27. März 1658 den Magistrat: die Stadt habe noch einen Saal, und nöthigenfalls noch ein Stockwerk im Rathhause zu bauen. (Stadtarchiv II. Abth. fasc. 218 Nr. 72.)

[428]) Im J. 1581 waren 2009 Gebräue Bier und $337\frac{3}{4}$ Gebräue Meth. Im J. 1610 waren 2094 Gebräue Bier und 1900 Halbfass Meth. — Die Einfuhr fremden Biers war verpachtet. — Die Einfuhr von Wein war 683 Fass ungarischer, 79 Kufen Moldauer und wallachischer, $131\frac{1}{2}$ Kufen griechischer und spanischer. (Stadtarchiv III. Abth. A 21.)

Im J. 1868 war die hierortige Erzeugung Bier 83695, Einfuhr 22367, Ausfuhr 15062, so dass die hierortige Verzehrung 91000 österr. Eimer; Meth in 178 Gebräuen 166677 Wiener Pfund, Einfuhr 189 Eimer, somit hierortiger Verbrauch 14078 Eimer; Wein ohne Unterschied der Herkunft nach dreijährigem Durchschnitt 5256 Eimer, Branntwein 18906 Eimer 30grädiger nach Wagner.

[429]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 190. Nr. 62/253.

[430]) Im J. 1671 waren im Innern der Stadt 168 Häuser, Katholiken gehörig, 50 der Armenier, 12 der Ruthenen, 30 der Juden. (Ebenda Nr. 115.)

Gewerbsleute nach Zünften[431]), sondern auch der armenische Bischof, die Geistlichen griechischen und armenischen Ritus, und die unbeschäftigten Weibspersonen. Auf die Klage des Steuereinnehmers Johann Zagórski gegen den Magistrat und die Provisoren des heiligen Geist-Spitals wegen Verweigerung der Steuer vom Spitalsgute Malechow entschied das Schlossgericht, dass Malechow steuerfrei sei[432]).

Im Jahre 1621 konnten nach dem Zeugnisse des Unter-Steuereinnehmers Martin Mrzygłocki die Steuern wegen Verwüstung des Landes durch die Tartaren nicht eingebracht werden[433]); derlei Calamitäten hatten auch zur Folge, dass die Zinsen von Hypothekarschuldforderungen ganz oder zum Theile nachgelassen werden mussten.

Die Brandschatzungen, welche im Jahre 1572 und 1672 die Türken, in den Jahren 1648 und 1655 die Kosaken und Moskowiter, und im Jahre 1704 die Schweden der Stadt auferlegten, wurden von besonderen Commissionen nach Ermessen und Beurtheilung des Vermögensstandes der Beitragspflichtigen repartirt, wobei die sonst steuerfreien geistlichen Corporationen mit einbezogen wurden[434]).

Die zur Deckung eines Deficits oder sonst zur Bestreitung ausserordentlicher Ausgaben nöthigen Summen wurden von den das Consultum beschliessenden Deputirten der Stände und Nationen der

---

[431]) Im J. 1599 waren hier 28 Zünfte, worunter auch die Sticker, Nadler, Mützenmacher, Träger und Musikanten; — Buchhändler, schon im J. 1572 hier, wurden zu keinem Gewerbs-Vereine zugetheilt, ebenso die Buchbinder. Die Zünfte verfassten die Subrepartition auf die einzelnen Gewerbsleute.

[432]) Acta castri Leop. feria 2. post festum circumcisionis Domini A. D. 1599. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 190 Nr. 74, 79.

[433]) Ebenda Nr. 140.

[434]) Chmielnicki forderte von der Stadt die Auslieferung aller Juden, die Stadt verweigerte dieselbe, was die Erhöhung der Brandschatzung zur Folge hatte. Bei der Repartition übernahmen die jüdischen Deputirten (Ältesten) einen Theil der Schatzung, welche sie erst nach Rückkehr des freien Geschäftsverkehrs zu zahlen sich verpflichteten. Dieses dreimal wiederholte Versprechen wurde nicht zugehalten, obschon mehrere königliche Urtheile nicht blos die Verpflichtung der Juden aussprachen, sondern sogar gerichtliche Execution bewilligten. Diese bisher nicht gezahlte Schuld der Judenschaft an die Stadt hatte im J. 1762 im Ganzen die Summe von 1228934 fp., nach dem Curswerthe etwas über 70000 Dukaten, betragen. Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 359. Zubrzycki: Kronika miasta Lwowa.

Stadt bewilligt und repartirt, als Massstab der Repartition wurde der Steuergulden „Schoss“ angenommen, daher in solchen Fällen die Geistlichkeit frei war[435]).

Im Jahre 1715 musste die Stadt die Löhnung für ein Bataillon Infanterie zahlen; die diesfällige Repartition wurde vom Stadtcommandanten Oberst Kampenhausen vielleicht deshalb mit unterschrieben, weil die geistlichen Corporationen nicht verschont wurden[436]).

In Bezug auf Feuersicherheit wird bemerkt, dass König Sigmund im Jahre 1527 die Wiederherstellungen der Lauben vor den abgebrannten Häusern nicht mehr gestattete, dass Belohnungen für Thätigkeit beim Feuerlöschen vom Magistrate verabfolgt, und dass als Feuersignale bei Tag die Aussteckung einer Fahne, bei der Nacht einer Laterne am Rathhausthurme schon im Jahre 1565 angeordnet war; auch scheint es, dass das Bau-Statut für die Stadt Kazimierz bei Krakau nicht zwecklos bei dem Lemberger Magistrate vorhanden gewesen[437]).

Hinsichtlich der Sanitätspflege wird wahrgenommen, dass schon im vierzehnten und zu Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts Chirurgen als Bürger der Stadt vorkommen, denen für einzelne Operationen und Kuren an Armen aus der Stadtkasse Honorirungen angewiesen wurden — und im Jahre 1467 wurde der erste Doctor Medicinae als Stadtphysikus bestellt[438]), welcher Posten von damals angefangen auch weiter beibehalten wurde. Die Chirurgen wurden später so zahlreich, dass sie eine eigene Gewerbsgenossenschaft mit Statuten errichteten. — Für Krankenpflege bestanden die drei Spitäler St. Spiritus, St. Stanislaus und St. Lazar, welche zusammen mehr als 100 Kranke gleichzeitig aufnehmen konnten.

Die zu verschiedenen Zeiten und oft auftretende orientalische Pest (morowe powietrze) veranlasste besondere, ausserordentliche

---

435) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 190 Nr. 244.

436) Stadtarchiv III. Abth. A., obschon König August II. dem Stadtcommandanten Obersten A. Jaspers unterm 11. April 1710 aufgetragen hatte, sich in Geschäfte der Stadtregierung nicht einzumischen. Stadtarchiv I. Abth. Nr. 833.

437) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 14 p. 16; 18 p. 530, Nr. 212; I. Abth. Nr. 442.

438) Stadtarchiv III. Abth. A. 2. p. 162. Doctor Sigismundus est in medicum civitatis assumptus. — Die Auslagen für Findelkinder haben im J. 1615 134 fp. 19 gr. betragen. Stadtarchiv III. Abth. A. 9. pag. 19.

Kosten und Massregeln, Bestellung eigener Wächter, Cernirung der Häuser, Verpflegung der Inwohner auf Stadtkosten und Contumazeinrichtung.

Die Marktpolizei unter Oberaufsicht des Vice-Woyewoden führte der Magistrat. Die meisten Artikel des gewöhnlichen Verkehres unterlagen der Satzung (Taxe), namentlich Rindfleisch, Kornbrod, Weizenbrod, Pasteten, Bier, Meth, Wein, Branntweingattungen, alle Arten Fische, Aale, alle Arten Leder, die Erzeugnisse der Schlosser, Schuster, Gärber und Seifensieder. Zur Bestimmung dieser Taxen, welche nicht alljährlich, sondern je nach Bedarf und Nothwendigkeit erfolgte, berief der Vice-Woyewode als Commissionsmitglieder die Rathsherren und Sachverständigen, zur Brodsatzung aber wurden Mahl-, Wag- und Backproben schon im Jahre 1567 vorgenommen, und darüber ein Protokoll geführt. In demselben Jahre kommt auch das Verbot des Vorkaufes und Auslagen auf dessen Handhabung vor, und in Folge des Reichstagsbeschlusses vom Jahre 1564 wurden die Masse und Gewichte im ganzen Lande cimentirt[489]).

Die Kłoda war das Mass für Getreide, Kohlen und Salz, wenn letzteres nicht in Fässern oder tołpki war. Die Kłoda Korn wog 532 polnische Pfund, der achte Theil der Kłoda war das Pułmiarek (Halbmassl); das Pfund enthielt 32 Loth, der Stein 32 Pfund, und der Zentner fünf Stein; der Garnec hatte vier Kwart, die Baryła 24 Garnec, das Fass 72.

Der jetzt übliche Korzec — ursprünglich ein hebräisches Mass aus der Zeit des Salomonischen Tempelbaues — war zuerst in Grosspolen üblich; er wurde auf Grund der Beschlüsse des Reichstags vom Jahre 1616 und des Provincial-Landtags vom 27. März 1719 durch Edict des Vice-Woyewoden Georg Anton Łączynski von Kutkorz dd. Biękowa wisznia 30. April 1720 hierlandes eingeführt, zugleich eine Recimentirung sämmtlicher Massereien am 8. Mai 1720 begonnen, und bestimmt, dass das Pułmiarek Getreide — Sommer- und Winterfrucht — 32 garnec Strichmass zu enthalten habe, folglich ist der jetzt übliche Korzec das frühere Pułmiarek. — Jeder Gewerbs-

---

[489]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 41 Nr. 410. Die Mustermasse verfertigten der Ziangiesser Felix Spaczker und der Kupferschmied Hans Kanzler (III. Abth. A. 14. pag. 414, 339, 426). Kalk wurde nach Bränden, Steine nach Fuhren, Ziegel nach 1000 Stück verkauft.

mann musste bei Ablegung des Bürgerrechtseides schwören, dass er nur gerechten Masses und Gewichtes im Gewerbe sich bedienen werde. Unter den Strafen für Gewerbsbevortheilung im Masse und Gewichte kommt auch das Untertauchen im Wasser öffentlicher Brunnen vor, welche so wie Wasserleitungen und Kanäle schon zu Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts bestanden hatten.

Die Stadtschule wurde gegenüber dem Fortschritte der Zeit und der Zunahme der Bevölkerung ungenügend befunden und im Jahre 1565 eine zweite Schule bei den Franciskanern eröffnet[440]). Der Lehrplan wurde erweitert, der Unterricht der Jugend in der deutschen Sprache und der Arithmetik dem Schulrector zur Pflicht gemacht und dessen Besoldung erhöht[441]), den in Krakau an der Universität studirenden Lemberger Jünglingen wurden vom Magistrate zeitweise wiederkehrende Unterstützungen bewilligt und für sie von Privaten Handstipendien gestiftet; für einige Studirende bestritt der Magistrat die Promotionskosten, und für Stanislaus Anserinus auch seine Studentenschulden (debitis Cracoviae in studia honeste contractis)[442]). Thomas Drebner, der in Paris studirte, empfing im Jahre 1603 eine Subvention von der Stadt.

Die zu Ende des sechzehnten Jahrhunderts nach Lemberg gekommenen Jesuiten errichteten hier ein Collegium und eine Schule, wo auch Philosophie, Naturwissenschaften, Geschichte, Geometrie und Baukunst vorgetragen wurde. Diese Schule wurde Akademie genannt. Auch für die Jugend, welche diese Schule besuchte, fand sich ein Wohlthäter[443]).

---

440) Stadtarchiv III. Abth. A. 14, p. 167. Wenn daher der Lemberger Franciskaner-Convent zu der Hauptschule bei den Dominikanern heutzutage beiträgt, so dürfte der Ursprung dieser Leistung noch auf jene Zeit zurückzuführen sein.

441) III. Abth. A. 14. p. 401, p. 52.

442) Diese Stiftungen waren: Die des Bürgers Johann Zembrzycki vom Jahre 1645 pr. 500 fp., des Lemberger Canonicus Adam Lorenz Łojecki vom J. 1616 pr. 1700 fp., des Przemysler Canonicus Friedrich Alembek, Sohn des Lemberger Bürgermeisters Johann Alembek, pr. 3000 fp. Kapital v. J. 1673. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 5, 17, 30. Acta off. Consul. T. 26, p. 205. Stadtarchiv III. Abth. A. 14, p. 361, 395, 412, 442. A. 19, p. 578.

443) Nicolaus Kislicki, Sohn des Lemberger Fleischers Martin Kisliss, starb als Probst von Zamość im J. 1620. In seinem Testamente bestimmte er 10.000 fp. (der Dukaten galt damals 2 fl. 10 grosz) zur Errichtung eines Convicts für Studirende aus Lemberg an dieser Jesuitenschule. Der Magistrat kaufte ein Haus für dieselben (Con-

Die städtische Dotation mit dem deutschen Municipalrecht war nicht irgend einer bestimmten Nation, sondern der Stadt Lwow ertheilt. Das Diplom vom Jahre 1356 nennt als Bewohner die Ruthenen, Armenier, Juden, Tartaren und Sarazenen; der Polen und Deutschen geschieht keine Erwähnung, weil die Regierung zwischen ihnen keinen Unterschied machte, es kam hier nur die Stadt als politische Corporation, als Gemeinde in Betracht, und diese constituirte sich nach deutschem Recht. — In den ältesten Büchern der Stadt findet sich die lateinische und deutsche Sprache, und diese nur in Rechtsgeschäften, wo die Betheiligten Deutsche waren, und in den älteren Zunftstatuten.

Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, dass beide Sprachen im Verkehre gebräuchlich waren, weil im Texte damaliger Urkunden, mögen diese nun lateinisch oder deutsch geschrieben worden sein, oft und allmählig immer häufiger polnische Worte der Deutlichkeit wegen vorgezogen wurden, bis endlich neben der lateinischen Sprache auch die polnische Amtssprache wurde. Vom Jahre 1450 wird gesagt, dass die Deutschen allmählig — vom Jahre 1606, dass sie alle, mit Ausnahme der Neuankömmlinge, Polen geworden seien[444]).

Unter diesen Umständen beschränkte sich das deutsche Element auf den allmählig abnehmenden Gebrauch bei den gerichtlichen Verhandlungen, auf den gegenseitigen Verkehr mit deutschen Ausländern, auf die Führung der Handlungsbücher der hier sesshaften deutschen Kaufleute und auf die Kirchenandachten, anfänglich bei St. Maria Schnee, dann in der lateinischen Kathedrale, um das Jahr 1650 aber nur mehr in der Kirche des heiligen Geist-Spitales, wo das Element als deutsche Kirchenbruderschaft (confraternitas alemanorum sive germanica) vorkommt. — In der Kathedralkirche wurden

---

veti oder Bursa), Provisoren besorgten die Verwaltung des Fonds. Das durch die Belagerungen der Stadt stark beschädigte Haus überliess der Magistrat im J. 1716 zum Neubau des in der Stadt errichteten Klosters der Trinitarier. Der Rest des noch jetzt vorhandenen Vermögens dieser Stiftung gewährt jährlich etwa 120 fl. ö. W. Zinsen, welche dem lateinischen Knabenseminar zur Erhaltung eines Studenten während der Zeit der Gymnasialschulen erfolgt werden. Der Stadt wurde das Präsentationsrecht zur Besetzung dieses Stiftplatzes in neuerer Zeit wieder zugestanden. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 249.

444) Stadtarchiv III. Abth. A. 224 pag. 6. germani in polonis sensim mutatis. — pag. 11. Russorum magna pars, antiqui germani omnes in Polonos transierunt, praeter noviter adventicios, qui sunt omnes catholici.

deutsche Predigten gehalten. Im Jahre 1512 beschwerte sich die Stadt über das Consistorium, dass diese deutschen Predigten unterblieben. — König Sigmund I., dd. Wilno 6. Jänner 1513, verordnete: der Erzbischof habe die Beschwerden zu untersuchen. Der Erzbischof zieht der Untersuchung den Bischof Jakob von Kamieniec, den Otto Chodecz, Palatin von Podolien, und den Stanislaus Chodecz, Kronmarschall und Starosten von Lemberg, bei. Diese Herren vereinbaren mit der Stadt ein Concordat — 9. März 1514[445]), — wornach in der Kathedralkirche zwei Kanzeln errichtet werden, — nach der heutigen Lage die für den polnischen Prediger gleich neben dem Haupteingange aus der Kirche zur Sacristei unter der dortigen Orgel, die andere für den deutschen Prediger am Pfeiler nächst der Campianischen Kapelle, damals capella mendicorum genannt. Die Predigten sollten beide zu gleicher Zeit gehalten werden. Die übrigen Punkte des Concordats betreffen die Dotationen des Schulrectors und des deutschen Predigers, welche beide sich die Stadt aus Deutschland bestellen konnte. Zur offenbaren Erleichterung der Stadt, welcher die Ergänzung der Temporalien auferlegt wurde, incorporirte der König mit Diplom vom 8. Mai 1515[446]) den deutschen Prediger den Mansionarien der St. Katharina-Kapelle im untern Schloss, wodurch auch sein geistlicher Rang gesichert war. Allein mittlerweile machten sich andere Erfahrungen geltend, welche das auf ewige Zeiten (temporibus perpetuis) abgeschlossene Concordat änderten. Die gleichzeitigen Predigten störten eine die andere; in Deutschland kam die Reformation auf, und die Bestellung der Prediger von dorther erregte Besorgnisse der Verbreitung dortiger Irrlehren, daher auf Bitten der Stadt der König gestattete, die Stadt

---

[445]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 401. Joannes de Lassko, Coadjutor des Erzbischofs von Gnezen und Reichskanzler, hat in dem Erlasse vom 1. Februar 1503 die Frühmesse (matura) für die deutsche, das Hochamt für die polnische Predigt bestimmt, und dies dem Erzbischof Bernardin zu beobachten empfohlen. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 142 Nr. 3.

[446]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 403. utilitati et ornamento civitatis consulendo . . . rem justam, honestam et utilem non ignari alemanicam nationem, quae illuc (Leopoli) ad manendum confluit, haud parvam accessionem civitati esse etc. Der Grosskanzler Johann Laski schreibt im J. 1503: quemadmodum ex antiqua parochiali institutione dupplex sermo polonicus et alemanicus ad populum communem in ipsa Ecclesia metropolitana fieri consuevit. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 142 Nr. 3, fasc. 275 Nr. 5.

könne auf die Stelle des deutschen Predigers auch aus der hierländigen Geistlichkeit directe an den Erzbischof ohne Vermittlung der königlichen Kanzlei präsentiren[447]).

Obschon es bei dem Magistrate dahin gekommen war, dass im Jahre 1522 die Rathsherren wenig oder gar nicht deutsch verstanden, indem der Stadtnotar (dessen Honorar jährlich 42 fl. p. betragen — 45 Groschen wurden auf den Dukaten gerechnet) verpflichtet wurde, die vorkommenden deutschen Correspondenzen ins Latein zu übersetzen und die Notariatsbücher in lateinischer Sprache zu führen[448]), so konnte die Stadt doch noch im Jahre 1565 den Lehrer und den Schulrector aus Deutschland verschreiben[449]) und im Jahre 1576 deutsche Schützen zur Vertreibung der Tartaren in Sold nehmen[450]). Jedem neuen Schulrector aber wurde im Jahre 1592 der Rang im Collegio vicariorum mit der Expectanz auf das nächst zu erledigende Canonicat unter Nachsicht des hierländigen Adelstandes gesichert[451]).

In den Verhältnissen zur Geistlichkeit hatte die Stadt öfters unangenehme Erfahrungen.

Im Jahre 1386 belegte der Erzbischof Bernard die Stadt wegen des Streites um den Besitz eines Hauses mit der Excommunication, und da der Erzbischof der päpstlichen Aufforderung, die über die Klage der Stadt erging, nicht Folge leistete, wurde er selbst excommunicirt[452]). Dann begannen die langjährigen Streitigkeiten mit dem Stadtpfarrer Joannes Ruteni — die endlich im Jahre 1412 im Vergleichswege beigelegt wurden[453]). — Papst Martin V. ermächtiget am 15. März 1426 den Dechant Elias von Sandomir, die Lemberger Rathsherren Johann den Dollmetsch, Georg Göbel und Clemens Zedlitz wegen Misshandlung des Geistlichen Marcus von Kostyn

[447]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 532. König Sigmund III. ddo. Warschau 1. April 1623 bestätigte das Patronat der Stadt über die Stelle des deutschen Predigers. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 2.

[448]) Stadtarchiv III. Abth. A. 4. pag. 6.

[449]) Stadtarchiv III. Abth. A. 14. p. 52, 146.

[450]) Stadtarchiv III. Abth. A. 15, pag. 445. quia in jaculandi peritia probati. Die Kosten mussten die Juden zahlen, weil sie zu diesem Dienste nicht taugten.

[451]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 656, 658.

[452]) Stadtarchiv I. Abth. 21, siehe Note 145.

[453]) Ebenda 42, 60, siehe Note 139 und 142.

(Posen) zu excommuniciren[454]), welcher als apostolischer Commissär die Beschuldigten vorladet. Der Ausgang dieser Angelegenheit ist nicht bekannt; dann begann im J. 1433 der viele Jahre dauernde Streit gegen die Erzbischöfe Rzeszowski und Odrowąż wegen der zur Gründung des Dorfes Rzęsna einbezogenen Grundstücke des städtischen Dorfes Biłohorszcz; und nicht in derselben Angelegenheit wurde der Bürger Friedrich Tempel im Jahre 1444 mit Beschwerden der Stadt nach Rom gesendet, in Folge dessen diese zweite unbekannte Angelegenheit durch Vergleich gütlich beigelegt wurde[455]).

Derselbe Erzbischof excommunicirt den Bürger und Rathsherrn Nicolaus Schirmer — 24. April 1448[456]) — wegen Misshandlung eines Geistlichen, und belegt die Canonici Peter Prochnicki und Nicolaus Olchowski wegen Zueignung der Dotation der Kathedralkirche mit derselben Strafe; das Domcapitel nimmt unterm 20. October und 20. November 1448 den Rathsherrn Schirmer und seine Collegen in Schutz gegen den Erzbischof[457]). Die Beendigung dieser Angelegenheiten war nicht zu eruiren.

Der leidige Ausgang des Streites der Stadt mit dem Franciskaner-Convent wegen Einbeziehung einiger Grundstücke des Stadtgebietes zum Dorfe Kozielniki im Jahre 1443 ist bereits oben angegeben[458]).

Im Jahre 1485 fanden sich die Rathsherren veranlasst, gegen die vom Erzbischof Wantropka Strzelecki wider sie erlassene Androhung der Kirchenstrafen die Appellation nach Rom in der Urkunde des Stadtnotars vom 18. August 1485 anzumelden[459]). Die Ursachen sowie der Gegenstand des Zwistes und dessen Ende sind nicht zu eruiren.

Die Zerwürfnisse der Stadt mit dem Spitals-Probste Miszkowski im Jahre 1505 und mit dem Erzbischofe Prochnicki im Jahre 1625 wegen der Administration des Vermögens der Spitäler sind in der Beschreibung dieser Anstalten erzählt[460]).

---

[454]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 126, 128.

[455]) Stadtarchiv III. Abth. A. 224, pag. 473.

[456]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 196.

[457]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 275 und I. Abth. Nr. 198.

[458]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 268. III. Abth. A. 227, pag. 34.

[459]) I. Abth. Nr. 320.

[460]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 283. III. Abth. A. 265.

Ein Unterthan des Franciskaner-Convents aus Czyszki hatte im Jahre 1663 hier einen städtischen Wächter misshandelt und wurde bei der That (in flagranti) verhaftet. Auf die Klage der Franciskaner behauptete das Consistorium: der Unterthan gehöre zur geistlichen Jurisdiction, und belegte den Magistrat mit dem Kirchenbann. Allein der Magistrat beschwerte sich hierüber bei dem Könige Johann Kasimir; dieser trägt brieflich dem apostolischen Legaten Virginio Orsini die Sache vor (12. März 1663), und der Cardinal befreit ddo. Warschau 22. März 1663 den Bürgermeister Jakob Kraus von der Excommunication[461]), wovon der Kanzler Prażmowski den Magistrat verständigte.

Während in den westlichen Ländern bereits die Zeit gekommen war, in welcher die Klöster aufgehoben wurden, begann hierlandes die Errichtung dieser geistlichen Körperschaften erst häufig zu werden. Zu Ende des sechzehnten, während des ganzen siebzehnten und bis über die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts schienen der Adel und die Magnaten in diesen kostspieligen Beweisen ihrer Frömmigkeit und der Sorge um die Beförderung ihres Seelenheils zu wetteifern[462]). Die Lemberger Bürgerschaft, nicht so reich, konnte nicht dasselbe thun, allein an einigen dieser Klosterstiftungen betheiligte sie sich mit bedeutenden Beiträgen, oder sie begnügte sich mit der Errichtung neuer Kapellen und Stiftung besonderer Kirchenandachten, Litaneien, Vespern und Messen. — Die Stadtgemeinde, welche im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhunderte als Corporation ihre christliche Gesinnung in ähnlicher Weise bethätigt hatte[463]), musste dann die Erfahrung machen, dass die Errichtung dieser Klöster im Stadtgebiete der Gemeinde desshalb nachtheilig werde, weil das Vermögen der Klöster der Freiheit und Immunität der Kirche gemäss die Steuern nicht entrichtete, nebstdem den

---

[461]) Stadtarchiv III. Abth. A. 227. — IV. Abth. Briefe: listy krolewskie. Die Angabe der Chronik des Zubrzycki, als ob die Aufhebung der Excommunication in Rom selbst angesucht und von dort erst ertheilt worden wäre, ist dadurch berichtiget.

[462]) In den Schematismen der Geistlichkeit der galizischen Diöcesen kann nur ein Theil dieser Stiftungen nachgelesen werden, weil diejenigen, welche unter Joseph II. aufgehoben worden sind, nicht mehr vorkommen.

[463]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 44 v. J. 1399. — Nr. 50 v. J. 1402. — Nr. 82 v. J. 1416. — Nr. 91 v. J. 1419. — Nr. 99, 100 v. J. 1421. — Nr. 116 v. J. 1424. — Nr. 164 v. J. 1441.

Gewerbestand schädige, weil die Klöster anfingen eigene Gewerbsleute zu halten, und die städtischen Privilegien angreife, indem die Klöster Bier und Branntwein zu erzeugen, einzuführen und zu verschleissen, auszuschänken begannen, auch hörte mit der Errichtung des Klosters der früher von solchen Grundstücken an die Stadtkasse einfliessende Grundzins auf.

So sehr auch die Rathsherren von religiösem Sinne beseelt waren und mit den Absichten der Stifter übereinstimmten, so drängte ihnen die Sorge um das Gemeinwohl die Beobachtung anderer Rücksichten auf, und jede solche hierortige Klosterstiftung hatte ihre Vorverhandlung mit dem Magistrate in Betreff der Grundstücke, des Betriebes der Gewerbe und der Unantastbarkeit der Privilegien der Stadt, namentlich der Propination, und in Beilegung dieser gegenseitigen Ansprüche wurden der Magistrat und der Klosterconvent einander Gegner. Bei zwei dieser geistlichen Körperschaften trat diese Gegnerschaft deutlicher hervor, es waren dies die Jesuiten und die unbeschuhten (discalceati) Karmeliter. Der erste Jesuit, der nach Lemberg kam, war im Jahre 1576 der Ordensprovincial aus Jaroslau, später kamen mehrere Ordenspriester aus Klausenburg in Siebenbürgen; es war ihnen daran gelegen, im Innern der Stadt Grundstücke oder auch Realitäten zum Bau einer Kirche und des Collegiums zu erlangen. Der Magistrat hatte weder Grundstücke noch Häuser zur Verfügung, allein da die Jesuiten für dieselben bar zahlen wollten, gab er ihnen den Rath, Realitäten der Juden in der Stadt anzukaufen, und auf solche Weise hätte sich diese des ihr damals missliebigen Theils der Stadtbevölkerung entledigt. In der That hatten die Jesuiten schon einige Häuser von Juden angekauft, als beide die Absicht des Magistrats merkten. Die Jesuiten standen sogleich von weiteren Ankäufen ab, wendeten sich an den königlichen Hof, erklärten die Unmöglichkeit, in dieser Weise weiter vorzugehen, und erwirkten mehrere königliche Rescripte, welche die Mitwirkung des Magistrates in Rückgängigmachung der früheren Käufe, und bei Verlust der königlichen Gnade die Ausmittlung geeigneter Gründe für die Kirche und das Collegium der Jesuiten befahlen. — Theils diese gemessenen Befehle, theils auch der Umstand, dass das Krakauer Jesuitencollegium dem Magistrate, respective der Stadt, 10.000 fp. als verzinsliches Darlehen erfolgte und nebstdem die Forderung, die Georg Boim pr. 4300 fp. an die Stadt hatte, an sich brachte,

daher mit 14.300 fp. der Gläubiger der Stadt wurde, bewirkten die Nachgiebigkeit des Magistrates und seine Bereitwilligkeit in allen von den Jesuiten für ihr hierortiges Etablissement gestellten Verlangen, und diesen Umständen verdankt die Stadt den hierortigen Bestand der Kirche und der Gebäude[464]).

Den Barfüsser-Karmelitern ertheilte König Sigmund III. am 20. December 1625 die Bewilligung zum Ankauf von Gründen in den Vorstädten, weil innerhalb der Stadt für ein Kloster kein Raum war. Sie kauften hierauf im Jahre 1626 den Maierhof des Friedrich Gall, die Obstgärten des Franz Wenig und des Alexander Ubaldini[465]); allein sie bauten noch nicht und gedachten noch immer innerhalb der Stadt Platz für ein zu erbauendes Kloster, oder ein hiezu zu adaptirendes Gebäude erlangen zu können. Endlich gelang es ihnen mit Jakob Sobieski, Palatin von Bełz, wegen Ankauf seines Hauses (Korniakt, jetzt Eigenthum des Fürsten Calixt Poninski) am Ringplatze in Verhandlung zu treten; allein die Gemahlin des Palatins[466]) hatte bereits eine ähnliche Angelegenheit mit dem Magistrate wegen des Baues und der Gründe des von ihr zu stiftenden Karmeliterinnen-Klosters angeknüpft; bei diesen Verhandlungen mussten die Karmeliter von dem Kaufe des Hauses am Ringplatze abstehen, ihre Bevollmächtigten P. P. Cyprian und Benignus die ihnen hiezu vom Convente ertheilte Vollmacht auf dem Rathhause erlegen, und dann erst wurden zu dem Baue des Klosters auf den oben erwähnten Grundstücken ernstliche Vorbereitungen getroffen[467]), der endlich im Jahre 1645 zu Stande kam.

Die Aufzählung aller dieser Reibungen zweier, verschiedene Zwecke verfolgender Körperschaften, der weltlichen und geistlichen Gewalten, während des Verlaufes von Jahrhunderten gibt jedoch kein richtiges Bild der wirklich bestehenden Verhältnisse und des gegenseitigen Einflusses; denn der Magistrat war ungeachtet dessen streng katholisch, stand mit Mehreren von der höhern Geistlichkeit auf

---

[464]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 273. III. Abth. A. 227.

[465]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 136. V. Abth. off. Consul. Tom. 39, 41.

[466]) Teofila Sobieska, geborne von Żurow Daniłowicz, war die Mutter König Johanns III. Das von dieser Frau gestiftete Nonnenkloster wurde von Kaiser Joseph II. aufgehoben und zum lateinischen Priester-Seminar bestimmt.

[467]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 136.

sehr freundschaftlichem Fusse und bezeigte ihnen bei jeder Gelegenheit seine Hochachtung, auch abgesehen von zeitweiligen Zwisten, so wie mit den Erzbischöfen Szlomowski, Sulikowski, Zamojski, Grochowski, Tarnowski, Korycinski, Sierakowski und den beiden Kicki, mit einigen Bischöfen von Przemyśl, Kamieniec und Chełm, welche sämmtlich um die Kirche und die Nation unbestritten grosses Verdienst haben. Eine noch so gedrängte geschichtliche Darstellung dieser Verhältnisse liegt ausser dem Bereiche dieser Beiträge.

In Bezug auf die Justizpflege wird einé genaue Civiljustiz, und namentlich Aufmerksamkeit auf die Competenz bis zu Ende des siebzehnten Jahrhunderts wahrgenommen, in Geltendmachung ihrer politischen Vorrechte zieht die Stadt in den meisten Fällen den Civilrechtsprocess dem Wege der Petitionen an den König vor; die zur Zeit des Interregnums im Jahre 1574 beschlossenen Änderungen in der Jurisdictionsnorm[468]) hatten daher Protestationen hervorgerufen, die zwar nicht die beabsichtigte Wirkung hatten; die Mängel in den gesetzlichen Bestimmungen für Witwen und Waisen wurden durch Plebiscita (wilkirze) sorgfältig zu ergänzen gesucht, und sogar eine Junggesellen-Steuer eingeführt, deren Ertrag zu einem Fond für die Verpflegung der Waisen und Findelkinder bestimmt war. — Aus allen diesen Vorgängen ist die Regsamkeit allgemeinen Rechtsgefühls und das Bestreben nach Gleichheit vor dem Gesetze unverkennbar. In der Criminal-Justizpflege aber wurden Tortur, Rädern, der Scheiterhaufen aber gegen Kirchenräuber, Falschmünzer und Gotteslästerung angewendet[469]).

---

468) Stadtarchiv III. Abth. A. 15, pag. 311. Expeditio ad Illustres, Reverendissimos ac Magnificos Dominos Senatores Regni cum requisitione consultationis de nova judiciorum forma in hoc palatinatu per nobilitatem constituta contra cives irrequisitos et protestantes, quidnam ultra nobis civibus ob instantiam acerrimam faciendum sit.

469) Im Jahre 1525, III. Abth. A. 4, p. 293. — Im Jahre 1568, III. Abth. A. 14, p. 346. — Im Jahre 1579, III. Abth. A. 15, p. 759. — Im Jahre 1605 sollte wegen Kirchenraubes der Verbrecher den Feuertod erleiden. Schon waren zwei Fuhren Holz und eine Fuhre Stroh auf dem hiezu bestimmten Orte in der Nähe des Bernardiner-Klosters vorbereitet, als die Mönche energisch dagegen protestirten, in Folge dessen die Execution unterblieb und das Brennmateriale in den Keller weggeführt wurde. III. Abth. A. 20, p. 119. — Für Enthauptungen wurde das Gerüste am Ringplatze aufgestellt, der Galgen aber stand gemauert auf dem noch jetzt hiezu bestimmten Richtplatze (góra sprawiedliwości).

Die Stadt theilte das Schicksal des Landes; die Zustände und Verhältnisse des Reiches traten im kleineren Massstabe in der Stadt ebenfalls auf. Die nach der schwedischen Brandschatzung, die einer völligen Plünderung gleichkam[470]), hier eingetretene allgemeine Verarmung entmuthigte und demoralisirte die Bewohner und die Administration. Der Scholle und dem Grundzins wurde ein weit grösserer Werth beigelegt und mehr Aufmerksamkeit gewidmet, als der Thätigkeit, dem Fleiss und der Geschicklichkeit des Handwerkers und Kaufmannes, welche sich durch die allgemeinen Verhältnisse gelähmt fühlten; die dicken Foliobände königlicher Urtheile vom Jahre 1746 und 1753[471]) über die in der städtischen Verwaltung eingerissenen Missbräuche sind zwar die Ergebnisse vorausgegangener weitläufiger Untersuchungen, allein weniger auffallend, wenn gefunden wird, dass selbst in belebten Gassen und am Stadtringe sechzehn Häuser — wegen Mangels an Fonds, an Vertrauen zur Besserung und wegen Unlust zum Wiederaufbau — desolirt, verlassen worden. Sie wurden erst in Folge Reichstagsbeschlusses von Amtswegen, jedoch mit Rücksicht der Rechte der Hypothekargläubiger, öffentlicher Versteigerung unterzogen[472]).

Die Rathsherren und Viele der Bürgerschaft standen damals mit den Würdenträgern des Reichs, Senatoren und Magnaten in näherer Verbindung. Die Krone und der Reichstag suchten Lemberg aus seiner Verarmung empor zu helfen. Selbst ältere Forderungen der Stadt an die Krone wurden angehört.

Die Brandschatzung vom Jahre 1648, welche die Stadt mit 544.999 fl. 6 gr. p. von der Regierung ansprach, wurde mit 237.588 fl. 17 gr. p. liquid zuerkannt und ihr hievon am 8. April 1767 der Betrag von 67.270 fl. auf den Gütern Krasne des Nicolaus Piaskowski in der Woyewodschaft Bracław versichert[473]).

---

[470]) König Karl XII. ertheilte erst nach erlegter Brandschatzung der Stadt einen Sicherheitsbrief (Stadtarchiv IV. Abth. königliche Briefe), und die Stadt feierte den Sieg der Russen bei Pultawa mit einem Te Deum und Kanonensalven.

[471]) Stadtarchiv III. Abth. A. 207, 228. Es waren wenig Rathsherren, denen nach ihrem Austritte aus dem Amte nicht Processe wegen Ersatzleistungen gemacht worden wären.

[472]) Stadtarchiv III. Abth. A. 186.

[473]) Das ökonomische Comité des Schatzes (Rada ekonomiczna skarbu) hat am 4. August 1766 als der Stadt Lemberg schuldig anerkannt: 90.451 fp., 79.201 fp.,

Der Reichstag vom Jahre 1764 erkannte in dem Propinationsrechte der Stadt auf gebrannte geistige Flüssigkeiten eine Quelle des Müssigganges, der Trunksucht, der Verarmung und des Verfalles der Stadt, und ermächtigte die Schatzcommissäre zur Aufhebung dieses gemeinschädlichen Privilegiums. Die Commissäre machten hievon Gebrauch und die Stadt verlor dadurch (auf einige Zeit) ihr Privilegium vom Jahre 1537. Im Inventar vom Jahre 1774 wird die Summe von 16.200 fl. p. aufgeführt, welche die Stadt[474]) hiefür als Entschädigung erhalten. — Diese Summe hat Ignatz Cetner, Palatin von Bełz, nebst der von derselben Schatzcommission der Stadt zuerkannten Summe von 57.155 fl. 23 1/2 gr. p. als verzinsliches Darlehen übernommen und später ebenfalls an die Stadt zurückgezahlt.

König Władysław Jagiełło hatte Stadt und Landschaft Lemberg im Jahre 1388 auf ewige Zeiten mit der Krone Polen vereinigt. Schon die Verpfändung vom Jahre 1456 bis 1465 hatte allgemeinen Unwillen und beinahe Aufstand erregt; was jedoch dem Reiche in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts angethan wurde, gehört der Weltgeschichte an, die, wie wir wissen, über diese dreimal wiederholten Thatsachen noch nicht abgeschlossen ist. Freiheit mit Tyrannei, Recht mit Unrecht, ungleich an physischer und moralischer Kraft, ringen noch mit einander.

Was an den Höfen und in den Cabineten Europa's damals vorging, kann kein Gegenstand für diese Beiträge sein, wohl aber dürften

---

67.936 fp. Es sind dies meistens Gelder, welche die Stadt für die Verpflegung und den Sold der königlichen Truppen vorzuschiessen bemüssigt wurde. Von den Ansprüchen der Stadt an die Judenschaft, worüber bereits königliche Urtheile entschieden hatten, ist hier keine Rede. — Stanislaus Potocki, Starost von Bełz, übernahm am Donnerstag nach dem weissen Sonntag des Jahres 1767 die auf Krasne hypothecirte Schuld (16 fl. 22 1/2 grosz p. per Dukaten gerechnet) und übertrug sie auf Krystynopel; zur Zeit der österreichischen Regierung wurde diese Schuld der Stadt zurückgezahlt.

474) Stadtarchiv III. Abtheilung A. 42. Pro proventu a cremato per privilegium feria quarta ante festum exaltationis Sanctae Crucis A. D. 1537. donato, expost per Constitutionem Regni Anno 1764. abrogato mediantibus binis decretis Commissionis thesauri Regni adjudicata summa etc. Lemberger Schlossakten vom 20. Jänner 1767. Die Constitution vom Jahre 1764 titulo: warunek miast: komisarze na poprawienie tej szkodliwej wolności wszelką baczność mieć będą w miastach. Die Stadt Warschau aber fordert am 17. September 1767 die Stadt Lemberg auf zur Vereinigung aller Städte, damit dieselben ihre alten Rechte zurückerhalten. Stadtarchiv IV. Abth. listy miast Nr. 27.

die Ereignisse, die in Folge jener Cabinetsverhandlungen in Lemberg eintraten, in wie fern sie wichtiger erschienen, hier erzählt werden können.

Der Reichstag hatte eben Verbesserungen in der Justizpflege beschlossen. Hierunter war die Errichtung eines Appellations-Gerichtshofes in Lemberg für die Woyewodschaften Kiow, Volhynien, Podolien, Rothreussen[475], Bełz, Bracław und Czernichow[476].

Während der Überführung dieser Archive kamen die Moskowiter nach Lemberg[477]. Sie waren zuerst im Jahre 1655 unter Commando des Kosaken Chmielnicki im Lande, hundert Jahre später unter moskowitischer Führung die Kosaken; sie blieben vom Jahre 1767 bis über die Mitte Juli 1772 — nicht blos für ihre Verpflegung musste die Stadt sorgen und sich neuerdings verschulden, sondern auch ihre Armirung verbessern[478].

Am 4. Juli 1772 waren k. k. Truppen unter Commando des Grafen Andreas von Haddik, Generals der Cavallerie, vor Lemberg angelangt und lagerten auf den Feldern (błonie) des Dorfes Skniłow[479]. Ob und welche Gattung Verkehr zwischen der Stadt und

---

475) Russland hatte am 23. Mai 1764 durch seinen Gesandten Nicolaus Repnin in Betreff des Titels der Kaiserin Katharina II. „imperatrix totius Russiae" dem Reiche Polen mit Lithauen befriedigen sollende Erklärungen gegeben, dass die polnische Provinz „Russia" keineswegs darunter gemeint sei.

476) Die sämmtlichen Archive der Schloss- und Landgerichte dieser polnischen Länder, vor Allem aber die Register des Arianismus, wurden nach Lemberg überführt und anfangs im untern Schlosse, dann aber im Bernardiner-Kloster aufbewahrt. Auf Anordnung der k. k. Regierung wurden diese Akten registrirt, indicirt.

477) Die Moskowiter kamen hieher im Jahre 1706 unter Alexander Menschikoff, die Kosaken unter Mazeppa; — im Jahre 1734 bis 1737 unter dem Landgrafen von Hessen-Homburg. Die Lemberger Jesuiten überreichten ihm eine Folio-Broschüre über die Genealogie seines Hauses. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 256 und fasc. 398. III. Abth. B. 80; — im Jahre 1767 unter Galicyn, dem bald von hier abberufenen Apraxin, dann den Generalen Uszakoff, Kreczetnikoff, Kaminski, Szyrkoff, Essen, den Obersten Stallberg und Traubenberg. Die Möblirung der Wohnungen für die russischen Officiere wurde aus den Klöstern geholt.

478) Alle Lemberger Schlosser mussten für die russische Infanterie neue Bajonette machen, wofür die Stadt pr. Stück 17 fp. zahlte; sie entlehnte 24.000 fp. von Benedict Augustinowicz, 30.000 fp. von Nicolaus Białecki. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 398.

479) Eine Tochter des Grafen war an Martin, Sohn des Georg Dominik, Fürsten Lubomirski, Woyewoden von Krakau, verehelicht. (Niesiecki: herbarz 6. Band pag. 167.) Im Mai 1772 waren während mehrerer Wochen sechs französische Officiere in Lemberg,

dem k. k. Feldlager stattgefunden, lässt sich nicht eruiren; innerhalb zweier Monate konnte im Feldlager über die Stadt hinreichend Information eingeholt worden sein, weil das, was man „Krieg" nennt, gar nicht vorhanden war.

Am 14. September 1772 erschien der k. k. Hauptmann Braun vom Regimente Tillier im Rathhause und verlangte die Beistellung von Quartier und Bett für 22 Beamte. — Das Verlangte wurde zugesagt unter der Bedingung, dass die Juden die Kosten verhältnissmässig mittragen und ihre Rückstände an öffentlichen Abgaben abstatten sollen.

Am 19. September 1772 sind die k. k. Truppen in die Stadt einmarschirt und der Magistrat erhielt den Befehl, sie einzuquartiren[480]).

Der Magistrat und die ordines et status civitatis in Permanenz beschlossen, die österreichischen Truppen in derselben Weise wie früher die Russen in gemietheten Häusern unterzubringen, weil keine Kasernen vorhanden waren, die Kosten aber durch eine allgemeine Communalauflage aufzubringen.

Am 21. September 1772 wurde befohlen die Hauptwache zu repariren, und beschlossen diese Reparaturen sogleich zu bewirken, die Schusterkramstände von dort zu entfernen und den Magistrat zu ermächtigen, das hiezu erforderliche Geld aus dem Deposite der Stiftung des im Jahre 1771 verstorbenen Med. Drs. Carl Linger zu entlehnen[481]).

Am 1. October 1772 wurden einige Rathsherren zu dem commandirenden Generalen eingeladen, und diese eröffneten den

---

die Stadt lieferte Quartier und Matrazen und zahlte täglich 36 fp. per Kopf Verpflegung. Stadtarchiv III. Abth. A. 360.

480) Stadtarchiv III. Abth. A. 210.

481) Dr. Linger hatte für Armenunterstützung 1000 Dukaten und ebensoviel für ein Handstipendium für Lemberger Jünglinge, welche an der Wiener Hochschule Medicin studieren, gegründet. Beide Stiftungen bestehen noch heute, doch sind durch den Einfluss verschiedener Ereignisse die Fonde geringer. Die Armenstiftung besitzt 800 fl. in öffentlichen Staatsschuldverschreibungen und 1194 fl. C. M. auf dem Hause Nr. 294 Stadt hypothecirt. — Die Studentenstiftung gewährt jährlich 200 fl. österr. W. Handstipendium. Die städtische Proviantcommission hatte am 24. Juli 1772 1440 fp., am 23. September 1772 2000 fp., allmälig aber 12.000 fp. entlehnt, mit 5 Percent verzinset (150 fl. rheinisch jährlich). Stadtarchiv III. Abth. A. 362, p. 71. Jahr 1780—1785. II. Abth. fasc. 459 und 1459.

2. October der Stadtvertretung, der General habe gestern erklärt, es sei nothwendig, den mittlerweile angekommenen k. k. Minister Grafen von Pergen aus seiner Wohnung nach der lateinischen Domkirche zu begleiten[482].

Die Stadtvertretung aber erklärte ihrerseits, ein solches Vorgehen sei einer Huldigung gleich, widerstrebe der Treue, welche die Stadt dem Könige schulde, Stanislaus August habe noch nicht abgedankt. Es wurde eine Gedenkschrift (Memoriał) beschlossen und um Befreiung von dieser Demonstration gebeten.

Bevor noch das Memorandum verfasst war, erschien Hauptmann Braun wieder, überbrachte mehrere Exemplare einer gedruckten Proclamation (Uniwersał), worin die Kaiserin-Königin Maria Theresia als Dominium des Landes proclamirt und die Bewohner aufgefordert werden, dem k. k. Minister Grafen Pergen als Bevollmächtigten der Kaiserin Gehorsam zu leisten[483].

Hauptmann Braun verlangte, der Magistrat habe diese Proclamation an den Stadtthoren und am Rathhause anschlagen zu lassen. Darauf wurde beschlossen: an den Grafen Haddik eine Deputation zu senden mit der Bitte, von den Forderungen des Kirchenganges und des Anschlagens der Proclamation abzugehen und das Memoriale zu übergeben, in welchem sich auf die Abdankung König Johann Kasimirs vom Jahre 1668 und auf den Frieden von Oliwa vom Jahre 1660, wo die Bewohner der an Schweden abgetretenen Landestheile Polens ihres Unterthaneneides enthoben wurden, berufen wurde.

Allein weder die Deputation, noch das Memoriale wurden weder vom Minister, noch vom Generalen angenommen. Graf Haddik empfing blos einige Mitglieder der Deputation im Privatbesuche, denen er (tecto pectore) versicherte: die Begleitung des Ministers aus seiner Wohnung zur Kathedralkirche Seitens der Stadtvertretung bedeute noch keine Huldigung des neuen Landesherrn, gleichwohl werde darauf bestanden; nur das Anschlagen der Proclamation werde dem Magistrate erlassen, weil dies auch ohne denselben geschehen könne.

---

[482]) Graf Pergen, k. k. Minister und Commissär, hatte sein Quartier im Lubomirskischen Hause (Nr. 179 Stadt), wo früher der russische General Kreczetnikoff mit Familie gewohnt.

[483]) Pillers Gesetzsammlung, Jahr 1772 Nr. I.

Vom Minister aber wurde eine schriftliche Eidesformel übersendet, welche sämmtliche Magistratsbeamte und Vierzig Männer zu unterfertigen haben, worauf dieselbe dem Minister wieder vorzulegen sei; vor den (nicht ausgedrückten) Folgen der Verweigerung der Unterschrift wurde gewarnt. Die Verhandlungen wegen der Unterfertigung der Eidesformel verzogen sich bis zum 10. Jänner 1773, an welchem Tage die Anzahl der bereits beigesetzten Unterschriften hinreichend erschien, um das Document dem Minister vorzulegen [484]).

Mit diesen Angaben schliessen die Aufzeichnungen über jene Ereignisse im Rathsprotokolle; sie werden jedoch durch einige items im Kassabuche ergänzt, wo die Ausgaben am 4. October 1772 für die Stadttrompeter aus Anlass der feierlichen Introduction des kaiserlichen österreichischen Ministers „Bergen“ zur Kathedralkirche, für die Kosten der Illumination der Stadt am 4. October, dann am 15. October 1772 als dem Namenstage der Kaiserin, und am 19. März 1773 als am Namenstage des Kaisers Josef II. vorkommen [485]).

Die Änderung des Dominiums hatte Änderungen in der Administration, ihrer Methode, ihrem Geiste, daher auch in ihren Organen zur Folge. Es schien weniger Schwierigkeiten zu unterliegen, die Functionen der Woyewoden, Kastellane und Starosten anders zu ordnen und die politische Landesstelle, die Kreisämter und die Polizeidirection als k. k. Behörden einzusetzen, als an der vorgefundenen Organisation der Gerichte sogleich zu rütteln, oder sich an Änderungen in den mit dem Volksleben inniger verwachsenen Municipaleinrichtungen zu wagen, welche den Regierungsorganen weniger bekannt waren. Kreisamt und Polizeidirection, meistens aus Unkennt-

---

[484]) Andreas Poniatowski, früher General in der k. k. Armee, ward dann General in der königlich polnischen Armee. Vom Herbste des Jahres 1772 verweilte er in Zbaraž, und nach den im städtischen Kassebuche vorkommenden Ausgaben fand damals zwischen ihm und den Lemberger Rathsherren eine ziemlich lebhafte Botencorrespondenz statt.

[485]) Stadtarchiv III. Abth. A. 116, 360. Am 12. Juli 1733 war die erste Illumination aus Anlass der religiösen Festlichkeit zu Ehren beati Joannis de Dukla — und zwar war damals blos das Halitscher Thor illuminirt; allgemeine Stadtbeleuchtung aber findet sich verzeichnet am 25. November 1771, dem Namenstage, und am 9. Juli 1772, dem Geburtstage der Carin Katharina II.

niss der Verhältnisse, erweiterten ihren Wirkungskreis bis in das Gebiet der städtischen Verwaltung und des Magistrats. Uebergriffe einerseits, Furchtsamkeit und Duldung anderseits können nicht auffallen, beide erleichterten das Fortschreiten der Neuerungen, denen die immer rege Hoffnung auf Besserung entgegenkommt. Noch im Herbste 1772 begann die Conscription aller im Stadtgebiete befindlichen Realitäten und der Bevölkerung[486]), dann erfolgte die allgemeine Abgabe unter dem Titel: Militär-Quartierbeitrag, und hiedurch wurden Änderungen im städtischen Kassawesen nothwendig.

Die städtischen Privilegien, um deren Bestätigung es der Stadt zu thun war, wurden abgeschrieben, Abschriften und Originale im Jahre 1782 der Regierung sammt dem Inventar des städtischen Gemeindevermögens vom Jahre 1774 vorgelegt.

In dem Inventar sind die Einkünfte mit . .	33.588 fl. p.	jährlich,
die Activforderungen mit	180.146 fl. p.	
die Schulden mit	98.896 fl. p.	
und zugleich Anträge gestellt, welche die nothwendigsten Ausgaben auf	55.026 fl. p.	jährlich
die Einkünfte aber auf	1,421.366 fl. p.	„

erhöhen sollten[487]).

Diese Anträge bieten für sich allein die Möglichkeit über die frühere Administration zu urtheilen. Es ist beinahe kein Zweig der Verwaltung, welcher nach jetziger Beurtheilung nicht gelitten hätte.

Bei den Missbräuchen in der Benützung der städtischen Privilegien konnte die Regierung noch rechtzeitig dem Unwesen steuernde Verfügungen erlassen, allein bei den liegenden Gründen, wo die privatrechtliche Verjährung und Ersitzung unaufgehalten wirkt, waren die Nachtheile der Stadt die unmittelbare Folge, eine Masse

---

[486]) Die Ergebnisse dieser ersten Conscription sind nicht bekannt. Sie sollte als Grundlage der neu einzuführenden Steuer dienen.

[487]) Stadtarchiv III. A. 42. Das Inventar entspricht keineswegs den Anforderungen der heutigen Buchhaltung. In Betreff der Bezugsrechte fehlt es nicht an irrigen historischen Angaben, Stiftungskapitalien werden als Stadtgemeindevermögen behandelt, wenn sie bei Privaten elocirt waren. Eine buchhalterische Bearbeitung der Neuzeit würde die Ziffern anders ordnen und andere Resultate darstellen. Die Forderung an die Judenschaft, worüber der Stadtnotar Franz Venino eigene Ausweise verfasst hatte, sind im Inventar nicht aufgeführt.

von Avulsen sowohl im Stadtgebiete, als auch in den der Stadt gehörigen Dörfern[488]). Die Gegenwart konnte über den Besitzstand der Vergangenheit nach Verlauf von einem halben Jahrhundert keine Zeugenschaft geben, und es entwickelten sich eine Menge von Civilprocessen, ein eigener, diese factischen Zustände benützender Schwindel mit Realitäten, deren Lage und Gränzen, eine Ungewissheit in dem Besitzstand vieler Objecte, welche bis in die neueste Zeit hineinreicht und noch schädiget[489]).

Die Regierung hatte eine Commission eingesetzt, deren Aufgabe war, das gesammte Vermögen der Stadt nicht blos zu inventiren, sondern alle Einkommensquellen zu prüfen, mit Vorbehalt der andern Personen zustehenden Rechte zu erhöhen, und ihre Beschlüsse in Form von Anträgen nach Wien einzusenden. Das Hofdecret vom 9. October 1786 resolvirt einen Theil solcher Anträge. Es sollte hiernach die Robot auf den städtischen Gütern abolirt[490]) und dieselben verpachtet werden; die Magistratsbeamten sollten fixe Besoldungen erhalten und kein städtisches Eigenthum pachten; die Einbringung der städtischen Activforderungen wird dem Gubernium empfohlen und die Starostei-Juridik, d. i. theils Grundstücke, theils der Bezug der auf den zur Juridik gehörigen Grundstücken haftenden Zinse und derlei Leistungen, unentgeltlich der Stadt überlassen, weil, wie das Hofdecret sagt, dadurch die anderen Juridikbesitzer bewogen werden dürften, ihre im Stadtgebiete liegende Juridik entweder ebenfalls unentgeltlich oder um einen sehr mässigen Preis an die Stadt zu übertragen[491]). Dasselbe Hofdecret ist übrigens eine Norm für das weitere damalige Verfahren in der städtischen Administration zum Zwecke der Emporhebung.

---

[488]) Hieran sind, wie das Inventar mit vieler Wahrscheinlichkeit sagt, die öfteren Verwüstungen Schuld, denen die Vorstädte und Dörfer bei feindlichen Einfällen und Belagerungen ausgesetzt waren.

[489]) In den Jahren 1798 bis 1808 war zur Beurtheilung der Frage: ob ein Grund städtisch-emphyteutisch sei, eine eigene Magistratscommission bestellt, welche in zweifelhaften Fällen Vergleiche abschloss, die der Bestätigung des k. k. Guberniums unterzogen werden mussten.

[490]) Die Robotabolition wurde erst in Folge des kaiserlichen Patentes vom 7. September 1848 in Angriff genommen und im Jahre 1854 durchgeführt.

[491]) Adel und Geistlichkeit haben in den ausgedehnten Vorstädten Gründe erworben und auf denselben Häuschen erbaut, dieselben theils mit, theils ohne Gar-

Mit 1. November 1787 begann die Activität des neuorganisirten ıgistrates in drei Senaten, dem politischen, civilgerichtlichen und iminalgerichtlichen, und vom 6. November 1789 datirt das vom ıiser Joseph II. der Stadt Lemberg verliehene Privilegium [492]). Daslbe bestätigt:

1. Die Eigenthums- und Besitzrechte der Stadt, ihr Gebiet, ırfer, Äcker, Wiesen, Teiche, Realitäten und hieraus entspringende ›rechtsame, Zinsen, Einkünfte [493]).

2. Beruft sich auf die Organisirung des im Jahre 1787 systesirten Magistrates, dem die Civil- und Criminalgerichtsbarkeit ıertragen ist [494]).

3. Die Wahl des Bürgermeisters und Vicebürgermeisters und r Magistratsglieder wird einem Ausschuss wahlfähiger Bürger ıerlassen und der Wahlmodus vorgezeichnet [495]).

4. Zur Wahl der Magistratsvorsteher und deren Beeidigung ›rden Regierungs-Commissäre delegirt.

5. Die Wahl des subalternen Magistratspersonals bleibt dem agistrate überlassen [496]).

ıgrund an Handwerker, Gärtner oder Taglöhner gegen Geld oder Arbeitleistung · Benützung überlassen. Hiedurch entstand der emphyteutische Grundbesitz, als ısen Anerkennung bei Besitzveränderungen das Laudemium gezahlt werden musste. ler solche Grundcomplex wurde Juridik genannt. Solche waren sowohl im eigenthen Stadtgebiete, als auch im Schlossbezirke. Als dieser im Jahre 1786 der ıdt einverleibt und mit 1. Jänner 1787 übernommen wurde, blieben noch 36 soler Juridiken, die theils Privaten, theils geistlichen Corporationen und Stiftungen hörten. Der Erwartung der Regierung haben nur die Erben des Johann Anton ernecki, Kastellans von Bracław, und Antonia Czernecka geborne Gräfin Sweertsork entsprochen, alle anderen Juridiken wurden erst im Jahre 1854 bei der allgeinen Grundentlastung abgelöst. — Stadtarchiv II. Abth. fasc. 190, 302 und 862.

[492]) Das der Stadt gehörige Original war im Jahre 1848 zum Amtsgebrauche Magistratspräsidium und wird seit dem 2. November 1848, dem Tage des Brandes s Rathhauses vermisst., Gerichtlich vidimirte Abschriften — eine vom Jahre 1794 — ıd vorhanden. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 482.

[493]) Die Stadt wird hier als moralische Person, als Privatmann angesehen.

[494]) Die Criminalgerichtsbarkeit entfiel durch die Errichtung des k. k. Crinalgerichts im Jahre 1820, die Civilgerichtsbarkeit durch die Organisirung der ıdesfürstlichen Gerichte am 29. September 1855.

[495]) Diese Bestimmung ist bis jetzt nicht activirt. Der Bürgermeister, Vicergermeister, Räthe und Secretäre wurden von der Regierung ernannt.

[496]) In Betreff der Vorsteher der Hilfsämter und der Kassiere sind Ändeagen eingeführt worden.

6. Wird der Stadt das Recht verliehen, zwei Mitglieder zur ständischen Versammlung zu wählen[497]).

7. Wird der Stadt das Recht zur Präsentation für ein Canonicat bei dem Lemberger lateinischen Metropolitan-Domcapitel verliehen[498]).

8. Wird der Stadt das Propinationsrecht: Bier, Meth und Branntwein innerhalb des städtischen Territoriums allein zu erzeugen und auszuschänken, *so wie sie in der Ausübung dessen von jeher gewesen*, zuerkannt[499]).

9. Bestimmt die Abgabe des Erzeugungsentgeldes von Bier mit 30 kr. pr. Fass, von Branntwein mit 2 kr. pr. Quart.

10. Bestimmt die Abgabe von dem eingeführten fremden Bier mit 45 kr. per Fass[500]).

11. Bewilligt der Stadt die Wegmauth[501]).

12. Die Bezüge Grund- und Häuserzins, von Gewölben, Fleischbänken, Capitalsinteressen, Stand- und Marktgelder, Laudemien,

---

[497]) Das Constitutionspatent vom 26. Februar 1861 gewährt vier Abgeordnete, wovon einer in das Abgeordnetenhaus in Wien vom galizischen Laudtage zu wählen.

[498]) Die etwas dunkle Stylisirung des §. 7 wurde im Jahre 1829 erläutert, dass die Stadt immer das sechste, nach der Zeitordnung in Erledigung gekommene einfache Canonicat zu präsentiren habe, die Praxis aber hält sich an die Lebensdauer des bereits präsentirten Canonicus, oder bis derselbe überhaupt aus dem Gremium des Domcapitels ausgeschieden. — Die übrigen Patronatsrechte der Stadt waren kein Gegenstand des Privilegiums.

[499]) Hiedurch sind die Bestimmungen des Reichstags von Warschau vom Jahre 1764 implicite aufgehoben und die Stadt in ihre früheren Rechte wieder eingesetzt worden. Diese Rechte gründen sich in Bezug des Branntweins auf das Privilegium vom Jahre 1537 (Note 328), in Bezug auf Bier und Meth auf das Magdeburger Recht und die Gewohnheit (usus).

[500]) Die Tarifsätze unterlagen mehrfältigen Änderungen. Die k. k. Verzehrungssteuergesetze — wirksam seit 1. November 1829 — namentlich die im Jahre 1835 eingeführten Änderungen haben die Branntweinerzeugung aus der Stadt verdrängt und der Urproduction der Landwirthschaft überwiesen, daher die gebrannten geistigen Flüssigkeiten nach ihrer Gradhältigkeit bei der Einfuhr der Entrichtung des Erzeugungsentgeldes unterliegen.

[501]) Die Stadt-Wegmauth wurde der Stadt im Jahre 1788 bewilligt, im Jahre 1790 sind drei neue Mauthschranken (Wulka, Sichow, Kleparow) eröffnet, im J. 1816 die Tarifsätze erhöht und bestimmt worden, dass der fünfte Theil des Reinertrages zur Erhaltung des allgemeinen Krankenhauses zu verwenden sei.

Wage-, Mass-, Todtenbeschau-, Gerichts- und Polizeitaxen und Strafgelder[502]).

13. Bewilligt der Stadt den Jahrmarkt im Monat Jänner durch vier Wochen, und die beiden Jahrmärkte am St. Georgsplatze, für dessen Benützung der festgesetzte Reluitionsbetrag an den griechisch-katholischen Metropoliten zu entrichten ist[503]).

14. Bestimmt und beschreibt das Wappen der Stadt, und

15. spricht die Erwartung aus, dass sich die Bürger und Bewohner der Stadt dieser Freiheiten, Vorzüge und Begünstigungen nützlich bedienen, und bei Verlust und gänzlicher Aufhebung derselben sich keine Undankbarkeit und Untreue zu Schulden kommen lassen werden.

Im Jahre 1789 wurde die Conscription wiederholt und nach ihrem Ergebnisse hatte die Stadt und ihre vier Vorstädte, in derselben Ausdehnung wie heutzutage, insgesammt 2762 Nummern. Hierunter waren auch öde Gründe, Gründe, die mit anderen Realitäten vereinigt oder zu Strassen verwendet worden, daher die Zahl der wirklich bewohnten Realitäten auf 2200 vermindert wird[504]).

Die Anzahl der damaligen Gewerbe und Bewohner ist nicht angegeben. Im Jahre 1815 hat die Conscription die Bevölkerung mit 48.000, im Jahre 1850 mit 69.651, im Jahre 1857 mit 73.767 ausgewiesen, während in demselben Jahre die numerirten Realitäten 3258, die leeren Gründe noch etwa 450 betragen, daher seit achtzig Jahren beiläufig 600 neue Gebäude zugewachsen sind[505]). Der Be-

---

[502]) Die emphyteutischen Grundzinse und Laudemien (Veränderungsgebühren) sind durch die allgemeine Grundentlastung, die Gerichtstaxen durch das k. k. Stempelgesetz und die Aufhebung der Patrimonialgerichte entfallen; Strafgelder von Christen bezieht der Armenfond, von Juden seit 1843 der in der Errichtung begriffene Judenarmenfond; die Polizeitaxen für Traiteurien, Kegelbahn, Billards und Getränkeausschank bezieht der Stadtfond. Bürgerrechtstaxen hat bisher die Stadt bezogen, der Gemeinderath aber dieselben zur Hälfte dem St. Lazar-Spitale, zur Hälfte dem Unterstützungsfond für Gewerbsleute im Jahre 1869 bestimmt.

[503]) Der Agneten-Jahrmarkt ist vom Jänner auf den Juni verlegt. Der seit 1838 auf den 8. Juli bestimmte Wollmarkt wurde von der Handelswelt auf andere Zeit und Orte verabredet, die Georgsmärkte im Mai und October beschränken sich auf Gegenstände des Local-Hausbedarfes.

[504]) Stadtarchiv III. Abth. A. 389.

[505]) Provincial-Handbücher vom Jahre 1858 — 1869. Das Ergebniss der im Jänner 1870 begonnenen Bevölkerungsaufnahme ist zu erwarten.

sitzstand der Stadtgemeinde zu Ende des 15. Jahrhunderts beschränkte sich ausser der oben erwähnten Dotation an Stadtgebiet und den Obszary-Gründen auf das Rathhaus, Schulhaus, die zwei Spitalsgebäude St. Spiritus und St. Stanislaus, Stadtbad, Wachspresse (cerefrixorium, wo heutzutage das Haus Nr. 32 Stadt), Wage (pensatorium) und zwei kleine Wohnhäuser in der Nähe des Stadtspitals, wovon eines die Wohnung des Stadtschreibers oder Syndicus (dom pisarski, syndykowski) [506]. In den Jahren 1553 bis 1556 wurde das grosse städtische Zeughaus und der Gemeindespeicher, dieser als ebenerdiges Gebäude in der Bastei strumiłowska, neu gebaut; die Belagerung der Stadt durch die Türken im Jahre 1572 veranlasste die Ausbesserung der Festungswerke, den Aufbau zweier Stockwerke des Speichers und den Neubau eines zweiten Zeughauses, wozu der Provinciallandtag aus der städtischen Tranksteuer im Jahre 1575 den Beitrag von 2217 fl. 26 grosz 9 denar bewilligte. Dieser Realitätenbesitz der Stadt ging auf das Jahr 1772 über; der Ankauf der Güter Zubrza und Sichow in den Jahren 1507 bis 1509 blieb für das Vermögen der Gemeinde ohne Einfluss, da die Rathsherren diese Güter als zu ihrer speciellen Dotation gehörig betrachteten. Die Einkünfte waren den Ausgaben niemals gewachsen, und diese Unzulänglichkeit veranlasste die Regierung zu fortwährenden Verleihungen neuer Privilegien, als Wachspresse, Wage, Propination, Stand- und Marktgelder, Dollmetschergebühren, Bleiche, Wegmauth und Accise, und da diese zur Deckung der Gemeindeauslagen noch nicht hinreichten, und Gemeindesteuern schon seit dem Jahre 1404 (Communalbeiträge) beinahe fortan bleibend bestanden, so wurden bestimmte Objecte gewählt, von deren Besteuerung ein sicherer oder höherer Ertrag erwartet werden konnte, als z. B. die städtische Tranksteuer von Bier und Meth, Wasserzinse, Pflastergeld und das Oknowe [507]).

---

[506]) Stadtarchiv III. Abth. A. 2. Die Regierung hatte ausser dem oberen und unteren Schlosse kein Gebäude in der Stadt.

[507]) Das Pflastergeld (brukowe) wurde von den Besitzern der Realitäten an der Strasse, die gepflastert oder wenigstens als Fahrweg construirt war, per Elle der Hausfront zur Strasse entrichtet. Das Oknowe war keine Fenstersteuer, sondern eine Abgabe für die verglasten Auslagkästen der Verkaufsgewölbe oder Läden, per Gewölb 2 fp., im Jahre 1774 waren 40 solcher Auslaggewölbe. Stadtarchiv III. Abth. A. 42.

Die Beschlüsse des Provinciallandtages, der meistens in Sądowa wisznia, zeitweise auch in Lemberg gehalten wurde, waren hier massgebend [508]). Die Gemeinde behielt innerhalb der Grenzen des Magdeburger Rechtes ihre Autonomie, die sich auf die Regierung des jährlich gewählten Magistrates reducirte.

Die Rathsherren besorgten auch die Stadtkassegeschäfte, die verschiedenen Geschäftszweige unter sich vertheilend. Der Stadtschreiber führte die Kasseregister und jeder Rathsherr übergab ihm wochentlich den Conto der von ihm bestrittenen Ausgaben zur Eintragung. Hiezu hatte niemand anderer Zutritt. Die Beschwerden der Gemeinde über die Rathsherren wegen übler Gebahrung veranlassten die königlichen Verordnungen vom Jahre 1521 und 1526, dass die Rechnungen jährlich am Tage der Magistratswahlen [509]), d. i. 22. Februar, von drei Bürgern geprüft werden sollen. Aber die Rathsherren wollten sich anfänglich dieser Verordnung nicht fügen, verzögerten deren Activirung, endlich leisteten sie Folge, allein sie wählten sich selbst jene Bürger, welche die Rechnungen zu prüfen hatten. Neuere Klagen der Bürger führten endlich zur Errichtung des Ausschusses der Vierzig im Jahre 1577 [510]). Geschäftsvermehrung veranlasste Änderungen in der Administration, Theilung der Kassen, Errichtung der Stadtökonomie (Lonheria) und anderer Functionen. Der städtische Schematismus aus jener und der nächstfolgenden Zeit ist nicht arm an Titeln und Bedienstungen [511]).

König Johann Kasimir verordnete im Jahre 1663 [512]) die Vereinigung der königlichen, städtischen oder bürgerlichen und Wasserzugskassen in eine unter der Verwaltung dreier Ökonomen, von

---

508) Die Staatsauflagen — czysza, szos — so wie die wiederkehrenden Kriegssteuern — dupplex, donativum, kwarta — bleiben hier ausser Frage.

509) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 417 und 434.

510) Ebenda Nr. 623 und 625.

511) Domini Consules Residentes 6, Antiqui 6, Advocatus civitatis, Domini Scabini 12, Seniores Armenorum 12, Notarii 3 (officii consularis, judicii et Lonheriae), Syndicus, Quadraginta Viri, Regens Communitatis, Ostiarius praetorii, Proconsul nocturnus, Provisores hospitalium, Ecclesiarum (Cathedralis, B. M. V. Mariae ante portam Cracoviensem, S. Laurentii, S. Annae, S. Stanislai, S. Crucis in suburbiis), Scholae, Seniores contuberniorum, Viceadvocati suburbii Haliciensis et Cracoviensis, Seniores platearum, Centuriones, Patroni contuberniorum, Viceadvocati Villarum.

512) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 790.

denen einer aus dem Consulate, einer aus den Schöppen (Scabinen, Ławników), einer aus den Vierzig zu wählen war. Jeder hatte einen besonderen Kassenschlüssel, zur Bestreitung einer Ausgabe mussten alle drei einverstanden sein, wenn nicht, so wurde noch einer aus dem Consulat und einer aus den Schöppen ad hoc berufen, und wenn auch dann keine Einigung erfolgte, so sollte die Angelegenheit in Form eines Recurses an den König vorgetragen und dort entschieden werden. Dasselbe Verfahren war auch bei Abschliessung der Verträge vorgeschrieben. Dessenungeachtet hörten die Beschwerden der Gemeinde über den Magistrat nicht auf und führten endlich nach verschiedenen Verfügungen unter König Johann III. zu einer durchgreifenden Untersuchung und Entscheidung. Es wurden nämlich im Jahre 1746 vom Könige August III. sechs Ökonomen anstatt jener drei bestellt, wovon zwei aus den Schöppen, einer aus den Richtern der Armenier, zwei aus den Vierzigern und einer aus der armenischen Bürgerschaft zu wählen waren. Alle Zahlungen wurden nicht mehr nach Stimmeneinhelligkeit, sondern nach der absoluten Majorität wochentlich an den Notar der Ökonomie geleistet, welcher hierüber wochentlich, über die Wasserkasse aber monatlich die Rechnungen unter Beilegung der Quittungen abschloss, und diese Rechnungen wurden von eilf — jährlich gewählten — Mitgliedern geprüft.

Die Kasse des Gemeinderegenten (Obmanns der Vierzig) war abgesondert, sie erstreckte sich blos über Communalabgaben. Die Eintreibung der Rückstände hievon war ausschliessliches Agendum des „Judicium recuperatorium“, zu welchem aus den Rathsherren, aus den Schöppen, aus den Armeniern und aus den Vierzig je ein Mitglied zu wählen war. Dieses Gericht konnte Pfändungen, Licitationen und Personalarrest verfügen[513]).

Die Pflasterkasse (lithostratalis) war ebenso wie die Kasse der Schützenbruderschaft abgesondert[514]).

---

513) Stadtarchiv III. Abth. A. 42. Im Jahre 1774 haben die Rückstände an Communalauflagen über 100.000 fp. betragen.

514) Stadtarchiv III. Abth. A. 95, 230, 282 in Betreff der Pflastersteuer. — Über die Schützengesellschaft gibt theils das Stadtarchiv II. Abth. fasc. 185 und verschiedene in den ältesten Kassebüchern zerstreut vorkommende Notizen, mehr aber die Broschüre: Towarzystwo strzelcow miejskich, Lwow 1848, von Thomas Kulczycki Aufschluss.

Alle diese Institutionen mussten der am 1. November 1787 eingeführten neuen Organisirung weichen, wozu im Kassewesen schon im Jahre 1775 aus Anlass der Einführung des Militärbequartirungszinses Vorbereitungen getroffen waren. Die Gemeindevermögens-Administration wurde dem von der Regierung bestellten Magistrate unter Oberleitung des k. k. Landesguberniums übertragen, welchem die ämtlichen Erledigungen jedes einzelnen Geschäftsstückes — wochentlich bandweise — zur Einsicht vorgelegt werden mussten, und es ist kein Zweig der Administration, welcher der Controlle und Oberleitung der politischen Landesstelle entgehen konnte. Von dem Bürgerausschusse oder jenen Vierzig war — seit dem Jahre 1772 waren keine Wahlen mehr — keine Rede, und es lässt sich eine völlige Gleichgiltigkeit der Gemeinde in ihren eigenen Angelegenheiten wahrnehmen. Im Jahre 1792 wurde endlich ein Bürgerausschuss wieder eingeführt, er war von allen beeideten Bürgern aus ihrer Mitte — in sechzig Mitgliedern — zu wählen und nur in jenen Angelegenheiten um seine Zustimmung zu befragen, wo es sich um die Übernahme bleibender Leistungen handelte. Allerdings wurde hiedurch das Gemeingefühl wieder angeregt, gehoben wurde es erst durch die im Jahre 1837 von der Regierung angeordnete Erweiterung des Wirkungskreises des Bürgerausschusses bei Prüfung der städtischen Rechnungen, Vertragsabschlüssen, Material-Übernahmen, im Jahre 1845 bei Ausübung der Patronatsrechte über geistliche Pfründen[515]), endlich durch den Geist der politischen Strömungen des Jahres 1848, die durch das seither erwartete Gemeinde-Statut ihren Abschluss finden sollen[516]).

Der Besitzstand der Realitäten der Stadtgemeinde blieb vom Jahre 1772 bis zum Jahre 1786 insoweit unverändert, als es unter den Umständen, die mitlerweile eingetreten waren, geschehen konnte. Das zweite städtische Zeughaus, welches die Stadt der zu ihrer Vertheidigung nothwendigen königlichen Artillerie zur Benützung und zur Wohnung des Stadtcommandanten eingeräumt hatte, wurde vom

---

[515]) Provinz-Gesetzsammlung Jahr 1837 Nr. 66. Verordnung vom 14. April 1837. Instruction vom 6. Juni 1837. Hofkanzleidecret vom 13. März 1845, Z. 6980.

[516]) Vorläufig beschränkt sich das seit 1849 bestehende provisorische Statut auf die Bestimmungen des Wirkungskreises des Stadtgemeinderathes und auf den Wahlmodus desselben.

Reichstage im Jahre 1764 als nicht weiter nothwendig erkannt, zu veräussern beschlossen, und die Stadt musste — unter dem Eindrucke jener Zustände des Reichs, wie sie Rulhière beschrieb — sich diesen Beschluss ebenso gefallen lassen, als die damalige Entziehung des Propinationsrechtes; — zur wirklichen Veräusserung kam es nicht, denn die k. k. Truppen nahmen diese Realität einfach in Besitz, ebenso wie den Gemeindespeicher, worin die jahrelang hier gestandenen Moskowiter ihr Verpflegsmagazin untergebracht hatten. Ein privatrechtlicher Titel zum Besitz oder Eigenthum dieser beiden Realitäten, welche unstreitig Eigenthum der Stadt sind, ist für das k. k. Ärar nicht vorhanden. — Noch vor der Organisirung des Magistrates schenkte, wie oben erwähnt, die Regierung der Stadtgemeinde die Starostei-Juridik und verordnete der Stadtgemeinde, die Realität der Eheleute Johann Friedrich und Maria Preschel [517]) um 88.000 fl. rh. zu kaufen, wozu die Regierung der Stadt 38.000 fl. rh. zu 3½ Perzent Zinsen vorstreckte. Die Adaptirungskosten haben 3178 fl. betragen. In den Jahren 1788 bis 1790 erbaute die Stadt die städtischen Linienmauthhäuser — von denen einige seitdem wieder verkauft und andere wegen Änderungen der Linien gekauft wurden; — im Jahre 1800 kaufte die Stadt die Fleischbänke nächst der lateinischen Kathedralkirche, liess sie beseitigen und drei neue Fleischbänke erbauen, von welchen seitdem zwei, nämlich die im Stadtgraben nächst dem Krakauer Thore und die am Halitscher Thor, ebenfalls wieder abgetragen wurden [518]).

Im Jahre 1801 kaufte die Stadt die Realitäten Nr. 34 und 329 Stadt (Theater- und Redoutengebäude) um 68.721 fl., nachträgliche Reparaturen betrugen 1001 fl. 5½ kr. [519]).

---

[517]) Diese Realität war für die Unterkunft des k. k. Militär-Generals-Commando bestimmt, wofür das k. k. Militär-Ärar dann Miethzins zahlte. Früher war diese Behörde im Hause Nr. 56 Stadt (Wilczek) untergebracht. — Noch im letzten Decennium des vorigen Jahrhunderts wurde das in den Kaufschilling eingerechnete Religionsfonds-Capital von 50.000 fl. rh. sammt den Anlehen gezahlt, und alle Lasten sind extabulirt. Gegenwärtig ist dieses Haus das Hôtel zum englischen Hof, um 9200 fl. ö. W. jährlich verpachtet.

[518]) Die Veranlassungen dieser zweiten Abtragungen sind Rücksichten der Stadtverschönerung, Bau des gräflich Skarbek'schen Theaters.

[519]) Die Stadt hatte damals 30.000 fl. Überschuss im k. k. Hauptzahlamte deponirt. Theater und Redouten waren damals ein rentables Geschäft. Der Verkäufer selbst pachtete die Unternehmung auf fünfzehn Jahre um jährliche 4183 fl. 20 kr. Allein im Jahre

Im Jahre 1802 kaufte die Stadt das Gebäude des aufgehobenen Klosters der beschuhten Karmeliter von dem Religionsfond um 10.890 fl. 40 kr.[520]).

Im Jahre 1807 kaufte die Stadt vom Grafen Moritz Łoś 7105 Klafter Buchenscheiterholz und 600 Joch Waldung um 270.000 fl. rh. Hiezu hat die k. k. Regierung der Gemeinde 100.000 fl. rh. geliehen[521]).

Im Jahre 1808 kaufte die Stadt die armenische Mühle zur Beseitigung um 1000 fl., die Realität Torunski Nr. 46⁴/₄ um 1767 fl., das Haus Nr. 355²/₄ und das Haus Nr. 197 Stadt um 3490 fl. zur Strassenerweiterung, nebstdem wurden die Kirchhöfe theils vergrössert, theils neu errichtet und Wohnungen für die Todtengräber gebaut[522]).

Schon im Jahre 1790 hatte die Stadt von den am Ringplatze neben dem Rathhause befindlichen Häusern eines, vom Jahre 1827 bis 1834 aber die andern zehn Häuser angekauft, dieselben abgetragen und einen Neubau des Rathhauses begonnen, welcher sammt dem Thurme etwa eine halbe Million kostete und im Jahre 1834 vollendet war. Bei dem Bombardement der Stadt am 2. November 1848 ist der Thurm und der grösste Theil des Rathhauses abgebrannt, die Kosten der Wiederherstellung (am 22. November 1849 konnte die erste Gemeinderathssitzung im wiederhergestellten Rathhause stattfinden) haben über 100.000 fl. C. M. erfordert[523]).

1817 verringerte sich der Pachtzins, und im Jahre 1842 musste die Stadt etwa jährlich 800 fl. C. M. Zuschuss leisten, ungerechnet der Beiträge, welche die Regierung der Unternehmung zukommen liess.

[520]) Das Gebäude erscheint im Budget mit dem Zinsertrágniss jährlicher 6273 fl. ö. W.

[521]) Landtafel Lib. haered. T. 117. p. 82. Der Waldbesitz ist landtäflich mit Zubrza vereinigt, obwohl mehrere Meilen davon entfernt.

[522]) Der Łyczakower Kirchhof bestand schon im Jahre 1567, in den Jahren 1831, 1855 und 1861 wurde derselbe erweitert und seitdem regulirt. Der Stryier Kirchhof wurde im Jahre 1800, am spätesten der Kirchhof in der Zolkiewer Vorstadt errichtet, 1814 erweitert und 1855 gänzlich gesperrt.

[523]) Es sind dies die Häuser austerya, pod olejem, dann das vom St. Lazar-Spitalfond um 2055 fl., von Franz Mikolajewicz und Stanislaus Wisniowski um 25.500 fl., von Georg Manuwarda um 16.000 fl., von Simon Werner und Karl Mathe um 25.000 fl., von Georg Panatowski um 13.500 fl. C. M. Die feierliche Grundsteinlegung war am 21. October 1827.

Im Jahre 1846 kaufte die Stadt vom Religionsfonde einen Grund zur Erbauung eines Schulhauses bei Sanct Martin um 1085 fl. C. M.[524]). Die nach dem Jahre 1848 eingetretene Gemeinde-Repräsentanz — mit beschränkter Vormundschaft der Regierung — hat vorerst das abgebrannte Rathhaus sammt dem Thurme und der Uhr[525]) wieder hergestellt, die Ruinen des abgebrannten Theater- und Redoutengebäudes beseitigt und das Schulhaus bei St. Martin, das Feuerlöschdepot, Methbräuhaus, Branntwein-Distillatur und die neuen Tandelbuden in der Zolkiewer Vorstadt, das Kaffeehaus im Stadtgarten neu gebaut, die Realitäten Nr. 835 und $897^{1}/_{4}$ für das im Jahre 1854 neu errichtete städtische Waisenhaus[526]), das Haus Nr. 122 Stadt um 16.800 fl. ö. W. zur Eröffnung der Communication zwischen den beiden Armenier-Gassen, den Grund Nr. $352^{4}/_{4}$ für den Neubau der St. Anton-Schule, die Realität Nr. $726^{1}/_{4}$ zur Arrondirung des städtischen Karmeliter-Hofes, den Solskischen Grund als künftigen Marktplatz, die Realität Nr. $135^{2}/_{4}$ zur Arrondirung des Grundes des englischen Hofes, die Mauthhäuser am Stryier und Wulka-Schranken, die Realitäten Nr. 322 und $404^{2}/_{4}$ zur Benützung als Militärkasernen, Nr. 595 und $596^{1}/_{4}$ (vom Grafen Kalinowski) zur Verwendung als Bauhof gekauft[527]).

[524]) Das Schulhaus wurde im Jahre 1861 gebaut und der Bau kostete an 7000 fl. Conv. Münze.

[525]) Die Uhr am Rathhausthurme bestand schon seit der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts; — im Jahre 1788 hat die Stadt die Uhr von dem Jesuitenkirchthurme (die Jesuiten hatten im Jahre 1608 auch die Errichtung einer Sternwarte zugesichert) gekauft, — diese Uhr ist mit dem Einsturze des Thurmes am 14. Juli 1826 zu Grunde gegangen.

[526]) Das Haus $835^{1}/_{4}$ kostete 14.000 fl., die Adaptirung 3000 fl., das Haus $897^{1}/_{4}$ kostete 11.000 fl.; zu dem ersten wurde der durch Sammlungen aufgebrachte Fond, zu dem andern Hause jene 10.000 fl. verwendet, welche der k. k. Staatsminister Graf Gołuchowski, von einem Menschenfreunde zu Wohlthätigkeitszwecken bestimmt, der Stadt verliehen.

[527]) Den Grund $352^{4}/_{4}$ um 3000 fl., die Realitäten Nr. $726^{1}/_{4}$ um 5500 fl., Nr. $135^{2}/_{4}$ um 15.900 fl., die Mauthhäuser um 16.000 fl., den Solski-Platz um 8800 fl., die Realitäten Nr. $322^{2}/_{4}$ um 40.000 fl., Nr. $494^{2}/_{4}$ um 17.000 fl., Nr. 595 und $596^{1}/_{4}$ um 6400 fl. ö. W. — Zur Bestreitung dieser und anderer hier nicht erwähnten geringeren Ausgaben für den Ankauf unbeweglichen Gutes haben die Entschädigungen, welche die Stadt von den Eisenbahngesellschaften, und zwar von der Karl Ludwig-Bahn 24.580 fl., Lemberg-Czernowitz-Bahn 10.140 fl., Lemberg-Brody-Bahn 44.403 fl., dann für den Verkauf des Hauses Nr. 23 Stadt 7000 fl. und der Ruinen und des Grundes Nr. $297^{4}/_{4}$ 405 fl. erhalten hat, beigetragen.

Die Empfänge der Stadtkasse haben betragen:

im Jahre 1779	89.597	fl. rh.
„ „ 1780	113.248	„ „
„ „ 1781	106.411	„ „
„ „ 1782	85.767	„ „
„ „ 1784	81.896	„ „
„ „ 1785	83.922	„ „
„ „ 1786	62.215	„ „
„ „ 1790	138.598	„ „
„ „ 1791	160.361	„ „
„ „ 1850	302.958	fl. C. M.
„ „ 1851	297.878	„ „ „
„ „ 1852	343.338	„ „ „
„ „ 1853	292.476	„ „ „
„ „ 1854	342.468	„ „ „
„ „ 1855	388.289	„ „ „
„ „ 1856	387.694	„ „ „
„ „ 1857	396.964	„ „ „
„ „ 1858	422.334	„ „ „
„ „ 1859	454.955	fl. ö. W.
„ „ 1860	458.276	„ „ „
„ „ 1861	518.635	„ „ „
„ „ 1862	520.374	„ „ „
„ „ 1863	543.507	„ „ „
„ „ 1864	612.252	„ „ „
„ „ 1865	591.047	„ „ „
„ „ 1866	608.079	„ „ „
„ „ 1867	616.541	„ „ „
„ „ 1868	647.949	„ „ „
„ „ 1869	629.880	„ „ „
und sind im Budget 1870 auf	641.862	fl. ö. W.

veranschlagt [528]).

Aus der Vergleichung der Verhältnisse aus der Vergangenheit mit der Gegenwart ergibt sich vorerst die Gewissheit: dass der Ver-

[528]) Vom J. 1861 angefangen nach dem Stadtbudget. — Der Summe vom J. 1870 entspricht die Summe von 2,567.448 fp. Über die Thätigkeit des Stadtgemeinderathes vom Jahre 1849 bis October 1861 ist eine Druckschrift erschienen, die hier benützt wurde: Wydział król. stoł. miasta Lwowa i pogląd na jego działanie, bei E. Winiarz 1861.

waltungsapparat des Stadtgemeindevermögens vor dem Jahre 1772 den Erfordernissen, welche nach diesem Jahre eingetreten sind, zu entsprechen nicht im Stande gewesen wäre, ebensowenig als es der vom Jahre 1787 angefangene Verwaltungsapparat trotz der späteren Änderungen vermocht hätte, eine solche den Anforderungen der Zeit gerecht werdende Rührigkeit in allen Zweigen der Administration seit dem Jahre 1849 bisher zu entfalten. Diese Befriedigung wird vermehrt, wenn gefunden wird, dass die Ausgaben seit 1850 für Sanitätspolizei von 16.000 fl. auf 36.000 fl., für Schulen von 5000 fl. auf 54.000 fl., für Feuersicherheit von 1800 fl. auf 30.000 fl., für Stadtbeleuchtung von 25.000 fl. auf 48.000 fl., für Wasserversorgung von 2000 fl. auf 13.000 fl., für Strassen und Pflaster von 38.000 fl. auf 90.000 fl., für das Waisenhaus von Null auf 16.000 fl. gestiegen sind, — verstärkt und berechtiget aber durch die Erwägung: dass in Dingen, welche jedem einzelnen Bewohner der Stadt zu Guten kommen, nämlich Verbesserungen in der öffentlichen Reinlichkeit, des Trinkwassers, der Stadtbeleuchtung, Feuersicherheit, der Stadtpflasterung, der Volksbildung, zur Herstellung der Kirchen- und Schulgebäude und zur Armenversorgung kein unmittelbarer Beitrag von den Bewohnern, Grund- und Realitätenbesitzern der Stadt verlangt wird, überhaupt keine directe Communalauflage besteht. — So wird hier die der Stadt zugestandene Autonomie begriffen, der Standpunkt der Zeit wahrgenommen, und in dem Umstande, dass die Administration der k. k. Verzehrungssteuer seit 1. Mai 1863 an die Stadtverwaltung überlassen worden ist[529]), spricht sich das Vertrauen aus, welches die k. k. Regierung in dieselbe setzt, und hiedurch ist zugleich dargethan, dass die im §. 15 des kaiserlichen Privilegiums vom Jahre 1789 ausgesprochene Erwartung: die Bürger und Bewohner der Stadt werden sich der ihr verliehenen Freiheiten, Vorzüge und Begünstigungen nützlich bedienen, bis zur Stunde erfüllt wird.

Der zweite Theil dieser Erwartung des §. 15, dass sich die Bürger und Bewohner der Stadt keine Undankbarkeit und Untreue werden zu Schulden kommen lassen, nöthigt gleichwohl zu Erörterungen. Das kaiserliche Privilegium wurde zu einer Zeit erlassen, in

---

[529]) An Verzehrungssteuer entrichtet Lemberg gegenwärtig 314.000 fl. ö. W. jährlich.

welcher, wenngleich der 14. Juli 1789 bereits vorüber war, der durch die damaligen Ereignisse sich vorbereitende Umschwung der gesellschaftlichen und staatlichen Zustände Europas von keiner menschlichen Weisheit vorausgesehen werden konnte. In Lemberg insbesondere machte sich, wie bereits gesagt, eine Gleichgiltigkeit für alles Gemeinwohl geltend, die jeder neueren von oben ausgehenden Institution überaus günstig war. Unterschiede in den Nationalitäten und Confessionen schienen nicht vorhanden zu sein, das Privilegium erwähnt nichts davon, und die Staatspolitik kannte nur Christen und Nichtchristen, d. i. Juden, deren politische Stellung kurz vorher durch politische Verordnungen geordnet zu sein schien. In Folge dieses Indifferentismus blieb die zweite und dritte Theilung des Königreiches, dessen integrirender Theil zu sein Stadt und Landschaft Lemberg so beharrlich angestrebt und durch vierhundert Jahre genossen hatten, von sehr geringem Einfluss, wozu anderseits die Rücksichten und die späteren Rechtslehrern kaum begreifliche Schonung, wie seitens der Regierung gegen die in einigen Gegenden des Landes vorbereiteten Comité's damals vorgegangen wurde, nicht wenig beigetragen haben mochte. Hiedurch wurde Lemberg qualificirt, gleich den Hauptstädten der älteren Kronländer des Kaiserreiches alle ihr später auferlegten öffentlichen Leistungen an Gut und Blut zu übernehmen, mochten sie auch seit dem 4. October 1772 jede damals mögliche Berechnung übertreffen. Hiedurch ist thatsächlich mehr, als durch Adressen und Deputationen, deren Werth und Bedeutung nach Zeit und Umständen zu beurtheilen bleibt, die Treue der Stadt für das allerhöchste Kaiserhaus und zugleich auch die Neigung und das Gefühl der Zusammengehörigkeit und die politische Verbindung der Länder bekräftiget, ohne der Stadt den Zwang anzuthun, ihrer eigenen Geschichte zu vergessen, um so weniger, als mehrere Stellen im Wortlaute des kaiserlichen Privilegiums hieran anknüpfend erinnern. Während der langen Dauer der französischen Kriege, in welchen ebenso wie im Jahre 1866 der Pole gegen den Polen, der Deutsche gegen den Deutschen, die Dunkelheit der Zukunft als Endziel überlassend, focht, war die Stadt von der k. k. Militär-Garnison entblösst. Das Bürgerschützencorps und die im letzten Decennium des vorigen Jahrhunderts errichtete Bürgermiliz übernahmen während jener Zeit alle Dienste der Garnison, bewachten nicht blos alle k. k. Kassen und Magazine, sondern stellten auch Ehrenposten; es war dies eine

für die Gewerbe und die dabei betheiligten Familien empfindliche Leistung, daher in dieser Beziehung die seit 3. November 1848 eingetretene Sistirung der Bürgermiliz für die Gewerbe zwar vortheilhaft, für die neuere Entwicklung des geselligen und politischen Lebens Schattenseiten hat, die nicht zu unterschätzen sind und durch Vereine und deren Statuten nicht aufgewogen werden.

Sei es, dass der Zustand der Gesellschaft für die Erkenntniss des Einzelnen schwieriger geworden, weil in alle ihre Verhältnisse ein neuer, allenthalben regsamer Geist eingedrungen, wodurch die jederzeit vorhandenen Reibungen der Verschiedenheiten des Standes, der Beschäftigung, der Confessionen und Nationalitäten, deren Ansprüche und wechselseitige Vermengung vermehrt worden sind, so werden doch aus den zeitweise bitter und theuer erkauften Erfahrungen zwei Vortheile als errungen betrachtet werden können, nämlich die Erkenntniss der Gemeinschaft der Interessen, wodurch gegenseitige Duldsamkeit zur Nothwendigkeit geworden, und das Streben nach Legalität und dadurch nach wirklicher Freiheit auf friedlichem Wege, und diese Errungenschaft wird von der Gegenwart weder freiwillig oder aus abermaliger Gleichgiltigkeit, die nie wiederkehren kann, oder durch andere Einflüsse und Zeitereignisse veranlasst aufgegeben oder ihr entwunden werden.

VI.

BESCHREIBUNG DER STIFTUNGEN

DES STÄDTISCHEN

BÜRGERSPITALS ST. LAZAR

IN LEMBERG.

VON

CARL WILHELM RASP,
MAGISTRATS-SECRETÄR, CUSTOS DES STADTARCHIVES.



Beschreibung des Bürgerspitales in Lemberg.

Die Armenanstalt, welche unter der Benennung „St. Lazar-Spital" zu Lemberg jetzt besteht, hat gegenwärtig die Bestimmung verarmten und erwerbsunfähigen Bürgern der königlichen Hauptstadt Lemberg, oder auch ihren Frauen und Witwen auf ihre alten Tage der Dürftigkeit und Hilflosigkeit sorgenfreies Obdach, Bekleidung, Nahrung, Pflege und im Falle ihres Ablebens auch ein anständiges Begräbniss nach hierortigem Gebrauche zu gewähren.

Das Vermögen der Anstalt wird nach denselben Gesetzen von der Stadtgemeinde verwaltet, wie das Vermögen der Stadt, und es besteht jetzt:

a) In den Gütern Malechow und Skniłowek;

b) in einigen Grundstücken zu Biłohorszcz und Podborce;

c) in der Realität Nr. 43 in der Halitscher Vorstadt, wo das Institutsgebäude sammt der Kirche;

d) in öffentlichen Schuldverschreibungen (97524 fl.);

e) in Privatschuldverschreibungen (57047 fl.).

Das Jahreseinkommen wurde im Jahre 1864 auf 14041 fl.
die Ausgaben auf . . . . 13863 „
berechnet, worunter die Erhaltung von sechzig Personen im Hause und von dreissig Personen ausser dem Hause (Pfründner) mit 8695 fl. ö. W. mitenthalten ist.

Im Jahre 1867 waren für 100 Pfründner die Ausgaben mit 8408 fl., im Jahre 1868 mit 8590 fl., im Jahre 1869 mit 8200 fl. veranschlagt [1]).

Dieses Vermögen wurde hauptsächlich aus der unter der Regierung Kaisers Joseph II. am 19. September 1788 [2]) vorgenommenen

---

[1]) Stadtbudget 1864, 1867, 1868.

[2]) Verordnung des k. k. Landes-Guberniums vom 7. August 1788 Z. 18375. Magistratserlass vom 7. September 1788 Z. 5143.

Vereinigung dreier denselben Zweck verfolgenden Lemberger städtischen Stiftungen gebildet, nämlich

I. des heiligen Geist-Spitals, welches in der inneren Stadt in der Nähe der Jesuitenkirche bestand;

II. des St. Stanislaus-Spitals, welches vormals in der Krakauer Vorstadt war, wo heute die Realitäten N. C. 539 2/4 (Eigenthum des Herrn Ritters Kasimir von Zarski) in der St. Anna-Gasse, und N. C. 157 2/4 (Eigenthum der Stadtgemeinde) in der Stanislaus-Gasse;

III. des St. Lazar-Spitals in der ehemaligen Sokolniker-, heute Lazar-Gasse — in der Halitscher Vorstadt Nr. 43 1/4.

Nebstdem hat die k. k. Regierung nach der Aufhebung einiger Klöster und bei der Regulirung des Vermögens der christlichen Corporationen in Lemberg dem nunmehr vereinigten städtischen Bürgerspitale zugewiesen:

1. Das ganze Vermögen des an der Südseite der Mauer des Jesuitengartens bestandenen Klosters der Canonisserinnen [3]). Dieses Vermögen bestand in den von der Frau Theresia Bekierska gebornen Komorowska gestifteten Kapitalien von 50.000 fl. p. und 40.000 fl. p., und in dem Grunde (heute Eigenthum des Grafen Alexander Fredro und August Szmoniewski's N. C. 102 2/4) sammt den darauf befindlichen hölzernen Gebäuden, als Kapelle, Wohnhaus und Spital [4]). Der Grund sammt den Gebäuden wurde nach Abtretung eines zur Erweiterung der Syxtuska-Gasse erforderlichen Theiles um 1938 fl. 40 kr. im Jahre 1790 an Georg Manuwarda verkauft. Obige 50000 fl. p. waren seit 20. Jänner 1761 an die Gräfin Katharina Kossakowska ausgeliehen, sammt Interessen aus ihrer Verlassenschaft evincirt, das Kapital mit 12500 fl. berechnet auf dem Hause N. C. 293 Stadt gegen 5percent. Zinsen angelegt [5]); jenes Kapital von 40000 fl. p. war seit dem Jahre 1761 an den Grafen Joseph Mier gegen 10percent. Zinsen ausgeliehen, auf den Gütern Radziechow und Chołojow versichert, und wurde mit 10000 fl. rh.

---

[3]) Verordnungen des k. k. Landes-Guberniums vom 2. August 1790 Z. 17811, und 20. October 1791 Z. 25581.

[4]) Lemberger Schlossakten feria 3. ipso die S. Fabiani et Sebastiani A. D. 1761. — Feria 6. ante festum S. Priscae A. D. 1761. Acta officii Consularis A. D. 1786.

[5]) Stadtgrundbuch D. T. 13 p. 500. D. T. 17 p. 412. Liber obligat. Tom. 43 p. 64.

berechnet im Jahre 1803 sammt Interessen an die Stadtkasse für den St. Lazarfond eingezahlt. Die im Spitale der Canonisserinnen befindlichen zwölf Armen wurden nach St. Lazar übersetzt. — Von den Interessen beider Kapitalien wurde im Jahre 1798 eine fünfpercentige Hofkammer-Obligation pr. 10779 fl. angekauft und für den Lazarfond vinculirt, 1500 fl. wurden an die Stadt für geleistete Vorschüsse zurückgezahlt, 1125 fl. zur Bestreitung der täglichen Ausgaben der Spitalsverwaltung erfolgt, und 7700 fl. auf der Realität Nr. 406³/₄ als verzinsliches Darlehen angelegt [6]).

2. Die Stiftung des Samuel Pawłowski vom Jahre 1752 für zehn Arme. Das Stammkapital per 10000 fl. p. war auf der Realität heute N. C. 458¹/₄ versichert. Der jeweilige Besitzer hatte vierteljährig an jeden dieser Armen (im J. 1777) 2 fl. 30 kr. rh. zu entrichten. Das Kapital, mit 2500 fl. rh. berechnet, wurde dem Lazarfond zugewiesen, und die vorhandenen neun Armen nach dem St. Lazar-Spitale übersetzt. Das Gebäude, aus Holz im Hofe des Karmeliter-Klosters an dasselbe angebaut, wurde behufs seiner Beseitigung öffentlich licitando verkauft und der Erlös pr. 346 fl. 30 kr. rh. an den Lazarfond abgeführt [7]).

3. Das Vermögen des bei dem griechisch-katholischen Basilianerkloster St. Onuphry befindlichen Spitals wurde an den Kloster-Convent, an die Stauropigianische Bruderschaft und an das St. Lazar-Spital vertheilt, welches von dem Onuphry-Spitalsfonde, und zwar von dem auf dem Gute der Frau Sophia Papara zu Batiatycze versicherten Kapitale per 1071 fl. 25 kr. rh. und von der von Paul Szumlański gestifteten Summe pr. 125 fl. p. den Gesammtbetrag pr. 63 fl. 59 kr. rh., nebstdem das hölzerne Spitalsgebäude erhalten hat, welches bei der öffentlichen Licitation vom Basilianer-Convent um 200 fl. rh. erstanden wurde. Die vorgefundenen sechs Armen wurden in das St. Lazar-Spital übernommen [8]).

---

[6]) Verordnung des k. k. Landes-Guberniums v. 23. August 1787 Z. 19924, vom 4. October 1787 Z. 23181, vom 6. October 1798 Z. 29183, und 1. März 1803 Z. 5423. Stadtarchiv Abtheilung III. A. Seite 45 u. fgg. — Abth. II. fasc. 944. Landtafel, Liber fundationum T. 16, p. 162; Liber praenotat. T. 20, p. 84.

[7]) Verordnung des k. k. Landes-Guberniums vom 18. December 1791 Z. 30083. Stadtarchiv Abtheilung III. A. S. 15, 17, 25, 29, 37.

[8]) Halitscher Schlossakten feria 3. post festum Visitationis B. M. V. A. D. 1721. Verordnungen des k. k. Landes-Guberniums vom 16. November 1791 Z. 26761, vom

I. Das Heiligen Geist-Spital.

Bartholomäus Zimorowicz, welcher um die Mitte des siebzehnten Jahrhunderts Notar des Bürgermeisteramtes, später selbst Bürgermeister und Provisor des h. Geist-Spitals war, schrieb eine Geschichte der Stadt Lemberg [9]. Dyonis Zubrzycki, Mitglied des Bürgerausschusses im J. 1844, schrieb eine Chronik [10].

Beide melden, dass das h. Geist-Spital von den Lemberger Bürgern im J. 1377 gegründet wurde. Allein bei der über Anordnung des Gemeinderathes in jüngster Zeit vorgenommenen Regulirung des Stadtarchives sind Urkunden aufgefunden worden, in welchen von diesem Spitale als einer bereits im J. 1375 bestandenen Anstalt Erwähnung gemacht wird [11].

Die Zeit der Errichtung kann nicht erforscht werden, wahrscheinlich desshalb, weil im J. 1381 die Stadt von einer grossen Feuersbrunst heimgesucht wurde, wobei das Rathhaus und die Amtspapiere mit verbrannten; nur einige Pergamenturkunden sind erhalten worden.

Bald nach seiner Errichtung wurde nach dem Beispiele fast aller grösseren Städte der Abendländer dem Spitale der Name S^ti^. Spiritus beigelegt, daselbst ein eigener Geistlicher (Rector) bestellt und eine Kirche oder Kapelle gebaut. Der Bürger Nicolaus Boltz schenkte dem Rector des h. Geist-Spitales im J. 1399 seinen nächst der Spitalskirche befindlichen Grund, den er vom Bräuer Nicolaus Maydl um 20 Mark ruthenische Groschen gekauft hatte; die Hälfte dieses Grundes bestimmte Boltz für die Spitalskirche [12].

---

1. Mai 1792 Z. 13205, vom 26. Mai 1792 Z. 16233, und vom 5. Juli 1792 Z. 20032. Stadtgrundbuch Dom. T. 28. pag. 525. Stadtarchiv Abtheilung II. fasc. 437.

[9]) Codex archivialis urbis Leopoliensis. Stadtarchiv Abth. III. Nr. 259.

[10]) Kronika Miasta Lwowa przez Dyoniz Zubrzyckiego. Lwow 1844.

[11]) Fragmenta officii consularis A. D. 1382. Nach der bei Note 80 angeführten Urkunde scheint es, dass der Ruthene Michael Zabicz oder seine Eltern die h. Geistkapelle erbaut, und dieser dieselbe als sein Privateigenthum an den Lemberger Bürger Emnedyn und dessen Sohn Johann verkauft habe. In Betreff der Übertragung des Eigenthums dieser Kapelle an das städtische Spital ist bis jetzt keine Urkunde erforscht worden.

[12]) Stadtarchiv I. Abth. Perg. Urkunden Inventar Nr. 44.

In der vom Stadtnotar Peter Wolfram den 15. Februar 1403
gestellten Urkunde [13]) schenken die Eheleute Peter und Mar-
'etha Eyssenhüttel dem Spitale ein und dreiviertel Lan. Beide
kunden sind vom damaligen römisch-katholischen Erzbischof
:ob (Strzemie) bestätiget, letztere unter Vorbehalt des jährlichen
ıents an den Erzbischof und unter Wahrung der Rechte des
dtpfarrers; zugleich wird den damaligen Bürgermeistern der
dt: Peter Folmar, Peter Stecher, Johann Worst, Franz Rymer,
:hael von Brieg und Georg Crebl (auch Krebel geschrieben), und
n ihren Nachfolgern im Amte als Gewissenspflicht auferlegt, die
ındstücke des Spitals bestens zu verwalten und die Einkünfte für
Spital zu verwenden, wobei jede andere geistliche oder welt-
ıe Person von der Verwaltung und Jurisdiction ausgeschlossen
'd. — Der Geistliche Nicolaus, Sohn des Blasius, (von Zubrzycki
g Bazy genannt) schenkte im Jahre 1471 demselben Spitale
ındstücke in der Vorstadt psy rynek (Hundsring), heutzutage die
gend in der Bäcker- und Sacramentiner-Gasse [14]).

Der Edle Johann Chodorowski schenkte dem Spitale die Güter
czany, Mohiliszczė und Bolszow [15]), damals in der Landschaft
laczow, jetzt Brzezaner Kreis, Bezirke Chodorow und Bursztyn.

Wegen grosser Entfernung von Lemberg und Unsicherheit der
ten war das Erträgniss dieser Güter gering und ungewiss, die
wirthschaftung in eigener Regie beinahe unmöglich, daher wurden
Güter mit Bewilligung des Königs Kasimir [16]) vom Magistrate
gen das eine halbe Meile von Lemberg nördlich gelegene Dorf
lechow, wozu auch die Mühle Babiniec und zwei Ansässigkeiten
Dorfe Podborce gehörten, im Jahre 1489 vertauscht. — Aus ähn-
ıen Gründen hatte König Sigmund I. im J. 1526 die Stadt er-
chtiget, auch Malechow zu vertauschen [17]), hievon aber wurde
n Gebrauch gemacht.

---

[13]) Stadtarchiv I. Abth. Inventar Nr. 53.

[14]) Ebenda Perg. Urkunden Inventar Nr. 287.

[15]) Lemberger Schlossakten feria 4. post festum S^{mi}. Corporis Christi A. D. 1457.

[16]) Diploma Regis ddo Cracoviae feria 4. post Dominicam Palmarum A. D.
). Das Document wurde im J. 1830 vom k. k. Fiskalamt gegen Revers erhoben, bis
J. 1864 nicht zurückverlangt, und die endlich angestellten Nachforschungen waren
er ohne Erfolg.

[17]) Diploma Regis ddo. Piotrkow in conventu generali feria 6. post festum
versionis Sancti Apostoli A. D. 1526. Stadtarchiv I. Abth. Inventar Nr. 434.

Das Dorf Łuczany hat heute 1057 Joch mit 229 Einwohnern; Mohiliszcze, heute Nahoryńce genannt, hat 234 Joch mit 132 Einwohnern; Bolszow, heute Bolszowce, hat 2518 Joch mit 1690 Einwohnern; Malechow, Bezirk Lemberg, enthält 1100 Joch [18]) mit 589 Einwohnern. Nach den heutigen Verhältnissen hat das Spital durch den erwähnten Tausch mindestens zwei Drittel an Werth Vermögen verloren.

Malechow wurde anfangs jährlich, dann auf Lebenszeit der Pächter verpachtet, der Pachtzins gleich einem Kaufschilling bar auf einmal erlegt, und diese Methode der Benützung war dem Spitale sehr vortheilhaft.

König Sigmund III. im J. 1590 und König Johann Kasimir im J. 1663 [19]) bewilligten dem Spitale und dem Dorfe Malechow das Holzungsrecht in den Forsten der königlichen Starosteigüter Rokietnica, worüber die Stadt mit dem Starosten von Lemberg öfters in Streitigkeiten gerieth. — Im Jahre 1800 wurde das Holzungsrecht wegen eingetretener Verjährung nicht mehr anerkannt [20]).

Das Dörfchen Skniłowek, auch Knilowek, Krznilowek, und nach seinem früheren Besitzer Ritter von Opaczowski auch Ryczerzow genannt, war an das Spital für die Summe von 1800 fp. verpfändet. Der Eigenthümer Stanislaus Piruski verschrieb das Dorf dem Spitale an Zahlungsstatt der Schuld und der rückständigen Interessen. Der Reichstag und König Sigmund III. genehmigten im J. 1607 diese Erwerbung [21]). Das Dörfchen bestand aus vier Ansässigkeiten, und der Eigenthümer hatte das Recht eine Wegmauth — von jeder Fuhre einen Groschen — einzuheben, dagegen die Verpflichtung, den Weg fahrbar zu erhalten.

Diese Besitzung wurde anfänglich um jährliche 200 fp. verpachtet. Allein im Jahre 1622 zerstörten die Tartaren das Dorf; bei der allgemeinen Unsicherheit fand sich kein Pächter, weil Niemand

---

18) Handbuch des Lemberger Statthaltereigebietes Jahr 1858.

19) Stadtarchiv I. Abtheilung P. Urkunden Inventar Nr. 652 und 788. Schlossakten von Busk feria 3. post Dominicam Oculi 1627.

20) Verordnungen des k. k. Landes-Guberniums vom 8. November 1798 Z. 29797, v. 16. Juli 1800 Z. 15525, des Lemberger Kreisamtes vom 25. August 1800 Z. 3476.

21) Volumina legum. Warschauer Ausgabe v. J. 1732, Seite 1627. Stadtarchiv III. Abth. B. N. 3. (76, 858.)

die Kosten für den fundus instructus des Wirthschaftsbetriebes, und auch die Spitalsprovisoren die Kosten für die Wiedererbauung der Gebäude nicht wagen wollten [22]). Unter diesen Umständen beschloss der Magistrat den Verkauf des Dorfes, und weil ein solches nicht vorhanden war, eigentlich nur des Grundes, nach heutigem Ausmass 210 Joch [23]). Dr. Martin Campianus, einer der damaligen Bürgermeister, derselbe welcher nächst der lateinischen Metropolitan-Domkirche seine Familienkapelle errichten liess, kaufte das Dorf um 2500 fl. p. [24]) (damaliger Curswerth 625 Kremnitzer Dukaten). Obgleich die Spitalsprovisoren Melchior Scholz Wolfowicz, Dr. Erasmus Sixtus und der Präses des Stadtgerichts Bartholomäus Überowicz den Empfang des Kaufpreises Namens des Spitals bestätigten [25]), so protestirten dennoch gegen diesen Kauf der Lemberger Suffragan, Bischof von Nicopolis Thomas Pirawski, und der Archidiakon Johann Baranowski Namens des Erzbischofs Johann Andreas Prochnicki, des Metropolitan-Domkapitels und des Spitals [26]). Von dem hierüber entstandenen Streite des Magistrats mit der römisch-katholischen Geistlichkeit ist später die Rede.

König Sigmund III. bestätigte dto. Warschau am 6. März 1625 diesen Verkauf, jedoch mit der Beschränkung der Vererblichkeit des Dorfes auf die männliche Nachkommenschaft des Dr. Campianus, welcher dann in seinem Testamente (pridie Misericordiae A.D. 1629) [27]) den Besitzer des Dorfes zu sehr bedeutenden, einem Pachtschillinge gleichkommenden Leistungen an die Campianische Familienkapelle verpflichtete. Nun aber erlosch mit Johann Chrysostomus, dem einzigen Sohne des Dr. Martin Campianus, dessen männliche Descendenz, und seine an den Bürgermeister Caspar Scholz verheirathete Tochter, die einzige Schwester des Johann Chrysostomus, übernahm als Erbin das Dorf, welches sie sofort ihrer mit dem Bürger Andreas Krzczonowicz verehelichten Tochter als Mitgift gab. Nach den

---

[22]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 283.

[23]) Handbuch des Lemberger Statth. Gebietes v. J. 1858, Seite 480.

[24]) Lemberger Schlossakten feria 3. ante festum S. Catharinae A. D. 1622.

[25]) Lemberger Landgerichtsakten feria 5. post festum Epiphaniae Domini A. D. 1623.

[26]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 195, Nr. 72 u. 73. Lemberger Schlossakten Sabbatho post Dominicam Jubilate A. D. 1624.

[27]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 195, III. Abth. A. Nr. 267.

wiederholten Zerstörungen durch die Kosaken, Moskowiter und Tartaren in den Jahren 1648, 1655 und 1660 gab das Dorf kein Erträgniss, Krzczonowicz konnte die Verpflichtungen für die Familienkapelle nicht einhalten, in Folge dessen die Provisoren der Kapelle (P. Mathias Przychocki, P. Albert Wojankowicz, P. Albert Podgórski und der Bürger Philipp Ducci) in einen Vertrag einzuwilligen sich entschlossen, den Krzczonowicz mit dem Bürger Felician Kubinski am 7. September 1660 einging, wornach das Eigenthum des Dorfes an Kubinski überging, welcher dafür dem Krzczonowicz die Summe von 1500 fl. p. als Kaufschilling zahlte und sich zugleich verpflichtete, jährlich 140 fl. p. an die Campianische Kapelle zu entrichten [38]).

Indessen behaupteten die allmälig von diesen Vorgängen in Kenntniss gelangenden Bürger die Ungiltigkeit dieser Transactionen, weil die männliche Nachkommenschaft des Dr. Martin Campianus ausgestorben sei, die weibliche aber kein Erbrecht auf das Dorf habe, somit dasselbe wieder Eigenthum des Spitals geworden sei. Auf die diesfälligen Klagen der Bürgerschaft hat König Johann III. am 21. December 1676 eine eigene Commission zur Untersuchung dieser Angelegenheit delegirt. Die Commission fand das Dorf der Erde gleich (iniquitate temporum solo aequata, deleta) und erkannte, dass das Dorf den Eheleuten Sophia und Stanislaus Krzczonowicz, der sich Chrzczonowicz nannte, ein Sohn des Andreas war, und im Dienste des Fürsten Constantin Koributh Wisniowiecki, Woyewoden von Belz, stand, gehöre. Die Eheleute hatten der Commission eine Urkunde vorgelegt, wornach sie das Dorf dem königl. Oberstlieutenant Samuel Chrzanowski, dessen Ehegemahlin im J. 1652 bei der tapferen Vertheidigung des Schlosses zu Trembowla rühmlichst bekannt wurde, mittelst Cession abgetreten hatten.

Gegen diesen Ausspruch der Commission trat nun Dorothea Kubinska, zweite Ehegattin und Witwe des Felician Kubinski, klagbar auf, und der oberste Gerichtshof hob dto. Warschau 15. Mai 1677 die Entscheidung der Commission auf, liess das Gut der Witwe und respective Stiefmutter des Jakob Kubinski, welcher sich Kupinski schrieb und das Dorf im physischen Besitz hatte, zurück-

---

[38]) Lemberger Schlossakten feria quinta post Dominicam Reminiscere quadrages. A. D. 1677.

stellen, und liess anderseits dem Stanislaus Krzczonowicz den ordentlichen Rechtsweg offen [29]. Über die wiederholten Klagen der Bürgerschaft entschied der oberste Gerichtshof dto. Żołkiew 14. December 1685, dass das Dorf nach dem Ableben der Witwe Dorothea Kubinska in das Eigenthum des h. Geist-Spitals übergehen sollte. Allein die Zurückgabe des Dorfes an das Spital erfolgte noch nicht, indem sich die Familie Kupinski im Besitze zu erhalten wusste, weil während eines Zeitraumes von etwa achtzig Jahren stets Mitglieder dieser Familie im Consulate oder anderen wichtigen Stadtämtern dienten. Endlich mehrten sich die Klagen der Bürgerschaft gegen den Magistrat auch in Betreff anderer Dinge. Zur Untersuchung aller dieser Beschwerden wurde dto. Warschau 26. August 1744 eine eigene Commission delegirt, und nach dem Ergebnisse dieser Uutersuchungen wurde vom Könige August III. am 12. October 1746 [30]) entschieden, dass das Gut Skniłowek dem h. Geist-Spitale zurückzustellen sei, und dass auch die Campianische Kapellenstiftung keine Ansprüche auf das Gut habe. Das spätere, eben so umfangreiche Decret des königlichen Gerichtshofes vom 12. April 1753 [31]) entschied über die gegenseitigen Entschädigungsansprüche der Familie Kupinski, namentlich des Peter Kupinski, an den Magistrat und an den Spitalsfond.

Der Tabularstand (Landtafel) der Spitalsgüter Malechow und Skniłowek ist bis nunzu nicht geordnet. Nur auf Grundlage der Katastralfassionen (Malechow mit dem Erträgnisse von 396 fl. 30 kr., Skniłowek mit 95 fl. 45 kr.) ist das h. Geist-Spital als Eigenthümer intabulirt [32]), und im Activstande von Malechow erscheint das Privilegium des Kaisers Franz II. vom 10. Mai 1796 [33]), wodurch dem Dorfe Malechow jährlich zwei Jahrmärkte, am St. Johannes- und am St. Michaelstage, bewilliget werden. Die Jahrmärkte selbst, denen keinerlei Hinderniss im Wege steht, sind erst in neuester Zeit beinahe gänzlich eingegangen.

---

[29]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 195, Nr. 90, 91, 93.

[30]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 208, pag. 107.

[31]) Stadtarchiv III. Abth. Nr. 227, pag. 850.

[32]) Landtafel D. T. 117 p. 280. D. T. 402 p. 442—446. D. T. 111 p. 245. Liber fundationum 93. lit. A. pag. 188.

[33]) Stadtarchiv I. Abth. Inventar Nr. 844.

König Michael bewilligte den 3. November 1669 dem h. Geist-Spitale und dem Dorfe Skniłowek das Holzungsrecht in den königlichen Forsten zu Polana und Derewacz [34]). Heut zu Tage ist weder von dem Wegmauth- noch von dem Holzungsrechte mehr eine Rede. In Bezug auf die Wegmauth wurde jeder Versuch zur Ausübung unterlassen, das Holzungsrecht aber konnte weder im politischen, noch im gerichtlichen Wege behauptet werden. Der Brutto-Ertrag von Malechow und den Gründen zu Podborce betrug im J. 1868 3066 fl., von Skniłowek 357 fl. [35]).

Das h. Geist-Spital besass nebstdem in der heutigen Vorstadt Łyczakow, wo später das Kloster der Bonifratri zu St. Lorenz, jetzt das k. k. Militär-Garnisonsspital ist, einen Maierhof, der wegen Beunruhigung des Besitzes durch feindliche Überfälle im J. 1580 nur um 100 fp. verpachtet war [36]). Das Spital übernahm an Zahlungsstatt der Schuld von 1500 fl. p. sammt Zinsen im Jahre 1628 von den Eheleuten Caspar und Theresia Gulinskie ausgedehnte Grundstücke in der Janower Vorstadt, erlangte durch Vermächtniss im J. 1495 von der Dorothea Mayssl einen Garten [37]), und im J. 1594 von der Sophia Handl, derselben welche die St. Sophia-Kapelle erbauen liess, ebenfalls einen Garten [38]).

Durch andere Vermächtnisse gelangte das Spital zu Activkapitalien, welche gegen Hypothek und übliche Verzinsung ausgeliehen wurden.

Als Wohlthäter des Spitals können nebst den bereits Genannten angegeben werden: der lat. Erzbischof Johann Tarnowski, der Weihbischof Thomas Pirawski, die lat. Canonici Martin Kurowski, Martin Habermann, Andreas Grudziec Pfarrer in Dawidow, P. Christoph Sikorski, Nicolaus Mielecki Woyewode von Podolien, Johann Tarło Woyewode von Sandomir, die Bürger Dr. Jakob Scholz, Johann Scholz und Caspar Scholz, Balthasar Grabowski, Hieronym Krzeczowski, Johann Ulicki, Robert Bandinelli, Johann Sommer, Anton

---

[34]) Stadtarchiv I. Abth. Inventar Nr. 793.

[35]) Stadtbudget 1868.

[36]) Acta officii consularis feria 2. die decollationis S. Joannis Bapt. A. D. 1580.

[37]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 339.

[38]) Acta officii consularis Sabbatho pridie pentecostes A. D. 1614. — Feria 4. ante Reminiscere quadrag. A. D. 1628. — Sabbatho pridie Dominicae Palmarum A. D. 1652.

Zorn, Johann Szatkrew, Nicolaus Barcz, Bartholomaeus Zimorowicz, Franz Ozgiewicz, Adam Faurbach, Jodok Glatz, Stefan Warterasiewicz, die Frauen Ursula Kraus, Katbarina Grünwalt, Katharina Gibl, Klara Faurbach, Regina Bulaczkowska u. a. m.

Ohne die Einkünfte von Malechow zu rechnen, hatte das Spital nach den Rechnungen des Zimorowicz im J. 1653

an Zinsen von Gründen	644 fl.	28 gr.
von Kapitalien	4164 „	25 „
im J. 1701 Einnahmen	4404 „	25 „
Ausgaben	2793 „	28 „
„ „ 1702 Einnahmen	1902 „	29 „
Ausgaben	2254 „	19 „

und in solchen Fällen wurden zur Deckung des Abganges auch sicher angelegte Activkapitalien angegriffen [39]).

II. Das St. Stanislaus-Spital.

Die Zeit der Errichtung kann auch bei diesem nicht mit Gewissheit angegeben werden.

Vom Jahre 1404 angefangen wird eines Gartens erwähnt, welchen das h. Geist-Spital in der Krakauer Vorstadt besass [40]). Dorthin wurden bei guter Witterung die Kranken aus dem Spitale in der Stadt zur Erholung geschickt, dort ein Haus gebaut, und als Sanitätsmassregel eingeführt, dass die mit ansteckenden Hautkrankheiten Behafteten (leprosi) dahin zur Heilung gebracht wurden. Hieraus entstand ein zweites Spital, dem der Name St. Stanislaus beigelegt wurde; es ward von zwei Provisoren verwaltet und stand unter der Oberaufsicht des Magistrates.

In den Akten des Bürgermeisteramtes vom J. 1461 wird dieses Spitals ausdrücklich erwähnt [41]), und im J. 1463 Hans von Grodig als Verweser der Siechen vor dem Krok'schen Thore genannt.

In der Notariats-Urkunde dto. Laszki 27. September 1495 ist das Testament der Lemberger Bürgerstochter Dorothea Mayssl enthalten [42]), welche dem St. Stanislaus-Spitale einen Garten vermacht.

---

[39]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 225.

[40]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 1.

[41]) Acta officii consularis Tom. I. pag. 22, 67, 73.

[42]) Stadtarchiv I. Abth. Invent. Nr. 339, II. Abth. fasc. 24.

Bei dem feindlichen Einfalle der Wallachen im J. 1509, welche die Stadt einige Tage belagerten, wurde das Spital und dessen Kapelle ein Raub der Flammen. Nach dem Abzuge der Feinde unternahm es der Bürger Johann Kochno (ein Armenier), theils aus eigenen Mitteln, theils durch die von ihm gesammelten Beiträge das Spital wieder zu erbauen. Den Wiederaufbau der Kapelle übernahmen der Lemberger Landrichter Felix von Ba/uczyn und seine erste und zweite Gemahlin Barbara und Dorothea, Beide aus dem Hause der Kluss von Wyzniany.

König Sigmund I. bestätigte im Diplome vom Mittwoch nach Laetare 1510[43]) die Stiftung, und bestimmte im Diplome vom J. 1518[44]), dass aus der zur Lemberger Starostei gehörigen Mahlmühle zu So/onka dem Spitale jährlich 30 K/ody Mehl abgestellt werden sollten[45]).

Dieses Mehl wurde jedoch niemals gegeben, und etwa 120 Jahre später schrieb ein nachfolgender Spitalsprovisor bei der betreffenden Einnahmspost im Hausregister die Randglosse: Domini provisores judici vivorum et mortuorum respondebunt, wahrscheinlich weil sie die Ablieferung des Mehls einzumahnen und einzuklagen unterliessen.

Dessungeachtet fehlte es in der Nation nicht an Wohlthätern, von welchen hier angeführt werden: Michael Maliczkowski (magnus procurator, wielkorządca des Königsschlosses zu Krakau), Nicolaus Trzebieński Lemberger Unterkämmerer, Mathias Kamocki, Nicolaus Mielecki Woyewode von Podolien, Johann Mańkowski Notar des Landgerichts zu Zydaczow, Paul Koz/owski, Sebastian Chwa/, die Gemahlin des Reichskanzlers Stanislaus Żo/kiewski, Karl Chodkiewicz Oberfeldherr von Lithauen, die Lemberger lat. Erzbischöfe Zamojski und Tarnowski, Nicolaus Kisliss, genannt Kislicki, Probst von Zamość, P. Lorenz Dąbrowicki Vikär zu St. Laurenz in Lemberg, P. Valentin Bia/ecki aus Sędziszow, P. Andreas Olpner Spitalskaplan, dann Pfarrer zu Zubrza, P. Caspar Bia/obrzeski, Andreas Zagórski, Lucas Opalski, die Bürgermeister Johann Scholz, Med. Dr. Johann Dobromirski und seine Ehefrau Anna Langiewicz, Med.

---

[43]) Acta judicii terrestris Leopol. feria 6. die S. Jacobi Apostoli A. D. 1511.

[44]) Lemberger Schlossakten Sabbatho festi Sti. Francisci A. D. 1705.

[45]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 470. Eine K/oda Korn wog 532 poln. Pfund oder 387 Wiener Pfund.

. Michael Boim, die Bürger Michael Ołtarzewski, Christoph und
:org Kuhn Eisenhändler aus Mühlberg in Sachsen, die Weberzunft,
efan Ubaldini, Mathias Krakowczyk, Sigmund Gąsiorowski,
anislaus Gielar, Adam Gidelczyk, Georg und Anna Glatz geborne
chno zu Krakau, Bartholomaeus Podolski, Nicolaus Jacimirski u. a. m.

Das Spital besass die Mühle Grabowiec und den Teich Ostrożce zu Nawarya, dessen Fischnutzen von drei Jahren im J. 1637
ı 100 fp. verpachtet war, eine Mühle und Teich zu Wyzniany, im
1513 um 5 Mark (80 fl. p.) verpachtet [46], Grundstücke in der
ılitscher Vorstadt (na skalkach), den heutigen Jablonowski-Platz [47],
'undstücke bei St Georg und bei dem Dorfe Biłohorszcz [48]. Diese
:zteren Gründe waren parcellenweise jeder zu 102 Ellen Länge
ıd Breite an Ansiedler gegen Entrichtung emphyteutischer Zinse
rtheilt. Die Verweigerung der Zinszahlung wurde als Rebellion
:trachtet, und diese Ansicht verwickelte den Magistrat, der diese
nse einzubringen bemüht war, in Verdriesslichkeiten, indem auf den
ıtrag des Canonicus Nicolaus Poniatowski die Stiftung des Stanisus-Spitales vom Erzbischofe bestätigt und das gesammte Spitals-
:rmögen der Freiheit und Immunität der Kirche einverleibt worden
ar [49], und König Władysław IV. am 24. October 1637, das Diplom
:s Erzbischofs bestätigend, das Spitalsvermögen von allen Abgaben
:freite. Daher konnte es auch geschehen, dass P. Valentin Skrobiowski, juris utriusque Doctor und Kanzler des Vicarius in spiritualibus,
n 19. März 1643 die Bestrafung der Consulen bei dem geistlichen
erichte dafür verlangte, dass sie von den emphyteutischen Besitzern
ılcher Spitalsgründe öffentliche Steuern einhoben.

Das Spitalseinkommen hat im J. 1619 4374 fl. 1½ gr. p., die
ısgaben 3922 fl. 1 gr. p. betragen [50].

---

[46]) Acta judicii terrestris Leopol. 25. Juli 1511. Acta off. Consul. Leop. feria 2. fra octavas Smi. Corporis Christi A. D. 1513.

[47]) Acta off. Cons. feria 5. post Dom. Reminiscere A. D. 1592. Krakauer Schlossten Sabbatho post festum S. Petri in vinculis A. D. 1577 und feria 3. post festum sumptionis B. M. V. A. D. 1591.

[48]) Acta judicii terrestris Leopol. feria 5. post festum S. Bartholomaei A. D. 40, et feria 5. post festum S. Adalberti A. D. 1542. Acta off. Consul. Sabbatho pridie minicae Misericordiae A. D. 1614.

[49]) Stadtarchiv II. Abtheilung fasc. 1390 und 1393. III. Abtheilung A. N. 237 g. 66, 98.

[50]) Stadtarchiv III. Abth. A. N. 235.

III. Das St. Lazar-Spital.

Der Lemberger Bürgermeister Paul Novi-Campianus besass Gründe auf der Anhöhe Kalicza góra in der Halitscher Vorstadt [51]). Sein College Dr. Erasmus Sixtus begann eine Agitation, um diese Gründe für die Stadt zurückzuerlangen, und seine Gründe gränzten mit denen des Campianus. — König Stefan erliess am 24. November 1582 ein Rescript an den Magistrat mit dem Befehle, den Campianus wegen seiner Verdienste um die Stadt, besonders zur Zeit der Pest, im Besitze dieser Gründe nicht zu stören, und sie übergingen nach seinem Ableben auf seine Kinder, nämlich seinen Sohn Martin, Doctor artium, philosophiae et medicinae, und seine Tochter Susanna, welche sich mit dem im Jahre 1597 von Warschau nach Lemberg eingewanderten Tuchhändler Markus Scharfenberger verehelichte. Scharfenberger hatte am 23. Juli 1597 das Bürgerrecht erlangt, und wurde am 22. Februar 1603 in den Vierziger Ausschuss gewählt. — Die Agitationen begannen neuerdings, und König Sigmund III. erliess im J. 1608 zum Schutze der Erben des Paul Campianus ein ähnliches Rescript wie König Stefan. Jedenfalls mochten diese Agitationen Mitveranlassung sein, dass Scharfenberger um dieselbe Zeit auf der Anhöhe Kalicza góra — am obern Ende der heutigen Töpfergasse — ein Haus zur Unterkunft für Kranke, und in geringer Entfernung hievon ein zweites Haus zur Wohnung des Seelsorgers (izba komnata z sienią dla księdza) baute [52]).

Zur Zeit Scharfenbergers war in Lemberg die Rosenkranzbruderschaft in der Stadt-Dominikanerkirche in Blüthe. Es gehörte damals zum guten Ton Mitglied dieser Gesellschaft zu sein. Scharfenberger war ebenfalls eingeschrieben, und die Bruderschaft suchte ihn zu bewegen, das von ihm errichtete Spital an sie zu überlassen, wozu er nicht einwilligte. Nach seinem Tode wurde die Verhandlung mit seiner Witwe, ihrem Sohne Albert und ihrem Bruder Dr. Martin Campianus wieder aufgenommen. Anfänglich wollten auch die Erben auf die Anträge der Bruderschaft nicht eingehen, allein diese fand Ver-

---

[51]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 234.

[52]) Stadtarchiv II. Abtheilung fasc. 18. — III. Abtheilung A. N. 267, pag. 136.

mittler und die Angelegenheit erregte allgemeine Theilnahme. Die Gründe der Weigerung sind nirgends angegeben.

Die Bruderschaft wurde durch den Provincial und den Prior des Dominikaner-Convents vertreten, und diese suchten den Satz geltend zu machen: was zur Ehre Gottes einmal gegeben wurde, das könne nicht zu etwas Anderem gebraucht werden. Man einigte sich endlich auf Schiedsrichter, wozu die Dominikaner Namens der Rosenkranzbruderschaft den Thomas Pirawski, Domdechant, Bischof von Nicopolis und Suffragan — die Erben Scharfenbergers die Bürgermeister der Stadt wählten. Diese Schiedsrichter vermittelten endlich einen Vergleich, in welchem die Dominikaner den Erben vorerst alle den 16. August 1618 am Rathhause gesagten Grobheiten verziehen, die Erben hingegen das Spital sammt Einrichtung und Grundstücken der Bruderschaft überliessen, welche sich zur Erhaltung und möglichsten Erweiterung des Spitals verpflichtete; das Vermögen und die Verwaltung bleibe unter gemeinschaftlicher Oberaufsicht der Bruderschaft und der Bürgermeister. Im Vergleiche ist zugleich erörtert: dass die Luft an der Anhöhe zu rauh, der Zugang besonders zur Winterszeit zu beschwerlich, von der Strasse zu entfernt, daher das Spital in die Nähe des neuerbauten Dominikaner-Klosters St. Maria Magdalena in die Sokolniker-Gasse zu übertragen sei.

Einen andern Theil dieser Gründe bestimmte Susanna Scharfenberger (Ostrogórska genannt) im J. 1626 für die von ihr erbaute Kirche St. Marcus [53]), welche im J. 1763 Pfarrkirche, im J. 1786 aber aufgehoben und für den Religionsfond verkauft, die Pfarre aber nach dem aufgehobenen Trinitarier-Kloster St. Nicolaus übertragen wurde[54]). Einen Theil der erwähnten Gründe kaufte Susanna Scharfenberger und ihr Sohn am 12. April 1630 um 420 fl. p. von der Rosenkranzbruderschaft zurück, und dieser Theil kam dann an Johann Chrysostomus Campianus, dessen Mutter nach dem Tode ihres Sohnes im Kloster St. Katharina in Lemberg ihre Tage beschloss; den Grund aber erlangte Georg Dzieduszycki, welcher ihn im J. 1729 dem Karmeliter-Kloster verschrieb, welches noch jetzt denselben Grund, worauf die von Scharfenberger erbauten zwei Häuser stehen, besitzt.

---

[53]) Akten des röm. kath. Metrop. Consistoriums v. J. 1626 und 1630.

[54]) Acta off. Consul. Tom. 109 pag. 299, Tom. 38 p. 949. Hofkanzleidecr. v. 18. November 1788.

und erst in neuester Zeit in Folge richterlichen Urtheiles über den ex lege diffamari angestrengten Civilprocess als Eigenthümer N. C. 261 $^1/_4$ intabulirt wurde[55]). Die obige Vergleichs-Urkunde wurde am 17. October 1618 in die Lemberger Schlossakten eingelegt; sie enthält über den Zweck des Spitals folgende Worte: „damit die kranken und schmerzhaften armen Leute, die auf Misthaufen in den Gässen liegen, nicht zu Grunde gingen und die durch das Blut des Herrn Christus erlöset, nicht unchristlich sterben“ [56]) — dem Andenken Scharfenbergers ward ein Anniversarium in der Spitalskirche zugesichert.

Kaum war der Vergleich zu Stande gekommen, als sogleich der Erzbischof Johann Andreas Pruchnicki durch seinen Bevollmächtigten P. Kozłowicz 300 fp. zu weiteren Grundankäufen, und 200 fp. als Anfang einer bleibenden Dotation eines Spitalseelsorgers an die Bruderschaft übersandte; andere Beiträge sowohl von Privaten als auch von den beiden Lemberger Dominikaner-Conventen flossen so reichlich ein, dass nicht nur die nöthigen Grundstücke angekauft, sondern auch das Institutsgebäude sammt der Kirche St. Lazarus erbaut werden konnten, wie sie jetzt noch bestehen. Der Baumeister Ambrosio aus Engadin gebürtig erhielt wegen seiner Leutseligkeit und Vorliebe für den Bau den Zunamen Przychylny. — Der Magistrat bewilligte dem Spitale den Bezug des Wassers [57]) in der Dicke eines Daumens aus der städtischen Wasserleitung. König Władysław IV. bestätigte ddo. Warschau 5. August 1634 den obigen Vergleich [58]) und legte der Rosenkranzbruderschaft die Pflicht auf, die Provisoren des Spitals zu wählen, welche für den Unterhalt der Spitalsarmen zu sorgen haben; der Prior des Lemberger Dominikaner-Convents und die Senioren der Bruderschaft aber sollen darüber wachen, dass das Spitalsvermögen, welchem die Steuerfreiheit zugestanden wurde, ordentlich verwaltet und nicht vergeudet werde.

Diese Bestimmungen gaben jedoch Anlass zu Zwistigkeiten. — Der Bürgermeister Mathias Hayder war im J. 1642 Senior der

---

55) Stadtgrundbuch D. T.

56) „Aby ci ubodzy schorzali y zbolali ludzie w gnojach po ulicach leżący nie poniewierali się, ani Chrystusa Pana krwią odkupieni niechrześciansko umierali.“

57) Acta off. Consul. pridie Dom. Misericordiae A. D. 1623.

58) Stadtarchiv III. Abth. A. N. 267, Seite 136.

Bruderschaft, bei ihm waren die Spitals-Rechnungsbücher aufbewahrt. — Der Dominikaner-Prior P. Reginald Pruszkowski und P. Andreas Poznański verlangten im Namen des Convents und der Bruderschaft die Herausgabe dieser Bücher, die dem Bürgermeister unter Androhung einer Geldstrafe von 30000 fl. p. (ddo. Warschau feria 6. ante festum S. Margarethae A. D. 1642) vom Reichsgerichtshof aufgetragen wurde. Allein auf die Vorstellung des Hayder suspendirte das weltliche Gericht diese Angelegenheit bis zur Austragung derselben vor dem geistlichen Gerichte [59]). Die Dominikaner aber erwirkten indessen vom Könige Władysław IV. unterm 10. October 1642 [60]) ein neues Diplom, worin das gesammte Spitalsvermögen in die Freiheit und Immunität der Kirche einbezogen, und vorgeschrieben wird, dass die Spitalsrechnung im Convente der Dominikaner in der Stadt gelegt werden müsse.

Nicht volle drei Wochen vom Tage der Ausfertigung dieses Diplomes erschienen die vorerwähnten Dominikaner in feierlicher Begleitung des Johann Mogilski ministerialis Regni generalis, des Adam Tomiecki Consistorial-Notars, des P. Valentin Skrobiszewski J. U. Dr. und Vicarius in spiritualibus, des Archidiaconus Stanislaus Lubieniecki und der Spitalsprovisoren im Rathhause zur Zeit der Magistrats-Sitzung und forderten den Bürgermeister Hayder auf, zwei Spitalsregister herauszugeben. Hayder verweigerte dies, war aber erbötig die Register dem Consulate der Stadt zu übergeben, und die Feierlichkeit schloss vorläufig mit Protesten und Gegenprotesten. — Der Consistorial-Notar Tomiecki klagte später (26. März 1643) gegen den Dominikaner-Prior Stanislaus Słomowski, als habe dieser den Ministerialis Regni zur Erstattung eines falschen Amtsberichtes verleitet. Hauptsächlich diese Klage mochte den lat. Erzbischof Stanislaus Grochowski, dessen zeitweilige Abwesenheit für die Anregung dieser Angelegenheit benützt worden, bei seiner Rückkehr nach Lemberg veranlasst haben, sich für die Consulen und gegen die Dominikaner auszusprechen, welche er mit dem Interdicte belegte. Diese appellirten nach Rom, wohin sich der Provincial mit dem Prior selbst begaben. Das Ergebniss dieser Reise und das Ende des Streites

---

59) Acta officii Consularis Leop. 27. October 1642.

60) Stadtarchiv II. Abtheilung fasc. 18. Acta Castri Leopoliensis Lib. 556 — 842.

sind in den damals durch den Druck veröffentlichten Aussprüchen des Auditors Causarum Carlo Cerri vom 27. Jänner und 15. Mai 1645 enthalten [61]), worin die Dominikaner aller Censuren schuldlos erkannt und ihnen die Oberaufsicht über das St. Lazar-Spital zugesprochen wurde.

Es unterliegt keinem Zweifel, dass nach dem Ableben des Hayder und des Erzbischofs Grochowski das Consulat die verlangten Spitalsbücher an die Rosenkranzbruderschaft, respective an die Dominikaner ausgefolgt habe, und dass dieselben Bücher später bei Vereinigung der drei städtischen Spitäler und Aufhebung des Dominikaner-Klosters zu St. Maria Magdalena bei dem Spitale verblieben, von wo sie theilweise an den Magistrat und in das Stadtarchiv gelangt sind [62]).

Durch Vermächtnisse und Schenkungen hat das St. Lazar-Spital ein Vermögen erworben, welches in Activkapitalien im J. 1771 die Summe von 32083 fl. p. erreichte [63]).

Die Einkünfte im J. 1772 betrugen	2460 fl. 13 gr. p.
die Ausgaben	870 fl. 21 gr. p.
die Einkünfte im J. 1786	5645 fl. 21 gr. p.
die Ausgaben	3634 fl. 19 gr. p.

Die Wohlthäter des Spitals waren ausser den Vorbenannten die Edlen Rafael Dzieduszycki, Peter Milewski, Adam Dzierzek aus Derszow, Peter Wilżynski, Jakob Stogniew aus Bruchnal, Johann Mikięski aus Bromberg, der Erzbischof Johann Tarnowski, der Suffragan Thomas Pirawski, die Canonici Stamirowski und Baranowski, P. Christoph Sikorski, P. Stanislaus Szydłowski, P. Paczek de Wrocimowice Schlosspfarrer zu Brzeżan, P. Michael Monterz-Brzeski, P. Peter Kolacki zu Budzanow, der Bürgermeister Jakob Scholz, die Eheleute Mathias und Katharina Giestko, Christoph und Hedwig Birak, Jakob Boni, Adam Zembrzycki genannt Chłop, Johann Szeliga, Hans Alant aus Danzig, Adalbert Błachownik, Stanislaus Maydasiewicz, Adam Łychowski, Thomas Kapnik, Katharina Pełka, Anna Robczynska, Elisabeth Jacimirska, Barbara Niedziałkowicz, Magdalena Faurbach, Martha Masara u. a. m.

---

[61]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 18.

[62]) Confirmatio jurium hospitalis S. Lazari. Acta castr. Leopol. feria 6. post Dominicam Reminiscere Quadrages. A. D. 1749.

[63]) Stadtarchiv III. Abth. A. N. 263.

Verwaltung.

Jedes Spital wurde von zwei Provisoren verwaltet, welche für St. Lazar von der Rosenkranzbruderschaft, für die anderen beiden Spitäler alljährlich am 22. Februar bei den Wahlen der Beamten für die Stadtämter neu gewählt, oder die des Vorjahres weiter beibehalten wurden.

Das Amt wurde als eine Auszeichnung und Ehrensache angesehen, und nirgends findet man eine Angabe hinsichtlich ihrer Entlohnung — Ihre Pflichten bestanden in der Führung der eigentlichen Hauswirthschaft, Besorgung der Unterkunft, Beköstigung, Bekleidung, Pflege der Kranken, Herstellung aller Reparaturen an Gebäuden, Einrichtung aller Hauserfordernisse, Brenn- und Bauholz, die Provisoren übernahmen alle Zahlungen an Grund- und Kapitalszinsen sorgten für weitere sichere Anlegung der Kapitalien, schlossen alle Verträge und vertraten das Spital vor Gericht. Für den Verkauf oder Tausch unbeweglichen Fondsgutes war die Zustimmung des Magistrats, der 40 Männer (des Bürgerausschusses) und die Genehmigung der Regierung erforderlich. — Grundcomplexe in der Nähe der Stadt wurden parzellirt, die Parzellen gegen emphyteutischen Zins, Mühlen, Teiche und die Güter Malechow und Skniłowek in Pacht überlassen. Von den von Lemberg entfernten Liegenschaften war das Erträgniss stets unsicher. So[64]) hatte zum Beispiel der Müller Hawryło die Mühle Grabowiec bei Nawarya im J. 1620 um 50 fp. jährlich gepachtet. Wegen der von ihm besorgten Reparaturen sollte im J. 1623 Abrechnung der gegenseitigen Forderungen gepflogen werden, er wollte aber weder abrechnen, noch den Pachtzins zahlen. Am 27. Jänner 1625 kam er wegen anderer Geschäfte nach Lemberg, der Provisor liess ihn anhalten und im Rathhause gefangen setzen; nach einigen Tagen wurde er gegen Bürgschaft zweier Unterthanen des Lemberger Unterlandrichters Murawiec und Versprechen der Zahlung des Pachtrückstandes in Freiheit gesetzt, allein er entfloh bald darauf aus der von ihm desolirten Mühle, welche die in kurzer Zeit nachkommenden Tartaren gänzlich verwüsteten.

Die Provisoren führten genaue Rechnung über die täglichen Einnahmen und Ausgaben mit Wochen- und Monat-Abschlüssen. Diese

---

[64]) Stadtarchiv III. Abth. N. 237.

Rechnungen wurden von den Mitgliedern des Vierziger Ausschusses, die alljährlich hiezu gewählt wurden, geprüft; Geschenke oder Vermächtnisse unter 50 fp. wurden den täglichen Einnahmen zugeschlagen, Gegenstände, welche für das Spital nicht verwendet werden konnten, wurden veräussert und der Erlös in Empfang gestellt; so schenkte die Gemahlin des Reichskanzlers im J. 1620 ein halbes Fass Meth, welches um 30 fp., die Frau Trzebieńska schenkte ein altes Pferd, welches um 10 fp. verkauft wurde.

An den Stadtthoren und Spitalskirchenthüren waren Büchsen zum Einlegen der Almosen angebracht; das St. Lazar-Spital aber schickte nebstdem Armenpfründner in der Stadt herum sammeln, bei Familienfesten wurden Beiträge in die Spitäler gesendet, wohin auch die vom Magistrate confiscirten und noch genussbaren Lebensmittel abgegeben und in der Rechnung in Empfang gestellt wurden. Die Habschaften der im Spitale verstorbenen Pfründner wurden, obgleich diese das Recht zu testiren hatten, für das Spital zurückbehalten oder zu Gunsten desselben veräussert.

Die Verwaltung des Vermögens der städtischen Spitäler, vielmehr die Oberaufsicht hierüber und die Rechnungscensur verwickelte die Stadt zu verschiedenen Zeiten in Zwistigkeiten mit der Geistlichkeit.

Wie bereits oben erwähnt, haben die Eheleute Eyssenhüttel als Stifter im J. 1403, und der lat. Erzbischof von Halitsch in Bestätigung dieser Stiftung, die Verwaltung des Spitalsvermögens den Bürgermeistern der Stadt vorbehalten, und jede andere geistliche oder weltliche Person hievon ausgeschlossen.

Papst Martin V. hatte in der Bulle ddo. Constanz 9. April 1418 [65]) diese Grundsätze beibehalten, und nur beigefügt, dass die Dotation der Spitalskapelle von der Dotation des Spitals gänzlich ausgeschieden werde, und nur die erste der geistlichen Jurisdiction unterstehen solle.

Im Jahre 1503 verlangte der Spitalsprobst Johann Myszkowski die Oberaufsicht über das Öconomicum des Spitals. Die Verweigerung Seitens des Magistrates führte zu einem Processe, der in jener Zeit durch das aus den Domherren Johann Krowicki, Thomas von Drohobycz und Nicolaus Kokosz von Kaschau gewählte Schiedsgericht

---

[65]) Stadtarchiv I. Abth. Perg. Urkunden Inventar Nr. 87.

am 30. September 1503 beigelegt und dem Verlangen des Probstes nicht stattgegeben wurde [66]).

Im Jahre 1624 glaubte sich die Stadt in die Nothwendigkeit versetzt, das von den Tartaren zerstörte Dorf Skniłowek zum Besten des Spitals zu verkaufen. Der damalige erste Suffragan Thomas Pirawski liess 3000 fl. p. anbieten. Er hatte städtische Gründe, die mit Skniłowek gränzten, im Besitze, und es scheint der Magistrat besorgt zu haben, dass diese zum Stadtgebiete gehörigen Gründe mit Skniłowek vereiniget und hiedurch das Stadtgebiet verringert werden könnte, oder sei es, dass die Besorgniss noch weiter ging, indem die Jesuiten, damals bereits im Besitze eines Theiles von Zimnawoda, mit dem Suffragan im Einvernehmen Skniłowek zu erwerben suchten.

Der Magistrat verkaufte das Dorf an den Bürgermeister Dr. Martin Campianus [67]) ohne vorläufige Zustimmung des Königs. Es scheint, dass in diesem Kaufpreise, der immerhin dem damaligen Erträgniss des Gutes mit 200 fp. und dessen Desolationen entsprach, auch die Verdienste des Martin und seines Vaters Paul Campianus anerkannt worden.

Dem Erzbischofe Johann Andreas Pruchnicki, welcher, wie Niesiecki bezeugt [68]), im innigen Einvernehmen mit den Jesuiten war, musste dieser Verkauf als eine Verschleuderung des Spitalsvermögens geschildert worden sein, denn er forderte am 5. November 1624 von den Bürgermeistern Rechenschaft über die Verwaltung des Vermögens der städtischen Spitäler.

Die Bürgermeister Dr. Erasmus Sixtus, Melchior Scholz, Hieronymus Waydolt, Martin Korzeniowski, der Stadtsyndicus Dr. Jakob

---

[66]) Stadtarchiv I. Abth. Pergament Urkunden Inventar N. 363. — II. Abth. fasc. 283. — III. Abth. A. N. 265 p. 59. Es scheint damit das im Sommer desselben Jahres in Lemberg verbreitete Gerücht in Verbindung zu stehen, als ob die Rathsherren mit der Excommunication bedroht, vor das geistliche Gericht vorgeladen worden wären, worauf das Domkapitel auf Ansuchen der Rathsherren am 11. Juli 1503 bei dem Auditor des apostolischen Legaten hierüber anfragt und bezeuget, dass hievon hierorts bis damals nichts bekannt war. Stadtarchiv I. Abtheilung N. 362.

[67]) Lemberger Schlossakten Sabbatho post Dominicam Cantate Anno Domini 1611. — Stadtarchiv II. Abtheilung fasc. 125, 162, 283, 106. — III. Abtheilung N. 265.

[68]) Niesiecki: Adelslexicon, Ausgabe Bobrowicz 7. Band, pag. 500.

Scholz, und die Spitalsprovisoren Albert Zimnicki Notar, und Albert Madalinski verweigerten die Rechnungslage, indem sie die Incompetenz des geistlichen Gerichts zu einer solchen Forderung einwendeten [69]). Der Gerichtshof beschliesst gegen die unfolgsame Stadtobrigkeit mit dem Interdict und nöthigenfalls auch mit der Excommunication vorzugehen, welchem Verfahren öffentliche Ermahnungen vorauszugehen hatten.

Das erste und zweite Monitorium am 5. und 12. November 1624 beunruhigte die Gemüther, und bei Verkündigung des dritten Monitoriums in der lateinischen Kathedralkirche am 19. November (25. Sonntag nach Pfingsten) entstand ein Lärm und Tumult, wobei der das Monitorium verkündigende Jesuit P. Mathias von den städtischen Wächtern und Hayduken (satellites et haidones) die Kanzel zu verlassen genöthigt wurde [70]). In Folge dessen wurde das Läuten der Kirchenglocken, die kirchlichen Begräbnisse, die Spendung der heiligen Sakramente verboten, und die sämmtlichen römisch-katholischen Kirchen im Stadtgebiete und in den Dörfern Malechow und Zubrza geschlossen. Das Excommunicationsdecret wird nicht in Lemberg veröffentlicht, sondern in Zydaczow, dem Sitze des Landgerichts, und in Sądowawisznia, wo damals der Provinciallandtag (Sejmik) versammelt war, an den Kirchenthüren angeschlagen.

Die Bürgermeister beschwerten sich hierüber bei dem apostolischen Nuntius am königlichen Hofe zu Warschau und zugleich bei dem apostolischen Stuhle zu Rom.

Der Provinciallandtag, an welchen sich die Stadt nicht gewendet hatte, nimmt jedoch die Angelegenheit sogleich in Berathung und beschliesst, die Sache durch eine Commission zu vermitteln. Die hiezu delegirten Landtags-Commissäre, nämlich Johann von Olesko-Daniłowicz, Woyewod der Provinz und Capitän von Busk, Stanislaus Bonifac Mniszek, Capitän von Lemberg, und der Landtagsmarschall Jakob Sobieski, Capitän von Krasnostaw, vereinbaren mit der Geistlichkeit einen Vergleichsantrag. Hiernach wurde den Bürgermeistern auferlegt:

a) Alle Spitalsrechnungen vom J. 1600 angefangen den hiezu zu delegirenden erzbischöflichen Commissären auszuliefern;

---

69) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 283. III. Abth. A. N. 265, p. 308.

70) Acta Consistorii Leop. Anni 1624, pag. 36 bis 67.

b) in einer aus zwei Rathsmitgliedern zu bestehenden Deputation zu einer zu bestimmenden Stunde vor dem Woyewoden zu erscheinen, und die Zustimmung der Stadt zum Vergleiche zu erklären;

c) sich als gute Katholiken dadurch zu bethätigen, dass sämmtliche sechs Bürgermeister am Mittwoch vor dem Feste des heiligen Nicolaus (29. November) Vormittags in der lateinischen Kathedralkirche in den gewöhnlichen Kirchenbänken des Magistrats sich einfinden, der heiligen Messe beiwohnen, zur Zeit des Offertoriums Jeder mit einer brennenden Kerze in der Hand zum Hochaltar sich begeben, dort während der Wandlung gesichtabwärts auf den Fussboden niederlegen; unmittelbar aber nach der Messe zwischen 22 und 23 Uhr damaliger Zeitberechnung in Begleitung der Schöppen (Stadtgerichtsräthe, Ławników), des Vierziger Ausschusses und andern Volks in der Wohnung des Erzbischofs erscheinen, und ihn knieend um Verzeihung und Aufhebung des Kirchen-Interdictes und der Excommunication bitten; endlich

d) dafür zu haften, dass während des ganzen Herganges keine Unruhen in der Stadt entstehen.

Dyonis Zubrzycki in seiner Chronik der Stadt Lemberg Seite 262 schreibt: dopełniły władze miejskie co żądano, d. i. dass die Stadtobrigkeit dieser von dem Adel und der Geistlichkeit ihr auferlegten Demüthigung sich gefügt hätte. Allein aus den Akten des Stadtarchives und des lateinischen Metropolitan-Consistoriums lässt sich eine solche Behauptung nicht begründen[71], und sie scheint auch nach dem Inhalte der Beschwerdeschriften des Magistrats, die für den gesunden Verstand, die Einsicht, Geschichts- und Rechtskenntniss der damaligen Rathsherren noch heute Zeugniss geben, und nach dem Ausgange, den der Streit genommen, gar nicht wahrscheinlich. Kein Document ist vorhanden, in welchem die Annahme des Vergleichsantrags oder auch nur eines Theils desselben von Seite des Magistrats sich beweisen oder auch nur vermuthen liesse. Im Gegentheile appellirten die allerdings bedrängten Bürgermeister wiederholt an den Nuntius Johann Baptist Lancelotti, Bischof von Nola, Hausprälaten und Assistenten der päpstlichen Kapelle, und dieser entschied die Angelegenheit zu Gunsten der Bürgermeister.

---

[71]) Stadtarchiv III. Abtheilung N. 265, pag. 78—104. — Acta Consistorii Anno Domini 1624 pag. 36—67.

Mittlerweile aber — nach Verlauf nicht voller zwei Wochen — hatte die Geistlichkeit gefunden, dass diese Excommunication insofern nachtheilig wirke, dass das römisch-katholische Volk die ruthenischen — damals noch schismatischen — Kirchen zu besuchen anfange, worauf auch die römisch-katholischen Kirchen wieder geöffnet und der Gottesdienst wieder begonnen wurde, der Process mit dem Magistrate aber wurde fortgesetzt. Der Erzbischof appellirte gegen die Entscheidung des Nuntius an den Papst, worauf Urban VIII. die Bischöfe von Krakau und Kamieniec zur Untersuchung delegirte, zu welcher die Stadt den Syndicus Zimnicki bevollmächtigte. Die erste Citation erging am 20. März 1625, und am 20. Mai 1627 erfloss die endliche Entscheidung nicht in Form eines Urtheils, sondern eines Diploms, worin die Bestätigung aller frühern einschlägigen Documente des Erzbischofs von Halicz und des Papstes Martin V., wornach den Bürgermeistern der Stadt die Verwaltung des Vermögens aller städtischen Spitäler ausschliesslich und ohne Verbindlichkeit der Rechnungslage an die geistlichen Autoritäten zur Pflicht gemacht wird, enthalten ist[72]).

In der Zwischenzeit aber hatte der Erzbischof und das Metropolitan-Domkapitel sich durch Vermittlung des Minoriten- (Franciskaner-) Provincials Albert Gyza mit dem Magistrate völlig versöhnt[73]). Zimorowicz schreibt in seinem Codex archivialis p. 135, dass der sanior potiorque pars cleri die Versöhnung bewirkte, welche in der That am 3. März 1625 formell stattgefunden hat. Hiebei ist nicht vom Niederknieen oder Kniebeugungen der Rathsherren die Rede, sondern die Versöhnung wurde, wie im Consistorial-Protokolle steht, per amplexus — durch gegenseitiges Umarmen — besiegelt, und diese Form entspricht auch den noch heute üblichen Gebräuchen der Nation. Jeder Theil verzichtete auf den Ersatz der Processkosten, und der Erzbischof bestätigte den Verkauf des Dorfes, und zwar, wie die hierüber ausgefertigte und vom Erzbischofe mitunterschriebene Notariats-Urkunde schliesslich im Allgemeinen sagt: si quidem non aliter nec alias spectabilis Magistratus ad concordiam se descendere

---

[72]) Stadtarchiv I. Abth. Perg. Urk. Inventar N. 711. Für diese Urkunde allein zahlte die Stadt nach Rom 530 fl. 15 gr. p. III. Abth. N. 27. pag. 123.

[73]) Stadtarchiv III. Abth. A. N. 259, pag. 135. Bei der Versöhnung wurde der Wein nicht gespart (22 Garnec). III. Abth. N. 27, pag. 51.

ıfitebatur, d. i. weil der Magistrat sich sonst auf keinen Fall zum rgleiche herbeilassen wollte.

Man sieht, dass der Erzbischof anfänglich irrig berichtet war, ın die Sache durchschaut und den unnützen Streit männlich und ·istlich beendiget hat.

Eine ähnliche Klage aus Anlass der Überlassung eines St. Stalaus-Spitalgrundes in emphiteutischen Besitz erhob der Archidiakon ınislaus Lubieniecki im J. 1643, zur Zeit, wo die Stadt noch in ɔcess gegen die Dominikaner in Betreff der Rechnungen des St. zar-Spitals verwickelt war. Aber diese Klage wurde vom Bischofe n Posen Andreas Szołdrski, welcher in Folge des päpstlichen comlsorischen Schreibens ddo. Rom 20. Juli 1644 den damaligen ostolischen Nuntius in Polen Marius Philonardi, Erzbischof von ignon, während seiner zeitweiligen Abwesenheit vertreten hat, am . September 1644 ebenfalls zu Gunsten der Bürgermeister :schieden[74]).

Es war in Lemberg in alter Zeit üblich, dass vornehme Personen i ihrer Anwesenheit in Lemberg von der Stadt durch Geschenke ehrt wurden, und dann den städtischen Spitälern Wohlthaten eresen; auch schickten vermögliche Bürger bei besondern Anlässen eidung, Wäsche und Esswaren an die Spitäler, Bürgers- und thsfrauen übernahmen bei Festlichkeiten selbst die Besorgung der italsküche, wobei auch Andere Fleisch, Gebäcke oder Getränke ben. Solche Begebenheiten sind in den Spitalsrechnungen genau fgezeichnet, und man gewinnt die Überzeugung, dass sowie die chnung so auch die Verwaltung mit Redlichkeit, Fleiss und Sorgt geführt worden.

Die Spitäler theilen die Geschicke der Stadt, sie waren bei ndlichen Einfällen und Belagerung hart im Mitleide, und in die chnung des St. Stanislaus-Spitals vom 9. November 1655 schrieb r Provisor politische Betrachtungen über die damaligen Zeitereigıse, welche den Hieronymus Radziejowski, Starosten von Łomża, harf angreifen und über die Beschädigungen des Spitalsvermögens rch die Kosaken und Moskowiter die bittersten Klagen führen. Zur mlichen Zeit ist auch dem St. Lazar-Spital dasselbe Ungemach wider-

---

[74]) Stadtarchiv III. Abth. N. 266.

fahren, dessen Gebäude im J. 1698 durch die dort einquartierten churfürstlich sächsischen Truppen unter General Behrens dergestalt desolirt wurde, dass es hierüber zu gerichtlichen Klagen kam[75]).

Die Unterkunft im h. Geist-Spitale muss keine elende gewesen sein, wenn man bei Gelegenheit einer Revision des Inventars zu Ende des 16. Jahrhunderts für die Krankenbetten in der männlichen Abtheilung 35, in den Weiberzimmern 29 Rosshaar-Matratzen in Verwendung eingeschrieben findet.

Die ärztliche Behandlung der Kranken wurde namentlich in älterer Zeit von Chirurgen besorgt (balwierz, cyrulik), welche für besondere Operationen auch besonders honorirt wurden; im 17. Jahrhundert findet sich in den Rechnungen die vierteljährig wiederkehrende Post von 4 fl. p., dann 6 fl. p. als Honorar des Spitalsarztes. In einem Briefe des Jakob Sobieski, Woyewoden der Provinz, an die Bürgermeister der Stadt Lemberg ddo. Żołkiew 21. Mai 1642[76]) wird erwähnt: dass weiland der Dechant Zamojski zur Besoldung eines Arztes im h. Geist-Spitale das gegen 8percentige Zinsen angelegte Kapital per 500 fp. vermacht habe, und der Woyewode gab den Rath, diese jährlichen 40 fl. p. lieber einem Wundarzt oder Apotheker zu erfolgen, denn die Herren Doctoren besässen zu viel Pietät, als dass jeder die ärztliche Hilfe im Spitale nicht gratis leisten würde. Auch ist damals die Kirche des St. Stanislaus-Spitals beraubt worden, der Schaden betrage zwischen 700 und 800 fp.; Juden wurden dieses Kirchenraubes beschuldiget, daher die Judengemeinde 2000 fp. Entschädigung zu zahlen angeboten habe.

Die Kranken aus dem St. Lazar-Spitale konnten auch das Schwefelbad zu Szkło unentgeltlich benützen. Dort hatte nämlich Frau Sophia Działynska, geborne Zamojska, zwei Häuser erbaut, das eine zur Verwendung als Spital, in welchem jährlich 20 Kranke aus dem St. Lazar-Spitale zu Lemberg — jeder durch vier Wochen, vom St. Johannes-Tage angefangen — die Bäder gebrauchen, im Spitale Wohnung, Kost und Pflege haben sollten, das andere Haus sollte an zahlende Badegäste vermiethet und der Miethzinsertrag nebst den Zinsen von dem, von derselben Wohlthäterin hiezu bestimmten Kapitale pr. 1000 fl. p. die Kosten des Badespitals decken.

---

[75]) Lemberger Schlossakten 27. December 1698.

[76]) Stadtarchiv IV. Abth. Lit. S. N. 56.

Diese Stiftung bestand wirklich und der bestellte dortige Provisor hatte alljährlich im Monate November vor einer Commission, die aus zwei Domherren und zwei Lemberger Rathsherren bestand, Rechnung zu legen[77]). Heutzutage bestehen diese Häuser in Szkło nicht mehr, und das auf dem Hause N. C. 229 Stadt intabulirte Kapital pr. 1000 fl. p. wurde im Jahre 1823 als uneinbringlich gelöscht[78]).

Ein anderes Kapital von 100 fl. p., gestiftet vom Lemberger Bürgermeister Anton Gladiator (Fechter) im J. 1619 für das Armenspital in Szkło, wurde im J. 1829 dem Armen-Institut in Przemyśl zugewiesen, weil im J. 1829 zu Szkło kein Armenspital bestanden hat[79]).

Bei jedem dieser Spitäler war eine kleine Kirche oder Kapelle, und an derselben ein eigener Seelsorger bestellt. Die bei dem h. Geist-Spitale im J. 1403 erbaute Kapelle wurde im J. 1504 erweitert, und das Wohnhaus für den Seelsorger angebaut[80]). Nach der Belagerung der Stadt im Kosakenkriege im J. 1648 wurde die damals sehr beschädigte Kapelle renovirt und im Innern mit drei neuen Altären ausgestattet, deren feierliche Einweihung den 18. April 1649 durch den Suffragan Andreas a Srednie Srzedzinski stattfand. Zum bleibenden Gedächtniss sollte alljährlich am dritten Sonntage nach Ostern ein kirchliches Fest begangen werden. Zimorowicz lobt die Ordnung, Gesänge und Kirchenmusik der deutschen Bruderschaft in dieser Kapelle.

Der Spitalsseelsorger des h. Geist-Spitals bezog zwar üblich das Mittagsmahl aus der Spitalsküche und an jedem Fasttage erhielt er nebstdem noch sechs Groschen auf Fische, allein für ihn bestand eine eigene vom Spitalsvermögen gänzlich ausgeschiedene Dotation, welche zu einer — bis jetzt nicht erforschten Zeit mit dem Dorfe Młynowce vermehrt wurde. Dieses Dorf — nicht zu verwechseln mit dem, dem lat. Metropolitan - Domkapitel gehörigen Maierhofe

---

[77]) Stadtarchiv II. Abtheilung fasc. 317. — III. Abth. A. Nr. 267. p. 102. Acta officii consularis feria 6. post Dominicam Misericordiae A. D. 1619. III. Abtheilung A. Nr. 20. p. 21.

[78]) Verordnung des k. k. Landes-Guberniums vom 8. April 1823 Z. 13283. Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 271.

[79]) Verordnung des k. k. Landes-Guberniums vom 26. Mai 1829 Z. 21551. Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 271.

[80]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 283. III. Abth. A. Nr. 265.

Młyniszcze[81]), welcher am Pełtewbache lag — existirt heute nicht mehr. Es gränzte mit Zubrza, Sichow und Winniki, hatte nur drei Bauernwirthschaften und 14 Häusler (hortulanos), und der Probst des h. Geist-Spitals hatte mit seinen Nachbarn öftere Gränzstreitigkeiten[82]).

Der Spitalsseelsorger hatte, ebenfalls zu einer bis jetzt nicht erforschten Zeit, den Titel und die Würde eines Probstes und die Stadt das Präsentationsrecht für diese geistliche Pfründe erlangt. In der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde einer dieser Pröbste zum Domprobst des lateinischen Metropolitan-Domkapitels erwählt und behielt gleichwohl seine frühere Stelle und deren Dotation bei, indem er auch die Verbindlichkeiten ebenfalls weiter erfüllte.

Der Magistrat wurde hieraus für die Zukunft um das Patronatsrecht besorgt und wendete sich an den König. Sigmund I. bestätigte im Diplome vom 21. September 1546[83]) das Recht der Stadt und behielt das Recht der Investitur dem Erzbischofe vor; damit erklärte der Erzbischof sich einverstanden[84]) (Peter Starzechowski, 20. October 1546).

König Stefan verlieh auf dem Reichstage zu Thorn am 10. November 1576 dem Lemberger lateinischen Erzbischof das Patronatsrecht für alle geistlichen Pfründen in seiner Diöcese, und incorporirte die Probstei des h. Geist-Spitals sammt ihrer Dotation dem lat. Metro-

---

[81]) Stadtarchiv V. Abth. liber privilegiorum I. pag. 46. Im Archive des lat. Metrop. Domkapitels Locutam. 4. vol. 1. erliegt eine Pergament-Urkunde ddo. in civitate Lemburgensi in festo beati Vincentii A. D. 1384, worin Emericus Bebek, totius Russie Capitaneus, bestätiget, dass Michael, Sohn Peters, dieser Sohn des Iwan Zabycz, seine Besitzung Dobrowtrycz, District Lemberg, sammt der in der offenen Stadt Lemburg zu Ehren des h. Geistes erbauten Kapelle dem Lemberger Bürger Emnedyn und seinem Sohne Johann, einem Knaben, um sechzig Schock verkauft habe. In dorso der Urkunde ist von einer anderen Hand, etwa 200 Jahre später, aufgeschrieben: ad praepositoram S. Spiritus; Milanowice seu Dobrowtrycz. Ungarus Emericus Bebek (Chronica Cromerii fol. 341) constitutus praefectus — Super villam Dobrowtrycz anno Domini 1384. et post devastationem per inimicos Regni, cum primo molendinum ad piscinam aedificatum est per possessores, Hospitalis Sancti Spiritus videlicet praepositos, villa Mlinowce nuncupata est. Hieraus ist erklärt, wie die Propstei des h. Geist-Spitales in den Besitz der Ansiedlung Młynowce gekommen ist.

[82]) Acta tribunalis Regni generalis Lublinensis die S. Margarethae A. D. 1590. Lemberger Schlossakten die S. Valentini A. D. 1602. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 269, N. 10.

[83]) Stadtarchiv I. Abth. Perg. Urk. Inventar N. 515.

[84]) Stadtarchiv I. Abth. Perg. Urk. Inventar N. 517.

politan-Domkapitel, welchem hiedurch alle Pflichten des Spitalsprobstes auferlegt wurden.

Es scheint, dass diese Änderung eine der Massregeln war, die gegen die Verbreitung der Reformation ergriffen worden.

Um den Eindruck, welchen dieses Reichsgesetz für Lemberg hervorbrachte, zu verstehen ist es nothwendig, die damaligen Orts- und Zeitverhältnisse zu erwägen. — Lemberg war stets ein Ort sehr gemischter Confessionen, der römisch-katholischen, griechischen und armenischen Kirche, hiezu kam eine jederzeit bedeutende Anzahl Juden. Jede dieser Religionsgenossenschaften war auf die andere äusserst aufmerksam, empfindlich. Neuerungen im Sinne der Reformation konnten bei dieser Wachsamkeit der Geister und der Stärke der damit in Verbindung stehenden Interessen und Gewohnheiten um so weniger aufkommen, als man römisch-katholischerseits die Verschiedenheiten des Ritus der Griechen und Armenier mit den Lateinern auszugleichen, zu vereinigen suchte. Diese Bestrebungen sind in das politische Staatsleben bis in die untern Schichten eingedrungen und dort bis zur Unduldsamkeit gesteigert worden. Der Eifer, den die Stadtbehörden hierin zeitweise entwickelten, war oft den Grundsätzen der Gerechtigkeit entgegen, es liess sich summum jus von summa injuria kaum mehr unterscheiden. Allerdings hatten Ankömmlinge aus Deutschland, England und Schottland das Bürgerrecht der Stadt erlangt, allein es wurde immer vorausgesetzt, dass sie sich zur römisch-katholischen Kirche bekennen. Von freier Ausübung der Augsburger, helvetischen, presbyterianischen oder hochkirchlichen Religionsgebräuche konnte hier keine Rede sein; da der Kaufmann Johann Wight aus London, der im J. 1577 das Bürgerrecht in Lemberg erlangt hatte, verdächtigt wurde, er sei Anglikaner und nicht römisch-katholisch, wurde ihm vom Magistrate bedeutet, er habe seine Besitzung im Dorfe Goldberghof (Kułparków) zu veräussern und sich aus Lemberg zu entfernen [85]). Die neuangekommenen Armenier und Griechen aus Cherson, Konstantinopel, Persien, Chios u. dgl. blieben in dieser Beziehung unbehelligt.

Die Lemberger lateinische Kathedralkirche hatte, so wie heute, sechs Seitenkapellen und sechs Nebenaltäre. Alle diese Kapellen und

---

85) Stadtarchiv III. Abth. N. 1. pag. 55. Acta officii Consularis feria 2. post Laetare A. D. 1604.

Altäre waren durch Privatstiftungen gegründet, oder mehrere derselben zu einem Zwecke vereiniget, sie hatten eigene Dotation, Geistliche (Altaristen), Patrone und Provisoren. — Nach dem Concordate, welches zwischen dem Erzbischofe Bernard Poraj Wilczek und dem Metropolitan-Domkapitel eines- und dem Magistrate anderntheils am 9. März 1514 abgeschlossen wurde[86]), welchem Vertrage wieder ältere Urkunden zum Grunde lagen, hatte die Stadt das Patronatsrecht für fünf Altäre, für den deutschen Prediger und für den Schulrector, welcher dafür zu sorgen hatte, dass die Schuljugend (nobilium et civium) gehörigen Unterricht erhielte, und dass die Kinder der Bürger die deutsche Sprache erlernen; der Rector musste einen akademischen gradus (doctor, magister oder baccalaureus) erlangt haben, jedenfalls römisch-katholischen Ritus und Geistlicher sein. Der neu bestellte — etwa aus Deutschland hieher berufene Rector wurde zwar nur den Kathedral-Pfarrvikären im Range gleichgestellt, allein ihm das nächstvacante Canonicat zugesichert, und zugleich von dem Erfordernisse der adeligen Abstammung Umgang genommen. Die Stadt hatte nebstdem das Patronat für die Probstei des h. Geist-Spitals, für den Spitalskaplan bei St. Stanislaus, für einen Vikär in der Kapelle des untern Schlosses, für die Pfarreien zu Zubrza und Malechow, und für die jetzt nicht mehr bestehende (nach Prussy einverleibte) Pfarre St. Barnabae apostoli im Dorfe Pikułowice[87]).

Die Unzufriedenheit der Stadt mit dem Gesetze von Thorn fand erst nach dem Ableben des Königs Stefan (1586) Ausdruck. In Folge dessen kam es zu einem neuen Vergleiche der Stadt mit dem Erzbischofe (Johann Demetrius Solikowski) und dem Metropolitan-Domkapitel, welcher vom Könige Sigmund III. am 10. October 1592 bestätiget wurde[88]). Demzufolge blieb der Stadt das Präsentationsrecht für die Würde des Domprobstes, der jedoch aus dem Gremium der Domherren zu wählen war und alle Verbindlichkeiten der Seelsorge im h. Geist-Spitale entweder selbst oder durch Andere zu erfüllen hatte, dann für den Rector scholae, der jedoch ein Doctor der Theologie sein musste, vorbehalten. Der übrigen Patronatsrechte der Stadt wird zwar in dieser Urkunde nicht erwähnt, allein man findet

[86]) Stadtarchiv I. Abth. Perg. Urk. Inventar N. 400.

[87]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 142, 220, 269, 271.

[88]) Stadtarchiv I. Abth. Perg. Urk. Inventar N. 656.

in den Archivsakten, dass sie als wiederhergestellt betrachtet und ausgeübt wurden.

In dieser Verbindung des h. Geist-Spitals mit dem Magistrate und dem Metropolitan-Domkapitel wurde der Stadt im Privilegium Kaiser Josephs II. vom 6. November 1789[89]) das Präsentationsrecht für ein Canonicat, in der Reihenfolge der Erledigungen das sechste, zugestanden; die Besetzung der Würdenträger, worunter der Domprobst und der Scholasticus, hat sich die Regierung vorbehalten. Endlich wurde am 3. Mai 1834 zwischen dem Magistrate und dem Metropolitan-Domkapitel ein neuer, vom k. k. Landes-Gubernium vorgezeichneter Vergleich abgeschlossen, wornach dem Magistrate das Patronatsrecht für den Seelsorger der vereinigten städtischen Spitäler St. Lazar zukommt, die Dotation des Seelsorgers auf 300 fl. C. M. Besoldung, 50 fl. Quartiergeld, 50 fl. C. M. Kirchenauslagen, 20 fl. für den von der Spitalsverwaltung zu bestellenden Kirchendiener bestimmt werden; zu diesen insgesammt 420 fl. C. M. betragenden Kosten hat die Stadt 84 fl., das Domkapitel 336 fl. beizutragen. Die Vergleichsurkunde ist im Lastenstande des Domkapitelhauses Nr. 28 Stadt zu Gunsten der Stadt und des St. Lazar-Spitals grundbücherlich versichert[90]).

Diese Belastung des Vermögens des Metropolitan-Domkapitels gründet sich auf den Umstand, dass die ältere Dotation der Spitalseelsorger bei dem Domkapitel verblieb, welches das Probsteigut Młynowce im Jahre 1602 gegen das Gut Zimnawodka und Aufzahlung von 800 fl. p. an den Edlen Johann Łahodowski vertauscht[91]), das Wohnhaus des Spitalsseelsorgers gegen das vom Apotheker Cosmas Salvago am 2. Mai 1613 um 6000 fl. p. von den Jesuiten angekaufte Haus (heute N. C. 41 Stadt) am 17. März 1626 an die Jesuiten überliess, und dieses Haus Nr. 41 im J. 1812 an den Advo-

---

[89]) Stadtarchiv I. Abth. Nr. 843. II. Abth. fasc. 482.

[90]) Stadtgrundbuch.

[91]) Lemberger Schlossakten ipso die S. Valentini A. D. 1602. In dem (Note 80) dargestellten Hergange der Ereignisse ist auch die Aufklärung enthalten, wie es gekommen, dass die h. Geistspitals-Probstei über die Erwerbung des Dörfchens Młynowce, auch Milanowice, ursprünglich Dobrowtrycz genannt, keine Urkunde habe, wenn nicht etwa der Lemberger Bürger Emnedyn oder sein Sohn Johann oder deren Nachkommen zu Gunsten der Probstei eine solche Urkunde ausgestellt haben, welche bis jetzt nicht aufgefunden worden.

katen Alexandrowicz um 17860 fl. Wiener Währung verkauft hat. Übrigens hatte der Domprobst mit Beibehaltung der Dotation des Spitalprobstes auch die Pflicht zur Erfüllung der geistlichen Functionen desselben übernommen.

Die Gebäude des h. Geist-Spitals und der Kapelle, als im baufälligen Zustande befindlich, wurden im J. 1792 abgetragen, das Materiale an den Handelsmann Preschel um 1504 fl. 55 kr. verkauft und dieser Betrag zur Herstellung der lateinischen Pfarrkirche in Malechow verwendet; ein Theil des hiedurch gewonnenen freien Grundes wurde zum öffentlichen Platz (h. Geistplatz) verwendet, ein anderer Theil zu dem damals beabsichtigten Bau einer Wohnung für den k. k. Landesgouverneur — nachher Kanzleien für das k. k. Landesgubernium, k. k. Finanz-Landes-Direction und Kassen — an die k. k. Regierung um 3257 fl. 43 kr. C. M. verkauft. Das Kirchensilber der beiden Spitäler wurde nach dem Silberwerthe um 776 fl. C. M. an das k. k. Landes-Münzprobieramt abgeliefert, eingelöset, eingeschmolzen, und diese beiden Summen dem vereinigten städtischen Spitalsfond St. Lazar überwiesen [92]).

Die Kapelle des St. Stanislaus-Spitales wurde im J. 1460 erbaut [93]), nach ihrer Zerstörung durch die Wallachen im J. 1509 von Felix Baluczynski und seinen beiden Ehefrauen erster und zweiter Ehe gebaut und dotirt, und ausnahmsweise auch von ihm der erste Spitalskaplan P. Kamieniecki, Vikär an der lat. Domkirche, präsentirt; das Präsentationsrecht für diese Präbende aber blieb selbstverständlich für die Hinkunft dem Magistrate vorbehalten, welcher jährlich 5 Mark zur Dotation beigetragen [94]).

Hiedurch ist auch die Angabe des Dyonis Zubrzycki in seiner Chronik der Stadt Lemberg (S. 137), als habe Baluczynski auch das Spital gegründet, berichtiget. Die derselben Notiz des Jahres 1510 beigefügte, der Chronik um etwa 180 Jahre vorgreifende Bemerkung: als habe der Kronfeldherr Stanislaus Jabłonowski einige dem

---

[92]) Verordnung des k. k. Landes-Guberniums vom 1. Mai 1792 Z. 13205. Bericht der k. k. Kammerprokuratur an das k. k. Gubernium vom 25. August 1821 Z. 9521. Schon am 30. Juni 1788 hatte die Stadtkasse für derlei Kirchensilber des h. Geist-Spitals 115 fl. 37 kr. übernommen.

[93]) Acta officii Consularis Tom. I. pag. 22—67. in ecclesia noviter erecta ante hospitale leprosorum extra muros.

[94]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. N. 24. III. Abth. A. 266, 268.

St. Stanislaus-Spitale gehörige Gründe sich eigenmächtig zugeeignet, verdient eine ausführlichere Berichtigung.

Es hatte nämlich der Edle Stanislaus Maliczkowski von Maliczkowice bei Nawarya (Bezirk Lemberg) sich mit Anna Tochter des Lemberger Bürgermeisters Martin Wasserbrot verehelicht und kam dadurch in Besitz der bürgerlichen Gründe seines Schwiegervaters [95]).

Sein Sohn Michael war magnus procurator (wielkorządca) des Königsschlosses zu Krakau, dessen Geschwister bereits kinderlos verstorben, und Michael Maliczkowski verschrieb dieselben Gründe, bestehend aus 1 3/4 Lan, dem Spitale St. Stanislaus [96]). Auf diesen Gründen waren Ackersleute und Handwerker, ein Bäcker und ein Goldarbeiter angesiedelt, welche insgesammt 13 fl. 20 gr. emphyteutischen Zins zahlten.

Der Magistrat, zur Verwaltung des Spitalsvermögens berechtigt, überliess einige dieser Gründe in einem Complexe dem Bürger Andreas Amoretti, einem Kaufmanne, ebenfalls gegen emphyteutischen Zins. Die Erben des Amoretti verkauften diese Gründe unter Wahrung ihres emphyteutischen Verbandes im J. 1660 an den königl. Obersten Zbigniew Bliskowski, Starosten von Żytomir, und dieser vermachte dieselben in seinem Testamente vom 13. November 1680 dem Stanislaus Jabłonowski, Woyewoden von Russland und Kronfeldherrn von Polen, welcher noch zwei und einen halben, dem Spitale St. Stanislaus zinspflichtigen Grund von einem sicheren Jakob Chmielik im J. 1688 kaufte und sich dem Spitale gegenüber zur Zahlung des jährlichen emphyteutischen Zinses pr. 35 fl. 15 gr. p. insgesammt verpflichtete.

Diese Verpflichtung wurde bis zum Tage Martini des J. 1694 pünktlich erfüllt [97]), von dieser Zeit angefangen unterblieb sie, in den Büchern und Akten aber findet sich auch keine Spur einer Einmahnung. Wer die Verhältnisse erwägt, in denen die Verwaltung des Privatvermögens der Magnaten sich oftmals bewegt, und die Stellung des

---

[95]) Acta officii consularis Leop. Sabbatho post S. Petri ad vincula A. D. 1577.

[96]) Stadtarchiv III. Abth. A. N. 266, pag. 506. Krakauer Schlossakten feria 3 post assumpt. B. M. V. A. D. 1591. Acta off. Consul. Leop. feria 4. post Dom. Reminiscere A. D. 1592.

[97]) Aus dem Originalconcepte der Klage der Stadt gegen die Fürstin Anna Jabłonowska geb. Sapieha. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 24.

Kronfeldherrn zu den öffentlichen Angelegenheiten des Reiches kennt, wie es Zubrzycki aus der von ihm selbst im J. 1838 signirten (654, 655, 656) und im Stadtarchive aufbewahrten Correspondenz allerdings hätte kennen sollen, wird hieraus keinen anderen Schluss ziehen, als was das Schlussbegehren der Klage sagt: dass der emphyteutische Zinsrückstand gezahlt werde. Die unterlassene Einmahnung fällt den Spitalsprovisoren, dem Vierziger Ausschuss und den Bürgermeistern zur Last, allein dem Spitale gegenüber kaum schwer ins Gewicht, wenn die Dienste, welche Jabłonowski der Stadt durch Verjagung der in ihrer Nähe herumstreifenden Tartaren erwiesen hat, erwogen würden. Erst nach Verlauf von 40 Jahren werden die Nachfolger im Amte gegen die Erben des Kronfeldherrn „contra illustrissimam de Ducibus Sapiehy Jabłonowska Palatinam de Bracław" wegen Zahlung des emphyteutischen Grundzinsrückstandes von 1562 fl. 16 gr. p. (nicht 1640 fl. p. wie Zubrzycki schreibt) klagbar, und der Rechtsanwalt der Fürstin Johanna de Bethune Jabłonowska stellt mit Rücksicht auf die eingetretene Verjährung den Vergleichsantrag: durch die Zahlung von 300 fl. p. und Übernahme der Verpflichtung weiterer Zinszahlung vom Processe abzustehen, und dieser Antrag wurde seitens der Stadt ohne Zwang angenommen; am 20. Juni 1736 werden vom Bürgermeister Nicolaus Ziętkiewicz diese 300 fl. p. übernommen, und nach einem von beiden Theilen berathenen Quittungsformulare quittirt [98]). — Die Grundzinse wurden dann bis zu Martini 1741 zeitgemäss entrichtet, dann findet sich eine neuerliche Stockung, und der neuerdings angewachsene Zinsenrückstand wurde in Folge des am 15. Mai 1784 zwischen Paul Skrzyszowski, Spitalsprovisor, und Adam Hoszowski, Bevollmächtigten der Fürstin Anna Witwe des Johann Kajetan Fürsten Jabłonowski, Woyewoden von Bracław, abgeschlossenen Vergleiches mit 1491 fl. p. an das Spital gezahlt [99]). Der emphyteutische Verband dieser Gründe wurde im J. 1824 [100]) gänzlich abgelöset, und sie sind

[98]) Stadtarchiv II. Abth. fasc. 24.

[99]) Stadtarchiv III. Abth. A. Nr. 268, Seite 1—21.

[100]) Verordnung des k. k. Landes-Guberniums vom 8. Mai 1824 Z. 23077, des Magistrats an die Siechenhausverwaltung vom 1. Juni 1824 Z. 14219. Stadtarchiv II. Abth. fasc. 1384.

im J. 1832 sammt dem als Militärkaserne benützten Palais, das im J. 1706 erbaut wurde, vom k. k. Militärärar angekauft worden.

Übrigens blieben von den Maliczkowskischen Gründen noch Grundstücke übrig, von welchen einige am 10. Februar 1781 an die Eheleute Mathias und Helena Białeckie um jährliche 170 fl. p. verpachtet waren, von andern aber wurde die Emphyteusis erst in Folge der allgemeinen Grundentlastung abgelöset [101]).

Die bürgerliche Weberzunft war die Kirchenbruderschaft für die St. Stanislaus-Spitalskapelle, welche nach Übertragung des Spitals nach St. Lazar für den Gottesdienst der griechisch-orientalischen Gemeinde bestimmt wurde [102]).

Von dieser Bestimmung wurde später abgegangen, und die Kapelle nach vorläufiger Abschätzung von Anton Orłowski um 908 fl. 11 kr. rh. öffentlich licitando erstanden. Orłowski wurde den 20. October 1794 als Eigenthümer intabulirt [103]). Das Spitalsgebäude wurde nach vorläufiger Schätzung ebenfalls licitando verkauft und von der Stadtgemeinde um 1600 fl. rh. erstanden, und dieselbe auf Grund des zwischen der Spitalsverwaltung und der städtischen Ökonomie-Verwaltung im J. 1787 abgeschlossenen Kaufvertrages als Eigenthümer intabulirt [104]). Dieses Gebäude, heute N. C. 157$^{2}/_{4}$, diente viele Jahre als Polizeiarrest, jetzt wird es zur Unterkunft einer Abtheilung der städtischen Feuerwehr benützt. Sowohl diese 1600 fl. als jene 908 fl. 11 kr. wurden dem vereinigten St. Lazar-Spitalsfond überwiesen.

Die Kirche St. Lazar wurde vom J. 1619 bis 1626 gebaut. Zu den Baukosten haben die Rosenkranzbruderschaft, viele geistliche Corporationen, und auch Private, namentlich Peter Jastrzębiec Milewski aus Łomża, beigetragen [105]). Sie ist sehr solid aus behauenem Stein aufgeführt, wird sorgfältig erhalten, im J. 1861 sammt den beiden Kirchthürmen mit einem Aufwande von 1557 fl. 59 kr. ö. W. mit Eisenblech eingedeckt. Freiwillige Beiträge, deren Sammlung der Bürger Johann Schmidt, Mitglied des Stadtgemeinderathes,

---

[101]) Stadtarchiv II. Abth. Nr. 24.

[102]) Verordnung des k. k. Landes-Guberniums vom 22. Februar 1794.

[103]) Stadtgrundbuch Dom. T. XXIII. pag. 565. Resignationum XI. pag. 173.

[104]) Stadtgrundbuch.

[105]) Stadtarchiv III. Abth. A. N. 267, p 136.

unternahm, haben auch die 797 fl. 30 kr. C. M. betragenden Kosten für drei Kirchenglocken aufgebracht, deren feierliche Einweihung Sonntags den 20. Juli 1856 stattgefunden.

Der Spitalsseelsorger bezieht die im obenerwähnten Vergleiche vom J. 1834 bestimmte Dotation und hat die Verpflichtung, an jedem Sonn- und Feiertage eine heilige Messe zu lesen und zu predigen, in der Woche ist er verpflichtet zwei h. Messen zu lesen und nebstdem sonst verbunden, die erkrankten Pfründner auf jedesmaliges Verlangen mit den h. Sterbsakramenten zu versehen, die Gestorbenen unentgeltlich zu Grabe zu geleiten, und am Tage des Begräbnisses ebenfalls eine h. Messe zu lesen, viermal im Jahre die Beichte der Pfründner zu hören und dieselben zu communicieren. Für Pfründner anderer Confessionen sorgt die Ortsgeistlichkeit des betreffenden Ritus. In neuester Zeit wurde dem Geistlichen jedes Ritus für die Begleitung der Leiche eines Pfründners zum Kirchhofe 2 fl. ö. W. Fiakergeld bewilligt.

Diese Seelsorgerpflichten sind seit dem J. 1842 auch auf die Armenhauspfründner ausgedehnt worden, welche in einer Zahl von etwa 250 im nächstangrenzenden Armenhause N. C. 26¼ wohnen, wofür der Spitalsseelsorger im Armenhause Wohnung mit Beheizung bezieht.

Derselbe ist endlich auch verpflichtet, die von Privaten gestifteten Gedächtnissmessen zu persolviren, wofür er stiftungsmässig honorirt wird, welche Bezüge in seine Dotation nicht eingerechnet werden.

Das gesammte Vermögen dieser vereinigten städtischen Spitäler ist aus Geschenken und Vermächtnissen entstanden, und theils in den betreffenden Testamenten und Schenkungsurkunden, theils in den Schuldurkunden derjenigen, welche aus diesen Fonden Kapitalien gegen Rückzahlung und Verzinsung ausgeliehen haben, ist der Zweck angegeben, wozu die Kapitalszinsen verwendet werden sollen. Meistens aber wird nur im Allgemeinen die Widmung für das Spital überhaupt ausgedrückt, mit einigen jedoch sind Kirchenandachten, h. Messen verbunden, wo dann auch gesagt wird, wie viel dem Spitalskaplan, dem Spitale im Allgemeinen auf Kost und Bekleidung der Spitalspfründner hievon gebühret. Viele solcher Messenstiftungen sind in Vergessenheit gerathen, und manches Kapital ist mit dem Verlaufe der Zeit auch mit der Hypothek zu Grunde gegangen, oder durch

die Wechselfälle, denen auch das Geld ausgesetzt ist, im Werthe dergestalt herabgesetzt worden, dass die ursprünglichen Bestimmungen nicht mehr vollständig erfüllt oder aufrecht erhalten werden können. Von den älteren Stiftungen sind die des Andreas Gurdziec vom J. 1637 und des Andreas Zagorski vom J. 1664 wieder aufgelebt.

Indessen hat auch die neuere Zeit ihre Theilnahme für das St. Lazar-Spital bewahrt, als dessen Wohlthäter hier verzeichnet werden: der Domdechant Andreas Zeisl, der Apotheker Johann Chodorowicz, die Frau von Pietruska (1822), die Artillerie-Mannschaft der Garnison, die Handelsleute Werner und Köhler, Se. königl. Hoheit Erzherzog Ferdinand General-Gouverneur, die Erzbischöfe Franz Pistek und Lucas Baraniecki, der Graf Zamojski Ordinat von Zamość, der Spitalsverwalter Audykowski, welcher die Kirchenorgel herstellen liess, die Gutsbesitzer Tchorznicki und Gromnicki, die Bürgersleute Ignaz Csilik, Anton Bossy, Johann Ludwig, Laurenz und Elisabeth Bouy, Johann und Antonia Sassy, Johann Georg Pfaff, die Wittwen Katharina Barwiczek, Marcyana Drygalska, Katharina Moser, Agnes Rzepecka. Auch wurden dem Spitale werthvolle Gegenstände an Kirchenparamenten, Fahnen und Einrichtung gespendet, worüber das Gedenkbuch des Spitals nähere Auskunft gibt, und auf Anregung des Gemeinderathes wurde für die Pfründner eine Hausbibliothek gegründet, zu welcher auch Private beigetragen.

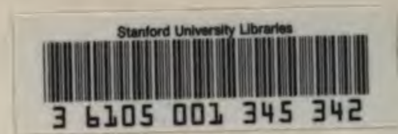
Mit der Vereinigung aller oben erwähnten Spitäler hörten die Functionen der Provisoren auf, und es wurde die Stelle eines Verwalters systemisirt [106]), welche durch den Andrang der Geschäfte in Angelegenheiten der emphyteutischen Gründe, Ausmittlung der Activforderungen und Regulirung des neugestalteten Hauswesens geboten war. Nach Abwicklung dieser Angelegenheiten, namentlich der Grundentlastung, war die Bestellung eines eigenen Verwalters entbehrlich, und der Stadtgemeinderath hat die Verwaltung des Fonds dem Magistrate, die Agenden der Hausverwaltung einer aus drei Mitgliedern bestehenden Commission übertragen, welche aus und von dem Gemeinderathe gewählt wird und unentgeltlich fungirt.

---

[106]) Besoldung 400 fl., Naturalquartier, freie Beheizung und Licht.

Die Hausordnung und das Statut der Anstalt sind in der Berathung des Gemeinderathes, und aus dem seit mehreren Jahrhunderten vorhandenen Materiale der Geschäftsleitung wird die Überzeugung gewonnen, dass diese Institution auf Grundlage der drei Tugenden: christlichen Glaubens, Hoffnung und Liebe gegründet, seitdem hiernach verwaltet, erhalten und der Nachkommenschaft übergeben wird.





Stanford University Libraries
3 6105 001 345 342



STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
Stanford, California

